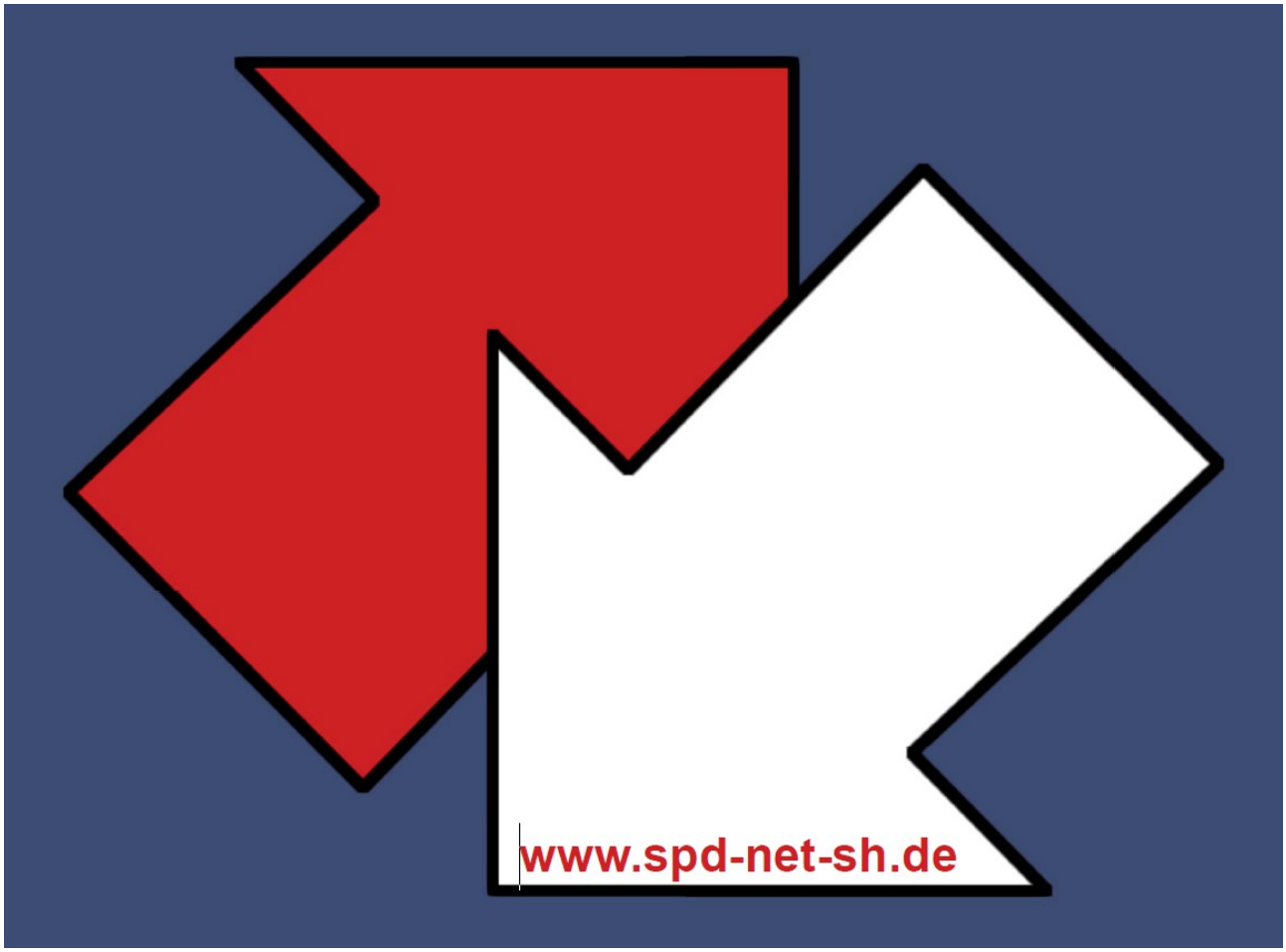
SPD-NET-SH

Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein



Artikelarchiv 2009, September bis Dezember

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2014

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 01.09.2009, 08:19 Uhr - 3542 Clicks - Nr. 983*

Arbeitnehmer - Familien - Frühstück

Die AfA Flensburg und die AfA Schleswig-Flensburg laden ein zu einem Arbeitnehmer-Familien-Frühstück am 13. September 2009 um 10.00 Uhr im Hotel Ruhekrug (bei Schleswig). Es gibt die Möglichkeit, unseren Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg und unsere beiden Landtagsabgeordneten Birte Pauls und Ralf Wrobel kennenzulernen.
Mindestlohn, Leih- und Zeitarbeit, Mitbestimmung, Arbeitszeit, Tarifautonomie - alles Begriffe, die uns im laufenden Wahlkampf ständig begegnen und die von den Kandidaten und Parteien ganz unterschiedlich interpretiert werden.
Bei einer Tasse Kaffee und einem Brötchen gibt es die Möglichkeit, über diese und andere Themen mit unseren kandidaten zu diskutieren.
Für Kinder werden Spiele und kleine Gewinne bereitgehalten.

Keine Kommentare

Ralf Wrobel - *veröffentlicht am 01.09.2009, 08:35 Uhr - 2903 Clicks - Nr. 984*

Für ein Leben ohne Atomwaffen

An der Aktion in der Einkaufstraße Kappeln am 29. August nahmen neben Menschen aus der ehemaligen Friedensinitiative Kappeln auch Mitglieder der Stadtvertretung, unser Landtagskandidat Ralf Wrobel sowie Teilnehmer/innen des „Runden Tisches gegen Nazis Kappeln" teil.

In diesen Wochen sammeln tausende Friedensbewegte in aller Welt Unterschriften unter den "Appell für eine von Kernwaffen befreite Welt". Die Listen sollen am 2. Mai 2010 den Staatsmännern und -frauen überreicht werden, die sich dann in New York versammeln, um über eine Aktualisierung des Atomwaffensperrvertrages zu verhandeln.
Am 6. August 1945 um 8 Uhr morgens fielen auf Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten den Abwurf der ersten Atombombe - auf Hiroshima. Am 9. August 1945 wurde die 2. Atombombe auf Nagasaki abgeworfen. In nur wenigen Sekunden starben 155.000 Menschen. Weitere 110.000 Menschen starben innerhalb weniger Wochen an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung, zahlreiche weitere an Folgeschäden in den Jahren danach. Die Städte wurden zerstört.
Nachdem auch Präsident Obama sich zum Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen bekannt hat, sollte in Deutschland mit dem Abzug der verbliebenen 20 US-Atombomben im Fliegerhorst Büchel/Eifel beginnen können!
Das Unfassbare darf nicht verdrängt werden, sondern es muss Sensibilität hergestellt werden, welche Verantwortung Politik für den Schutz der Menschen auf diesem Planeten angesichts solch gewaltiger technischer Möglichkeiten der Selbstzerstörung hat.
Mit dem Fahrrad führte der Weg von einigen Friedensaktiven von Flensburg aus kommend auch über Kappeln. Unter ihnen nahm der Initiator Dr. Manfred Sohn in der Einkaufstraße von Kappeln am Nachmittag des 29. August 2009 Stellung zu der Aktion des Friedensmarsches der Friedensbewegung zum Gedenken an Hiroshima/Nagasaki für eine Welt ohne Atomwaffen.
Ziel dieser Bewegung für unsere Region ist es, mit dem Fahrrad bzw. zu Fuß von Sylt über Flensburg, wo sie am 6. August 2009, dem Gedenktag des Atombombenabwurfs über Hiroshima, Station gemacht haben, am 1. September, dem Antikriegstag in Gedenken des 70. Jahrestag des Überfalls der Deutschen Wehrmacht auf Polen, wodurch der Zweite Weltkrieg begann, in Kiel anzukommen. Hier wird die Delegation mit Dr. Sohn an einer Kundgebung

teilnehmen. Weiter geht es dann durch die Bundesländer bis zur Zugspitze.
Am Sonntagmorgen begleiteten 3 Kappelner Manfred Sohn mit dem Fahrrad nach Eckernförde, wo sie schon von friedensbewegten Kielern erwartet wurden.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 01.09.2009, 09:19 Uhr - 2531 Clicks - Nr. 985*

Aufklärung findet nur im Untersuchungsausschuss statt
Zur Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 31. 08. und zum Bericht in "Focus" erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Die Entwicklung der Geschäftspolitik der HSH-Nordbank ist Bestandteil der Arbeit des PUA. Dazu gehört das Agieren der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Alle Betroffenen werden Gelegenheit zu einer persönlichen Stellungnahme im PUA haben. Das gilt auch für Ralf Stegner, der sich ja schon dazu bereiterklärt hat.

Die von allen anderen Parteien betriebene Auflösung des Landtages wird zu einer zeitlichen Verzögerung der Aufklärung im Untersuchungsausschuss führen, wir werden aber in der nächsten Wahlperiode die Aufgaben des PUA erfüllen.

Nach den öffentlich zugänglichen Quellen sowie Medienberichten ist uns niemand bekannt, der bereits 2003 die problematische Entwicklung auf den Finanzmärkten vorhergesehen und davor gewarnt hat.

Die nicht öffentlichen Dokumente konnte der PUA bislang nicht auswerten; sie liegen auch noch gar nicht vollständig vor.

Die auf angebliche vertrauliche Unterlagen gestützten Angriffe in den Medien gegen Betroffene sind aus unserer Sicht politisch motiviert; ihr Wahrheitsgehalt lässt sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht prüfen. Die Aufklärung der Sachverhalte findet im PUA, nicht auf Wahlveranstaltungen oder in Medienberichten statt.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 01.09.2009, 10:59 Uhr - 7268 Clicks - Nr. 986*

Abgeordnete in der Kreide

Mehr als 100 Interessierte fanden am letzten Augustwochenende den Weg zu einer Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Lägerdorf. Die Erkundung der Kreidegrube Saturn stand auf dem Programm. Mit dabei waren auch der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen und die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen.

Die Grube wird seit dem Jahr 2000 nicht mehr für den Abbau des Zementbestandteils Kreide genutzt. Für gewöhnlich ist das Gelände nicht öffentlich zugänglich. Daher waren auch viele Gäste überrascht von der eindrucksvollen Landschaft und der Natur, die sich den Raum innerhalb weniger Jahre zurück erobert hat.

Die fachkundigen Erläuterungen des SPD-Bürgermeisters Heiner Sülau zur Geschichte und zu zukünftigen Planungen der Gemeinde trafen auf großes Interesse. Auch die Ausführungen des Ortsvereinvorsitzenden Uwe Erickson zu Hintergründen der Schifffahrt auf dem alten Moorkanal machten die Wanderung zum Geschichtserlebnis.

In dieser lockeren Runde standen die Mitwanderer Birgit Herdejürgen und Jörn Thießen für Fragen und Gespräche rund um die Politik zur Verfügung. Gelegenheit dazu gab es auch bei der Lägerdorfer Kartoffelsuppe.

"Vielen Dank für dieses tolle Erlebnis an alle OrganisatorInnen, Kartoffelschäler und KöchInnen", sagen Birgit und Jörn!

HIER gibt es Bilder von der Wanderung.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 01.09.2009, 12:13 Uhr - 5272 Clicks - Nr. 987*

Der Antikriegstag soll mehr bringen als Rückbesinnung

Anlässlich des internationalen Antikriegstages setzt sich der Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Wodarg für ein radikales Umdenken in der Energie-, Klima- und Sicherheitspolitik der Industriestaaten, sowie für eine verstärkte weltweite Armutsbekämpfung ein. Er warnt erneut vor der fortdauernden Privatisierung der Kriege. Wodarg hat in den letzten Jahren die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols durch private Militärfirmen im Bundestag und im Europarat zum Thema gemacht:

"Wir sind im Krieg, auch wenn es keine klaren Fronten gibt. Auch deutsche Soldaten in der Nato, oder in UN-Einsätzen kämpfen oder sind kampfbereit in Afghanistan, vor Somalia, dem Libanon und anderswo. Die "neuen Kriege" werden von uns hier in Deutschland jedoch kaum wahrgenommen, sie sind Medien-Ereignisse und stören unseren Alltag nicht.

Der Krieg hat sich -wie die Wirtschaft- globalisiert. Es ist frappierend zu sehen, wie Finanz-, Handels- und Rohstoffmärkte ihre Eigendynamik entwickeln und sich immer mehr einer politischen oder gar demokratischen Einflussnahme entziehen.

Und es gibt zu viele, die mit Krieg und Gewalt Geschäfte machen.

Wir sehen die Kriegsberichte in den Medien, wir sehen sie vom Fernsehsessel aus oder durchblättern farbige Bilder in den Illustrierten. Krieg als Medienereignis ist auch ein Geschäftsbereich, der Wachstumsraten aufweist.

Es ist jedoch kaum Gegenstand öffentlicher Diskussion, dass auch der Krieg und die Gewalt immer weniger Sache von Staaten oder Staatenbünden sind und sich immer mehr der politischen Verantwortung entziehen. Das Gewaltmonopol des Staates ist in der Praxis längst aufgegeben. Privatisierte Gewalt hat sich mehr und mehr ausgebreitet - ob in Form von bewaffneten Milizen, Warlords, Terroristen, Mafias oder privaten Militärfirmen (PMF).

Die in Europa nach dem westfälischen Frieden von 1648 in einem mühevollen Prozess nach und nach der staatlichen Kontrolle unterworfene Gewaltanwendung ist wieder auf dem Weg in ein neues globales Mittelalter. Gegenwärtig sind in der Welt mehr als eine Million Angestellte allein bei den privaten Militärfirmen in über hundert Ländern als Privatsoldaten tätig. Die Anzahl der PMF beläuft sich auf über Tausend. Es ist eine Dienstleistungsbranche mit riesigen Umsätzen. Von allen Wirtschaftszweigen wies sie in den letzten Jahren die höchsten Wachstumsraten und die größten Profitmargen auf. Angeboten wird alles, vom Sicherheitsdienst, über Spionagedienste und Kampftruppen bis zum Kampfhubschrauber. Die Kriege im Irak und in Afghanistan werden nicht nur um Energieressourcen und Drogenmonopole geführt; unter ethnischem, religiösem oder weltanschaulichem Label werden militärische Dienstleistungen verkauft, werden Waffen gehandelt, kämpfen die Konkurrenten um Marktpositionen.

Die westlichen Demokratien stehen dem nicht nach und eröffnen für ihre Gewalt-Anbieter neue Märkte, machen sie zu Börsen-Rennern und liefern sogar das hierfür förderliche Marketing. Was für den Pharma-Aktionär das Gespenst der "Vogelgrippe" und jetzt die "Schweinegrippe" schafft, leistet für die Militär-Wirtschaft der "Kampf gegen den Terrorismus".

Warlords gibt es auch an der Börse! Ihnen muss unser politischer Kampf gelten, wenn wir nicht ins globale Mittelalter schliddern wollen. Das Gewaltmonopol des Staates ist international zu verteidigen und auszubauen, die Vereinten Nationen müssen gestärkt und die demokratische Verantwortung über die Regeln für Gewaltanwendung national und international gesichert werden.

Ich habe die politische Kontrolle über Gewaltanwendung und die Probleme durch private Militärfirmen im Bundestag und im Europarat zum Thema gemacht. Als Berichterstatter im politischen Ausschuss des Europarates und als Entwicklungspolitiker im Deutschen Bundestag fordere ich Transparenz sowie nationale und internationale Regeln für die Unternehmen dieser Branche.

Bei vielen Konflikten spielen auch die Interessen global agierender Unternehmen und der sie unterstützenden Regierungen eine wichtige Rolle. Es geht um die Sicherung von wichtigen Ressourcen wie Erdöl, Gas, Coltan, Uran, Tropenholz und anderen Rohstoffen oder um deren Transportwege. Auch hier, mit jedem Gewaltkonflikt, winkt der Militär-Branche ein neuer Absatzmarkt.

Bei Gewalt und Not in aller Welt dürfen wir nicht vergessen, dass unsere Lebensweise, unsere Konsumgewohnheiten und unsere Ansprüche ursächlich mit der Not in den armen Ländern verknüpft sind. Unser Beispiel ist maßgebend und deshalb enorm wichtig. Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei uns wachsen durch die Globalisierung. Das ist nur im Frieden möglich.

Das Bild von Gewalt und Krieg wird zunehmend auch von ökologischen Rahmenbedingungen geprägt. Hurrikans, Taifune, Erdbeben und Überflutungen zeigen immer wieder, dass selbst in politisch stabil wirkenden Ländern Auswirkungen des Klimawandels die staatliche Ordnung sehr schnell außer Kraft setzen können.

Schon heute gibt es auf dem Globus mehr Klima- als Kriegsflüchtlinge. Abschmelzende Gletscher, leere Brunnen und Talsperren, vertrocknete Felder bringen Hunger, Durst und Armut für die einen; Überflutungen und Wirbelstürme machen für andere den Lebensraum unsicher.

Besonders in fragilen Staaten führt dies fast regelmäßig und unausweichlich zur Überforderung staatlicher Ordnung und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bis hin zu "Verteilungskriegen" innerhalb der jeweiligen Gesellschaften.

Der Kampf um knappe Ressourcen verstärkt sich und aus der Not entsteht immer häufiger Wut und Gewalt. In armen Ländern Afrikas und Asiens fliehen bereits viele Menschen vor Hunger, Durst und Chaos und lösen so auch Konflikte in Nachbarregionen aus. Selbst einige reiche europäische Staaten werden durch Flüchtlingsströme politisch verändert, weil die Furcht vor den Fremden politisch geschürt und genutzt wird. Verstärkte Abwehr an den Grenzen, umzäunte Lager, Ghettos und Xenophobie entstehen und nicht die Not wird bekämpft, sondern deren Opfer.

Die klassische, militärisch orientierte Sicherheitspolitik ist bereits mit den klimabedingten Konflikten strukturell überfordert - einerseits weil die Mittel nicht ausreichen und andererseits, weil es einfach zu viele Krisen gibt. Wir müssen deshalb den Schwerpunkt der politischen Aktivität auf die zivile Krisenprävention verlagern, um den Ausbruch von kriegerischen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das heißt unter anderem, dass wir die Kapazitäten zur Konflikt- und Risikoanalyse deutlich ausbauen und die Prüfung der Klimaverletzlichkeit stärken.

Wir wissen längst, dass zB. der afrikanische Staatengürtel vom Sudan bis zum Senegal ein "Klimakrisenpulverfass" darstellt. Der Präventionsbedarf für diesen Teil der Welt wird inzwischen allgemein auf der höchsten Alarmstufe angesiedelt.

Ein radikales Umdenken in der Energie-, Agrar- und Klimapolitik der Industriestaaten ist deshalb notwendig, genauso wie eine verstärkte Armutsbekämpfung weltweit. Nur wenn es gelingt, das staatliche Gewaltmonopol weltweit zu sichern, den Klimawandel, die soziale Spaltung bei uns und die Massenarmut in den Enwicklungsländern zu bremsen, die globalisierte Finanzindustrie zu "bändigen" und die fossilen und nuklearen Ressourcen durch erneubare Energiequellen zu ersetzen, könnte die Weltgesellschaft doch noch auf eine friedliche Zukunft hoffen.

Der heutige Antikriegstag soll mehr bringen als Rückbesinnung."

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 01.09.2009, 12:28 Uhr - 2234 Clicks - Nr. 988*

SPD Fraktion fordert "Zone 30" im gesamten Hamdorfer Weg

"Spielende Kinder, Unebenheiten in der Fahrbahndecke, Krötenwanderung im Frühjahr und nicht zuletzt die enge Straße sind für uns Grund genug den Hamdorfer Weg zwischen der Straße „An der Trave“ bis zur Straße „Am Ihlsee“ im Ihlwald in eine Zone 30 umzuwandeln". Die Bad Segeberger SPD-Fraktion will Nägel mit Köpfen machen und fordert, den Verkehr die Straße im Ortsteil Klein Niendorf weiter zu beruhigen.
"Wir haben mit Anwohnern und Spaziergängern gesprochen, die uns von waghalsigen Aktionen

von Autofahrern berichteten, die hier mit weit mehr als 50 Stundenkilometern durchrasten", berichtet Fraktionsvorsitzende Kirsten Tödt.

Der Hamdorfer Weg ist im Bereich des Neurologischen Zentrums bereits eine „Zone30". Einige Autofahrer, die dann weiter geradeaus Richtung Ihlwald fahren, haben anscheinend den Drang, dann doppelt auf die Tube zu drücken. Das soll ein Ende haben, wenn es nach der SPD geht. "Wir fordern die Verwaltung auf, dort möglichst schnell für Abhilfe zu sorgen. Wir gehen auch davon aus, dass das auch im Interesse anderer Fraktionen ist, wenn wir für mehr Verkehrssicherheit in unserer Stadt sorgen", meint SPD-Frau Tödt weiter.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 01.09.2009, 14:09 Uhr - 41581 Clicks - Nr. 989*

Ulrike Rodust zur Koordinatorin im Fischereiausschuss gewählt
„Reform der Fischereipolitik ist ein Schlüsselthema"

Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust ist neue Koordinatorin der europäischen Sozialdemokraten im Fischereiausschuss. Die Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D) wählten sie am Rande der Ausschuss-Sitzung am Dienstag in Brüssel einstimmig per Akklamation in diese Funktion. Als Koordinatorin vertritt Rodust die Interessen der europäischen Sozialdemokraten gegenüber anderen Fraktionen, der Kommission und dem Rat. Ihre Funktion ist vergleichbar mit der einer Sprecherin im Deutschen Bundestag.

Rodust freut sich auf ihre neue Rolle als Koordinatorin, die als arbeitsintensive Aufgabe mit viel Verantwortung gilt, aber auch mit viel Einfluss: „Als Schleswig-Holsteinerin kenne ich die Probleme der Fischer sehr gut und weiß gleichermaßen um die Notwendigkeit die Fischbestände zu erhalten. Die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen den berechtigten Schutzinteressen aller Seiten macht die Fischereipolitik zu einem spannenden europäischen Thema", so die S&D-Koordinatorin.

Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik sieht Rodust, die die deutschen Sozialdemokraten zudem im Agrarausschuss vertritt, als Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode im Bereich Fischerei. Die Liste der kommenden Themen im Ausschuss ist dabei lang: Sie umfasst den Punkt Fangquoten ebenso wie die Bereiche europäische Aquakultur oder integrierte Meerespolitik. Der Ausschuss wird sich zudem mit der illegalen Fischerei oder der Problematik der Rückwürfe beschäftigen müssen und natürlich die Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf die Fischereipolitik zu berücksichtigen haben.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 01.09.2009, 16:15 Uhr - 2579 Clicks - Nr. 990*

SPD-Engelsby: Tag der offenen Tür im Rathaus

Informationen, Musik, Spaß und gute Laune:

Am Sonntag, dem 13. September stellt das Flensburger Rathaus sich und seine Aufgaben von 11 bis 17 Uhr bei einem Tag der offenen Tür vor.

Im und vor dem Rathaus gibt es viel zu sehen und zu erleben. Merken Sie sich den Termin schon mal vor!

Nähere Informationen zum Programm folgen in Kürze.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 01.09.2009, 16:23 Uhr - 52852 Clicks - Nr. 991*

Mehr Raum für Windenergie in Schleswig-Holstein!

Zur landesweiten Sondierung neuer Windenergie-Eignungsflächen sagen die Sprecherin und Sprecher für Landesplanung, Energie und Umwelt, Regina Poersch, Olaf Schulze und Konrad Nabel:

Wir haben das von Innenminister Lothar Hay angestoßene „Sondierungsverfahren" für die Ausfüllung der 1 % Grenze unterstützt als neue Chance, in einem für die Bürgerinnen und Bürger transparenten und rechtssicheren Beteiligungsverfahren mehr Windenergieflächen in Schleswig-Holstein zu melden. Dabei haben wir uns schon im Vorfeld bereit erklärt, auch die geltende landesplanerische 1 %-Grenze als Anteil der Windenergie-Eignungsflächen an der Landesfläche ggf. anzuheben.

Nun liegen viele Meldungen, insbesondere aus Nordfriesland vor, wonach deutlich mehr Flächen als 1 % der Landesfläche als Windenergieeignungsraum ausgewiesen werden könnten. Dafür braucht es aber einen gültigen neuen Landesentwicklungsplan (LEP), der bis Ende 2009 vorliegen sollte. Durch den von der CDU zu vertretenden Bruch der Koalition und die Ankündigung der CDU „den LEP grundlegend überarbeiten" zu wollen, wird sich das Verfahren für einen neuen LEP und damit auch die ggf. Erhöhung der 1 %-Grenze voraussichtlich um mindestens ein Jahr verzögern. Dafür trägt die CDU die Verantwortung.

Wir wollen mehr Rückenwind für die Windkraft und wollen mehr WindenergieEignungsflächen in einem geordneten Verfahren ausweisen. Hierzu gibt es im Regierungsprogramm der SPD klare Worte: „Die Nachfrage der Gemeinden zeigt, dass in Schleswig-Holstein im Onshore-Bereich mehr als 1% der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung steht, ohne dass wir Akzeptanzprobleme mit den Bürgern bekommen. Wo die Gemeinden im Einvernehmen mit ihren Bürgern größere Flächen ausweisen wollen, werden wir die 1%-Grenze aufheben."

Es ist das gute Recht jeder Gemeinde und aller Bürgerinnen und Bürger, sich für oder gegen neue Windenergie vor Ort zu entscheiden. Wo dies von der Bevölkerung gewünscht ist, müssen aber rasch neue Windenergieanlagen errichtet werden können – auf gesicherter landesplanerischer Grundlage. Nur so können wir die Ziele im Klimaschutz erreichen, unsere

Energie im eigenen Land unabhängig von Importen erzeugen sowie Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein sichern und ausbauen.

Dies werden wir nach der Wahl in Regierungsverantwortung anpacken und den Entwurf des LEP, wie ihn die Landesregierung nach dem umfassenden Beteiligungsverfahren aktuell erarbeitet hat, mit einer entsprechend erhöhten Grenze für die Windenergieflächen unverzüglich umsetzen, damit die Regionalpläne schnell konkrete neue Windenergieeignungsflächen ausweisen und die Windenergie mehr Platz in Schleswig-Holstein bekommt.

Kommentar von Kurt Schildberg vom 01.09.2009, 22:56 Uhr:
RE: Mehr Raum für Windenergie in Schleswig-Holstein!
Windräder schön und gut aber wann kommt eine neue Technologie, die effektiver ist und durch andere Flügel eine bessere Ausnutzung gewährleistet und auch verbrauchernah in der Nähe von Wohngebieten aufgestellt werden kann. Wer unternimmt etwas dagegen, dass vorhandene Windräder, die Energie erzeugen könnten aus oligarischer Machtvollkommenheit abgeschaltet werden, statt deren Energieangebot zur Speicherung von Energie für Flautenzeiten zu nutzen?

Kommentar von Gaby Lönne vom 01.09.2009, 20:37 Uhr:
RE: Mehr Raum für Windenergie in Schleswig-Holstein!
Eines ist klar: wir brauchen alternative Energieformen! Solange wir aber ein Energie-Einspeisungsgesetz haben, dass Abnahmepreise garantiert wird auf Teufel-komm-heraus nur das produziert, was Gewinn bringt, ohne zu fragen, ob es sinnvoll ist. Da werden ganze Landschaften zerstört, um Mais anzubauen für Biogasanlagen, dessen Wärme einfach nur verpufft. Landschaften werden zerstört, um Windspargel aufzustellen, die jetzt Tag und Nacht befeuert werden müssen, weil sie immer höher hinausragen. Jede Windanlage braucht einen Ausgleich durch andere Kraftwerke, um die Unregelmäßigkeit der Stromproduktion auszugleichen. Die großen Gewinner sind die, die ihr Kapital dort anlegen können und die Geschäftsführer dieser Windparks. Um Akzeptanz zu schaffen, wird mit Bürgerwindparks gelockt. Was soll ich wohl für eine Rendite erhalten, wenn ich nur wenig tausend Euro investieren kann? Ich weiß gar nicht, warum Jürgen Feddersen knatisch ist, als Gemeinde kann man sich doch in solche Geschäfte nicht "reinhängen"... Ich jedenfalls bin froh, dass sich unsere Gemeinde (Witzwort) nicht an diesen Planspielen von Windflächenausweisung beteiligt. Und ich bin froh, dass es der Bürgerintiative in Oldenswort ebenfalls gelungen ist, Windflächenausweisungen zu verhindern.

Kommentar von Horst Feddersen Bgm Rantrum vom 01.09.2009, 20:09 Uhr:
RE: Mehr Raum für Windenergie in Schleswig-Holstein!
Aus meiner Sicht sollte die SPD kosequent an der Energiepoltik festhalten und dort Windkraft zulässt, wo die Einwohnerinnen und Einwohner dahinter stehen. Die Gemeinden brauchen auch die Einnahmen, damit sie ihrer Aufgabe gerade im Kindergarten und im Schulbereich gerecht werden. Es sollte in den Orten mit Eignungsflächen an einem Strang gezogen werden, gerade Bürgerwindparks erhöhen die Breitschaft die Anlagen zu akzeptieren. Klaus Möller wurde in den 80 er Jahren von vielen belächelt als er seine Ziele formulierte. Wir sollten den Mut haben seine Ziele und Visionen von alternativen Energiefomen weuter zu entwickeln und uns nicht von den Konservativen die Ernte die Ernte einfahren lassen. Horst Feddersen

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 01.09.2009, 16:24 Uhr - 55400 Clicks - Nr. 992*

Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Besserverdienenden
In der Sendung: "Was erlauben Strunz?" (N24) gestern Abend kündigte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki an, dass die von der FDP versprochenen Steuerentlastungen durch eine Mehrwertsteuererhöhung gegenfinanziert werden müssten. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion:
"Mehrwertsteuer rauf – Einkommensteuer runter: Das ist Umverteilung nach der Methode Kubicki. Entlastung der Besserverdienenden bezahlt von allen? Wähle gelb, wer das will!"

Kommentar von hummel_4711 vom 07.09.2009, 16:36 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Tja, da ist dem Herrn Schnellredner Kubicki doch tatsächlich eine "Schnellredneraussage", bevor er überlegt hat, über die Lippen gerutscht. Kann ja mal vorkommen..... Aber jetzt wissen die Wähler wenigstens, was sie glauben können.. Auch die verzweifelten Rettungsversuche des Herrn Rasch.., naja, die kann man getrost zur Kenntnis nehmen..., was sollte er denn auch sonst unternehmen, wenn das Schiff den Kiel verloren hat: Schnell etwas Müll hinterherschieben???? Das macht doch sonst immer HPC???? Nur das der mit dem Begriff "Irrtum" arbeitet...

Kommentar von Alexandra Mallon vom 04.09.2009, 14:30 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Die Elitewähler der CDU kratzt es herzlich wenig, ob Steuern rauf oder runter. Die FDP will ihren Dämmerzustand beenden und endlich mal wieder in die Regierungsverantwortung. Alle wollen leben heißt ihr Plakat-Slogan. Und gemeinsam mit der CDU leben sie damit dann am allerbesten und für diese Option touren sie jetzt durch die Landschaft und machen Wahlgeschenke. An die Wähler und Wählerinnen jedenfalls kann der Slogan nicht gerichtet sein, denn die, ihre Kinder und Enkelkinder sollen das ja schließlich gegenfinanzieren.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 04.09.2009, 12:11 Uhr:
Für Herrn Meyer
Für Herrn Meyer, ich finde es durchaus ehrenwert, dass Sie zugeben das Steuerkonzept der FDP noch nicht zu kennen. Viele der hier zu lesenden Kommentare wären wahrscheinlich ganz anders ausgefallen, wenn dieses 12 Seiten umfassende Konzept vorher gelesen worden wäre. Ich gebe aber zu auch ich bin nicht in der Lage alle Konzepte der anderen Parteien zu lesen. Für alle zur Vereinfachung hier der Link zum FDP-Konzept. Über eine sachorientierte inhaltliche Auseinandersetzung darüber würde ich mich freuen. http://www.hermann-otto-solms.de/files/6186/BPT-Nettokonzept-1.pdf

Kommentar von Gregor Meyer vom 04.09.2009, 11:10 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Tja, wenn der Herr Kubicki so einen tollen, umfassenden Plan hat, dann soll der doch mal erzählen wie der aussieht. Dann kann die Wählerinnen und Wähler vergleichen, welcher Plan besser ist.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 04.09.2009, 08:01 Uhr:
Für Herrn Klein
Hallo Herr Klein, um den Unterschied zwischen sagen und aussagen deutlich zu machen hier ein Beispiel (Entnommen aus der Internetpräsenz von Martin Habersaat, SPD). Die Worte sagen folgendes: "Gleichwohl wird ein Teil der durch Pensionierung frei werdenden

(Lehrer-)Stellen nicht wieder besetzt" Die Aussage in dieser Passage ist eine ganz andere, deshalb behaupte ich auch nicht, dass Herr Habersaat die Unterrichtsversorgung verschlechtern will. Herr Kubicki spricht über eine umfassende Steuerstrukturreform und nennt Beispiele, auf die konkrete Frage nach der Mehrwertsteuererhöhung höre ich zweimal ein deutliches und klar vernehmbares "Nein". (Jeder kann sich den Beitrag auf der S-H SPD Seite ansehen) Geblendet von einer vorgefassten Meinung (Vorurteil) sollte man nicht nur das Hören was man hören will, sondern alles. Ich gebe Herrn Klein recht, das ist auch mit Lese- und Rechtschreibschwäche kein Problem. Allerdings ist es bei der SPD Vorgeschichte (17 % Mehrwertsteuer) schon mutig dieses Thema überhaupt ausschlachten zu wollen. Komischerweise befasst sich keine Reaktion auf meinen Kommentar mit diesem Thema, ist das etwa zu peinlich. Herrn Klein muss ich zubilligen, dass er im Gegensatz zur finanzpolitischen Sprecherin der SPD die Kopierfunktion beherrscht und mich richtig zitiert hat.

Kommentar von Jürgen Klein vom 03.09.2009, 18:45 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Zu dem Vorwurf „Kubicki habe mit keinem Wort gesagt, was ihm in der Meldung vorgeworfen wird" geschrieben habe ich aber folgendes: "Was Herrn Kubicki in der Meldung vorgeworfen wird hat er mit keinem Satz ausgesagt." Das ist ein sehr großer Unterschied, leider wieder ein Beweis wie bei der SPD gearbeitet wird. OK Herr Rasch ich bin anerkannter Legastheniker und dank Rechtschreibprogramm kommentarfähig –aber trotz Legasthenie nicht blöd – erklären Sie mir doch bitte den Unterschied. Fakt ist, und diese Ehrlichkeit finde ich fast schon sympathisch an der an Herrn Kubicki, dass mit der FDP die Mehrwertsteuer erhöht wird und Fakt ist auch, dass wie von Frau Herdejürgen angeführt, die Sozialschwachen die Zeche zahlen. Ich möchte das nicht und ich hoffe viele andere auch nicht.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 03.09.2009, 15:16 Uhr:
Kommentar zu Birgit Herdejürgen
Frau Herdejürgen, wie die SPD mit Zitaten umgeht sieht man an Ihnen. Sie zitieren aus meinem Kommentar wie folgt: "Zu dem Vorwurf „Kubicki habe mit keinem Wort gesagt, was ihm in der Meldung vorgeworfen wird" geschrieben habe ich aber folgendes: "Was Herrn Kubicki in der Meldung vorgeworfen wird hat er mit keinem Satz ausgesagt." Das ist ein sehr großer Unterschied, leider wieder ein Beweis wie bei der SPD gearbeitet wird. Ein genaues Video-Studium wird dies übrigens belegen, der Link ist ja von einem anderen Kommentator bereits angegeben worden. Vorurteile schränken unsere Denkfähigkeit ein und führen zu Fehlern z.B. beim Zitieren. Sachlich und frei von Vorurteilen zu diskutieren ist eine Kunst. Die SPD pflegt aber doch eher die Kunst des Vergessens (siehe Mehrwertsteuer 17%) und der unrichtigen Darstellung.

Kommentar von Gregor Meyer vom 03.09.2009, 13:29 Uhr:
Der Ausschnitt als Video
Inzwischen kann man sich den entsprechenden Ausschnitt auch bei Youtube.com anschauen: http://www.youtube.com/watch?v=knaMQcCaNAA

Kommentar von Klaus Albrecht vom 03.09.2009, 10:20 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Dass Birgit Herdejürgen mit ihrer Analyse der Aussagen von Herrn Kubicki recht hat, wird ja daran deutlich, dass er bei den Nachfragen zu seinen Steuerplänen sehr ins Schleudern kam und nur noch rumeierte. Das lag wohl vor allem daran, dass er überrascht war, dass auch andere die Realitäten des Steuersystems kennen, die man unter http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Buergerinnen__und__Buerger/Arbeit__und__Steu

ererklaerung/Einkommensteuer/003__Einkommensteuer__Bsp.html nachlesen kann.

Kommentar von Birgit Herdejürgen vom 03.09.2009, 09:20 Uhr:
Kommentar zu Bernd Uwe Rasch
Zu dem Vorwurf „Kubicki habe mit keinem Wort gesagt, was ihm in der Meldung vorgeworfen wird" Laut Quelle N24 sagte Kubicki: Die Einkommenssteuern sollen sinken (…) Das würde bedeuten eine Verlagerung von der Einkommenssteuer hin zur Mehrwertsteuer. Angesichts der Tatsache, dass nur rund die Hälfte aller Haushalte überhaupt Einkommenssteuer zahlen, ist doch sehr deutlich wo die Entlastungen und wo die Belastungen der Methode Kubicki verbleiben. Dass die FDP der Bevölkerung dies nicht sagt ist klar. Wir tun dies. Birgit Herdejürgen finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Kommentar von Gregor Meyer vom 02.09.2009, 20:54 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Herr Rasch. Die ZEIT sieht das anders: http://www.zeit.de/online/2009/36/fdp-mehrwertsteuer und ich auch.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 02.09.2009, 14:14 Uhr:
RE: Die Methode Kubicki: Alle zahlen für Entlastung der Bess
Hoppla, habe ich da etwa übersehen, dass die SPD 2005 eine Mehrwertsteuererhöhung von 14 % auf 17 % durchgesetzt hat, obwohl vorher etwas anderes versprochen wurde. Ansonsten kann man nur jedem interessierten Bürger empfehlen sich die Sendung via Internet noch einmal anzuschauen. Was Herrn Kubicki in der Meldung vorgeworfen wird hat er mit keinem Satz ausgesagt. das ist Wahlkampf nach SPD Art.

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 01.09.2009, 20:39 Uhr - 6742 Clicks - Nr. 993*

Zusammenarbeit in der Ostsee-Region stärken!
18. Ostsee-Parlamentarierkonferenz in Nyborg
Umwelt, Energie, Beschäftigung und Jugendarbeitslosigkeit im Mittelpunkt.

Zu ihrer 18. Jahrestagung kamen die 160 Teilnehmer der diesjährigen Ostsee-Parlamentarierkonferenz vom 31. August bis zum 1. September 2009 im dänischen Nyborg auf der Insel Fünen zusammen. Die nahegelegene Brücke über den Großen Belt diente dabei als Symbol der notwendigen guten Verbindungen für eine effiziente Zusammenarbeit.
Die geplante Verabschiedung einer EU-Ostseestrategie im Rahmen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft kann zu einem neuen Handlungsrahmen für die Herausforderungen in den Bereichen der Wirtschaft, der Ökologie und der sozialen Bedingungen werden. Der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages Franz Thönnes (SPD) unterstützte dabei die Forderung nach einer Einbeziehung der Politik der Nördlichen Dimension. „Wir brauchen bei diesem Prozess die Länder Norwegen, Island und Russland. Ihre Interessen müssen mit berücksichtigt werden. Die Herausforderungen können nur gemeinsam beantworten werden", so der deutsche Parlamentarier. Weitere Mitglieder der Delegation des Deutschen Bundestages waren Ingbert Liebing und Ulrich Adam (beide CDU) sowie Kurt Bodewig (SPD).

Nationale Aktionspläne zur Umsetzung des Helcom-Aktionsplanes sind nach Auffassung der Delegierten erforderlich, wenn im Mai 2010 beim Helcom-Ministertreffen weitere Fortschritte beim Umwelt-, Klima- und Meeresschutz erzielt werden sollen. Zur Verbesserung der

Schiffssicherheit forderte die Konferenz ein flächendeckendes Seeraumüberwachungssystem für die gesamte Ostsee. Eine Forderung, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungeklärten Aktion der Seepiraterie im Fall der „Arctic Sea" eine besondere Aktualität hat.

Die Delegierten nahmen ebenso die Berichte von zwei Arbeitsgruppen der Ostsee-Parlamentarierkonferenz entgegen. Unterstützung fand die Forderung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Energiestrategie aller Ostseeanrainer aus dem Bericht der Arbeitsgruppe „Energie- und Klimapolitik". Gefordert werden ebenso innovative energiepolitische Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Auch soll ein Aktionsplan für Kraft-Wärmekoppelung und zur Sanierung von Gebäuden entwickelt werden. Ein ostseeweites Qualifizierungsprogramm für Fachleute im Energiebereich rundet den Forderungskatalog ab.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziale Wohlfahrt" der Ostsee-Parlamentarierkonferenz legte Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, nach zweijähriger Arbeit den Abschlussbericht zu Fragen der Grenzpendler und zur Jugendarbeitslosigkeit vor.

Aufgrund von Schätzungen und wissenschaftlichen Untersuchungen gibt es zwischen 70.000 bis 120.000 Grenzpendler in der Ostseeregion. Das sind Menschen, die in dem einem Land wohnen und täglich, wöchentlich oder monatlich zu ihrem Arbeitsplatz im Nachbarland pendeln. Da bei der Entscheidung zur Arbeitsaufnahme im Nachbarland eine Vielfalt von sozial-, arbeits-, tarif- und steuerrechtlichen Fragen auftreten, fordern die Delegierten den Aufbau weiterer Informationszentren für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Grenzregionen. Gute Beispiele seien hierbei die Informationsbüros in Padborg an der Grenze zwischen Dänemark und Deutschland sowie die Büros von „Øresunddirekt" in Kopenhagen und Malmö. Ebenso sollte es in den Grenzbereichen gemeinsame Gremien aller Akteure aus Politik und Wirtschaft unter Einbeziehung der Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften geben. Hin-dernisse beim Grenzpendeln sollten abgebaut werden, denn Arbeitskraftmobilität unter sicheren Bedingungen kann ein wesentlicher Faktor für Produktivität und Wohlstand in der Ostseeregion sein.

Umfassend wurde die aktuelle Situation der Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion dargestellt. Die Bandbreite reicht bei den unter 25-jährigen Arbeitslosen von den Åland-Inseln mit aktuell 5,1 % bis zu 36,1 % in Estland. Deutschland hat mit 10,9 % die drittniedrigste Arbeitslosenrate in diesem Bereich. In fünf Ländern liegt diese hingegen bei über 20 %. Der Bericht beschreibt Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit und zeigt gleichzeitig auch mit Best-Practice-Beispielen Aktivitäten und Wege der verschiedenen Länder auf, mit denen sie der Arbeitslosigkeit junger Menschen begegnen. Einmütig forderten die Delegierten die Regierungen der Ostseeregion auf, für eine ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Menschen Sorge zu tragen und spätestens nach drei Monaten Arbeitslosigkeit Angebote für Ausbildung, Training und Arbeit durch die Arbeitsbehörden zu unterbreiten, um lange Phasen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. „Wer den Anspruch erhebt, eine Modellregion zu sein, der muss mit gutem Vorbild vorangehen", so der SPD-Politiker.

Die Schlussresolution wurde von den Delegierten unter dem Konferenz-Vorsitz von Franz Thönnes einstimmig angenommen. Sie beinhaltet detaillierte Forderungen an die Regierungen der Ostsee-Anrainerstaaten. Thönnes: „Damit haben die Teilnehmer deutlich unter Beweis gestellt, dass sie neben dem Ostseerat, der die Regierungen repräsentiert, das wirksame und lebendige Element der parlamentarischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion sind."

Weitere Informationen findet man unter www.bspc.net. Den Bericht der Arbeitsgruppe „Arbeit und soziale Wohlfahrt" sowie den Text der Abschlussresolution findet man auf www.thoennes.de unter „Arbeitsschwerpunkte/Ostseepolitik".

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 02.09.2009, 00:18 Uhr - 3478 Clicks - Nr. 994*

SPD Norderstedt lädt zum „Roten Stammtisch"

Auch in der heißen Wahlkampfphase wollen die Norderstedter Sozialdemokraten kühlen Kopf bewahren.

Deshalb geht es am Freitag, 4. September um 20 Uhr beim „Roten Stammtisch" im Evento, Rathausallee 35 um ein brisantes Thema:

Schleswig-Holstein vor der Finanzpleite – was bedeuten leere Kassen für uns alle?

Nach einer kurzen Einleitung kann an diesem Freitagabend über die finanziellen Prioritäten im Land und in Norderstedt diskutiert werden.

Moderatoren für diesen Abend sind der Stadtvertreter Sören Platten und der Landtagskandidat Heiner Köncke.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
Kommentar von Patrick Grabowski vom 05.09.2009, 12:37 Uhr:
RE: SPD Norderstedt lädt zum „Roten Stammtisch"
Der Abend war wirklich gut und ich bedanke mich bei allen, die erschienen sind. Es wird mit Sicherheit eine Neuauflage geben. Den Termin werden wir dann wieder öffentlich bekannt machen. rote Grüße Patrick

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 02.09.2009, 09:59 Uhr - 2273 Clicks - Nr. 995*

Stadt Quickborn spart 40.000 Euro ???

Der Finananzausschussvorsitzender der SPD, Dr. Christian Dornis, stellt fest: "Bürgerkredite gehen zu Lasten des Quickborner Steuerzahlers."

Quickborn hat in den letzten Wochen landes- und bundesweit Schlagzeilen gemacht, indem Kredite von Bürgern eingeworben wurden.
Hierzu gab es viel Sympathie, von konservativen Kommentatoren bis hin zu attac, dem globalisierungskritischen Netzwerk.
Diese Bürgerkredite gehen aber zu Lasten des Quickborner Steuerzahlers. Sie kosten unnötig zehntausende Euro. Nachdem gestern Bürgermeister Köppl über die Presse behauptet hat, durch diese Praxis spare die Stadt 40.000 Euro, ist es notwendig, dies richtigzustellen. Denn diese Aussage ist schlicht falsch.
Derzeit gibt es verschiedene Kreditinstitute, die Kredite mit einem Jahr Laufzeit für Kommunen für etwa 1,5 Prozent Zinsen anbieten. Warum Quickborn diese günstigen Angebote nicht annimmt, sondern stattdessen den kreditgebenden Bürgern drei Prozent Zinsen zahlt, ist mir

unverständlich. Hier scheint es erforderlich –auch für bevorstehende langfristige Kredite - die bisherige Verwaltungspraxis der Kreditaufnahme zu ändern. Denn wenn bereits ein solcher Zinssatz eine Ersparnis für die Verwaltung bedeutet, dann heißt dies, das die Verwaltung bisher immer zu weit überhöhten Zinsen finanziert hat.
Ob Quickborn auf ein Jahr befristete Kredite benötigt, ist zudem zweifelhaft. Der Quickborner Finanzierungsbedarf ist entweder langfristig oder sehr kurzfristig: Für die Finanzierung seiner Bauprojekte braucht Quickborn langfristige Kredite, für die Abfederung vorübergehender Liquiditätsengpässe Kredite mit deutllich kürzerer Laufzeit. Bei dem gegenwärtigen Finanzierungsvolumen (die Stadt Quickborn wird allein im Jahr 2009 etwa 17 Millionen Euro Kredite aufnehmen) macht es zwar durchaus Sinn, sich durch günstige Überbrückungs-Kassenkredite ein wenig Luft zum Ausverhandeln langfristiger Kreditkonditionen zu verschaffen. Dies darf aber nicht in dem gegenwärtigen Umfang zu Lasten des Steuerbürgers gehen.
Wenn, wie angekündigt, in dem genannten Umfang (4 Millionen) Bürgerkredite zu drei Prozent aufgenommen werden, kostet dies die Stadt und damit den Steuerzahler mindestens 60.000 Euro zu viel. In einer Zeit, wo die Quickborner Politik sich sehr ernsthaft, unter viel Engagement und quer über die politischen Lager um substantielle Einsparungen im Haushalt bemüht, tut dieses verlorene Geld doppelt weh. Wir haben kein Geld zu verschenken.
Um nicht missverstanden zu werden: auch für mich hat die Idee der Bürgerkredite durchaus Charme. Sie dürfen aber nicht zu Lasten des Steuerzahlers gehen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 02.09.2009, 11:14 Uhr - 7869 Clicks - Nr. 996*

Zu Gast bei den Itzehoer Versicherungen

Gern folgten die SPD-Abgeordneten Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen, sowie Landtagskandidat Stefan Bolln einer Einladung von Wolfgang Bitter, Vorstandsvorsitzender der Itzehoer Versicherungen. Er sieht eine große Notwendigkeit darin, sein Unternehmen den Politikern vorzustellen. „Immerhin sind wir das größte, selbständige Unternehmen im Kreis Steinburg und somit der größte Gewerbsteuerzahler".

Das 1906 gegründete Unternehmen hat heute 436 Mitarbeiter und 424 Vertrauensleute. Und im Gegensatz zu vielen anderen Versicherungen ist die Itzehoer keine Aktiengesellschaft. Das Unternehmen „gehört" den Versicherten quasi selbst. Gewinne werden demnach direkt an die Versicherungsnehmer zum Beispiel in Form von Preissenkungen weitergeben.

„Sie bleiben hier im Land, zahlen hier ihre Steuern. Dafür zollen wir Ihnen Anerkennung", bekundete Birgit Herdejürgen, die als finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion jeden Cent in der Steuerkasse gut gebrauchen kann.

Aber auch die Kulturförderung des Unternehmens ist hervorzuheben.
So fördert die Itzehoer den über schleswig-holsteinische Grenzen weit verbreiteten „ John Lennon Talent Award", der jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet sich im Musikgeschäft zu etablieren.

Neben diesem Talentwettbewerb fördert die Itzehoer Versicherung aber auch andere regionale Kulturprojekte, wie das Itzehoer Stadttheater und das Wenzel-Hablik Museum.

Soweit alles im Lot bei der Itzehoer, nur „Die Solaranlage auf dem Dach scheint sanierungsbedürftig", bemerkte der Experte für erneuerbare Energien Stefan Bolln sofort. „Das liegt daran, dass wir eines der ersten Unternehmen waren, die auf Solarenergie gesetzt haben und unsere Anlage nun schon alt ist. Aber wir arbeiten daran", erklärte der Vorstandsvorsitzender Wolfgang Bitter.

Das Bild zeigt von links Stefan Bolln (Landtagskandidat), Wolfgang Bitter (Vorstandsvorsitzender der Itzehoer Versicherungen), Kristin Fuchs (Wahlkreismitarbeiterin), Birgit Herdejürgen (Landtagsabgeordnete), Rainer Lemke (Pressesprecher der Itzehoer Versicherungen), Jörn Thießen (Bundestagsabgeordneter)

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 02.09.2009, 17:29 Uhr - 12481 Clicks - Nr. 997*

Bundeswehrverband schließt NPD-Chef aus

"Das ist ein weiterer wichtiger Schritt auch auf dem Weg zu einem Verbot der NPD", freut sich Jörn Thießen über die heutige Entscheidung des Bundeswehrverbands, den NPD-Chef Udo Voigt von der Mitgliedschaft auszuschließen. Der rechtsextreme Voigt war seit 1973 Mitglied des Verbandes, ausgeschlossen wurde er nun auf der Grundlage eines gegen ihn ergangenen Urteils wegen Volksverhetzung und Beleidigung.
Der einstimmige Beschluss der Vorstandsmitglieder des Bundeswehrverbands setzt einen Schlussstrich unter die vielfach diskutierte Frage des Ausschlusses von Voigt, der kürzlich zu sieben Monaten Haft auf Bewährung als Strafe für einen rassistischen Terminplaner der NPD zur Fußball-WM 2006 verurteilt wurde. "Ich weiß, dass der Verband ihn schon länger ausschließen wollte, aber ohne ein Verbot der NPD war das bislang schwierig zu begründen", erklärt Thießen. Auf der Mitgliederversammlung im November soll nun die Satzung des Bundeswehrverbands so geändert werden, dass künftig schon die Tätigkeit für eine verfassungsfeindliche Organisation ausreicht, um ausgeschlossen zu werden. "Bei der Bundeswehr haben Rechtsextremisten nichts zu suchen", sagt Thießen, der sich in Übereinstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium sieht, das mit dem Reservisten Udo Voigt nichts zu tun haben will.
Kommentar von Klaus Hass, OV Schenefeld / Mittelholstein vom 03.09.2009, 11:57 Uhr:
RE: Bundeswehrverband schließt NPD-Chef aus
Das ist eine Entscheidung, die ist längst überfällig. Mitglieder des DBwV e.V., die sich gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitliche, demokratische Grundordnung stellen, haben in dem Verband nichts zu suchen. Als überzeugter Sozialdemokrat, Mitglied des Bundeswehrverbandes, mehrjähriger Mitarbeiter in der Bundesgeschäftstelle und ehemaliger Stabsoffizier der Bundeswehr, läuft mir bei aller Toleranz für unterschiedliche Weltansichten, die den Bundeswehrverband ebenso auszeichnet, ein kalter

Schauer über den Rücken, wenn ich daran denke, mit einem solchen Volksverhetzer gemeinsam in dem Verband Mitglied gewesen zu sein. Ich kann nur sage: "Gut so!" Ich denke die Mitgliederversammlung des Verbandes wird die Satzungsänderung einstimmig beschließen. Klaus Hass

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 02.09.2009, 18:33 Uhr - 2765 Clicks - Nr. 998*

Osterrönfelder Seifenkistenrennen am Tag des Sports

Während in Kiel der Landesportverband den Tag des Sports am Sonntag (06.09.09) ausgiebig feiert, wird auch in Osterrönfeld zu nicht minder sportlichen Aktivitäten aufgerufen.

Beim „1. O'felder Seifenkisten Cup" werden vor allem Kinder und Jugendliche mit ihren Seifenkisten die Strecke am Franz-Pantel-Ring/Birkenhof herunterfahren und ihr fahrerisches Können unter Beweis stellen. Von 12 Uhr an starten die „Rennfahrer" und hoffen auf zahlreiche Unterstützung an der Strecke. Die Veranstalter zeigten sich bereits vor dem Rennen hoch erfreut von der ausgesprochen guten Resonanz auf das Seifenkistenrennen, das vor allem durch die Internet-Präsenz bekannt gemacht wurde und so selbst einen Fahrer aus dem südlichen Schleswig-Holstein anlockt.
Das Seifenkistenrennen von SPD und Osterrönfelder TSV reiht sich in die Veranstaltungen der Osterrönfelder Sportwoche ein und bildet den Abschluss einer aus sportlicher Sicht ereignisreichen Woche für Osterrönfeld.

Mehr Infos unter www.ofelder-seifenkiste.de

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 02.09.2009, 19:41 Uhr - 10162 Clicks - Nr. 999*

Kreidegruben besichtigt

Die Lägerdorfer Sozialdemokraten hatten zur geführten Begehung der Kreidegruben eingeladen, die bis etwa 2000 für die Zementherstellung in Lägerdorf ausgbeutet wurden. Sie konnten 110 Gäste begrüßen. Bei selbstgemachter Kartoffelsuppe, zu der der Ortsvereinsvorsitzende Uwe Erikson einlud, wurden die Gespräche geführt.
Es ging um die Wahlchancen der verschiedenen Parteien und um die Lage in Lägerdorf. Zu angesprochenen politischen Fragen nahm Bürgermeister Heiner Sülau kurz Stellung und leitete dann zum Besichtigungsprogramm über.
Er führte anschließend die Besuchergruppe um die Grube herum, der Weg führte dann auf dem Wirtschaftsweg bis in 50 Meter Tiefe und weiter zu einem Kreiderest, der in der Grubenmitte stehen geblieben ist. Nach der Besteigung des „Kreidfelsens" gab es eine kurze Pause auf dem etwa 30 Meter hohen Sockel in der Grubenmitte, wo nach Schneckenhäusern und Donnerkeilen gesucht wurde. Hier und

während des gesamten Spaziergangs hat die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen viele Frage beantwortet und Gespräche geführt. Von der erhöhten Warte war gut zu erkennen, wie weit die Natur schon von der Fläche Besitz ergriffen hat. Nur an den Hängen gab es keinen Bewuchs. Es wurde erklärt, dass die Grube 250 000 Euro Pumpkosten pro Jahr erzeugt, die aufgebracht werden, um die Grube für weitere Ausbeutung der Bodenschätze zu erhalten und um die unmittelbare Umgebung zu sichern, damit nicht so ein Unglück passiert wie im Braunkohletagebau bei Nachterstedt. Zwar gibt es keine Häuser in unmittelbarer Nähe, abder die um die Grube herumführende mit dem Radweg und der Breitenburger Kanal wären durch fehlende Standsicherheit der Grubenumrandung gefährdet.
Nach dem Rundblick und Verschnaufpausse ging es dann wieder auf die Grubensohle und zum Ausgang bei den Förderbändern am Breitenburger Kanal. Ein kleiner Schauer zwischendurch hatte die zu Tage liegende Kreide soweit aufgeweicht, dass an den Stellen, wo keine Pflanzen wuchsen, der Boden glatt war wie Schmierseife. Der Aufstieg aus der Grube wurde dadurch für die mitgeführten Dackel und Kinderwagen schwierig. Aber wie bei solchen Gelegenheiten üblich haben alle mitgeholfen, so dass der junge Vater mit dem Kinderwagen hinterher seine Begeisterung für die Hilfsbereitschaft mehrfach bekundete. Auch die Dackel waren aus der Grube nach oben getragen worden und es konnte der Reste der Kartoffelsuppe eingenommen werden und abschließende Gespräche geführt werden. Zu dem Zeitpunkt war auch der Bundestagsabgeordnete Thießen zu der Gruppe gestoßen und kam ins Gespräch mit den Besuchern und Genossen. Die Teilnehmer zeigten sich hoch zufrieden, besonders hat ihnen gefallen, dass sie bei dieser Gelegenheit einen sonst nicht zugänglichen Bereich ihrer Heimat erkunden konnten. Den größten Einsatz zeigten die GenossInnen aus Kellinghusen, die als Radwandergruppe mit Gästen gekommen waren und nach der Wanderung auch wieder mit dem Rad zurück nach Hause mussten. Aber auch sie waren so angetan von den Eindrücken, dass sie beim nächsten Mal wieder dabei sein wollen.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 02.09.2009, 21:43 Uhr - 8549 Clicks - Nr. 1000*

Wahlkampfauftakt der SPD in Kiel

Großkundgebung mit dem Kanzlerkandidaten Frank Walter Steinmeier und dem Spitzenkandidaten der SPD für die Landtagswahl Ralf Stegner in Kiel

Sozialdemokraten und Sozialdemkrationnen aus dem Kreis Pinneberg haben an der Großkundgebung in Kiel mit Frank Walter Steinmeier und Ralf Stegner teilgenommen.
Die Teilnehmer wurden von Ernst Dieter Rossmann zu Beginn der Fahrt begrüßt.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 02.09.2009, 21:48 Uhr - 2610 Clicks - Nr. 1001*

Das Wahlkampf-Auto ist da!

Weitere Unterstützung im Wahlkampf für Martin Habersaat – in diesem Falle auf vier Rädern. „Gerechte Bildung", „Neue Energie", „Starke Familien" und „Gute Arbeit" – mit diesen vier Slogans ist das Wahlkampf-Auto bestückt, mit dem der 32jährige Landtagskandidat nun in seinem Wahlkreis (Landtagswahlkreis 34 – Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) unterwegs ist.

Martin Habersaat: „Die SPD ist inhaltlich gut aufgestellt und ich freue mich über jede Gelegenheit, diese Inhalte zu präsentieren."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.09.2009, 22:16 Uhr - 4112 Clicks - Nr. 1002*

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in Glinde

„Deutschland ist stark durchs Ehrenamt" – unter diesem Motto hatte Bundestagskandidatin Gesa Tralau Finanzminister Peer Steinbrück nach Glinde eingeladen.
Und Peer Steinbrück sah ein starkes Stück Ehrenamt: Peter Voss, Vorsitzender des TSV Glinde, und weitere Mitstreiter führten den Minister, Gesa Tralau und den Landtagskandidaten Martin Habersaat durch die Räumlichkeiten des Vereins. Sie stellten verschiedene TSV-Projekte vor und verdeutlichten, vor welchen Herausforderungen Ehrenamtliche im Sport heute stehen.
Anschließend ging es zur Diskussion mit 80 interessierten Gästen, bei der Steinbrück sich zeigte, wie man ihn kennt: ehrlich, kantig und sachkundig.

Gesa Tralau begrüßte den Gast aus Berlin und erklärte, wie gern sie künftig mit ihm zusammenarbeiten wolle, da sie im neuen Bundestag einen Sitz im Finanzausschuss anstrebt. In ihrer Begrüßung forderte sie angesichts der Finanzkrise mehr Moral und strenge Regeln für die Finanzmärkte. Steinbrück begann seine Rede mit einem Lob des Ehrenamtes. Er hob das Engagement des TSV Glinde und dessen Projekte wie „Rein in den Verein" und „Integration durch Sport" hervor, warb um öffentliche Anerkennung für Ehrenamtliche und nahm von den Zuhörern das Vorhaben mit, die Haftungsregeln für Vereinsvorstände zu überarbeiten. Er schlug vor, Jugendlichen ehrenamtliches Engagement als Bewerbungsargument zu zertifizieren und ermahnte Vereine und Parteien, Jugendliche projektbezogen einzubeziehen, ohne sie gleich für viele Jahre in die Pflicht zu nehmen.

In der anschließenden Diskussion interessierten sich die Gäste vor allem für die Finanzkrise und ihre Folgen, die Zukunft der öffentlichen Finanzen und eine mögliche Sanierung der

Haushalte. Steinbrück erläuterte die Maßnahmen der Bundesregierung und warf auch einen Blick auf die Handlungsmöglichkeiten der Länder, war er doch von 1993-1998 Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein und 2002-2005 Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens. Sichtlich erfreut war Steinbrück über das Lob von Oststeinbeks Bürgervorsteher Gerhard Bülow (CDU), der extra gekommen war, um dem Finanzminister mitzuteilen, dass er dessen Arbeit schätze.

Ebenfalls gekommen war eine Gruppe Jugendlicher aus Glinde, die das Plenum nutzten, um für ihr Anliegen eines autonomen Jugendzentrums zu werben. Zwar konnten sie dem Finanzminister mangels Zuständigkeit keine Zusagen in dieser Richtung entlocken, aber sie erzielten einen anderen Erfolg: Viele der Anwesenden hatten von diesen Jugendlichen bisher nur in der Zeitung gelesen. Eine Glinderin befand: „Ich wusste nicht, dass es nette und engagierte junge Leute sind, die in ihrer Freizeit ehrenamtlich Nachhilfe geben."

Mit einem Schmunzeln beendete Martin Habersaat schließlich sein Schlusswort: Die SPD stehe bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vor einem Problem: „Unser Spitzenkandidat gilt als intelligent, aber er lächelt zu selten. Aber auch die CDU hat ein Problem; da hat man manchmal den Eindruck, es verhält sich andersherum."

Mehr Fotos von der Veranstaltung: hier.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 02.09.2009, 22:33 Uhr - 2118 Clicks - Nr. 1003*

Alle drei beitragsfrei

Im August 2009 ist das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr gestartet. Fünf Stunden am Tag sind nun kostenlos - für die SPD ist das der Einstieg in ein neues, familienfreundlicheres System. Um darauf hinzuweisen, verteilten sozialdemokratische Teams vor zahlreichen Kindertagesstätten im ganzen Land rote Brotdosen und das Flugblatt „Alle drei beitragsfrei" des „Forum Familie", dem die Bundestagskandidatin Gesa Tralau vorsitzt.

Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn und Landtagskandidat, verteilte gemeinsam mit seiner Schwester Anika vor der Barsbütteler Kita Soltausredder: „Wenn es nach der SPD geht, gibt es ab 2013 in Schleswig-Holstein keine Kita-Gebühren mehr. Wir wollen damit Familien konkret entlasten und ein gerechtes Bildungssystem erreichen, das von der Kita über die Schule bis zum Erststudium nicht vom Gelbeutel der Eltern abhängt."

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 03.09.2009, 10:33 Uhr - 5048 Clicks - Nr. 1004*

Wolfgang Wodarg bei der AG60plus in Hürup

Die MItgliederversammlung der AG60plus freute sich über den Besuch von Wolfgang Wodarg,

der in der Sozialstation Hürup ein Praktium absolvierte
und von der Leiterin Frau Matthiesen ein hohes Lob erhielt, ob seiner Einsatzbereitschaft und aktiven Teilnahme am täglichen Arbeitsgeschehen.
Wolfgang Wodarg hob noch einmal die Bedeutung dieser Bundestagswahl für unser Land Schleswig-Holstein hervor, in der Themen wie Klimaschutz, Bildung und Arbeit bei ihm als Bundestagsabgeordneter eine zentrale Bedeutung haben.
So liegt ihm auch die ärztliche Versorgung in unseren ländlichen Bereichen sehr am Herzen.
Der Vorsitzende Uwe Langholz verabschiedete Wolfgang Wodarg mit dem Hinweis, dass die Mitglieder des fusionierten Kreisverbandes Flensburg-Schleswig sich in dem Wahlkampf aktiv einbringen werden.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 03.09.2009, 11:35 Uhr - 2895 Clicks - Nr. 1005*

Martin Habersaat beim Diskussions-Treff 60plus

Der Glinder Diskussions-Treff 60plus trifft sich das nächste Mal am Donnerstag, dem 10. September 2009 um 15.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde. Als Gast wird Martin Habersaat begrüßt, der sich für die SPD um das Landtagsmandat für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) bewirbt.

Organisiert werden die 60plus-Nachmittage von Marietta Exner.
Sie erzählt: „Martin Habersaat ist in unserem Glinder 60plus-Kreis kein Unbekannter. Seit er 2004 Kreisvorsitzender der SPD Stormarn wurde, hat er uns schon einige Male besucht. Dieses Mal freuen wir uns darauf, mit ihm über Landespolitik zu diskutieren."

Martin Habersaat (32) kandidiert 2009 erstmals für einen Sitz im Landtag. Er ist Lehrer für Deutsch, Geschichte und Politik / Gesellschaft / Wirtschaft am Emil-Krause-Gymnasium in Hamburg und seit 2003 Mitglied des Stormarner Kreistages.

Die AG60plus trifft sich in Glinde an jedem zweiten Donnerstag im Bürgerhaus. Jeder ist willkommen, bei Kaffee und Kuchen mit spannenden Gästen zu diskutieren. Informationen gibt es bei Marietta Exner unter der Telefonnummer 040 - 710 63 29.

Keine Kommentare

SPD-Felde - *veröffentlicht am 03.09.2009, 16:09 Uhr - 2453 Clicks - Nr. 1006*

Grillfest
SPD-Felde
Herzliche Einladung
an die Seniorinnen und Senioren

Der SPD-Ortsverein lädt ein
zum 7. Mal in Folge
zum sommerlichen Grillfest in der Grünanlage

Als Gast Landtagskandidat Ulf Daude

Wir freuen und auf Euch,
auf gutes Wetter und gute Laune.

Samstag, 12.9. ab 11 Uhr Herzlich willkommen !

Für den Vorstand: Als „Grillmeister":
Andreas Fleck Ina & Hartmut
Rimkus

V.i.S.d.P. SPD Felde A.Fleck, Lehmkoppel 8

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 03.09.2009, 18:28 Uhr - 2623 Clicks - Nr. 1007*

SPD Bad Oldesloe & Stormarner Kulturforum zeigen "Klaus Staeck"-Plakate

Am Sonnabend, dem 5. September 2009 ab 9:30 wird es ein kulturelles Highlight geben: der SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatsekretär Franz Thoennes sowie die SPD-Kandidatin für den Landtag, Susanne Danhier, eröffnen eine Public Viewing Plakatausstellung mit einer Auswahl der Druckgraphiken des Künstlers und jetzigen Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, Klaus Staeck.
Die manchmal satirischen, manchmal makabren - aber immer zum eigenen Denken anregenden - Plakate kommen direkt aus einer Ausstellung der Berlinerischen Galerie (Landesmuseum) in Berlin und stellen einen Kontrast zur gegenwärtigen Flut von Wahl-Plakaten dar.

Christian P. Schlichte vom Stormarner Kulturforum: "Dank unserer exzellenten Kontakte zum SPD-Bundeskulturforum im Willy-Brandt-Haus konnten wir uns ein ganzes Set der Ausstellungsplakate sichern. Eine Auswahl davon wird an allen vier Samstagen vor der Landtagswahl am Stand der SPD Bad Oldesloe gezeigt werden - zu einem späteren Zeitpunkt ist geplant, das komplette Set noch für einen längeren Zeitraum in Stormarn auszustellen, wenn die Landtagswahl hinter uns liegt".

Infos zu Klaus Staeck finden sich unter de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Staeck

Die SPD Bad Oldesloe wird an den vier Samstagen vor der Wahl mit einem Infostand in der Oldesloer Fussgängerzone, Mühlenstraße, vertreten sein.
Kommentar von Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie vom 07.09.2009, 11:16 Uhr:
RE: SPD Bad Oldesloe & Stormarner Kulturforum zeigen
Bilder der Ausstellung und ein kurzer Film finden sich im Blog des Stormarner Kulturforums unter http://www.ipernity.com/blog/stormarner-kulturforum (zweiter Artikel von oben)

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 03.09.2009, 19:34 Uhr - 7673 Clicks - Nr. 1008*

Krickenten und Kiebitze

Mit einer Vogelbeobachtung an der Fähre Glückstadt begann ein Gespräch der SPD-Abgeordneten Birgit Herdejürgen mit Vertretern des Naturschutzbundes Deutschland (NABU).

Jörn Thießen, Birgit Herdejürgen, sowie Landtagskandidat Stefan Bolln informierten sich über die vielfältigen Tätigkeiten des Verbandes. Dazu zählen regelmäßige Vogelzählungen, die Pflege von Naturschutzflächen und Bildungsangebote an Kindertagesstätten und Schulen.

„Was hier an ehrenamtlicher Arbeit für unsere Natur geleistet wird, ist bemerkenswert", so SPD-Abgeordneter Thießen. Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen hob die Verdienste um die Umweltpädagogik hervor: „Naturerlebnis für Kinder ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Der NABU zeigt, dass Umweltbewusstsein Spaß machen kann."

Keine Kommentare

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 03.09.2009, 19:52 Uhr - 3172 Clicks - Nr. 1009*

Juso Orts-AG SL wählt neuen Vorsitzenden

Am vergangenen Samstag, den 29.08.09, wählten die **Jusos Schleswig** in ihrer jährlichen Mitgliederversammlung ihren neuen Vorstand.
Torge Riebesell einstimmig zum **neuen Vorsitzenden** erkoren
Früh am Morgen hatten sich die Jusos Schleswig zur ordentlichen Mitgliederversammlung zusammengefunden um dort ihren neuen Vorstand zu wählen.
Die Jusos durften als Gäste den SPD-Fraktionsvorsitzenden Karsten Reimer und die SPD-Ortsvereinsvorsitzende sowie Landtagskandidatin für den Wahlkreis 7, Birte Pauls, begrüßen.

In einem reibungslosen Wahlgang wurde Torge Riebesell einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ihm zur Seite stehen Jan-Holm Hansen als stellv. Vorsitzender und Immo Degner als Kassenwart.

„Ich freue mich, dass die Schleswiger Jusos bereit für den Aufbruch sind. Wir sind thematisch gut gewappnet und nun liegt es an uns, die Schleswiger Jugend für unsere Politik zu begeistern.", meint Riebesell.

Birte Pauls merkte nach der Wahl an: ""Politik für junge Leute macht man am besten mit jungen Leuten, deshalb ist es wichtig, dass die Jugend sich in Parteiarbeit engagiert. Die geplanten regelmäßigen Stammtische der Jusos sind ein guter Anlass mal nachzufragen oder

Tipps und Anregungen zu geben. Ich kann eigentlich gar nicht verstehen, warum die Jungen sich so das Ruder aus der Hand nehmen lassen. Also nicht meckern, mitmachen!"

Die Jusos SL werden ab dem 01.10.2009 in einen monatlich stattfindenden, öffentlichen, Stammtisch über die aktuellen Geschehnisse in Schleswig diskutieren.

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg - *veröffentlicht am 03.09.2009, 20:53 Uhr - 3216 Clicks - Nr. 1010*

FDP für Mehrwertsteuererhöhung?
Der FDP-Fraktionschef aus Schleswig-Holstein offenbarte nun in einer Diskussionsrunde auf N24 die verdeckten Pläne der FDP. Nach einem möglichen Wahlsieg und einer Koalition mit der CDU scheint die FDP die Mehrwertsteuer erhöhen zu wollen...

Doch bevor hier ein langer Roman geschrieben wird, informiere sich jeder selbst und entscheide dann, welche Lehren daraus zu ziehen sind. Unter dem folgenden Link ist ein Mitschnitt der Fernsehsendung zu finden.

Youtube: Mehrwertsteuererhöhung auf N24 angekündigt

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 04.09.2009, 11:10 Uhr - 6415 Clicks - Nr. 1011*

Die Maßlosigkeit muss ein Ende haben

Zur Debatte im Finanzausschuss über die Vorstandsgehälter bei der HSH Nordbank erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Begrenzung von Vorstandsgehältern ist ein Gebot der Verhältnismäßigkeit in einer Situation, wo die Menschen Maßlosigkeit nicht mehr zu akzeptieren bereit sind. Das Parlament hat der HSH vorgegeben, die Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro zu begrenzen. Dies muss alle Gehaltsbestandteile beinhalten - auch dann, wenn die Bank im operativen Geschäft wieder schwarze Zahlen schreibt. Das geben aus unserer Sicht die heute vom Finanzminister vorgestellten Verträge nicht her.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 04.09.2009, 13:59 Uhr - 49364 Clicks - Nr. 1012*

Die Aufholjagd hat begonnen!
Zu den heutigen Umfrageergebnissen erklärt SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning:

Wir sind mit 24 Prozent auf gleichem Niveau wie im Juli. Ralf Stegner holt im Direktvergleich massiv auf. Das ist unsere Startposition für diesen Wahlkampf. Die Aufholjagd hat begonnen. Wir wissen, dass wir viele bisherige SPD-Wähler für uns zurück gewinnen müssen. Die

Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns eine klare, starke und glaubwürdige Alternative zu Schwarz-Gelb. Und genau davon handelt unser Wahlkampf. Wir stellen die Themen in den Mittelpunkt, die für die Menschen von entscheidender Bedeutung sind: gerechte Bildung, starke Familien, gute Arbeit und neue Energie ohne Atom. Und wir machen dazu klare Aussagen, die wir realisieren werden: Ausbau der Gemeinschaftsschulen, alle drei Kita-Jahre beitragsfrei, keine Studiengebühren, Ausstieg aus der Atomenergie, massive Förderung umweltverträglicher Energien mit vielen neuen Arbeitsplätzen, die hier entstehen können."

Die CDU erzielt mit 33 Prozent ihr bisher schlechtestes Umfrageergebnis in Schleswig-Holstein. Und auch mit den sinkenden Werten für den Ministerpräsidenten erhält sie die Quittung für ihren machtversessenen und absolut stillosen Koalitionsbruch im Juli. Carstensen und seine Reste-Regierung verlieren, weil die Menschen ihr Machtspiel durchschauen. Die Ankündigung zum Beispiel, dass die CDU-Minister erst am 30. September, also drei Tage nach der Wahl, Sparvorschläge auf den Tisch legen wollen, grenzt an Volksverdummung. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit im Lande. Die CDU verschleiert ihre Absichten vor den Wählern, und auch dafür wird sie am 27. September abgewählt."

Kommentar von Jens Peters vom 08.09.2009, 14:25 Uhr:
RE: Die Aufholjagd hat begonnen!
Aufholjagd?? Ist ja lächerlich! Wo ist denn hier bitte von Aufholjagd zu sprechen, wenn man den selben Stand wie vorher erreicht hat und noch immer ganze 9 Punkte hinter der CDU liegt? Dann sei noch herausgestellt, dass ihre Partei schon seit 21 Jahren für eine gerechte Bildung hätte sorgen können. Und was soll bitte daran gerecht sein, alle Schüler über einen Kamm zu scheren und in eine Schule zu stecken? Ihr einziges Ziel ist es doch noch mehr Geld in der Bildung zu sparen, um dann noch mehr Geld für ihre Belange zu haben! Fangen sie lieber mal an über Schuldenabbau nachzudenken! Ich möchte später nämlich nicht ihre politischen Spielerein abbezahlen müssen!! Jens Peters

Kommentar von hummel_4711 vom 04.09.2009, 14:15 Uhr:
RE: Die Aufholjagd hat begonnen!
Für Frau Merkel gibt es anscheinend die SPD im Doppelpack, Im Bund ist die SPD eine nicht zuwählende Partei. Im Lande eines Herrn Althaus überaus wüschenswert. Man nannte und nennt ein solches Denken Schizophrenie Frau Merkel. Und einen Herrn Kubicki aus Schleswig-Holstein kennen Sie, Frau Merkel, sicher auch??? Dann sollte Sie sich das Interview auf "N24" ansehen. schizophrener geht es nun wirklich nicht. Oder kann es sein, dass alle CDU/CSL und FDPler eigentlich gar nicht so richtig wissen, was die Uhr geschlagen hat???

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 04.09.2009, 15:14 Uhr - 5200 Clicks - Nr. 1013*

Katastrophenverfahren schwächt den Wissenschaftsstandort "

Zur Situation anlässlich des Verwaltungsgerichtsurteils zur Präsidentenwahl an der Universität Flensburg erklärt Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD und als Nachfolger der bisherigen Abgeordneten Ingrid Franzen nominierter Kandidat für den schleswig-holsteinischen Landtag:

„Das an Peinlichkeit nicht zu überbietende Katastrophenverfahren zur Präsidentenwahl schadet nicht nur der Universität, sondern dem gesamten Wissenschaftsstandort Flensburg. Hochschulpolitik ist regionale Strukturpolitik, die Negativschlagzeilen haben deshalb eine fatale Wirkung.

Positiven Nachrichten wie die über die Akkreditierung der Studiengänge oder die neuen Investitionen werden durch sie überlagert.

Gerade in einer Situation, in der es darum gehen muss, die Eigenständigkeit der Flensburger Universität zu sichern, ist diese Entwicklung fatal. Vor dem Hintergrund der Schubladenpläne, die Uni zum Anhängsel der Kieler CAU oder einer Landesuni zu machen, muss das Thema Präsidentenwahl endlich aus den Schlagzeilen verschwinden. Sonst wird denjenigen in die Hände gespielt, die der Flensburger Uni die Eigenständigkeit nehmen wollen.

Das anerkennenswerte Engagement von Prof. Reuter als Interims-Präsident ist zeitlich begrenzt. Schwierige Struktur- und Entwicklungsprozesse liegen vor ihm und der Universität.

Die Idee, das völlig missratene Verfahren noch einmal „heilen" zu wollen, ist eindeutig falsch. Das hat schon der gescheiterte Erörterungstermin beim Verwaltungsgericht in Schleswig gezeigt. Eine Neusichtung der vorliegenden internen und externen Bewerbungen geht ebenfalls nicht. Auch öffentliche Appelle an die alte Findungskommission helfen nicht, denn sie hat ihre Arbeit beendet und existiert nicht mehr. Das alte Verfahren ist beendet, Herr eines neuen ist der Senat.

Wir brauchen ein unvoreingenommenes, faires und geordnetes neues Verfahren – eine neue Auschreibung und eine Auswahl nach dem Prinzip der Bestenauslese. Prinzipienreiterei und Voreingenommenheit helfen nicht weiter. Die Reputation des Wissenschaftsstandortes Flensburg hat schon genug gelitten."

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 04.09.2009, 16:35 Uhr - 2590 Clicks - Nr. 1014*

Aufstufung zum Mittelzentrum überfällig

"Ich freue mich, dass die seit Jahren überfällige Aufstufung der Stadt Reinbek im zentralörtlichen System des Landes nicht erneut auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben worden ist. Die Einstufung Reinbeks mit Glinde und Wentorf als gemeinsames Mittelzentrum im Verdichtungsraum zum 1. Oktober 2009 birgt Chancen für alle drei Gemeinden." - Mit diesen Worten kommentiert der Reinbeker Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Puls (SPD) die Entscheidung der Landesregierung,
"die zunächst auch in diesem Jahr wieder nur angedachte Aufstufung endlich zeitnah umzusetzen".

Im Entwurf der Landesverordnung Anfang März 2009 war die Aufstufung noch bis Ende 2014 ausgeschlossen und vorbehaltlich einer weiteren Prüfung frühestens für 2015 in Aussicht gestellt worden. Puls intervenierte gegen den Verordnungsentwurf bei Innenminister Lothar Hay und erhielt die Zusage einer vorgezogenen Aufstufung noch in diesem Jahr für den Fall, "dass vor Ort in den drei Gemeinden die Bereitschaft zu verstärkter Kooperation ausdrücklich erklärt und Einigkeit über die Aufteilung der dafür zusätzlich zur Verfügung gestellten Landesmittel erzielt würde". Klaus-Peter Puls: "Unser Reinbeker Bürgermeister Axel Bärendorf und seine Amtskollegen Rehders in Glinde und Heidelberg in Wentorf sorgten umgehend für die erforderlichen Beschlüsse der örtlichen Gremien. Der amtierende Innenminister Rainer Wiegard veranlasste die formelle Zustimmung durch Verordnung der Landesregierung." Fazit des

langjährigen Abgeordneten Puls, der für den neuen Landtag nicht wieder kandidiert: "Das Zusammenwirken des Vor-Kurzem-Noch-Innenministers Lothar Hay (SPD) und des Unwillkürlich-Auch-Innenministers Rainer Wiegard (CDU) zeigt, dass selbst in schwierigen Zeiten beendeter Koalitionen und bevostehender Wahlen über Parteigrenzen hinweg gute politische Ergebnisse erzielt werden können."

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 04.09.2009, 16:47 Uhr - 2787 Clicks - Nr. 1015*

Energie für Glinde
Bernd Wersel über Energiepolitik in Glinde

Das Thema Energie wird für die nächsten Jahre immer weiter an Bedeutung gewinnen. Dies nicht nur, weil die Folgen der Erderwärmung und der Naturkatastrophen enorme Schäden verursachen werden, sondern weil auch aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht wir alle davon betroffen sein werden.
Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, wird in den nächsten Jahren die Energie so teuer werden, dass Unternehmen weiter massiv sparen und entlassen müssen oder sozial schwache Mitbürger im Winter die Heizung nicht mehr bezahlen können. Dies sind zwar Schreckenszenarien, die auf den ersten Blick vielleicht übertrieben klingen, aber in den siebziger Jahren gab es, für uns heute unvorstellbar, aufgrund der Ölknappheit den autofreien Sonntag.
Und schon jetzt kündigen die Energiekonzerne für das Jahr 2013 Preissteigerungen für Strom von 30% an. D.h., eine Durchschnittsfamilie muss dann von einer ca. 300 EUR höheren Stromrechnung ausgehen. Dass wir etwas tun müssen, steht außer Zweifel.

In Glinde ist insbesondere in der letzten Legislaturperiode viel verschlafen worden. Die CDU hat mit ihrer absoluten Mehrheit innovative Ideen und Konzepte zur Energieversorgung einfach abgelehnt. So ist das Thema "effiziente Blockheizkraftwerke" für die Neubaugebiete aus Angst vor zuviel staatlicher Einflussnahme bei den privaten Bauvorhaben an den Neinstimmen der Union gescheitert. Mit dem Gewinn von zwei Direktmandaten bei den letzten Kommunalwahlen konnte die SPD eine absolute Mehrheit der CDU gerade noch verhindern. Seit der Wahl im letzten Frühjahr ist das Thema Energie für Glinde jetzt wieder zu den politisch wichtigen Themen aufgestiegen.

Um die einzelnen Besonderheiten des Themas Energieversorgung für Glinde besser durchleuchten zu können, möchte ich erst einmal die verschiedenen Aufgabengebiete definieren, die im Rahmen einer nachhaltigen Energieversorgung zu betrachten sind.

Dies sind a) die Energiegewinnung, b) die Energieverteilung und c) der Energieverkauf. Beim dem Energieverkauf hat es insbesondere im Strombereich in den letzten Jahren durch die Liberalisierung eine rasante Entwicklung gegeben. Man kann heutzutage schon an jeder Straßenecke den Strom einkaufen, allerdings ist das Preisniveau dennoch recht hoch. Ursächlich hierfür sind die Energiegewinnung und die Energieverteilung, die bislang noch in den Händen eines Oligopols liegen.
An diesen Stellen wollen wir in Glinde zupacken um, zum Nutzen aller Einwohner, dieses auf vier Großkonzerne verteilte Oligopol zu brechen und einen Mehrwert für die Stadt und die Einwohner zu schaffen. Insbesondere in der Frage der Energieverteilung , d.h. bei dem lokalen

Stromnetzen, haben wir in Glinde durch das Auslaufen des Konzessionsvertrages die Chance für die Bürger und die Stadt mehr Vorteile zu generieren. In diesem Zusammenhang hat die SPD eine Arbeitgruppe gebildet, die sich mit dem Aufbau eigener Stadtwerke befasst. Nach diversen Informationsveranstaltungen und interfraktionellen Gesprächen haben wir für Glinde einen Konsenz gefunden, der inzwischen zur Gründung einer Stadtwerke Glinde GmbH und der Bewerbung um den Konzessionsvertrages geführt hat.

Bei diesem Projekt Stadtwerke Glinde handelt es sich alleine um die Verteilung von Strom und betrachtet damit nur einen Aspekt der Energieversorgung. Der weitaus wichtigste Aspekt einer nachhaltigen Energieversorgung ist die Energiegewinnung. Und hier ist die SPD in Glinde mit ihren Konzepten der Taktgeber in die Kommunalpolitik der Stadt. Seit der Kommunalwahl und den veränderten Mehrheitsverhältnissen haben wir mit einem Antrag zur einer Nachhaltigen und dezentralen Energieversorgung eine Diskussion in der Stadt angestoßen, die jetzt zu einem konkreten Aktionsplan für die Stadt geführt hat. So hat der Antrag der SPD Fraktion aus Februar dazu geführt, dass viele Stadtvertreter und Verwaltungsmitarbeiter sich zum ersten Mal mit Begriffen wie Solarkollektoren, Photovoltaik, Biogas, Blockheizkraftwerk oder Erdwärme bewusst auseinander gesetzt haben.

Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen hat Glinde hier in der letzten Wahlperiode viel Zeit verschenkt. Bei der Frage der nachhaltigen und dezentralen Energiegewinnung geht es nicht nur darum, mit irgendwelchen Schlagwörtern populistisch zu agieren, es ist vielmehr die Aufgabe der Kommunalpolitik, die Finanzen der Stadt vernünftig zu verwalten und den Bürgen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung zur Verfügung zustellen. So sollte es das Ziel einer jeden Stadt sein, das die Verwaltung durch Energieeinsparmaßnahmen verbunden mit dezentraler Strom- und Wärmegewinnung einen Energieüberschuss erzielt. Dies würde den Haushaltsposten "Betriebskosten" gewaltig entlasten und Freiräume für die Finanzierung von sozialen Aufgaben schaffen. Die Unternehmer und privaten Haushalte ihrerseits würden durch den Energieüberschuss unabhängiger von den Ölpreisen.

In Glinde hat die SPD ihren Antrag durchgebracht, welcher die Verwaltung auffordert, rechtzeitig zu den nächsten Haushaltsberatungen konkrete Pläne für den Einstieg in eine nachhaltige und dezentale Energiegewinnung aus regenerativen Energien vorzustellen. Ob die Maßnahmen jedoch auch kurzfristig umgesetzt werden können, hängt zur Zeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ab und hier haben die Grünen und CDU die knappen Haushaltsmittel erst einmal für die Umgestaltung des Marktplatzes rausgeworfen. Auch wenn es gerade bei der CDU noch viele Vorbehalte gegen in die nachhaltige Energiegewinnung aus regenerativen Resourcen gibt, so sind wir in der SPD zuversichtlich, den Einstieg in das neue energiepolitische Zeitalter in Glinde noch in diesem Jahr mit konkreten Beschlüssen in den Ausschüssen einleiten zu können.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 04.09.2009, 18:09 Uhr - 3863 Clicks - Nr. 1016*

Ein Abend mit Ralf Stegner

Ralf Stegner lädt ein: 11. September 2009, 20.00 Uhr, Kulturzentrum Marstall, Ahrensburg.

Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und
Schleswig-Holsteiner,

ich lade Sie herzlich ein zu einem „Abend mit Ralf Stegner“. Dabei haben Sie die Gelegenheit, meine Frau Sibylle und mich kennenzulernen und Sie können sich ein eigenes Bild von meinen politischen Vorstellungen für die Zukunft unseres Landes machen.

Lange Reden werden an diesem Abend nicht gehalten. Auf Sie wartet ein informativer und unterhaltsamer Abend. Ich möchte an diesem Abend im Dialog mit Ihnen über meine Vorhaben und Ziele als neuer Ministerpräsident Schleswig-Holsteins ins Gespräch kommen. Sie können also selbstverständlich Ihre ganz konkreten Fragen an mich stellen. An diesem Abend können Sie auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten in Ihrem Wahlkreis für die Bundestagswahl, Gesa Tralau, und die Landtagswahl am 27. September, Jochen Proske, kennen lernen. Wir freuen uns auf Sie und auf einen interessanten und spannenden Abend.
Für Selbstzahler stehen kleine Snacks und Getränke bereit. Für Musik sorgt die Band Beat Shock.

Herzliche Grüße,
Dr. Ralf Stegner

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 04.09.2009, 20:50 Uhr - 3805 Clicks - Nr. 1017*

Know-how-Tower für Osterrönfeld - REpower feiert Richtfest

Der Windenergieanlagenhersteller REpower hat heute in Osterrönfeld Richtfest gefeiert. Das neue Forschungs- und Entwicklungszentrum des Unternehmens soll Anfang des nächsten Jahres fertiggestellt sein.

Mehr als 20 Millionen Euro investiert das global tätige Windkraftunternehmen mit Sitz in Hamburg ins seinen "Know-how-Tower". In dem neuen Gebäude in Osterrönfeld und direkt am Nord-Ostsee-Kanal gelegen sollen später einmal rund 500 Mitarbeiter arbeiten, die bisher auf unterschiedliche Standorte etwa in Rendsburg und Büdelsdorf verteilt waren. Aber auch Neueinstellungen sind zu erwarten.

Hinzukommt der Bau eines Produktionsgebäudes direkt neben dem Bürogebäude. Der genaue Baubeginn verzögert sich derzeit aufgrund der Wirtschaftskrise. An dem Vorhaben soll aber weiterhin festgehalten werden.

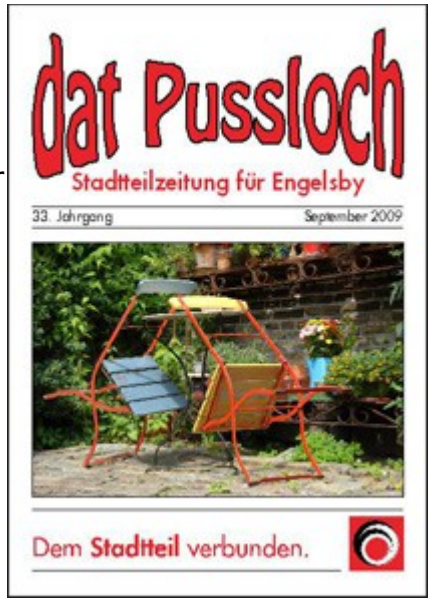
Neben den Bauaktivitäten seitens der Firma REpower ist auch auf kommunaler und öffentlicher Ebene mit Baumaßnahmen begonnen worden. Der neue Hafen am Nord-Ostsee-Kanal soll es Firmen der Region und auch REpower ermöglichen, über den Schiffsweg Produkte absetzen zu können. Dadurch entsteht neben der schnellen Anbindung an die Autobahnen A210 und A7 ein weiterer gewichtiger Aspekt für Firmenansiedlungen in der Region.

Weitere Informationen zur REpower-Ansiedlung finden Sie hier...

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 05.09.2009, 11:28 Uhr - 2351 Clicks - Nr. 1018*

SPD-Engelsby: "Wo bleibt dat Pussloch?"



Auf Grund mehrfacher Anfragen von interessierten Pussloch-Lesern, wo denn nun die Ausgabe September der Stadtteilzeitung bleibt, geben wir an dieser Stelle gerne darüber Auskunft.

Nun, der Grund liegt darin, dass wir den Erscheinungstermin im Hinblick auf die Bundes-und vorgezogene Landtagswahl um 14 Tage verschoben haben.

Der e-Mail Versand an unsere Pussloch-Abonnenten erfolgt am 10., die Briefkastenverteilung beginnt am Samstag, dem 12. September.

Wenn Sie dat Pussloch abonnieren möchten, können Sie sich jetzt dazu anmelden.

Ihre Pussloch-Redaktion

Keine Kommentare

Heiner Köncke - *veröffentlicht am 05.09.2009, 13:41 Uhr - 2721 Clicks - Nr. 1019*

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zu Gast in Norderstedt

Franz Thönnes und Heiner Köncke hatten am vergangenen Donnerstag zum Dialog mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück geladen und über 100 Vertreter von Vorständen, Geschäftsführungen, Selbständige, Personalverantwortliche und Belegschaftsvertreter waren der Einladung auf dem Gelände der Nordport-Towers gefolgt.
Sehr zur Freunde der Schar der Medienleute geizte Peer Steinbrück auch in Norderstedt nicht mit seinem trockenen Humor.
"Es gibt in Schleswig-Holstein keinen Ort mit so vielen Ampeln und Baustellen", begründete Steinbrück das Zuspätkommen seiner Fahrzeugkolonne, "aber jede Baustelle ist gut für die Konjunktur."

Der Finanzminister zeigte sich beeindruckt von Konzept und Lage der Nordport-Towers: "Nur fünf Minuten bis zum Airport, das ist sehr gut."
Nachdem Steinbrück sich über die ehrgeizigen Erweiterungspläne der Unternehmensgruppe Lucrum und der Prosperität des Norderstedter Gebietes Nordport informiert hatte, begann der

Dialog mit den geladenen Gästen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnes befand, das Gewerbeensemble am südlichen Eingang Norderstedts "hat Charme und strahlt Optimismus aus".
Was die gesamtkonjunkturelle Lage angeht, so warnte Parteifreund Steinbrück indes vor verfrühtem Zweckoptimismus. Man dürfe nicht glauben, dass man das Tal der Tränen bereits durchschritten habe. Deshalb seien Wahlversprechen politischer Mitbewerber unredlich: "Ich verspreche nichts, glauben Sie mir!"

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte Landtagskandidat Heiner Köncke zufrieden fest: "Die hohe Resonanz auf unsere Einladung zeigt, dass unser Dialog zwischen Wirtschaft und Politik schon lange vor dem Wahlkampf begonnen hat. Solide und ehrliche politische Arbeit kommt eben besser an als Gute-Laune-Politik auf Volksfesten."

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 05.09.2009, 16:21 Uhr - 7219 Clicks - Nr. 1020*

Erst die Wahl, dann die Qual

Vollmundig hat die CDU beim Bruch der Koalition versprochen, Sparvorschläge der einzelnen Ministerien zur Haushaltssanierung vorzulegen.

In der vergangenen Sitzung des Finanzausschusses wurde nun deutlich: Die CDU will die Kürzungen erst am 30. September veröffentlichen – drei Tage nach der Wahl. Die Bürgerinnen und Bürger sollen also die Katze im Sack kaufen.

Schuldenabbau ist unumgänglich um kommenden Generationen Handlungsspielräume zu erhalten. Dabei wird es auch zu Einschnitten kommen, für die die Politik den Rücken grade machen muss.

Die SPD konnte sich in der großen Koalition mit ihrer Forderung nach einer Verwaltungsstrukturreform nicht durchsetzen. Aber wir haben uns einem Bildungspakt verpflichtet, der nicht nur eine bessere Lehrerausstattung garantiert sonder auch Einsparungen vorsieht. Wir haben einen Pakt für Beschäftigung vorgelegt, damit viele Menschen zusätzlich in Arbeit kommen. Damit verbessert sich auch die Einnahmesituation des Landes.

Wie die CDU vor der Wahl das Hohelied der Haushaltskonsolidierung zu singen, mit den unangenehmen Wahrheiten aber erst drei Tage nach der Wahl herauszurücken ist unredlich.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 05.09.2009, 20:01 Uhr - 4106 Clicks - Nr. 1021*

Feierstunde für die Grönwohlder Sozialdemokratie

1919 wurde, auf Bestreben der SPD, in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Seit 1919 gibt es in der Arbeitswelt den Acht-Stunden-Tag. Und 1919 wurde der SPD-Ortsverein Grönwohld gegründet. Letzteres war nun Anlass für eine Feierstunde und ein anschließendes Kinderfest in Grönwohld. Landrat Klaus Plöger, Bürgermeister und Amtsvorsteher ließen es sich nicht nehmen, für ein Grußwort vorbeizukommen, ebenso der Stormarner SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat,
der als Geschenk dir musikalische Untermalung der Feierlichkeiten mitgebracht hatte.

Die Ortsvereinsvorsitzende Angela Ryll ging in ihrer Begrüßung auf die Geschichte der SPD in Grönwohl ein und stellte gleich das nächste Jubiläum in Aussicht: 2010 wird „De Grönwohlder Rinkieker" 30 Jahre alt. Der SPD-Bundesvorsitzende hatte den Grönwohldern einen langen Brief geschrieben, in dem er auf die lange Geschichte der SPD einging, „die als einzige Partei ihren Namen niemals ändern musste und seit ihrer Gründung für die Prinzipien des Sozialen und des Demokratischen einsteht."

Am Rande des Festes hatten die ASF Stormarn und Bundestagskandidatin Gesa Tralau eine Tombola zugunsten des Kinderhauses in Bad Oldesloe organisiert.

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 05.09.2009, 21:57 Uhr - 4073 Clicks - Nr. 1022*

„Haben Sie noch Platz im Keller?"

Jusos Segeberg stehen zur Beibehaltung des Atomausstiegs

Die Jusos Segeberg nutzten das Stadtfest in Bad Segeberg, um es den Genossinnen und Genossen, die am Samstag, den 5.9., nach Berlin zur Anti-Atom-Demo gefahren sind, inhaltlich gleich zu tun. Sie zogen im Rahmen ihres Infostands auf dem Marktplatz mit Schutzanzügen und einem Atommüllfass durch die Bad Segeberger Fußgängerzone und machten so auf die Endlagerproblematik der Atommüllentsorgung aufmerksam.
„Im Wahlkampf steht die Abgrenzung im Vordergrund. FDP und CDU wollen an der Atomenergie festhalten. Dies lehnen Jusos und SPD entschieden ab. Aus diesem Grund haben wir den Besucherinnen und Besuchern des Stadtfestes durch unsere Aktion unsere Überzeugung näher gebracht", so Alexander Wagner, Sprecher des Juso-Kreisvorstands Segeberg. „Die direkte, wenn auch in diesem Moment ungefährliche Konfrontation mit den Problemen und Gefahren von Atomkraft bringt die Menschen zum Umdenken. Ein echtes

Atommüllfass will niemand vor der Haustür haben", erklärt Wagner. Während der Aktion verteilten die Jusos Flugblätter zur Abgrenzung der Atomenergie von regenerativen Energien.

In den nächsten Wochen vor der Wahl werden die Jusos durch weitere Städte und Gemeinden des Kreises Segeberg touren und für ihre Inhalte werben.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 06.09.2009, 10:18 Uhr - 5330 Clicks - Nr. 1023*

"Was langsam fährt, ist längst nicht gut...."
Flensburg und seine Bahnanbindung:
Neue Initiativen von Helmut Trost vor Ort und im Land

„Was lange währt, wird endlich gut..." - gleich mehrfach war dieses beim Beginn der ersten Baumaßnahmen für den Flensburger Bahnhof zu hören. Ganz so euphorisch sieht das Helmut Trost, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und möglicher zukünftiger Flensburger Landtagsabgeordneter, nicht.
„Was langsam fährt, ist längst nicht gut...", meint Trost und verweist auf die nach wie vor unerträglich langen Fahrtzeiten nach Hamburg. Auf allen Ebenen hat er darum neue Initiativen ergriffen, um die Flensburger Anbindung und die Situation für die Fahrgäste zu verbessern.

Im Regierungsprogramm der Landes-SPD ist auf seinen Antrag hin jetzt eine klare Prioritätensetzung vorgenommen worden. Der Ausbau der Strecke Flensburg – Neumünster – Hamburg steht bei der schleswig-holsteinischen SPD an oberster Stelle. Konkret genannt wird als weiteres vordringliches Vorhaben der Ausbau Kiel – Lübeck, von dem indirekt auch Flensburg profitiere würde.

In einer gemeinsamen Sitzung der drei Hauptausschüsse der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg ist auf Trosts Initiative bereits ein weiterer Antrag beraten worden, der bei einer Umsetzung die Verbindungen von und nach Flensburg deutlich verbessern würde. Dieser Antrag geht jetzt in Flensburg in die Fachausschussberatungen.

Wichtigstes Element ist die schnellstmögliche Reaktivierung der Strecke Flensburg – Niebüll (als Verlängerung der Strecke Kiel – Flensburg) und die Verbesserung der Hamburg-Anbindung durch eine „Flügelung" der Züge in Neumünster. Außerdem sollen der Streckenabschnitt Niebüll-Westerland zweigleisig ausgebaut und weitere Maßnahmen für die Westküstenbahn umgesetzt werden. Einen entsprechenden gemeinsamen Vorstoß haben auf Trosts Initiative alle drei SPD-Fraktionen im nördlichen Landesteil abgestimmt. Der Flensburger setzt auf breite Unterstützung für den Vorstoß: „Der Norden muss in der Frage der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Umsetzung des Klimaschutzes Geschlossenheit zeigen. Hier können Kooperation und Zusammenarbeit konkret gelebt werden."

Die Vorschläge finden sich auch im „Landesweiten Nahverkehrsplan" (LNVP). Eine noch zu definierende Anzahl von Zügen soll danach von Kiel bis Westerland durchgehend fahren. Dazu muss die 38 Kilometer lange Strecke Flensburg – Niebüll ertüchtigt werden. 5 Stationen sollen neu gebaut werden.
Zu den begonnenen Maßnahmen am Flensburger Bahnhof meint Trost: „Bei aller Freude über den Startschuss sollten wir nicht vergessen, dass über die aktuell begonnenen Maßnahmen

hinaus dringender Handlungsbedarf besteht. Die Situation bei den Toilettenanlagen ist nicht zumutbar und auch die Bahnhofshalle insgesamt kann so nicht bleiben. Der Bahnhof ist Eingangstor Flensburgs und Visitenkarte zugleich, dem muss Rechnung getragen werden."

Hintergrund:

Im Regierungsprogramm der SPD heißt es entsprechend einem Antrag des von Helmut Trost geführten Flensburger Kreisverbandes wörtlich:
„Wir wollen den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Schleswig-Holstein voranbringen. Der Ausbau bzw. die Ertüchtigung von Strecken sind zwingend notwendig, um als verkehrspolitisches Ziel eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene zu erreichen und Kombiverkehre zu ermöglichen. Wir legen unsere Prioritäten auf den Ausbau der Strecken Flensburg – Neumünster – Hamburg mit dem Schienenengpass im Kreis Pinneberg, den Ausbau Kiel – Lübeck und weitere Korridorschienenbauprojekte." (Hinweis: Das Regierungsprogramm befindet sich zur Zeit noch im Druck, ist aber über die Internetseite der schleswig-holsteinischen SPD bereits abrufbar.)

Das Land Schleswig-Holstein hat im landesweiten Nahverkehrsplan (LNVP) ausdrücklich das Ziel formuliert, den „Nahverkehr in Schleswig-Holstein auf Basis des vergleichsweise hohen Niveaus weiter zu entwickeln. „Vorrangiges Ziel ist dabei..., mehr Menschen für Bus und Bahn zu gewinnen und den Marktanteil des Nahverkehrs auszubauen", heißt es darin. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass es darum gehe, in der Zukunft klimafreundlichere Mobilität sicher zu stellen. Im LNVP wird die Perspektive entwickelt, die Strecke Flensburg-Niebüll wieder in Betrieb zu nehmen. Sie soll danach im Stundentakt bedient werden. Als weitere Maßnahme wird die sogenannte „Flügelung" von Zügen in Neumünster gefordert. Aus Hamburg kommende Züge sollen sich in Neumünster aufteilen – zur Weiterfahrt in die Richtungen Kiel und Flensburg. So könnte für Flensburg-Reisende das gegenwärtig alle zwei Stunden notwendige zeitraubende Umsteigen in Neumünster entfallen.

Ausdrücklich wird im LNVP darauf hingewiesen, dass die Finanzierung aller Maßnahmen nicht sichergestellt ist. „Deshalb fordern wir alle Entscheidungsträger auf, sich für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mitte stark zu machen und hierfür einzusetzen", so der Flensburger Helmut Trost.

Kommentar von Kirsten Pautzke vom 06.09.2009, 15:49 Uhr:
RE: Bahnstrecke Niebüll- Flensburg
Nachdem ich im Flensburger Tageblatt vom 04.09.2009 wiedermal über die Reaktivierung der Bahnsterecke Flensburg- Niebüll lesen musste, war ich zunächst amüsiert. In Laufe der Vergangenheit mussten wir - meist im Sommerloch- dieses Thema lesen! Nun bin ich jedoch sehr perplex! Die SPD Flensburg hält dieses Projekt tatsächlich für zeitgemäß! Obwohl die Strecke ein idealer Radweg darstellt, der direkt durch lange unberührte und regenerierte Natur führt. Auch werden sämtlich Menschen und Genossen die entlang der ehemaligen Bahnstrecke leben ignoriert. Wo bleibt dort das Soziale und die Empathie. Ist die SPD Flensburg tatsächlich so naiv, dass sie meint die Syltfahrer und Einheimischen benutzen diese Strecke ? Per Bahn ? Es gibt neben Flensburg sicherlich auch viele andere Ort die vom Tourismus profitieren (möchten). Ich würde mich eher darüber freuen , wenn die bestehende Infrastruktur (Bus) hinsichtlich Anbindung, Abfahrzeiten und ökologische Möglichekeiten (Sonnenenergie)

überprüft wird! Auch besteht eine Bahnverbindung über Dänemark. Warum wird diese nicht in Flensburg besser eingebunden ? ! Und zu Letzt : Wer soll diese Sommerloch-Idee bezahlen ?

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 06.09.2009, 13:45 Uhr - 2737 Clicks - Nr. 1024*

Martin Habersaat und Jörg Kiencke auf dem Treppchen

Jedes Jahr im Rahmen des Sommerfestes der Barsbütteler Vereine und Verbände veranstaltet der Schützenverein sein „Bürgerschießen". Dann darf sich Jedermann als Schütze versuchen. In diesem Jahr hatten auch die SPD-Politiker Hermann Hanser, Jörg Kiencke und Martin Habersaat teilgenommen, letzterer zum wiederholten Male.
Die Ergebnisse des Bürgerschießens werden stets geheim gehalten und von Sylvia Heger, der Vorsitzenden des Stützenvereins, erst auf dem Schützenfest im September bekannt gegeben.

2009 haben es der Bürgervorsteher Jörg Kiencke und der Landtagskandidat Martin Habersaat nun aufs Treppchen geschafft und die Plätze 2 und 3 beim Bürgerschießen erreicht. Gewonnen hat in diesem Jahr Herr Hagelstein, der allerdings mal Mitglied eines Schützenvereins war und somit einen Vorteil hatte, wie er seinen Mitbewerbern beim anschließenden Bier gestand. Habersaat und Kiencke teilen solche Erfahrungen nicht, erzählten sogar: „Wir haben nach dem Abitur beide den Dienst an der Waffe verweigert."

Mit toller Livemusik und bei bester Stimmung wurden schließlich auch die „richtigen" Schützenkönige geehrt und bis tief in die Nach gefeiert. Martin Habersaat: „Herzlichen Glückwunsch allen Gewinnern und vielen Dank für die gelungene Party."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 06.09.2009, 16:23 Uhr - 4436 Clicks - Nr. 1025*

Wahl-o-Mat online

Martin Habersaat, Politiklehrer und SPD-Landtagskandidat, gibt eine Internet-Empfehlung: Seit dem 4. September ist der Wahl-o-Mat online (http://www.wahl-o-mat.de), ein Service der Bundeszentrale für politische Bildung. Habersaat: „24 Parteien, die bei der Bundestagswahl antreten, haben zu verschiedenen Fragen ihre Positionen abgegeben. Nun wird der Internetnutzer zu denselben Fragen befragt und bekommt am Ende eine Wahlempfehlung."
Besonders interessant sei das Programm, wenn man anschließend noch die Begründungen der Parteien für die einzelnen Positionen betrachte.

38 Fragen werden gestellt, es geht um die Zukunft der Atomkraft, die Einführung von Mindestlohn, die Privatisierung der Deutschen Bahn und Vieles mehr. Es werden Thesen angeboten, denen man zustimmen kann oder eben nicht. Bestimmte Themen kann man als besonders wichtig markieren, dann wird verglichen, mit welchen Parteien man in welchen Punkten übereinstimmt. Habersaat: „Auf diese Weise kann man sich politisch informieren, ohne verschiedene Parteiprogramme durcharbeiten zu müssen, die ohnehin oft mehr Autoren haben als Leser."

Auf die Frage, ob er nicht fürchte, dass den Nutzern andere Parteien zur Wahl empfohlen werden als die SPD, lächelt Habersaat: „Zunächst einmal ist mir wichtig, dass die Menschen überhaupt zur Wahl gehen. Und dann hat die SPD den Vorteil, dass sie zu vielen Fragen die vernünftigsten Antworten hat…"

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 06.09.2009, 19:07 Uhr - 8356 Clicks - Nr. 1026*

100 Gratulanten für Hannes Birke

Der prominenteste Gratulant fuhr in einem großen roten Bus vor. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl, hatte seine Wahlkampftour eigens unterbrochen, um dem SPD-Kreisvorsitzenden Hannes Birke die Glückwünsche zum siebzigsten Geburtstag zu überbringen.
Rund hundert Gäste drängten sich am 6. September 2009 im Gemeindezentrum Kölln-Reisiek. Der SPD-Kreisverband und die SPD-Kreistagsfraktion hatten einen feierlichen Rahmen gewählt, um mit Hannes Birke seinen runden Geburtstag zu feiern, den er am 28. August begangen hat.

Für den SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner war es offensichtlich eine angenehme Aufgabe, die Geburtstagsrede zu halten. Hannes Birke sei ein Sozialdemokrat, wie er im Buche steht. "Es gibt eine ganze Reihe herausragender Kreisvorsitzender in Schleswig-Holstein, aber nur einen Hannes Birke", machte der Gastredner klar. Er charakterisierte den Jubilar als furchtlos im Umgang mit dem politischen Gegner und als kritischen Kopf, der nicht zu den Ja-Sagern gehöre.

Ralf Stegners Idee für ein Geburtstagsgeschenk fand großen Beifall: Die Kreis-Pinnberger Wahlreiskandidaten sollten am 27. September ihre Wahlkreise direkt gewinnen. Dafür werde die SPD in den verbleibenden drei Wochen kämpfen. Atomausstieg, Bildungsgerechtigkeit und Löhne, von denen Menschen leben können, seien die zentralen Themen.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Hans-Peter Stahl, würdigte den Realpolitiker Hannes Birke, der sich mit "besonnenem Kopf und heißem Herz" für die Menschen im Kreis Pinneberg einsetze. Auch das Temperament seines Fraktionsvorsitzenden wusste er humoristisch zu würdigen: "Wenn er die Wahl hat zwischen Keule und Florett, entscheidet er

sich ganz klar für die Keule."

Aufgelockert wurde das Programm durch den Kabarettisten Jens von Häfen und den Popchor Rhythm-Voices aus Barmstedt. Das Geburtstagskind bedankte sich sichtlich gerührt: "Es hat mir gut getan."

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 06.09.2009, 22:33 Uhr - 48854 Clicks - Nr. 1027*

Hannes Birke wird 70

Mitten im Wahlkampf nimmt Ralf Stegner sich Zeit für einen Geburtstagsbesuch und hält die Festrede. Im Rahmen seiner kommunalen Familie feierte der Jubilar bei bester Gesundheit und ungebrochener Kampfeslust mit vielen Gästen. Darunter die Landtagsabgeordneten und der Bundestagsabgeordnete aus Pinneberg. Die Ortsvereinsvorsitzenden und Kreistagsfraktionsmitglieder waren erschienen und Gäste aus den Nachbarkreisen. Bei launigen Reden und Chorgesang wurden die Verdienste und persönlichen Eigenheiten des Jubilars herausgestellt. In seiner bekannt bescheidenen Art stellte Hannes zum Abschluss fest, dass er das auch verdient hat. Auch hier fehlte das Augenzwinkern nicht, mit dem er unter Parteifreunden seine Bemerkungen begleitet. Voller Anerkennung wurde beschrieben, wie Hannes Birke jede aus seiner Sicht notwendige Konfrontation mit dem politischen Gegner aufnimmt. Der Versuch, vor dem Jubilar den Überraschungsgast Ralf Stegner geheim zu halten war an dessen Arbeitseifer gescheitert. Wie immer hat Hannes alle Wahlkampftermine des Landesvorsitzenden studiert und dabei natürlich den Termin am 6.9. erkannt. Die Freude war trotzdem groß, dass auf diese Weise deutlich wurde, dass in der Partei ohne die ehrenamtlichen Politiker nichts geht. Nur wenn die Familie so ein Engagement trägt, kann es in so herausragender Weise ausgeführt werden, wie Hannes Birke das getan hat und weiter tun will. Er schloss den Dank an seine Familie mit dem Hinweis an die Tochter, dass der Vater wohl noch oft zu Hause fehlen wird und versprach das in anderer Weise gut zu machen.
SPD-NET-SH gratuliert einem wackeren Mitstreiter aus unserer Mitte, von dem ein Nachbarkreisvorsitzender mal sagte: „Hannes, der ist doch kurz nach dem Krieg gewählt worden und macht das immer noch.“ Wir hoffen das er es wirklich noch lange macht.

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 06.09.2009, 23:29 Uhr - 3715 Clicks - Nr. 1028*

KANDIDATEN STELLEN SICH DEN FRAGEN DER BÜRGER

In der einer gut besuchten Veranstaltung der drei Ortsvereine Wees, Munkbrarup und Glücksburg stellten sich die Kandidaten zur Bundestagswahl Wolfgang Wodarg und der Landtagswahl Lothar Hay den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.
Mit einem Infostand war die AG60plus Kreisverband Flensburg-Schleswig vertreten.
Dieser Politische Frühschoppen im Restaurant Opatija in Glücksburg wurde von einer

vierköpfigen Jazzergruppe musikalisch begleitet.
Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch den OV Vorsitzenden Hermann Jobben, der nicht nur die Jazzer mit einem spontanen Label belegte, sondern auch auf die Wichtigkeit der anstehenden beiden Wahlen verwies, übernahm der Vorsitzende des SPD Kreisverbandes Flensburg-Schleswig Dirk Peddinghaus die weitere Moderation.
Mit einer Vorstellungsrunde der beiden Kandidaten und anschließenden Diskussionsrunde verflog die Zeit wie im Fluge; und nach gut zwei Stunden Diskussion sowie Jazzmusik beendete Hermann Jobben die Veranstaltung, ohne nicht noch auf aktuelle Termine für Infostände pp. hinzuweisen.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 07.09.2009, 00:18 Uhr - 3356 Clicks - Nr. 1029*

1. O'felder Seifenkisten Cup 2009

Hochfrisierte Seifenkisten, top motivierte Fahrer und ebenso begeisterte Zuschauer. Das Seifenkistenrennen von SPD und OTSV am 06.09.2009 kam gut an.

Trotz regnerischen Wetters kamen fast alle angemeldeten Fahrer an die Strecke am Franz-Pantel-Ring und manch einer meldete sich noch schnell vor dem Rennen an. So waren es schließlich 26 Fahrer aus Nah und Fern. Ob es nun die Osterrönfelder Jugendfeuerwehr mit ihren beiden Seifenkisten war, oder der weit angereiste Teilnehmer aus Geesthacht, alle hatten sichtlich ihren Spaß.

Sieger des Seifenkistenrennens wurde Alexander Friedrichs aus Meldorf in seiner Seifenkiste „red barrow". Durch eine Startrampe kamen viele auf Fahrer auf sogar über 20km/h.

Für eine Schrecksekunde sorgte der Unfall eines jungen Fahrers, der sich bei der Zieleinfahrt überschlagen hatte. Glücklicherweise kam er mit Schürfwunden und einem großen Schrecken davon. Die Helmpflicht für alle Fahrer war daher sehr nützlich. Zur Siegerehrung war der Junge wieder pünktlich da und wurde gleich überrascht, denn er kam trotz Unfalls auf die vorderen Plätze und erhielt neben einem Pokal einen großen Applaus von allen Anwesenden. Der junge Mann kündigte ebenso an, beim nächsten Mal wieder dabei sein zu wollen.
Dieser Unfall blieb aber zum Glück der Einzige.

Nach dem Rennen kamen viele Teilnehmer und Zuschauer auf die Organisatoren zu und fragten, ob das Rennen wiederholt werden würde. Vielen war anzusehen, dass sie bereits gedanklich an einer eigenen Seifenkiste basteln. Aber die Veranstalter konnten beruhigen, denn am Ende des Rennens hieß es: „Das war's! Aber nur für 2009, denn nächstes Jahr geht es weiter." Dann haben wieder alle Interessierten die Möglichkeit, beim „2. O'felder Seifenkisten Cup 2010" dabei zu sein.

Ergebnisse und Bilder finden Sie unter www.ofelder-seifenkiste.de

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 07.09.2009, 10:09 Uhr - 2682 Clicks - Nr. 1030*

Tolle Stimmung beim diesjährigen Sommerfest in Steinfeld

Über 130 Besucherinnen und Besucher kamen auf Einladung der SPD-Ortsvereine im Amt Süderbrarup zum diesjährigen Sommerfest am 5. September nach Steinfeld-Krock. Da das Wetter in diesem Jahr nicht mitspielte, schmückten die Veranstalter die Werkshalle der Familie Marxen aus. In einer angenehmen Atmosphäre und mit vielen Gesprächen fühlten sich alle wohl.

Ulrike Rodust (EU-Abgeordnete), Birte Pauls (Landtagskandidatin Wahlkreis 7), Dr. Wolfgang Wodarg (Bundestagsabgeordneter), Ralf Wrobel (Landtagskandidat Wahlkreis 6)Dirk Peddinghaus (SPD-Kreisvorsitzender) und Holger Groteguth (stv. Kreistagspräsident) nahmen als Gäste teil und führten angeregte Gespräche mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Wolfgang Wodarg ließ es sich nicht nehmen, bei Kaffee und leckeren selbstgebackenen Kuchen, mit einem muskalischen Reigen für die Unterhaltung zu sorgen.

Über 30 Kinder kamen mit vielen Spielen in der Halle als auch beim Stockbrotbacken am Lagerfeuer voll auf ihre Kosten. Das Sommerfest schloss mit Gegrilltem und leckeren Salaten und bei musikalischer Begleitung eines Steinfelder mit seiner Mundorgel stimmungsvoll ab.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 07.09.2009, 14:39 Uhr - 3227 Clicks - Nr. 1031*

Wahlk(r)ampf a la CDU

Am 3.9.09 besichtigte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf Einladung der SPD das Norderstedter Vorzeigeprojekt Nordport. Eingeladen zu diesem Termin waren nicht nur Vertreter der Wirtschaft, sondern auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der EGNO, OB Grote.

Der Bürgermeister aller Norderstedter erklärte jedoch: „ Ein Ministerbesuch so kurz vor einer Wahl ist Wahlkampf, und daran werde ich nicht teilnehmen".
Die SPD nahm dieses nicht wirklich traurig zur Kenntnis.

Verwundert waren einige Mitglieder der SPD jedoch, dass sie zu einem Wahlkampftermin der CDU am 7.9.09 von der Stadtpark Norderstedt GmbH eingeladen wurden. Sie sollten die Staffage für einen Pressetermin der wahlkämpfenden Peter Harry Carstensen und OB Grote bei einem Pressegespräch mit Rundgang und anschließendem Imbiss im Stadtpark abgeben.

Nach Aussagen OB Grotes ist dieses natürlich kein Wahlkampf, denn der Ministerpräsident hätte ihm gegenüber das dringende Bedürfnis geäußert, trotz sehr engem Wahlkampfkalender, den Baufortschritt am Baggersee persönlich zu begutachten.

Hierfür haben natürlich alle Verständnis, besonders wenn man bedenkt, dass Carstensen auf seiner Abschiedstour durch Schleswig-Holstein ist. Einen herben Nachgeschmack hat jedoch das Handeln von Grote, der selbstverständlich keinen Wahlkampf als OB macht.
PS: Die SPD wäre nicht verwundert, wenn zu diesem Termin auch eine in Norderstedt völlig unbekannte CDU-Landtagskandidatin ohne Einladung auftauchen würde, um ebenfalls den Baufortschritt zu begutachten.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 07.09.2009, 14:49 Uhr - 3435 Clicks - Nr. 1032*

Stegner trifft... in Norderstedt

Unter dem Motto „Stegner trifft…" laden wir Sie am Donnerstag, den 10. September, ab 19 Uhr sehr herzlich in den „Alten Reporter", Jägerlauf 1, Norderstedt ein.

Der Abend steht unter dem Titel „Politische Farbenlehre"

Dr. Ralf Stegner, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein,

trifft…

Robert Habeck, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender BÜNDNIS 90 / Die Grünen

Im Rahmen der Veranstaltung besteht die Möglichkeit Fragen an Ralf Stegner und Robert Habeck zu stellen.

Durch den Abend führt Radiomoderator Carsten Kock.
Bei gutem Wetter wird die Veranstaltung unter freiem Himmel stattfinden.

Bringen Sie gerne Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen mit!

Wir freuen uns auf Sie!

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 07.09.2009, 14:52 Uhr - 2592 Clicks - Nr. 1033*

Fragen bleiben offen

Zur heutigen Darstellung der HSH-Nordbank als Betroffene in der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Die Darstellung der HSH-Nordbank lässt Fragen zum Risikomanagement, zum Betrieb von Zweckgesellschaften und zur Kontrolle des Kreditersatzgeschäfts offen: Unklar bleibt, wann und wie die Verantwortlichen der Bank auf die sich abzeichnende Finanzmarktkrise reagiert haben. Es gab keine Erklärung, warum nicht ausreichende Maßnahmen ergriffen wurden, um die Entstehung des erheblichen Schadens für die Bank und das Land Schleswig-Holstein abzuwenden.

Es bleibt immerhin festzustellen, dass sich die HSH Nordbank die Feststellungen aus dem Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zu Versäumnissen im Risikomanagement und der internen Kommunikation zu eigen gemacht hat. Dies ist aber aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit, die zu erwarten war.

Die Aufklärung werden wir im PUA in der nächsten Wahlperiode verlangen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 07.09.2009, 17:43 Uhr - 6086 Clicks - Nr. 1034*

Im Aufsichtsrat saßen auch „Wirtschaftsexperten" der CDU, Herr Koch!
Zu der Pressemitteilung des CDU-Obmannes im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank (PUA) erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:

Im Stellwerk werden die Weichen gestellt, bei Unternehmen macht das der Vorstand, Herr Koch, nicht der Aufsichtsrat. Deshalb stimmt Ihr Bild nicht.
Im Aufsichtsrat der HSH Nordbank saßen neben zwei SPD-Vertretern auch reichlich CDU-Mitglieder, darunter vor allem solche, denen Ihre Partei wirtschaftspolitischen Sachverstand zuschreibt. Ähnliches gilt für den Risikoausschuss der Bank. Warum dort wann auf welcher Grundlage welche Entscheidungen getroffen wurden, wollen wir im PUA erst noch herausfinden.

Es ist nicht richtig, dass – wie Sie behaupten – Dr. Ralf Stegner eine Stellungnahme zu den Entscheidungen von Risikoausschuss und Aufsichtsrat ablehnt. Wie Ihnen bekannt ist, Herr Koch, hat Herr Stegner bereits schriftlich seine Bereitschaft erklärt, vor dem PUA eine umfassende Erklärung abzugeben.

Keine Kommentare

Stefan Bolln - *veröffentlicht am 07.09.2009, 17:59 Uhr - 6827 Clicks - Nr. 1035*

Großdemonstration in Berlin gegen Atomkraftwerke

Am Samstag, den 5. September 2009, kamen mehr als 50.000 Menschen zur größten Demonstration seit 1986 in Berlin zusammen, um ein klares und eindeutiges Zeichen gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu setzen. Stefan Bolln warb bereits am 1. September 2009 in Glückstadt für die Veranstaltung und machte deutlich, dass Atomenergie mit der SPD definitiv nicht verhandelbar ist.
Die rege Beteiligung an der Demonstration am vergangenen Samstag brachte in aller Deutlichkeit den Wunsch zum Ausdruck: Ausstieg aus der Atomkraft.

Eine Studie des Bundesumweltministeriums beweist, dass sich der globale Atomausstieg entgegen der Wünsche der CDU/CSU und der FDP fortsetzt. Der weltweite Anteil des Atomstroms beträgt gerade mal 14% - Tendenz abnehmend. In Deutschland sind es ca. 23%.

Weltweit sind zur Zeit 435 Atomkraftwerke am Netz. Das sind 9 weniger als 2002. In Europa sind in den 27 Staaten 144 in Betrieb, statt 189 wie im Jahre 1989.

Um den globalen Ausstieg umzukehren müssten bis 2015 neben den 52 geplanten min. 42 weitere geplant, gebaut und in Betrieb genommen werden. Soviele Atomkraftwerke sollen bis 2015 abgeschaltet werden, was bei den Wachstumsraten der Erneuerbaren Energien auch ohne weiteres möglich ist, ohne „in Kohle" zu investieren. Dabei ist Energiesparen und Energieeffizienz noch gar nicht berücksichtigt.

Da Atomkraft weder ökologisch, dauerhaft sicher und noch nachhaltig ist, ist der Atomkonsens den Rot/Grün und die Wirtschaft vereinbarten, der richtige Weg. Wer längere Laufzeiten

entgegen der Vernunft will, ist nicht verlässlich und dem geht es nur um das Streuen von Unsicherheit und um Geld und Macht.

Die Demonstration in Berlin war ein deutliches Zeichen für den Ausstieg. Auch der Kreis Steinburg war vertreten, denn es haben sich einige engagierte Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gemacht, Flagge zu zeigen.

Keine Kommentare

SPD-Russee - *veröffentlicht am 08.09.2009, 13:19 Uhr - 2253 Clicks - Nr. 1036*

40 Jahre Russee in Kiel

Die Sozialdemokraten stellen in der kommenden Sitzung des Ortsbeirats Kiel Russee-Hammer (am 22.09.2009) einen Antrag zu einer öffentlichen Veranstaltung zur Erinnerung „40 Jahre Russee in Kiel". Mit dem Antrag möge der Ortsbeirat eine Veranstaltung im Jahre 2010 vorbereiten. Die SPD wünscht sich eine aktive Mitwirkung aller am Thema interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Zudem möchte die SPD die Landeshauptstadt Kiel, die Stadtpräsidentin, die Kulturverwaltung und andere städtische Institutionen mit einbinden.

„Die Menschen in Russee pflegen ein sehr, sehr gutes Zusammenleben in unserem Stadtteil", so Frank Hornschu, Vorsitzender vom SPD-Ortsverein Russee-Hammer und stellvertretender Ortsbeiratsvorsitzender. Hornschu möchte mit der Veranstaltung des Ortsbeirates die Bürgerinnen und Bürger in 2010 ein weiteres Mal zusammenbringen. „Viele Menschen setzen sich ehren- wie hauptamtlich vorbildlich für den Stadtteil ein – dies hat nicht zuletzt die Freiwillige Feuerwehr Russee zum 125-jährigen Bestehen Anfang September in außergewöhnlicher Weise gezeigt. An diesem hervorragendem Engagement der Bürgerinnen und Bürger möchte ich mit der o.g. Ortsbeiratsveranstaltung anschließen", so Hornschu abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 08.09.2009, 13:36 Uhr - 52324 Clicks - Nr. 1037*

Prof. Dr. Olav Hohmeyer gehört zum Zukunftsteam von Ralf Stegner

Bis 2020 soll Schleswig-Holsteins Strom komplett aus Wind-, Wasser- und Solarenergie erzeugt werden. Bis 2050 soll sogar die gesamte Energieversorgung im Norden ohne Kernenergie und fossile Energieträger wie Kohle erfolgen. Diese ehrgeizigen Ziele formulierte heute Prof. Dr. Olav Hohmeyer (55), im Zukunftsteam des SPD-Spitzenkandidaten Ralf Stegner für den Bereich Energie- und Klimapolitik zuständig.
Hohmeyer ist Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft an der Universität Flensburg und Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung; er war Leitautor und einer der Koordinatoren des UN-Klimarates.

Zur Vorstellung Hohmeyers in Sichtweite des AKW Krümmel sagte Ralf Stegner, das Atomkraftwerk dürfe nicht wieder ans Netz – es sei „Ausdruck des Versagens des Betreibers". Nur eine SPD-geführte Landesregierung sei gegen die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken und für ein verschärftes Atomgesetz: „Konsequenten Atomausstieg gibt es nur mit der SPD." Schleswig-Holstein habe „besondere Chancen, zum Vorzeigeland für eine moderne Energiepolitik zu werden", sagte Stegner, Prof. Hohmeyer sei „der Beste, den wir kriegen können" für das Umsteuern weg von der Kernenergie hin zu erneuerbaren Energien. Zu den ersten Maßnahmen einer SPD-geführten Landesregierung werde das Einbringen eines Erdkabel-Gesetzes gehören, um die Stromnetze in kommunale Hand zu bekommen und so den Widerstand der Atomkonzerne gegen regenerative Energien zu brechen.

Es gebe die Chance, unter einer Regierung Stegner etwas zu bewegen, sagte Hohmeyer, es gehe um eine Richtungsentscheidung zugunsten einer umweltverträglichen Energieversorgung. Er sprach sich für mehr Energieeffizienz und –sparen aus sowie für mehr Off- und On-Shore-Windkraftwerke aus, um das Ziel einer hundertprozentig regenerativen Energieversorgung zu erreichen. Hohmeyer lehnte den Bau von neuen Kohlekraftwerken und die C02-Deponierung strikt ab; die CCS-Deponierung sei „der größte Blödsinn". Die Energiepolitik müsse „vom Kopf auf die Füße" gestellt werden, einen „Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie" dürfe es nicht geben: „Energie ist der Kern des Klimaproblems und der Schlüssel zur Lösung der größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir haben die Chance, Schleswig-Holstein zum weltweit führenden Standort bei der Entwicklung und Nutzung regenerativer Energiequellen zur Lösung des Klimaproblems zu machen." Von den daraus entstehenden zusätzlichen Arbeitsplätzen müsse sich Schleswig-Holstein ein großes Stück sichern: „Viel Zeit haben wir nicht mehr."

Links
Zukunftsteam Schleswig-Holstein
Aus dem Regierungsprogramm: Nachhaltige Energieversorgung
Flyer: Umwelt
Kommentar von Gaby Lönne vom 08.09.2009, 20:07 Uhr:
RE: Prof. Dr. Olav Hohmeyer gehört zum Zukunftsteam von Ralf
"mehr Off- und On-Shore-Windkraftwerke.." gebt mir Bescheid, damit ich rechtzeitig mein Haus hier an der Westküste verkaufen kann, bevor es nichts mehr wert ist!

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 08.09.2009, 15:16 Uhr - 3460 Clicks - Nr. 1038*

Jusos verärgert über Äußerungen der CDU zu Olav Hohmeyer
Am Montag wurde bekannt, dass der Spitzenkandidat Ralf Stegner der schleswig-holsteinischen SPD sein Zukunftteam um ein weiteres Mitglied, den Flensburger Professor Olav Hohmeyer, erweitert.
Hohmeyer ist einer der weltweit führenden Klimaforscher und Experte auf dem Gebiet der sozialen Kosten des Energieverbrauchs. Des weiteren ist er Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung und war Koordinator im UN-Klimarat.

Auf die Äußerung der CDU SH über die Benennung Hohmeyers erklären die Landesvorsitzende der Jusos SH, Anne-Christin Heinrich (27), und der energiepolitische Sprecher der Jusos SH, Jens Langejürgen (28):

"Wenn die Nord-CDU kundtut, dass sie die einzige Partei mit einer klaren Position in Sachen CCS sei, so ruft dies mindestens ein ungläubiges Staunen hervor. Noch vor kurzer Zeit hatte der Landesvater hierzu eine ganz andere Sicht der Dinge."

"Die schleswig-holsteinische SPD und mit ihr die Jusos stehen klar gegen jedwede Einlagerung von Treibhausgasen in Schleswig-Holstein.
Wenn man CCS nicht will, dann muss man Menschen überzeugen können.
Ralf Stegner hat bewiesen, dass er mit seinem Verhandlungsgeschick die Haltung der Bundes-SPD in dieser Frage positiv beeinflussen kann. Ihm wird dies ebenfalls im Gegensatz zum Noch-Ministerpräsidenten gegenüber dem Bund als starker Ministerpräsident gelingen", so Heinrich.

„Obwohl in einem aktuellen Thesenpapier der CDU zu Energiefragen von einer weltweiten Spitzenposition der BRD bei der unterirdischen Verklappung von Treibhausgasen (CCS) die Rede ist, stellt sich die Nord-CDU so dar, als hätte sie mit diesem Thema nie etwas zu tun gehabt " so Langejürgen. „Während sich Hohmeyer in seiner bisherigen Arbeit vor allem dafür eingesetzt hat, dass den Menschen eine auf lange Sicht sichere, saubere und bezahlbare Energie zur Verfügung steht, hat die CDU gerade einmal wieder bewiesen, dass sie der Schutzpatron der großen Energiekonzerne ist und bleibt."

„Die CDU ist derzeit so im Wahlkampftaumel, dass es einen schon fast nicht mehr wundert, dass sie sich in ihrem eigenen Thesenpapier verrechnet und eine bereits beschlossene Förderung der Konzerne für CCS mit 300 Mio € statt der tatsächlichen ca. 9 Mrd € beziffert," so Langejürgen weiter.

Abschließend befinden die Jusos: "Dass die CDU sich vornehmlich am Personal der SPD abarbeitet und nach Stegner jetzt auch Hohmeyer angreift. Das beweist nur wieder einmal, dass vom versprochenen redlichen Politikstil nichts zu erkennen ist. Wer keine Inhalte hat, versucht davon durch persönliche Anwürfe abzulenken. Derartige, durchschaubare Taktierereien sind gerade für junge Wähler frustrierend. Um ihr Vertrauen wieder zu erlangen, brauchen wir eine Regierung, bei der die inhaltlichen Themen im Vordergrund stehen."

Jusos Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 08.09.2009, 15:50 Uhr - 10499 Clicks - Nr. 1039*

Fraktion vor Ort: Die Zukunft der Wasserstraßen

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt ein zum Mitdiskutieren: "Verkehrskonzept für den Norden - Die Zukunft der Wasserstraßen" am 18. September in Brunsbüttel.

Wasserstraßen sind für den Verkehr im Norden von grundlegender Bedeutung. Sie holen den Güterverkehr von der Straße, entlasten die Schiene und gehören zu den klimafreundlichsten Verkehrsträgern. Die Schifffahrt steht jedoch gleich vor zwei Herausforderungen: Einerseits trifft die Wirtschaftskrise die Schifffahrt empfindlich. Andererseits muss sich der Norden langfristig

auf eine Verdopplung des Güterumschlags in den Seehäfen einstellen. Dementsprechend stark wird auch der Hinterlandverkehr wachsen, dessen Verbindungen schon heute an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen.

Doch wie kann der NOK seine Attraktivität für den Güterverkehr auch zukünftig wahren? Und wie lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der norddeutschen Häfen dauerhaft stärken?
Dies und mehr will die SPD-Bundestagsfraktion mit Bürgerinnen und Bürgern bei einem öffentlichen Fachgespräch diskutieren:

„Verkehrskonzept für den Norden – Die Zukunft der Wasserstraßen"
am 18. September 2009 um 18 Uhr im Restaurant Zum Kegelzentrum, Emil-von-Behring-Straße 14, Brunsbüttel

Diskutanten:
Kurt Bodewig, MdB und Bundesverkehrsminister a.D.
Jörn Thießen, MdB
Michael Hartmann, Ältermann der Lotsenbrüderschaft NOK I
Detlef Buder, MdL und Mitglied im Arbeitskreis Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Die Veranstaltung ist der zweite Teil der Diskussionsreihe "Verkehrskonzept für den Norden", die im Juni erfolgreich in Bad Bramstedt startete. Damals standen der Ausbau der Straßen und Schienen im Mittelpunkt der Diskussion.

Anmeldungen an: joern.thiessen@bundestag.de oder unter: 04821-2715

Jörn Thießen (MdB), Christian Carstensen (MdB) und Kurt Bodewig (MdB und Bundesverkehrsminister a.D.) bei "Fraktion vor Ort" im Juni in Bad Bramstedt.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.09.2009, 18:08 Uhr - 4517 Clicks - Nr. 1040*

SPD Ammersbek lädt ein: Jazz-Abend und TV-Duell

Die Ammerbeker SPD lädt ein zu Jazz und TV: Am Sonntag, den 13. September 2009 ab 19.00 Uhr im großen Saal des Pferdestall", Ammersbek, Am Gutshof 1. Mit dabei sind der Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnes, MdB und Jochen Proske, unser Kandidat für den Landtag. Ab 20.15 Uhr wollen wir gemeinsam auf der Großbildleinwand das Rededuell von SPD Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier & Angela Merkel verfolgen.

Es spielen die Jazz-Nuggets, der Eintritt ist frei!

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 09.09.2009, 12:25 Uhr - 41888 Clicks - Nr. 1041*

Landtagswahlprogramme von CDU und FDP: Europapolitische Nullnummern
Kiel: Als „europapolitische Nullnummern" hat der Sprecher des Europaforums der SPD Schleswig-Holstein, Martin Tretbar-Endres, die Landtagswahlprogramme von CDU und FDP bezeichnet.

Selbst wenn man mit der Lupe suche, finde man keine Aussagen zu Schleswig-Holsteins zukünftiger Rolle in der Europäischen Union. Zu den Chancen und Perspektiven der Ostsee- und Nordseekooperation schweige sich die CDU völlig aus, bei der FDP finde sich das außerordentlich wichtige Thema zwischen den Kapiteln Jagd und Küstenschutz.

„Dies ist grob fahrlässig, weil sich für unser Land auf europäischer Ebene und in der Nord- und Ostsee-Zusammenarbeit große Chancen bieten, die es aktiv zu nutzen gilt", so Tretbar-Endres. Die europapolitische Sprachlosigkeit von CDU und FDP sei auch fatal vor dem Hintergrund der Begleitgesetze zum Lissabonvertrag, über die nach der Zustimmung des Bundestages am 18. September der Bundesrat berät. Danach werden sich künftig die Landesparlamente, so auch der Schleswig-Holsteinische Landtag, häufiger und intensiver mit EU-Gesetzesvorhaben zu befassen haben. Dass Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, der derzeit in der Landesregierung auch für Europa zuständig ist, zu all dem offensichtlich keine Meinung hat, runde das desaströse europapolitische Gesamtbild der Union ab.

Tretbar-Endres wies darauf hin, dass sich die SPD Schleswig-Holstein in ihrem Landtagswahlprogramm eindeutig zu einer Stärkung des Landes in Europa und in der Nord- und Ostseeregion bekenne. „Wir wollen unsere Position in Europa ausbauen, indem wir eine neue strategische Partnerschaft gründen. Wir wollen mehr gemeinsame Projekte, Initiativen und auch Strukturen verwirklichen. Die Kooperation mit den norddeutschen Nachbarn in den europäischen Institutionen wollen wir vertiefen", zitiert der Europaforumssprecher das Landtagswahlprogramm. Die SPD werde in Regierungsverantwortung neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarn an Nord- und Ostsee entwerfen, so Tretbar-Endres. Schwerpunkte seien dabei die Entwicklung der Gesundheits- und Medizinpolitik, der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt und ein umfassender Verbraucherschutz.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 09.09.2009, 13:22 Uhr - 7945 Clicks - Nr. 1042*

Kultureller Leckerbissen: SPD-MdB Thönnes mal ganz anders
Kurt-Tucholsky-Abend in der Tremsbütteler Kate

Von einer ganz anderen Seite kann man am Freitag, den 11.9.2009 den SPD-Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatsekretär Franz Thönnes kennenlernen. Im Rahmen seiner KULTour lädt der Ammersbeker Politiker zum Kurt-Tucholsky-Abend in die Alte Kate nach Tremsbüttel ein.
Gemeinsam mit dem Norderstedter Künstler HaWe Kühl und dem Pianisten Rainer Lankau präsentiert der SPD-Politiker als kulturellen Leckerbissen einen musikalischen Abend mit Liedern und Texten von Kurt Tucholsky. Auch

Thönnes selbst wird dort Texte vortragen. „Dabei glaubt man gar nicht, wie aktuell die Stücke von Tucholsky aus den 30er Jahren heute wieder sind", sagt der Abgeordnete. Am Beispiel eines Auszuges aus „Kurzer Abriss der Nationalökonomie" werde dies ganz deutlich: ‚Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, dass heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andere wird gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sog. „Stützungsaktion", bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen'. Thönnes: „Und davon hat Tucho noch viel mehr."

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr. Der Eintritt ist frei. Für das leibliche Wohl der Gäste wird gesorgt.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 09.09.2009, 14:08 Uhr - 7344 Clicks - Nr. 1043*

SPD-MdB Thönnes erfreut über neue Mindestlöhne

„Schritt für Schritt gibt es immer mehr Mindestlöhne in Deutschland", so Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. Nachdem der Tarifausschuss auf Bundesebene den Weg frei gemacht hat, können nun in fünf weiteren Branchen Mindestlöhne auf der Basis von Tarifverträgen festgelegt werden.
In den Branchen Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft und Abfallwirtschaft profitieren jetzt auch Beschäftigte aus den Kreisen Segeberg und Stormarn von Mindestlöhnen. Dies gilt bundesweit auch für Bergbauspezialarbeiten. In den Bereichen Sicherheitsdienstleistungen und Aus- und Weiterbildung waren die Meinungen im Tarifausschuss geteilt. Das Votum eröffnet der Bundesregierung aber die Möglichkeit auch in diesen Branchen Mindestlohnverordnungen zu erlassen. Für den wichtigen Sektor der Pflegebranche gilt eine Sonderlösung. Da hier die Kirchen eine wichtige Bedeutung als Träger der Pflegedienste haben, werden sie besonders in den Verhandlungsprozess einbezogen.

„Diese positive Entwicklung sichert die Beschäftigten gegen eine Abwärtsspirale der Löhne. Allein durch die Aufnahme weiterer Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) haben wir die Voraussetzungen geschaffen, rund 2,2 Millionen zusätzliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Branchenmindestlöhne zu schützen", so Thönnes. Zunächst seien Gebäudereiniger und Briefdienstleister in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen und damit sei zusätzlich für ca. eine Million Erwerbstätige die Grundlage für Mindestlöhne gelegt worden. „Das ist ein großer Erfolg der Bemühungen der SPD in der Großen Koalition", stellt der SPD-Politiker klar.

Im Bauhauptgewerbe gibt es bereits seit 1997 Mindestlöhne. Seit Anfang dieses Monats ist ebenso die neue Bau-Mindestlohn-Verordnung in Kraft. Sie sorgt dafür, dass die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe weiterhin Anspruch auf Mindestlöhne haben und Wettbewerbsvorteile nicht durch Lohndumping und damit zu Lasten der Arbeitnehmer erlangt werden können. Thönnes: „Jetzt ist es an der Zeit, dass CDU und CSU eine sinnvolle Mindestlohnregelung in der Zeitarbeitsbranche nicht weiter blockieren. Unser Ziel bleibt aber ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn", fordert Thönnes.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 09.09.2009, 15:33 Uhr - 5397 Clicks - Nr. 1044*

Straßengespräche mit Uwe Döring und Helmut Trost

Die Flensburger SPD setzt ihre Reihe „Flensburger Straßengespräche" am kommenden Freitag fort. Gast ist diesmal Uwe Döring, früherer Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit dem SPD-Landtagskandidaten Helmut Trost steht er am 11. September ab 16.00 Uhr auf dem Holm für Diskussionen und Informationsgespräche zur Verfügung. Der SPD-Stand befindet sich in Höhe der Holmnixe/Ecke Nikolaistraße.

Döring besucht an diesem Freitag verschiedene Betriebe und Institutionen in Flensburg, spricht mit Gewerkschaftern und Helmut Trost über die wirtschaftliche Entwicklung im nördlichen Landesteil. Er holt damit einen Besuch in der Fördestadt nach, den er sich auf Einladung des SPD-Kreisverbandes bereits im Juli vorgenommen hatte. Damals musste der Besuch aufgrund der Turbulenzen um die Aufkündigung der Großen Koalition verschoben werden.

Uwe Döring wurde am 1. Dezember 1998 als Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Energie in die Landesregierung von Schleswig-Holstein berufen. Vom 27. April 2005 bis zum 21. Juli 2009 gehörte er dem Kabinett der Großen Koalition als Minister für Justiz, Arbeit und Europa an. Döring ist Mitglied des Zukunftsteams von Ralf Stegner und ist dort für Wirtschaft, Finanzen und Europa zuständig. Er will u.a. die mittelständische Wirtschaft gezielt stärken - nicht mit der Gießkanne, sondern indem die besonders zukunftsfähigen Branchen gefördert werden. „Ich will den Ostseeraum wieder in den Mittelpunkt aktiver Wirtschaftspolitik rücken und für unseren Mittelstand nutzbar machen. Ich will endlich schnelle und einfache Genehmigungsverfahren sowie klare und einheitliche Leitlinien zur Unternehmensentwicklung und Ansiedlung durchsetzen", so Uwe Döring.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 09.09.2009, 16:30 Uhr - 11730 Clicks - Nr. 1045*

Politik op platt

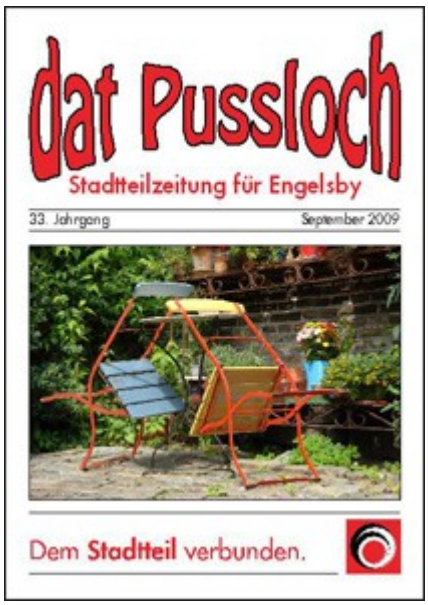
Politik op platt – zu der seltenen Gelegenheit, mal mit Politikern auf Plattdeutsch zu reden, waren über 50 Interessierte gekommen. Eingeladen hatte der Ortsverein Wrist, Rede und Antwort standen Jörn Thießen zusammen mit seiner Landtagskollegin Birgit Herdejürgen und dem ehemaligen Landesvorsitzenden Claus Möller.
Über zwei Stunden wurden die drei Politiker im Stellauer „Alten Pastorat" über ihre Ansichten zur Finanzkrise, Bildung und Energie befragt, unterbrochen von kurzen musikalischen Pausen mit dem La-Paloma-Duo. „Wir gehen auf die Leute zu, das ist ohne Alternative. Aber Politik ist

nicht nur eine Bringschuld", redete Jörn Thießen seinen Zuhörern ins Gewissen: „Man muss sich auch selbst interessieren, mal was lesen, vielleicht mal den Abgeordneten anrufen, um sich zu informieren."

Bilder von der Veranstaltung gibt es ***HIER***.
Kommentar von Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie vom 10.09.2009, 09:18 Uhr:
RE: Politik op platt
Wer nicht nur gerne Platt spricht oder hört, sondern auch Geschichten schreiben kann, hat noch bis Ende September Gelegenheit, an unserem Plattdeutsch-Schreibwettbewerb "Dat Du mien Stormarn büst" teilzunehmen. Infos hier: http://www.ipernity.com/blog/stormarner-kulturforum/136800 Gruss, C.P. Schlichte SPD Bad Oldesloe Stellv. Vorsitzender

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 09.09.2009, 16:47 Uhr - 2378 Clicks - Nr. 1046*

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung



Liebe Pussloch-Leser,
die Ausgabe September 2009 ist soeben erschienen. Der e-Mail-Versand an unsere Abonennten ist bereits erfolgt. Darüber hinaus können Sie sich dat Pussloch per download auf Ihren Rechner herunterladen.

Und diese Themen erwarten Sie:.

- Geht´s wirklich schon wieder bergauf?
- Kulturtreff Altes Heizwerk: Wünsch dir was!
- Familiensommer der SPD in Trappenkamp
- Familienzentrum Engelsby - Was ist das eigentlich?
- Landtagswahl 2009: Trost für Flensburg!
- Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit

.... und vieles mehr.
Allen Lesern wünschen wir viel Spaß beim Lesen.
Die Briefkastenverteilung durch unsere Mitglieder beginnt am Wochenende.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.09.2009, 16:49 Uhr - 1321 Clicks - Nr. 1047*

Elektromobilität steht der Klimaschutzstadt Kiel gut an

Zu dem gemeinsamen Projekt der Fachhoschule Kiel und der Kieler Stadtverwaltung zu elektrobetriebenen Dienstfahrzeugen erklären Lutz Oschmann (GRÜNE) und Lars Juister (SPD):
"So stellen wir uns eine praxisnahe Kooperation zwischen Wissenschaft und Stadt Kiel vor. Die Elektromobilität mit Strom aus erneuerbaren Energien hat eine große Zukunft vor sich. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Kieler Fachhochschule sich mit einem konkreten Projekt in die gesellschaftliche Debatte einbringt. Die Dienstwagen der Stadtverwaltung, einige werden ja von StattAuto gestellt, sind ein gutes Forschungsobjekt, da diese Fahrzeuge

sehr oft im Stadtverkehr eingesetzt werden und so eine hohe Beanspruchung erfahren. Die Klimaschutzstadt Kiel ist ein umfassendes strategisches Ziel, zu dem viele große und kleine Bausteine gehören. Jeder Schritt weg von fossilen Kraftstoffen nutzt dem Klima und bietet Chancen für neue Beschäftigung."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.09.2009, 18:37 Uhr - 52298 Clicks - Nr. 1048*

Der letzte Flop der CDU

Zur heutigen Wahlkampfveranstaltung des Ministerpräsidenten im Institut für Weltwirtschaft erklärt der Experte für Wirtschaft und Finanzen im Zukunftsteam von Ralf Stegner, der Arbeitsminister a. D. Uwe Döring:
„Entdeckt der CDU-Spitzenkandidat kurz vor der Wahl noch die Arbeitsmarktpolitik und will sich endlich mit Inhalten darstellen? Doch wenn man keine eigenen Ideen hat, muss man auf ein Konzept der SPD zurückgreifen, das ich erarbeitet und in den Koalitionsausschuss eingebracht habe.

Der Pakt für Beschäftigung, Qualifizierung und Wachstum ist in der Sache richtig – seine Präsentation durch den Ministerpräsidenten ist allerdings peinlich.

Auch hier gilt: **Wer hat`s erfunden? Die SPD!**

Die Gewerkschaften haben dies erkannt und sich deshalb auch der Vereinnahmung des CDU-Chefs verweigert. Ein Spitzentreffen für Beschäftigung ohne die Vertreter der Arbeitnehmerschaft ist jedoch wertlos. Das Treffen im Institut für Weltwirtschaft kurz vor dem Wahltermin ist damit als das entlarvt, was es von vornherein sein sollte: eine Reklameaktion in eigener Sache

Die CDU ist bei Arbeit und Wirtschaft lediglich ein Scheinriese. Je näher man kommt, umso kleiner wird sie!"

Links
Zukunftsteam: Uwe Döring
Aktionspakt Nord für Schleswig-Holstein für Arbeit und Wachstum

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 10.09.2009, 22:25 Uhr - 3031 Clicks - Nr. 1049*

Treffen der Generationen

Die Gesellschaft, und mit ihr die Wählerinnen und Wähler, wird immer älter. Mit Martin Habersaat (32) schickt die SPD in Südstormarn (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) aber einen jungen Kandidaten ins Rennen.

Passt das zusammen? Ja, es passt, wie sich erneut bei einem Besuch des Kandidaten beim Glinder Diskussionstreff 60plus herausstellte.
„Martin Habersaat ist einer, der nicht nur kommt, wenn er gewählt werden will, sondern hat uns schon oft besucht und als SPD-Kreisvorsitzender mit uns viele Themen besprochen", sagte Marietta Exner in ihrer Begrüßung.

Dann ging es zur Sache: Martin Habersaat stellte die Grundzüge des SPD-Wahlprogramms vor. In der Bildungspolitik herrschte große Einmütigkeit, was die Chancengerechtigkeit für alle Kinder anging, Sorgen machten sich die Seniorinnen und Senioren jedoch um die Finanzierbarkeit der kostenlosen Kita. Martin Habersaat: „Die ist der einzige kostenwirksame Punkt im Landtagswahlprogramm der SPD. In der Bildung wollen wir einen Schwerpunkt setzen, dafür in anderen Bereichen sparen, zum Beispiel in der Verwaltung."

Einig waren sich die Vertreter der unterschiedlichen Generationen auch, dass Energieversorgung in Zukunft dezentral sein und auf erneuerbaren Quellen beruhen muss. Allerdings befand das Plenum, dass diese Erkenntnisse schon einige Jahrzehnte alt seien. „Wann begreifen denn die bei der CDU das?", wollte eine Teilnehmerin der Runde wissen.

Nach zwei Stunden lebhafter Diskussion ging man zufrieden auseinander. Martin Habersaat kündigte an, gerne wiederzukommen. „Beim nächsten Mal als Mitglied des Landtags."
Kommentar von Mathias Nordmann vom 15.09.2009, 10:21 Uhr:
RE: Treffen der Generationen
Hallo Herr Lauterbach, auch ich bin Dankbar für ein offenes Wort und den von der SPD veröffentlichten Artikel. Um Ihre Metapher aufzugreifen, wenn die SPD zum Breitschwert greift empfinde ich es nur als legitim sich mit dem Säbel zu verteidigen. Anders kann man Ihren Artikel wohl kaum verstehen, ein so komplexes Thema in einem Satz abzuhandeln wird dem Thema nicht gerecht. Das ich mich nun an der Runde 60 plus abarbeite hat einen ganz einfachen Grund, gäbe es in Glinde und Umgebung eine aktive Juso-Gruppe würde ich dies dort gerne tun, aber die SPD in Glinde ist nun mal eher „60 Plus" als „unter 30". Das Sie mir unterstellen ich würde mich über Ihre Veranstaltung lustig machen und ältere Mitmenschen nur als „senile Omis und Opis" degradieren zeigt mir nur das die Aussage „Wann begreifen die von der CDU das endlich" nicht von ungefähr kommt. Wir sind ja die böse CDU, die böse JU… lächerlich! Kommen sie runter von Ihren Stereotypen und hören Sie auf die Leute mit Vorurteilen abzulenken. Waren Sie es nicht die das von uns letztens bei einem anderen Thema eingefordert haben, oder war das auch nur Wahlkampfrethorik? Wer ein so komplexes Thema wie die „Energie der Zukunft" nach Außen in einem Satz abhandelt fordert allgemeine Behandlungen doch heraus. Ich habe nichts gegen die Entwicklung von Utopien. Wer keine großen Ziele und keinen Idealismus in die Politik einbringt hat dort, nach meiner Meinung, nichts verloren. Diese Utopien dann den Leuten aber gleich dem „Manna vom Himmel" zu versprechen, ist einfach nur unehrlich. Und Sie sagen es ja selbst, die SPD hat Verträge einzuhalten, kein Ausstieg vor 2020. Im Wahlkampf hört sich das aber so an als würden sie , kurz die Zeit stoppen, alle Kern- Kohle- und Gaskraftwerke abreißen, ein Paar Windräder und Solarkollektoren aufstellen und auf ein Mal wäre alles in Butter. Informieren Sie die Menschen doch mal über die Konsequenzen Ihrer Positionen, und sagen sie nicht immer was sie alles NICHT wollen. Sie wollen über Gorleben und die Asse reden, gut, seit 1998 im Bund (mit den Grünen) und seit 1988 in Schleswig-Holstein trägt die SPD die Verantwortung für die Reaktorsicherheit und die Endlager. Die Frage nach einer guten Kontrolle bei den Störkraftwerken des Konzerns Vattenfall wird viel zu wenig beachtet. Komisch also das alles Böse kurz vor der Wahl aus den Schächten emporsteigt, ein Schelm wer Schlechtes dabei denkt. Und stehlen Sie sich nicht so billig aus der Verantwortung, auch Sozialdemokraten haben die Gefährlichkeit der Einlagerung von Atommüll unterschätzt. Zitat Klaus von Dohnanyi 1972: "Das Eindringen von Wasser kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden." Ducken und mit dem Finger auf andere Zeigen, soll das Ihre neue Ehrlichkeit sein. Und ja, die CDU hat eine vernünftige und kluge Energiepolitik, da bringt Sie

Ihre Polemik auch nicht weiter. Das wir nach dem Abschalten der Atomkraftwerke im Dunkeln sitzen stimmt natürlich nicht, Strom werden wir haben, fragt sich nur von Wo und Woraus? Und zeigen Sie mir wie sie durch den nicht Export von Strom und den Ausbau von ökologischen Energien und Energiesparmaßnahmen „mittelfristig" 85,4% der heute erzeugten nicht regenerativen Energie ersetzen wollen. Der Export macht nur 3,5% aus, wären also grob noch 80% übrig. Und was die Ach so saubere Atomenergie anbelangt, erklären Sie mir wie beim spalten von Atomen CO2 entsteht, da bin ich sehr gespannt. Und ja, natürlich macht die Kernenergie nur 23,2% von diesen 80% aus, aber waren wir uns nicht einig das wir möglichst kein CO2 mehr in die Atmosphäre lassen wollen? Das heißt auch keine fossilen Energieträger mehr…und der Strom kommt nicht aus Steckdose, sondern aus Generatoren. Außerdem wird der Strombedarf noch drastisch steigen, wenn wir in Zukunft alle mit Elektroautos, Brennstoffzellen-Schiffen und Wasserstoffzügen fahren wollen. Wenn Sie doch nur auch in Ihrem Artikel so differenziert gesagt hätten das die SPD mittel bis langfristig Ihre Ziele umsetzen will. Das will, doch die CDU genauso, nehmen Sie das doch einfach mal zur Kenntnis und unterlassen Sie die ständige gebetsmühlenartige Unterstellung das die CDU die Welt Energiepolitisch in Brand setzen will! Die Bewahrung der Schöpfung ist Teil des CDU-Programms, und wir suchen, genau wie die SPD nach dem besten und schnellsten Weg dorthin. Der Übergang zum sauberen Energiezeitalter wird aber nicht so einfach sein, wie die SPD es den Leuten glauben machen will. Wer alte Kraftwerke abschalten will, muss auch sagen wo die Energie dann herkommt. Die SPD versucht hier mit Aussagen und Unterstellungen Wahlkampf zu machen, die schlicht nicht wahr sind. Sie suggerieren es gehe um Atomkraft (ja oder nein), CO2 Freiheit (Ja oder nein), und letztlich Klimaschutz (ja oder nein). Dabei streiten wir um den richtigen Weg zum gleichen Ziel. Sie bezeichnen meine Behauptung als unbewiesen was die technologischen, industriellen und finanziellen Mittel anbelangt? Technologisch: Es gibt heute nur Überlegungen, keine Lösungen für die großindustrielle Speicherung von Energie für Windflauten oder eine tiefschwarze Neumondnacht. Heute übernehmen diesen Job die „fiesen" Atomkraftwerke und das Ausland. Industriell: Sie können in einem Industriezweig nur in einem bestimmten Rahmen wachsen, schon heute kommen die Windkraftanlagenhersteller kaum mit der Produktion hinterher, Silicium für Solarzellen ist auch nicht unbegrenzt verfügbar. Finanziell: Sicher, wir können ALLES finanzieren, aber dann sagen sie den Leuten auch das sie das bezahlen müssen, allein die Schröpfung der Energiekonzerne wird nicht reichen. Am besten ist es deshalb die Atomkraftwerke noch 10 bis 20 Jahre länger laufen zu lassen und so die Investition in zahlreiche neue fossile Kraftwerke stark zu senken. Wir sollten das Geld was wir so sparen lieber gleich in die regenerativen Energien stecken, ohne den Umweg in die fossile Energie. So erreichen wir auch unser Ziel einer sauberen Energieerzeugung schneller, denn die Kraftwerksbetreiber werden Ihre Mittel nicht nach ein paar Jahren aus den Kohlekraftwerken wieder raus haben, sondern erst nach Jahrzehnten. Das mehr an Atommüll fällt kaum ins Gewicht, dieses schwere Erbe haben wir sowieso schon. Das Groh der Abfälle entsteht eh erst beim Rückbau der Kraftwerke, der uns in jedem Fall bevorsteht. Und was Ihre Frage anbelangt, ich heize weder mit Gas noch Öl, sondern mit Fernwärme. Das setzt zwar ebenfalls CO2 frei, ist aber durch seinen hohen Wirkungsgrad (Kraft-Wärme-Kopplung) das Beste was es zur Zeit am Markt gibt, denn auch das so genannte „Biogas" setzt bei der Verstromung CO2 frei. Alle anderen Lösungen sind für mich noch außerhalb meiner Möglichkeiten, was nicht heißt das ich mir das nicht wünschen würde. Ich würde auch gern dafür mehr zahlen, wie ich es bereits jetzt für meinen Ökostrom tue. Wohl wissend, dass ich mir das leisten kann, ja leisten muss um meinen Teil der Verantwortung wahrzunehmen, auch für Mitbürger die sich auch dies nicht leisten können. Haben Sie auch Ökostrom? Mit freundlichen Grüßen Mathias Nordmann (CDU-Mitglied)

Kommentar von Frank Lauterbach vom 11.09.2009, 15:00 Uhr:

RE: Treffen der Generationen

Hallo Herr Nordmann, Starke Worte für einen kleinen, gemütlichen Nachmittag. Sie kämpfen anscheinend gern einmal mit dem Säbel und nicht nur dem Florett oder wie unser „Münte" gern sagt: Klare Kante statt volle Hose. Das gefällt mir, bin auch ich ein Freund klarer Worte. Ich finde es klasse, dass Sie nicht nur den Weg zu 60 plus, sondern auch auf unsere Homepage gefunden haben. Das zeigt mir, das Politik sich noch lohnt. Miteinander reden und streiten, DAS macht eine aktive Gesellschaft aus. Nun aber zu Ihrem Kommentar. Die CDU zum einzig wahren Verfechter vernünftiger und kluger Energiepolitik machen zu wollen, ist, mit Verlaub, ein Witz. Die Stichworte „Asse" und „Gorleben" sollten auch Ihnen etwas zu denken geben. Das Gegenteil ihrer Behauptungen ist richtig. Die CDU ist bis heute NICHT wechselwillig, hat über viele Jahre alternative Energiemodelle (be-) verhindert und will uns heute noch das Märchen vom Kerzenlicht und Holzofen verkaufen, wenn auch nur eins der ach so sauberen Kernkraftwerke abgeschaltet wird. Auch ohne das AKW Krümmel gingen nirgendwo die Lichter aus. Wir produzieren heute so viel Überkapazitäten, dass auch wir, die Bundesrepublik, am internationalen Energiemarkt Strom verkaufen. So einfach, wie Sie Lieschen Müller die Welt erklären wollen, ist es nämlich nicht. Das arme Deutschland muss sich die schmutzige Energie aus anderen Ländern kaufen, nur weil wir auf Kernenergie verzichten wollen. Sie verschweigen, dass es bestehende Verträge über Laufzeiten gibt, die auch eine SPD Regierung einzuhalten hat. Ihre Behauptung, unsere Energiepolitik wäre unehrlich, entbehrt jeder Grundlage. Wir haben immer gesagt, so auch in unserer 60 + Veranstaltung, dass wir einen Übergang, eine Energiewende hin zum Energiemix, vorwiegend aus regenerativer, umweltschonender Energie, anstreben. Herr Habersaat hat verschiedene Modelle, die z.T. schon heute laufen, vorgestellt. Das als unehrlich hinzustellen, ist nicht in Ordnung. Ihr Zitat ... „Es bestehen weder die technologischen, noch die finanziellen Voraussetzungen und auch nicht die industriellen Kapazitäten in kurzer Zeit nur noch aus sogenannten regenerativen Energien den deutschen Bedarf zu decken." ... ist insoweit falsch, als sie uns unterstellen, wir würden „nur noch" regenerative Energieformen einsetzen. So blauäugig ist niemand in der SPD. Von „kurzfristig", wie Sie es behaupten, hat auch niemand aus unserem Kreis gesprochen. Das es mittel - bis langfristig unser Ziel sein sollte, daran arbeiten wir allerdings. Im Übrigen ist Ihre Behauptung absolut unbewiesen, wenn Sie sowohl die technischen als auch finanziellen Mittel zur Umsetzung einer Energiewende in Frage stellen. Auch hier gilt; es ist mehr eine Frage des Wollens als des Könnens. Soweit zur politischen Einschätzung der unterschiedlichen Meinungen. Ich freue mich gerade bei diesem Thema auf einen Wettbewerb der Parteien hin zu einer nachhaltigen, umweltschonenden Energiepolitik. Ein wenig geärgert habe ich mich allerdings über Ihre Bemerkung : „...Bei einer Tasse Kaffee in der Seniorenrunde..." . Das suggeriert nichts anderes, als würde die SPD ein paar senile Omis und Opis volltexten, solange die nur ein Stückchen Kuchen und eine Tasse Kaffee bekommen. Ich habe selten eine so engagierte, aufmerksame und politisch interessierte Runde wie 60 plus erlebt. Mit so einer Bemerkung werden Sie dieser aktiven Runde nicht gerecht. Abschließend nur eine kleine Frage am Rande; womit heizen Sie ? Mit Öl oder Gas ? Die von Ihnen so gescholtenen Herren Schröder und Fischer lassen grüßen. Mit freundlichen Grüßen, Frank Lauterbach, 1.Vorsitzender SPD Glinde.

Kommentar von Mathias Nordmann vom 11.09.2009, 09:35 Uhr:

RE: Treffen der Generationen

Die CDU hat schon längst begriffen das die Energie der Zukunft nicht aus Atom, Kohle oder Gas kommen darf. Insbeondere was das nicht zukunftsfähige Gas betrifft hat die Ikone der SPD, Gerhard Schröder, offensichtlich dann auch noch nichts begriffen. Die CDU hat, im Gegensatz zur SPD, aber auch begriffen, dass ein radikaler Wechsel von heute auf Morgen zwar wünschenswert wäre aber aus vielen Gründen unmöglich ist. Es bestehen weder die

technologischen, noch die finanziellen Voraussetzungen und auch nicht die industriellen Kapazitäten in kurzer Zeit nur noch aus sogenannten regenerativen Energien den deutschen Bedarf zu decken. Oder will die SPD die Energie aus französischen Atomkraftwerken und polnischen Kohlekraftwerken beziehen? Stimmt, die SPD setzt voll auf Gerhard, seinen Freund Putin und das russische Gas. Genauso wie der Grüne ex-Minister Fischer eine Ölpipline durch halb Europa durchboxt! Die Energiepolitik der SPD ist unehrlich, sie gauckelt den Leuten Lösungen vor die so noch nicht existieren, teuer für Bürger und Unternehmen sind und die Verantwortung auf andere Länder abschieben. Bei einer Tasse Kaffee in der Seniorenrunde kann man natürlich Utopien entwerfen, die CDU hätte auch lieber nur noch saubere Energie, aber den Leuten Utopien als kurzfristig machbar, ja aufdrängend einfach und unkompliziert zu verkaufen ist nicht realistisch. Anderen Parteien dann auch noch Rückständigkeit vorzuwerfen ist schäbig und ein alter Hut. Herzlichst

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 11.09.2009, 08:40 Uhr - 2649 Clicks - Nr. 1050*

SPD begrüßt Turnhalle und Mensa für Schule am Heidenberger Teich

Zu der gestern (09.09.) im Mettenhofer Ortsbeirat bekannt gewordenen Planung der Kieler Stadtverwaltung, die Grundschule am Heidenberger Teich neben der von der Ratskooperation bereits beschlossenen Turnhalle auch mit einer Mensa für den Betrieb als gebundene Ganztagsschule auszustatten, erklären Bundestagsabgeordneter Dr. Hans-Peter Bartels, Landtagsabgeordneter Jürgen Weber und Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen:
Der lang ersehnte Bau einer Zweifeld-Turnhalle und einer Mensa ist eine großartige Nachricht für die Mettenhofer Grundschulkinder. Zugleich ist er Ergebnis einer erfolgreichen sozialdemokratischen Politik im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommune. Das 2,9-Millionen-Projekt kann zu 66,6% von Bund und Land gefördert werden. Land und Stadt ermöglichen den Betrieb als gebundene Ganztagsschule.

Am 27. September haben die Kielerinnen und Kieler die Wahl, für die Fortsetzung dieser erfolgreichen sozialdemokratischen Bildungs- und Investitionspolitik zu stimmen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 11.09.2009, 10:27 Uhr - 9875 Clicks - Nr. 1051*

Bunter Abend mit Rot und Grün

Der grüne Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Robert Habeck, zu Gast beim sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Ralf Stegner: Ein ungewöhnliches Treffen im Wahlkampf, das am 10. September im "Alten Reporter" in Norderstedt stattfand.
"Politische Farbenlehre" war das Motto des Abends. Radiomoderator Carsten Kock brachte die beiden Politiker zum Plaudern. Der Termin war lange vereinbart, bevor die vorgezogene Landtagswahl ausgerufen wurde. Dennoch hatte der Grüne keine Berührungsängste, auf einer Veranstaltung des politischen Mitbewerbers aufzutreten. Jeder warb für seine Positionen, zeigte Respekt für sein Gegenüber.

Eine Koalitionsaussage konnte der Moderator seinen Gesprächspartnern nicht entlocken. "Zunächst entscheinden die Wählerinnen und Wähler", stellte Ralf Stegner klar. Er sieht zwar große Schnittmengen mit den Programmen von Grünen und SSW, aber alle demokratischen Parteien müssten zusammenarbeiten können, wenn das Wahlergebnis es erfordere.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 11.09.2009, 10:33 Uhr - 8658 Clicks - Nr. 1052*

Einladung zum Wahlkampfschnack

"Was Sie schon immer wissen wollten!" Hier haben Sie die Gelegenheit, Antworten zu bekommen

Die Landtagskandidatin Angelika Hansen und der Bundestagskandidat Jörn Thießen laden zum Wahlkampfschnack ein.

11. September um 19 Uhr im Hotel "Zur Linde" in Meldorf

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.09.2009, 13:03 Uhr - 1138 Clicks - Nr. 1053*

HDW muss Universalwerft bleiben

Zu den Plänen eines Teilverkaufs von HDW erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Ralph Müller-Beck und Lutz Oschmann, Bündnis90/DIE GRÜNEN, sowie Ratsfrau Danker vom SSW: "HDW muss die große Kieler Universalwerft bleiben. Ein Aus für den zivilen Schiffbau ist für uns unvorstellbar. Die Belegschaft ist dann flexibel einsetzbar und die betriebliche Infrastruktur muss so ausgerichtet bleiben, dass neben dem U-Bootsbau auch ziviler Schiffbau, Schiffsreparaturen und sonstige maritime Fertigungen möglich sind.

Wir sehen großen Chancen für HDW als Systemanbieter in der Offshore Windenergie. HDW kann die Transportschiffe und Ponton-Arbeitsplattformen herstellen und sicher auch Großkomponenten für die Windenergieanlagen. Die Krananlagen und Großdocks von HDW bestimmen die Kieler Stadtsilhouette. Die sollen auch weiter produktiv genutzt werden.

Die Rathauskooperation unterstützt die Beschäftigten und die IG Metall in ihren Bemühungen um den Erhalt aller Arbeitsplätze in dieser maritimen Schlüsselindustrie. Die Initiative des Oberbürgermeisters und des DGB, noch im Oktober 2009 eine strategische Denkfabrik zur Zukunft dieses Industriezweiges in Kiel einzuberufen, begrüßen wir außerordentlich. Dies ist ein richtiges und wichtiges Signal in schwierigen Zeiten."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 11.09.2009, 18:01 Uhr - 4357 Clicks - Nr. 1054*

Kein Kind ohne Ferienerholung

Im Rahmen der Stormarner Kindertage lädt der SPD-Kreisverband Stormarn Familien und Interessierte am 22. September, 18 Uhr, zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit der ehemaligen SPD-Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht in das Bürgerhaus in Glinde ein.
Nach den einleitenden Worten des SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Martin Habersaat referiert Dr. Gitta Trauernicht zum Thema "Kein Kind ohne Ferienerholung" und lädt anschließend zur Fragestellung und Diskussion ein. Die Moderation der Veranstaltung übernimmt die SPD-Bundestagskandidatin Gesa Tralau. Interessierte Familien und Vertreter von Stormarner Sozialvereinen und -verbänden sind herzlich zu Information und Austausch im Bürgerhaus Glinde eingeladen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 11.09.2009, 18:05 Uhr - 9174 Clicks - Nr. 1055*

Kreis drückt sich vor Verantwortung

Zum 15. Geburtstag hatte die Beratungsstelle Pro Familia in die neuen Räumlichkeiten am Berliner Platz eingeladen. Zahlreiche Gäste waren gekommen, darunter auch die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen.

„Bekannt ist die ProFa in erster Linie über die Schwangerschaftskonfliktberatung," so Leiterin Katrin Wohlthat. „Wir machen aber viel mehr."
In ihrer Begrüßung stellte sie die Bandbreite der jetzigen Arbeit vor. Diese reicht von der Beratung in Partnerschaftskonflikten über Informationen zu rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten junger Eltern bis hin zu sexualpädagogischen Angeboten in Schulen.
„Wir können froh sein, in Itzehoe ein qualitativ so hochwertiges Angebot vorhalten zu können," freut sich die Abgeordnete Birgit Herdejürgen.
Aber auch kritische Töne wurden angeschlagen. Anträge der SPD-Kreistagsfraktion auf Bezuschussung der Beratungsstelle wurden von den derzeitigen Mehrheiten im Kreistag abgelehnt. In den ersten Jahren hatte es noch Zuschüsse gegeben. Inzwischen fördern nur noch einige Kommunen des Kreises. Damit ist das Weiterbestehen der ProFa in Itzehoe auch von Spenden abhängig und damit immer mit Unsicherheit verbunden. Mit zusätzlichen Stundenkontingenten könnte auch die Arbeit an den Schulen ausgeweitet werden.

Zudem fehlt es im Kreis Steinburg nach wie vor an speziellen Angeboten für Frauen oder Hilfen für Kinder mit Gewalterfahrung.

Weiterhin einen langen Atem, viel Kraft aber auch Freude bei der Arbeit wünscht Birgit Herdejürgen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 12.09.2009, 14:22 Uhr - 4724 Clicks - Nr. 1056*

Neuer Hort für Oststeinbek

Gerberstraße Oststeinbek - Bei strahlendem Sonnenschein konnten heute Kinder, Eltern, Erzieher, Gemeindevertreter, Landtagskandidat Martin Habersaat und viele andere Gäste den neuen Hort in Oststeinbek einweihen, der direkt neben der Grundschule entstanden ist.
Bürgervorsteher Gerhard Bülow und Bürgermeister Karl Heinz Mentzel lobten in ihren Reden alle Beteiligten, die den Bau schnell möglich machten:

Im März 2008 war der Beschluss zum Hortbau erfolgt, im September 2009 konnte schon die Einweihung gefeiert werden. Der schmucke rote Holzbau bietet Platz für 90 Kinder, zeichnet sich durch lichte Räume mit mehreren Ebenen aus, eine phantasievolle Ausstattung und viele Möglichkeiten für die Kinder.

1,4 Millionen Euro hat der Bau gekostet, und dafür entstand ein Schmuckstück. Zur Melodie von „An der Nordseeküste" sangen die Kinder dann auch:

„Jetzt kann's richtig krachen,
in dem rotem Haus,
können wir alles machen,
tagein und tagaus."

Martin Habersaat: „Kinder sind unsere Zukunft. Es ist toll, was gerade in Südstormarn in den letzten Jahren für Kinder und Jugendliche alles realisiert wurde. Wer allerdings glaubt, man könne jetzt die Hände in den Schoß legen, sollte sich einmal bei den Nachbarn in Skandinavien umsehen. Dann wird deutlich: Wir sind auf einem sehr guten Weg, aber noch am Anfang dieses Weges."

Keine Kommentare

Birte Pauls, MdL - *veröffentlicht am 12.09.2009, 15:10 Uhr - 3009 Clicks - Nr. 1057*

Birte Pauls am 15. September in Ekenis

Auf Einladung des Ortsvereins Ekenis wird Birte Pauls zu Themen der Landespolitik und Wolfgang Wodarg zu Themen der Bundespolitik am 15. September um 19.30 Uhr im Gasthof Ekenis sprechen.
Der Ortsverein Ekenis hat weiterhin die Ortsvereine im Amt Süderbrarup eingeladen.
Nach einem gemeinsamen Essen mit "Rundstück-warm" haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zu aktuellen Themen zu stellen.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 12.09.2009, 23:33 Uhr - 2880 Clicks - Nr. 1058*

Kinderfest der SPD Glinde

Am Mühlenteich Glinde - Kinder sind unsere Zukunft. Und weil die SPD Glinde das weiß und ihr Familien am Herzen liegen, veranstaltet sie jedes Jahr mit viel Liebe zum Detail ein Kinderfest rund um die Mühle. Mit zahlreichen Angeboten, beispielweise Fußball, Glücksrad, Dosenwerfen und Malen wurden die Kleinsten unterhalten.

Ein Highlight war, wie in jedem Jahr, die „Maltrommel", eine umfunktionierte Wäscheschleuder, mit der sich tolle Bilder fabrizieren lassen.

Martin Habersaat und Gesa Tralau waren ebenfalls zum Kinderfest gekommen, Gesa Tralau hatte sogar ihr rotes Sofa und Bruno, den Bären, mitgebracht. Beide testeten das umfangreiche und leckere Kuchenangebot und freuten sich über das Engagement der SPD Glinde um den Ortsvereinsvorsitzenden Frank Lauterbach.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 12.09.2009, 23:35 Uhr - 2590 Clicks - Nr. 1059*

Politik und Grillen

Am Mühlenteich Glinde - Das Kinderfest der SPD Glinde ging auch 2009 traditionell in eine andere Veranstaltung über, mit einer etwas älteren Zielgruppe: „Politik und Grillen" standen auf dem Programm. Bürgermeisterkandidat Rainhard Zug, Landtagskandidat Martin Habersaat und Bundestagskandidatin Gesa Tralau standen als kompetente Gesprächspartner zur Verfügung.

Und viele Glinderinnen und Glinder nutzten die Gelegenheit, ihre Kandidaten kennenzulernen und zu verschiedenen Themen zu befragen.

Marietta Exner freute sich: „Mit Rainhard Zug, Martin Habersaat und Gesa Tralau geht eine neue Politiker-Generation ins Rennen. Alle drei sind jung und frisch, können sich aber mit ihren Ansichten gut behaupten. Solche Leute brauchen wir für Glinde." Bei Nackensteak und Bier konnte bis spät in den Abend gefachsimpelt werden.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 12.09.2009, 23:40 Uhr - 3285 Clicks - Nr. 1060*

85 Jahre Sachsenwaldschule

Die Sachsenwaldschule hatte 85. Geburtstag, der Verein der Förderer, Freunde und Ehemaligen lud ein und viele Gäste kamen. Die Bigband und Joachim Klapper sorgten für einen würdigen musikalischen Rahmen, Direktorin Renate Stapel führte Interessierte durch die Schule und die einzelnen Jahrgänge trafen sich in ihren alten Klassenräumen. Auch Martin Habersaat, Referendar von 2004-2006, machte sich auf den Weg an seine alte Wirkungsstätte.
Schon auf dem Weg die erste spannende Begegnung: ein Abiturient des Jahrgangs 1949 erzählte von seinen Erinnerungen. Drinnen dann ein Wiedersehen mit vielen ehemaligen Schülerinnen und Schülern, Kolleginnen und Kollegen und Eltern. Martin Habersaat: „Es war ein schöner Abend. Vor allem freut mich, dass ich Vielen hier in guter Erinnerung geblieben bin. Manch ein Schüler berichtet von seinem entfachten Interesse für Deutsch und Geschichte, da lacht das Lehrerherz."

Eine Rückkehr an die Sachsenwaldschule gibt es vermutlich schon am 21. September. Für diesen Termin plant „Sachsline" eine Podiumsdiskussion mit den Landtagskandidaten des Wahlkreises 34.

Keine Kommentare

SPD-Oelixdorf - *veröffentlicht am 13.09.2009, 15:16 Uhr - 3416 Clicks - Nr. 1061*

Besuch der „Alten Kate" in Oelixdorf

„Eigentlich wollte ich Birgit Herdejürgen und Jörn Thießen nur bürgerschaftliches Engagement zeigen", sagte der stellvertretende Bürgermeister und SPD-Fraktionsvorsitzende in Oelixdorf, Klaus Albrecht. Dass beide dann spontan dem Verein „Alte Kate" beitraten, freute auch die Mitglieder des Vereins, die sich dem Erhalt des ältesten Gebäudes verschrieben haben.

Im Rahmen des Tages des offenen Denkmals hatte die SPD-Oelixdorf die beiden Abgeordneten zum Besuch der Alten Kate eingeladen. Der Vorsitzende des Vereins, Martin Müßig und der begleitende Architekt, Abdul Thams, erläuterten den Gästen die Geschichte des Hauses. Nachdem der Verein das vom Abbruch bedrohte Haus erworben hatte, steht es jetzt unter Denkmalschutz. Inzwischen ist von verschiedenen Stellen finanzielle Unterstützung zur Restaurierung des Gebäudes zugesagt, es fehle aber noch an den erforderlichen Eigenmitteln. Martin Müßig zeigte sich aber zuversichtlich, dass auch diese Hürde – trotz Schwierigkeiten – überwunden werde.

Bilder von dem Besuch gibt es ***HIER***.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 14.09.2009, 00:31 Uhr - 9617 Clicks - Nr. 1062*

Steinmeier im TV-Duell vorn

Frank-Walter Steinmeier hat im TV-Duell gegen Angela Merkel klar überzeugt.
Er hat deutlich gemacht:
Wer einen Mindestlohn will, muss SPD wählen.
Wer die Managergehälter begrenzen will, muss SPD wählen.
Wer die Finanzmärkte kontrollieren will, muss SPD wählen.
Wer den Atomausstieg will, muss SPD wählen.
Wer ein solidarisches Gesundheitssystem will, muss SPD wählen.

Nur die SPD steht für ein starkes und soziales Deutschland!

Angela Merkel ist im TV-Duell immer wieder ausgewichen, wenn sie konkret werden sollte. Klar ist nur eins: Frau Merkel schlägt als Spitzenkandidatin von Schwarz-Gelb die falsche Richtung ein: Beispiel Casino-Kapitalismus: Vage internationale Vereinbarungen statt konsequenter - Besteuerung von Finanzmarktgeschäften.
Beispiel gerechte Löhne: Subventionierung von Billiglöhnen statt flächendeckendem - gesetzlichen Mindestlohn. Beispiel Energiepolitik: Fortsetzung der Atomkraft – mit allen Risiken wie der ungelösten Endlagerung von Atommüll. Beispiel Gesundheitspolitik: Zwei-Klassen-Medizin mit höherer Zuzahlung und weniger Leistungen für Kassenpatienten. Eine Alternative zu Schwarz-Gelb ist nötig und es gibt sie.

Frank-Walter Steinmeier hat deutlich gemacht, dass die Wahl eine Richtungsentscheidung über unseren Weg nach der Krise ist – für unser Land und für jeden ganz persönlich.

Millionen Deutsche haben einen überzeugenden und sachkundigen Frank-Walter Steinmeier erlebt: Er weiß was er tut und er tut, was er sagt.

Das sah auch eine Mehrheit der Zuschauer so. In den Blitzumfragen von ARD und ZDF war Steinmeier der Sieger des TV-Duells. Bei den unentschiedenen Wählern war der Vorsprung von Frank-Walter Steinmeier vor Frau Merkel noch größer als bei allen Befragten!

Hier hat der SPD Kanzlerkandidat nach der ARD einen Vorsprung von 16%.

Am 27. September: SPD!
Frank-Walter Steinmeier muss Kanzler werden.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 14.09.2009, 11:45 Uhr - 10512 Clicks - Nr. 1063*

Veranstaltung "Die Zukunft der Wasserstraßen"

Wasserstraßen sind für den Verkehr im Norden von grundlegender Bedeutung. Sie holen den Güterverkehr von der Straße, entlasten die Schiene und gehören zu den klimafreundlichsten Verkehrsträgern. Die Schifffahrt steht jedoch gleich vor zwei Herausforderungen: Einerseits trifft die Wirtschaftskrise die Schifffahrt empfindlich. Andererseits muss sich der Norden langfristig auf eine Verdopplung des

Güterumschlags in den Seehäfen einstellen. Dementsprechend stark wird auch der Hinterlandverkehr wachsen, dessen Verbindungen schon heute an die Grenzen ihrer Kapazitäten stoßen.

Doch wie kann der NOK seine Attraktivität für den Güterverkehr auch zukünftig wahren? Und wie lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der norddeutschen Häfen dauerhaft stärken?
Dies und mehr will die SPD-Bundestagsfraktion mit Bürgerinnen und Bürgern bei einem öffentlichen Fachgespräch diskutieren:

„**Verkehrskonzept für den Norden –**
Die Zukunft der Wasserstraßen"
am 18. September 2009 um 18 Uhr im Restaurant Zum Kegelzentrum
Emil-von-Behring-Straße 14, Brunsbüttel

Diskutanten:
Kurt Bodewig, MdB und Bundesverkehrsminister a.D.
Jörn Thießen, MdB
Michael Hartmann, Ältermann der Lotsenbrüderschaft NOK I
Detlef Buder, MdL und Mitglied im Arbeitskreis Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Die Veranstaltung ist der zweite Teil der Diskussionsreihe "Verkehrskonzept für den Norden", die im Juni erfolgreich in Bad Bramstedt startete. Damals standen der Ausbau der Straßen und Schienen im Mittelpunkt der Diskussion.

Anmeldungen an: joern.thiessen@bundestag.de oder unter: 04821-2715

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 14.09.2009, 12:39 Uhr - 45097 Clicks - Nr. 1064*

Carstensen sagt erneut die Unwahrheit
Zu den Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen in der gestrigen Sendung im NDR Hörfunk erklärt der Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:
„Die Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen zu der skandalösen Millionenzahlung an den HSH-Chef Nonnenmacher entsprechen nicht den Tatsachen. Herr Carstensen sagt erneut die Unwahrheit, wenn er behauptet, die SPD und Ralf Stegner hätten den unmoralischen Millionenzahlungen an Herrn Nonnenmacher zugestimmt und sie stoppen können, wenn sie es gewollt hätten.

Herr Carstensen musste einräumen, dass die Entscheidung für die Zahlung in einer CDU-Runde von Ministerpräsidenten und Ministern aus Hamburg und Schleswig-Holstein gefällt wurde. Die Sitzung der Koalitionsrunde in Kiel fand auf Wunsch der SPD am 30. Juni statt. Da hatte der Präsidialausschuss der Bank, dem aus Schleswig-Holstein nur Herr Wiegard angehört, aber bereits längst, nämlich am 26. Juni, ohne Kenntnis der SPD über diesen Termin bzw. die anstehende Entscheidung diese getroffen. Die SPD wurde also unvollständig und falsch informiert und weder das Kabinett noch der Aufsichtsrat, in denen Sozialdemokraten vertreten sind, haben der Entscheidung zugestimmt.

Viel gravierender ist aber nach wie vor, dass Herr Carstensen und Herr Wiegard in dieser

Angelegenheit das Parlament ein halbes Jahr lang hintergangen haben – der Millionenbonusvertrag für Herrn Nonnenmacher stammt aus dem November 2008. Als der Landtag die schwierige Entscheidung über die HSH Nordbank gefällt und eine Begrenzung der Managergehälter verlangt hat, schwiegen der amtierende Ministerpräsident und sein Finanzminister.

Mit den vorgezogenen Neuwahlen wollte die Union verhindern, dass diese unangenehmen Wahrheiten ans Licht kommen. Dies ist ihr nicht gelungen – ihre Rechnung wird nicht aufgehen!

Tarnen, täuschen, tricksen – und dem Koalitionspartner die Schuld für das eigene Versagen in die Schuhe schieben. Das ist das übliche verantwortungsscheue Verhalten eines abgewirtschafteten Ministerpräsidenten. Es ist Zeit für Klarheit, Wahrheit und Aufbruch – es ist Zeit für eine SPD-geführte Regierung in Schleswig-Holstein!"

Links
Online spenden für eine sozial gerechte Politik
Homepage: Ralf Stegner

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 14.09.2009, 14:02 Uhr - 2045 Clicks - Nr. 1065*

Gemeinsames Essen gehört zum Unterricht!
Eltern stimmen mit den Füßen ab – die SPD steht an ihrer Seite. Mit Anspruch auf Kostendeckung in die soziale Kälte.
Gegen den Widerstand der SPD hat der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Segeberger Kreistages in seiner Sitzung am 9.Juni eine Erhöhung des Eigenanteils für die Mittagsmahlzeiten in den Förderzentren für geistige Entwicklung beschlossen.
Gleichzeitig sollten alle Schülerinnen und Schüler wegen eines "Kostendeckungsgrads" zur Abrechnung veranlagt werden.

Schon damals verwies die SPD darauf, dass ein solcher Beschluss negativ auf die Beteiligung an Mahlzeiten wirkt und somit im Gegensatz zu der Programmatik dieser Schulen steht. In der letzten Ausschusssitzung wurden die Ausschuss-Mitglieder nun mit zahlreichen, verschiedensten Widerspruchsschreiben der Eltern, die inzwischen über das geplante Vorgehen informiert wurden, konfrontiert. Selbst Klagen werden vorbereitet.

Arnold Wilken, SPD-Fraktionsvorsitzender und Alexander Wagner, Pressesprecher und Mitglied im BKS-Ausschuss erklären hierzu:
"Die Mittagsmahlzeit ist mehr als nur Nahrungsaufnahme. Insbesondere in den Förderzentren für geistige Entwicklung in Bad Segeberg, Kaltenkirchen und Norderstedt stellt das gemeinsame Einnehmen von Mahlzeiten einen wesentlichen Teil des Förderkonzepts dar. Beim Essen kommt man zusammen, tauscht sich aus und lernt das Miteinander". Bereits im April 2009 hat sich die SPD-Fraktion in der Kaltenkirchener Janusz-Korczak-Schule über diese pädagogisch wichtigen Sachverhalte informiert.

Die SPD stand und steht für eine Lösung im Interesse der Betroffenen. Unsere Einwände gegen

die mehrheitlich beschlossene Praxis wurden nicht gehört, nun stimmen die Eltern mit den Füßen ab. Wir bedauern, dass es so kommen musste. Aber es ist notwendig, um die Wichtigkeit dieser Sache zu verdeutlichen. Wir begrüßen, dass der Ausschuss in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe das Thema neu aufrollen wird.
Die SPD hat die Gefahren gesehen und wurde nicht ernst genommen. Die Eltern haben uns Recht gegeben. Nun ist es an der Politik, ihre Beschlüsse auch wieder zurück zu nehmen. Die SPD stellt sich an die Seite der Eltern und wird mit ihnen weiterhin für eine gerechte, beschützende Behandlung der Betroffenen kämpfen.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 14.09.2009, 15:26 Uhr - 7654 Clicks - Nr. 1066*

Norderstedter Schülerin aus den USA zurück
Von Obama ausgezeichnet für ehrenamtliches Engagement

Mit einem sommerlichen Blumenstrauß begrüßte Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, seine „Patenschülerin" Leonie Sakuth nach ihrer Rückkehr aus den USA.
Die 17-jährige Norderstedter Schülerin verbrachte ein Jahr in Syracuse im Bundesstaat New York bei der Gastfamilie Dillons und besuchte in dieser Zeit die Intercity School. Den Rahmen dafür bot das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses, an dem sich Thönnes jährlich beteiligt.

Von der freundlichen Aufnahme bei ihren „amerikanischen Eltern" schwärmt Leonie Sakuth heute noch. Deren 12-jährige Tochter Isabella Dillons wurde schnell ihre „Gastschwester". Die Norderstedter Schülerin beschreibt ihren Gesamteindruck des Aufenthaltes im Land der unbegrenzten Möglichkeiten in zwei Worten als „Total Klasse!". Mit der amerikanischen Kultur sei sie auf Anhieb gut zu Recht gekommen. Besonders schätze sie die Höflichkeit der Amerikaner, ihre Offenheit und die Bereitschaft schnell ins Gespräch zu kommen, schilderte sie Thönnes. Auch war sie fasziniert von der herrschenden Spontanität. So wurden mal eben so „Apple Picking"-Touren in die Apfelanbaugebiete New Yorks organisiert und Unmengen von Äpfeln selbstgepflückt. Oder ohne Vorbreitung und groß Maß zu nehmen, wurde kurzerhand die ganze Küche gestrichen. Auch der Thanksgiving Day und das Weihnachtsfest in Florida waren für Leonie Sakuth ein besonderes Ereignis. „Das ist schon ein merkwürdiges Gefühl bei 30 Grad im Schatten den Weihnachtsbaum zu schmücken", so die Schülerin.

Kritisch sieht die Norderstedterin das überwiegend fettreiche Essen in den USA und das hierzu im Widerspruch stehende Streben nach einem absoluten Schönheitsideal. Auch die Struktur des Bildungswesens, bei dem es doch häufig zu Aussortierungen auf Grund des wirtschaftlichen Hintergrundes des Elternhauses oder des Wohn-viertels in der Stadt kommt, stieß bei ihr auf Ablehnung. Gleichwohl ist sie selbst in der Schule gut zu Recht gekommen. Schnell fand sie Anschluss an ihre Mitschüler und trat auch einer Soccer-Gruppe bei. Auch für ihr Hobby der

Percussion-Musik gab es Angebote, die sie schließlich auch in eine Drum-Group, vergleichbar einer Marching-Band, brachte.

Begeistert spricht sie vom Obama-Wahlkampf, den sie miterlebt hat. „Ständig gab es Obama-Parties", so Leonie Sakuth, die dabei auch darauf verweist, dass 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler in ihrer Schule afroamerikanische Wurzeln hatten. „Die sind richtig mitgegangen und haben sich viel stärker als die Jugendlichen hier für Politik interessiert", berichtet Leonie Sakuth. Die Reden Obamas haben nahezu in allen Schulfächern eine Rolle gespielt. Und eine weitere Verbindung gibt es zum neuen amerikanischen Präsidenten. Für ihr ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung von Irak-Heimkehrern in der Kommune ihrer Gastfamilie erhielt sie mit dem „President Volunteer Award" eine Auszeichnung.

Leonie Sakuth zeigt sich dankbar, dass sie die Möglichkeit hatte in die USA zu fahren. „Man wird erwachsener und nachdenklicher, wenn man in einem anderen Land doch relativ auf sich gestellt ist" sagt die 17-Jährige, und schiebt hinterher: „Man denkt auch mehr über die Zukunft nach." Dabei hat sie ein klares Ziel vor Augen: „Ich will in New York studieren und anschließend als Journalistin arbeiten." Erste Erfahrungen hat sie dabei im Internet beim „Spiegel-blog" mit Berichten von ihrem USA-Aufenthalt gemacht. Der nächste Schritt wird Anfang 2010 ein Wirtschaftspraktikum beim Hamburger Abendblatt sein.

„Leonie Sakuth ist für mich ein überzeugendes Beispiel für den Erfolg des Parlamentarischen-Patenschaftsprogramms", so SPD-MdB Franz Thönnes, der seiner „Patenschülerin" auch anbot, ein Praktikum in seinem Berliner Abgeordnetenbüro zu machen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 14.09.2009, 17:49 Uhr - 2295 Clicks - Nr. 1067*

CDU-Vorwürfe widerlegt

Zur heutigen Darstellung des Betroffenen, des ehemaligen Kapitalmarkt-Vorstands der HSH Nordbank, Franz Waas, erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Die Darstellung der positiv verlaufenen Geschäftsentwicklung der Kreditersatzgeschäfte in den Jahren 2001 - 2005 durch den Betroffenen Franz Waas widerlegt eindeutig die Vorverurteilung durch die CDU! Ihre Angriffe gegen die ehemalige Ministerpräsidentin und ehemalige Aufsichtsratsmitglieder sind danach haltlos.

Es ist nach Darstellung des Betroffenen Waas offensichtlich, dass die unternehmerischen Fehlentscheidungen, die zur desaströsen Situation der HSH Nordbank geführt haben, erst nach 2005 getroffen wurden. Sie fallen damit vollständig in den Zeitraum, in dem Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) die Verantwortung für die Beteiligung des Landes innehatte!

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 14.09.2009, 17:52 Uhr - 2642 Clicks - Nr. 1068*

Minderheitenpolitik fehlt in Arbeitsprogramm

Zur heutigen Vorstellung des gemeinsamen Arbeitsplans für 2009/2010 zwischen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der Region Syddanmark erklärt der europa- und minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Der Schwerpunkt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Syddanmark wird von der CDU auf die Bereiche Gesundheit, Klimaschutz und Tourismus gelegt. Zu bedauern ist, dass die Minderheitenpolitik in dem Programm erneut nicht berücksichtigt wurde.
Minderheitenpolitik darf jedoch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Sie ist ein wichtiger und nicht wegzudenkender Teil der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, stellen die Minderheiten doch in vielen Bereichen einen wesentlichen Mehrwert für alle in der Grenzregion dar.

Die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag für viel Geld in Auftrag gegebene Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion" belegt diese wichtige Rolle der Minderheiten und es ist unverständlich, dass die vielen Ansätze und Vorschläge, die alle Politikfelder betreffen, in dem Arbeitsprogramm überhaupt nicht auftauchen. Damit ist die Kompetenzanalyse für die Landesregierung offensichtlich kein Instrument der grenzüberschreitenden Kooperation. Das ist absolut zu bedauern.

Keine Kommentare

SPD-Plön-Bösdorf - *veröffentlicht am 15.09.2009, 00:08 Uhr - 1482 Clicks - Nr. 1069*

100 Jahre SPD Plön
Am 11. und 12. September hat der Ortsverein Plön sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. Ralf Stegner hielt am Freitag Abend die Festrede und überreichte im Anschluß einen Ehrenbrief der Partei an Hans-Jürgen Kreuzburg, der für sein langjähriges Engagement ausgezeichnet wurde. Am Samstag lief eine Bürgerveranstaltung auf dem Markt, die Feier klang mit der 100 Jahre Party aus.

Es begann am Freitag Abend mit der Festveranstaltung. Die Festrede wurde von Ralf Stegner gehalten, der im Anschluss leider zum nächsten Wahlkampftermin hetzen musste. Er betonte, dass u.a. das allgemeine, gleiche Wahlrecht ebenso wie das Frauenwahlrecht und die Aufnahme der Gleichheit von Männern und Frauen ins Grundgesetz von der SPD erkämpft wurden und das wir eines Tages erreichen werden, dass Männer und Frauen auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Unser langjähriger Vorsitzender, Ehrenvorsitzender und Bürgervorsteher Hans-Jürgen Kreuzburg wurde mit dem Ehrenbrief der Partei für sein langjähriges Engagement ausgezeichnet.
Weitere Grußworte sprachen der Bürgermeister und der Vorsitzende der CDU Fraktion, der zudem 100 rote Rose überreichte.
Eine wirklich schöne Geste, vielen Dank!

Der Samstag begann mit einem Infostand am Markt, ab Mittag wurden wir dann von den Genossen aus den Umlandgemeinden, aus unserer Partnerstadt Plau am See und aus Berlin Spandau unterstützt. Der Waffelstand lief hervorragend, der Weinstand leider nicht ganz so gut. Der Luftballonweitflugwettbewerb wurde gut angenommen und die Hüpfburg für die Kinder erwies sich wieder einmal als Selbstgänger.

Am Abend fand dann die 100 Jahr Party am Düvelsbrook statt. Leider fanden nur wenige Gäste den Weg zum Festgelände, so dass wir im wesentlichen unter uns blieben. Schade, aber es wurde trotzdem ein schöner Abend.

Keine Kommentare

SPD-Nortorf - *veröffentlicht am 15.09.2009, 10:23 Uhr - 2298 Clicks - Nr. 1070*

Boule-u.Infoabend
Der S P D - OV - Nortorf informiert

20.09.2009 Boule- u. Infoabend!

Am 20.09.2009, findet auf dem Bouleplatz "Hoher Kamp" in Nortorf, um 18°°Uhr ein Boule- u. Infoabend statt,
Erwartet werden der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen und unser Landtagskandidat Stefan Bolln.
Wir freuen uns auf einen netten Abend mit informativen Gesprächen.

Für das leibliche Wohl wird gesorgt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.09.2009, 12:14 Uhr - 1450 Clicks - Nr. 1071*

Die Sonne optimal nutzen!
Zur Initiative zur Erstellung eines Solarkatasters für Kiel erklären Lutz Oschmann (GRÜNE) und Lars Juister (SPD):

"In Kiel scheint häufiger die Sonne als viele denken. Solarenergie wird für unsere künftige Energieversorgung einen sehr wichtigen Beitrag leisten. Darum sollen alle Dächer in Kiel in einem Solarkataster erfasst werden. Damit wird es Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern leicht gemacht, die Eignung ihrer Dachflächen für Solarstromanlagen zu erkennen und solche Anlagen zu installieren.

Es ist die folgerichtige Weiterentwicklung unserer Politik, wenn die Stadt Kiel auch für die Nutzung privater Dachflächen im Sinne des Klimaschutzes wirbt.
Dabei kann es unserer Auffassung nach nicht genügen, dass wir lediglich diejenigen beraten und mit Informationen versorgen, die sich aktiv um die Installation einer Anlage bemühen. Wir streben an, dass die Stadt nicht nur die Daten zur Eignung einzelner Dachflächen bereit hält. Wir halten es vielmehr für erforderlich, dass die Stadt auf die Eigentümer zugeht und diese auf die Eignung ihrer Flächen hinweist. Auf diese Weise wird das Ergebnis deutlich besser ausfallen und die Kosten für die Datenerhebung werden sich noch besser auszahlen. Dies könnte auch sehr gut im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft erfolgen. Auf jeden Fall wird von dieser Initiative das regionale Handwerk profitieren und sichere Arbeitsplätze schaffen."

Keine Kommentare

Ralf Wrobel - *veröffentlicht am 15.09.2009, 12:56 Uhr - 3329 Clicks - Nr. 1072*

Birte Pauls und Ralf Wrobel treffen Ralf Stegner in Neuberend
Am 20. September von 14.00 bis 16.00 Uhr folgen Ralf Stegner und Ralf Wrobel,

Landtagskandidat im Wahlkreis 6, und Birte Pauls, Landtagskandidatin im Wahlkreis 7, einer Einladung der Ortsvereine Neuberend und Nübel.
Bei Kaffee und Kuchen auf dem Freizeitgelände in Neuberend wollen die Kandidaten sich den Fragen der SPD-Ortsvereine und den Bürgerinnen und Bürgern stellen und freuen sich auf eine rege Beteiligung.

Keine Kommentare

Birte Pauls, MdL - *veröffentlicht am 15.09.2009, 13:32 Uhr - 3169 Clicks - Nr. 1073*

Ralf Stegner und Heide Simonis in Schleswig
Am Weltkindertag Sonntag, d. 20. September 2009 um 10.30 Uhr, findet in Schleswig in der Asgaard-Brauerei eine Talkrunde mit Ralf Stegner, Heide Simonis und Birte Pauls statt.
In der Talkrunde werden Themen zur Bildungs- und Familienpolitik behandelt.
Musikalisch untermalt wird die Veranstaltung von der Schleswiger Jazz-Formation "Hardbirds".

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 15.09.2009, 22:54 Uhr - 9551 Clicks - Nr. 1074*

Alles ist noch offen!

Das Wahlergebnis am 27. September 2009 ist noch nicht entschieden. Die Menschen werden zur Wahl gehen, weil sie wissen, dass es um was geht.

„Der Wahlkampf wird jetzt sehr spannend", bestätigt auch Hanno Fecke, Bundestagskandidat der SPD für Nordfriesland und Dithmarschen Nord. „Alles ist noch offen und die Menschen sind interessiert an Politik und an der Zukunft ihres Landes."

Auf Wahlkampfständen ist Fecke zurzeit täglich im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern Nordfrieslands. Viele sind empört, dass Manager Millionenabfindungen kassieren, nachdem sie ihr Unternehmen in die Katastrophe geführt haben. Dass für die Rettung der Banken Steuergelder zur Verfügung stehen, aber nicht für Kindergartenplätze. „Viele glauben nicht mehr, dass es den Menschen gut geht, wenn es auch der Wirtschaft gut geht", berichtet Fecke. „Eigentlich ist es genau anders herum: Wenn es den Menschen gut geht, geht es auch der Wirtschaft gut."
Einig sind sich alle. Krisenmanagement kann nicht in Bierzelten und nebenbei koordiniert werden! Und ein Wahlkampf ohne Kampf, Gegner und Inhalte setzt darauf, dass die Menschen gar nicht zur Wahl gehen. Sein Appell an die Bürgerinnen und Bürgerinnen lautet: „Prüfen Sie, welche Partei Ihre Meinung am besten vertritt und gehen Sie wählen!"
„Wer regieren will, muss auch gestalten wollen", fordert Fecke. „Und er muss bereit sein, den Menschen vor der Wahl zu sagen, was er nach der Wahl machen will."
Es sind besonders die Themenblöcke Energie und Klimawandel, die für alle Parteien Wahlkampf entscheidend sein werden. „Die Wähler und Wählerinnen lassen sich hier nicht mehr mit Floskeln abspeisen. Entweder man will am Atomausstieg festhalten oder eben nicht. Entweder man will neue Kohlekraftwerke und die CCS-Technologie oder eben nicht", sagt Fecke und

bekräftigt, dass besonders sein Einsatz für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien als Husumer Messechef ihn dazu getrieben hat, sich aktiv politisch einzumischen.
„Ich freue mich schon jetzt sehr auf die Zeit nach dem Wahlkampf", sagt er abschließend, „denn dann werde ich – egal ob in Schleswig-Holstein als Geschäftsführer der Messe Husum oder in Berlin als Bundestagsabgeordneter – mit dem Rückenwind der mutigen und kämpferischen Nordfriesen und Dithmarscher alles dafür tun, dass dieses Bundesland wieder Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird."

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 16.09.2009, 09:28 Uhr - 3219 Clicks - Nr. 1075*

Carstensen sagt erneut die Unwahrheit
Zu den Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen in der gestrigen Sendung im NDR Hörfunk erklärt der Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:
Zu den Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen in der gestrigen Sendung im NDR Hörfunk erklärt der Pressesprecher der SPD Schleswig-Holstein, Amin Hamadmad:

„Die Aussagen des amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen zu der skandalösen Millionenzahlung an den HSH-Chef Nonnenmacher entsprechen nicht den Tatsachen. Herr Carstensen sagt erneut die Unwahrheit, wenn er behauptet, die SPD und Ralf Stegner hätten den unmoralischen Millionenzahlungen an Herrn Nonnenmacher zugestimmt und sie stoppen können, wenn sie es gewollt hätten.

Herr Carstensen musste einräumen, dass die Entscheidung für die Zahlung in einer CDU-Runde von Ministerpräsidenten und Ministern aus Hamburg und Schleswig-Holstein gefällt wurde. Die Sitzung der Koalitionsrunde in Kiel fand auf Wunsch der SPD am 30. Juni statt. Da hatte der Präsidialausschuss der Bank, dem aus Schleswig-Holstein nur Herr Wiegard angehört, aber bereits längst, nämlich am 26. Juni, ohne Kenntnis der SPD über diesen Termin bzw. die anstehende Entscheidung diese getroffen. Die SPD wurde also unvollständig und falsch informiert und weder das Kabinett noch der Aufsichtsrat, in denen Sozialdemokraten vertreten sind, haben der Entscheidung zugestimmt.

Viel gravierender ist aber nach wie vor, dass Herr Carstensen und Herr Wiegard in dieser Angelegenheit das Parlament ein halbes Jahr lang hintergangen haben – der Millionenbonusvertrag für Herrn Nonnenmacher stammt aus dem November 2008. Als der Landtag die schwierige Entscheidung über die HSH Nordbank gefällt und eine Begrenzung der Managergehälter verlangt hat, schwiegen der amtierende Ministerpräsident und sein Finanzminister.

Mit den vorgezogenen Neuwahlen wollte die Union verhindern, dass diese unangenehmen Wahrheiten ans Licht kommen. Dies ist ihr nicht gelungen – ihre Rechnung wird nicht aufgehen!

Tarnen, täuschen, tricksen – und dem Koalitionspartner die Schuld für das eigene Versagen in die Schuhe schieben. Das ist das übliche verantwortungsscheue Verhalten eines abgewirtschafteten Ministerpräsidenten. Es ist Zeit für Klarheit, Wahrheit und Aufbruch – es ist Zeit für eine SPD-geführte Regierung in Schleswig-Holstein!"

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 16.09.2009, 09:58 Uhr - 4183 Clicks - Nr. 1076*

Arbeitnehmerfrühstück mit der AfA vor Schleswigs Toren

Am Sonntag, den 13. 09. 2009 konnte die AfA der Stadt Flensburg und des Kreises Schleswig- Flensburg die Kandidaten für die Bundestags- und die Landtagswahl, Dr. Wolfgang Wodarg und Birte Pauls sowie Ralf Wrobel anlässlich eines Frühstücks für Arbeitnehmer, in der Gaststätte Ruhekrug vor den Toren der Stadt Schleswig begrüßen. Um 10:00 Uhr hatte Dr. Wolfgang Wodarg die AfA zu einem Arbeitnehmerfrühstück eingeladen.
Dass der Einladende jedoch selbst erst eine halbe Stunde später zur Veranstaltung kam, mag besonders in Wahlzeiten der Allgegenwärtigkeit geschuldet sein. Birte Pauls und Ralf Wrobel stiegen jedenfalls nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Moderator, den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der AfA des Kreises Schleswig-Flensburg, Reinhard Vieth, in die Thematik ein. Auf der Tagesordnung sollte über Mindestlohn, Leih- und Zeitarbeit, Mitbestimmung, Arbeitszeit und Tarifautonomie gesprochen werden.

Birte Pauls nahm die Themen aus dem Blickwinkel der Pflege ins Visier. Sie betonte, dass es nicht angehen könne, dass Senioren in Heimen an Mangelerscheinungen leiden, weil keine Zeit ist auf die Problemstellung einzugehen. Ferner führte sie Klage darüber, dass zu viel Bürokratie die Pflege am Menschen verhindert. Im privaten Pflegebereich müssten die Kräfte, die auf 400 Euro-Basis eingestellt sind, zu viele Überstunden machen müssten. Auf die Gesamtproblematik gerichtet sagte Birte Pauls, dass gute Pflege nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig sein dürfe.
Dr. Wolfgang Wodarg hob darauf ab, dass wir zu einer neuen Form des Miteinanders finden müssen, dass es wieder richtig sein muss, in einer Gewerkschaft Mitglied zu sein und dass es sich auch wieder lohnen muss, für einen gerechten Lohn arbeiten zu gehen. Er hatte von einem Betriebsbesuch berichtet, wo die Arbeiterinnen teilweise morgens und Abends, 30 Kilometer fahren müssten, um dann für einen Nettolohn von rund 1.200 Euro im Akkord arbeiten zu müssen. Allein der Druck, der durch die Gruppe, in der dieser Lohn erzielt wird, sei so hoch, dass man von Mobbing sprechen könne.
Ralf Wrobel sprach davon, dass er sein Hauptaugenmerk darauf richten wolle, dass sich das Land in Zeiten wirtschaftlicher Probleme nicht aus der Verantwortung für seine Beschäftigten herauslösen könne, indem es zu einer Entlassungswelle kommen würde. Das Land habe in dieser Situation besondere Pflicht der Beschäftigungssicherung, aus der es sich nicht heraus stehlen könne. Gerade in Zeiten, wo Banken Milliarden Steuergelder für sich beanspruchen würden, könne man nicht Millionen bei abhängig Beschäftigten sparen.
Im Fazit waren sich alle Drei darüber einig, dass nur mitgliederstarke Gewerkschaften etwas erreichen können.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 16.09.2009, 12:44 Uhr - 5949 Clicks - Nr. 1077*

Wodarg auf dem "Heißen Stuhl" bei den Selbstständigen

Der Bund der Selbstständigen (BDS) ist Deutschlands ältester überparteilicher und mit 80 000 freiwilligen Mitgliedern größter branchenübergreifender Mittelstandsverband, der sich für den Erhalt eines leistungsfähigen und selbstständigen Mittelstands einsetzt und dabei keine Erwerbszwecke verfolgt. Der BDS Landesverband Schleswig-Holstein e. V. lud den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg zum Gespräch ins Weiche Huus in Flensburg ein.

Die Landesvorsitzende des BDS Landesverband Schleswig Holstein e. V. Anke Nolte und der Geschäftsführer des BDS Kreisverband Flensburg für Stadt und Land Gernot W. Thomsen begrüßten Dr. Wolfgang Wodarg sehr herzlich und eröffneten das Gespräch zwischen dem gut vorbereiteten Moderator Ulrich Scholl, Dr. Wolfgang Wodarg und dem interessierten und fachkundigen Publikum.

"Ich finde Wettbewerb wichtig und gut, nur sollte er nicht zwischen den Krankenkassen stattfinden sondern zwischen den Leistungserbringern wie Pharmaunternehmen, Krankenhauskonzernen und Ärzteorganisationen!", stellte Dr. Wodarg gleich zu Beginn klar. Als Gesundheitsexperte kämpft er für eine solidarische Krankenversicherung. Wenn die Krankenkassen den Leistungserbringern geschlossen gegenübertreten würden, ergäben sich Vorteile für alle Versicherten. Angesprochen auf den Morbi-RSA (morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich), der neben dem amtlich festgelegten Einheitsbeitrag und dem Gesundheitsfond mit dem Wettbewerbsstärkungsgesetz in Kraft trat, antwortete Dr. Wodarg: "Die einzige Funktion des Morbi-RSA ist, die Nebenwirkungen des politisch installierten Kassenwettbewerbs unterhalb der politischen Schmerzgrenze zu halten."

Außerdem gleiche er für Kassen mit großer Versorgungslast in vielen Fällen erst bei fortgeschrittenen und damit kostenträchtigen Krankheitsbildern aus. Präventiv ansetzende Programme zahlten sich aber nicht sofort aus und werden deshalb erst einmal gekündigt.

Darin sieht Dr. Wodarg einen erheblichen Nachteil für die Versicherten, da Prävention viel Leid ersparen könne.

Unter reger Beteiligung aller Teilnehmer kamen im Laufe des Gesprächs die Steuerreform 2008 und weitere gesundheits- und sozialpolitische Themen wie die Situation von Pflegepersonal, das Hausarzt-Facharzt-Verhältnis, die Gesundheitskarte, die Beitragsbemessung und der Leistungskatalog der Krankenkassen zur Sprache und Dr. Wodarg verdeutlichte, dass er eine Bündelung der Krankenkassen auf Landesebene und eine regionale Strukturverantwortung als einen entscheidenden Schritt in Richtung einer solidarischen Krankenversicherung sieht.

Da bei dieser nur Gesundheitsthemen zur Sprache kommen sollten, bot der Abgeordnete an, beim nächsten Mal auch über andere interessante Aspekte seiner Arbeit in der Europa-, Außen-, und Entwicklungspolitik zu informieren.

Dr. Wodarg bedankte sich bei Frau Nolte, Herrn Thomsen und Herrn Scholl und allen Beteiligten für die freundliche Aufnahme und die lebhafte Diskussion mit dem Auditorium.

PRESSE-ECHO:

Flensburger Tageblatt vom 16.09.2009 (Seite 19)
Wahlbarometer mit Wodarg

Das Gesundheitssystem muss effizienter und regionaler werden, forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitsexperte Dr. Wolfgang Wodarg auf dem Podium des zweiten BDS-Wahlbarometers. Gegenüber Mitgliedern und Gästen nahm er Stellung zu zentralen Fragen des Gesundheitssystems. Neben Leistungsfähigkeit und Wettbewerb, regionaler Versorgungsvernetzung und Elektronischer Gesundheitsakte wurde auch Populäres wie Homöopathie und Schweinegrippe mit dem interessierten Publikum erörtert. Das deutsche Gesundheitssystem hält Wodarg für eines der leistungsfähigsten der Welt - und dennoch aus volkswirtschaftlicher Sicht für ineffizient. "Wir bekommen alles, aber brauchen wir auch immer alles?"

1 oder 2 Vertreter der Region in Berlin? Ihre ERSTSTIMME entscheidet!

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 16.09.2009, 14:06 Uhr - 2926 Clicks - Nr. 1078*

"Die Sache, die ist rund - Bad Oldesloe wird bunt" - SPD Kindermalwettbewerb

Die SPD Bad Oldesloe fordert alle Kinder in Oldesloe auf, sich an unserem Kindermalwettbewerb "Die Sache, die ist rund - Bad Oldesloe wird bunt" zu beteiligen, den wir im Rahmen der Stormarner Kindertage (14. bis 27. September 2009) durchführen.
Zu gewinnen gibt es:

1. 2 Eintrittskarten in den HANSAPARK
2. 1 Buchgutschein über 25,- EUR
3. 1 Buchgutschein über 10,- EUR

Die Preise wurden uns von dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Staatsekretär, Franz Thoennes, sowie der SPD-Kandidatin für den Landtag, Susanne Danhier zur Verfügung gestellt!

Die Preisverleihung findet am Samstag, 26. September, um 12 Uhr im Rathaus statt.

Teilnahmebedingungen:

* jedes Kind kann ein selbstgemaltes Bild
* im Format DIN A4
* versehen mit Name, Alter, Anschrift, Telefon
* in den Briefkasten der SPD Geschäftsstelle,
* Kurparkallee 2 (gegenüber zum Weg zu den
* Tennisplätzen) abgeben oder per Post
schicken.

* Das Bild sollte sich thematisch mit Bad Oldesloe auseinander setzen und entweder zeigen, wie bunt Bad Oldesloe ist oder wie bunt Bad Oldesloe aus Sicht des Kindes sein sollte.
* Alle Beiträge werden zu einem späteren Zeitpunkt bei entsprechender Resonanz ausgestellt !

Abgabeschluss ist Freitag, 25. September 2009, 18 Uhr.

Bei entsprechender Resonanz, werden wir die Bilder nach der Bundes- und Landtagswahl nochmal für einen längeren Zeitraum in Bad Oldesloe ausstellen! Wir freuen uns auf Euren/Ihren Besuch unserer Infostände und Veranstaltungen!

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 16.09.2009, 16:18 Uhr - 8081 Clicks - Nr. 1079*

Bundesverkehrsminister Tiefensee am 21.9. 2009 in Norderstedt

Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär, sowie der SPD-Landtagskandidat Heiner Köncke freuen sich. Mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee kommt am Montag, den 21. 9.2009 nach Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der vor knapp zwei Wochen in der Landesgartenschau-Stadt war, nun der zweite SPD-Bundesminister im Bundestagswahlkampf nach Norderstedt.
Thönnes und Köncke laden daher alle interessierte Bürgerinnen und Bürger ein zur öffentlichen Veranstaltung

Leben und arbeiten in einer verkehrsreichen Region – Herausforderungen und Lösungen, Montag, den 21.9.2009 um 16.30 Uhr in das Restaurant Evento, Rathausallee 35, 22846 Norderstedt

recht herzlich ein.

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird die sozialdemokratischen Antworten zu diesem Themenkomplex vorstellen. So wird es darum gehen, dass Mobilität bezahlbar bleiben und der Öffentliche Nahverkehr stärker gefördert werden muss. Moderne Infrastruktur muss als Standortvorteil begriffen werden. Dazu gehört der Ausbau des Lärmschutzes. Für die SPD ist klar, dass die vorhandenen Verkehrswege optimal genutzt werden und dafür bis 2010 alle hoch belasteten Autobahnstrecken mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ausgerüstet werden sollen. Mit einem Nationalen Entwicklungsplan „Elektromobilität" soll die Politik „weg vom Öl" forciert werden. Schließlich geht es auch um eine starke und bürgerfreundliche Bahn sowie um eine faire Entfernungspauschale bei der soziale und umweltpolitische Aspekte stärker zu berücksichtigen sind.

Thönnes: „Das wird bestimmt ein interessanter Termin, den Norderstedt ist eine der verkehrsreichsten Städte Schleswig-Holsteins. Aber auch die Fragen des Wohnungsbaus und des seniorengerechten Wohnens in einer älter werdenden Gesellschaft werden bestimmt eine Rolle spielen." „Und natürlich ist auch angesichts der Nähe zum Hamburger Flughafen damit zu rechnen, dass es Fragen zum Flugbetrieb und dem damit verbundenen Lärm und die Häufigkeit

der Starts und Landungen gibt", so Heiner Köncke.

Vertreter/innen der Medien sind herzlich eingeladen an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Keine Kommentare

Heiner Köncke - *veröffentlicht am 16.09.2009, 17:57 Uhr - 2562 Clicks - Nr. 1080*

Mangelnde Kinderbetreuung in Norderstedt

Köncke kritisiert Planungen der Norderstedter Stadtverwaltung

Zu den Ankündigungen der Norderstedter Stadtverwaltung die Angebote für Kinderbetreuung nicht im notwendigen Maß bis zum Jahr 2013 auszubauen erklärt der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke:

„Die Norderstedter Verwaltung hat die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt oder will Sie nicht erkennen. Seit Jahren ist bekannt, dass die Versorgung in Norderstedt mit Hortplätzen unzureichend ist. Alleine dieses Jahr fehlen fast 100 und die Schaffung von provisorischen Modulplätzen ist seit Jahren zur Dauereinrichtung geworden. Wie man unter diesen Umständen die bisherige Versorgungsquote von 15 % nur fortschreiben will, bleibt dabei völlig unverständlich, zumal auch die Schaffung von offenen Ganztags-Grundschulen kurzfristig keine Entspannung bringen wird.

Norderstedt darf seine Attraktivität als Wirtschaftstandort nicht aufs Spiel setzen. Zukünftig wird die sichergestellte Kinderbetreuung für die Unternehmen ein wichtiges Kriterium bei der Standortsuche sein."

Norderstedt könne es sich schlichtweg nicht leisten als fünft größte Stadt im Land eine nur durchschnittliche Kinderbetreuung zu gewährleisten.

„Wir müssen jetzt die Investitionen tätigen und das Geld in die Hand nehmen für den Ausbau der Kinderbetreuung, damit wir mittel- und langfristig die Lebens- und Wohnqualität in Norderstedt erhalten können.", so der SPD-Landtagskandidat abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 16.09.2009, 19:20 Uhr - 4804 Clicks - Nr. 1081*

Thyssen-Krupp operiert am offenen Herzen der Stadt

Wir stehen an der Seite der Mitarbeiter von HDW! Wir wollen, dass die Werft als Universalwerft erhalten bleibt und insbesondere die Pläne zum Verkauf des Bau-Docks ad acta gelegt werden. Ein solcher Schritt wäre das Todesurteil für den Überwasserschiffbau in Kiel. Es kann nicht sein, dass sich Thyssen-Krupp in einer schwierigen Situation aus der Verantwortung stiehlt. Der von Thyssen-Krupp erzeugte Zeitdruck ist rein taktischer Natur und nicht hinnehmbar.
Konzepte müssen auf den Tisch, wenn es solche existentiellen Veränderungen geben soll. Der Konzern operiert am offenen Herzen der Stadt! Die Kieler SPD wird sich an Protestaktionen beteiligen und aktiv eigene Proteste durchführen.

Wir werden einen Dringlichkeitsantrag zur Lage von HDW für die Landtagssitzung diese Woche stellen.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 16.09.2009, 23:05 Uhr - 9675 Clicks - Nr. 1082*

Offshore-Entwicklung in Schleswig-Holstein zu langsam

Bundestagskandidat Hanno Fecke mahnt Entwicklung an.
Verkehrsminister Tiefensee will 40 Windparks auf dem Meer errichten und beschwört die Energiewende. Die Planungen dafür sind allerdings inzwischen schon 5 Jahre alt und stammen aus der Nachhaltigkeitsstrategie der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Experten werfen der Bundesregierung jetzt vor, wichtige Weichen für die Energiewende nicht gestellt zu haben.

Genauso sieht auch Hanno Fecke, Geschäftsführer der Messe Husum und Bundestagskandidat der SPD die Situation. Was an Kritik an der Bundesregierung jetzt durch den Blätterwald rauschte, ergänzt er mit einer deutlichen Mahnung an die schleswig-holsteinische Politik.
„Wegen der mangelnden Dynamik, einer fehlenden Strategie und zu geringen Mitteln für das Clustermanagement wurden viele Chancen der deutschen Offshore-Entwicklung für Schleswig-Holstein nicht wahrgenommen. Das Ergebnis ist, dass es zurzeit weder geeignete Hafenstandorte im Land gibt, noch entwickelte Kompetenzen in Bezug auf Bau sowie Service und Wartung der Meereswindparks."
Selbst die schleswig-holsteinische Offshore-Forschungsplattform FINO 3, die in Kiel entwickelt wurde, musste über den niedersächsischen Hafen Cuxhaven ins Meer vor Sylt platziert werden. Ein versprochenes Offshore-Konzept des Landes Schleswig-Holstein lässt seit 2005 auf sich warten. Der nordfriesische Windpark Butendiek, noch immer mit starker Beteiligung der Bürger, wird nun wohl über den dänischen Hafen Havneby ins Meer gesetzt. Besonders Anlagenhersteller, die Offshore fähige Anlagen bauen, haben sich inzwischen in Niedersachsen und Bremen angesiedelt.
„Der Grund dafür ist ganz simpel. Wir haben in Husum mit der Clusteragentur windcomm einen sehr fleißigen und kompetenten Partner. Die finanzielle Förderung reicht allerdings bei weitem nicht aus und muss in zu kurzen Abständen immer wieder beantragt werden um ein schlagkräftiges Instrument zur langfristigen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu sein", sagt Fecke. Die Windenergieagentur Bremerhaven, warb hat seit Jahren einen vielfach höheren Etat und eine weitaus bessere Personalausstattung.
Ein weiteres Problem ist der zu geringe Druck auf die Energieversorger.
„Man könnte fast meinen, in den Konzernzentralen wurde Wirtschaftsentwicklung bewusst verschleppt, bis die Energieversorger selbst in der Lage waren, Offshoreparks zu bauen und erfolgreich zu betreiben;" vermutet Fecke.
Ein Indiz dafür könnte auch die aktuelle Problematik der Finanzierung von Offshoreparks sein, die von den Banken erst dann zugesagt wird, wenn die Netzanbindung steht und diese Netzanbindung wird erst dann vom Energieversorgern bereit gestellt, wenn die Finanzierung des Projektes steht.
„Ein Teufelskreis in dem die privaten Betreiber vor Ort zerrieben werden", sagt Fecke.
Besonders auch in seiner Funktion als Chef der weltweit wichtigsten Messeveranstaltung der internationalen Windbranche, der HUSUM WindEnergy sieht Hanno Fecke massiven Wettbewerb am Horizont auftauchen:

„Es gibt eine deutliche Lücke in der internationalen Wahrnehmung unseres Bundeslandes. Schleswig-Holstein gilt zwar als Mutterland der Windtechnologien, aber in der Welt eben nicht mehr als Motor der wirtschaftlichen Bewegung. Wir werden hier allmählich zum Technologie-Museum der Windenergie. Warum sollen die Menschen dann in Zukunft genau hierher zur Windmesse kommen? In dieser Branche ist Tradition wichtig. Innovationskraft allerdings bedeutend!"

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - veröffentlicht am 17.09.2009, 11:26 Uhr - 6786 Clicks - Nr. 1083

Stadtrundgang mit Knut Franck und Helmut Trost "Geheimnisvolles Flensburg"

Vom Nordertor bis zum Südermarkt werden der bekannte Stadtführer Knut Franck und der SPD-Landtagskandidat Helmut Trost dem interessierten Flensburger „Verborgenes und Geheimnisvolles" präsentieren.

„Unsere Stadt besitzt viele städtebauliche Zeugnisse ihrer großen Vergangenheit, die von uns im täglichen Leben zwar wahrgenommen werden, aber deren Entstehungsgeschichte und die Legenden, die sich darum ranken, oft noch Fragen offen lassen." so Helmut Trost.

Die spannende und lehrreiche Führung beginnt am 18. September um 18:00 Uhr am Nordermarkt und ist selbstverständlich kostenlos.

--
Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 17.09.2009, 11:32 Uhr - 2232 Clicks - Nr. 1084

„Geheimnisvolles Flensburg" ein Stadtrundgang

Vom Nordertor bis zum Südermarkt werden der bekannte Stadtführer Knut Franck und der SPD-Landtagskandidat Helmut Trost dem interessierten Flensburger „Verborgenes und Geheimnisvolles" präsentieren. Die spannende und lehrreiche Führung beginnt am
18. September um 18:00Uhr am Nordermarkt und ist selbstverständlich kostenlos.
„Unsere Stadt besitzt viele städtebauliche Zeugnisse ihrer großen Vergangenheit, die von uns im täglichen Leben zwar wahrgenommen werden, aber deren Entstehungsgeschichte und die Legenden, die sich darum ranken, oft noch Fragen offen lassen." so Helmut Trost. Interessierte erhalten hier kompetente und unterhaltsame Antworten.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 17.09.2009, 11:37 Uhr - 2201 Clicks - Nr. 1085

„Helmut Trost vor Ort"

Der Landtagskandidat stellt sich Ihren Fragen

Am Freitag den 18.09. ab 16:00 Uhr stellt sich Helmut Trost, der Landtagskandidat der SPD zum wiederholten Male, diesmal an der Ecke Ochsenweg/Sylter Straße, den Fragen der Bürger. Im lockeren Gespräch bei einer Tasse Kaffee können Sie hier natürlich auch Sorgen und Anregungen „loswerden", die Ihnen am Herzen liegen.
„Der direkte Kontakt ist mir sehr wichtig", so Helmut Trost. Deshalb wird das erfolgreiche „Straßencafé" auch weiterhin an vielen Standorten in der Stadt anzutreffen sein.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 17.09.2009, 12:02 Uhr - 46884 Clicks - Nr. 1086

Jetzt Mehrheit für SPD-geführte Landesregierung!

Zu den neuen Umfrageergebnissen erklärt SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning: „Wir sind jetzt in der Entscheidungsphase des Wahlkampfes. Die SPD gewinnt dazu, Ralf Stegner holt im Direktvergleich zu Carstensen stark auf und jetzt gibt es eine Mehrheit für eine SPD-geführte Landesregierung. Dagegen wenden sich immer mehr Wählerinnen und Wähler von Schwarz-Gelb ab und Carstensen verliert massiv das Vertrauen der Menschen. Für einen Amtsinhaber hat er ausgesprochen schlechte Werte.

Dies ist Folge unseres strikt argumentativen Wahlkampfes, der die sozialdemokratischen Zukunftsvorstellungen für die Menschen entscheidenden Themen darstellt:

- gerechte Bildung,
- gute Arbeit,
- starke Familien,
- neue Energie.

Ralf Stegner wird dafür morgen sein Zukunftsteam und das Startprogramm seiner neuen Regierung vorstellen.

CDU und FDP werden in der letzten Wahlkampfwoche absehbar weiter abrutschen. Denn sie verstecken ihre politischen Absichten – Sparmaßnahmen will die CDU-Rumpfregierung erst drei Tage nach Wahl bekannt geben- und sind nur noch auf einen Anti-Personen-Wahlkampf gegen unseren Spitzenkandidaten fixiert. Wir wissen, dass die persönlichen Angriffe von Schwarz-Gelb gegen Ralf Stegner in der kommenden Woche auf einen Höhepunkt getrieben werden. Wir wissen aber auch, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die Antworten für die Zukunft suchen, diese Art von Panik-Wahlkampf ablehnen.

Umfragen sind keine Wahlergebnisse. Obwohl Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat, könnte nach der Sitzberechnung im Landtag eine Mehrheit für Union und FDP herauskommen. Um ein solches Ergebnis zu verhindern, werden wir weiter um Vertrauen und jede Stimme werben. Wer eine SPD-geführte Regierung will muss auch SPD wählen!"

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - veröffentlicht am 17.09.2009, 12:49 Uhr - 41898 Clicks - Nr. 1087

"Kurzfristige Hilfe für unsere Bauern immer noch nötig"
Lage am Milchmarkt weiter kritisch / Milchpreis auf Rekordtief

Die Europaabgeordneten fordern weitere flankierende Maßnahmen der Gemeinschaft, um den Milchbauern aus der jetzigen Krise zu helfen. Dazu hat das Europäische Parlament heute in Straßburg eine Resolution zur dramatischen Lage auf dem Milchmarkt verabschiedet.

"Wir dürfen nicht dabei zuschauen, wie ein Milchbauer nach dem anderen pleite geht und samt Hof und Familie vor dem Ruin steht", kommentierte die Agrarexpertin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Ulrike RODUST, die Verabschiedung der Parlamentsresolution.

Die Abgeordneten fordern unter anderem eine klare Kennzeichnung von Milchprodukten, um die Verbraucher besser zu informieren. "Für die Kaufentscheidung wichtig und somit für den Absatz förderlich", so Ulrike RODUST, "ist die Information, ob es sich bei den Produkten tatsächlich um Milcherzeugnisse handelt oder ob pflanzliche Ersatzstoffe benutzt wurden, wie zum Beispiel im Analogkäse."

Im Fokus des Forderungskataloges der Abgeordneten an die Europäische Kommission stehen auch Maßnahmen zur Unterstützung von Kleinbetrieben und Jungbauern sowie die Ausdehnung des EU-Schulmilchprogramms. "Alles was den Milchbauern jetzt kurzfristig aus der Krise hilft, muss angepackt werden", erklärte RODUST.

Die Sozialdemokratin warnte aber eindringlich davor, den eingeschlagenen Weg zum Ausstieg aus der Milchquote 2015 zu verlassen. Es ginge jetzt nicht darum bereits beschlossene richtige Entscheidungen rückgängig zu machen, sondern um kurzfristige Maßnahmen in der Krise. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte, mit Markteingriffen, staatlich subventioniertem Absatz im Inland und Exporterstattungen im Ausland, habe gezeigt, dass Märkte gestört wurden, ohne dass der Erzeugerpreis für Milch dadurch nachhaltig gestützt werden konnte. "Es war richtig, diesen Weg mit den Agrarreformen ab 2003 zu verlassen", bekräftigte Ulrike RODUST abschließend.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 17.09.2009, 15:43 Uhr - 6293 Clicks - Nr. 1088

"Heilkunde auf gesellschaftlicher Ebene"

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 27. September stellte der sh:z-Verlag die Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Fraktionen für den Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig) mit einem Fragebogen vor. Hier die Antworten des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Warum sind Sie politisch aktiv und warum in der Partei, für die Sie kandidieren?

Politik ist Heilkunde auf gesellschaftlicher Ebene, und ich will Gutes tun, damit möglichst alle gesund und in Würde ihr Leben leben können. Soziale und demokratische Politik ergibt sich hieraus zwangsläufig. Nur mit der SPD sind meine Ziele umsetzbar.

Was war Ihr erstes politisches Amt?

Personalrat in einer großen Klinik und Gemeindevertreter.

Welche drei Themenfelder sind Ihre Schwerpunkte?

Ich setze mich für eine gute, solidarische Krankenversorgung ein; ethische Fragen in Medizin und Forschung, Europa- und Außenpolitik (stellv. Fraktionsvorsitzender im Europarat) so wie Entwicklungspolitik sind meine weiteren Arbeitsbereiche. Die drei Themen, die mich neben Gesundheit am meisten bewegen, sind Arbeit/Bildung, Klimapolitik und Menschenrechte.

Was sehen Sie als Stärken, was als Schwächen des Wahlkreises 1?

Stärken:
Wunderschöne Natur, friedlich-vielfältige Grenzlandkultur und eine attraktive, innovative Bildungs- und Wirtschaftslandschaft, jede Menge Energie.

Schwächen:
Zergliederung, lückenhafte Infrastruktur, schlechte Nord-Ostsee-Verbindung, Randlage durch mangelhafte Fern-Anbindung (Bahn, Flug, Schiff), zunehmend existenzgefährdende Industrialisierung der Landwirtschaft.

Was konkret möchten Sie in der kommenden Legislaturperiode für den Wahlkreis 1 auf jeden Fall erreichen?

Eine gute hausärztlich-pflegerische Versorgung sichern, die Bildungslandschaft fördern, CO2-Endlager verhindern, für bessere und nachhaltige Infrastruktur und für menschenwürdige Arbeit kämpfen. Weitere Privatisierung und Monopolisierung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge verhindern und die Konkurrenzfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen fördern.

Ihr politisches Vorbild?

Willy Brandt mit seinem Mut zur Demokratie, Albert Schweitzer als sozial engagierter Arzt mit hohem ethischen Anspruch und Gandhi als Kämpfer gegen soziales Unrecht.

Was an der Bundespolitik hat Sie in den letzen zwölf Monaten am meisten geärgert, was am meisten gefreut?

Geärgert: Dass die Regierungen Banken, die das Geld ihrer Kunden verspielt haben, mit unseren Steuer-Milliarden weiterspielen lassen, statt die Steuergelder für nachhaltige Projekte wie Bildung, Energiewende und eine dazu passende Infrastruktur einzusetzen. Der politische Einfluss der Energie-, Versicherungs- und Pharma-Mafia, die Überwachungsgesetze und die zunehmende Militarisierung des Afghanistan-Konfliktes.

Gefreut: Erste Mindestlöhne, Verbot von Gen-Mais, meine Erfolge gegen die Privatisierung der Gewalt und für billige Medikamente in armen Ländern, Verhinderung des Börsenganges der Bahn, die wichtige Petition der Bürgerinitiative gegen ein CCS-Gesetz

Wie schaffen Sie den Spagat zwischen Berlin und dem Wahlkreis?

Mit viel Begeisterung für meinen Wahlkreis und meine spannenden Aufgaben und dank des Verständnisses und der Hilfe meiner Frau, freiwilliger Helfer und meiner MitarbeiterInnen. Das erleichtert mir die anstrengende Reiserei zwischen meiner Heimatregion und Berlin, nach Strassburg oder in Entwicklungsländer und Krisengebiete.

Sollten Sie nicht in den Bundestag kommen - wie werden Sie Ihr Leben dann gestalten?

Ich werde mich weiter für meine politischen und ärztlichen Ziele einsetzen, leben und lieben. Ich hoffe aber, dass mir genügend Menschen Ihre Erststimme geben und damit die Region im Bundestag stärken.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 17.09.2009, 17:00 Uhr - 1518 Clicks - Nr. 1089

HDW muss Universalwerft bleiben
Die Kieler Ratsversammlung hat sich am 17.09.09 einstimmig an die Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei HDW Kiel gestellt und folgende Resolution beschlossen:

Die Kieler Ratsversammlung appelliert an die Entscheidungsträger, den zivilen Überwasserschiffbau in Kiel zu belassen und vom Verkauf der Portalkräne, Werkshallen und Docks Abstand zu nehmen.

Die Kieler Ratsversammlung steht fest an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von HDW.

Begründung:
Der Ausverkauf des Überwasserschiffbaus bei HDW muss verhindert werden - für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei HDW und für alle Menschen in Kiel.

Es war immer Konsens, dass bei HDW Kiel auch und gerade der zivile Schiffbau eine Zukunft haben muss. Die jetzigen Pläne für HDW sehen dagegen vor, dass der zivile Schiffbau abgestoßen wird und allein der militärische Produktionszweig bleibt. Dies ist eine sehr bedauerliche Entscheidung, weil sich HDW gerade bei der Produktion von Offshore-Windanlagen oder neu-en innovativen Antriebssystemen für Schiffe eine gute Zukunftsperspektive auf dem Markt erobern könnte.

Es geht auch um die besondere Bedeutung, die HDW für das Stadtbild hat. Ohne die großen HDW-Kräne wäre die Silhouette der Landeshauptstadt Kiel nicht mehr vollständig.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 17.09.2009, 20:21 Uhr - 51025 Clicks - Nr. 1090

Existenzsichernde Arbeit gewährleisten – Mindestlohn einführen!
Zur heutigen Debatte im Landtag über das Thema Mindestlohn erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner
Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns ist ein Gebot der Stunde. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen:

Sozial ist, was gute Arbeit schafft – Arbeit, von der man leben kann. Die Niedriglöhne von heute führen zur Armutsrente von morgen. Das betrifft Männer und Frauen. Sie müssen für gleiche Arbeit auch gleich entlohnt werden. Zu guter Arbeit gehört nicht nur der Mindestlohn, sondern auch Mitbestimmung, Kündigungsschutz und solidarische Sozialversicherungen.

Arbeit hat nicht nur einen Preis, sondern auch einen Wert. Mit dem christlichen Grundverständnis, das unsere Gesellschaft prägt, können mitnichten sittenwidrig niedrige Löhne einerseits und sittenwidrig hohe Einkommen andererseits in Einklang gebracht werden. Welchen Wert hat Arbeit, wenn ein Manager oder Banker 500 mal so viel verdient wie eine Krankenschwester oder 1.000 mal so viel wie ein Leiharbeiter? Leistung muss sich lohnen – und zwar für alle, die Leistung erbringen. Leistung darf nicht zu Armut führen.

Mindestlöhne sind Ausdruck sozialer Marktwirtschaft – die Betonung liegt auf „sozial". Wir sind gegen ein Mindesteinkommen, weil hier der Staat durch seine Zuschüsse Dumpinglöhne subventioniert. Aus diesen Gründen brauchen wir auch Tariftreueregelungen – die übrigens von unseren kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem dem Baugewerbe, in Schleswig-Holstein schon seit Jahren eingefordert werden -, denn sie verhindern ruinösen Wettbewerb. Das gilt ganz besonders für dafür „anfällige" Branchen wie die privaten Postdienstleister und Leiharbeit.

Mindestlöhne sind internationaler Standard. In der EU gibt es in 20 der 27 Mitgliedsstaaten flächendeckende Mindestlöhne, und das sind nicht die Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit – im Gegenteil! Deutschland ist da Schlusslicht. Wenn eine Friseurin 4,11 Euro verdient, dann hat das nichts mit Globalisierung zu tun, denn niemand fährt nach Polen zum Haare schneiden.

Mindestlöhne sind gut für die öffentlichen Finanzen und die sozialen Sicherungssysteme. Von den – höheren – Steuern und Beiträgen statt doppelter Sozialtransfers profitieren auch die Kommunen und das Land. Im Gegensatz zu Herrn Kubicki wollen wir eine Steuerpolitik, die

nicht die Besserverdienenden entlastet und diese Entlastung durch eine Mehrwertsteuererhöhung von allen bezahlen lässt.

Mindestlöhne sind keine bundespolitische Frage. Das zeigt sich am Beispiel UKSH, wo einzelne Servicebereiche privatisiert werden sollen – was ja nur bedeutet, dass die Löhne für die Beschäftigten sinken. Eine meiner ersten Amtshandlungen als Ministerpräsident wird eine Bundesratsinitiative für Mindestlöhne sein. Immerhin haben wir es Dank des Einsatzes der SPD und von Arbeitsminister Olaf Scholz geschafft, dass es für 4 Mio Beschäftigte bereits Mindestlöhne gibt. Weitere Branchen müssen folgen, bis wir den flächendeckenden Mindestlohn haben.

Mindestlöhne sind eine Frage der Demokratie. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen wir nicht zulassen, dass Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeübt wird, zu Niedrig- und Dumpinglöhnen zu arbeiten. Die sogenannten christlichen Gewerkschaften, die hier eine unrühmliche Rolle spielen, sind weder christlich noch Gewerkschaften, sondern arbeitgeberfinanzierte Scheingewerkschaften und Lohndrückervereine.

Für Mindestlöhne haben im Landtag die Abgeordneten gestimmt:

Astrup, Baasch, Beran, Buder, Eichstädt, Erdsiek-Rave, Fischer, Ingrid Franzen, Hay, Herdejürgen, Höfs, Hölck, Höppner, Langner, Müller, Nabel, Neugebauer, Poersch, Puls, Redmann, Rother, Schlosser-Keichel, Schröder, Schümann, Schulze, Stegner, Tenor-Alschausky, Trauernicht, Weber (SPD)

Birk, Heinold, Hentschel, Mathiessen (Bündnis 90/Die Grünen)

Harms, Spoorendonk (SSW)

Gegen Mindestlöhne haben im Landtag die Abgeordneten gestimmt:

Arp, Bernstein, Callsen, Carstensen, Ehlers, Eisenberg, Feddersen, Heike Franzen, Garg, Geerdts, Hamerich, Herbst, Herold, Hildebrand, Jasper, Kayenburg, Klinckhamer, Klug, Koch, Kubicki, Lehnert, Magnussen, Ritzek, Sassen, Sauter, Scheicht, Sönnichsen, Stritzl, Tengler, Todsen-Reese, Wadephul, Wengler

Kommentar von Falk Stadelmann vom 26.09.2009, 23:03 Uhr:
RE: Existenzsichernde Arbeit gewährleisten – Mindestlohn ein
Mit einer gewissen Belustigung habe ich den Kommentar von Herrn Bernd Uwe Rasch gelesen, Fraktionsvorsitzender der FDP in der Stadtverordnetenversammlung von Reinbek. Er beklagt, dass Ralf Stegner argumentiert habe, Deutschland sei "das Schlusslicht bei der Arbeitslosigkeit", obwohl es keinen gesetzlichen Mindestlohn habe, und dass dies falsch sei, weil z.B. Frankreich oder Spanien als Staaten mit Mindestlöhnen höhere Arbeitslosenquoten hätten als die Bundesrepublik Deutschland. Als Beweis führt Herr Rasch dabei aktuell verfügbare Zahlen des Eurostat an. Belustigt bin ich deswegen, weil die Eurostat-Arbeitslosenzahl schon aus logischen Gründen nur sehr wenig über wirtschafts- und sozialpolitische Zweckmäßigkeit eines Mindestlohns aussagt (und Ralf Stegner diese Zahl deswegen m.E. auch nicht gemeint haben kann). Die von Eurostat "harmonisierte Arbeitslosenquote" ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (= alle Erwerbstätigen plus alle Arbeitslosen). Arbeitslose in diesem Sinne

sind also alle: vom arbeitslosen Universitätsangestellten, entlassenem Bankmanager und gekündigtem Facharbeiter bis hin zum jobsuchendem Geringqualifizierten, der höchstens Aussicht auf kurzzeitig befristete Arbeitsverträge hat. Aber Akademiker, Manager und Facharbeiter beziehen eben typischerweise nicht so geringe Gehälter, dass eine gesetzliche Lohnuntergrenze in Gestalt eines Mindestlohns für die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen einen unmittelbaren Einfluss hat. Dies ist eben bei Geringqualifizierten der Fall, die typischerweise auch niedrige Löhne verdienen. Logischerweise muss man also nicht die Gesamt-Arbeitslosenrate (von Eurostat) der Staaten betrachten, sondern sich auf die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten konzentrieren. Dabei hilft z.B. der Employment Outlook der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichteten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Nach ihm sind Geringqualifizierte Beschäftigte mit einer Ausbildung unterhalb der oberen Sekundarstufe, und der OECD-Employment Outlook 2007 weist nach, dass Staaten mit hohen Mindestlöhnen die geringsten Arbeitslosenraten unter den Geringqualifizierten aufweisen (wie das Großherzogtum Luxemburg mit 9,30 Euro und gleichzeitig der niedrigsten Arbeitslosenrate unter den Geringqualifizierten in der Europäischen Union, oder die Republik Irland mit 8,65 Euro und der EU-weit fünftniedrigsten Rate von geringqualifizierten Arbeitslosen). In dieser Statistik fällt dann auch auf, dass die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten die flexibelsten Lohnuntergrenzen hat (nämlich zur Zeit Mindestlöhne aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes nur in bestimmten Branchen, z.B. Bauhauptgewerbe, Gebäudereinigerhandwerk u.a.), und dass Deutschland gleichwohl unter der mit Abstand höchsten Unterbeschäftigung von gering qualifizierten Arbeitnehmern leidet. Diese Beobachtung bringt die wiederholte Behauptung vieler liberaler und konservativer Politiker, ein gesetzlicher Mindestlohn würde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen, doch arg ins Wanken. Im Gegensatz zu diesen Liberalen und Konservativen sind erfahrene Wirtschaftspolitiker nicht wirklich überrascht, warum die Arbeitslosigkeit und Geringqualifizierten ohne gesetzlich garantierte Lohnuntergrenze ansteigt. Denn sobald die Stundenlöhne für geringqualifizierte Arbeitnehmer unter ein existenzsicherndes Niveau fallen, müssen diese immer länger arbeiten, um ihren Lebensunterhalt (noch) erarbeiten zu können. Sinkende Löhne für Geringqualifizierte erhöhen also nicht das Arbeitsangebot (weil etwa die Arbeitgeber mehr Arbeitnehmer zu niedrigeren Löhnen beschäftigen könnten), sie verringern sogar das Arbeitsangebot (weil die bereits Beschäftigten nun versuchen, länger und mehr zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können - und deswegen auch zusätzliche geringfügige Beschäftigung anstreben). Das verstärkt logischerweise die Unterbeschäftigung. Mindestlöhne, die oberhalb des für die Existenzsicherung erforderlichen Lohns festgelegt werden (die SPD sieht dieses Niveau in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften bei 7,50 Euro pro Stunde), tragen deshalb zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes im unteren Einkommenssegment bei. Wichtig ist die Feststellung: Mindestlöhne sind nicht nur sittliche Verpflichtung und aus Gründen sozialer Gerechtigkeit berechtigtes Anliegen der Politik. Sie sind vor allem auch ökonomisch begründet. Wenn schon nicht Sitte und Anstand oder sozialpolitische Motive für Liberale und gleichgesinnte Konservative ausschlaggebend sein können für eine Unterstützung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, dann hoffe ich, dass sie sich (wenigstens) von den ökonomischen Argumenten überzeugen lassen.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 21.09.2009, 08:44 Uhr:

Wahrheitsgemäße Information bei Herrn Stegner nicht gefragt

Herr Stegner argumentiert, dass Deutschland das Schlußlicht bei der Arbeitslosigkeit ist, obwohl kein flächendeckender Mindestlohn existiert. Diese Aussage ist falsch. Nach Auswertung der aktuellen auf Eurostat verfügbaren Zahlen und der Mitteilungen der Hans-Böckler Stiftung hier eine kleine Auswahl von Ländern mit Mindestlohn und einer

Arbeitslosenrate die höher liegt als in Deutschland: Frankreich Spanien Polen Belgien Irland Lettland Litauen Estland die Reihe ließe sich noch fortsetzen. Man kann über Für und Wider eines flächendeckenden Mindestlohnes sicher streiten, wie mit den Basiszahlen umgegangen wird, darüber sollte jedoch Einigkeit herrschen. Die Bevölkerung bewusst in die Irre zu führen wie Herr Stegner es praktiziert dient der Sache Mindestlohn sicher nicht. Bernd Uwe Rasch

SPD-Quickborn - veröffentlicht am 17.09.2009, 20:23 Uhr - 2648 Clicks - Nr. 1091

Eklat im Ausschuss für kommunale Dienstleistungen
Astrid Huemke (SPD) entsetzt über das Abstimmungsverhalten von CDU und FDP und das Gebaren des „Finanzfachmanns" der CDU, Ulf Hermanns-von-der-Heide
„Nun ist der Bock ja wohl fett!", so die Fraktionsmitglieder von SPD und BündnisGrünen nach der Sitzung empört. „So werden CDU und FDP die Finanzmisere der Stadt dauerhaft verschlechtern!"

Was war geschehen? In der AKD-Sitzung am Dienstag, den 15.9.2009 ging es unter TOP 2 um die neu zu errichtende Sporthalle Mühlenberg, genau genommen um die geplante Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der neuen Sporthalle.
In einer überraschend klaren Aussage brachte die Verwaltung ihre Position zum Ausdruck, dass eine derartige Anlage auf dem Dach der neuen Sporthalle vier entscheidende Vorteile biete:
1. Eine CO2-Reduzierung um 41.925 kg pro Jahr
2. Die Generierung von erheblichen Einnahmen
3. Das Wahrnehmen einer Vorbildfunktion als Lehrobjekt für die Schule
4. die Unterstützung der Bundes- und Landesregierung beim Klimaschutz.

Zwei eingeladene Fachleute standen bereit um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten, doch nach dem überzeugenden Sachvortrag der Verwaltung waren offenbar keine Fragen mehr offen.
Es kam zur Abstimmung. Hier offenbarten die CDU-Mitglieder und das FDP-Mitglied wieder einmal eine Sturheit gegenüber den Zeichen der Zeit, die allgemein empörte: Während die Grünen und die SPD die Abstimmung bereits als geschichtsträchtig wähnten, weil endlich ein zukunftsweisender Beschluss greifbar nahe war, stimmten CDU und FDP gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der für die Stadt Einnahmen in Höhe von 140.000 EURO nach 25-jähriger Laufzeit bedeutet hätte.
Auf die entsetzte Nachfrage von Astrid Huemke (SPD) und desAusschussvorsitzenden Alfred Haack (BündnisGrüne), ob sich die CDU nicht wenigstens zu diesem Abstimmungsverhalten erklären wollten, antwortete Hermanns-von-der-Heide (CDU) gelangweilt: „Das muss ich hier doch nicht erklären…" und vergrub sich demonstrativ hinter seiner Zeitung, ausgerechnet dem Handelsblatt, und brüskierte damit Politik, Verwaltung, Fachleute und interessierte Bürger.
Auch nach dem Kommentar des Ausschussvorsitzenden Haack, dass die CDU/FDP sich somit für einen Verzicht auf Gewinne und für ein Verlagern der Kosten auf die Steuerzahler ausgesprochen habe, gab es keine Erklärung von CDU und FDP. Die Beratung geht nun am kommenden Dienstag in die nächste Runde bei der Beschlussfassung im Finanzausschuss

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - veröffentlicht am 17.09.2009, 23:32 Uhr - 1775 Clicks - Nr. 1092

"Stegner trifft ... EGON BAHR" in Bad Oldesloe

Unter dem Motto „Stegner trifft …" hatte Ralf Stegner am Mittwoch, den 16. September 2009, ab 19.00 Uhr sehr herzlich nach Bad Oldesloe in das Bürgerhaus eingeladen.
Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Politische Standfestigkeit". Dr. Ralf Stegner, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, traf Egon Bahr, ehemaliger Bundesminister für besondere Aufgaben und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Knapp 100 Zuhörer erlebten einen interessanten Abend, mit messerscharfen Analysen, hörenswerten Anekdoten, viel Information und sehr guter Moderation.

Die SPD Bad Oldesloe und das Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie danken der KAMPA NORD der Landes SPD für diese ausgezeichnete Bereicherung im Landtagswahlkampf !

Bilder von der Veranstaltung: http://www.ipernity.com/doc/bad-oldesloer-kulturforum/album/149555

Über Egon Bahr: der Architekt der Ostverträge und Weggefährte Willy Brandts. Egon Bahr war von 1972 bis 1976 Minister in verschiedenen Ministerien und er gilt als einer der wichtigsten Berater Willy Brandts im Hinblick auf die Entspannungspolitik.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - veröffentlicht am 18.09.2009, 10:39 Uhr - 2307 Clicks - Nr. 1093

Mit DRK und KBA Rettungsdienst fortsetzen

Die SPD Kreistagsfraktion will die Mitarbeiter des DRK und KBA nicht im Regen stehen lassen. Sie haben in den vielen Jahren eine verlässliche Arbeit für die Menschen geleistet.
Deshalb sollen die vertraglichen Regelungen zur Durchführung des Rettungsdienstes durch das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Segeberg – DRK - und den Verein für Krankentransporte, Behinderten- und Altenpflege in Norderstedt - KBA - bestehen bleiben.

"Wir wollen keine Heuschrecken sondern verlässliche Partner im Kreis Segeberg", so Arnold Wilken, Fraktionsvorsitzender,
"Die SPD Kreistagsfraktion stellt fest, die Durchführung des Rettungsdienstes durch das DRK und den KBA funktioniert reibungslos". Dieses gelte insbesondere nach Inkrafttreten einer Zusatzvereinbarung mit dem Kreis Segeberg.

Das Kostenrisiko für den Kreis Segeberg ist gering.
Die SPD möchte sicherstellen, dass die beachtlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten durch Mitglieder des DRK und des KBA im Katastrophenschutz Anerkennung finden und erhalten bleiben.

"Die SPD wird einen entsprechenden Antrag an den Kreistag stellen", so Wilken abschließend..

Keine Kommentare

Stefan Bolln - veröffentlicht am 18.09.2009, 11:00 Uhr - 6288 Clicks - Nr. 1094

Hoher Besuch bei der Firma Langfeldt in Wilster

Kürzlich besuchte eine hochrangige Delegation aus Afghanistan die Holz- und Baustoffhandlung Langfeldt in Wilster. Es handelte sich dabei um Politiker und Abgeordnete, die sich in Begleitung des SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen sowie des SPD-Landtagskandidaten Stefan Bolln auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung für einen Tag im Wahlkreis aufhielten.

Die ausländischen Gäste wollten einmal beobachten, wie in Deutschland Wahlkampf gemacht und organisiert wird, um von den gemachten Erfahrungen im nächsten Jahr in ihrer Heimat profitieren zu können. Hierzu sollte auch eine Betriebsbesichtigung gehören.

Die Besuchergruppe wurde vom Geschäftsführer der Firma, Matthias Häußler-Langfeldt, sehr herzlich begrüßt und zu einem leckeren Imbiss eingeladen. Herr Häußler stellte eingangs seinen über 170 Jahre bestehenden Familienbetrieb vor. Anschließend gab es Gelegenheit zu einem intensiven Meinungsaustausch, der mit Unterstützung einer anwesenden Simultandolmetscherin problemlos möglich war. In den Gesprächen wurden die Herausforderungen an einen mittelständischen Betrieb erörtert, der unter der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation besonders zu leiden hat.

Stefan Bolln erkundigte sich, wo die Firma Langfeldt ihre Chancen sieht, gegen die „Großen" zu bestehen. Hierzu stellte Herr Häußler die besondere Kundennähe, gepflegt durch einen persönlichen Außendienst heraus. Werbung in der Lokalpresse zeigt, so Häußler, nur eine ungenügende Resonanz. Gegen die aggressive Reklame der großen Baumärkte anzukämpfen ist nahezu aussichtslos. In der Kooperation mit anderen kleinen und mittleren Holz- und Baustoffhandlungen sieht die Firma Langfeldt durch Synergieeffekte Zukunftsperspektiven. Stefan Bolln erinnerte an die energetische Gebäudesanierung, die von der SPD für außerordentlich wichtig gehalten wird. Ob die Fa. Langfeldt hiervon profitieren kann, bleibt abzuwarten.

Auf einem Rundgang durch die großen Lagerhallen konnten sich die Besucher vom umfangreichen Angebot an Hölzern, Plattenwerkstoffen bis zu Türen und Fenstern überzeugen.

Den Abschluss des aufschlussreichen Besuchs bei der Firma Langfeldt bildete eine Bierprobe, die nach der Abreise der Gäste aus Afghanistan in kleinem Kreise stattfand. Die Firma lässt - als zweites Standbein - in verschiedenen Brauereien nach einem alten Familienrezept Bier brauen und auch Spirituosen herstellen.

Bei der Verabschiedung zeigten sich Jörn Thießen und Stefan Bolln sehr dankbar für die gewährten Einblicke in den besichtigten Betrieb und wünschten weiterhin guten Erfolg.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 18.09.2009, 12:39 Uhr - 2626 Clicks - Nr. 1095

Helmut Trost im Gespräch

Am Samstag den 19.09. sucht der Landtagskandidat Helmut Trost das Gespräch mit den Bürgern.
Sie treffen Helmut Trost ab 10:00 Uhr im Norden der Stadt, vor dem Sky-Markt an der Waldstraße und
ab 12:00 Uhr an der Holmnixe.
Im Rahmen seines immer wiederkehrenden und erfolgreichen „Straßencafé" stellt sich der Fraktionsführer der SPD-Flensburg und ehemalige Oberbürgermeister den Fragen der Bürger und hat in dieser angenehm lockeren Gesprächsrunde selbstverständlich auch ein Ohr für Sorgen und Anregungen. "Die Meinungen, Fragen und nätürlich auch die Sorgen unserer Bürger sind mir sehr wichtig", so Helmut Trost. "Die SPD stellt ihre Politik auf eine möglichst breite Basis und sucht desshalb permanent den Austausch mit Bürgern in Arbeitskreisen, Ortsterminen und im direkten Gespräch." so der Landtagskandidat weiter.
"Jede Bürgerin und jeder Bürger ist herzlich eingeladen sich einzubringen. Dies gilt ausdrücklich auch für Nicht-Mitglieder der SPD!"

Keine Kommentare

Jörn Thießen - veröffentlicht am 18.09.2009, 13:22 Uhr - 11982 Clicks - Nr. 1096

Steinmeiers Landwirtschaftsminister zu Besuch in Moordiek

Udo Folgart ist Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands, Landtagsabgeordneter in Brandenburg und seit Beginn des Wahlkampfs im Kompetenzteam von Frank-Walter Steinmeier zuständig für Landwirtschaftspolitik. Auf Einladung von Jörn Thießen führte ihn seine Tour durch Deutschland am Donnerstag nach Moordiek im Kreis Steinburg auf den Hof der Milchbauern Sabine und Hans-Werner Dammann.
Impressionen vom Besuch finden Sie unserer Bildergalerie.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - veröffentlicht am 18.09.2009, 14:07 Uhr - 8544 Clicks - Nr. 1097

Bildungsministerin a.D. Ute Erdsiek-Rave am 21.9.2009 in Bad Segeberg Gemeinsame Bildung von Anfang an – Inklusives Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen

Inklusion ist ein zentraler Bestandteil der UN-Behindertenkonvention, der allen Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern soll. In den letzten Jahren sind viele

Anstrengungen unternommen worden, hier Fortschritte zu erzielen. Integrationsklassen an allgemeinbildenden Schulen oder Integrationskindergärten sind selbstverständlich.
Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales: „Menschen mit Behinderungen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft zu ermöglichen ist ein zentrales Anliegen meiner politischen Arbeit. Wir brauchen dafür ein Miteinander, in dem wir unsere gemeinsamen Stärken sehen und Unterschiedlichkeit als Bereicherung begreifen."

Dieses Denken beginnt im Kindergarten. Je früher Kinder lernen, ohne Vorurteile mit Behinderungen umzugehen, desto selbstverständlicher werden sie auch später Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte Partner annehmen. Dies ist das Ziel von inklusiver Bildung. Schleswig-Holstein ist hierbei schon gut vorangekommen. In unserem Land gibt es gute Ansätze, die zeigen was erreicht werden kann. Thönnes: „Bei uns im Land besuchen 40 Prozent der behinderten Kinder bereits die Regelschule. Bundesweit sind es im Schnitt erst 15,7 Prozent. Es geht also. Man muss nur wollen."
Aber es gibt nach wie vor auch Probleme, die angesprochen werden müssen, um Lösungen zu finden. Deshalb lädt SPD-MdB Franz Thönnes zur öffentlichen Diskussionsveranstaltung

„Gemeinsame Bildung von Anfang an"
Inklusives Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung
für Montag, 21.09.09, 19.30 Uhr
in die Jugendbildungsstätte Mühle
An der Trave 1-3 23795 Bad Segeberg

recht herzlich ein.

Es diskutieren unter der Leitung von SPD-Landtagskandidat Marc-André Ehlers Ute Erdsiek-Rave, MdL und Ministerin für Bildung und Frauen a.D., Franz Thönnes, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär, Rainer Dillenberg, Geschäftsführer der Lebenshilfe Schleswig-Holstein und Gabriele Grüttner, Vorstandsmitglied der Lebenshilfe Wahlstedt.

Vertreter/innen der Medien sind recht herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 18.09.2009, 16:11 Uhr - 7772 Clicks - Nr. 1098

Wodarg: Besuch im Sozialladen in Tarp

Bürgerhilfe e. V. ist ein gemeinnütziger Verein und Träger der Sozialläden in Niebüll und Leck, Husum und Flensburg, Schleswig und Tarp und der "Buffets des Nordens", der hilfebedürftigen Menschen eine Anlaufstelle bietet. Bei einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des Vereins Peter Hansen und der Mitarbeiterin Ingrid Nissen bekam der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg einen Einblick in die Arbeit des Sozialladens in Tarp. Hier ein Bericht von Ute Schulz:

"Der Sozialladen ist häufig der Vermittler zwischen notbedürftigen Menschen und den staatlichen Sozialeinrichtungen", erklärt Peter Hansen. Die Schwelle, den Laden zu betreten, sei gering, da den Menschen durch das Konzept der Bürgerhilfe e. V. nicht die Würde genommen werde, ergänzt Ingrid Nissen.

Der Verkauf der Lebensmittel - das Buffet des Nordens -, die von regionalen Discountern, Landwirten, Bäckereien und Einzelhändlern täglich gespendet werden, läuft von morgens bis abends. So entstehen keine Schlangen vor den Läden. Bedürftige zahlen für eine Tüte, die den Tagesbedarf deckt, einen Euro und haben so nicht das Gefühl, Almosen zu empfangen.

Im Verlaufe des Gesprächs besuchten mehrere Menschen den Sozialladen, so dass Dr. Wodarg die persönliche und ungezwungene Begegnung zwischen den Mitarbeitern und den Besuchern erleben konnte, die er selbst für eine grundsätzliche Voraussetzung einer erfolgreichen Anlaufstelle hält.

Ein gut funktionierendes Netzwerk aus Kontakten sei indessen ebenso wichtig, erzählen Ingrid Nissen und Peter Hansen. Der Sozialladen in Tarp beschäftigt zehn Zusatzjobber, die gesamte Region 54, deren Kosten die Agentur für Arbeit übernimmt. Durch eine dauerhafte Kommunikation mit den staatlichen Sozialämtern können Hilfebedürftige weitergeleitet werden. Dennoch wünscht sich der Verein eine Ausweitung seines Tätigkeitsbereiches. Angestrebt wird, selber auszubilden. "Wir helfen auch dem regulären Arbeitsmarkt. Im Jahr 2008 konnten wir 6,7 % unserer Mitarbeiter auf den ersten Arbeitsmarkt zurückführen", erläutert Ingrid Nissen eine ihrer erfolgreichen Bemühungen. Schwierigkeiten bereite jedoch die Finanzierung.

Besonders betroffen von Armut und Unterernährung sind Kinder, häufig die von Alleinerziehenden. Auf Nachfrage von Dr. Wodarg erzählen Ingrid Nissen und Peter Hansen, dass ein(e) Alleinerziehende(r) nur selten die Unterbringung ihres/ seines Kindes bezahlen könne, um einer Tätigkeit nachzugehen. "Das zeigt deutlich, wie dringend wir Eltern von den Kosten für Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten befreien müssen," meinte Dr. Wodarg. Denn, so sind sich alle drei einig, eine Grundversorgung von Kindern sowohl geistig als auch körperlich, muss für alle gewährleistet sein. Zaghafte Abhilfe hat der Sozialladen durch Spenden für Babynahrung schon auf lokaler Ebene versucht.

Die Bürgerhilfe e.V. leiste einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Armutslinderung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebühre Anerkennung und Dank, so Dr. Wodarg. Eben diese Anerkennung und das Bewusstsein für die Notwendigkeit und den Erfolg der Sozialläden und "Buffets des Nordens" seitens staatlicher Institutionen wünscht sich die Bürgerhilfe e.V.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wodarg weiß um die Wichtigkeit sozialen bürgerlichen Engagements und empfindet die Sozialläden als gelungene und vor allem niedrigschwellige Anlaufstelle, die er auch in Zukunft unterstützen möchte. Er bedankt sich bei Ingrid Nissen und Peter Hansen für das informative Gespräch und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Einblick in ihre Arbeit.

Interview des sh:z mit Dr. Wodarg

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 18.09.2009, 19:52 Uhr - 2759 Clicks - Nr. 1099

SPD-Engelsby: Beauftragter ermutigt behinderte Menschen zum Wählen!

Der Flensburger Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Gerhard Schmitz, appelliert an behinderte Menschen und ihre Angehörigen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und an den Bundestags- und Landtagswahlen am 27. September teilzunehmen. „Viele Entscheidungen, die für behinderte Menschen wichtig sind, werden auf Bundes- und Landesebene getroffen.

Deshalb haben behinderte Menschen und ihre Angehörigen allen Grund, die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten nach ihren Zielen und konkreten Plänen zu befragen und natürlich auch wählen zu gehen. Damit können sie aktiv die zukünftige Politik mitbestimmen.“ erklärte Gerhard Schmitz heute in Flensburg.

Sei es die dringend notwendige Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen durch die Reform der Eingliederungshilfe, notwendige Initiativen zur Förderung von Arbeitsplätzen oder die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung behinderter und chronisch kranker Menschen - auf Bundesebene stünden dazu wichtige Entscheidungen an. Auf der Landesebene gehe es z.B. um Fragen der inklusiven Bildung.

Nach den Bestimmungen des Gleichstellungsgesetzes auf Bundesebene sind die Wahllokale barrierefrei einzurichten, so dass eine gleichberechtigte Wahl möglich ist. Dies ist in Flensburg leider bei vier Wahllokalen noch nicht umsetzbar gewesen. Auf den Wahlbenachrichtigungen sind diese jedoch mit einem durchstrichenen Rollstuhlsymbol gekennzeichnet. In diesem Fall sollte ein Wahlschein beim Wahlamt im Rathaus beantragt werden, um in einem anderen Wahllokal seine Stimme abzugeben beziehungsweise sich an der Briefwahl beteiligen zu können.

Erfreulich findet es der Beauftragte, dass die Parteien zunehmend auch Informationen in leichterer Sprache verbreiten, so dass sich auch Menschen mit Lernschwierigkeiten über die Ziele der Parteien besser informieren können. „Von den Informationen in leichter Sprache profitieren letztlich aber alle Menschen“, so Schmitz. Außerdem böten Parteien Fahrten zu den Wahllokalen an. Anfragen hierzu sollten an die örtlichen Parteibüros gestellt werden.

An die Wahlhelferinnen und –helfer appellierte der Beauftragte, die Wahl so barrierefrei wie möglich zu gestalten und Hilfestellungen zu leisten, wo diese angefragt werden.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - veröffentlicht am 19.09.2009, 10:47 Uhr - 10238 Clicks - Nr. 1100

Politikverdrossenheit: Fehlanzeige!

Politikverdrossenheit bei der heutigen Jugend? Salopp ausgedrückt: Fehlanzeige! Getreu dem Motto „Hey, Politiker! Antworte mir!" fand sich eine große Zahl an Schülern des RBZ und der Kaiser-Karl-Schule am 18.09.2009 in Aula der KKS ein, um die Möglichkeit zu nutzen, die Landtagskandidaten der Wahlkreise 23 und 24 kennen zu lernen und ihnen Fragen zu stellen.

Nach anfänglichem Zögern kamen die Schülerinnen und Schüler immer mehr aus sich heraus und warfen äußerst interessante sowie sehr kritische Fragen auf. Da staunte so mancher Politiker nicht schlecht, als er mit einem Haufen spitzfindiger Fragen konfrontiert wurde, deren Beantwortung sich nicht nach dem oberflächlich und allgemein gehaltenem Grundsatz erledigen ließ, denn es galt den potenziellen und jungen Wähler von sich und seinen parteipoltischen Inhalten zu überzeugen.

Wichtige Themen wie Bildung, Energie, Arbeit und Finanzen wurden aufgegriffen, erfragt und zum Teil an den Pranger gestellt, so dass eine rege Diskussion in Gang gebracht wurde.

Letztlich war es leider aufgrund des knappen zeitlichen Rahmens nicht mehr möglich, jeder Frage gerecht zu werden, so dass Birgit Herdejürgen (SPD-Landtagsabgeordnete) den Schülerinnen und Schülern anbot, eine ähnliche Diskussion nach der Wahl im kleineren Kreise stattfinden zu lassen. Stefan Bolln (SPD-Landtagskandidat) konnte ihr nur beipflichten und zog die Bilanz, dass es eine „äußerst gelungene und sehr positive" Veranstaltung gewesen sei, die in dieser Form öfters stattfinden müsse, denn Kommunikation - gerade mit jungen Menschen sei besonders wichtig.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 19.09.2009, 11:17 Uhr - 6041 Clicks - Nr. 1101

Wodarg im Praktikum bei der Flensburger Tafel e.V.

Am Montag, den 14. September, besuchte Dr. Wolfgang Wodarg die Flensburger Tafel in der Kurzen Straße an der Hafenspitze. In langen Gesprächen und durch tatkräftiges Anpacken und Mithelfen erfuhr er, vor welchen Problemen die größtenteils freiwilligen Helfer und ihre Kunden in der Tafel stehen. Ganz im Vordergrund steht die Platznot in der Kurzen Straße, aber auch viele andere Hindernisse erschweren die Arbeit.

Zwei Mal in der Woche morgens um 7 in der Kurzen Straße in Flensburg: Wenn die drei Fahrzeuge der Flensburger Tafel starten, um die ersten Lebensmittel zu holen, dann beginnt für die Mitarbeiter ein langer und stressiger Tag. Nachmittags gegen 16 Uhr wird ein Teil der rund 2500 Menschen, darunter 750 Kinder, die sich regelmäßig bei der Tafel mit Lebensmitteln eindecken, vor der Tür Schlange stehen.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg besuchte am 14. September die Flensburger Tafel, um sich über deren wichtige Arbeit zu informieren und um für einen Tag tatkräftig mit an zu packen. Zunächst luden ihn die Vorstandsmitglieder Frau Röhl, Frau Westphal und Herr Dotzauer zu einem Gespräch ein, in dem sie ihm ausführlich ihre aufopferungsvolle Arbeit darlegten. Sie berichteten ausführlich über die täglichen Problemen, denen die Tafel gegenüber steht.

Die Lebensmittel, welche die Tafel verteilt, sind vor allem Spenden der umliegenden Supermärkte, Bäckereien, Restaurants und sogar Schiffe. In der Regel sind dies unverkäufliche Reste. "Wir erhalten viele gute Lebensmittel. Manche Firmen nutzen uns jedoch auch aus und benutzen uns als Müllabfuhr. Aber wenn wir die schlechten Reste nicht nehmen, bekommen wir die guten auch nicht," berichten die Mitarbeiter.

So müssen alle Lebensmittel sortiert werden. Ein großer Teil kann nicht mehr ausgegeben werden und so muss die Tafel für deren Entsorgung aufkommen, vom erheblichen Arbeitsaufwand abgesehen. Besonders gefragt seien Grundnahrungsmittel wie Milch, Kartoffeln, Nudeln und ähnliches, diese seien jedoch meist schwer zu bekommen. "Inzwischen hat die Spendenbereitschaft jedoch zugenommen. Wir haben viele Fördermitglieder, die Geld für Lebensmittel spenden. Auch kommen häufig Privatleute und geben Dinge ab."

Das größte Problem der Tafel sind jedoch die viel zu kleinen Räumlichkeiten. Der Lagerplatz reicht kaum aus und zum effektiven Arbeiten ist nicht genügend Platz. Dringend muss hier Abhilfe geschaffen werden. Mehrere Objekte seien bereits ins Auge gefasst, doch der Umgang mit den Behörden stellt noch einige Hürden in den Weg.

Gegen 16 Uhr am Nachmittag öffnet die Tafel die Türen. Für eine Anerkennungsgebühr von einem Euro können alle, die einen Tafel-Ausweis haben, sich hier mit Lebensmittel eindecken. Die Ausweise werden jedoch nur an wirklich Bedürftige ausgegeben, die diese Bedürftigkeit auch nachweisen können. Es gebe keinen Rechtsanspruch auf Versorgung, und bei Fehlverhalten oder Missbrauch werden auch Ausschlüsse ausgesprochen. Häufig werde die Arbeit der Tafel als zu selbstverständlich hingenommen und auch Sprachbarrieren verhindern

oft einen sinnvollen Austausch mit den Betroffenen. Im Anschluss an das sehr ausführliche Gespräch packte Wodarg auch sehr gerne noch mit an: Er begleitete einen Fahrer der Tafel beim Abholen der Lebensmittel und half beim Abladen und Sortieren der Waren. Dabei stellte er sich auch für Fragen und Gesprächen den bereits vor dem Eingang der Tafel wartenden Leuten. Dr. Wodarg bedankte sich abschließend bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tafel, die ihm diese wichtige Erfahrung ermöglicht haben und versprach bei der Vermittlung neuer, größerer Räume behilflich zu sein.

"Heilkunde auf gesellschaftlicher Ebene"

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 27. September stellte der sh:z-Verlag die Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Fraktionen für den Wahlkreis 1 (Flensburg-Schleswig) mit einem Fragebogen vor. Hier die Antworten des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Warum sind Sie politisch aktiv und warum in der Partei, für die Sie kandidieren?

Politik ist Heilkunde auf gesellschaftlicher Ebene, und ich will Gutes tun, damit möglichst alle gesund und in Würde ihr Leben leben können. Soziale und demokratische Politik ergibt sich hieraus zwangsläufig. Nur mit der SPD sind meine Ziele umsetzbar.

Was war Ihr erstes politisches Amt?

Personalrat in einer großen Klinik und Gemeindevertreter.

Welche drei Themenfelder sind Ihre Schwerpunkte?

Ich setze mich für eine gute, solidarische Krankenversorgung ein; ethische Fragen in Medizin und Forschung, Europa- und Außenpolitik (stellv. Fraktionsvorsitzender im Europarat) so wie Entwicklungspolitik sind meine weiteren Arbeitsbereiche. Die drei Themen, die mich neben Gesundheit am meisten bewegen, sind Arbeit/Bildung, Klimapolitik und Menschenrechte.

Was sehen Sie als Stärken, was als Schwächen des Wahlkreises 1?

Stärken:
Wunderschöne Natur, friedlich-vielfältige Grenzlandkultur und eine attraktive, innovative Bildungs- und Wirtschaftslandschaft, jede Menge Energie.

Schwächen:
Zergliederung, lückenhafte Infrastruktur, schlechte Nord-Ostsee-Verbindung, Randlage durch mangelhafte Fern-Anbindung (Bahn, Flug, Schiff), zunehmend existenzgefährdende Industrialisierung der Landwirtschaft.

Was konkret möchten Sie in der kommenden Legislaturperiode für den Wahlkreis 1 auf jeden Fall erreichen?

Eine gute hausärztlich-pflegerische Versorgung sichern, die Bildungslandschaft fördern, CO2-Endlager verhindern, für bessere und nachhaltige Infrastruktur und für menschenwürdige Arbeit kämpfen. Weitere Privatisierung und Monopolisierung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge verhindern und die Konkurrenzfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen fördern.

Ihr politisches Vorbild?

Willy Brandt mit seinem Mut zur Demokratie, Albert Schweitzer als sozial engagierter Arzt mit hohem ethischen Anspruch und Gandhi als Kämpfer gegen soziales Unrecht.

Was an der Bundespolitik hat Sie in den letzten zwölf Monaten am meisten geärgert, was am meisten gefreut?

Geärgert: Dass die Regierungen Banken, die das Geld ihrer Kunden verspielt haben, mit unseren Steuer-Milliarden weiterspielen lassen, statt die Steuergelder für nachhaltige Projekte wie Bildung, Energiewende und eine dazu passende Infrastruktur einzusetzen. Der politische Einfluss der Energie-, Versicherungs- und Pharma-Mafia, die Überwachungsgesetze und die zunehmende Militarisierung des Afghanistan-Konfliktes.

Gefreut: Erste Mindestlöhne, Verbot von Gen-Mais, meine Erfolge gegen die Privatisierung der Gewalt und für billige Medikamente in armen Ländern, Verhinderung des Börsenganges der Bahn, die wichtige Petition der Bürgerinitiative gegen ein CCS-Gesetz

Wie schaffen Sie den Spagat zwischen Berlin und dem Wahlkreis?

Mit viel Begeisterung für meinen Wahlkreis und meine spannenden Aufgaben und dank des Verständnisses und der Hilfe meiner Frau, freiwilliger Helfer und meiner MitarbeiterInnen. Das erleichtert mir die anstrengende Reiserei zwischen meiner Heimatregion und Berlin, nach Strassburg oder in Entwicklungsländer und Krisengebiete.

Sollten Sie nicht in den Bundestag kommen - wie werden Sie Ihr Leben dann gestalten?

Ich werde mich weiter für meine politischen und ärztlichen Ziele einsetzen, leben und lieben. Ich hoffe aber, dass mir genügend Menschen Ihre Erststimme geben. Mit mir werden sie nämlich niemanden verhindern, sie können nur zusätzlich einen Anwalt und Lobbyist unseres Wahlkreises in Berlin gewinnen und damit die Region im Bundestag stärken.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 19.09.2009, 22:45 Uhr - 2221 Clicks - Nr. 1102

Streitgespräch beim Hamburger Abendblatt

Zum „Kandidatenduell" hatte der Stormarn-Teil des Hamburger Abendblattes eingeladen, und so fanden sich Martin Habersaat und sein CDU-Gegenkandidat Mark-Oliver Potzahr in Ahrensburg ein, um von den Redakteuren Matthias Popien und Alexander Sulanke befragt zu werden.

Der Bericht ist im Internet hier zu finden.
die Darstellung der Biografien beider Kandidaten findet sich kann hier nachgelesen werden.

Martin Habersaat: „Schade, dass solche Berichte vom Platz her immer

begrenzt sein müssen. Unsere unterschiedlichen Auffassungen zur Schulpolitik und unser unterschiedlich ausgeprägter Hang zu Kreisgrenzen sind gut herausgearbeitet worden, andere Themen, etwa die Energiepolitik, gerieten darüber in den Hintergrund. Insgesamt war es ein angenehmes Gespräch und ich habe mich in den Redaktionsräumen wohlgefühlt, auch mit dem Bericht bin ich zufrieden. Vielen Dank an alle Beteiligten."

Keine Kommentare

SPD-Glinde - veröffentlicht am 19.09.2009, 23:08 Uhr - 2749 Clicks - Nr. 1103

Dank der Bodenzeitung im Gespräch

„Wer heute Steuersenkungen verspricht, ist nicht ehrlich. Kinder haben ein Recht auf Bildung und individuelle Förderung. Zur Rente mit 67 gibt es viele Pro- und viele Contra- Argumente." Keine Aussagen von Wahlkämpfern, sondern die Meinung der Menschen in Glinde. Zum wiederholten Male nutzt die SPD Glinde im aktuellen Landtags- und Bundestagswahlkampf das Mittel der Bodenzeitung, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Und in der Tat bleiben Viele stehen, um sich die Fragen auf der Bodenzeitung durchzulesen und ihre eigene Meinung anzukreuzen.

Dadurch entsteht ein klares Bild von der Meinung der Bevölkerung zu vielen wichtigen Themen, über die gleich weiter diskutiert werden kann. Der Landtagskandidat Martin Habersaat besuchte die Glinder SPD und den Organisator Werner Braun bei ihrer Aktion in der Fußgängerzone und geriet in zahlreiche lebhafte Gespräche, die für ihn vor allem mit einem Ergebnis endeten: „Niemand kann heute sagen, wie die Landtagswahl ausgehen wird. Das ist noch alles offen. Es ist aber zu bemerken, dass die Bürgerinnen und Bürgern in vielen Sachfragen den SPD-Positionen sehr nahe stehen."

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - veröffentlicht am 19.09.2009, 23:23 Uhr - 2546 Clicks - Nr. 1104

Informationen auf dem Täby-Platz

Täby-Platz Reinbek - Mit Informationsständen auf dem Täby-Platz und in Schönningstedt ist die SPD Reinbek an jeden Sonnabend präsent, um den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Oft ist auch Landtagskandidat Martin Habersaat dabei, um vor Ort mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

Das fällt besonders leicht in Begleitung motivierter SPD-Wahlkämpfer wie dem aktuellen Landtagsabgeordneten Klaus-Peter Puls, der sich Martin Habersaat als seinen Nachfolger im Wahlkreis wünscht und sich entsprechend ins Zeug legt.

Martin Habersaat: „Ich treffe hier auf den Ständen auch viele alte Bekannte aus meiner Zeit als Referendar in Reinbek. Wenn dann auch noch die Sonne scheint macht Wahlkampf richtig Spaß, zumal sich die Stimmung im Lande gerade zugunsten der SPD dreht."

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - veröffentlicht am 19.09.2009, 23:26 Uhr - 3023 Clicks - Nr. 1105

Erster Reinbeker Ausbildungsmarkt ein Erfolg

Weit über 1000 Schülerinnen und Schüler erkundeten am 18. September die Informationsangebote auf dem ersten Reinbeker Ausbildungsmarkt im Sachsenwald-Forum. Etwas weniger stark war die Resonanz am zweiten Tag, als der Besuch nicht über die Schulen organisiert war. Trotzdem war der Markt ein Erfolg für alle Beteiligten, wie Martin Habersaat, SPD-Landtagskandidat, auf einem Rundgang von den Organisatoren erfuhr. Es wird eine Wiederholung geben.

Die Stadt Reinbek hatte den Ausbildungsmarkt gemeinsam mit dem Verband der Südholsteinischen Wirtschaft (VSW) und der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn (WAS) organisiert. Martin Habersaat: „Ein großes Lob an alle Beteiligten für ihren Einsatz. Organisatoren und Aussteller beteiligen sich damit aktiv an der Bewältigung einer der größten Herausforderungen, vor denen wir stehen: Alle Jugendlichen so gut wie möglich auszubilden und ihnen Perspektiven zu zeigen. Wenn die Firmen gute Auszubildende finden und die Jugendlichen passende Ausbildungsplätze, ist wirklich allen geholfen."

Für das Foto stoppte Habersaat am Stand der Barsbütteler Arthur Krüger KG - Technik in Kunststoff, an dem Auszubildende und Ausbilder einen Einblick in ihren beruflichen Alltag gaben.

Webadressen:

Stadt Reinbek - http://www.reinbek.de
VSW - http://www.vsw-reinbek.de/
WAS - http://www.was-stormarn.de/
Arthur Krüger KG - http://www.arthur-krueger.de
Martin Habersaat - http://www.martinhabersaat.de/

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - veröffentlicht am 20.09.2009, 09:47 Uhr - 5570 Clicks - Nr. 1106

Weitere Bürgersprechstunde mit Helmut Trost

Die nächste Bürgersprechstunde mit Helmut Trost, dem Fraktionsvorsitzenden und Landtagskandidaten der SPD, findet am heutigen Montag, dem 21. September 2009, statt.

Helmut Trost ist diesmal im SPD-Büro, Große Straße 69, anzutreffen. Die Sprechstunde beginnt um 16.00 Uhr.

Eine telefonische Anmeldung ist unter 0461-24515 möglich, um Wartezeiten zu vermeiden.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 20.09.2009, 13:31 Uhr - 5251 Clicks - Nr. 1107

Kinder stark machen!

In Deutschland wachsen immer mehr Kinder in schwierigen Verhältnissen auf. Sie leiden unter zunehmender Kinderarmut und ungleichen Bildungschancen. Unsere Gesellschaft muss aber allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das gleiche Recht und die gleichen Chancen auf Bildung und Förderung geben. Dr. Wolfgang Wodarg, MdB setzt sich dafür ein, die Interessen der Kinder in den Mittelpunkt zu rücken. Ein wichtiges Signal wäre die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes, Kinder sind die Zukunft unserer Erde. Doch Kinderarmut ist real, nicht nur in der sogenannten Dritten Welt, sondern auch bei uns in Deutschland. Die Armut in Deutschland wächst und trifft dabei die Kinder am stärksten. Schon über 3 Millionen Kinder leben in unserem Land in Armut. Eine UNICEF-Studie hat gezeigt, dass unter den Industrienationen belegt Deutschland mit Platz 11 nur einen mittleren Rang, wenn es um das Wohlergehen von Kindern geht. Der Schulerfolg von Kindern hängt entscheidend von ihrem Elternhaus ab. Etwa 17 Prozent der Heranwachsenden mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss.

Armut ist nicht nur Mangel an materiellen Gütern, sondern vorallem auch Mangel an Bildungschancen, an Perspektiven, an Wahlmöglichkeiten, an sozialen Kontakten und an Gesundheit.

Kindern, die in Armut leben, bleiben viele Bildungschancen versperrt. Viele Eltern können aufgrund Ihrer finanziellen Situation ihren Kindern keine Schulbücher, Fahrkarten, Ausflüge und Klassenfahrten mehr zahlen. Sie können auch die Angebote von Musikschulen, Sportvereinen, Nachhilfeunterricht und Kunstschulen nicht wahrnehmen. Diesen Kindern fehlt es nicht nur an Bildungsmöglichkeiten sondern auch an sozialen Kontakten!

Die SPD hat Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen wieder zum gesellschaftspolitischen Thema Nummer eins gemacht. Denn es gibt eine öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern, die die private Verantwortung der Familien ergänzt. Die SPD fordert Maßnahmen, die weit über eine Erhöhung von Kindergeld

hinausgehen!

Bildung beginnt bereits im frühen Kindesalter und ist nicht auf die Schule begrenzt. Frühkindliche Bildungsangebote unterstützen auch die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien. Der Ausbau der Angebote von Bildung und Betreuung von Kindern muss Priorität erhalten!

Die SozialdemokratInnen fordern deshalb mehr Betreuungsangebote auch für unter Dreijährige, kostenfreien Besuch der Kindertagesstätten, mehr Förderung und mehr Integration in der Schule - die Ganztagsbetreuung ausbauen, bessere Gesundheitsvorsorge und mindestens eine warme gesunde Mahlzeit täglich für alle Kinder.

Gleiche Bildungschancen: Das heißt unter anderem gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule, weitgehende Lernmittelfreiheit und eine zweite und dritte Chance für Schulabbrecher auf einen Schulabschluss.

Die SPD will langfristig die öffentlichen Ausgaben für Bildung von derzeit 5,1% auf 7% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen!

Wir haben auch dringenden Handlungsbedarf, Gesundheit und Ernährung in den täglichen Stundenplan unserer Kinder einzubetten. Das Thema "Ernährung und Gesundheit" findet in unserer Gesellschaft noch nicht in dem Maße Berücksichtigung, wie es für Kinder notwendig ist. Die Folgen gesundheitsschädlicher Ernährung und Übergewicht sind zB. chronische Erkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Krankheiten.

Bei der Gestaltung der Zukunft müssen die Kinder als Mittelpunkt der Entwicklung begriffen werden. Der Einsatz für ihre Rechte ist der Ausgangspunkt verantwortlichen Handelns für eine bessere Welt.
Seit langem kämpft die SPD sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene dafür, die Rechte der Kinder in unserer Gesellschaft zu stärken. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist wichtig für eine kinderfreundlichere Gesellschaft.

Kinder haben Rechte, daran zweifelt niemand. Aber die Interessen der Kinder und Jugendlichen spielen in Deutschland noch immer eine Nebenrolle. Bei Entscheidungen in Politik und Verwaltung werden ihre Stimmen kaum gehört. Das Aktionsbündnis Kinderrechte (UNICEF, Deutscher Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk) fordert die Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat deshalb dazu auf, die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern. Unterstützen Sie diesen Aufruf: Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Kinder dieser Welt

Mit den Kindern dieser Welt ist die Hoffnung auf eine bessere Welt verbunden! Doch trotz weltweiter Fortschritte im Kampf gegen die Kindersterblichkeit sterben nach Berechnungen von UNICEF weiterhin jeden Tag mehr als 26.000 Kinder unter fünf Jahren. Dies sind 9,7 Millionen Todesfälle im Jahr. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist die Situation besonders ernst: Hier leben zwar weniger als 25 Prozent aller Kinder weltweit. Nach UNICEF-Angaben entfiel aber im Jahr 2006 auf die Region nahezu die Hälfte aller weltweiten Todesfälle bei Kindern. Im selben Jahr ist laut World Food Report alle 5 Sekunden ein Kind unter sieben Jahren verhungert. Das ist nicht hinnehmbar!

Mehr Forschung für die Krankheiten der Ärmsten!

Fast 80 Millionen Kinder weltweit besuchen keine Schule. Zugang zu Bildung ist - und das gilt auch in unserem Land - eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Chancengleichheit, und sie ist besonders in armen Ländern eine Grundvoraussetzung für deren Entwicklung. Trotz guter Fortschritte in den vergangenen Jahren gilt es, diese Anstrengungen zu verstärken.

Mit dem Antrag "Förderung von Bildung und Ausbildung - Entwicklungspolitischen Schlüsselsektor konsequent ausbauen" fordert der Bundestagsabgeordnete und Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg gemeinsam mit seinen KollegInnen ein verstärktes Engagement der deutschen Entwicklungspolitik für Bildung weltweit.

Keine Kommentare

Birte Pauls, MdL - veröffentlicht am 20.09.2009, 20:22 Uhr - 2915 Clicks - Nr. 1108

Heide Simonis und Ralf Stegner am Weltkindertag in Schleswig

Über 200 Interessierte nahmen teil am Polit-Talk mit Jazz-Frühschoppen am Weltkindertag am 20. September 2009 in der Schleswiger Brauerei Asgaard teil. In einer fulminanten und kämpferischen Rede begrüßte Birte Pauls, Landtagskandidatin im Wahlkreis 7, die Anwesenden.
Heide Simonis berichtete über ihre Erfahrungen ihrer Arbeit bei der UNICEF weltweit und sparte nicht mit Kritik über die zunehmenden Kinderarmut in Deutschland. Ralf Stegner führte seine Ideen und die SPD-Forderungen fort nach einer besseren Familien-, Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik und kam mit seiner offenen und sympathischen Art sehr gut an.
Besonders betonte Ralf Stegner in seinen Ausführungen wie wichtig es sei, dass die Einkommen von Familien sozial und gerecht sein müssen, damit Kinder nicht in Armut leben müssten. Dazu gehöre auch die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wie es in anderen europäischen Ländern üblich sei.
Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in SH war zur Unterstützung mit einem Informationsstand auch vertreten.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - veröffentlicht am 20.09.2009, 22:57 Uhr - 2654 Clicks - Nr. 1109

Glinder Panorama

Während eines Rundgangs über die Gewerbeschau Panorama überzeugte sich SPD-Landtagskandidat Martin Habersaat am Sonntag von Qualität und Vielfalt des Gewerbes in Südstormarn. Über 70 Aussteller aus allen Bereichen des Wirtschaftlebens waren 2009 dabei.
Martin Habersaat: „Stormarn ist ein Kreis, der wirtschaftlich gut aufgestellt ist - und für den Süden des Kreises gilt das besonders.

Die Nähe zu Hamburg und kluge wirtschaftspolitische Weichenstellungen in den Städten und Gemeinden haben den Rahmen geschaffen, der durch das das Engagement und die guten Leistungen des hiesigen Mittelstandes überhaupt erst ausgefüllt werden kann."

Die Gewerbevereinigung Glinde präsentierte zum sechsten Mal auf 1200 Quadratmetern Ausstellungsfläche einen umfassenden Überblick über Handel und Handwerk, Dienstleistung und Gewerbe. Martin Habersaat: „Das ist eine gute Veranstaltung für unsere Region, die ich im nächsten Jahr gerne als zuständiger Landtagsabgeordneter besuchen möchte."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 20.09.2009, 23:01 Uhr - 2275 Clicks - Nr. 1110

Kinderfest in Barsbüttel

Anlässlich des Weltkindertages veranstaltete die SPD Barsbüttel ein großes Kinderfest auf dem Innenhof der Grundschule Barsbüttel. Groß und Klein nutzten die Gelegenheit, Geschick und Ausdauer bei verschiedenen Spielen zu messen und bei strahlendem Sonnenschein noch einmal den Grill anzuwerfen.

Abends ging die Veranstaltung dann in den Teil „Grillen und Politik" über, in dessen Rahmen Bundestagskandidatin Gesa Tralau und Landtagskandidat Martin Habersaat den älteren Besucherinnen und Besuchern für Gespräche zur Verfügung standen.

Gefragte Themen waren an diesem Abend die Krise der HSH-Nordbank, die sich wandelnden Umfragewerte für die anstehenden Wahlen und das anstehende TV-Duell zwischen Dr. Ralf Stegner und Peter Harry Carstensen. Wer Lust hat, ist von der SPD Barsbüttel herzlich zu einem „Public Viewing" eingeladen. Bei Wein und Käse soll das Duell am 23. September ab 20.30 Uhr gemeinsam im Bürgerhaus verfolgt und diskutiert werden. Mit dabei sein wird dann auch wieder Landtagskandidat Martin Habersaat.

Beim „Vier gewinnt" setzte sich Martin Habersaat übrigens mit den „Grünen" deutlich gegen Gesa Tralau mit den „Gelben" durch…

Keine Kommentare

AfA Steinburg - veröffentlicht am 21.09.2009, 09:29 Uhr - 3489 Clicks - Nr. 1111

Einladung zur Informationsveranstaltung

Die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) des Kreises Steinburg lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein zu einer Informationsveranstaltung am Freitag, dem 25. September um 19:00 Uhr in Wacken,
Landgasthof Zur Post, Hauptstraße 25.

Die AfA freut sich, dass für diese Veranstaltung zwei Mitglieder des SPDLandesvorstandes, Jörn

Thießen und Stefan Bolln, als Referenten gewonnen werden konnten.
Jörn Thießen wird zu den Themen „Mindestlohn und Arbeitnehmerrechte" sprechen. Als SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Steinburg-Dithmarschen Süd vertritt Jörn Thießen in Berlin neben den Interessen seines Wahlkreises auch die Interessen der Westküste. Seit kurzem gehört Jörn Thießen dem Kompetenzteam von Ralf Stegner mit dem Zuständigkeitsbereich Berlin an.
Zum Thema „(neue) Arbeitsplätze durch alternative Energien" wird Stefan Bolln sprechen. Stefan Bolln, Landtagskandidat der SPD für den Wahlkreis Steinburg West, ist im Landesvorstand für Umwelt- und Energiepolitik zuständig, außerdem ist er Mitglied im Gesprächkreis Energie der Bundes-SPD.

Jörn Thießen und Stefan Bolln stehen natürlich auch für Fragen und als Diskussionspartner zu Verfügung.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 21.09.2009, 10:54 Uhr - 2837 Clicks - Nr. 1112

HDW muss Universalwerft bleiben
Landtagsrede vom 16.09.2009 Dringlichkeitsantrag zur Situation von HDW in Kiel

Die Situation auf der HDW hat sich in den vergangenen Tagen dramatisch zugespitzt. Die Absicht des Thyssen-Krupp-Konzerns, sich von großen Flächenteilen, von Hallen und auch von Fertigungskapazitäten zu trennen, würde eines zur sicheren Folge haben: die Aufgabe des Überwasserschiffbaus, das Ende des zivilen Schiffbaus auf HDW-Gaarden.
Das ist nicht unser Weg; das ist nicht unsere Auffassung von Schiffbau, das sollten wir unter allen Umständen verhindern! Hier vollzieht sich etwas, was offensichtlich schon länger geplant ist. Der Konzern – so die Erfahrungen der letzten Jahre – setzt auf eine permanente und stückweise Auflösung des zivilen Schiffbaus auf HDW.
Ich erinnere an die Debatte, die wir 2004/2005 geführt haben; schon damals war es offenbar das Ziel, die Werft zu amputieren. Das Eingreifen der Landesregierung Heide Simonis sei Dank! , die erheblichen Proteste der Belegschaft und der große öffentliche Druck hatten damals diese Unternehmensentscheidung verhindert. Zu recht übrigens, wenn man die dann folgende Auftragslage betrachtet.
Noch zu Beginn des Jahres war kein Gedanke daran, dass auch HDW in den Strudel der Bankenkrise gerät. Und heute ist es klar, dass Thyssen-Krupp diese Situation nutzen will, um den offensichtlich schon lange ins Auge gefassten Ausstieg zu vollziehen.
Wenn das große Bau-Dock mit dem Portalkran, nicht nur das Symbol für HDW, sondern traditioneller Teil der Silhouette von Kiel, verkauft wird, dann ist ziviler Schiffbau nur noch sehr eingeschränkt, eigentlich gar nicht mehr möglich. Das schafft Fakten und trifft eben nicht nur die Werft, sondern auch unsere Stadt mitten ins Herz.
Gerade jetzt erwarten wir, dass sich der Konzern seiner Verantwortung stellt und den Schiffbau absichert, über die Krise bringt, stützt und nicht stürzt! Diese Art von Unternehmenspolitik gefährdet die wichtigste, die zentrale Ressource der Schiffbauindustrie: nämlich die hochwertige Leistung, die gute Motivation und besonderes hohe Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Werften.
Der Schiffbau ist in unseren Küstenländern einer der zentralen Industriezweige; mehrere Zehntausend Menschen arbeiten dort. Wenn ein Bereich für uns „systemrelevant" ist, dann ist es der Schiffbau; und so muss er auch behandelt werden! Von der Politik, von den Banken;

aber auch von den handelnden Firmen. Dies aber scheint mir nicht der Fall. Thyssen-Krupp stellt sich seiner Verantwortung offensichtlich nicht. Sich der Verantwortung stellen heißt nämlich, gerade in dieser schwierigen Lage kooperativ und transparent zu handeln.
Wenn Thyssen-Krupp die Kieler Belegschaft erst über die Verkaufspläne informiert, wenn der Vertrag schon fast unterzeichnet ist, dann ist dies das Gegenteil von transparent!
Wenn TKMS einen Zeitdruck entfacht, der ein abgestimmtes Handeln kaum noch möglich macht, dann ist dies das Gegenteil von kooperativ!
Sich der Verantwortung stellen heißt, alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu nutzen, bevor man über Verkauf spricht; d.h. Kurzarbeit ausbauen, Qualifizierung halten und erweitern, Kooperationen suchen – kurz: sich überzeugen lassen, dass jetzt antizyklisches Handeln angesagt ist, ja sein muss, wenn man zukünftig wieder Erfolg haben will.
Sich der Verantwortung stellen heißt, neue Konzepte erarbeiten, neue Arbeitsfelder erschließen, die dem Schiffbau jenseits der gegenwärtigen Krise Optionen für die Zukunft bieten können. Ökoschiffbau wäre eine solche Nische, off-shore-Techniken werden gefragt, Landstromsysteme gilt es, weiter zu entwickeln. Das gilt für Werften ebenso wie für die Zulieferer und die Reeder. Alles das können unsere Werften. Das Motto heißt deshalb: Einsteigen und nicht aussteigen!
90% des Welthandels finden auf dem Seeweg statt, der Containerumschlag soll sich bis 2025 in den deutschen Häfen verdoppeln, umweltgerechte Schifffahrt ist eine Zukunftsoption!
Die Politik muss und wird dazu die Rahmenbedingungen schaffen: durch flankierende Förderprogramme, auch durch die EU-Ebene, durch eine neue Steuerpolitik, die z.B. an die Energiebilanz von Schiffen gekoppelt ist; durch innovative Ideen wie Landstrom und off-shore-Techniken. All das ist möglich! Deshalb brauchen den zivilen Schiffbau in Kiel! Deshalb müssen wir das Know-how auch für den Überwasserschiffbau sichern!
Die Arbeitnehmer haben übrigens zur Rettung des Standortes in den vergangenen Jahren Lohnverzicht und andere soziale Einbußen erbracht bei HDW, bei Lindenau, bei vielen Werften. Wir erwarten, dass auch die Konzernleitungen ihren Teil zur Lösung der Krise beitragen, nicht in Hektik verfallen und vor allem sich nicht aus der Verantwortung stehlen.
HDW muss Universalwerft bleiben! Der Kran gehört nach Kiel!

Keine Kommentare

Jörn Thießen - veröffentlicht am 21.09.2009, 11:54 Uhr - 10648 Clicks - Nr. 1113

Malwettbewerb in Hohenlockstedt

Etwa 30 Kinder hatten sich an einem Malwettbewerb zum Thema „Wir sind Kinder dieser Erde" beteiligt. Die SPD-Abgeordneten Birgit Herdejürgen und Jörn Thießen prämierten die schönsten Bilder am Weltkindertag, den 20. September 2009 , im Kunsthaus Hohenlockstedt. Die beiden Abgeordneten hatten zu diesem Wettbewerb eingeladen. Sie freuten sich über die rege Beteiligung der Kinder, eine Abwechslung kurz vor den Wahlen am 27. September.
Alle Kinder erhielten als Preis einen Büchergutschein, die ersten vier mit einem höheren Betrag. Der achtjährige Daniel Lust freute sich über den ersten Platz. Sein Bild überzeugte Birgit Herdejürgen und Jörn Thießen auf Anhieb. Daniels Mutter ist Miniaturmalerin, eine Begabung, die sie ihrem Sohn wohl vererbt hat. Zweite wurde Helen Soyka, ebenfalls 8 Jahre. Den dritten und vierten Platz belegten Ayleen Gebbhart und Anna-Lena Mahlstedt, 12 Jahre.

Bilder der Veranstaltung könnnen Sie sich hier ansehen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 21.09.2009, 12:08 Uhr - 49554 Clicks - Nr. 1114

SPD-Frauen fordern wirksamen Schutz von Mädchen vor Genitalverstümmelung

Zum diesjährigen Weltkindertag am Sonntag, dem 20. September, fordert die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) öffentliche Aufmerksamkeit für eine besonders schwere Menschenrechtsverletzung an Mädchen und jungen Frauen: „Weibliche Genitalverstümmelung (abgekürzt FGM = ‚Female Genital Mutilation') ist kein ‚exotischer Brauch', sondern schon lange in Europa angekommen", stellen die SPD-Frauen fest. „In Deutschland leben schätzungsweise 20.000 Frauen, die diese grauenvolle Prozedur bereits erlitten haben – 5.000 Mädchen in unserem Land sind gefährdet, dass ihnen hier oder während einer Ferienreise in ihre Heimatregion das Gleiche angetan wird."

Inzwischen sei das Thema nach und nach aus der Tabuzone gerückt: Aktuell berichten die Medien über die Verfilmung des autobiographischen Romans „Wüstenblume" von Waris Dirie, Topmodel aus Somalia und im Alter von fünf Jahren selbst Opfer von FGM geworden; die Rap-Musikerin Sister Fa prangert in ihren Texten die Verstümmelung von Mädchen und Frauen in ihrem Heimatland Senegal an; auch die diesjährige Fahnenaktion der Menschenrechtsgruppe „Terre des Femmes", am 25. November, wird den Kampf gegen FGM thematisieren. „Aber besonders zum Weltkindertag ist es wichtig, auf das entsetzliche Unrecht und die tödliche Gefahr weiblicher Genitalverstümmelung hinzuweisen", so die Lübecker AsF-Vorsitzende Cornelia Östreich, die das Thema zugleich auf Landesebene und im Bundesvorstand ihrer Arbeitsgemeinschaft bewegt. „Denn angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Ächtung dieser Praktiken werden immer jüngere Mädchen, oft noch Kleinkinder, auf diese Art und Weise für ihr ganzes Leben geschädigt und tief traumatisiert." Daher könnten die SPD-Frauen kaum daran glauben, dass bei den Ausführenden von FGM „kein Unrechtsbewusstsein" vorhanden sei; aber der menschenverachtende, oft überdies religiös geschönte Brauch halte sich in vielen Familien hartnäckig - auch nach der Übersiedlung in ein europäisches Land.

Die AsF begrüßt, dass immerhin der Beginn der Verjährung von FGM als schwerer Körperverletzung auf das Volljährigkeitsalter der Betroffenen heraufgesetzt worden ist. „Noch lieber wäre uns aber ein eigener Straftatbestand im Rahmen von § 226 StGB und eine Aufnahme in den Katalog der Auslandsstraftaten, um die gezielte Verstümmelung von Mädchen noch wirksamer anprangern, verfolgen – und im besten Fall verhindern zu können", moniert Östreich und verweist dabei auf einen entsprechenden Beschluss der schleswig-holsteinischen SPD und den aktuellen Antrag der AsF zum Bundesparteitag im Oktober. Unter der Großen Koalition war eine solche Gesetzesänderung nicht möglich gewesen, da die Konservativen sich gegen den asylrechtlichen Schutz der betroffenen Mädchen und Frauen sperrten.

Mindestens genauso wichtig sei jedoch gesellschaftliche Sensibilität und Aufklärung. „In allen pädagogischen und medizinischen Berufen, bei Polizei und Justiz muss das Thema ‚Genitalverstümmelung' präsent sein", fordern die SPD-Frauen. Schweigepflicht und Vertrauich¬keit dürfen dem Schutz der Kinder nicht im Wege stehen." In Lübeck etwa kümmere sich das Gesundheitsamt um die Sensibilisierung der medizinischen Berufsgruppen gegen das Unrecht von FGM. Aber jede/r einzelne könne etwas tun – etwa bei Hilfsprojekten und Patenschaften für Kinder in betroffenen Ländern kritisch nachfragen und den Schutz der Mädchen vor FGM einfordern. Oder man könne gezielt Initiativen unterstützen, welche die traditionellen „Beschneiderinnen" – die in ihrer Heimat hohes Ansehen genießen – auf andere Berufe umschulen.

„Genitalverstümmelung darf in unserer Gesellschaft nicht geduldet oder verschwiegen werden", so die AsF. Sicher sei es ein schwieriges Thema – und es gehe auch nicht darum, ganze Bevölkerungsgruppen zu verdächtigen oder zu stigmatisieren. Aber wer sich nur ein einziges Mal bewusst mit dem furchtbaren Leid auseinandergesetzt habe, welches FGM täglich über Tausende von Mädchen bringt, würde erkennen: „Es handelt sich dabei um schwere Gewalt gegen Kinder. Und das kann niemals ‚Privatsache' oder ‚kulturell akzeptabel' sein."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 21.09.2009, 12:09 Uhr - 51762 Clicks - Nr. 1115

Wein und Wahrheit II*

Zum gestrigen Auftritt des Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt der Nord-CDU zur Landtagswahl, Peter-Harry Carstensen, im Schleswig-Holstein-Magazin des NDR erklärt der Pressesprecher des SPD-Landesverbandes Amin Hamadmad:
„Der gestrige Auftritt von Herrn Carstensen zeigt erneut, dass die Nord-Union die Felle für Schwarz-gelb davon schwimmen sieht. Anders lässt es sich nicht erklären, warum ihr Kandidat in aller Öffentlichkeit die Unwahrheit sagt, hofft, dass es niemand merkt und glaubt mit einer solchen Geschichte bei den Wählerinnen und Wählern punkten zu können.

Herr Carstensen hat behauptet, bis heute warte er noch vergeblich auf eine Flasche Rotwein von dem SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner, die ihm dieser im Kontext mit seiner Erkrankung hätte übergeben wollen. Richtig ist, dass Herr Stegner Herrn Carstensen, der an einer Erkrankung der Halsschlagader litt, am 25. September 2008 in Schierensee besucht und eine Flasche guten Rotwein mitgebracht hat. Bodo Stade hat in den Kieler Nachrichten vom 29. September 2008 wahrheitsgemäß darüber berichtet.

Was wie eine Lappalie erscheint zeugt entweder von starken Erinnerungsschwierigkeiten, oder ist – leider wahrscheinlicher – der erneute Versuch Herrn Stegner selbst in Fragen des menschlichen Anstandes und persönlichen Charakters vor hunderttausenden von Fernsehzuschauern zu diffamieren.

Schade: Während die SPD und Ralf Stegner für ihre politischen Ziele für Schleswig-Holstein im nächsten Jahrzehnt werben - über Bildung ohne Gebühren, gute Arbeit und neue Energie reden – bleiben Herr Carstensen und die Nord-Union beim negativen Anti-Personen-Wahlkampf. Schleswig-Holstein hat etwas Besseres verdient."

* "Wein und Wahrheit: Eine Intervention zugunsten eines reichen Bekannten bringt Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) kurz vor der Landtagswahl ins Gerede." – ein Artikel im heute erschienenen Magazin „Der Spiegel", Seite 34

Kommentar von Falk Stadelmann vom 26.09.2009, 23:29 Uhr:
RE: Wein und Wahrheit II*
Mit einer gewissen Belustigung habe ich den Kommentar von Herrn Bernd Uwe Rasch gelesen, Fraktionsvorsitzender der FDP in der Stadtverordnetenversammlung von Reinbek. Er beklagt, dass Ralf Stegner argumentiert habe, Deutschland sei "das Schlusslicht bei der Arbeitslosigkeit", obwohl es keinen gesetzlichen Mindestlohn habe, und dass dies falsch sei,

weil z.B. Frankreich oder Spanien als Staaten mit Mindestlöhnen höhere Arbeitslosenquoten hätten als die Bundesrepublik Deutschland. Als Beweis führt Herr Rasch dabei aktuell verfügbare Zahlen des Eurostat an. Belustigt bin ich deswegen, weil die Eurostat-Arbeitslosenzahl schon aus logischen Gründen nur sehr wenig über die wirtschafts- und sozialpolitische Zweckmäßigkeit eines Mindestlohns aussagt (und Ralf Stegner diese Zahl deswegen m.E. auch nicht gemeint haben kann). Die von Eurostat "harmonisierte Arbeitslosenquote" ist definiert als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen (= alle Erwerbstätigen plus alle Arbeitslosen). Arbeitslose in diesem Sinne sind also alle: vom arbeitslosen Universitätsangestellten, entlassenem Bankmanager und gekündigtem Facharbeiter bis hin zum jobsuchendem Geringqualifizierten, der höchstens Aussicht auf kurzzeitig befristete Arbeitsverträge hat. Aber Akademiker, Manager und Facharbeiter beziehen eben typischerweise nicht so geringe Gehälter, dass eine gesetzliche Lohnuntergrenze in Gestalt eines Mindestlohns für die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen einen unmittelbaren Einfluss hat. Dies ist eben bei Geringqualifizierten der Fall, die typischerweise auch niedrige Löhne verdienen. Logischerweise muss man also nicht die Gesamt-Arbeitslosenrate (von Eurostat) der Staaten betrachten, sondern sich auf die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten konzentrieren. Dabei hilft z.B. der Employment Outlook der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichteten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Nach ihm sind Geringqualifizierte Beschäftigte mit einer Ausbildung unterhalb der oberen Sekundarstufe, und der OECD-Employment Outlook 2007 weist nach, dass Staaten mit hohen Mindestlöhnen die geringsten Arbeitslosenraten unter den Geringqualifizierten aufweisen (wie das Großherzogtum Luxemburg mit 9,30 Euro und gleichzeitig der niedrigsten Arbeitslosenrate unter den Geringqualifizierten in der Europäischen Union, oder die Republik Irland mit 8,65 Euro und der EU-weit fünftniedrigsten Rate von geringqualifizierten Arbeitslosen). In dieser Statistik fällt dann auch auf, dass die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten die flexibelsten Lohnuntergrenzen hat (nämlich zur Zeit Mindestlöhne aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes nur in bestimmten Branchen, z.B. Bauhauptgewerbe, Gebäudereinigerhandwerk u.a.), und dass Deutschland gleichwohl unter der mit Abstand höchsten Unterbeschäftigung von gering qualifizierten Arbeitnehmern leidet. Diese Beobachtung bringt die wiederholte Behauptung vieler liberaler und konservativer Politiker, ein gesetzlicher Mindestlohn würde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen, doch arg ins Wanken. Im Gegensatz zu diesen Liberalen und Konservativen sind erfahrene Wirtschaftspolitiker nicht wirklich überrascht, warum die Arbeitslosigkeit und Geringqualifizierten ohne gesetzlich garantierte Lohnuntergrenze ansteigt. Denn sobald die Stundenlöhne für geringqualifizierte Arbeitnehmer unter ein existenzsicherndes Niveau fallen, müssen diese immer länger arbeiten, um ihren Lebensunterhalt (noch) erarbeiten zu können. Sinkende Löhne für Geringqualifizierte erhöhen also nicht das Arbeitsangebot (weil etwa die Arbeitgeber mehr Arbeitnehmer zu niedrigeren Löhnen beschäftigen könnten), sie verringern sogar das Arbeitsangebot (weil die bereits Beschäftigten nun versuchen, länger und mehr zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können - und deswegen auch zusätzliche geringfügige Beschäftigung anstreben). Das verstärkt logischerweise die Unterbeschäftigung. Mindestlöhne, die oberhalb des für die Existenzsicherung erforderlichen Lohns festgelegt werden (die SPD sieht dieses Niveau in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften bei 7,50 Euro pro Stunde), tragen deshalb zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes im unteren Einkommenssegment bei. Wichtig ist die Feststellung: Mindestlöhne sind nicht nur sittliche Verpflichtung und aus Gründen sozialer Gerechtigkeit berechtigtes Anliegen der Politik. Sie sind vor allem auch ökonomisch begründet. Wenn schon nicht Sitte und Anstand oder sozialpolitische Motive für Liberale und gleichgesinnte Konservative ausschlaggebend sein können für eine Unterstützung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, dann hoffe ich,

dass sie sich (wenigstens) von den ökonomischen Argumenten überzeugen lassen.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 22.09.2009, 12:02 Uhr:
Für Herrn Meyer
Herr Meyer, mein Vorwurf ist ein wörtliches Zitat aus dem unter folgendem Link am 17.09.2009 um 20:21 veröffentlichten Text. http://www.spd-net-sh.de/stormarn/reinbek/index.php?mod=article&op=show&nr=8072 Den Link müssen Sie nur kopieren und als Adresse in Ihren Explorer eingeben. Im Gegensatz zu Ihrer finanzpolitischen Sprecherin gehe ich mit Zitaten sorgfältig um. Daher stelle ich auch nie Behauptungen auf sondern berichte Tatsachen. Vielleicht etwas mühsamer aber ich kann wenigstens ohne mich zu schämen in jeden Spiegel schauen. Für weitere sachliche Diskussion ist es nie zu spät. Auseinandersetzungen über Weinpräsente helfen Niemandem in Deutschland. Bernd Uwe Rasch

Kommentar von Gregor Meyer vom 22.09.2009, 10:57 Uhr:
RE: Wein und Wahrheit II*
Wo behauptet Herr Stegner denn das, was sie ihm unterstellen? Ich kann dazu keinerlei Quellen finden.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 22.09.2009, 07:57 Uhr:
Für Hummel_4711
Ganz schwach ist es sich an dieser Stelle den Tatsachen zu verschließen und die eigene Unsicherheit hinter Beleidigungen und einem Pseudonym zu verstecken. Wer eine fundierte Meinung hat kann sich hier mit echtem Namen beteiligen und wäre nicht auf Hummel_4711 angewiesen. Für mich sagt es durchaus etwas über die Qualität eines Kandidaten aus, wenn Herr Stegner behauptet die Länder mit flächendeckendem Mindestlohn hätten die niedrigste Arbeitlosenrate und das Gegenteil ist der Fall (siehe Spanien). Menschen die blind einem Idol gefolgt sind ohne kritisch zu hinterfragen gab es in der Geschichte leider schon zu oft und offensichtlich sterben diese auch nicht aus. Bernd Uwe Rasch

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 21.09.2009, 16:02 Uhr:
Für Herrn Meyer
Hallo Herr Meyer, Herr Carstensen ist nicht mein Spitzenkandidat. Meine Ausführungen können Sie leicht nachvollziehen. Schauen Sie sich den Beitrag auf dieser Seite zum Mindestlohn an. Prüfen dann auf der Eurostat Seite die Arbeitslosenquoten und schauen Sie sich auf der Seite der Hans-Böckler-Stiftung noch an wer einen flächendeckenden Mindestlohn zahlt. Sie werden sehen, dass ich recht habe und keine Behauptungen aufstelle. Im Gegensatz zu Herrn Stegner. Dazu muss man aber bereit sein auch die eigene Partei mal kritisch zu hinterfragen. Wie gesagt auch im Wahlkampf ist denken erlaubt. Wenn Sie mir Ihre e-mail Adresse mitteilen erhalten Sie gern eine mail mit den Links. Bernd Uwe Rasch

Kommentar von Jens Peters vom 21.09.2009, 15:47 Uhr:
RE: Wein und Wahrheit II*
Oh mein Gott!! Berichtet doch lieber mal auf eurer Seite, wie Herr Stegner PHC in der Öffentlichkeit nennt! Dazu könnt ihr auch gleich berichten, wie die SPD seit Jahren die Bildung in Schleswig-Holstein versaut hat, wie die Herr Stegner nichts mitbekommen hat was bei der HSH Nordbank geschehen ist, obwohl er Finanzausschußvorsitzender ist und früher im Aufsichtsrat der Bank saß etc. Mal ganz ehrlich: Ihr Jusos könnt nichts anderes, als immer auf andere zeigen und alle anderen für alle Missstände verantwortlich machen. Lustig ist ja auch, wie sich die Jusos verbünden zum Bildungsstreik gegen ihre eigene Bildungsministerin, Das

zeigt ja schon, wie begeistert ihr seit, von der Politik der eigenen Leute =) Mfg Jens Peters

Kommentar von hummel_4711 vom 21.09.2009, 14:12 Uhr:
RE: Wein und Wahrheit II*
Aber aber Herr Rasch, fallen Ihrem Spitzenkandidaten keine anderen Argumente mehr ein, als eine Flasche Wein???? Wie wäre es damit: Er könnte doch Stellung zu seinen gesagten Unwahrheiten nehmen und sich dafür entschuldigen oder sich "rechtfertigen". Aber alles Gesagtes hat PHC sicher vergessen. Stattdessen vergleichen Sie Äpfel mit Birnen... Ganz schwach, Herr Rasch.

Kommentar von Gregor Meyer vom 21.09.2009, 13:29 Uhr:
RE: Wein und Wahrheit II*
Herr Rasch, es geht darum, dass Herr Carstensen willkürlich mit Lügen um sich schmeißt, um im Fernsehe politische Gegnern zu diskreditieren. Sie müssen zugeben, dass das eine andere Liga ist - selbst wenn die von ihnen aufgestellten Behauptungen korrekt wären.

Kommentar von Bernd Uwe Rasch vom 21.09.2009, 13:18 Uhr:
Niveau eine Beleidigung selbst für Kindergartenkinder
Die Zukunft Schleswig-Holsteins und Deutschlands gilt es zu entscheiden, und hier wird gestritten wer wem ein Flasche Wein mitgebracht hat. Mit der Wahheit und Fakten hat wohl auch Herr Stegner Probleme. Immerhin ist hier in einer anderen Meldung folgender Beitrag von Herrn Stegner zu lesen: "In der EU gibt es in 20 der 27 Mitgliedsstaaten flächendeckende Mindestlöhne, und das sind nicht die Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit – im Gegenteil! Deutschland ist da Schlusslicht." Abgesehen davon, dass Deutschland innerhalb der EU bei weitem nicht Schlußlicht in der Arbeitlosenstatistik ist sondern einen ganz ordentlichen Platz einnimmt, gibt es auch eine Reihe von Ländern die eine hohe Arbeitslosigkeit und einen flächendeckenden Mindestlohn aufweisen können, z.B.: Frankreich Spanien Polen Belgien Irland Lettland Litauen Estland Die höchste Arbeitslosenquote im EU-Raum hatte im Juli 2009 Spanien mit 18,5 %; ein Land mit Mindestlohn. (Quelle: Eurostat) Soviel zum Umgang mit der Wahrheit bei Herrn Stegner. Im übrigen lassen sich Arbeitslosenzahlen aus dem Ausland weder als Argument für noch gegen einen flächendeckenden Mindestlohn nutzen, da viele weitere Faktoren Einfluss auf die Arbeitslosenzahlen haben. Es soll mit dem Beispiel nur gezeigt werden wie das Volk für dumm verkauft wird. Gibt es so wenige Argumente für einen flächendeckenden Mindestlohn, dass Herr Stegner behaupten muss in Spanien wäre die Arbeitslosigkeit nicht am höchsten? Neben allen Jubelmeldungen sollte man das Gehirn nicht ausschalten. Bernd Uwe Rasch

Ralf Wrobel - veröffentlicht am 21.09.2009, 14:29 Uhr - 2962 Clicks - Nr. 1116

Vorstellung Ralf Wrobel im sh:z am 16. September 2009
Nachfolgende Fragen und Antworten wurden in den Schleswiger Nachrichten/ des Schlei Boten vom 16. September 2009 über den Landtagskandidaten Ralf Wrobel, Wahlkreis 7, veröffentlicht:

Überschrift: Engagiert für Arbeitnehmerrechte

Warum sind Sie politisch aktiv und warum in der Partei, für die sie kandidieren?

1988 wurde ich Mitglied der Partei. Ich bin stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender Schleswig-

Flensburg, Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Süderbrarup, Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerinnen (AfA) Schleswig-Flensburg und durch meine Arbeit in der AfA in SH Mitglied im SPD Landesparteirat.
Die SPD ist für mich die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich fühle mich der Partei verbunden, da die lange Geschichte der SPD für sich spricht.

Was war Ihr erstes politisches Amt?

Ich war 1994 Beisitzer in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AfA) des Kreises Schleswig-Flensburg (1994).

Welche 3 Themenfelder sind Ihre Schwerpunkte?

Familie und gerechte Bildung, Arbeitnehmerrechte und Arbeitsmarkt Einhaltung von Mindeststandards (gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit).

Was sehen Sie als Stärken, was als Schwächen IHres Wahlkreises?

Die landschaftliche Schönheit des Wahlkreises von der Geest über Angeln bis an die Ostsee und eine ausgewogene Mischung zwischen mittelständischen Betrieben und Handwerksbetrieben halte ich für die Stärken.
Als Schwächen sehe ich die fehlende Vollbeschäftigung.

Welche Ziele möchten Sie in der kommenden Legislaturperiode für Ihren Wahlkreis auf jeden Fall erreichen?

Ganz oben auf meiner Liste steht die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze; dazu der Ausbau der Kindergartenplätze unter 3 Jahren sowie die beitragsfreie Kita;
Ich spreche mich auch gegen CO^2-Einlagerung in Schleswig-Holstein aus.

Ihr politisches Vorbild?

Innerhalb der SPD schätze ich Köpfe wie Helmut Schmidt und Björn Engholm, ansonsten vor allem Martin-Luther-King.

Was an der Landespolitik hat Sie in den letzen 12 Monate am meisten geärgert, was am meisten gefreut?

Geärgert hat mich die Zustimmung des Stellenabbaus (4.800 Beschäftige) im Öffentlichen Dienst durch die große Koalition.
Gefreut habe ich mich über die Einführung des kostenlosen dritten Kindergartenjahres, dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wie bewahren Sie als (potentieller) Berufspolitiker die Bodenhaftung?

Ich habe einen sehr guten Freundeskreis und eine Familie, die mich bestimmt auf den Boden der Tatsachen bringt, falls ich die Bodenhaftung verlieren sollte.

Sollten Sie nicht in den Landtag kommen - wie werden Sie Ihr Leben sann gestalten?

Am 28. September werde ich erst einmal ausschlafen – egal wie das Ergebnis aussieht, der Wahlkampf war und ist anstrengend. Bis zum Wahlkampf war mein Leben strukturiert durch Familie und Arbeit. An dieser Struktur wird sich nicht ändern.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - veröffentlicht am 21.09.2009, 18:19 Uhr - 2683 Clicks - Nr. 1117

Wir laden ein
Gute Bildung für alle
Perspektiven für die Schule von morgen
Fachgespräch am Donnerstag,
dem 24. September um 15 Uhr,
im Dorfgemeinschaftshaus Renzel
Dorfstraße 1, 25451 Quickborn
mit
Britta Ernst
Expertin für Bildung im Zukunftsteam
von SPD-Spitzenkandidat Dr. Ralf
Stegner und Schulexpertin der
Hamburger SPD,
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneter und
Wolfgang Kruse
SPD-Landtagskandidat für Rellingen/Quickborn/Barmstedt

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - veröffentlicht am 21.09.2009, 18:31 Uhr - 9870 Clicks - Nr. 1118

Thönnes für Runden Tisch bei Jungheinrich

Beim Gabelstaplerhersteller Jungheinrich in Norderstedt sollen bis zum Jahreswechsel 170 Arbeitsplätze gestrichen werden. Das hat Franz Thönnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatsekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, nicht kalt gelassen.

Bei einem Besuch beim Betriebsrat des Betriebes informierte er sich über die Hintergründe. Betriebsratsvorsitzender Gerd Schaper berichtete Thönnes über die Auftragsrückgänge sowie die Befürchtung, dass weitere Stellen in ein Jungheinrich-Werk nach Sachsen-Anhalt verlegt werden, das mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sei und wo derzeit noch kein Tarifvertrag gelte.

Thönnes sprach sich für einen Runden Tisch aus, an dem Vorstand, Betriebsrat, IG Metall, Arbeitsagentur und Rentenversicherung versuchen sollten, Alternativen zu entwickeln, um so viele Arbeitsplätze wie möglich in Norderstedt zu erhalten und die derzeit schwierige Situation zu überbrücken.

Bildunterschrift: Franz Thönnes und Gerd Schaper im Gespräch

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - veröffentlicht am 21.09.2009, 19:30 Uhr - 5891 Clicks - Nr. 1119

Erneuerbare Energien

Am 12.09.2009 waren die Jusos in der Itzehoer Fußgängerzone.
Mit Schutzanzügen und Atomfässern bewaffnet ging es darum zu zeigen, dass die Atomkraft weder Zukunftsenergie noch eine Antwort auf die derzeitigen Fragen wie Energiesicherheit, Rohstoffknappheit und gestiegene Rohstoffpreise ist.
Im Gegenteil, die Atomkraft schafft nur noch mehr Probleme.
Aus diesem Grund macht die SPD-Jugend die Bürgerinnen und Bürger auf die Gefahren der Atomkraft für sie, ihre Kinder und ihre weiteren Nachkommen aufmerksam. Gerade junge Familien zeigen sich bestürzt über den leichtfertigen und unbedachten Umgang unserer Gesellschaft mit dieser Bedrohung.
Die Atomlobby behauptet, Atomkraftwerke würden das Klima schonen. Doch das stimmt nicht. Atomkraftwerke schneiden in der Bilanz sogar schlechter ab als einige andere Formen der Energiegewinnung, wenn man die Uranförderung, den Transport des Rohstoffs, Herstellung der Brennstäbe, Bau und Unterhalt des Kraftwerks usw. berücksichtigt. Die ungeklärte Endlagerfrage und die Folgen eines möglichen GAUs können auch nicht ignoriert werden.
Zudem ist die radioaktive Gefahr derart langwierig, dass wir die Folgen der Kernenergie noch gar nicht überblicken können, denn „Endlagerung" bedeutet nichts anderes als die abgebrannten Brennstäbe in einem alten Bergwerk zu verbuddeln und zu hoffen, dass die nächsten x-1000 Jahre sie keiner wieder ausgräbt…
So werden unsere Nachkommen noch mehrere Jahrtausende unter den Folgen unserer energiepolitischen Kurzsichtigkeit zu leiden haben.
Erneuerbare Energien dagegen schaffen sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze.
Schon jetzt arbeiten in Deutschland über 250.000 Menschen in diesem Bereich.
Ein Festhalten an der Atomkraft würde diese Arbeitsplätze gefährden.
Gerade in Schleswig-Holstein haben sich mittelständische Unternehmen angesiedelt, deren hochentwickelte Spitzentechnologie „made in Germany" in der ganzen Welt gefragt ist.
Die Jusos werden auch nach der Wahl dafür kämpfen, dass man den beschlossenen Atomausstieg weder rückgängig macht noch aufweicht.
Kommentar von Yotta vom 18.10.2014, 14:45 Uhr:

RE: Erneuerbare Energien

Wie dumm die Atomenergie ist: http://live-counter.com/atomkraftwerk-landshut/

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 21.09.2009, 21:17 Uhr - 6706 Clicks - Nr. 1120

Richtigstellung

Folgende Richtigstellung habe ich heute Nachmittag an meine Partei und die Presse versendet:

Mit meiner Mitbewerberin von Bündnis 90/Die Grünen habe ich zur CCS-Problematik im Norden eine gemeinsame Einschätzung erarbeitet. Mit lag daran, eine Pressemitteilung herauszugeben, die ein Stimmensplitting bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen fördern sollte.

Ich gebe zu, dass ich die Aussagen in der Überschrift nicht ausreichend beachtet habe. Meine Intention war, lediglich die Wählerinnen und Wähler der Grünen im Bundestagswahlkreis 1, Flensburg - Schleswig, anzusprechen.

Deshalb bedauere ich die Irritationen, die ich damit verursacht habe und stelle klar, dass es mir fern liegt, SPD-Wählerinnen und -wähler von ihrer Zweitstimme für die SPD und Frank-Walter Steinmeier abzubringen.

Dr. Wolfgang Wodarg

Der Spiegel-online hat ein Telefonat mit mir benutzt, um einen nicht autorisierten Text im Internet zu verbreiten. Der dort als Zitat veröffentlichte Text: "wirkungsvollste Variante: Erststimme Wolfgang Wodarg, Zweitstimme Grün" wurde aus dem Zusammenhang gerissen. Ich hatte dem Spiegel erläutert, dass dieser Rat meinerseits nur für jene Wähler der Grünen gemeint ist, die auch mit ihrer Erststimme etwas gegen CCS unternehmen wollen. Im Übrigen habe ich auch gegenüber Spiegel-online klargestellt, dass ich unverändert für die Erst- und die Zweitstimme für meine SPD werbe.

Also: Kein Skandal! Jede Partei kämpft weiter um ihre Zweitstimmen.

Der hiesige CDU-Kandidat wirbt für die Erststimme,"damit Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt". Das zielt erkennbar auf verfassungswidrige Überhangsmandate. Deshalb bleibt meine Empfehlung für alle Wählerinnen und Wähler im WK1: Erststimme für Wodarg
WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 21.09.2009, 21:52 Uhr - 1833 Clicks - Nr. 1121

TV-Duell bei Wein und Käse

In geselliger Runde das TV-Duell zwischen Peter Harry Carstensen und Dr. Ralf Stegner verfolgen, Charisma, Rhetorik und Konzeption der Kandidaten diskutieren und dazu noch Wein und Käse konsumieren – dazu lädt die SPD Barsbüttel alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am 23. September ab 20.30 Uhr ins Bürgerhaus Barsbüttel (Soltausredder 20) ein. Das TV-Duell, zu sehen auf N3, beginnt um 21.00 Uhr.

Mit dabei sein wird der Barsbütteler Landtagskandidat Martin Habersaat.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - veröffentlicht am 22.09.2009, 08:30 Uhr - 2575 Clicks - Nr. 1122

CDU-Bildungspolitik: ein großes Nichts!
Zur Pressekonferenz am 21. 9. des CDU-Landesvorsitzenden Carstensen erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wer es noch nicht gemerkt hat, weiß es spätestens nach dieser Pressekonferenz: Bildungspolitik ist bei der CDU ein großes Nichts!

In vier Jahren der Großen Koalition war der einzige Vorschlag der CDU zur Entlastung der Lehrer ausgerechnet die Streichung der bundesweit vorbildlichen „Evaluation im Team" (EVIT, auch „Schul-TÜV" genannt).

Wer in den Schulen bürokratischen Aufwand sieht, der soll Ross und Reiter nennen, wo und wie er die Lehrerinnen und Lehrer entlasten will.

Die Ausführungen zur gymnasialen Oberstufe sind reine Augenwischerei. Profiloberstufe und G8 waren traditionelle Forderungen der CDU. Der Umfang der zu erteilenden Stunden wurde in der Kultusministerkonferenz einstimmig festgelegt.

Wenn Herr Carstensen den Gymnasialunterricht eben einmal schnell um ein Neuntel kürzen will, dann wird ein solches schleswig-holsteinisches Schmalspur-Abitur im Rest der Republik nicht mehr anerkannt.

Schon nach zwei Monaten wird klar, dass unser Land dringend wieder eine sozialdemokratische Bildungsministerin braucht!

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - veröffentlicht am 22.09.2009, 08:58 Uhr - 2948 Clicks - Nr. 1123

Neumünsters Ziele zum Klimaschutz
Die SPD-Ratsherrn Claus-R. Johna und Bernd Delfs wollen Neumünster in Sachen Klimaschutzpolitik voranbringen und stellen folgenden Antrag in der Ratsversammlung:
Die Ratsversammlung erkennt die Notwendigkeit eines aktiveren Klimaschutzes an. Für einen zusätzlichen Teil zum Schutz der Umwelt und somit für die Zukunft, sollen mit örtlichen Unternehmen auf regionaler Ebene weitergehende Anstrengungen erfolgen.

Die Ratsversammlung beschließt den Einsatz eines „Runden Tisches zum Klimaschutz".
Unter Leitung der Stadt sollen Maßnahmen zum Klimaschutz und Energiesparen initiiert und koordiniert werden. Teilnehmer sind alle, die etwas zum Gelingen beitragen können.
Es soll eine Zielvereinbahrung festgeschrieben werden, und zwar mit ähnlichen Zielen wie sie beim Klimapakt Flensburg beschlossen wurden. (Anmerkung: Ziel ist dort bis zum Jahr 2020

eine Reduzierung der schädlichen Treibhausgasemissionen um 30 % und bis 2050 für die Stadt die vollständige CO^2-Neutralität)
Ziel ist es, ähnlich wie in Flensburg einen Klimapakt Neumünster zu gründen. Das durch den Flensburger Verein verfolgte Gesamtkonzept soll als Grundlage für die Aktivitäten in Neumünster dienen.
Eine besondere Betrachtung sollen in diesem Zusammenhang folgende beispielhafte Punkte zum Schutz der Umwelt bei der Erörterung des Klimapaktes Neumünster genießen:
• Gezielte, verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über umweltbewusstes Verbrauchsverhalten, z.B.: Aufklärung über energetische Sanierung von Gebäuden, regelmäßige Herausgabe von Energiespartipps.
• Verstärkte energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und der Wohnungen der städtischen Wobau. Andere Wohnungsgesellschaften und Hausbesitzer sollen ermutigt werden ebenfalls noch stärker in diese Maßnahmen zu investieren.
• Förderung des ÖPNV. Die SWN sollen als Betreiber darauf hinwirken, nur noch Erdgasbetriebene Busse einzusetzen.
• Themen wie Luftreinhaltung, Lärmschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Natur- und Landschaftsschutz spielen auch künftig in unserer Stadt eine große Rolle.

Unabhängig davon spricht sich die Ratsversammlung dafür aus, schnellstmöglich folgende Punkte umzusetzen:
• Verstärkte Investitionen in erneuerbare Energie; dabei intensiverer Bau von Solar-Anlagen an städtischen Gebäuden.
• Die Stadt soll zunächst in Neubaugebieten einen Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme festsetzen.
• Schaffung und Förderung der umweltbewussten, praxisbezogenen Erziehung in den Kindertagesstätten und Schulen.
• Verstärkter Einsatz von Elektro- und Erdgasbetriebenen, städtischen Fahrzeugen durch die Stadt.
• Bedarfsorientierter Ausbau und Unterhaltung des Radwegenetzes.
• Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt.
• Verstärkter Austausch alter Straßenlampen durch energiesparende neue Lampen.
• Klimaverbesserung durch Aufforstungsmaßnahmen

Begründung:
In den Städten finden heute ca. 75 % der Energieverbräuche und ca. 80 % der CO^2-Emissionen statt. Die Städte tragen daher eine besondere Verantwortung!
Die Ratsversammlung Neumünster erkennt diese wichtige Rolle an und setzt sich dafür ein, dass die Stadt und die Stadtwerke Neumünster ihren Teil zur Abmilderung des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels beitragen.
Beide sollen aus ihrer besonderen Verantwortung heraus die Initiative ergreifen und in Neumünster aktiv gegen den Klimawandel ankämpfen.
Letztendlich werden durch diese aktiven Umweltmaßnahmen aber auch notwendige neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstehen.

Keine Kommentare

Stefan Bolln - veröffentlicht am 22.09.2009, 09:54 Uhr - 5757 Clicks - Nr. 1124

Warnung vor schwarz-gelber Koalition

Der SPD-Landtagskandidat Stefan Bolln äußerte sich dieser Tage sehr besorgt über die Folgen einer schwarz-gelben Regierung. Er nahm Bezug auf Presseberichte, die deutlich machen, wofür die FDP steht. Stefan Bolln sagte:

„Gemäß Hamburger Morgenpost hat der Herr Guido Westerwelle (FDP) zur Vorsicht bei Hartz-IV-Empfängern gewarnt. Sie könnten für sich das Recht auf Faulheit in Anspruch nehmen. Als Kronzeugen greift der Ober-FDP-Mann, der in kaum einer Gesprächsrunde fehlt, „Aussagen" von Sozialleistungsempfängern auf, die beweisen sollen, wie gut es sich auf Kosten des Steuerzahlers leben lässt! Hieran werde die FDP etwas ändern.

Herr Westerwelle, ein Profi auf dem Gebiet der Unterhaltungsshows im Fernsehen, der selbst vor Big-Brother-Containern nicht zurückschreckt, weiß doch ganz genau, wie Teilnehmer an Talkrunden vorbereitet werden, damit der Zuschauer sich auf- und wieder abregen kann. Sonst gibt es nämlich keine Quote! Selbst wenn es einige Leute geben sollte, die es sich in der sozialen Hängematte bequem machen wollen, so ist es dennoch unerträglich so zu tun, als wären sie die Mehrheit. Was wirtschaftliche Not bedeutet, kann der Herr nicht ermessen.

Was von der FDP zukünftig zu erwarten ist, hat uns auch der Parteifreund des Herrn Westerwelle, nämlich Herr Kubicki, dieser Tage erzählt. Die FDP möchte die Umsatzsteuer erhöhen, gleichzeitig aber die Einkommensteuer reduzieren. Dass dies natürlich nur denjenigen nützt, die überhaupt Steuern zahlen, nicht aber den Empfängern von Sozialleistungen, die gerne Steuern zahlen würden, aber gar nicht die Chance dazu haben, kann man ja vernachlässigen, nicht wahr? Die Wählerinnen und Wähler lassen sich jedoch nicht täuschen! Sie wissen genau, wer sich um gute Arbeitsplätze kümmert, von denen die Menschen auch leben können. Es scheint, die FDP begnügt sich damit, für ihre Klientel da zu sein, nicht aber für alle Bürgerinnen und Bürger. Kälter wird es in Deutschland, wenn die FDP-Herren mithilfe der CDU an die Macht kommen würden!"

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - veröffentlicht am 22.09.2009, 11:29 Uhr - 9727 Clicks - Nr. 1125

CDU will Steuerreform zulasten öffentlicher Kassen

Die schwarz-gelben Pläne: Erfolgreiche Steuer- und Haushaltspolitik vor dem Aus.
An einer Stelle wird Frau Merkel jetzt doch endlich deutlicher: Schon unmittelbar nach einem Wahlsieg am 27. September würde Frau Merkel zusammen mit der FDP wesentliche Teile der in der großen Koalition erarbeiteten und umgesetzten Unternehmensteuerreform und der Erbschaftsteuerreform kippen und einseitig weitere steuerliche Vorteile für Betriebe und Unternehmen zulasten der öffentlichen Kassen schaffen.

Immer klarer bekennt sich Frau Merkel jetzt ganz offen zur Steuersenkungsstrategie der FDP

und der CSU: Sie will mit den versprochenen Steuersenkungen nicht mehr warten, bis sich die auf Jahre hin sehr schlechte öffentliche Haushaltslage verbessert hat und finanzieller Spielraum für weiterreichende Steuer-senkungen überhaupt erst wieder entsteht. Frau Merkel hat endgültig dem Druck von Westerwelle und Seehofer und dem Druck der Wirtschaftsliberalen in der CDU selbst nachgegeben. So sieht die tatsächliche Führungsstärke und Durchsetzungskraft von Frau Merkel aus. Es wäre eine Illusion zu glauben, in einer von Frau Merkel geleiteten CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hätte Frau Merkel mehr Spielraum und Stärke, das durchzusetzen, was sie selbst vielleicht für richtig hält.

Mit ihren Steuerplänen für die ersten 100 Tage einer CDU/CSU/FDP-Regierung setzt sich Frau Merkel zudem grundlegend von der erfolgreichen Steuer- und Haushaltspolitik der Großen Koalition ab: Haushaltskonsolidierung interessiert Frau Merkel nicht mehr. Der nötige Abbau der in der Krise wieder angestiegenen öffentlichen Verschuldung wird jetzt ohne Wenn und Aber den Steuersenkungsforderungen der Wirtschaftsliberalen geopfert.
Auch das zentrale Ziel der Unternehmensteuer- und der Erbschaftsteuerreform der Großen Koalition -die Stabilisierung der Einnahmebasis des Staates, um auch weiterhin Zukunftsgestaltung und sozialen Ausgleich finanzieren zu können - zählt nicht mehr. Mit den von Frau Merkel in Aussicht gestellten Änderungen bei Unternehmen- und Erbschaftsteuer sollen die von der Großen Koalition eingeführten Regeln zur Sicherung der Steuerbasis wieder eliminiert werden.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 22.09.2009, 13:06 Uhr - 7139 Clicks - Nr. 1126

Vernichtendes Urteil des Landesrechnungshofes

Vernichtendes Urteil des Landesrechnungshofes - Schwarz – Gelbe Mehrheit im Kreis will ihre Verantwortung nicht mehr wahrhaben. Wegtauchen und nicht wahrhaben wollen. Für den Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke wollen CDU und FDP ihre politische Verantwortung für den Verkauf und der Wiederanmietung der Regio-Kliniken als „sale and lease back" Konstrukt in der Öffentlichkeit verschleiern.

Nach dem vernichtenden Urteil des Landesrechnungshofes jetzt, wie die CDU-Fraktionsvorsitzende Beukelmann „Klarheit" vom Landrat einzufordern, ist für Birke ein reines Ablenkungsmanöver von der eigenen Verantwortung. CDU und FDP sind maßgeblich für den Beschluss des Kreistages im September 2008 verantwortlich. Es sei „das wirtschaftlichste Modell und es sichert die medizinische Versorgung der Bürger im Kreis" war eine der Begründungen mit der die CDU Fraktionsvorsitzende die Zustimmung von CDU und FDP begründete.

Nach dieser eindeutigen Unterstützung des Modells ist es für Birke grenzwertig, wenn jetzt die schwarz-gelbe Mehrheit von CDU und FDP möglichst die Alleinschuld auf den Landrat schieben will, dem sie im September 2008 für seine Politik grünes Licht gab.

Für die SPD ist das Gutachten des Landesrechnungshofes keine Überraschung. Bereits im Vorfeld der Entscheidung des Kreistages im September 2008 war durchgesickert, dass der

Landesrechungshof das „sale and lease back" Konstrukt als zu teuer bezeichnet hatte. Die Prüfer verwiesen darauf, dass für die Entscheidung „keine Eile bestände" und rieten dazu, die Gesamtprüfung der Regio-Kliniken abzuwarten, um dann eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Auch diese Hinweise –so Birke- waren CDU und FDP zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bekannt. Dass sie von der schwarz-gelben Mehrheit keine Berücksichtigungen fanden, lassen für den SPD Fraktionsvorsitzenden nur den Schluss zu, dass FDP und CDU bereits zu diesem Zeitpunkt die Absicht hatten, die Regio-Kliniken zu privatisieren.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - veröffentlicht am 22.09.2009, 13:10 Uhr - 7646 Clicks - Nr. 1127

Unterstützung aus dem Kollegenkreis

Viele Ärzte, besonders die "Hausärzte" wissen um das besondere Engagement des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg für eine Gesundheitspolitik, die allen zu Gute kommt. Hier der Brief eines Flensburger Hausarztes an den Politiker. Er hat ihm die anonymisierte Veröffentlichung gestattet:

Lieber Kollege Wodarg!

Als bisher unentschlossener und wenig politischer Bürger,aber auch als Vollblut-Hausarzt mit Gewissen habe ich mich entschlossen,Sie am 27.9. zu wählen und werde das auch vielen Patienten empfehlen, die oft ebenso unentschlossen die Meinung ihres vertrauten Hausarztes erfragen. Mir hängt es nämlich wirklich zum Halse raus, wie die meisten Facharzt-Kollegen unhippokratisch die Zwei-Klassen-Medizin praktizieren und mit IGel die Angst der Patienten ausnutzen, wie die Pharma-Lobby unseriös Politik und Medien beeinflußt, wie man unsere hausärztliche Arbeit herabwürdigt und,und,und.

Als einer von wenigen Ärzten im Bundestag haben Sie sich stets dagegen engagiert, oft sicher auch gegen die Meinung Ihrer führenden Partei-Kollegen. Bitte machen Sie weiter so, bringen Sie sich noch mehr ein in der Gesundheitspolitik und reden Sie Klartext für ein gerechtes System mit einer guten Primärversorgung für alle, für einen klar definierten Leistungskatalog, für Facharztkompetenz nur nach hausärztlicher Konsultation, für Bürokratie-Abbau und für die überfällige Bürgerversicherung.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und auch persönlich alles Gute!

Ihr Dr. ...

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - veröffentlicht am 22.09.2009, 18:14 Uhr - 8838 Clicks - Nr. 1128

Team Thießen vorn

Zu einem Boßel-Turnier hatte der SPD-Ortsverein Itzehoe eingeladen. Vier Teams kämpften um den Erfolg. Dabei auch Bundes- und Landtagsabgeordnete Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen.

Beim anspruchsvollen Parcours durch den Itzehoer Forst zeigten alle Teilnehmer vollen Körpereinsatz. Einsatz war auch bei der Suche nach verloren gegangenen Kugeln gefragt. Ohne Strafpunkte und zweimal mit dem besten Ergebnis war eindeutiger Sieger: Team Thießen.

Beim anschließenden Grillen konnten sich alle Sportler für die letzten Tage des Wahlkampfes kräftigen.

Für Nichtküstenbewohner erklärt **Wikipedia** das Boßeln.

Bilder von der Veranstaltung gibt es **HIER**.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - veröffentlicht am 23.09.2009, 00:10 Uhr - 5629 Clicks - Nr. 1129

"Das Tageblatt-Interview" - ungekürzte Fassung

Wie alle Landtagskandidaten hat auch Helmut Trost einen Kandidaten-Fragebogen des Flensburger Tageblattes erhalten.

Hier finden Sie seine Antworten in der ungekürzten Fassung.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 23.09.2009, 10:02 Uhr - 2178 Clicks - Nr. 1130

Frühschwimmen im Neuen Campusbad

"Frühschwimmen im Neuen Campusbad zu erschwinglichen Preisen ist unverzichtbar!"

Die bisher sehr gut von der Flensburger Bevölkerung angenommene Möglichkeit eines "Frühschwimmens" ab 6.00 Uhr soll im neuen Campusbad offensichtlich nicht mehr möglich sein. Im Internetauftritt des Bades und in den Werbematerialien kommt das Frühschwimmen nicht mehr vor. Damit ist die SPD überhaupt nicht einverstanden, so ihr Vorsitzender Helmut Trost.

" Es ist nicht akzeptabel, dieses gute Angebot einfach zu streichen. Wir werden als SPD-Fraktion einen Antrag stellen, damit diese Möglichkeit auch in Zukunft besteht." Beabsichtigt ist, dies im nächsten Hauptausschuss zum Thema zu machen.

Dem Oberbürgermeister liegt bereits seit Februar eine Unterschriftenliste von 109 Betroffenen vor. Einen Bericht in den politischen Gremien hat es dazu bisher aber nicht gegeben. Die Frühschwimmerinnen und Frühschwimmer wiederum seien auf eine Arbeitsgruppe verwiesen worden. "Auch hier muss sich die Informationspolitik rund um das Campusbad deutlich verbessern", so Trost. Bei einer eventuellen Anpassung des Preises solle man Augenmaß beweisen. "Das Angebot aber klammheimlich zu beerdigen, das ist mit der SPD nicht zu machen", so Trost: "Frühschwimmen hat in Flensburg eine lange Tradition. Gerade für Berufstätige ist dieses Angebot unverzichtbar." Zurzeit ist im Flensburger Hallenbad Frühschwimmen von Dienstags bis Freitag jeweils von 6.15 Uhr bis 8.00 Uhr zum volkstümlichen Preis von 1,80 Euro möglich.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - veröffentlicht am 23.09.2009, 12:22 Uhr - 10154 Clicks - Nr. 1131

Wir haben Grund zu Feiern!

Der Kreisverband und der Itzehoer Ortsverein veranstalten am Sonntag dem 27. September 2009 eine große Wahlparty.

„Wir alle haben in den letzten Wochen so hart gemeinsam gearbeitet, dann wollen wir auch gemeinsam feiern", erklären der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen, die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen und der Landtagskandidat Stefan Bolln.

Die SPD-Mitglieder und Sympathisanten treffen sich ab 18:00 Uhr in der Gaststätte Bankers, Große Paaschburg in Itzehoe.

Für rote Speisen und rote Getränke ist gesorgt. Via Fernseher und Internet werden regelmäßig die neuesten Hochrechnungen präsentiert.

Nach den neuesten Umfrageergebnissen sind die Sozialdemokraten zuversichtlich.

Keine Kommentare

Ralf Wrobel - veröffentlicht am 23.09.2009, 12:33 Uhr - 3202 Clicks - Nr. 1132

Ralf Wrobel in seinem Wahlkreis 6 unterwegs

Am 16. September 2009 besuchte Ralf Wrobel das Alten- und Pflegeheim im „Haus an der Birk" in Nieby bei Gelting

Als sozialdemokratischer Arbeitnehmer interessierte es Ralf Wrobel – mit Blick auf die Zukunft – wie es ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Mit einem Besuch in einem Alten- und Pflegeheim wollte er der Frage nachgehen, wie kommen die Rentner aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten mit der Situation klar, in einer Einrichtung untergebracht zu sein.

Dabei zählte nicht nur die Pflege, sondern auch die finanzielle Situation. Als erstes ließ Ralf Wrobel sich von dem Inhaber Harry Mende die Grundlagen zu den Themen Pflegesätze, Personalaufwand, Pflegestufen und ihre Auswirkungen auf die Heimkosten erläutern. Die Heimkosten reduzieren sich nach den Leistungen aus der jeweiligen Pflegestufe, so dass eine Eigenbeteiligung übrig bleibt, die von einer Vielzahl von Rentnern nicht bestritten werden kann. An erster Stelle muss dann die Familie für die Kosten eintreten. Dadurch wurde dem Landtagskandidaten sehr deutlich gemacht, dass es hier noch einen politischen Handlungsbedarf gibt.

Bei einem Rundgang durch das Haus und mit einigen kurzen Kontakten zwischen Bewohnern, die vorwiegend demenzkranke Frauen und Männer sind, und Gesprächen mit dem Personal wurde Ralf Wrobel bewusst, mit wie viel Engagement und Herzblut die Menschen dort betreut und versorgt werden. Das Haus ist eine offene sowie freundliche und in einer wunderschönen Gegend gelegene Einrichtung. Ralf Wrobel nahm viel aus diesem Besuch mit und wird diese neuen Erkenntnisse in seine politische Arbeit einfließen lassen.

An dieser Stelle bei dem Inhaberehepaar Mende, den Bewohnern und dem ganzen herzlichen Dank für die interessante Führung durch das Haus.

Keine Kommentare

Ralf Wrobel - *veröffentlicht am 23.09.2009, 12:35 Uhr - 3308 Clicks - Nr. 1133*

Ralf Stegner und Landtagskandidaten Birte Pauls und Ralf Wrobel in Neuberend
Die SPD-Ortsvereine Neuberend und Nübel hatten zu einer Gesprächsrunde am 20. September 2009 von 14:00 bis 16:00 Uhr auf das Freizeitgelände in Neuberend eingeladen. Als Gäste kamen Ralf Stegner und Birte Pauls (Wahlkreis 7) und Ralf Wrobel (Wahlkreis 6).
Trotz des sonnigen Wetters, das eigentlich zu Ausflügen einlud, erschienen zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus beiden Gemeinden. Die Landtagskandidaten stellten sich vor und berichteten von ihrem Werdegang und künftigen Schwerpunkten ihrer Arbeit im Falle ihrer Wahl, nahmen aber auch wertvolle Anregungen mit auf den Weg.
Der SPD-Spitzenkandidat Ralf Stegner, der am Morgen schon zusammen mit Heide Simonis in Schleswig zum internationalen Kindertag gesprochen hatte, zeigte sich optimistisch in Bezug auf den Wahlausgang. Seine zahlreichen Besuche überall im Land hätten ihm gezeigt, dass die Stimmung unter den Wählerinnen und Wählern sich zu drehen beginne. Nun gälte es deutlich zu machen, dass die Menschen, die beitragsfreie Kita- und Kindergartenplätze haben wollen, die gleiche Bildungschancen für alle und ein Studium ohne Gebühren für wichtig halten, ihre Stimme am Sonntag der SPD und ihren Kandidatinnen und Kandidaten geben sollten. Gleiches gelte für ein deutliches Mehr an Arbeitsplätzen in unserer immer noch ländlich strukturierten Region, die nur durch die Förderung von regenerierbarer Energie geschaffen werden könnten. Dies wiederum sei nur möglich, wenn man sofort auf Atomenergie verzichte und nicht aus dem Ausstieg „aussteigen" wolle wie CDU und FDP, und sicher, so Stegner, werde man auch nicht auf lange Zeit noch auf Kohle setzen dürfen, des Klimas wegen.

„Der hat ja keine Fliege mehr", meinte zum Schluss ein Zuhörer, „und viel netter als er immer im Fernsehen vorgeführt wird, ist er auch. Den kann man wählen."

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 23.09.2009, 13:26 Uhr - 2772 Clicks - Nr. 1134*

Besuch bei der BUND-Kindergruppe

Auf Einladung des BUND Reinbek besuchte Martin Habersaat, der SPD-Landtagskandidat für Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, die BUND-Kindergruppe, die sich wöchentlich im Reinbeker C-Haus trifft. Auch Alexander Josefowicz, der Kandidat der Grünen, war der Einladung gefolgt, um sich vor Ort ein Bild von der naturpädagogischen Arbeit zu machen.

Ehrenamtlich Aktive und junge Menschen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres betreuen hier eine offene Kindergruppe, mit der Teiche angelegt, Nistkästen gebaut und viele spannende Projekte realisiert werden. Anlässlich des Besuches aus der Politik gab es selbstgebackene Brötchen mit selbstgezogenem Schnittlauch.

Martin Habersaat: „Das spannende an dieser Landtagskandidatur ist für mich gerade, so viel ehrenamtliches Engagement und so viele aktive Menschen kennenzulernen. An alle von dieser Stelle ein Dankeschön für ihre Arbeit und für die vielen Einladungen, die mich erreichen."

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 23.09.2009, 15:22 Uhr - 3078 Clicks - Nr. 1135*

EU-Reformvertrag und Begleitgesetze: Stärkung des Europaausschusses

Zur Unterzeichnung des EU-Reformvertrages und der Begleitgesetze durch den Bundespräsidenten Horst Köhler erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:
Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit der Unterschrift des Bundespräsidenten der Weg für den Vertrag von Lissabon jetzt frei ist. Dies ist ein wichtiges integrationspolitisches Signal auch an die EU-Staaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben.
Dazu gehören neben Irland, wo es am 2. Oktober 2009 ein erneutes Referendum geben wird, auch Polen und Tschechien.

Insbesondere nach dem Hin und Her zwischen CDU und CSU auf Bundesebene erwarten wir, dass sich die CDU-Rumpfregierung im Land endlich offiziell hinter die Gesetze stellt. Das bisherige anhaltende Schweigen ist mehr als irritierend!

Die Begleitgesetze werden Bundestag und Bundesrat, aber auch die Landesparlamente in EU-Angelegenheiten stärken – und damit die demokratische Mitbestimmung in Deutschland insgesamt. Deshalb ist eine Positionierung der CDU-Rumpfregierung wichtig. Zudem müssen wir müssen unsere Regelung im Landesrecht überprüfen: Enthält sie diese notwendige

Mitsprachemöglichkeit des Parlaments gegenüber der Landesregierung auch wirklich? Entspricht sie den neuen Bedingungen? In diesem Zusammenhang sollte der Europaausschuss des Landtages in der neuen Legislaturperiode eine noch stärker koordinierende Rolle in EU-Angelegenheiten erhalten. Er muss noch enger als bisher mit den Fachausschüssen zusammenarbeiten und diese unterstützen. Nur so kann der Landtag der ihm neu zugewiesenen Rolle gerecht werden.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.09.2009, 18:01 Uhr - 3856 Clicks - Nr. 1136*

Diskussionsrunden an den Gymnasien in Glinde und Reinbek

Sachsenwaldschule Reinbek, Gymnasium Glinde – Die Gymnasien in Südstormarn hatten die Landtagskandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien zu Podiumsdiskussionen eingeladen. Weil die Linke statt ihres Landtags- ihren Bundestagskandidaten schickte, kam eine sehr junge Runde zustande: Fünf Kandidaten unter 40.
Mit den Schülerinnen und Schülern der Oberstufen folgten zwei lebhafte Diskussionen, in denen, verständlicherweise, vor allem die Bildungspolitik einen breiten Raum einnahm. Martin Habersaat: „Mit der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Uni und der Einführung der Gemeinschaftsschulen neben den Gymnasien ist die SPD in der Bildung auf einem guten Weg. Allerdings sind durch G8 zu lange Schultage und durch die Profiloberstufe zu wenig Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler zustande gekommen. Hier müssen wir noch nacharbeiten."
Erfreut zeigte sich Martin Habersaat über den hohen Kenntnissstand der Schülerinnen und Schüler: „Die Meisten waren gut auf die Podiumsdiskussionen vorbereitet und haben kluge Fragen gestellt. Ich hoffe, unsere Antworten wurden auch als klug empfunden." Deutlich sei auch geworden, wie ideologische Unterschiede die Positionen der Parteien bestimmen. Während es der FDP darum gehe, dass der Einzelne „am Ende des Tages" mehr Geld in der Tasche habe, verfolge die SPD eine Politik, die die gesamte Gesellschaft über einen längeren Zeitraum im Blick habe.
Zwei nicht-inhaltliche Begebenheiten blieben Martin Habersaat besonders in Erinnerung: „Es war toll, an der Sachsenwaldschule nach dreieinhalb Jahren so nett empfangen worden zu sein. Viele Schülerinnen und Schüler erinnern sich noch positiv an mich. Eher Skurril fand ich eine Gruppe von Schülerinnen aus der Jungen Union in Glinde, die schon empört den Kopf schüttelten, als ich noch einen guten Morgen gewünscht habe."
Inhaltlich nahm Habersaat mit, dass nach den Reformen der vergangenen Jahre jetzt die Schulen erst einmal „nachkommen" müssen: „Wenn Schüler bis 17.00 Uhr in der Schule beim Unterricht sitzen, kann ich als Lehrer von ihnen nicht verlangen, noch 30 Minuten Hausarbeiten pro Fach hinterher zu schieben. Auch müssen wir den Schülern Raum lassen für individuelle Freizeitgestaltung. Nachdem das Schulsystem jetzt reformiert ist, gilt es, den Schulalltag zu verbessern – für Schüler, Lehrer und Eltern."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.09.2009, 19:03 Uhr - 3925 Clicks - Nr. 1137*

Kinderarmut aktiv bekämpfen

Zum neunten Mal veranstalten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe die Stormarner Kindertage, wie in den vergangenen Jahren auch wieder unter Beteiligung der SPD Stormarn. Martin Habersaat und Gesa Tralau vom Kreisvorstand der SPD Stormarn konnten in Glinde die ehemalige Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht zu einer Podiumsdiskussion über Wege aus der Kinderarmut begrüßen.

Martin Habersaat: „Gitta Trauernicht ist hierzu ein sehr kompetenter Gast, weil sie in ihrer Zeit als Ministerin Vieles auf dem Weg gebracht hat, aber auch, weil sie aus ihrer Zeit als Jugendamtsleiterin in Hamburg genau weiß, worüber sie spricht."

Gitte Trauernicht stellte noch einmal verschiedene Projekte vor, die sie in ihrer Zeit als Ministerin ins Leben rufen konnte. Von „Kein Kind ohne Mahlzeit" über Paten für gefährdete Kinder bis hin zu „Kein Kind ohne Ferienerholung". All dies sei nötig, um allen Kindern ab der Geburt zur Seite zu stehen und ein Netzwerk zu knüpfen, das allen Kindern einen Schulabschluss, eine Berufsausbildung und ein selbstbestimmtes Leben eröffnet. Auch zu ihrer Arbeit unter Ministerpräsident Carstensen fand Trauernicht klare Worte. Sie sei „per Formblatt" aufgefordert worden, in ihrem Ministerium 200 Millionen Euro einzusparen. Auf den Vorschlag der SPD-Minister, angesichts solcher Beträge eine Debatte über Strukturen zu führen und nicht über Formblätter zu kommunizieren, reagierte Carstensen mit der unwürdigen Entlassung der Minister.

Ingo Löding, der Geschäftsführer des Kinderschutzbundes Stormarn, hatte ebenfalls den Weg nach Glinde gefunden. Er lobte Trauernichts Arbeit als Ministerin, der es gelungen sei, das Tabu vom Thema Jugendarmut zu heben und gemeinsam mit den Jugendverbänden nach Lösungen zu suchen. Er ermahnte die Politiker aber auch, das Thema Kinderarmut stets präsent zu halten und ihre Bekämpfung zu einer Daueraufgabe zu machen.

Einig waren sich alle Teilnehmer über den positiven Nutzen der Veranstaltung, die Vertreter verschiedener politischer Ebenen an einen Tisch gebracht hatte: Stadtvertreter aus Glinde, Kreistagsabgeordnete, die Landtagskandidaten Gitta Trauernicht und Martin Habersaat und die Bundestagskandidatin Gesa Tralau, die versprach: „Eines meiner wichtigsten Vorhaben im Bundestag wird es sein, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern."

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 23.09.2009, 23:13 Uhr - 3609 Clicks - Nr. 1138*

Arbeitnehmerinitiative 2009 für Ralf Stegner

Norddeutsche Gewerkschaftsvorsitzende diskutieren mit der SPD

In einer der größten wirtschaftlichen Krisen unseres Landes wählen wir am 27.09.2009 in Schleswig-Holstein und im Bund neue Parlamente.

Unser Thema: "Gute Arbeit zu fairen Entgeltbedingungen - für eine sichere Zukunft"

Das heißt für uns, dass mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten und den Unternehmensverbänden auf einer fairen Basis zusammen gearbeitet wird.

Über Ziele, Vorstellungen und Themen haben wir mit dem Spitzenkandidaten der Schleswig-Holsteinischen SPD, Ralf Stegner, und seinem Zukunftsteam eine lebhafte und informative Diskussion gehabt.

- Wir wollen eine gerechte Politik für Arbeitnehmer und deren Familien!
- Wir wollen eine Regierung, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt
- Wir wollen keine Regierung, die die Finanz- und Wirtschaftskrise als „Betriebsunfall" abtut.
- Wir wollen keine Regierung, die wirtschaftliche Wachstum zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördert.
- Wir wollen keine Umverteilung von unten nach oben durch weitere Steuersenkungen für hohe Einkommen.

Uwe Polkaehn, DGB Nord,
Kirsten Jöhnck, st. Bezirksleiterin ver.di,
Oliver Malchow, Vorsitzender GdP
Matthias Heidn, Vorsitzender GEW
Ralf Stegner und Mitgliedern des SPD Kompetenzteams
Jutta Blankau, Bezirksleiterin IG Metall,
Andre Grundmann, Landesvorsitzender IG BAU,
Ralf Becker, Landesbezirksleiter IG BCE und
Herbert Grimberg, Bezirksleiter NGG
Wolfgang Mädel, AfA-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

SPD-Nortorf - *veröffentlicht am 24.09.2009, 17:17 Uhr - 2501 Clicks - Nr. 1139*

Hatten einen schönen Abend

Bouleabend mit Jörn Thießen & Stefan Bolln
Am Sonntag, den 20.09.2009, veranstaltete der SPD-Ortsverein-Nortorf seinen Boule- u. Informationsabend.
Rund 50 Leute besuchten die Veranstaltung und das Publikum war sehr gemischt.
Jung und Alt erlebten einen angenehmen Ausklang der Woche.
Viel Spaß hatten alle beim Boulespiel und die Option, mit unseren beiden Gästen zu plauschen, wurde sehr gut angenommen.
So fanden offene Diskussionen zu politischen Theman statt, wie auch rege Gespräche zu ganz privaten Dingen geführt wurden.
Es war sicher auch ein Auftakt zum Endspurt der Wahlen 2009 aber auch ein geselliger Abend, der einem Familienfest glich.
Wir möchten uns bei allen Beteiligten bedanken und werden auch weiterhin keine ruhige Kugel schieben.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 24.09.2009, 19:50 Uhr - 9341 Clicks - Nr. 1140*

Jubilarehrung mit Henning Voscherau
"Ein Stück Zeitgeschichte und 760 Jahre politische Erfahrung."

Für einen Nachmittag hielten die Flensburger Sozialdemokraten jetzt in ihrem Wahlkampf inne: In einer Feierstunde ehrten sie die Parteimitglieder, die der SPD 25, 40 oder 50 Jahre die Treue gehalten haben. „Die achtzehn Jubilare repräsentieren 760 Jahre politische Erfahrung und sind ein Stück Flensburger Zeitgeschichte", so der Flensburger SPD-Vorsitzende Helmut Trost.

„Wer das Gestern nicht kennt, kann das Heute nicht gestalten", machte er in seiner Begrüßung zu dem Festakt deutlich und wies darauf hin, dass man aus den Erfahrungen derer, die das politische Geschehen über Jahrzehnte beobachtet, begleitet oder aktiv mitgestaltet haben, vieles lernen könne.

Die Laudatio für die Jubilare hielt Dr. Henning Voscherau, von 1974 bis 1997 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, von 1988 bis 1997 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sowie bis 2001 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes. Einige der Jubilare waren ihm aus seiner aktiven Zeit noch persönlich bekannt. „Besinnt Euch auf Eure eigene Kraft", gab Voscherau seinen Parteifreunden mit auf den Weg und riet vom einfachen „Weiter

so" im politischen Handeln ab. „Die Einigkeit wächst im Wandel inhaltlicher Kontroversen, denn aus ihnen entsteht neue Einigkeit", verdeutlichte Voscherau vor dem Hintergrund seiner politischen Erfahrungen.

Ihr Jubiläum konnten folgende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten feiern:

25 Jahre
- Matthias Schartl
- Christa Kolhorst

40 Jahre
- Olaf-Cord Dielewicz (ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Flensburg)
- Anton Kobylt
- Horst Müller
- Detlev Gutsch
- Frauke Lüers
- Heiko Schleppegrell
- Renate Andresen
- Walter Andresen
- Eberhard Bohn
- Manfred Dolle
- Christel Gunnesson
- Willy Möhl
- Hanna Gromball
- Karl Heinz Spraul

50 Jahre
- Arnold Ihlenfeld
- Gert Roßberg (ehemaliger Landtagsabgeordneter) und das sozialdemokratische Urgestein
- Helmut Schumann.

„Wir sind eine stolze und traditionsreiche Partei und sollten uns unserer politischen Wurzeln immer bewusst sein", meinten Helmut Trost und Henning Voscherau zum Abschluss der Feier, an die sich noch ein langer Klönschnack bei Kaffee und Kuchen anschloss.
--
Als Fotomotiv haben wir ein Ehepaar ausgewählt, das zusammen auf insgesamt 80 Jahre SPD-Mitgliedschaft zurückblicken kann.
(v.l.n.r.):Ehepaar Walter und Renate Andresen (beide jeweils 40 Jahre Mitglied), Henning Voscherau, Helmut Trost

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD-Husby - *veröffentlicht am 24.09.2009, 22:09 Uhr - 2439 Clicks - Nr. 1141*

Hay und Wodarg in Husby
Am Samstag, 26.September, einen Tag vor den Wahlen zum Landtag und zum Bundestag informiert der SPD-Ortsverein Husby die Bürgerinnen und Bürger an einem Wahlstand vor dem

EDEKA-Markt in Husby.
In der Zeit von 08:30 Uhr bis 9:30 Uhr stehen die Kandidaten für den Landtag, Lothar Hay, und für den Bundestag, Wolfgang Wodarg, für Gespräche zur Verfügung.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 24.09.2009, 22:23 Uhr - 3502 Clicks - Nr. 1142*

TV-Duell mit klarem Sieger

Martin Habersaat verfolgte das TV-Duell zusammen mit Anderen im Barsbütteler Bürgerhaus. Einen Tag nach dem Duell wird der erste Eindruck zur Gewissheit: Stegner hat gewonnen. Ein charmanter, sorgfältig argumentierender und gut vorbereiteter Ralf Stegner traf im TV-Duell auf einen Ministerpräsidenten, der außer der Aussage „Stegner ist schuld" nicht viel zu bieten hatte.

Axel Hildebrand auf www.stern.de : „Carstensen, durch schwindende Umfragewerte in der Defensive, übernimmt in diesem Duell ansonsten die Rolle des Herausforderers. Der Christdemokrat, der normalerweise wie ein Bernhardiner durchs Land tapst, hat den Terrier in sich entdeckt." (zum Artikel)

Ralf Stegner liegt auch in den Umfragen verschiedener Zeitungen zum Ausgang des TV-Duells vorne.

Der NDR bietet den Service, sich die Höhepunkte des Duells noch einmal anzusehen.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 24.09.2009, 23:35 Uhr - 2846 Clicks - Nr. 1143*

Aufruf zur Landtags- und Bundestagswahl am 27. September

Der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis ruft auf, an der Landtags- und Bundestagswahl am 27. September 2009 teilzunehmen und unsere Direktkandidatin Birte Pauls für den Landtag in Kiel und Wolfgang Wodarg für den Bundestag mit den Erststimmen und die SPD mit den Zweitstimmen zu wählen.
In der gemeindeeigenen Gaststätte und dem Kommunikationszentreum Jägersruh in Steinfeld bietet der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis ab 18 Uhr am 27. September ein "publik viewing" mit TV und Beamer an, wo Interessierte die Bundes- und Landtagsergebnisse miterleben können.

Keine Kommentare

Birte Pauls, MdL - *veröffentlicht am 25.09.2009, 08:45 Uhr - 3421 Clicks - Nr. 1144*

AfA SH unterstützt Birte Pauls

Die "Wählerinitiative Arbeitswelt für Ralf Stegner" der AfA Schleswig-Holstein unterstützte den Wahlkampf für Birte Pauls in Schleswig.
Am 24. September 2009 sorgte die Initiative für reges Interesse in der Einkaufstraße in Schleswig und viele Passanten konnten für die Initiative gewonnen werden.
Viele informierten sich aber auch inhaltlich über die SPD-Forderung

nach dem gesetzlichen Mindestlohn

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 25.09.2009, 09:40 Uhr - 2452 Clicks - Nr. 1145*

Fahrdienst der SPD zu den Wahllokalen

Am Wahlsonntag bietet die SPD-Flensburg wieder einen kostenlosen Fahrdienst zu den Wahllokalen an. Wähler, die zu den Wahlstätten und wieder zurück gefahren werden möchten, können sich Sonntag zwischen 9:00Uhr und 17:00Uhr telefonisch im Kreis-Parteibüro unter 0461/24515 oder per E-Mail unter spd-buero-flensburg@t-online.de anmelden.

Anschließend findet im SPD-Kreisbüro ab 18:00Uhr die Wahlparty der SPD-Flensburg für Mitglieder, Unterstützer und natürlich auch Interessierte statt.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 25.09.2009, 14:27 Uhr - 4511 Clicks - Nr. 1146*

Die Linke soll sich vor der Wahl erklären

Zu den Auflösungserscheinungen der Partei Die Linke in der K.E.R.N-Region

"Ohne uns in innerparteiliche Vorgänge einzumischen, erwarten wir vom Kieler Kreisverband und der Ratsfraktion Die Linke, dass sie sich vor der Wahl den Menschen erklären, da sie offenbar vor einer innerparteilichen Zerreisprobe stehen. Die Wähler sollen vor ihrer Wahlentscheidung am Sonntag wissen, wie der innere Zustand der Partei ist und ob sie ebenfalls, wie in den Nachbarkreisen Plön und Neumünster, vor dem Zerfall stehen", so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 25.09.2009, 14:51 Uhr - 1287 Clicks - Nr. 1147*

100 Tage, die die Stadt schon wohltuend spürt.

Zu den ersten 100 Tagen der Amtszeit des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig erklären die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Kiel, Ralph Müller-Beck, und der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann:
„Die Zusammenarbeit der Kooperation mit dem neuen OB ist bereits nach dieser kurzen Zeit sehr effizient und vertrauensvoll. Darüber hinaus gelingt es Torsten Albig, auch mit den anderen Ratsfraktionen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. So ist es kein Zufall, dass Torsten Albig allen Fraktionsvorsitzenden regelmäßige persönliche Gespräche angeboten und auch schon durchgeführt hat. Wer das nicht annimmt, sollte sich nicht über den OB beschweren, sondern vor der eigenen Haustür kehren.
Im Rathaus und in der ganzen Stadt sind die Impulse, die vom Oberbürgermeister und der Dänenampel gemeinsam gesetzt werden, bereits deutlich spürbar:
• Der Neubau der drei Regionalen Bildungszentren – das größte PPP-Projekt in Deutschland – nimmt endlich Fahrt auf und dank des erfolgreichen gemeinsamen Vorgehens von Verwaltung –

mit dem OB an der Spitze – und Politik ist auch die Zeitschiene festgezurrt worden.
• Auch in der Frage der zukünftigen Energieversorgung ist der Schulterschluss gelungen: erste Prüfaufträge für die Stromversorgung der Stadt mit Hilfe der Sonnenkraft sind auf den Weg gebracht worden. Und zwischen der Dänenampel und dem Oberbürgermeister gibt es ein gemeinsames Vorgehen in der Kraftwerksfrage. Dadurch ist es gelungen, dass die Pläne für ein neues Kohlekraftwerk nun endgültig vom Tisch sind.
• Mit dem Einrichtungsbeschluss des Dezernates für Arbeit und Wirtschaft ist – ebenfalls im völligen Einvernehmen zwischen der Ratsmehrheit und dem Oberbürgermeister – eine der wesentlichen Weichenstellung für die Zukunft Kiels gestellt."

„Mit diesem OB und den hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Kiel können wir uns auch auf den Weg machen, die strukturellen Weichen zu stellen, um in Kiel die modernste Verwaltung Deutschlands zu schaffen", so Müller-Beck.

Oschmann betonte besonders, dass „auch in Sachen Stadtregionalbahn – diesem wichtigen Großprojekt für die Kieler Region - der Oberbürgermeister und die Kooperation an einem Strang ziehen."

„Insgesamt spüren wir einen Stimmungswandel im Rathaus und in der Stadt, mit dem die Grundlage für die großen Aufgaben, die vor uns liegen, gelegt ist: die Stadtverwaltung ist bei Torsten Albig in den besten Händen" betonten Müller-Beck und Oschmann.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 25.09.2009, 15:18 Uhr - 50762 Clicks - Nr. 1148*

sozialer, gerechter, stärker - SPD wählen!

Am Sonntag, den 27. September 2009 haben Sie die Wahl. Sie entscheiden mit ihrer Stimme, wie es in diesem Land weitergehen soll. Unser Plan steht: Gerechte Bildung, Gute Arbeit, Saubere Energie und Starke Familien.
Ja, wir sind kein reiches Bundesland. Wir haben finanziell wenig Spielraum und die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Lage nicht gerade verbessert. Wir müssen aber die Spielräume nutzen, um gezielt in die Zukunft zu investieren:

- Wir müssen es ermöglichen, dass jedes Kind - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - eine optimale Ausbildung erhält. Die fängt schon im Kindergarten an. Deswegen ist unser einziges Ziel, das direkt mit Kosten verbunden ist: Alle drei Kindergartenjahre müssen gebührenfrei sein. Und deswegen muss die Lehrmittelfreiheit in der Schule erhalten bleiben und es darf keine Studiengebühren geben. Das ist eine Investition mit Priorität, hinter der alle anderen Ausgaben hinten an stehen müssen.
- Gebührenfreie Bildung ist wesentlich günstiger als die Steuersenkungsversprechen von Schwarz/Gelb: Die entlasten nämlich kleine und mittlere Einkommen nur um wenige Euro, so richtig profitieren nur die großen Einkommen ab 20.000 Euro im Monat. Wir wollen dagegen gezielt Familien entlasten - einfacher und unbürokratischer als durch die Abschaffung von Bildungsgebühren kann man das nicht machen.
- Ende der 80er Jahre hatte die CDU in den Jahrzehnten ihrer Regierung den Anteil erneuerbarer Energien von gerade mal unter einem Prozent hinbekommen. Die SPD-

geführte Regierung von Björn Engholm hat sich damals das "utopische" Ziel gesetzt bis 2010 einen Anteil von 25% aufzubauen. Heute haben wir erst 2009 und bereit einen Anteil von 45%. Während die CDU auf ihren "Energiemix" aus Kohle und Atomkraft setzt, wollen wir die erneuerbaren Energien auf 100% bis 2020 ausbauen. Wieder utopisch? Wir sind der Meinung, dass man Ziele nur erreichen kann, wenn man sie sich ernsthaft setzt.

- Außerdem sind wir der Meinung, dass gute Arbeit auch so bezahlt werden muss, dass man davon ohne staatliche Hilfe leben kann. Der Staat darf nicht die Löhne subventionieren. Das ist auch eine Frage des Respekts vor der Arbeit der Menschen. Deswegen fordern wir den gesetzlichen Mindestlohn.

Ein starkes Team
Um diese Ziele direkt nach der Wahl angehen zu können, habe ich ein Team von Männern und Frauen zusammengestellt, die jeweils Fachleute auf ihrem Gebiet sind. Lernen Sie das Zukunftsteam Schleswig-Holstein kennen: http://zukunftsteam.ralf-stegner.de
Am 18. September 2009 habe ich zusammen mit dem Zukunftsteam unser Startprogramm vorstellt. Das sind 15 Punkte, die direkt nach der Wahl von einer SPD-geführten Regierung angegangen werden sollen.
Unsere Karten liegen auf dem Tisch: Wir haben einen Plan für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Wir wollen ein modernes, offenes Bundesland, das seine Interessen mit einer starken Stimme in Berlin vertritt. Wir stehen für gerechte Bildung, starke Familien, gute Löhne für gute Arbeit und die konsequente Energiewende.
Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung: Wählen Sie am Sonntag SPD!

Kommentar von Jan vom 25.09.2009, 17:48 Uhr:
RE: sozialer, gerechter, stärker - SPD wählen!
Sehr geehrter Herr Mißler, wenn Sie schon so dumm daher schwätzen, sollten Sie sich mal besser informieren. Wenn Sie die Geschichte der SPD kennen würden, dann wüssten Sie, dass diese Partei während der Nazi-Zeit unter härtesten Bedingungen für die Demokratie gekämpft hat. Viele Parteimitglieder wurden verfolgt und ermordet. Und da schreiben Sie hier, die SPD wolle mit den Rechten Politik machen...??? Einfach nur dumm! Auch Herr Stegner sagt immer wieder, dass er mit allen demokratischen Parteien reden werde, außer mit den Nazis! Schauen Sie doch mal diesen Link an, dann wissen Sie wenigstens mal Bescheid (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,636749,00.html). Ich empfehle Ihnen, sich dringend noch mal zu informieren. Wo Sie Ihre Infos her haben, weiß ich nicht. Aber diese waren auf keinen Fall richtig. Ich hoffe, Sie überlegen das nächste Mal, bevor Sie solch ein Mist schreiben! Viele Grüße Jan

Kommentar von J.Mißler vom 25.09.2009, 17:34 Uhr:
RE: sozialer, gerechter, stärker - SPD wählen!
Guten Tag, nachdem ich gestern ungebeten Post von Ihnen, von Ihrer schwarzen Schwesterpartei (CDU) und von Herrn Stegner bekommen habe, will ich Ihnen die Antwort natürlich nicht schuldig bleiben. Nach dem Lesen der Lektüre war ich teilweise belustigt, teils sauer - geblieben ist nur eines: - seid endlich mal ehrlich (OK, dann würdet Ihr ja aufhören Politiker zu sein. - dann hört wenigstens auf, die Leute zu verarschen!, oder guckt, bei wem Ihr was in den Briefkasten werft. Und NEIN!!!, ich wähle garantiert keinen, der mit den Rechten zusammenarbeitet oder eine Demokratische Politik mit Neonazis anstrebt, wie Herr Stegner dies im Radio verlauten ließ. "... auf keinen Fall Zusammenarbeit mit den Linken, aber demokratisches Arbeiten mit den Anderen ..." (dazu zählen auch die Rechten) Ihr wißt noch,

was das "S" in SPD heißt bzw früher mal geheißen hat ??? Heute sicherlich S-chein oder S-chummel oder S-chönbunt ... ... wie gesagt, ich symphatisiere eher noch mit den Linken, als wie mit Scheinheiligen und ewig gestrigen wie Euch. Danke, daß Ihr mir die Augen geöffnet habt.

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 25.09.2009, 16:09 Uhr - 9749 Clicks - Nr. 1149*

Hubertus Heil in Brunsbüttel

Hubertus Heil unterstützte in Brunsbüttel den Wahlkampf von Jörn Thießen und Angelika Hansen. Hubertus rief auf sich aktiv noch die letzten Tage in den Wahlkampf einzumischen. Nur so können die Vorstellungen von CDU und FDP vereitelt werden. Steuersenkungen nur für Reiche, Abgabenerhöhungen für die Leistungsträger - der Polizist oder die Krankenschwester oder oder - das kann nur die SPD verhindern. Soziale Gerechtigkeit, Arbeit die sich lohnt, Abgabenfreie Bildung und Ausstieg aus der Kernernergie, das gibt es nur unter Führung der SPD in Bund und Land. Deshalb stellten sich die drei Dithmarschen Kandidaten Angelika Hansen, Jörn Thießen und Detlef Buder den Fragen der Kundgebungsteilnehmer.

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg - *veröffentlicht am 25.09.2009, 19:31 Uhr - 4725 Clicks - Nr. 1150*

Sönke Rix und Dr. Kai Dolgner für Euch in Bundestag und Landtag

Diesen Sonntag ist Bundestags- und Landtagswahl. Es geht um wichtige Themen. Es geht um Eure Zukunft, daher geht bitte wählen!

Sönke Rix (Bundestag) tritt im gesamten Kreis Rendsburg-Eckernförde an und Dr. Kai Dolgner (Landtag) ist Euer Kandidat in Rendsburg, Büdelsdorf, Fockbek, Nübbel, Westerrönfeld, Jevenstedt, Rickert, Alt Duvenstedt, Brinjahe, Embühren, Haale, Hamweddel, Hörsten, Luhnstedt, Schülp b. Rendsburg, Stafstedt.

Informiert Euch unter www.soenke-rix.de, www.dolgner.info oder unter www.spd-sh.de. Dort erhaltet Ihr alle Informationen zur Wahl.

Wenn Ihr Euch noch nicht sicher seit, ob Ihr mit den Zielen der SPD übereinstimmt, dann schaut auf www.wahlomat.de nach. Dort könnt Ihr Eure Vorstellungen mit denen der Parteien vergleichen!

Also, am Sonntag bitte zur Wahl gehen. Demokratie lebt vom Mitmachen!

Kommentar von Lisa vom 25.09.2009, 20:24 Uhr:
RE: Sönke Rix und Dr. Kai Dolgner für Euch

Hallo, ich kann wirklich nur sagen, dass beide Kandidaten mich am Infostand in Rendsburg überzeugt haben. Sowohl menschlich, als auch mit den Zielen und Themen. Finde ich übrigens gut, dass hier nochmal auf den Wahlomat hingewiesen wird. Darüber hab ich auch erst richtig herausgefunden, dass die SPD am besten zu mir passt. Also einfach mal ausprobieren. Für Herrn Rix und Herrn Dolgner dann alles Gute am Sonntag. Liebe Grüße Lisa

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.09.2009, 21:05 Uhr - 4434 Clicks - Nr. 1151*

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten im Stormarner Kreistag

Birte Kruse-Gobrecht, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Stormarn, legte auf der September-Sitzung des Kreistages im frisch renovierten und neu eingerichteten Kreistagssitzungssaal ihren ersten Rechenschaftsbericht vor. Martin Habersaat bedankte sich im Namen der SPD für die gute geleistete Arbeit und war sich mit der Gleichstellungsbeauftragen einig, dass es noch viel zu tun gibt.

Mädchen sind besser in der Schule, Studentinnen erreichen die besseren Abschlüsse, dennoch ist es für Frauen schwieriger, in Führungspositionen aufzusteigen – auch in der Führungsetage der Stormarner Kreisverwaltung sind sie unterrepräsentiert.

Habersaat: „Mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben Sie sich ein Ziel auf die Fahne geschrieben, dem wir von Seiten der SPD nur zustimmen können." Es gehe darum, Familien in ihrem Alltag zu unterstützen, qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen und flexible Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wenn die SPD helfen könne, werde sie das gerne tun.

Der Kreisvorsitzende der SPD Stormarn weiter: „Besonders gut hat uns gefallen, dass Sie viele Kontakte knüpfen um Mitstreiter mobilisieren, über die Ebene der Gleichstellungsbeauftragten hinaus: BQS, Arbeitsministerium, Wirtschaft, etwa zu den Personalverantwortlichen in Stormarner Unternehmen, und auch betriebswirtschaftlich argumentieren. Manche begreifen es nur so: Familienfreundliche Personalpolitik, lieber Kreistag: auch familienfreundliche Politik, zahlt sich in barer Münze aus."

Foto: Margot Sinning, Sigrid Kulwein, Reinhard Mendel, Martin Habersaat im Kreistag. Hintergrund: Birte Kruse-Gobrecht im Gespräch mit Landrat Klaus Plöger.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 25.09.2009, 21:33 Uhr - 2300 Clicks - Nr. 1152*

Endspurt im Wahlkampf

Beflügelt durch jüngste Umfragewerte und das TV-Duell sind die Mitglieder der SPD Barsbüttel in den Wahlkampf-Endspurt gestartet. Auf dem letzten Wochenmarkt vor der Wahl waren Landtagskandidat Martin Habersaat und Bundestagskandidatin Gesa Tralau auf dem Stiefenhoferplatz, um den Barsbüttlerinnen und Barsbüttlern für letzte Fragen zur Verfügung zu stehen und mit einer roten Rose an den Wahltermin am Sonntag zu erinnern.

Gesa Tralau: „Die SPD steht für eine gerechte Bildungspolitik, erneuerbare Energien, gute Arbeit und Unterstützung für die Familien. Das haben wir in den letzten Wochen und Monaten zu transportieren versucht und ich bedanke mich bei allen, die dabei geholfen haben, unsere Inhalte bekannt zu machen."

Martin Habersaat, der stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion in Barsbüttel ist, freute sich besonders über die vielen Freunde und Bekannten, die ihm für den kommenden Sonntag alles Gute wünschten: „Ich lebe seit meiner Geburt im Süden Stormarns und würde mich freuen, diese Region mit gewohnter Energie im Landtag vertreten zu dürfen."

Foto: Jörg Kiencke (Vorsitzender SPD Barsbüttel), Edda Brabandt, Holger Gettschat auf dem Wochenmarkt.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.09.2009, 23:29 Uhr - 4236 Clicks - Nr. 1153*

Abschlussfest der Stormarner Kindertage

Am Abschlussfest der Stormarner Kindertage, am 26. September von 14.00-18.00 Uhr am Glinder Gutshaus (Möllner Landstraße), beteiligt sich die SPD Stormarn mit wie in den vergangenen Jahren mit einem Luftballonwettbewerb.

Der Kreis Stormarn muss kinderfreundlicher werden. Vielleicht kann er sogar kinderfreundlicher werden als andere Kreise, vielleicht der kinderfreundlichste Kreis überhaupt. Dafür warben auch in diesem Jahr die über 100 Veranstaltungen während der 9. Stormarner Kindertage. Dabei war auch die SPD Stormarn mit einer Podiumsdiskussion und nun beim Abschlussfest.

Es gewinnt eine Familienkarte für den Hansa Park, wessen Ballon am weitesten fliegt.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 26.09.2009, 09:59 Uhr - 5597 Clicks - Nr. 1154*

Hektische Tage für Helmut Trost

Die letzten 72 Stunden laufen! Die Tage sind kurz, die Termine dicht gedrängt, geprägt von Straßenwahlkampf und Vor-Ort-Aktionen. Gestern nach einem langen Tag von 22.00 bis 24.00 Uhr Plakataktion, dann eine kurze Nacht. Heute ab 5.15 Uhr Verteilaktion vor den Toren der Werft. Anschließend zum Bahnhof, wo viele Pendler anzuprechen sind. Um 11.15 Uhr Solidaritätsaktion mit den Kolleginnen und Kollegen von Danfoss.

Über Mittag geht es dann ins Rathaus - im Fraktionsbüro sind die wichtigsten kommunalen Angelegenheiten zu regeln. Anschließend Besuch bei einer Einzelhändlerin, der ich letztens am Stand Unterstützung versprochen hatte. Danach Kurzbesuch im Parteibüro, Abrechnungen und Abstimmungsgespräche. Materialtransport zu den Jusos und dann zur Post. Es geht dort um unsere Postkartenaktion zur Mobilisierung zum Wochenende.

Dann wieder Straßenwahlkampf - diesmal beim Ortsverein Süd. Erst danach komme ich dazu, die tägliche Email-Flut zu bearbeiten.

Aber: Jede/r hat das Recht auf eine Antwort. Ein Berg von Post wartet auch noch auf mich.., und die Telefonliste von gestern ist immer noch nicht abgearbeitet, Neues ist hinzugekommen. Aber: Es lohnt sich - denn Schwarz-Gelb muss verhindert werden.

Es steht auf des Messers Schneide...

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 26.09.2009, 12:22 Uhr - 6866 Clicks - Nr. 1155*

Nordfriesland geht wählen!

Die SPD-Kreisverband Nordfriesland ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 27. September zur Wahl zu gehen. Die Möglichkeit, sich an der Bildung von Regierungen durch das Wahlrecht zu beteiligen, ist kein notwendiges Übel, sondern ein Geschenk, dass nicht allen Menschen auf diesem Globus zuerkannt wird. Jede Stimme für eine demokratische Partei ist auch eine Stimme gegen Rechts.
Bei diesen Wahlen geht es nicht nur um die Bildung neuer Parlamente. Bei diesen Wahlen geht es auch um die Gestaltung unserer künftigen Gesellschaftsform. Ein weiter so kann es nicht geben.

Die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahlen in Sachsen und dem Saarland haben eines ganz deutlich gezeigt. Die meisten Menschen wünschen sich eine solidarische und gerechte Gesellschaft.
Diese Gesellschaft wird es aber nur geben, wenn die SPD in der Regierungsverantwortung steht. Mit Schwarz-Gelb soll die Politik fortgesetzt werden, die zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Krieg geführt hat. Die unkontrollierten und freien Märkte haben versagt. Die SPD steht in ihrer Tradition hinter den Menschen, die jetzt nur als Mittel zu Zweck betrachtet werden.
Bildung, gebührenfrei von der KiTa bis zum Erststudium, guter Lohn für gute Arbeit und

gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein solidarisches Gesundheitssystem, Umweltschutz durch Energiewende – JETZT!, Tariftreue und Erhalt von Arbeitnehmerrechten, Mindestlohn für nicht tariflich abgesicherte Arbeitsbereiche, Ausstieg aus der Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe – weg von Atom, Kohle und Öl.

Die Unterschiede zwischen SPD und CDU/FDP sind in den letzten Wochen mehr als deutlich dargestellt worden. Die SPD hat ihre Vorstellung über die Gestaltung der Zukunft klar und deutlich erläutert. Mit der CDU und FDP wird es Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt, geben.

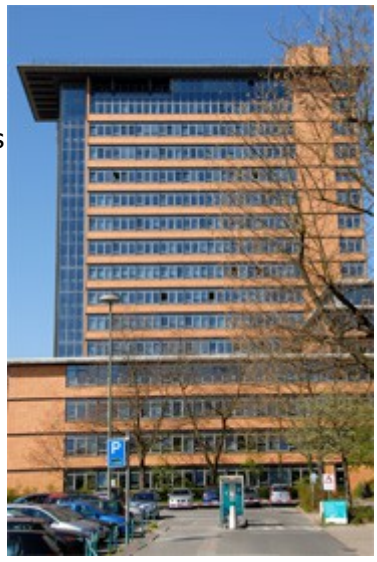
Es geht bei diesen Wahlen um die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Gesellschaftsform.

Sie können entscheiden, wie Zukunft gestaltet werden soll.
Deshalb: Bitte gehen Sie am 27. September zur Wahl.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 26.09.2009, 14:13 Uhr - 2702 Clicks - Nr. 1156*

SPD-Engelsby: Wahlparty in der Bürgerhalle
Bundestags- und Landtagswahl am 27. September



Die vorläufigen Ergebnisse der Bundestags- und der Landtagswahl werden am Wahlabend ab 18 Uhr in der Bürgerhalle im Erdgeschoss des Rathauses im Rahmen einer Wahlparty präsentiert.

Alle Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen dabei zu sein. Auf einer Projektionsfläche werden die eingehenden Ergebnisse aus den Wahlbezirken dargestellt. Topaktuell kann man sich so aus erster Hand über die Wahl in Flensburg informieren, die Reaktionen der. anwesenden Kandidaten verfolgen und die Presse bei der Arbeit beobachten.

Eine Fernsehecke bietet die Möglichkeit, gleichzeitig die Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene im Blick zu behalten. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt.

Es sind alle Vorkehrungen für einen spannenden und erlebnisreichen Wahlabend im Rathaus getroffen. Regelmäßig aktualisierte Zwischenergebnisse und das vorläufige Endergebnis werden natürlich unverzüglich im Internet unter www.flensburg.de veröffentlicht.

Keine Kommentare

SPD-Hasloh - *veröffentlicht am 26.09.2009, 21:21 Uhr - 3283 Clicks - Nr. 1157*

Stegner begeistert in Hasloh

Im Rahmen der 72-Stunden-Offensive vor der Landtagswahl tourte Ralf Stegner am 26.09. durch den Wahlkreis 26, Pinneberg Nord. Begleitet wurde er vom Landtagskandidaten Wolfgang Kruse aus Hasloh.
Stegner unternahm dabei auch einen Abstecher nach Hasloh und besuchte dort den SPD-Wahlkampfstand sowie den überregional bekannten Kinderkleider- und Spielzeugmarkt, der gerade sein 20-jähriges Bestehen feiert.
Stegner war beeindruckt und begeistert von soviel ehrenamtlichen Engagement.
Ortsvereinsvorsitzender Günther Ewert überreichte an die beiden Kandidaten einen roten Blumenstrauß und die besten Wünsche für die Wahl.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 26.09.2009, 22:59 Uhr - 2932 Clicks - Nr. 1158*

Unterstützung zum Finale

Am letzten Markttag vor der Bundes- und der Landtagswahl gab es viel Unterstützung für die Reinbeker SPD und ihre Kandidaten Gesa Tralau und Martin Habersaat. Hektor, der Gaukler, war gekommen, um zu helfen und die Kleinsten zu unterhalten. Und das tat er mit kleinen Kunststücken und seinen Luftballons, aus denen er Herzen, Hunde und Blumen zauberte. Auch die CDU half: Sie bedankte sich bei Klaus-Peter Puls für seine gute Arbeit im Landtag seit 1992.
Als seinen Nachfolger wünscht sich Klaus-Peter Puls Martin Habersaat: „Das ist nämlich ein Guter."

Auch Gesa Tralau und Martin Habersaat waren zum Täby-Platz gekommen, um für letzte Fragen zur Verfügung zu stehen und Rosen zu verteilen mit der Bitte an Alle, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Martin Habersaat fuhr anschließend weiter nach Schönningstedt, um auch mit dem dortigen SPD-Team für gerechte Bildung, neue Energie und gute Arbeit zu werben.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 26.09.2009, 23:01 Uhr - 4139 Clicks - Nr. 1159*

Ein rauschendes Abschlussfest

Nun sind sie vorbei, die neunten Stormarner Kindertage. Rund um das Glinder Gutshaus feierten die, um die es vom 14. bis zum 26. September ging, eine große Party. Mit dabei waren Riesen und Drachen, schräge Vögel und lustige Gaukler.

Mit dabei war auch, wie in den vergangenen Jahren, die SPD Stormarn mit einem Luftballonwettbewerb.
Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn: „Wir haben heute etwa 600 Luftballons in die Luft steigen lassen und sind sehr gespannt, wohin der Wind sie in diesem Jahr geweht hat. Im letzten Jahr bekamen wir viele Zuschriften aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Stormarner Kindertage sind eine Initiative der Stormarner Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Ziel ist es, Stormarn jedes Jahr ein Stück mehr kinderfreundlich zu gestalten. Susanne Danhier und Gesa Tralau, die Vorsitzende des Forum Familie der SPD Schleswig-Holstein, befanden: „Solche Kindertage stünden jedem Kreis gut zu Gesicht."

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 26.09.2009, 23:13 Uhr - 2282 Clicks - Nr. 1160*

Bundestags- und Landtagswahl am 27. September

Die SPD Glinde lädt am Tag der Bundes- und Landtagswahl ab 18.00 Uhr ins Bürgerhaus zur Wahlparty ein, um dort in geselliger Runde den spannenden Wahlabend zu erleben. Alle Interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, dabei zu sein.

Werner Braun, Orga-Leiter der SPD Glinde: "Rainhard Zug als Bürgermeister, Gesa Tralau für den Bundestag und Martin Habersaat für den Landtag - drei Wahlkämpfe gleichzeitig hatten wir noch nie zu bestreiten. Es ist uns gut gelungen, wir hatten viele gute Gespräche und positive Rückmeldungen - jetzt hoffen wir auch auf gute Wahlergebnisse."

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 27.09.2009, 21:31 Uhr - 18857 Clicks - Nr. 1161*

Erklärung zum Wahlergebnis

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Ich habe in den vergangenen vier Jahren gern und mit Energie für Sie und diesen Wahlkreis gearbeitet. Dabei habe sehr viele Menschen kennengelernt, denen ich viel zu verdanken habe – innerhalb meiner Partei und weit darüber hinaus.

Das Wahlergebnis ist eine bittere Niederlage für die SPD und auch für mich persönlich. Aber die

Demokratie ist wichtiger als jede persönliche Ambition.
Ich gratuliere meinem Mitbewerber Dr. Koschorrek und wünsche ihm bei der Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben in diesem Wahlkreis alles Gute.

Kommentar von Heike Umbach vom 06.10.2009, 12:40 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Hallo Herr Thiessen, meine Tochter und ich haben Sie in einem persönlichen Gespräch als kompetenten und engagierten Politiker kennengelernt. Wir waren sehr enttäuscht über das Wahlergebnis. Aber Demokratie funktioniert nunmal so. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute. Heike und Annika Umbach

Kommentar von Manuela und Ingolf Streich vom 03.10.2009, 17:28 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn, wir Lägerdorfer sind stolz, Dich als unseren Bundestagsabgeordneten gehabt zu haben. Gern gehen wir in 4 Jahren wieder mit Dir durch die Kreidegrube Saturn und essen "unsere" Lägerdorfer Kartoffelsuppe mit Dir als den nächsten Bundestagskandidaten. Für Deine neue berufliche Herausforderung wünschen wir Dir als Gute, senden Dir rote Grüße aus Lägerdorf zu - und: vergiss uns nicht! Manuela und Ingolf Streich

Kommentar von Stefan Tiedemann vom 02.10.2009, 03:39 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Hallo Jörn, auch wir vom Ortsverein Wewelsfleth möchten Dir danken für Deine Arbeit, die Du für unseren Kreis geleistet hast. Solch ein Wahlergebnis ist bitter für uns alle. Aber es lag bestimmt nicht an Dir, dass Du es nicht geschafft hast. Wir hoffen, dass Du uns jedoch auch weiterhin erhalten bleibst nach dem Motto nach der Wahl ist vor der Wahl. 4 Jahre sind nicht lang und es wäre schön, wenn unser Kandidat dann wieder Jörn Thießen heißen würde. Wir aus Wewelsfleth würden uns zusätzlich freuen, wenn Du vielleicht wieder Lust hast uns beim Bingo zu unterstützen. Alles Gute für Deine Zukunft

Kommentar von Uwe Amthor vom 30.09.2009, 18:38 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn, es ist schade, dass du die Wahl verloren hast. Ich wünsche dir vuel Glück und Erfolg beim Neustart. Uwe Amthor

Kommentar von Jürgen Klein vom 29.09.2009, 16:38 Uhr:
Danke
Lieber Jörn, ich bin traurig, mir fehlen die Worte. Es gibt kaum jemanden der es mehr verdient hätte MDB zu sein. Verloren haben die Menschen in Deinem Wahlkreis. Gewonnen hast Du – gewonnen haste Du - weil Du Menschen positiv beeinflusst hast – Es wäre ein Verlust für uns alle wenn Du nicht weiter politisch aktiv sein würdest. Die Bürger brauchen Dich und vor allem braucht die Sozialdemokratie Deine Art des positiven Denkens. und aktiven Handelns. Politiker müssen Menschen mögen, dass hast Du immer gezeigt und nicht nur dafür danke ich Dir. Ich stehe für den nächsten Wahlkampf bereit –aber nur, wenn der Kandidat Jörn Thießen heißt.

Kommentar von Niels Jurgons vom 29.09.2009, 16:28 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Liebe Jörn, auch ich kann mich nur den bisherigen Kommentaren anschließen. Du warst wirklich UNSER Abgeordneter; das es trotz intensivsten Wahlkampf nicht gereicht hat, finde ich mehr als traurig. Hoffentlich bleibst du dem Kreis Steinburg erhalten. Ich danke dir im Namen des gesamten Ortsvereins Kiebitzreihe für die letzten 4 Jahre. Viele Grüße, Niels

Jurgons

Kommentar von Sabine Titz vom 29.09.2009, 09:32 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn, schade, ein Schock, einfach nicht zu erklären. Dich kennengelernt zu haben, war ein Erlebnis. Trotz allem, mach weiter, die Menschen in deinem Wahlkreis brauchen dich.

Kommentar von Sönke Doll vom 29.09.2009, 09:09 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn, meinen Vor-Kommentatoren mag ich mich nur anschließen. Dein Einsatz im und für den Wahlkreis hätte ein viel besseres Erststimmenergebnis verdient! Ich hoffe, dass Du Deinem Wahlkreis treu bleibst und auch in Zukunft Verantwortung übernimmst, für Steinburg und die SPD! Zwei Ergebnisse solllte dieser Wahlsonntag gebracht haben: Große Koalitionen sind immer nur die zweite Wahl und es gibt derzeit keine Volksparteien mehr in Deutschland. In dieser Situation brauchen wir keine Aufrücker an der Parteispitze, sondern junge, unverbrauchte, authentische und vor allem leidenschaftliche Politiker! Du, lieber Jörn, bist damit eindeutig gefordert!! So schön Rom auch ist - die großen Aufgaben warten in Kiel und Berlin auf Dich! Schönen Gruß, Sönke.

Kommentar von Wolfram Göthert vom 28.09.2009, 22:40 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn Thiessen! Mit großem Bedauern habe ich das Wahlergebnis wahrgenommen! Selten habe ich einen Politiker erlebt, der sich so volksnah präsentiert hat und den Menschen in seinem Wahlkreis das Gefühl gegeben hat, für sie da zu sein! Ihre Niederlage bei der Wahl sehe ich als einen großen Verlust aller! Nicht nur in ihrem Wahlkreis. Das Wahlprogramm der SPD beinhaltet für mich den Versuch auf der einen Seite die Wirtschaft auf vernünftigem Wege zu konsolidieren, und auf der anderen Seite die sicherlich soziale Schieflage in unserem Land gerade zu rücken. Leider haben noch zu wenige diesen Weg erkannt.Ich bitte Sie trotzdem, diesen Weg weiter zu gehen! Die Menschen werden es ihnen irgendwann danken! Kopf hoch Jörn Thiessen! Sie sind authentisch und überzeugen! Die Menschen brauchen Politiker wie Sie!

Kommentar von Robert Hirse vom 28.09.2009, 13:58 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Sei nicht traurig, sondern denk dran, dass der Meiste nicht immer auch Recht hat. Und die Welle ausm Westen schon gar nicht.

Kommentar von Heinz-Jürgen Templin vom 28.09.2009, 11:42 Uhr:
Danke
Lieber Jörn, die Fraktion und der OV Wöhrden bedauern das Ergebnis deiner Wahl und danken für die geleistete Arbeit. Wir wünschen dir in deinem neuen Umfeld den gleichen Einsatz wie für die Politik und mehr Erfolg und Anerkennung deiner Arbeit und Leistung. Viel Glück Käte und Heinz-Jürgen Templin

Kommentar von S. Laatz vom 28.09.2009, 00:44 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Lieber Jörn, Du hast die Wahl nicht verloren - das haben andere geschafft. Wir haben für Dich gekämpft und auch gewonnen. Leider reicht das nicht. Aber vielleicht ist die Zeit jetzt endlich reif, dass die Anderen einmal nachdenklich werden und auf die wenigen Wahlgewinner in SH hören! Hoffentlich bleibst du uns erhalten. Rote Grüße aus Glückstadt

Kommentar von M.Seehusen vom 28.09.2009, 00:18 Uhr:
RE: Erklärung zum Wahlergebnis
Sehr schade. Aus meiner Sicht ein Verlust.

Kommentar von Horstrolf vom 27.09.2009, 21:44 Uhr:
R**E: Erklärung zum Wahlergebnis**
Mit Jörn Thießen verlieren wir einen leidenschaftlichen Parlamentarier - auch wenn er bei der SPD, ergo der falschen Partei, ist, schmerzt das sehr. Danke, Jörn Thießen!

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 27.09.2009, 22:02 Uhr - 59436 Clicks - Nr. 1162*

Wahlergebnisse
Zu den Wahlergebnissen im Land kommen jetzt nach und nach die Daten der Landeswahlleiterin auf den Server: Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein

Eine Bewertung der Ergebnisse werden die jeweiligen zuständigen Gremien der Partei vornehmen.
SPD-NET-SH dankt für das Interesse in den vergangenen Wochen und dankt den Wahlkämpferinnen und -kämpfern in Schleswig-Holstein für ihren engagierten Einsatz.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 28.09.2009, 00:06 Uhr - 3369 Clicks - Nr. 1163*

Die Gemeinde Steinfeld ist und wählt ROT
Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bedankt sich für eine hohe Wahlbeteiligung und für Ihr Vertrauern in die SPD!
Jweils die Direktkandiatin für die Landtagswahl in SH, Birte Pauls, und Wolfgang Wodarg, Direktkandidat für die Bundestagswahl, als auch die SPD haben in der Gemeinde Steinfeld erneut die meisten Stimmen erhalten.
Dieses sehr gute Wahlerbenis ist nur erreicht worden, da die SPD in der Gemeinde und im Ortsverein eine sehr kontinuierliche, konstruktive und vertrauensvolle Pateiarbeit im Sinne der Bevölkerung in Steinfeld leistet!

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 28.09.2009, 09:42 Uhr - 3832 Clicks - Nr. 1164*

Gut für die Menschen, gut für das Land, gut für Kiel
Zum Richtfest des Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrums Kiel (NRoCK) erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die SPD-Landtagsfraktion freut sich über den schnellen Fortgang bei der Errichtung des NRoCK. Das Gesundheitsland Schleswig-Holstein schafft damit einen Leuchtturm der medizinischen Maximalversorgung, der nicht nur über ganz Norddeutschland, sondern in den nordeuropäischen Raum hinein strahlt.
In dem Centrum werden Krebserkrankungen, die zu den wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderungen gehören, bald besonders effektiv bekämpft werden können.

Eine Öffentlich-Private Partnerschaft (PPP) hat es ermöglicht, die gewaltigen Investitionskosten aufzubringen. 200 hoch qualifizierte Arbeitsplätze sind ein wichtiger Impuls für die Landeshauptstadt.

Hier zahlt sich der Einsatz unserer bisherigen Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht und ihres Staatssekretärs Dr. Hellmut Körner für das Land aus – beide haben von Anfang an mit Nachdruck die Pläne für das Radioonkologische Zentrum verfolgt.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.09.2009, 15:31 Uhr - 4444 Clicks - Nr. 1165*

Thönnes, Hagedorn und Habersaat über die Liste in den Parlamenten

Die Bundes- und Landtagswahlergebnisse sind bitter für die SPD, die im Land nur 25,4% der Stimmen erreichen konnte. Gegen den Bundes- und Landestrend hatten auch die Stormarner Direktkandidaten keine Chance. Bettin Hagedorn und Franz Thönnes ziehen über die Landesliste wieder in den Bundestag ein. Gesa Tralau auf Listenplatz sieben ist die erste Nachrückerin. Nach der Bekanntgabe des vorläufigen Landtagwahlergebnisses durch den Landeswahlleiter kommt die SPD auf 25 Sitze im neuen Landtag.
Ihren Wahlkreis gewonnen haben nur die drei Lübecker und die drei Kieler SPD-Kandidaten. Die Liste zieht nach aktuellem Stand bis Platz 21, Martin Habersaat mit Listenplatz 20 gehört also dem nächsten Landtag an. Susanne Danhier aus dem Wahlkreis Nordstormarn ist erste Nachrückerin.

Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender: „Ich bedanke mich bei allen Wählerinnen und Wählern, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Außerdem bedanke ich mich für gute Gespräche, ermunternde Anrufe, anregende Emails und ganz viel Unterstützung von vielen Seiten. Der Wahlkampf war anstrengend, aber er hat Spaß gemacht, weil er mich mit so vielen netten und spannenden Menschen zusammengebracht hat, ich politisch viel Neues gelernt habe und nach wie vor Lust habe, dieses Land und unsere Zukunft zu gestalten."

Wie es jetzt mit der SPD weitergeht, wird in den nächsten Wochen in verschiedenen Gremien beraten werden.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 29.09.2009, 13:23 Uhr - 53348 Clicks - Nr. 1166*

Vielen Dank für Ihre Unterstützung

Die Ergebnisse der Wahlen am Sonntag haben uns sehr enttäuscht - Es ist ein bitterer Tag für die Sozialdemokratie. Das Ergebnis macht aber auch klar, dass soziale Gerechtigkeit nicht von alleine kommt. Sie muss erkämpft werden. Und das möchten wir weiterhin mit Ihnen gemeinsam tun. Wir danken allen, die uns bei diesen Wahlen ihr Vertrauen ausgesprochen haben und uns in diesen Wahlkämpfen unterstützt haben.

Der Wahlkampf der SPD hat schon immer von dieser Art Unterstützung gelebt. Es ist nicht das Geld von Großspendern, die teure Werbekampagnen finanzieren, sondern es sind Menschen wie Sie, die sich auf den Straßen und Plätzen engagiert einbringen, die mit Anderen reden und sie überzeugen, die auch im Internet zeigen, wofür die SPD steht.

Sie sind die Stärke der Sozialdemokratie: Frauen und Männer, die sich engagieren und für gerechte Bildung, gute Arbeit, starke Familien und eine konsquente Energiewende ohne Atomkraft streiten.

Ziele kann man nur erreichen, wenn man sie sich setzt und wenn man gemeinsam für sie eintritt. Machen Sie deswegen mit und setzen Sie sich ein für ein offenes, modernes und tolerantes Schleswig-Holstein ein. Sofern sie es noch nicht getan haben: Jetzt eintreten und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden: http://mitgliedwerden.spd.de/.

Danke für Ihre Unterstützung.

Ihre SPD Schleswig-Holstein

Kommentar von j. Boas vom 03.10.2009, 16:54 Uhr:
RE: Vielen Dank für Ihre Unterstützung
Sehr geehrte Damen und Herren der SPD, ich habe mir am Samstag vor der Wahl die Mühe gemacht ein - mir von einem Ihrer Mitstreiter ausgehändigtes - Wahlprogramm des Herrn Steinmeier durchzuackern und mit Marginalien zu versehen. Mit genau dem Akt des Aushändigens dieses Wahlprogrammes haben Sie meine Stimme verloren. Für mich wurde klar, daß die SPD weder im Bund noch im Land wählbar ist. Ein schwacher Trost mag sein, dass die Wahlprogramme der CDU/CSU und der FDP noch verheerender sind als Ihres. Auch wenn ich nicht mit allem einverstanden bin, so war doch das Programm der Grünen mit am kompaktesten und auch, aufgrund der enthaltenen Informationen nicht vage sondern diskutierbar. Rot/Rot/Grün wäre meine Wunschregierung. vor allem im Land. Dann müssten alle mal zeigen, dass sie für die Wähler da sind. Mit freundlichen Grüßen J. Boas

Kommentar von Ralf Ibs vom 02.10.2009, 14:04 Uhr:
RE: Vielen Dank für Ihre Unterstützung
Sicher resultiert dieses Wahlergebnis aus vielen Fehlern, die die SPD in den letzten Jahren gegangen hat. Und man kann sich noch einmal bei dem Abweichler "bedanken", der Heide Simonis seine Stimme verweigert hat. Darüber sollte jetzt in aller sachlicher Ruhe diskutiert werden. Das wir uns nämlich jetzt zerfleischen, darauf warten die ja nur. Diesen Gefallen sollte man denen aber nicht tun!! Ich meine aber auch, dass man vor der Wahl von zu vielen den Satz hörte: "Man habe ja immer SPD gewählt, aber diesmal wisse man gar nicht mehr warum". Es wird denen wohl bald einleuchten, warum sie bei der Stange hätten bleiben sollen. Dies mag auf den ersten Blick arrogant klingen, wenn man aber hört, was jetzt so in der Diskussion ist, trifft dies eben nicht zu.

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 29.09.2009, 17:36 Uhr - 5212 Clicks - Nr. 1167*

Auflösung der Links-Fraktion war vorhersehbar

Zur Auflösung der Fraktion „Die Linke" im Kieler Rathaus und zu den Austritten in der K.E.R.N-Region:

„Da vollzieht sich etwas, das wir geahnt haben. Mit Teilen dieser Linkspartei ist kein Staat zu machen.
Insofern hat der Klärungsprozess auch etwas Gutes: Unsere klare Entscheidung, mit Links- Partei und Fraktion zu dieser Kommunalwahl nicht zu kooperieren, war angesichts der engen Mehrheiten richtig und vorausschauend. Diese Partei muss sich erst noch finden." so der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 05.10.2009, 21:58 Uhr:
RE: Auflösung der Links-Fraktion war vorhersehbar
Finden Sie es nicht bedenklich eher zu erwägen mit einer Linkspartei zu kooperieren, die Stalinfeiern gutheißt, als mit demokratisch gesinnten Linken? Wenn die SPD nun gerade das von der Linken einfordert, was sie vorher kritisiert hat, so ist dies unglaubwürdig.

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 29.09.2009, 23:36 Uhr - 2985 Clicks - Nr. 1168*

Glückwunsch an Ralf Stegner

AfA-Vorstand gratuliert Ralf Stegner
Lieber Ralf,
Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender.
Auch wenn das Landtagswahlergebnis alles andere als erfreulich ist , liegt es nicht an den Programminhalten und Deinem Wahlkampf. Jegliche Kritik in dieser Hinsicht halte ich und die meisten Verantwortlichen in der AfA für verkehrt.
Die Nachwirkungen aus der bisherigen Bundespolitik sind viel dramatischer als viele es wahrhaben wollen, insbesondere auch diejenigen, die noch heute an der Rente mit 67 festhalten.
Als Landesvorsitzender der AfA bin ich mit meinen beiden Stellvertretern dabei, Dir weiterhin zu helfen, eine Arbeitnehmerpolitik der sozialen Wärme wieder zu entwickeln. Abrechnen sollten wir mit einer verkehrten Politik des Neoliberalismus.
Beste Grüße
AfA Landesvorsitzender
Wolfgang Mädel

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 30.09.2009, 06:27 Uhr - 7999 Clicks - Nr. 1169*

Diese Wahlen werden uns in keine "Schockstarre" versetzen

Zu den Wahlen erklärt der 1. Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes NF:

Die Ergebnisse der Bundes- und Landtagswahl sind ohne jeden Zweifel mehr als enttäuschend. Es ist ein Ergebnis, dass wir so nicht erwartet haben. Und dennoch werden uns diese Wahlergebnisse in keine „Schockstarre" versetzten. Sie werden Ansporn sein.

Die Wählerinnen und Wähler haben sich entschieden und das Ergebnis ist so zu akzeptieren. Wir bedanken uns bei den Wählerinnen und Wählern, die uns mit ihrer Stimme ihr Vertrauen ausgesprochen haben.
Im Kreisvorstand und in den Ortsvereinen werden wir diese Wahlen analysieren und unsere Schlüsse ziehen. Ebenso wird sich der Kreisparteiausschuss mit den Ergebnissen dieser Wahlen beschäftigen.
Die SPD in Nordfriesland hat vier starke Kandidaten den Mitbewerbern gegenüber gestellt und auf die deutlichen Unterschiede hingewiesen.
Die Wählerinnen und Wähler haben ihre Wahl getroffen. Sie haben sich für eine Schwarz-Gelbe Regierung entschieden und können oder müssen nun hoffen, dass aus den nichtssagenden Wahlprogrammen Zukunft gestaltet wird. In den nächsten Monaten werden wir wissen, was die neuen Regierungen vorhaben und umsetzen. Die CDU hatte sich in Schleswig-Holstein zu keiner Aussage zu künftigen Sparmaßnahmen nötigen lassen.

In Schleswig-Holstein war es eine reine Personenwahl und hätte eigentlich eine Programmwahl sein sollen. In Schleswig-Holstein wurde Schwammigkeit und Weiter-so statt Gradlinigkeit und Zukunft gewählt.
Die Wählerinnen und Wähler, die auf Schwarz-Gelb gesetzt haben, haben wissentlich die „Katze im Sack" gekauft. Alle Nichtwähler/innen und Protestwähler/innen zeichnen für dieses Wahlergebnis ebenfalls verantwortlich.
Eines ist sicher: Mindestlöhne wird es nicht geben, dafür aber weiter Leiharbeit zu Dumpinglöhnen, die „Liberalisierung" der Märkte wird weitergehen, das CCS-Gesetz wird kommen mit allen derzeit möglichen Folgen, Steuergeschenke und Staatsschuldenabbau werden wohl durch Mehrwertsteuererhöhungen realisiert, Bildung und Kita´s gibt es nur noch für die, die es sich leisten können - Studiengebühren in Schleswig-Holstein?, Stillstand in der Schulreform, der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird nur moderat erfolgen, ein neues Energienetz und Erdkabelgesetz wird es in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren nicht geben, der Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie wird erfolgen, die Laufzeiten von Kernkraftwerken werden verlängert.
Die Wählerinnen und Wähler haben ihre Wahl getroffen. Wollen wir mal sehen, wann ihre Hoffnungen wie die „Versprechungen" wie Seifenblasen platzen.
Nun gilt es in offensiver Oppositionspolitik Schwarz-Gelb zu überwachen und an ihre Zusagen zu gegebener Zeit zu erinnern. Die SPD in Nordfriesland wird ihren Teil dazu beitragen.

Horst Deyerling, 1. Vorsitzender

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 01.10.2009, 14:54 Uhr - 46251 Clicks - Nr. 1170*

"Blutbad in Guinea lässt Konservative kalt"

Wegen Massakers in Westafrika: Sozialdemokraten verhindern Fischereiabkommen mit Guinea
Die Sozialdemokraten im Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments haben heute erfolgreich verhindert, dass das zur Abstimmung stehende partnerschaftliche Fischereiabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Guinea angenommen wurde.

"Es kann doch nicht sein, dass am Montag mehr als 150 Menschen in Guinea abgeschlachtet

werden und wir als Parlament, vornehmlich unsere konservativen Kollegen, dabei seelenruhig zusehen und zur Tagesordnung übergehen", erklärte die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete und Koordinatorin der Fraktion im Fischereiausschuss Ulrike RODUST.

Die Sozialdemokraten forderten, mit der Abstimmung zum Fischereiabkommen nichts zu überstürzen, sondern die genauen Umstände des Massakers in Guinea zu klären. "Wir dürfen nicht blind ein Abkommen verlängern, ohne sicher zu sein, dass die Gelder auch bei den Fischern vor Ort ankommen und nicht in dunklen Kanälen verschwinden", mahnte Ulrike RODUST.

Die partnerschaftlichen Abkommen der EU mit Drittstaaten sollen eine nachhaltige und verantwortungsvolle Fischerei fördern sowie Arbeitsplätze schaffen. In die Kritik geraten diese Abkommen aber immer wieder, da die Gelder aufgrund mangelnder Kontrolle oft nie dort hingelangen, wo sie helfen sollen. "Das wollen wir Sozialdemokraten nicht mitmachen und fordern deshalb mehr Kontrollen, um den betroffenen Menschen in Guinea auch tatsächlich zu helfen", bekräftigte Ulrike RODUST abschließend.

Hintergrund: Die Armee in Guinea war am Montag äußerst brutal gegen eine Kundgebung der Opposition in einem Stadion vorgegangen. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden dabei mindestens 157 Menschen getötet und mehr als 1250 verletzt. Zudem sollen Soldaten Frauen in dem Stadion und auf offener Straße vergewaltigt und gequält haben. Partnerschaftliche Abkommen der EU mit Drittstaaten: es existieren 21 dieser Abkommen, die darauf abzielen, dass sich vor Ort eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Fischerei entwickelt. Außerdem enthalten sie eine Art "Verhaltenskodex", das heißt es werden genaue Angaben zum Fangaufkommen, Sozial- und Arbeitsstandard, Bezahlung usw. gemacht.

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 02.10.2009, 11:56 Uhr - 2073 Clicks - Nr. 1171*

"Dat Du mien Stormarn büst" - Plattdeutsch-Schreibwettbewerb beendet!
Der vom Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie seit Anfang Juni 2009 veranstaltete Plattdeutsch-Schreibwettbewerb "Dat Du mien Stormarn büst" ist nun beendet. Insgesamt wurden knapp 10 Wettbewerbsbeiträge eingereicht - ausser Teilnehmern aus Stormarn erreichte den Veranstalter sogar ein Beitrag aus Lissabon. Der jüngste Wettbewerbsteilnehmer aus Stormarn ist gerade mal sieben Jahre alt.

Alle Beiträge werden jetzt an die Jury weitergereicht, die bis Ende Oktober Zeit hat, die Preisträger zu ermitteln. In dieser Zeit wird das Kulturforum die Preise organisieren - u.a. haben bereits die Oldesloer Bühne, die Niederdeutsche Bühne Ahrensburg sowie das Ohnsorg-Theater Preise zugesagt.

Die Preisverleihung findet am Donnerstag, den 12. November 2009 im Bürgerhaus, Bad Oldesloe statt. Dabei werden die prämierten Geschichten von Schauspielern bzw. dem Intendanten des Ohnsorg-Theaters vorgelesen.

Über uns: das Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie ist aus dem Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie hervorgegangen, dass seit 2006 eine Reihe interessanter Lesungen, Wettbewerbe sowie zuletzt ein Konzert (mit der Sopranistin Martina Doehring sowie

Björn Engholm als Vorleser und Rezitator) sowie die Wettbewerbe "arMUT" (Foto) und "Die Sache, die ist rund - Bad Oldesloe wird bunt" (Kindermalwettbewerb) veranstaltet hat.

Das Stormarner Kulturforum ist übrigens seit kurzem auf youtube - http://www.youtube.com/user/KulturforumStormarn ... und: folgen Sie uns auf twitter / Follow me on http://twitter.com/cps2006

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 03.10.2009, 13:08 Uhr - 8034 Clicks - Nr. 1172*

SPD-Kreisvorstand: Gründliche politische Analyse erforderlich

Nach der Sitzung des Kreisvorstandes der SPD Rendsburg-Eckernförde am 01. Oktober 2009 erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB, zum Ausgang der Landtags- und der Bundestagswahl:

Auch nach den enttäuschenden Wahlergebnissen am vergangenen Sonntag stehen wir bei den Menschen in der Pflicht. Viele haben uns ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern und werden weiter für unsere Inhalte kämpfen. Wir bedanken uns auch bei allen, die im Wahlkampf geholfen haben. Unsere Kandidaten haben einen engagierten Wahlkampf geführt. Wir danken Martin Klimach-Dreger und Ulf Daude für ihre gute Arbeit und gratulieren Kai Dolgner und Ralf Stegner zum Landtagsmandat sowie Sönke Rix zum erneuten Einzug in den Bundestag.

Eine erste Analyse zeigt, dass die SPD vor allem wegen eines Vertrauensdefizits in wichtigen inhaltlichen Fragen die Wahlen verloren hat. Dies muss gründlich aufgearbeitet werden. Inhaltlich gilt dafür das Hamburger Programm. Die SPD hat ein sehr gutes Grundsatzprogramm, das als Orientierung dient. Das wichtigste Thema für die SPD ist weiterhin die soziale Gerechtigkeit. Dieses Thema muss nun gestärkt, Vertrauen zurück gewonnen werden.

Für eine Personaldebatte oder die schnelle Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitages mit vorgezogenen Vorstandswahlen sieht der SPD-Kreisvorstand keine Veranlassung.

Der SPD Kreisvorstand begrüßt die Absicht des Landesvorstandes, eine gründliche politische Analyse der Wahl zu erarbeiten und breit zur Diskussion zu stellen. Die SPD Rendsburg-Eckernförde wird konstruktiv daran mitarbeiten.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 03.10.2009, 22:21 Uhr - 3887 Clicks - Nr. 1173*

Bahn frei für Klaus Plöger

Der Kreis Stormarn wird auf die Ausschreibung der Stelle einer Landrätin oder eines Landrates anlässlich der anstehenden Landratswahl verzichten. Dies beschloss der Stormarner Kreistag auf seiner Sitzung im September. Dies hatte die SPD beantragt, da man mit dem amtierenden Landrat Klaus Plöger zufrieden ist und sich nicht auf die Suche einem anderem machen wollte.

Reinhard Mendel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn: „Klaus Plöger

ist seit 1998 Landrat. In der Zeit hat sich der Kreis Stormarn, der ohnehin ein starker Kreis ist, gut entwickelt. Klaus Plöger hat die Verwaltung gut aufgestellt und frischen Wind in den Verwaltungsrat der Sparkasse gebracht."

Alle Fraktionen betonten die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik in Stormarn. Joachim Wagner, der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, sagte: „Wir beurteilen hier nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Amtsführung. Und kein Landrat setzt sich so engagiert für die Interessen seines Kreises ein wie Klaus Plöger."

Mit den Stimmen von SPD, CDU, der LINKEN und Teilen der FDP wurde auf eine Ausschreibung verzichtet. Die CDU kündigte an, keinen anderen Kandidaten als Klaus Plöger aufzustellen und damit ist klar: der neue Landrat wird 2010 auch der alte sein.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 03.10.2009, 22:22 Uhr - 4452 Clicks - Nr. 1174*

SPD diskutiert Konsequenzen aus den Wahlergebnissen

In einer ersten Sitzung beschäftigten sich Mitglieder des Kreisvorstandes der SPD Stormarn, Kandidatinnen und Kandidaten und Vertreter der Arbeitsgemeinschaften mit dem Ausgang der Wahlen vom 27. September, bei der die SPD in Land und Bund Rekordverluste zu verbuchen hatte. Franz Thönnes und Bettina Hagedorn zogen über die Liste in den Bundestag ein, Gesa Tralau verpasste den Einzug knapp.
Von den drei Stormarner Landtagskandidaten der SPD gelang nur Martin Habersaat über die Liste der Einzug in den Landtag, Susanne Danhier ist erste Nachrückerin. Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn: „Nach so einem Ergebnis kann die SPD auch in Stormarn nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Was wir brauchen, ist ein längerer Prozess der Erneuerung, aber auch der Rückbesinnung auf alte Tugenden."
Uwe Teut brachte für die AfA den Vorschlag ein, sich in einer größeren Runde mit den Wahlergebnissen und Zukunftsperspektiven zu beschäftigen. Nun werden zunächst die Landtagskandidaten in ihren Wahlkreisen Stimmungen sammeln und Ortsvereine die Ergebnisse aufarbeiten. Dann soll es eine Zukunftskonferenz geben, in deren Rahmen erst die Entwicklung der SPD seit den 1990er-Jahren betrachten werden soll, um danach Perspektiven für die kommenden Jahre zu entwickeln.
Martin Habersaat: „Die Zeit der absoluten Mehrheiten für eine der beiden Volksparteien ist sicher vorbei, wir werden keine Parlamente mit nur drei Fraktionen mehr erleben. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass die SPD auch in Zukunft gebraucht wird, um das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern, gerechte Bildungs- und Aufstiegschancen zu organisieren und für einen Staat zu kämpfen, der von und für Menschen und nicht vom Markt gesteuert wird."

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 04.10.2009, 19:34 Uhr - 8618 Clicks - Nr. 1175*

CDU und FDP stehlen sich aus der Verantwortung für Helgoland

Thorsten Fischer und Peter Botter kritisieren die Entscheidungen der beiden Fraktionen im Kreistag am 30. September im Kreistag

„Es sieht nicht gut aus für die Jugendherberge in Helgoland", befürchtet Peter Botter, Helgoländer SPD-Kreistagsabgeordneter. Hintergrund der Befürchtungen des Helgoländers ist die von CDU und FDP im Kreistag abgelehnte Nachfinanzierung von Sanierungskosten in Höhe von 51.200,00 €.

Wie es jetzt weitergehen soll, ist für Botter völlig unklar. Die Sanierung und Modernisierung in Höhe von insgesamt 4,4, Mio. € sollte vom Bund, dem Land, dem Kreis, der Gemeinde Helgoland und dem Träger gemeinsam finanziert werden. Bis auf den Kreis haben alle anderen ihre Finanzzusagen eingehalten und auch die Mehrkosten auf Grund von nicht vorhersehbaren Schäden und kostenträchtigen Auflagen der Denkmalschutzbehörde anerkannt. Botter befürchtet nun, dass die geplante Freizeithalle, ein zentrales Teilstück der Modernisierung, nicht gebaut werden kann. Für die Insel -so Botter- ein Verlust für den Tourismus insgesamt. Eine attraktive Jugendherberge sei der beste Werbeträger, der sich in späteren Besuchen auszahle.

Thorsten Fischer –Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses- sieht jetzt den amtierenden Jugendminister Christian von Boetticher (CDU) in der Pflicht. Der hatte vor den Wahlen bei der Wiederinbetriebnahme das neue Haus als einen Gewinn für die Jugend Gewinn gelobt und als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur Helgolands hervorgehoben. Gerade vom Pinneberger CDU Abgeordneten erwartet Fischer, dass von Boetticher seinen Parteifreunden im Kreistag seine richtige Einschätzung über die Bedeutung der Jugendherberge für Helgoland eindringlich klar macht und sie von der Nachfinanzierung überzeugt.

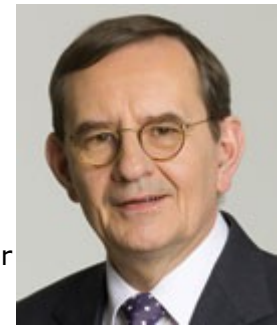
Gelegenheit zum Umdenken wird die CDU bekommen. Zum Haushalt 2010 wird die SPD ihren Antrag erneut stellen.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 05.10.2009, 17:27 Uhr - 2105 Clicks - Nr. 1176*

Bericht aus der Fraktion - Oktober 2009

Die Gemeinderatsfraktion der SPD Barsbüttel berichtet:



Konjunkturpaket hängt

Die Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket II, mit denen in Barsbüttel vor allem die energetische Sanierung der Grundschule Willinghusen finanziert werden soll, hängen in Kiel fest. Die Investitionsbank hat nach Auskunft der Verwaltung die Barsbüttler Anträge noch nicht abgearbeitet.

Martin Habersaat im Landtag

Der Barsbütteler SPD-Gemeindevertreter Martin Habersaat ist jetzt Mitglied des Landtags.

Habersaat zog über die SPD-Landesliste in den Landtag ein und sagte: „Ich bin im Wahlkreis 34 unterlegen, möchte mich aber an dieser Stelle bei meinen 11.836 Wählerinnen und Wählern bedanken. Die anderen werde ich hoffentlich durch meine Arbeit in den nächsten fünf Jahren überzeugen."

Internet: www.martinhabersaat.de

Neuwahl des Seniorenbeirats

Die fünfjährige Amtszeit des aktuellen Seniorenbeirates läuft aus. Wahlvorschläge für den nächsten Beirat können bis zum 26. Oktober bei der Verwaltung eingereicht werden.

Danach werden die Wahlvorschläge bekannt gegeben, am 9. November stellen sich alle BewerberInnen um 19.00 Uhr vor und bis zum 8. Dezember wird per Briefwahl ein neuer Seniorenbeirat für die Gemeinde Barsbüttel gewählt.

Neues Flutlicht für Willinghusen

Die Gemeindevertretung hat auf ihrer letzten Sitzung Mittel von 40.000 Euro für eine neue Sechs-Mast-Flutlichtanlage für den Sportplatz in Willinghusen freigegeben.

Neues Beratungszentrum im Bürgerhaus

Am 5. Oktober wurde im Bürgerhaus Barsbüttel (Soltausredder) ein neues Beratungszentrum eröffnet.

Die Südstormarner Vereinigung für Sozialarbeit, der neu installierte „Behörden-lotse" und der Schwerbehindertenbeauftragte der Gemeinde Barsbüttel bieten im Bürgerhaus kostenlose Beratung.

Jahresabschluss Schwimmhalle

Die Gemeindevertretung hat das Jahres-ergebnis 2008 des Fördervereins Schwimmhalle e.V. zur Kenntnis genommen und sich beim Förderverein für die wiederum hervorragend geleistete Arbeit bedankt.

Gastschulabkommen

Hamburg hat das Gastschulabkommen gekündigt, das mit Schleswig-Holstein den Schulbesuch über Landesgrenzen hinweg regelte.

Nach der Landtagswahl wird jetzt allgemein gehofft, dass Hamburg und Schleswig-Holstein sich zügig über ein neues Abkommen einigen. Martin Haber-saat: „Es darf nicht sein, dass zwei CDU-Regierungschefs ihre Animositäten auf dem Rücken von Eltern und Schülern austragen!"

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 05.10.2009, 21:49 Uhr - 9236 Clicks - Nr. 1177*

Jusos Kreisverband Pinneberg gewinnen ersten Preis

Die Bundes-SPD prämiert die besten Aktivitäten der jungen Teams im Wahlkampf.

Herzlichen Glückwunsch unseren Jusos zum ersten Preis! Ungewöhnlich, kreativ und aussagekräftig - so kann man die Aktion "Atommüll verbuddeln" des Jungen Teams Pinneberg bezeichnen. Daher war es nur gerecht, dass sie den ersten Platz beim Wettbewerb "Meine Aktion" gewonnen haben. Das Team kann sich nun über eine Reise auf den Spuren des Mauerfalls über Leipzig nach Berlin freuen.
Den zweiten Platz machte das Junge Team Gelsenkirchen, die mit ihrem Dauerwahlkampf vor dem Wahltag wahre Durchhaltekraft bewiesen haben. Die letzten 144 Stunden vor der Schließung der Wahllokale wurden in der Innenstadt mit rotem Sofa, Verteilaktionen und weiteren Ideen wirklich genutzt.
Das Junge Team Erfurt hat Dieter Althaus aus seinem Regierungssitz ziehen lassen - Die Aktion "Althaus zieht aus" bescherte den jungen WahlkämpferInnen daher den dritten Platz.
Kommentar von Cornelius Samtleben vom 07.10.2009, 11:24 Uhr:
Fotos der Aktion
Fotos können unter:
http://picasaweb.google.de/jusospinneberg/EntschuldigenSieBitteWirHattenDaEinWenigAtommull angeguckt werden.

Kommentar von Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie vom 07.10.2009, 10:17 Uhr:
RE: Jusos Kreisverband Pinneberg gewinnen ersten Preis
Moin, herzlichen Glückwunsch zu dieser super Aktion! Wo kann man denn Bilder einsehen?
Herzliche Grüsse aus Bad Oldesloe - Christian P. Schlichte
---------- Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie & Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie Veranstaltung von Lesungen, Konzerten & Wettbewerben ----------
http://www.ipernity.com/doc/bad-oldesloer-kulturforum
http://www.ipernity.com/doc/stormarner-kulturforum
---------- Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie auf youtube: http://www.youtube.com/user/KulturforumStormarn & facebook: http://www.facebook.com/profile.php?id=100000073080058
---------- CP auf twitter, last.fm und ipernity: http://cps2006.soup.io ----------

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.10.2009, 10:05 Uhr - 1398 Clicks - Nr. 1178*

Haushaltskonsolidierung braucht stabile Steuerpolitik in Bund und Land!
Zum Statusbericht 2008/2009 des Rechnungsprüfungsamtes der Landeshauptstadt Kiel erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
„Das Rechungsprüfungsamt beschränkt seinen Statusbericht aufgrund seiner Zuständigkeit auf die Ausgabenseite.

Allein durch Einsparungen in den Verwaltungsabläufen oder durch die Reduzierung von freiwilligen Leistungen (z.B. im Kulturbereich) ist aber kein Großstadthaushalt, auch nicht der Kieler Haushalt, zu konsolidieren. Grundlage jeder Haushaltskonsolidierung sind stabile Steuereinnahmen, die Konsolidierungsspielräume eröffnen. Diese Einnahmen werden vor allen Dingen von staatlicher Seite – und nicht von der Stadt – bestimmt, z.B. die städtischen Anteile an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Die vor der Bundestagswahl und vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl geäußerten Ankündigungen von CDU, CSU und FDP zur Senkung dieser Steuern würde die Einnahmen im Kieler Stadthaushalt empfindlich verringern und die Finanzierung von wichtigen öffentlichen Aufgaben wie Kinderbetreuung und Schulbausanierungen in Frage stellen. SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung fordern deshalb die Unionsparteien und die FDP auf, von diesen Steuersenkungsversprechen Abstand zu nehmen. Kiel braucht eine stabile Steuerpolitik in Bund und Land!
Mit der Einführung des neuen doppischen Verfahrens ist ein richtiger Schritt getan. Zugleich sind viele vorherige Konsolidierungsmaßnahmen, z.B. der sog. „Eckwertebeschluss", schon durch die Verfahrensumstellung gegenstandslos geworden. Deshalb haben SPD, GRÜNE und SSW den Oberbürgermeister und den Kämmerer in der Ratsversammlung im Dezember 2008 beauftragt, ein neues, an die Doppik angepasstes Konsolidierungskonzept zu entwickeln. Dieser neue „Kieler Konsolidierungspfad" soll aus einem Reformkataster bestehen, in welchem die strategischen Ziele, die Fortsetzung der Verwaltungsreform einschließlich der Aufgabenkritik und die Haushaltskonsolidierung zusammengeführt werden. Der Auftrag für den „Kieler Konsolidierungspfad" enthält bereits Vorgaben, die im Statusbericht 2008/2009 vom Rechnungsprüfungsamt an der derzeitigen Haushaltsführung kritisiert werden: SPD, GRÜNE und SSW fordern genau wie das Rechnungsprüfungsamt mehr dezentrale Ressourcenverantwortung, eine Verlagerung des Controllings in die Fachdezernate, eine bessere Schulung der Beschäftigten in den neuen Methoden der Doppik und die Schaffung von Grundlagen für eine systematische Aufgabenkritik."

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 06.10.2009, 15:11 Uhr - 2974 Clicks - Nr. 1179*

Osterrönfeld im Zentrum des Weltsports

Am zurückliegenden Wochenende (2. bis 4. Oktober) war die Region Rendsburg Zentrum des internationalen Rudersports. Am Nord-Ostsee-Kanal direkt unter der Rendsburger Hochbrücke gab es an drei Tagen Rudersport vom Feinsten. Der EON-Hanse-Cup 2009 trotzte dem schlechten Wetter...

Dieses Jahr stand das Ruderereignis des Jahres zeitweise auf der Kippe. Starker Wind und immer wiederkehrende Regenschauer zwangen die Veranstalter des Ruderwochenendes bereits am Samstag dazu, die geplanten Drachenbootwettbewerbe abzusagen, ebenso wie das musikalische Abendprogramm auf der NDR-Bühne.

Das fast 13km lange Ruderrennen der internationalen Ruderachter am Sonntag konnte dann aber glücklicherweise stattfinden. Trotz weiterhin schlechten Wetters kamen tausende Besucher an den Kanal und verfolgten das Rennen zwischen den Achtern aus den USA, Kanada, Großbritannien und Deutschland.

An der gesamten Strecke wurden die Ruderer angefeuert und auch am Rendsburger und Osterrönfelder Kanalufer jubelten die Zuschauer die Achter ins Ziel. Dort konnte der deutsche Achter zum wiederholten Male als Erster über die Ziellinie fahren und siegte vor Kanada, USA und Großbritannien.

Keine Kommentare

AG60plus Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 06.10.2009, 17:59 Uhr - 4719 Clicks - Nr. 1180*

10 Jahre PflegeNotTelefon

Die Pflege verlangt den Menschen viel ab. Zeitlichen Aufwand, Kraft und Nerven. Das kann zur Belastung werden, körperlich und seelisch, für die Pflegebedürftigen wie auch für die Pfleger, das sind Angehörige oder Nachbarn, ehrenamtliche Helfer und Sozialarbeiter, Ärzte und Betreuer. Um Pflegern und Bedürftigen in diesen schwierigen Pflegesituationen zu helfen, forderten vor 11 Jahren die Älteren von der damaligen Sozialministerin Heide Moser und der SPD Landtagsfraktion um Unterstützung!

Seit 10 Jahren besteht jetzt das PflegeNotTelefon. Daran erinnerte Detlef von Schlieben auf einer Sitzung des Landesvorstandes der SPD AG 60plus. Damals wurde der Landtagsbeschluss „Gewalt gegen ältere Menschen" verabschiedet. Danach soll all denen, deren Würde verletzt, die sich verunsichert fühlen oder ängstigen, sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlen, geholfen werden.

Das PflegeNotTelefon ist eine neutrale Anlaufstelle für alle, denen die Sorgen über den Kopf wachsen und wird von der AWO betreut. Das schleswig-holsteinische Sozialministerium fördert das Projekt finanziell. Die frühere Sozialministerin Gitta Trauernicht hat rechtzeitig dafür gesorgt, dass das PflegeNotTelefon gesetzlich verankert und somit für die Zukunft gesichert ist. Dieses Projekt wurde erstmalig von Kiel aus bundesweit in den einzelnen Ländern weiter verfolgt. – „Mit diesem Erfolg hat", so Detlef von Schlieben, „die AG 60plus ihren ständigen Einsatz für die sozialen Belange der Älteren unter Beweis gestellt!"

Das PflegeNotTelefon ist rund um die Uhr – auch an Sonn- und Feiertagen unter der Tel. Nr. 01802 494847 erreichbar.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 06.10.2009, 20:21 Uhr - 6094 Clicks - Nr. 1181*

"Den Weg zur sozialen Gerechtigkeit konsequent weitergehen!"

Zum Ergebnis der Bundes- und Landtagswahl erklärt der Flensburger SPD-Vorsitzende Helmut Trost u.a.:
"Auch einige Tage nach der Wahl sitzt der Schock noch tief. Das Ergebnis der Doppelwahl ist für unsere Partei verheerend und insbesondere für die Flensburger SPD ein Katastrophe. Es wird zukünftig weder im Landtag noch im Bundestag einen sozialdemokratischen Abgeordneten geben, der dort unseren Wahlkreis vertritt.

Über die Gründe für unsere Niederlage werden wir uns im Rahmen der Wahlanalysen ausführlich austauschen. Diese Analysen nicht folgenlos bleiben – wir werden daraus Schlussfolgerungen für unsere weitere Arbeit und unsere inhaltliche Ausrichtung ziehen müssen.

Die vielen Veranstaltungen und Gespräche während des Wahlkampfes haben mir eines gezeigt: Wir müssen den Weg zur sozialen Gerechtigkeit konsequent weitergehen, die Herzen der Menschen erreichen und dabei geschlossen auftreten.
Am mangelnden Einsatz oder fehlenden Engagement der Mitglieder und unserer Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hat es nicht gelegen. Im Gegenteil: Ihnen müssen wir hohe Anerkennung aussprechen – für ihren nimmermüden Einsatz, für ihre Kreativität und Fantasie, ihre Bereitschaft zu Rund-um-die Uhr-Aktivitäten bis in die Nacht, um dann in den frühen Morgenstunden weiterzumachen. In den Unterstützerteams, den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften hat es rund einhundert Flensburger Aktive gegeben, die mit aller Kraft versucht haben, die Mandate zu erobern. Ihnen und all denen, die diesen Aktiven zusätzlich mit Rat und Tat geholfen haben, möchte ich ganz herzlich danken. Sie haben gezeigt, welche Kraft in der Sozialdemokratie steckt und welche Bereitschaft zu solidarischer Unterstützung.

Der Dank gilt auch denjenigen, die materiell geholfen haben: mit Verpflegungspaketen am Infostand oder mit Selbstgebackenem beim Sommerfest, aber auch mit kleinen und größeren Spenden, ohne die vieles nicht möglich gewesen wäre. Leider ist dieser Einsatz nicht belohnt worden.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 06.10.2009, 22:47 Uhr - 4415 Clicks - Nr. 1182*

Linke in Kiel soll Verhältnis zu Abweichlern klären

Zur aktuellen Debatte im Ältestenrat zur Spaltung der Kieler Ratsfraktion Die Linke:
"Nach § 32 a, Abs. 1 der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung ist es nicht möglich, dass eine Partei über zwei Fraktionen in einer Gemeindevertretung verfügt. Deshalb muss Die Linke ihre Abweichler aus der Partei ausschließen. Sollte sie dies nicht tun, bleibt Die Linke eine Fraktion und eine Abspaltung hat keinen Anspruch auf zusätzliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln
Diesen Widerspruch muss der Kreisverband der Linken umgehend klären.

Nur so ist Die Linke als kommunale Kraft gerechtfertigt", so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 07.10.2009, 21:19 Uhr:
RE: Linke in Kiel soll Verhältnis zu Abweichlern klären
In der Gemeindesatzung Absatz 1 (http://sh.juris.de/sh/GemO_SH_2003_P32a.htm) steht zwar: "In der Gemeindevertretung bilden diejenigen Gemeindevertreterinnen und -vertreter eine Fraktion, die auf Vorschlag derselben Partei oder Wählergruppe gewählt wurden." Aber Absatz 3 definiert ebenfalls: "Mitglieder einer Fraktion ... können ihre Fraktion durch schriftliche Erklärung gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung verlassen." Sowie in Absatz 4: "Fraktionslose Gemeindevertreterinnen und -vertreter können sich durch schriftliche Erklärung gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu einer Fraktion zusammenschließen oder einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten." Absatz 5 definiert, dass es mindestens 2 Vertreter sein müssen um einen Fraktionsstatus zu erhalten. Für mich ist das ein klarer Fall, dass sich die neue Fraktion im Rahmen des gesetzlichen Rahmens bewegt. Ich sehe da keine Möglichkeit einer zweiten Interpretation?

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 06.10.2009, 22:54 Uhr - 4809 Clicks - Nr. 1183*

ECE-Vorschlag guter Aufschlag im Wettbewerb

Zu den von ECE vorgelegten neuen Plänen zum Kieler "Altstadtquartier": "Die bekannt gewordenen neuen Eckpunkte für das Altstadtquartier sind ein guter Start für den gewünschten Wettbewerb. Insbesondere der Erhalt des Schlosses, der für uns sehr wichtig war und bleibt, scheint nun durch ECE gewährleistet. Auch der erhöhte Wohnanteil kommt unseren Zielen und Beschlüssen entgegen.
Das neue "Stadttor" ist ein interessanter, zu prüfenden städtebaulicher Ansatz, der mit der geplanten "Kulturmeile" verbunden werden könnte. Weiterhin schwierig erweist sich allerdings die Philharmonie, für die es keine belastbare Finanzierung gibt. Die Verbesserung der vorhandenen Konzertsaales hat für uns bisher absolut Priorität", so SPD-Kreischef Rolf Fischer.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 07.10.2009, 15:54 Uhr - 2801 Clicks - Nr. 1184*

SPD beantragt Einsetzung des 1. PUA der 17. Wahlperiode
Die SPD-Landtagsfraktion wird in die erste Sitzung des neu gewählten Landtages einen Antrag auf Einsetzung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode einbringen. Dazu erklärt der Obmann der SPD-Fraktion im PUA, Jürgen Weber:
Der erste Parlamentarische Untersuchungsausschuss soll in Fortsetzung der Arbeit des PUA der 16. Wahlperiode die Vorgänge um die Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank aufklären. Dazu wollen wir den Untersuchungsauftrag ergänzen. Deshalb haben wir vor dem Hintergrund weiterer seit der Einsetzung des letzten PUA bekannt gewordenen Sachverhalte unseren damaligen Antrag um einige Einzelfragen und Fragenkomplexe erweitert.

Nach den Enthüllungen über den 2,9-Mio-Bonus für Vorstandschef Nonnenmacher möchten wir nun wissen, welchen weiteren Vorstandsmitgliedern Boni und Sonderzahlungen oder andere Leistungen gewährt wurden, über die Parlament und Öffentlichkeit bisher im Unklaren gelassen wurden.

Wir haben den Themenkomplexen Aufbau und Management des Kreditersatzgeschäftes, Gründung und Verwaltung der Zweckgesellschaften, Risikocontrolling durch Vorstand und Aufsichtsrat sowie Information des Parlamentes und seiner zuständigen Ausschüsse durch HSH Nordbank und Landesregierung zwei weitere hinzugefügt. So geht es uns auch um Aufklärung, wie es zu der Überweisung von 45 Mio Dollar an die Investment Bank Goldman Sachs im Herbst 2008 kommen konnte. Darüber hinaus wollen wir aus der Arbeit des PUA effektive Schlussfolgerungen ziehen: Der PUA soll dem Parlament Vorschläge unterbreiten, wie zukünftig Vermögensschäden und finanzielle Risiken für das Land durch Fehlentwicklungen in Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, vermieden werden können.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Gemäß Artikel 18 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (Untersuchungsausschussgesetz) wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank seit ihrer Gründung im Jahr 2003 bis zum Juni 2009 untersucht, die dazu geführt haben, dass eine grundlegende strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank notwendig wurde und der Fortbestand der HSH Nordbank nur durch Kapitalzuführungen sowie eine Garantieerklärung des Landes Schleswig-Holstein in Milliardenhöhe gesichert wird.

In diesem Zusammenhang untersucht der Ausschuss, ob das Handeln der Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat, im Risikoausschuss, im Prüfungsausschuss, im Vermittlungsausschuss und gegebenenfalls weiteren Gremien der HSH Nordbank in den Jahren 2003 bis September 2009 ausreichend darauf abzielte, die Interessen des Landes Schleswig-Holstein zu vertreten und das Land vor finanziellem Schaden zu bewahren.

Der Ausschuss untersucht, ob das Parlament und seine zuständigen Ausschüsse durch die Landesregierung und den Vorstand der HSH Nordbank wahrheitsgemäß und vollständig über die finanzielle Situation der HSH Nordbank einschließlich künftiger Risiken und etwaiger Finanzierungs- und Restrukturierungsalternativen unterrichtet wurden.

Der Ausschuss untersucht schließlich, welche Verantwortung die Mitglieder der Landesregierung sowie die Mitglieder des Vorstandes der HSH Nordbank für die Fehlentwicklungen bei der HSH Nordbank seit ihrer Gründung im Jahr 2003 bis zum Juni 2009 tragen.

Der Ausschuss trägt die Bezeichnung:

„Erster Parlamentarischer Untersuchungsausschuss"

Das Verfahren des Untersuchungsausschusses regelt sich nach Art. 18 der Landesverfassung und nach dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Parlamentarischen

Untersuchungsausschüsse in Schleswig-Holstein.

Im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes sind im öffentlichen Interesse insbesondere folgende Fragen zu klären:

1. Aufbau und Management des Kreditersatzgeschäftes:

1.1 Wer ist für den erheblichen Aufbau und das Management des Kreditersatzgeschäftes (Credit Investment Portfolio: CIP) verantwortlich?

1.1.1 Welche Eigenkapitalrenditen wurden als Geschäftsziel der Bank wann vorgegeben und wie waren die Mitglieder der Schleswig- Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien an der Entscheidung hierüber beteiligt?

1.1.2 In welcher Weise waren die Mitglieder der Schleswig- Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien ggf. an Entscheidungen zum Aufbau eines kreditfinanzierten CIP der Bank beteiligt?

1.1.3 In welchem Umfang wurden vor dem Auslaufen der Gewährträgerhaftung Kredite durch die Bank aufgenommen, die dann zur Finanzierung des Kreditersatzgeschäftes dienten und wie waren ggf. die Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien an den Entscheidungen beteiligt?

1.1.4 Welche Informationen lagen den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien beim Kauf der Papiere des Kreditersatz-Portfolios vor?

1.1.5 Welche Mitglieder des Vorstandes und welche Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien kannten die Haftungsverhältnisse der Papiere?

1.1.6 Waren den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien die rechtlichen Bedingungen, die den jeweiligen Papieren zugrunde lagen, bekannt?

1.1.7 Wann wurden die Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien in den Jahren 2003 bis Juni 2009 jeweils über die Höhe und die Risiken des CIP informiert?

1.1.8 Warum wurden die Papiere im Umlaufvermögen der Bank bzw. ihrer Zweckgesellschaften gehalten?

1.1.9 War den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien bekannt, dass sich die Qualität insbesondere der Mortgage Backed Securities (MBS) gegenüber dem Zeitpunkt des Ratings beliebig verschlechtern konnte, da sie die Bestimmung enthielten, einzelne Darlehen aus dem Bündel herauszunehmen und dafür andere hineinzulegen?

1.1.10 Bei welchen Entscheidungen und in welchem Umfang wurden Aussagen von Rating-Agenturen als Entscheidungsgrundlage berücksichtigt? Ist dieses Vorgehen mit der Sorgfalt

eines gewissenhaften Vorstandes oder Aufsichtsrat vereinbar?

1.2 Warum wurden Risiken eingegangen, die geeignet waren, den Fortbestand der HSH Nordbank zu gefährden?

1.2.1. Trifft es zu, dass Klumpenrisiken eingegangen wurden? Wenn ja, welches waren die Gründe, die den Vorstand zu dieser Maßnahme veranlasst haben? Wenn ja, wurde gegen gesetzliche Verbote verstoßen?

1.2.2 War diese Tatsache den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien bekannt?

1.3 Gab es eine zentrale Erfassung des CIP und eine zentral gesteuerte Risikokontrolle hinsichtlich der im Kreditersatzgeschäft erfassten Wertpapiere?

1.4 Fanden die Richtlinien für das Risikomanagement im Derivategeschäft des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht Beachtung? Wenn nein, warum nicht? War dies den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien bekannt?

1.5. Welche Schlussfolgerungen zog der Vorstand aus den Verlusten bei einem Geschäft mit Kreditderivaten mit der britischen Barclays Bank im Jahr 2004 und welche Konsequenzen für Abwicklung und Risikokontrolle künftiger Geschäfte mit Kreditderivaten wurden hieraus gezogen?

1.5.1 In welcher Weise und mit welchen Inhalten wurden Risikoausschuss und Aufsichtsrat über die Entwicklung des Derivatgeschäftes mit der britischen Barclays Bank unterrichtet? Welche Beschlüsse oder Empfehlungen gab es hierzu?

1.6. Welches waren die Gründe für die Einführung des so genannten „Schnellankaufverfahrens" und in welchem Umfang wurde es ausgeführt?

1.6.1. Welche Risikomanagement- und Kontrollverfahren wurden im Marktfolgebereich bei Einführung des „Schnellankaufverfahrens" auf wessen Veranlassung hin eingerichtet?

1.6.2. Wurden die Risikomanagement- und Kontrollverfahren nach Einführung des „Schnellankaufverfahrens" verändert? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt, mit welcher Zielsetzung und auf wessen Veranlassung hin erfolgte dies?

1.7. Wie und in welchem Umfang waren die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank über Aufbau und Management des Kreditersatzgeschäftes der HSH-Nordbank informiert und wurde im Wege der Aufsicht oder in sonstiger Weise hierzu Stellung genommen oder wurden Anweisungen erteilt?

2. Gründung und Verwaltung der Zweckgesellschaften:

2.1. Trifft es zu, dass nicht das gesamte CIP in der Bilanz konsolidiert worden ist, sondern großteils von Einzweckgesellschaften mit Sitz im Ausland verwaltet wurde?

Wenn ja, in welcher Höhe wurde im Ausland Vermögen verwaltet? Lagen für diese

Zweckgesellschaften Bilanzen oder Vermögensaufstellungen vor, wenn ja, wem wurden sie zur Kenntnis gegeben?

Auf wessen Initiative erfolgte diese Entscheidung und wer ist für diese Entscheidung verantwortlich?

2.2 Welche Mitglieder des Vorstands der HSH Nordbank sind für die Gründung der Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz verantwortlich, welche Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien hatten von diesen Gründungen wann Kenntnis und ist mit diesem Handeln ein Abweichen vom Geschäftszweck der HSH Nordbank gegeben?

2.3 Wie hoch waren die Garantien und Bürgschaften der HSH Nordbank gegenüber den Zweckgesellschaften und damit die Haftungsverhältnisse?

Waren den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und seinen Gremien die Haftungsverhältnisse bekannt?

2.3.1 Wurden für diese Haftungsverhältnisse Rückstellungen gebildet und wenn nein, warum nicht?

2.3.2 Wurden diese Haftungsverhältnisse in der Bilanz oder im Anhang angegeben und wenn nein, warum nicht?

2.4 Warum wurde von den Abschlussprüfern von BDO bestätigt, dass 164 verbundene Unternehmen „wegen ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage der HSH Nordbank AG" (Quelle: Geschäftsbericht 2006, Seite 115) nicht in den Konsolidierungskreis aufgenommen wurden?

2.4.1 Warum wurde explizit die in Jersey installierte Carrera Capital Finance Ltd., welche als structured investment vehicle (SIV) über ein Portfolio von 3,2 Mrd. Euro verfügte (Quelle: Geschäftsbericht 2006, Seite 12), nicht in den Konsolidierungskreis aufgenommen?

2.4.2 Was war der Grund, diese Haltung im Jahr 2007 zu ändern?

2.4.3 Wurden die Vermögenswerte der Carrera Capital Finance Ltd. und des Conduit Poseidon von der HSH Tochter HSH Nordbank Securities S.A. sowie von der Niederlassung der HSH Nordbank Luxemburg erworben und wenn ja, aus welchen Gründen, zu welchem Zeitpunkt und zu welchem Preis? Inwieweit waren die

Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien an der Entscheidung beteiligt?

2.5. Wie und in welchem Umfang waren die BaFin und die Bundesbank über die Gründung von Zweckgesellschaften der HSH-Nordbank informiert und wurde im Wege der Aufsicht oder in sonstiger Weise hierzu Stellung genommen oder wurden Anweisungen erteilt?

3. Risikocontrolling durch Vorstand und Aufsichtsrat:

3.1 Wie wurde das Risikocontrolling in den Jahren 2003 bis Juni 2009 in der Bank organisiert?

3.2 Haben die Mitglieder des Vorstandes ihre Pflichten zur ordnungsgemäßen Führung der Geschäfte nach § 93 Aktiengesetz und die Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien ihre Kontrollpflichten nach § 116 Aktiengesetz ordnungsgemäß erfüllt?

3.3 Wann war den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes bekannt, dass

eine liquiditätsseitige Anfälligkeit bei der HSH Nordbank besteht?

3.3.1 Ist es zutreffend, dass der ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette gegenüber dem Magazin „Der Spiegel" vom 6. April 2009 erklärte, schon Anfang 2008 sei es erkennbar gewesen, dass „da etwas aus dem Ruder lief"? Wenn ja, was veranlasste Herrn Dr. Marnette zu dieser Äußerung?

3.3.2 Wenn ja, mit welchen Maßnahmen wurde darauf reagiert?

3.3.3 Wann war dem Vorstand eine die Existenz bedrohende Liquiditätssituation bewusst? Wann wurde der Aufsichtsrat hierüber unterrichtet?

3.3.4 Wie und mit welchen Maßnahmen wurde darauf reagiert?

3.4 Wann hat es die ersten kritischen Fragen hinsichtlich der Gesamtertragslage der Bank seitens der Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien gegeben? Wie wurde darauf seitens der verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes reagiert?

3.4.1 Wann hat es die ersten kritischen Fragen hinsichtlich des Kreditersatzgeschäfts seitens der Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien gegeben? Wie wurde darauf seitens der verantwortlichen

Mitglieder des Vorstandes reagiert?

3.4.2 Trifft es zu, dass schon im Frühsommer 2007 Vertreter des US Investors J.C. Flowers gegenüber Mitgliedern des Vorstandes und Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien auf Probleme im Kreditersatzgeschäft hingewiesen haben? Wie wurde mit diesen Warnungen umgegangen?

3.4.3 Welche Maßnahmen ergriffen die Mitglieder der Schleswig- Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien, um ihrer Kontrollfunktion bezüglich der unternehmerischen Entscheidungen der verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes der HSH Nordbank gerecht zu werden?

3.4.4 Warum erfolgte keine Sonderprüfung nach §§ 142 ff. Aktiengesetz?

3.5 Waren die Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien in die so genannte Aktion „Wetterfest" eingebunden, einschließlich der Umsetzung des Beschlusses, das CIP-Geschäft vollständig abzubauen und wenn ja, in welcher Weise?

3.6 Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB ist der Abschlussprüfer verpflichtet, über Tatsachen zu berichten, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können. Wurden die verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in seinen Gremien jemals von den Abschlussprüfern darauf hingewiesen, dass dies bei der HSH Nordbank drohen könnte?

3.6.1 Wann ist den Abschlussprüfern aufgefallen, dass bei den MBS im CIP ein Totalausfallrisiko besteht?

3.6.2 Hat es einen entsprechenden Vermerk im Rahmen des Prüfungsberichts gegeben? Wenn nein, warum nicht?

3.7. Wie und in welchem Umfang waren die BaFin und die Bundesbank über das Risikocontrolling der HSH-Nordbank informiert und wurde im Wege der Aufsicht oder in sonstiger Weise hierzu Stellung genommen oder wurden Anweisungen erteilt?

4. Information des Parlamentes und seiner zuständigen Ausschüsse durch HSH Nordbank und Landesregierung:

4.1 Seit wann war die Landesregierung oder waren einzelne Mitglieder der Landesregierung über Liquiditätsprobleme der HSH Nordbank informiert?

4.2 Treffen die Aussagen des ehemaligen Wirtschaftsministers Dr. Werner Marnette im Spiegel vom 06. April 2009 zu, er sei bereits am 15. April 2008 beim Ministerpräsidenten gewesen und habe ihm gesagt, er rate dringend davon ab, die für Mai 2008 geplante Aufstockung des Eigenkapitals um 2 Mrd. Euro mitzumachen, weil noch nicht klar sei, welche weiteren Risiken in der Bank noch schlummern? Wie hat der Ministerpräsident darauf reagiert?

4.3 Treffen die Aussagen des ehemaligen Wirtschaftsministers Dr. Werner Marnette im Spiegel vom 06. April 2009 zu, der Ministerpräsident hätte ihn am Tag vor der Aussage im Finanzausschuss am 19. März 2009 erheblich unter Druck gesetzt und hätte indirekt mit seiner Entlassung gedroht?

4.4 Trifft die Aussage des ehemaligen Wirtschaftsministers Dr. Werner Marnette im Spiegel vom 06. April 2009 zu, dass es eine als Projektstudie zusammengefasste Unterlage der HSH Nordbank und der von den beiden Landesregierungen beauftragten Beratungsunternehmen gibt?

4.5 Treffen die weiteren, öffentlich getätigten Äußerungen vom ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Werner Marnette zu, dass er mehrmals den Ministerpräsidenten Carstensen über das erhöhte Verlustrisiko der Bank informiert hat, vom Ministerpräsidenten aber keine Rückmeldung kam?

4.6 Warum hat die Landesregierung und insbesondere Finanzminister Rainer Wiegard das Parlament und die Parlamentsausschüsse nicht über die spätestens im April 2008 bekannt gewordenen Schwächen im Risikomanagement der HSH Nordbank unterrichtet?

4.7 Welche Mitglieder der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung im Aufsichtsrat und in

seinen Gremien waren bereits im Dezember 2007 über Schwächen im Risikomanagement informiert und sind diese Informationen an die Landesregierung und den Landtag weitergeleitet worden und wenn nicht, aus welchen Gründen?

4.8 Welche Alternativen zur Eigenkapitalaufstockung und Garantiegewährung ür die HSH-Nordbank lagen der Landesregierung bis November 2008 vor? Gab es Alternativen, die eine Eigenkapitalfinanzierung durch den Bund ermöglicht hätten? Warum wurden das Parlament und die Parlamentsausschüsse nicht zeitgleich über die vorhandenen Alternativen informiert und in den Entscheidungsprozess mit einbezogen?

4.9 Welche Abfindungszahlungen, Halteprämien, Pensionsleistungen oder sonstige Sondervergütungen oder -zahlungen wurden zu welchem Zeitpunkt welchen Mitgliedern des Vorstandes vertraglich eingeräumt?

4.9.1 Welche Mitglieder der Landesregierung hatten zu welchem Zeitpunkt hiervon Kenntnis oder waren an den Vertragsverhandlungen beteiligt?

4.9.2 Trifft es zu, dass die Vorsitzenden der damaligen Regierungsfraktionen von der Landesregierung über die Vertragskonditionen des künftigen Vorstandvorsitzenden Prof. Dr. Nonnenmacher unterrichtet wurden? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?

4.9.3. Gab es Zustimmungserklärungen der damaligen Regierungsfraktionen zu den Vertragskonditionen?

Wenn ja, durch wen und zu welchem Zeitpunkt wurden diese erklärt?

5. Überweisung von 45 Mio. Dollar an Goldman Sachs im Herbst 2008:

5.1 Zu welchem Zeitpunkt, auf wessen Veranlassung und aus welchem Grund erfolgte im die Überweisung von 45 Mio. Dollar an die Investment Bank Goldman Sachs im Herbst 2008?

5.2 Bestand zum Zeitpunkt der Überweisung ein einredefreier, durchsetzbarer rechtlicher Zahlungsanspruch der Investmentbank Goldman Sachs?

5.3 Wurden Aufsichtsrat- und Risikoausschuss vom Vorstand über die Auszahlung informiert? Wenn ja, wurde dem zugestimmt?

6. Schlussfolgerungen für künftige Regelungen und Verfahren:

Der Untersuchungsausschuss soll darüber hinaus dem Parlament Vorschläge unterbreiten, wie in Zukunft Vermögensschäden und unvertretbare finanzielle Risiken für das Land Schleswig-Holstein durch Fehlentwicklungen in Unternehmen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist, vermieden werden können.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, welche Regelungen zu überarbeiten oder neu zu schaffen sind und welche andere Instrumente geeignet und erforderlich sind, um die vorhandenen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten von Landesregierung und Parlament zu stärken und zu ergänzen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 07.10.2009, 16:12 Uhr - 7823 Clicks - Nr. 1185*

Schuldenbremse ja – und zwar in der Landesverfassung!

Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein wird in die erste Sitzung des neuen Landtags einen Antrag zur Schuldenbremse einbringen. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin ***Birgit Herdejürgen****:*

Nachdem der Landtag im September 2009 gegen die Stimmen der CDU beschlossen hatte, dass eine Schuldenbremse mit allen Konsequenzen in die Landesverfassung gehört, nicht ins Grundgesetz, verlangt die SPD nun konkrete Termine:

Bis November 2009 soll die Landesregierung deutlich machen, wie bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung auf Null gebracht werden soll. Bis Januar 2010 soll der Entwurf für eine entsprechende Verfassungsänderung vorliegen.

Wir bleiben dabei: Die Schuldenbremse für das Land gehört in die Landesverfassung und nicht ins Grundgesetz. Deshalb halten wir an dem Landtagsbeschluss fest, gegen die grundgesetzliche Regelung zu klagen. Die Landesregierung soll auch hierzu einen Bericht vorlegen.

Schuldenbremse ja – und zwar in der Landesverfassung!

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1. den Landtag zur 2. Tagung über den Stand der Vorbereitung der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die in Art. 109 Abs. 3 S. 1, 5 GG festgeschriebene Schuldenregung zu informieren;
2. zusammen mit der mittelfristigen Finanzplanung in der 3. Tagung ein konkretes Konzept vorzulegen, wie der Abbau der strukturellen Neuverschuldung bis 2020 erfolgen soll;
3. spätestens zur 4. Tagung einen Entwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vorzulegen, der eine strukturelle Neuverschuldung ausschließt.

Keine Kommentare

AG60plus - Steinburg - *veröffentlicht am 07.10.2009, 19:23 Uhr - 12027 Clicks - Nr. 1186*

SPD-Senioren warnen vor „Schnellschüssen"

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft AG 60plus im Kreis Steinburg befasste sich ausführlich mit den enttäuschenden Ergebnissen der Bundes- und Landtagswahl. Die Vorstandsmitglieder, die sich alle aktiv am Wahlkampf beteiligt hatten, berichteten über ihre Wahrnehmungen bei ihren Einsätzen.

Dabei stand das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD im Mittelpunkt der Kritik der Bürgerinnen und Bürger. „Dieses Problem wird nicht durch Schnellschüsse zu lösen sein", meinte Klaus Albrecht, Kreisvorsitzender der AG 60plus. Deshalb begrüßt der Vorstand einhellig den Aufarbeitungsvorschlag von Ralf Stegner. Dieser sieht die Erarbeitung einer gründlichen politischen Analyse vor und eine Diskussion darüber, wie wir wieder attraktiver für Nichtwähler und Wähler anderer Parteien werden. Es sollen Vorschläge erarbeitet werden, die die Organisationskraft und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder der Partei gestärkt werden.

Diese Aufgabe soll mit den Kreisverbänden und Ortsvereinen diskutiert werden. Die Schlussfolgerungen aus diesen Diskussionen sollen am Ende des Prozesses stehen und auf einem Parteitag im 1. Halbjahr 2010 in Beschlüsse münden.

Klaus Albrecht: „Wer jetzt kurzfristig – ohne die Möglichkeit der Mitgliederbeteiligung – „Lösungen" fordert, verwechselt Aktionismus mit Handlungsfähigkeit und hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt!"

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 08.10.2009, 12:24 Uhr - 3282 Clicks - Nr. 1187*

Eckhart Kuhlwein zum SHZ Artikel von Hans-Peter Bartels

Offener Brief

an Hans-Peter Bartels MdB

K i e l

Dein Artikel in der SHZ am Sonntag vom 4. Oktober

Lieber Hans-Peter,

auch nach mehrmaligem Lesen Deines Zeitungsbeitrags vom 4. Oktober erschließt sich mir immer noch nicht, was Du eigentlich willst. Einen neuen Landesvorsitzenden (wen?), ein neues Grundsatzprogramm, ein neues Wahlprogramm (nachdem wir für das vom August 2009 nicht gewählt worden sind)? Oder hast Du nur öffentlich zeigen wollen, dass Du auch noch da bist?

Du hast Deinen Wahlkreis Kiel wieder direkt gewonnen. Herzlichen Glückwunsch! Aber bei einem Verlust an Erststimmen von 12,5 % ist Dein persönlicher Erfolg relativ bescheiden geblieben. Es fällt einem schwer, daraus den "Vordenker" für die Erneuerung der SPD in Schleswig-Holstein und anderswo abzuleiten.

Der Wahlkampf von Ralf Stegner war gut konzipiert: Konzentration auf Themen wie Studiengebühren, Vorschulerziehung, Erneuerbare Energien statt Atom, gute Arbeit mit Mindestlohn, das hat der SPD nicht nur hier aus dem Herzen gesprochen. Ralf hat überall im Land viele Gespräche auch an den Haustüren mit Wählerinnen und Wählern geführt. Er hat interessante öffentliche Auftritte organisieren lassen. Dass er trotz einer Offensive des Lächelns das von unseren Medien nachhaltig gepflegte "Rambo-Image" nicht los wurde, hat

auch mit uns selbst zu tun. Wir hätten gern einen pflegeleichten Vorsitzenden, über den wir auch in der Kampfpresse nur Gutes lesen. Ecken und Kanten sind nicht gefragt.

Du erinnerst Dich sicher noch an Jochen Steffen, der viele Jahre lang das Hassobjekt der meisten Landes-Medien war, weil er offen sagte und machte, was er für richtig hielt. Er hat die SPD dieses Landes "links, dickschädelig und frei" geprägt. Diese Tradition ist nie ganz verloren gegangen. Ralf hat sie wieder aufgenommen. Und er hat dafür viel Beifall auf den Landesparteitagen bekommen.

"Und nu kommst Du" würde der "rote Jochen" jetzt zu Dir sagen. Schreib ein intelligentes Papier, wie wir wieder mehrheitsfähig werden können. Erinnere Dich daran, dass Du früher mal den Einfluss der 68er beklagt hast, die alle Aufstiegschancen in der Partei blockiert hätten. Jetzt bist Du selbst schon längere Zeit in Amt und Bürden. Und als Ober-Netzwerker trägst Du auch ein gerüttelt Maß an Verantwortung dafür, dass die Politik der Bundes-SPD so ununterscheidbar geworden ist. Wie andere auch, hast Du alles abgenickt, was unsere Kompetenz für soziale Gerechtigkeit beschädigt hat. Das miserable Bundesergebnis ist - zu einem kleinen Teil - auch Dein Verdienst.

Dass Du nun öffentlich eine Kampagne für einen schnellen Landesparteitag inszenierst, auf dem dann wohl Ralf Stegner abgewählt werden soll (?), auf einen Putsch wie damals in Mannheim aber verzichten willst, ich werde nicht schlau daraus. Der November-Parteitag war, wie Du genau weißt, als Listenparteitag bzw. Landesdelegiertenkonferenz zur Landtagswahl geplant. Mit dem Wegfall der Geschäftsgrundlage ist er jetzt überflüssig. Ich glaube, dass regionale Runden, wie Ralf sie vorhat, ertragreicher sind, wenn der Weg der SPD Schleswig-Holstein korrigiert werden soll.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn alle, die jetzt öffentlich rummäkeln, sich an diesem Prozess aktiv und mit guten Ideen beteiligen würden.

Mit solidarischen Grüßen

Eckart Kuhlwein
kuhlwein@naturfreunde.de

P.S. Eckart Kuhlwein war von 1971 bis 1976 MdL, von 1976 bis 1998 MdB für den Wahlkreis Stormarn-Süd/Herzogtum Lauenburg. Er gehörte von 1973 bis 2003 dem Landesvorstand der SPD an. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Kontrollkommission der SPD und damit beratendes Mitglied des Bundesparteirats. Für die SPD in Schleswig-Holstein organisiert er das "umweltforum".

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 08.10.2009, 15:50 Uhr - 52827 Clicks - Nr. 1188*

AsF: Nach Irlands „Ja" zum Vertrag von Lissabon
Europa gibt Stabilität – Europa braucht aber auch Gestaltung

Allen überzeugten EuropäerInnen ist am vorigen Wochenende ein Stein vom Herzen gefallen: Mit – im zweiten Anlauf – überaus deutlicher Mehrheit hat sich die irische Bevölkerung in ihrem

Referendum zum Lissabon-Vertrag für eine Stärkung und Vertie¬fung der Euro¬päischen Union ausgesprochen.
Nun kann es, nun muss es in diesem Prozess möglichst rasch mit der noch ausstehenden Ratifizierung durch Tschechien und Polen weitergehen; dabei hat der polnische Staatspräsident – wie soeben bekannt wurde – bereits Zustimmung signalisiert.

„Die Verunsicherungskampagne, die vor gut einem Jahr zum irischen ‚Nein' beim ersten Referendum führte, hat dieses Mal glücklicherweise nicht gezogen", bilanziert die Landesvorsitzende der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und Mitglied des SPD-„Europaforums" Cornelia Östreich. Politik und andere öffentliche Akteure auf der Grünen Insel waren nun aber auch weit stärker pro Europa engagiert und hatten den Iren die Vorteile der EU deutlich vor Augen geführt. Außerdem hatte es vereinzelte Zugeständnisse an die Interessen eines kleinen und relativ neuen EU-Landes gegeben.
Ein Übriges tat die globale Finanz¬krise seit Ende letzten Jahres – der Irland als einzel¬ner Staat besonders wenig entgegen¬zusetzen hatte. Im Verein mit den relativ niedrigen irischen Steuersätzen hatten neuartige Subventionen und das lebhafte Interesse aus¬ländischer Investoren ein expansives Wirtschaftsklima begün¬stigt, das für das „Platzen der Blase" besonders anfällig war. Dass Irland unter solchen Voraussetzungen nicht noch tiefer in die Rezession rutschte, verdankt es großteils der stabilisierenden Zugehörigkeit zur EU.
„Zum Glück haben die Menschen dies rechtzeitig erkannt und mit ihrem Zweidrittel-Votum für ein stärkeres Europa deutlich gewürdigt", so Östreich. Denn Krisenfrust und Rezessionsangst, verbunden mit einer Denkzettel-Stimmung gegen die eigene Regierung, hätten sich politisch auch ganz anders auswirken können. Tatsächlich gab es in der Presse, unmittelbar vor dem Abstimmungstag, nicht wenige Unkenrufe dieser Art.

Der Vergleich mit dem Vertrag von Nizza, dem Irland auch erst im zweiten Anlauf die Zustimmung gab, liegt nahe. „Aber Lissabon ist nun doch etwas völlig anderes", meinen die SPD-Europaleute. Während Nizza eher ein Nebeneinander der EU-Länder darstellte und in erster Linie auf wirtschaftliche Interessen abzielte, helfe der Lissabon-Vertrag in sehr viel stärkerem Maße, Europa auch politisch zu gestalten. „Es ist höchste Zeit, dass die EU auf internationaler Ebene als handelnde Einheit wahrgenommen wird und mit einer Stimme spricht – gerade angesichts der Finanzkrise", so ihre Mahnung.

Und noch einen Aspekt gelte es zu bedenken: Mit der „Grundrechtecharta" verfügt die EU über den fortschrittlichsten Menschenrechtskatalog der Welt. Rechtlich bindend werde dieser aber erst mit der allseitigen Ratifizierung von Lissabon. Und da fehlt, sofern die Unterzeichnung in Polen wie geplant am Sonntag zustande kommt, nur noch das „Okay" aus Tschechien – wo sich Präsident V. Klaus weiterhin sträubt, obwohl die Bevölkerung seine Europaskepsis immer weniger teilen mag.

„Menschenrechte und politische Handlungsfähigkeit zu verweigern, ist für kein EU-Land akzeptabel", hoffen daher die Nord-SozialdemokratInnen auf baldige Einsicht in Prag. Dabei sei festzuhalten, dass auch „Lissabon" nicht das Ende der europäischen Entwicklung sein könne. Das „soziale Europa", an dem gerade der schleswig-holsteinischen SPD so viel liegt, komme immer noch zu kurz, und die Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen in Brüssel könnte besser sein.
„Aber ohne ‚Lissabon' geht es eher zurück als voran – mit ‚Lissabon' immerhin einen ersten Schritt vorwärts", freuen sich die GenossInnen auf die weitere Entwicklung in der EU.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 08.10.2009, 15:57 Uhr - 7001 Clicks - Nr. 1189*

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Birte Pauls
Über die Landesliste (Platz 17) zieht Birte Pauls als Abgeordnete in den Kieler Landtag. Birte Pauls kandidierte im Wahlkreis 07 – Schleswig. Der SPD-Kreisverband gratuliert ganz herzlich.
Engagiert gekämpft

Der SPD-Kreisverband bedankt sich bei Lothar Hay, Ralf Wrobel und Birte Pauls für ihren engagierten Wahlkampf. An zahlreichen Wahlkampfständen, auf den Wochenmärkten und bei den vielen Hausbesuchen im Kreisgebiet und bei Veranstaltungen stellten sie sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger und boten deutliche politische Alternativen zu ihren Mitbewerbern. Einen ganz besonderen Dank richtet der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg aber den vielen fleißigen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern!

Lothar Hay und Birte Pauls

Mit Lothar Hay (Wahlkreis 5, Listenplatz 4) und Birte Pauls (Wahlkreis 7, Listenplatz 17) ziehen nun zwei Kandidatinnen der SPD-Schleswig-Flensburg in den neuen Landtag ein. Wir wünschen beiden viel Erfolg.

Ein besonderer Dank an Anna Schlosser-Keichel und Holger Astrup

In der letzten Jahren hatte die SPD in Schleswig-Flensburg mit Lothar Hay, Anna- Schlosser-Keichel und Holger Astrup 3 Landtagsabgeordnete des Kreisgebietes. Anna Schlosser-Keichel und Holger Astrup sind nicht mehr angetreten und wir bedanken uns ganz herzlich bei ihnen für ihr Engagement in unserer Region.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.10.2009, 16:00 Uhr - 1998 Clicks - Nr. 1190*

Fraktion DIE LINKE
Zur persönlichen Erklärung von Ratsherr Jenning – frisch ausgetreten aus der Fraktion die Linke – und dem Verlassen der Ratsversammlung durch Frau Zimmermann und Herrn Jenning am heutigen Tage erklären der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, die stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Katja Günther, und Antje Danker, SSW:
„Mit dem Verlassen der Ratsversammlung verstärken Frau Zimmermann und Herr Jenning den Eindruck der Erschleichung öffentlicher Mittel. Der Fraktionsstatus der beiden Linken-Abtrünnigen ist wegen offener Rechtsfragen noch nicht bestätigt. Gleichwohl pochen sie offenbar darauf, mit vollen Fraktionsmitteln ausgestattet zu werden. Dadurch würden Kosten von mehr als 120.000 Euro pro Jahr verursacht werden. Die Debatte in der heutigen Ratsversammlung könnten die beiden Linken-Parteimitglieder allerdings auch ohne den Fraktionsstatus führen. Aber es geht offensichtlich nicht in erster Linie um die politische Arbeit, sondern um die personelle und finanzielle Ausstattung dieser Möchtegern-Minifraktion.

An dieser unmöglichen Situation trägt die Linkspartei einen nicht unerheblichen Anteil: solange

sich die Linkspartei nicht durch Ausschluss der beiden Ratsleute eindeutig verhält, muss sich auch die Linkspartei den Vorwurf der gezielten Destabilisierung der politischen Landschaft gefallen lassen. Politische Inhalte stehen bei der Linkspartei ohnehin nicht im Vordergrund. Mit einer politischen Alternative jedenfalls hat das nichts zu tun. Wer ernsthaft in der Kieler Ratsversammlung mit gestalten will, soll den Weg über geordnete Strukturen suchen und nicht über eine politische Zellteilung das gesamte System schwächen".

Kommentar von Dirk Lerche vom 09.10.2009, 13:33 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Sehr geehrter Herr Böse, hier werden keine Kommentare zu Artikeln gelöscht, nur Weil sie sich kritisch mit dem Inhalt des Artikels auseinandersetzen! Wie sie sehen, sind alle Ihre hier geschriebenen Kommentare vorhanden. Mit freundlichen Grüßen Dirk Lerche Webmaster SPD-Kiel

Kommentar von Joachim Böse vom 09.10.2009, 10:26 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Werter Herr Riep, Wer austeilt sollte auch einstecken können Herr Riep und sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, dass es dem Beitrag von Müller-Beck und anderen an Polemik (Böswilligkeit) mangelte und sie wissen doch der Name ist ein Zeichen (nomen est omen). Das irgendjeman irgendwas klären will, höre ich hiermit zum ersten Mal - oder können sie mich da auf eine Quelle in den Verlautbarungen verweisen, die ich übersehen habe? Apropo Böswilligkeit - der OB ist Gemeindeorgan und hat in seinen Amtshandlungen parteipolitisch neutral aufzutreten. Wenn ich die Polemik ernst nehme, werden sie mir vergeben, wenn dabei die Idee aufkommt, es könne hier um eine Lex Linke gehen.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 09.10.2009, 03:08 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Liebe SPD, es ist vollkommen egal, was ihr denkt oder unterstellt. So eine Gemeindeverfassung ist keine Prosa und egal ob es euch politisch gefällt oder nicht, so ist eine Stadtregierung verpflichtet sich an Recht und Gesetz zu halten und nicht Willkür walten zu lassen. Eure Auffassung von Demokratie erinnert mich doch sehr an die in der DDR. Sprich die Auslegung der Gesetze ganz nach dem eigenen Gusto zum Zwecke des Machterhaltes.

Kommentar von Joachim Böse vom 08.10.2009, 23:37 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Ich schreibe keinen Kommentar, weil unliebsame Kommentare offensichtlich gleich gelöscht werden.

Kommentar von Rudolf Riep vom 08.10.2009, 23:29 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Der Kommentar von Joachim Böse soll nicht unwidersprochen sein. Die Böswilligkeit, die er dem Artikelschreiber unterstellt treibt er selbst auf die Spitze. Wenn es den Fraktionsabtrünnigen wie von Böse unterstellt um den korrekten Fraktionsstatus geht, ist kein Zeitdruck nötig, dann kann die rechtliche Klärung in Ruhe abgewartet werden. Und eins ist ja wohl klar, nur eine große geschlossene Fraktion hat politisches Gewicht. Die Zersplitterung in Kleinstfraktionen erschwert die Arbeit in einer Ratsversammlung in unsinniger Weise. Damit sind selbstverständlich nicht die kleinen Fraktionen kritisiert, die sich als Vertretung einer Partei mit wenig Stimmen bilden. Wenn die Ratsmitglieder Zimmermann und Jenning keine "richtigen Linken" mehr sein wollen, erinnere ich an das große Getöse, mit dem die Linke im Wahlkampf die Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit von den Politikern gefordert hat. Dabei haben

viele Wahlkämpfer in verkrampfter Weise in Richtung SPD geschielt und vergessen, das der (gemeinsame) politische Gegner auf der anderen Seite des politischen Spektrums steht. Man könnte in Erinnerung an dieses Wahlkampfverhalten auch die Erwartung äußern, dass die, die das Vertrauen in ihre Genossen verloren haben ihr Mandat zurückgeben. Wer sich auf den Wählerwillen stützen will, muss ihn auch so vertreten wie er es im Wahlkampf gesagt hat. Ich zumindest habe keine Parole gehört, die da lautete, möglichst viele Fraktionen zu bilden. So kann das nichts werden mit der rot-roten Zusammenarbeit. Rudolf Riep

Kommentar von Joachim Böse vom 08.10.2009, 23:13 Uhr:
RE: Fraktion DIE LINKE
Was ich selber denk und tu, trau ich jedem anderen zu - sagt ein altes Sprichwort, das hier seine Berechtigung hat. Sie und das Demokrativerständnis bilden offensichtlich keine Einheit aber ein Thema. Da sie nicht wiedergeben, was Herr Jenning erklärt hat, sondern nur böswillig Motive unterstellen, die sie mit nichts außer ihrem Eindruck belegen können, ist ihre Absicht allzu durchsichtig. Nicht die "politische Zellteilung" wie von ihnen behauptet "schwächt das ganze System", sondern die Selbstverständlichkeit mit der sie einfache demokratische Grundregeln ignorieren und außer Kraft setzen. Ist ihnen wirklich nicht bekannt, dass die Freiheit für einzelne Personen Fraktionen zu bilden letztlich Ausdruck der Freiheit des Mandats ist und gleich auf welcher Ebene, konstitutiv für demokratische Systeme ist. Sie sollten sich schämen, wenn sie sich Sozialdemokrat nennen.

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 08.10.2009, 20:42 Uhr - 8487 Clicks - Nr. 1191*

SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitzender der SPD Schleswig-Der SPD-Kreisverband beschließt Mitgliedschaft in Bürgerinitiative gegen CO2-Einlagerung in unserer Region im Norden von Schleswig-Holstein
Auf seiner letzten Sitzung hat der SPD-Kreisvorstand die Ergebnisse der Bundes- und Landtagswahlen vom 27.September 2009 analysiert. Emotional wurde es im SPD-Kreisvorstand bei der Analyse des Wahlergebnisses zur Landtagswahl. Hierzu hatte der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus einen 4-punktigen Antrag für den SPD-Kreisvorstand vorbereitet mit der Forderung nach Trennung des Fraktions- und Parteivorsitzes und zu einer Aufbereitung der Wahl auf einem Landesparteitag im November 2009 eingebracht. Dieser Weg der Aufarbeitung der Wahlergebnisse wurde nicht von allen Mitgliedern im Kreisvorstand geteilt. Eine Aufbereitung von unten nach oben wäre der richtige Weg, wozu alle Mitglieder die Möglichkeit erhalten sollen sich einzubringen. Bei der sich anschließenden Abstimmung über die Erklärung des SPD-Kreisvorstandes SL-FL unterlag Dirk Peddinghaus knapp. Er zog für sich die Konsequenz und trat mit sofortiger Wirkung von seinem Amt als SPD-Kreisvorsitzendem zurück.

Der Kreisvorstand bedauert den Schritt von Dirk Peddinghaus und bedankt sich an dieser Stelle für seine Arbeit als Kreisvorsitzender. Es wird sicher die Gelegenheit geben, in einem anderen Rahmen die Verdienste für seine Leistungen in der Partei zu würdigen.

Einstimmig beschloss der SPD-Kreisvorstand im Anschluss an diese kontroverse Diskussion mit so nicht erwartetem Ausgang seine Mitgliedschaft in der Bürgerinitiative gegen die CO2-Einlagerung in Nordfriesland. Des Weiteren beschloss der SPD-Kreisvorstand, dem SPD-Bundesvorstand einen Brief zu schreiben, in welchem der SPD-Kreisvorstand seine Verwunderung zum Ausdruck bringt, wie man ohne den SPD-Bundesparteitag in Dresden abzuwarten, Sigmar Gabriel der Öffentlichkeit als neuen SPD-Bundesvorsitzenden präsentiert.

Aber auch an der Person Gabriel wurde Kritik laut, die auch ihren Niederschlag in dem Brief finden wird. Sigmar Gabriel ist aus Sicht der SPD im Kreise Schleswig-Flensburg nicht akzeptabel. Seine Haltung in der Frage zum CCS-Gesetz wird von vielen Menschen in unserer Region kritisch gesehen.

Der Kreisvorstand beschloss weiterhin, am 26. November 2009 eine parteiinterne Kreisverbandsausschusssitzung zusammen mit Ralf Stegner durchzuführen, wozu alle Mitglieder im Kreis Schleswig-Flensburg eingeladen werden.

Im Frühjahr des Jahres 2010 ist der Kreisparteitag mit Neuwahlen des Kreisvorstandes geplant. Bis dahin übernehmen Ralf Wrobel und Birte Pauls als stellvertretende Vorsitzende kommissarisch die Leitung des Kreisvorstandes.

Kommentar von Dr. jur. von Campe vom 15.10.2009, 07:35 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitz
Dirk Peddinghaus, MdK, An den Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland Herrn Dr. Ralf Stegner Kleiner Kuhberg 28 - 30 24103 Kiel D i r k P e d d i n g h a u s Aus dem als Kopie beigefügtem Brief von Peddinghaus an Stegner habe ich lediglich die Anschrifts-Daten von Dirk heraus genommen. . Ich plädiere, anders als Dirk, für eine "Stgner-freie-Zone" ! . D i p l . I n g . , D i p l . W i r t s c h . I n g . M i t g l i e d d e s K r e i s t a g e s S c h l e s w i g - F l e n s b u r g Sollerup, 14.10.2009 Lieber Ralf, mein Rücktritt als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg liegt nunmehr eine Woche zurück. Zeit genug, sich noch einmal Gedanken über diesen Rücktritt zu machen und die Gründe hierfür nochmals zu reflektieren. Insbesondere die zahlreichen Reaktionen per email, Brief oder Telefon haben mich veranlasst, dir diesen offenen Brief zu schreiben. Ich möchte dir die Beweggründe für meinen Rücktritt, die oftmals ausschließlich auf unser persönliches Verhältnis beschränkt wurden, darstellen und dir damit die Sichtweise vieler Genossinnen und Genossen und besonders unserer früheren Wählerinnen und Wähler übermitteln. Woher nehme ich die Legitimation für eine solche Analyse und den daraus abgeleiteten Forderungen? Als ehemaliger Kreisvorsitzender war ich – und dies nicht nur im Wahlkampf – viel in unseren Ortsvereinen unterwegs und habe an Wahlständen und in zahlreichen Veranstaltungen aktiv Wahlkampf betrieben. Zudem bin ich als örtlicher Mandatsträger in der Gemeindevertretung und im Kreistag Schleswig-Flensburg im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich habe meine persönliche Analyse der verlorenen Wahlen vom 27. September in einigen Thesen zusammengefasst: 1. Der Wahlverlust der Sozialdemokraten ist nicht mit punktuellen Wählerwanderungen und entsprechenden Statistiken zu erklären. Einer Partei, die gegenüber 1998 im Bund die Hälfte ihrer Wähler verloren hat (In Zahlen: von über 20 Millionen, auf unter 10 Millionen), wurde das Vertrauen auf breiter Basis entzogen! Während es unter Gerhard Schröder noch „schick" war, sozialdemokratisch zu wählen und damit seinem Wunsch nach einer Veränderung der Politik der „ruhigen Hand" Ausdruck zu verleihen, sind heute breite Wählerschichten – insbesondere die der sog. „Neuen Mitte" – als Wähler verloren gegangen. Dieser Verlust an Wählern ist vor Allem damit zu erklären, dass die SPD die versprochene Erneuerung nicht konsequent umgesetzt - 2 - hat. Gerade die Arbeiter und Facharbeiterschaft und letztlich der Mittelstand haben sich viel von der Aufbruchsstimmung der ersten Regierungsjahre erhofft. Diese Erwartungen sind letztlich nicht erfüllt worden. Statt sich auf die Bedürfnisse dieser Wähler zu konzentrieren, hat sich die SPD eher auf die Rettung von Großunternehmen verlegt. Statt mittelständische Unternehmen zu entlasten, wurden Steuergeschenke an Kapitalgesellschaften verteilt. Statt den Facharbeiter zu entlasten, wurden die Spitzensteuersätze gesenkt. Schlimm dabei ist, dass der sogenannte gut situierte, kritische Wähler nicht einsehen kann, dass seine Lebensleistung (ständig im Arbeitsverhältnis,

steuerliche Ehrlichkeit) von der SPD programmatisch scheinbar nicht wahrgenommen wird. 2. Das ständige Negieren der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Regierung Schröder macht die SPD unglaubwürdig. Statt selbstbewusst die Notwendigkeit und gerade auch die Erfolge dieser Reformpolitik herauszustellen, versucht man die Agenda 2010 als „Betriebsunfall" darzustellen, mit dem man eigentlich nichts zu schaffen haben möchte. Wer aber die Reformen verleugnet, der kann auch nicht die Erfolge für sich reklamieren und negiert damit eine erfolgreiche Regierungsarbeit von Rot-Grün und dies im Bund wie im Land! Damit ist allerdings nicht gemeint, dass allen Entscheidungen der AGENDA-Zeit uneingeschränkt zu bejubeln wären, sondern es geht um die Grundhaltung einer Partei, die jahrelang Verantwortung getragen und die Grundausrichtung auf Parteitagen mehrheitlich gebilligt hat! Um eine grundsätzlich richtige Reform im Sinne der Menschen weiterzuentwickeln, soziale Ungerechtigkeiten in der Umsetzung zu beseitigen, neue gesellschaftlich akzeptierte Aspekte einzubauen, wäre es erforderlich, zu den Grundzügen dieser Reformen zu stehen. Wer dies nicht macht, der befindet sich in einem Handlungsvakuum, welches er nicht füllen kann, weil er nicht begründen kann woher er kommt und wohin er will! 3. Das in den Augen vieler Wähler ungeklärte Verhältnis der SPD zur Partei „Die Linken" hat sich negativ auf das Wahlergebnis ausgewirkt. Ein unausgesprochene Bereitschaft der Koalitionsmöglichkeit im Land und das Ablehnen einer solchen Koalition im Bund sind nicht zu vermitteln gewesen. Hinzu kommt die grundsätzliche Frage, wie es eine demokratische SPD mit einer Partei hält, deren Vergangenheit sich auf einem Unrechtsstaat begründet. Unabhängig von dieser wohl eher philosophischen Frage, besteht – bei einer Akzeptanz der Linken – nicht mehr die Notwendigkeit für ehemalige SPD-Wähler zur Sozialdemokratie zurückzukehren. Statt die Linken „hoffähig" zu machen, sollte sich die SPD vielmehr mit den teilweise berechtigten Themen beschäftigen und sie dort, wo sie keine Utopien darstellen, auch wieder stärker aufgreifen. Letztlich muss man die Partei „Die Linke" als politischen Konkurrenten begreifen, deren realitätsferne Lösungsansätze bloßgestellt werden müssen und nicht als eine Ansammlung von Genossen, die nur „kurzzeitig ausgelagert wurden" und ihre Heimat eigentlich in der SPD haben. 4. Die SPD hat sich die Entscheidung für die Große Koalition im Bund, wie im Land nicht leicht gemacht. Letztlich folgte sie einer Notwendigkeit, die die Zukunftsfähigkeit - 3 - einer funktionierenden Regierungsarbeit sichergestellt hat. In dieser Koalition hat es die SPD in der Folge allerdings nicht verstanden, eigene Erfolge als wirklich eigene zu benennen. Die Partei hat sich fast „verschämt" abgewandt, wenn es um die Arbeit der Koalition gegangen ist. Sie hat sich damit in die Rolle eines unbedeutenden „Juniorpartners" abdrängen lassen, einer Rolle, die ihr nun wirklich nicht zu Gesicht gestanden hat. Vielmehr haben gerade die SPD-Regierungsmitglieder im Bund, wie im Land, die entscheidenden Impulse für die Regierungsarbeit geleistet. Ohne die Minister Peer Steinbrück, Frank Walter Steinmeier und Olaf Scholz hätten die Folgen der Weltwirtschaftskrise nicht so souverän gemeistert werden können. Ohne Lothar Hay, Uwe Döring, Gitta Trauernicht und Ute Erzig-Rave wäre es in Schleswig-Holstein zum politischen Stillstand gekommen. 5. Die SPD hatte weder bei der Bundestags- noch bei der Landtagswahl eine glaubwürdige, mobilisierungsfähige Machtperspektive jenseits der Großen Koalition. Im Bund wurden die Linken ausgeschlossen und nach der Verweigerung der FDP war keine Mehrheit mehr sichtbar. Im Land wurde durch die Absagen der Grünen und des SSW an eine Koalition (oder Duldung) mit den Linken und der Verweigerung der FDP, eine entsprechende Mehrheitsoption unmöglich. Nachdem aber die Große Koalition insbesondere in Schleswig-Holstein durch zahlreiche – zum Teil sehr persönliche – Zerwürfnisse unter den handelnden Personen nicht mehr vorstellbar war, zerbrach in den Augen der Wähler die Glaubwürdigkeit eines Wahlkampfes, der von den Genossinnen und Genossen vor Ort engagiert geführt wurde. Zur Landtagswahl: 6. Der Bundestrend kann als alleinige Rechtfertigung des schlechten Abschneidens in Schleswig-Holstein nicht herhalten, da dies objektiv falsch ist. Nach Prozenten

verliert die SPD bundesweit fast genau ein Drittel (2009: 23,0 % ; 2005: 34,2 %), bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, mehr als ein Drittel (2005: 38,7% ; 2009 25,4 %). 7. Die hohe Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein negiert die bisherige Vermutung, dass eine niedrige Wahlbeteiligung grundsätzlich zu Lasten der SPD gehe. Richtig ist vielmehr, dass die Wahlbeteiligung nicht mehr als „Entschuldigungsgrund" für ein schlechtes Abschneiden der Sozialdemokratie herhalten kann. 8. Die Abwanderung zur Partei „Die Linke" ist, zumindest für den ländlichen Bereich, aber auch – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – für die Städte, keine Alternative für die Wählerinnen und Wähler gewesen. Profitiert von der Schwäche der SPD haben besonders die FDP, die Grünen und im grenznahen Bereich der SSW! Insbesondere in ländlichen Gegenden wurde die SPD als Interessenvertretung von vielen ehemaligen Wählern schlicht abgeschrieben, da sie ihre Belange nicht mehr vertreten sahen! 9. Insbesondere dein persönliches Verhalten in der Regierungszeit war nicht dazu geeignet, das Vertrauen in deine persönliche Regierungsfähigkeit herzustellen. Die - 4 - immer wieder geführten und teilweise übertrieben persönlichen Angriffe auf den Koalitionspartner wurden von weiten Teilen der Bevölkerung nicht verstanden. Dabei wäre es bei der offensichtlichen Schwäche des Regierungschefs überaus einfach gewesen, mit sachlicher Kompetenz zu überzeugen und sich als der zukünftige Ministerpräsident zu empfehlen. Für diese in der Regierung betriebene Oppositionsarbeit und das damit schwindende Vertrauen in die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie trägst du die entscheidende Verantwortung! Statt eine Alternative zu bieten, wurde deine vorhandene fachliche Kompetenz durch eine fehlende Empathie überdeckt und somit das Bild des „Roten Rambos" erzeugt, ein Image das in einer eher harmoniebedürftigen Bevölkerung kaum als regierungsfähig angesehen wird. Mit deinen direkten Angriffen hast Du sicher einige Genossinnen und Genossen begeistern können, nicht aber die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Schließlich war dies aus deren Sicht eher die Rolle des Oppositionsführers und nicht die des zukünftigen Ministerpräsidenten, ein Umstand der ja nun durch Wählervotum seine Umsetzung erfährt! 10. Durch deine eigenen wahltaktischen Fehler (Twitter, unbedachte Aussagen zum Ministerpräsidenten) hast du als Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein die eigene Imagekampangne immer wieder konterkariert. Es ist Dir nicht gelungen, die Sympathiewerte zu erreichen, die notwendig gewesen wären, den schwachen Ministerpräsidenten ernsthaft zu gefährden. Es reicht halt nicht, sich wenige Wochen vor der Wahl die Fliege abzubinden und auf bürgernah zu machen, ein Umstand der in vielen Gesprächen mehr belächelt als begrüßt wurde, insbesondere da dir die Authentizität dieser „neuen Rolle" nicht abgenommen wurde. Was folgt für mich aus dieser kurzen persönlichen Analyse: Bereits 1982, als die SPD nach den Jahren der Regierungsarbeit ebenfalls in die Opposition musste, riet Herbert Wehner: „Weiterarbeiten! Nicht verzweifeln!" Hans-Joachim Vogel forderte damals von der Fraktion, jeden Tag so zu arbeiten, dass umstandslos am nächsten Tag die Regierung wieder übernommen werden könne. Diese Forderungen müssen auch heute gelten. Sie bedeuten für die Programmatik: Keine unseriösen Forderungen, keine prinzipienlosen 180-Grad-Wendungen, keinen Überbietungs-Wettbewerb mit anderen Oppositionsparteien, Korrekturen der Agenda 2010 wo sie notwendig sind. Ziel muss eine glaubwürdige, nachhaltige und finanzierbare Politik im Sinne der Menschen sein. Die Themen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen wieder die Themen der SPD werden! Und nun zum Thema Personal: Du selbst hast im Präsidium im Berlin gefordert, dass es ein „Weiter so" nicht geben darf. Diese Forderung kann sich aber nicht nur auf Berlin und einige notwendigen inhaltlichen Neubestimmungen beschränken. Neben einer Schärfung des thematischen Profils gehört zu einem glaubwürdigen Neuanfang auch der personelle - 5 - Neuanfang, insbesondere dann, wenn die bisherigen Spitzenkandidaten ein so katastrophales Wahlergebnis eingefahren haben. Die in der Führung der Bundes-SPD angekündigte neue Besetzung des Vorstandes ist – unabhängig von den Personen – ein erster konsequenter Schritt. Diesem Schritt muss auch die Landespartei in Schleswig- Holstein, die

unter deiner Führung einen Verlust von 13,3 % hinnehmen musste zeitnah folgen. Daher kann die Konsequenz nur dein sofortiger Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden sein. Soweit zu meiner Analyse und den hieraus abgeleiteten Forderungen. Diese meine Meinung habe ich dem Kreisvorstand des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg dargestellt. Er mündete in einem Antrag zur Einberufung eines Landesparteitages im November 2009 und der Forderung auf personelle Trennung von Fraktionsvorsitz und Parteivorsitz. Mit diesem Antrag habe ich mich nicht – wenn auch knapp – durchsetzen können. Mit dieser Entscheidung wäre ich in die Situation geraten, dass ich in Gremiensitzungen und in der Öffentlichkeit eine Haltung zu vertreten hätte, die ich persönlich nicht teile. Da für mich bei der Frage der Wahlaufbereitung eine Trennung von Vorstandsmeinung und persönlicher Meinung nicht möglich war, habe ich die Konsequenz gezogen und den Kreisvorsitz niedergelegt. Du magst die von mir vorgetragene Sichtweise letztlich nicht teilen, trotzdem bin ich der Überzeugung und dies gestärkt durch zahlreiche Kontakte nach meinem Rücktritt, dass ich keine Einzelmeinung innerhalb der schleswig-holsteinischen SPD vertrete! Ich betone daher ausdrücklich, dass ich mich trotz meines Rücktrittes als Kreisvorsitzender weiterhin mit meinen Argumenten aktiv in die Diskussion um die Zukunft unserer Partei einmischen werde. Den Idealen dieser stolzen und traditionsreichen Partei fühle ich mich auch weiterhin verbunden. Daher werde ich mich als Mitglied der SPD und als kommunaler Mandatsträger weiterhin für die Ziele und Ideale meiner Partei einsetzen. Mit solidarischen Grüßen Dein Dirk

Kommentar von Dr. jur. von Campe vom 14.10.2009, 08:34 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitz
Durch Schröder / Clement hat die SPD genug Stimmen und Mitglieder verloren. Stegner bemüht sich darum, die FDP zu überholen : in den Wahlergebnissen nach unten. Bei der Wahl wurden mehr Stimmen für die Bundes-SPD gegeben, als im Land. Ich habe - wegen Stegner - auch so gewählt ! . Die SPD ist zerstritten, was sich auch an den Wahlergebnissen und Abwanderungen zeigt. Stimmen zur FDP ! Stimmen zur LINKEN ! Und die GRÜNEN waren auch mal SPD ! . Stegner wäre gern nach Berlin gegangen. Auch nach diesem miesen Wahlergebnis. Doch, da wird er nicht gebraucht. Also klebt er an seinen Stühlen. . Peddinghaus ist sicherlich ein Querkopf aber auch ein Querdenker. Er hat schon über Energiethemen und Energieprobleme gesprochen, als für Andere der Strom einfach aus der Steckdose kam. Stegner hat das Thema erst interessiert, als er versuchte, die Anhänger der Hohmeier-Thesen an sich zu binden. Als ich ihn in seinem Büro in Bordesholm darauf ansprach schaute er mich an, als ob ich vom Mond kommen würde. Peddinghaus kann seine ANsicht auch korregieren, ohne sich dabei zu verbiegen und ohne seine Fahne in den Wind zu hängen. . Die Probleme im Lande sind so dermaßen groß, daß wir keinen Schaumschläger ala Stegner gebrauchen können, gerade weil wir CDU / FDP als Gegner haben. . Daher plädiere ich ausdrücklich dafür, daß Stegner seine Ämter endlich alle zur Verfügung stellt und es zu einer neuen Abstimmung kommt. Ich plädiere auch dafür, Peddinghaus als Kandidat gegen Stegner aufzustellen ! . Sollte Peddinghaus "nach Kiel" gewählt werden hat das für den Kreis einen enormen Nachteil. Bogislav-Tessen von Gerlach ´s Tage sind gezählt und es wird ein Landrat benötigt, der den Stall im Kreishaus mal endlich aufräumt. SChon 2005 stand in der Zeitung, daß der Kreis PLEIE ist. Das Drama um das Rettungswesen war über Wochen in den Medien. Und anstatt sich um die Sicherung von Arbeitsplätzen zu kümmern ruft von Gerlach nach neuen Gewerbegebiten, die dann wohl leer stehen sollen. Peddinghaus nach Kiel zu wählen würde daher bedeuten, daß es keinen Kandidaten für den Posten des Landrates gibt ..... . Noch ein Satz zu Stegner : Einige in der Bundespolitik meinten, es "gehe weiter so". Rente mit 67. Zuzahlungen. Kürzungen. Geld in Konzerne, die weiter die schlechten Autos aus dem vorherigen Jahrhundert basteln. Soll ich Namen nennen : Steinmeier, Ulla Schmidt, Franz Müntefering, Steinbrück, Struck. Gegen diese Koaliation "des Unfug" hätten wir in Berlin einen

Mann haben müßen, der auch NEIN sagen kann. Das wäre Wolfgang Wodarg ! Bei dem, was die SPD-Spitze in Berlin verunstaltet hat war abzusehen, daß Wodarg einen sehr schweren Stand haben wird bei der Wahl. DANK Stegner ist Wodarg so weit auf die Liste nach hinten gesetzt worden, daß die mahnende Stimme in Berlin nun fehlt. Es ist daher über der Zeit, die Weichen komplett neu zu stellen.

Kommentar von Hermann Friedrich Jobben vom 09.10.2009, 16:20 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitz
Liebe Genossin. lieber Genosse, ich denke Dirk Peddinghaus hat zu einem falschen Zeitpunkt die für ihn richtige Entscheidung getroffen ! Das bestehende Netzwerk wird eine Rücktrittsforderung an Ralf Stegner nicht zulassen; von daher ist eine für den Kreisverband notwendige Sitzung der Ortsvereinsvorsitzenden alsbald einzuberufen. Hier geht es nicht nur um parteiinterne Kritik, wie der Wahlkampf zugeschnitten war oder das Kompetenzteam zu spät eingebracht wurde, hier geht es um unsere innerparteiliche Verfasstheit. Die Themen haben für Schleswig-Holstein gegriffen wie Bildung, Klimaschutz und Arbeitsplätze schaffen, jedoch wurde die von uns gewählte personelle Disposition von den Wählerinnen und Wählern nicht akzeptiert. Es sind nicht immer die gewählten Themen, die ein schlechtes Wahlergebnis erklären. Hermann Jobben; Ortsvereinsvorsitzender Glücksburg

Kommentar von Rudolf Riep vom 08.10.2009, 23:12 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitz
Ich bedaure, dass Dirk sein Amt als Kreisvorsitzender aufgibt. Ich war mit Ihm nicht immer einer Meinung, aber wir konnten gut diskutieren und gemeinsam den richtigen Weg suchen. Schade finde ich es, dass er in dieser Sache die Begründung für seine Beendigung der Vorsitztätigkeit findet. Schon auf der Sitzung des Landesparteirates war deutlich geworden, dass eine schlichte Forderung nach einem Austausch an der Spitze des LV nicht mehrheitsfähig ist. Selbstverständlich müssen auch Personalfragen diskussionsfähig sein. Entscheidungen sollten aber am Ende eines Prozesses stehen und ihn nicht einleiten. Dem Kreisvorstand wünsche ich alles gute in der schwierigen Lage, in der sich unsere Partei befindet und Dirk wünsche ich persönlich alle Gute und etwas mehr Gelassenheit. Rudolf Riep Kreisvorsitzender SPD-Steinburg

Kommentar von Michael Schulz vom 08.10.2009, 22:57 Uhr:
RE: SPD-Kreisvorsitzender Peddinghaus tritt als Kreisvorsitz
Liebe Freunde, den Schritt von Dirk kann ich sehr gut verstehen, falls nicht endlich eine Entscheidung über die weitere Arbeit von Ralf Stegner beschlossen wird. Durch meine tägliche Arbeit rede ich mit sehr vielen ehemaligen Mitgliedern und leider auch ehemalige SPD Wähler über das Landtagsergebnis und über den Kanditaten Stegner. Alle und auch ich sind mit seiner aroganten Art und Weise nicht einverstanden und wünschen uns einen Rücktritt von all seinen Ämtern. Sollte sich in der nächsten Zeit nichts tun, sehe ich mich gezwungen auch mein Parteibuch nach fast 24 Jahren abzugeben. Für meinen Ortsverein in Glücksburg würde ich es sehr bedauern, da ich erst vor kurzen in den Vorstand gewählt worden bin. Hochachtungsvoll Michael Schulz

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.10.2009, 16:38 Uhr - 4729 Clicks - Nr. 1192*

Rotes Wochenende in SL - 09.10.2009 bis 11.10.2009
Jusos machen Schleswig rot - 50 JungsozialistInnen erobern die Stadt

Landtagswahl und Bundestagswahl sind gewesen, die Jusos Schleswig-Holstein sind in ihrer Motivation ungebrochen. So treffen sich ab Freitag 50 JungsozialistInnen in der Schleswiger Jugendherberge, um an Projekten zu arbeiten. "Von einer schlechten Motivation angesichts der Wahlergebnisse kann bei uns nicht gesprochen werden," so die Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Anne-Christin Heinrich. "Wir hatten schon im Wahlkampf viele Neueintritte zu verzeichnen, nach den Wahlen riss dies nicht ab. Die SPD ist eine Volkspartei, das bleibt unbestritten. Gerade viele Jugendliche wollen jetzt Einfluss nehmen auf die Politik, weil sie schwarzgelbe Koalitionen in Land und Bund nicht einfach hinnehmen wollen."

"In Schleswig haben wir sehr guten Wahlkampf gemacht. Wir hatten auch gute Ergebnisse in der Stadt zu verzeichnen," so Immo Degner, Kreisvorsitzender der Jusos Schleswig-Flensburg. "Es ist wunderbar, dass so viele Jusos nun nach Schleswig kommen und erstmals mit dem sogenannten Roten Wochenende bei uns zu Gast sind. Und eins sei schon verraten: **Man wird uns bemerken!**"

Am Freitag Abend empfangen die Jusos im Brauhaus Dr. Ralf Stegner zu einem Kamingespräch.
Der wiedergewählte Fraktionsvorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD wird seiner Jugendorganisation ein offenes Ohr und wohl auch offene Worte bieten.

Keine Kommentare

SPD-Hamberge - *veröffentlicht am 10.10.2009, 16:06 Uhr - 1837 Clicks - Nr. 1193*

Kinderdrachenfest in Hamberge - nicht nur für Kinder
Als weitere Veranstaltung mit dem ROTEN Punkt findet am Sonntag, den 25.Oktober ab 11:00 Uhr unser Kinderdrachenfest statt.

Hierzu laden wir Sie herzlich ein und freuen uns auf ein Fest für die ganze Familie. Gemeinsam mit den Kindern - unterstützt von Mama, Papa, Oma, Opa, Tante, Onkel oder Geschwistern - wollen wir Drachen basteln und natürlich auch gleich einen Testflug starten. Es wäre schön, wenn sich unter den Gästen versierte Drachenbauer finden, die die Kinder mit Rat und Tat unterstützen können. Das Material zum Bau der Drachen halten wir bereit und erheben lediglich einen kleinen Unkostenbeitrag in Höhe von 1 Euro.

Damit nicht Hunger und Durst die Bastelaktivitäten lähmen, werden wir auch Speisen und Getränke, warm und kalt, zu kleinen Preisen anbieten.

Um nicht dem evtl. wechselhaften Wetter völlig ungeschützt ausgesetzt zu sein, ist ein Zelt vorgesehen. So werden uns auch kühle Temperaturen und mögliche Regenschauer nicht von unserem Drachenbau abhalten können. Natürlich erwarten wir, dass das Wetter mitspielt und sich an einem sonnigen Herbsttag möglichst viele Drachen in die Lüfte erheben werden.

Wir hoffen, Sie zahlreich zum ersten Hamberger Kinderdrachenfest begrüßen zu dürfen.

Ihre SPD in Hamberge

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 11.10.2009, 09:03 Uhr - 2425 Clicks - Nr. 1194*

SSW und SPD wollen ein deutsch-dänisches Familienzentrum

Gemeinsamer Antrag: SSW und SPD wollen ein deutsch-dänisches Familienzentrum auf Jürgensby errichten

In einem gemeinsamen Antrag von SSW und SPD wird die Verwaltung beauftragt, bis zum 01.12.09 die Errichtung eines deutsch-dänischen Familienzentrums am Schulgang unter Einbeziehung der Hohlwegschule und der Jørgensby-Skolen zu prüfen und zu planen.
Dazu gehört u.a. den Bau einer von den Schulen gemeinsam zu nutzenden Sporthalle zu planen; die Errichtung einer gemeinsam zu nutzenden Mensa zu planen; die Verlegung der Kita Johannisstraße auf das Gelände der Hohlwegschule zu planen; einen Plan für die Finanzierung der Maßnahme vorzulegen; zu untersuchen, ob für ein Modellvorhaben dieser Art Landes-, Bundes und EU-Mittel zur Verfügung stehen und Verhandlungen mit dem zu beteiligenden Organisationen und Fachbereichen einzuleiten mit dem Ziel, das Familienzentrum zu errichten.
Dazu sagte SSW-Fraktionsvorsitzender Gerhard Bethge: " Schon seit längerer Zeit besteht an der städtischen Grundschule Hohlwegschule und der dänischen Schule Jørgensby-Skolen das Interesse an einer Zusammenarbeit auf Verschiedenen Feldern. So haben Elternvertreter und Schulleitungen sich Gedanken gemacht, wie eine engere Kooperation möglich wäre. Es besteht Einigkeit darüber, dass dies wünschenswert ist, und die Idee eines gemeinsamen deutsch-dänischen Familienzentrums nahm Form an.
Sowohl an der Hohlwegschule als auch der Jørgensby-Skolen besteht ein starker Bedarf an zeitgemäßen Einrichtungen für den Schulsport. Die bestehenden Turnhallen beider Schulen werden den heutigen Anforderungen an Schulsporteinrichtungen nicht gerecht.
Am Standort besteht nur die Möglichkeit, eine Halle zu errichten. Das setzt allerdings voraus, dass die Stadt und Dansk Skoleforening dabei zusammen arbeiten. Deshalb ist es sinnvoll, eine gemeinsame Nutzung der Halle zu ermöglichen."
SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Trost sagte dazu: "Im Rahmen der Bildungsinitiative der Stadt wird auf Sicht eine engere Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule angestrebt. Der städtische Kindergarten in der Johannisstraße entspricht nicht dem Standard, der für eine angemessene Betreuung und Förderung der Kinder heute vorhanden sein muss. Daher empfiehlt es sich, ihn an den Standort Hohlwegschule zu verlegen. Gleiches gilt für den Hort des Schwedenheims.
Die Hohlwegschule ist bereits jetzt betreute Grundschule. Im Zuge des Ausbaus der Grundschulen zu offenen Ganztagsschulen wird es notwendig werden, ein Essensangebot zu bieten. Im Rahmen der Erstellung einer Sporthalle wird die jetzige Turnhalle der Hohlwegschule frei. Diese könnte zu Mensa und Veranstaltungsräumen umgebaut werden.
Im Rahmen der Kooperation sollen Beratungsangebote für Kinder und Familien für sowohl die deutschen als auch die dänischen Eltern an beiden Schulen und dem Kindergarten eingerichtet

werden. Die Beratung soll die Felder Gesundheit, Erziehung und soziale Fragen abdecken.
Die Entwicklung eines solchen Angebots soll mit den relevanten städtischen Stellen sowie Dansk Sundhedstjeneste, SdU als Träger des dänischen Horts in der Glücksburger Straße und möglichen weiteren Trägern der Belange entwickelt werden.
Bisher ist kein Ort bekannt, an dem eine derartige bi-nationale Zusammenarbeit geplant oder praktiziert wird. Der Stadt eröffnet sich deshalb hier die Chance, so etwas modellhaft zu gestalten."

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 11.10.2009, 12:45 Uhr - 7182 Clicks - Nr. 1195*

Interne Debatte steht vor öffentlichen Auseinandersetzungen!
und **SPD-Kreisverband Nordfriesland wird Mitglied in der Bürgerinitiative gegen die CO2-Einlagerung**

Der Vorstand des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland unterstützt das Vorgehen des Landesvorsitzenden in der Aufarbeitung der Wahlergebnisse.
"Der Kreisvorstand ist sich einig: Die Diskussion um die Wahlergebnisse zu den Bundes- und Landtagswahlen müssen parteiintern mit allen Ebenen geführt werden", erklärt der Vorsitzende Horst Deyerling nach der Vorstandssitzung des Kreisverbandes am 10.10.09..
"Es nützt nichts, nun in Schnellschüssen auf der öffentlichen Ebene inhaltliche und personelle Debatten zu führen. Die von Ralf Stegner initiierte interne Auseinandersetzung mit den Kreisverbänden und den Ortsvereinen ist der richtige Weg, um ein basisgestütztes Ergebnis zu bekommen.
Die Einbindung der Basis wurde und wird immer wieder gefordert. Dies wollen wir um- und durchsetzen. Wir erwarten in diesen Gesprächen mit Ralf Stegner eine offene, tabulose Diskussion. Das Gespräch mit Ralf Stegner wird in Nordfriesland am 05.12.2009 im Kreisvorstand und anschließend in einem mitgliederoffenen Kreisparteiausschuss stattfinden. Am 31.10.2009 wird sich der Kreisvorstand und der Kreisparteiausschuss intensiv auf das Gespräch mit Ralf Stegner vorbereiten".

SPD-Kreisverband Nordfriesland wird Mitglied in der Bürgerinitiative gegen die CO2-Einlagerung

Mit einem einstimmigen Beschluss folgte der Kreisvorstand dem Vorschlag von Horst Deyerling, als SPD-Kreisverband der Bürgerinitiative gegen die CO2-Einlagerung beizutreten.
"Dies ist eine logische Schlussfolgerung in unserer Ablehnung gegen das CCS-Gesetz und die damit verbundenen CO2-Einlagerung in Schleswig-Holstein. Wir werden uns weiterhin intensiv auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass dieses Gesetz nicht verabschiedet wird. Die Bürgerinitiative kann sich unserer politischen Untersützung gewiss sein.
Es gibt zu diesem Thema Parteitagsbeschlüsse, die auch der neu nominierte SPD-Vorsitzende umzusetzen hat. Wir werden die politischen Diskussionen auf Bundesebene wachsam verfolgen und ensprechen agieren," so der Kreisvorsitzende Horst Deyerling.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 11.10.2009, 13:28 Uhr - 2912 Clicks - Nr. 1196*

Herbstwanderung - es gibt kein Schietwetter!

Wie man in der Fliegersprache so sagt - den Kreisel schnell aufgerichtet - und schon weiß man wieder wo es lang geht.
Das hatte sich die SPD-Kropp auch gesagt und hat am 10.10.2009 zu einer Herbstwanderung rund um das schöne Kropp eingeladen.

Uwe Baurhenne sorgte für die nötige Orientierung und schon ging es los. Vom Wetter ließen sich die Teilnehmer nicht abschrecken.
Nach den turbulenten Ereignissen der vergangenen Tage, die in den Berichten auf diesen Seiten dargestellt sind, war dies eine wohltuende Abwechslung, hier konnte endlich mal wieder Einigkeit demonstriert werden.
Über eine wohl ausgefeilte Strecke wanderten die Teilnehmer rund um Kropp und genossen die schöne Landschaft.

Selbstverständlich durfte die obligatorische Verpflegung, bereit gestellt durch Joachim Krause, in der Halbzeit nicht fehlen. Frisch gestärkt gingen wir auf die nächste Etappe.

Es ging vorbei am neuen Wisentpark in Kropp, der sich als Konversionsprojekt hervorragend entwickelt. Auf dem Gelände des ehemaligen Munitionsdepots in Kropp am Ochsenweg wurden zwei Wisentzuchtgruppen angesiedelt. Mittlerweile gibt es auch ein Schaugehege, das den direkten Kontakt mit den Wisenten erlaubt mit angeschlossenem Informationszentrum, das den Besuchern die Möglichkeit bietet, sich über Biologie und Geschichte des Wisents und über die Rolle der großen Pflanzenfresser in unserer Landschaft zu informieren. Jeden Samstag und Sonntag können die Wisente besichtigt werden. Doch auch sonst hält das ehemalige Militärgelände gerade für die Pferdeliebhaber und Reittouristen eine Fülle von Angeboten bereit.
In der Stiftung Diakoniewerk informierte man sich über den Hamburger Friedhof. In der NS-Zeit wurden viele Hamburger Behinderte in die Kropper Anstalten gebracht. Hier sind Sie schließlich gestorben und wurden auf dem Friedhof beerdigt.
Sehr kurzweilig gestaltet sich die Wanderung. So konnte man gute Gespräche mit den Teilnehmern führen. Hierbei wurde mit konstruktiven Vorschlägen, die durchaus dazu beitragen können, Kropp, Kreis und Land politisch zu gestalten, nicht gegeizt.

Nach fast 3 Stunden kehrten die Teilnehmer in das Forum Kropp ein. Hier stärkte man sich mit deftiger Erbsensuppe. So saß man noch einige Zeit und ließ den doch schönen Tag vorbei ziehen

Der vollständige Bericht kann hier eingesehen werden

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.10.2009, 14:34 Uhr - 1125 Clicks - Nr. 1197*

Großbrand im Kieler Nordhafen

Die Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die LINKE haben gemeinsam einen Antrag eingebracht, mit dem allen Beteiligten gedankt wird, die bei dem Großbrand im Kieler Nordhafen am 11. / 12.06.09 im Einsatz waren.
Aus Anlass des Großfeuers im Kieler Nordhafen dankt die Kieler Ratsversammlung allen Beteiligten, die im Einsatz waren und für die Sicherheit der Kieler Bürgerinnen und Bürger gesorgt haben. Ganz besonders ist der Einsatz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, allen voran der Freiwilligen Feuerwehren, zu würdigen.

Ihr Engagement, auf das wir alle jederzeit zählen können, ist von unschätzbarem Wert. Alle leisten für die Gemeinschaft und für ein sicheres und lebenswertes Miteinander unerlässliche Dienste. Sie opfern dafür einen nicht unerheblichen Teil ihrer Freizeit und riskieren bei Einsätzen ihre Gesundheit, manchmal sogar noch mehr.

Wir nehmen das Engagement nicht selbstverständlich! Wir schätzen es ganz außerordentlich. Es ist unverzichtbar.

Begründung:

In der Nacht 11./12.06.2009 hat es im Kieler Nordhafen einen Großbrand gegeben (ca. 700 t Parafin sind in Brand geraten). Im Bereich dieses Großbrandes befanden sich zwei Heizöltanks mit insgesamt ca. 6.400 t Heizöl. Ein Bersten dieser Tanks hätte zu einer Katastrophe geführt.

Für die Kieler Berufsfeuerwehr gab es in den Nachkriegsjahren keinen vergleichbaren Einsatz. Nur durch richtige, umsichtige Entscheidungen der Einsatzleitung konnte dieser Großbrand beherrscht werden. Gezeigt hat sich auch, dass im Kieler Hafen nicht auf ein Kieler Feuerlöschboot verzichtet werden darf. Die Kieler Stadtteile Holtenau und Wik sind am 11./12.06.09 nur durch das erfolgreiche Eingreifen der Wehren und der Polizei vor einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes bewahrt worden.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 12.10.2009, 17:07 Uhr - 2567 Clicks - Nr. 1198*

SPD-Engelsby: Vorsicht "Blatteis"

"Glatteis ohne Frost" wird Herbstlaub auf Bürgersteigen auch genannt. Die Blätter bilden besonders bei Nässe unter dem Druck von Schuhsohlen eine glitschige Schicht. Genauso wie bei Schnee gilt die Räumpflicht im Herbst auch bei Laub.

Wenn sich ein Passant beim Ausrutschen auf den feuchten Blättern verletzt, kann er den Eigentümer des angrenzenden Grundstücks haftbar machen.

Dieser ist nämlich verpflichtet, den Bürgersteig vor seinem Haus im Herbst von Laub zu

befreien.
Andernfalls kann die Kommune dies durch eine Reinigungsfirma erledigen lassen - und die Rechnung dafür dem Hausbesitzer zustellen.

Dies gilt auch dann, wenn das Laub von Bäumen stammt, die der Kommune gehören.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 12.10.2009, 21:17 Uhr - 9394 Clicks - Nr. 1199*

CDU und FDP blockieren Entscheidung Neubau Kreisberufsschule Pinneberg
Nicolai Overbeck fordert schwarz–gelb auf, die Politik des Stillstandes zu beenden
Die Raumprobleme an der Pinneberger Kreisberufsschule sind weiter ungelöst, kritisiert Nicolai Overbeck die erneute Vertragung der Entscheidung im Schulausschuss. Für den im Frühjahr 2007 wegen baulicher Mängel stillgelegten Mitteltrakt der Berufsschule ist immer noch keine Lösung gefunden

„Seit zwei Jahren wird nun geplant und geprüft. Einer Entscheidung sind wir allerdings nicht näher gekommen", stellt Nicolai Overbeck ernüchtert fest. Mit ständig neuen Prüfaufträgen, die einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursachten, blockiert die Mehrheit aus CDU und FDP immer wieder die Entscheidungen. Erst wurde aufwendig die Realisierung im ÖPP-Verfahren geprüft, dann die Zusammenlegung mit der Berufsschule Elmshorn an einem neuen Standort. Beides brachte keine realistisch finanzierbaren Ergebnisse.

Auch auf der Sitzung des Kreis-Schulausschusses im Oktober 2009 kam die notwendige Beschlussfassung nicht zustand. Zu entscheiden war alternativ, ob nur der Mitteltrakt der Schule oder die gesamte Schule neu gebaut werden sollte. Die Variante Neubau würde nach Angaben der Kreisverwaltung bis zu 42 Mio. Euro kosten. Die Kosten für den Neubau des Mitteltraktes und weiteren Sanierungsmaßnahmen an den verbleibenden Gebäuden werden mit 20,0 – 26,0 Mio € kalkuliert.

Obwohl zu der letzten Sitzung alle notwendigen Informationen frühzeitig den Fraktionen vorlagen, wurde die Beschlussfassung erneut von CDU und FDP wegen weiterem Beratungsbedarfs verschoben. Nach zweijähriger Beratungszeit die belastenden Zustände in der Berufsschule weiter in der Schwebe zu halten, sind für Overbeck ein unhaltbarer Zustand. Er fordert von CDU und FDP ihre ständige „Verschiebetaktik" aufzugeben. „Die Zeit des Stillstandes muss endlich überwunden werden, denn die Schule benötigt" –so Overbeck- „ eine klare Perspektive.

Für ihn wäre ein Neubau wünschenswert, wird sich aber bei der kritischen Haushaltsituation des Kreises nicht verwirklichen lassen. Daran werde sich auch mit der Lieblingsidee des Landrates, den 42 Mio € teuren Neubau als Mietobjekt, dem sogen. ÖPP-Verfahren, zu realisieren, nichts ändern. Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzten, dass der Mitteltrakt endlich ersetzt wird. Das sei unter gegeben Umständen eine vernünftige und finanzierbare Lösung.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 13.10.2009, 16:52 Uhr - 49160 Clicks - Nr. 1200*

Ralf Stegner: Was soll denn noch passieren, Herr Carstensen?
Zu den Berichten über die Genehmigung von Verlustgeschäften trotz Risikowarnung durch Herrn Nonnenmacher erklärt der Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

„Die HSH schenkt entgegen der Empfehlung der Rechtsabteilung Goldman Sachs 45 Millionen Dollar - Herr Nonnenmacher hatte offenkundig Kenntnis davon. Nun erfahren wir über NDR Info, dass Herr Nonnenmacher trotz ausdrücklicher Risikowarnung des bankeigenen Risikomanagements Geschäfte der Londoner Filiale genehmigt zu haben scheint, die der von Steuergeldern gestützten HSH-Nordbank 500 Millionen Euro Verlust gebracht haben.

Sollten auch die neuen Vorwürfe zutreffen, bestätigt sich eindrücklich die Richtigkeit der SPD Forderung: Herr Nonnenmacher muss entlassen werden.

Was passiert aber stattdessen? Herrn Nonnenmacher wurden unter Umgehung der Gehaltsbegrenzungen, die der Landtag Schleswig-Holstein vorgegeben hatte, 2,9 Millionen Euro zusätzlich gezahlt, der von Herrn Wiegard und Herrn Carstensen geschätzte und gestützte Herr Kopper arbeitet an einem weiteren Bonussystem, mit dem man Parlamentsbeschlüsse erneut umgehen könnte, Vorstandsmitglieder sind weiterhin nicht benannt und Herr Wiegard, der für das katastrophale Krisenmanagement die Hauptverantwortung trägt, wird weiter als Finanzminister gehandelt. Wo bleibt hier eigentlich die Konsequenz der Lautsprecher von der FDP? Die Kumpanei von Carstensen, Wiegard, Kopper und Nonnenmacher ruiniert das Land. Schleswig-Holstein hat Besseres verdient.“

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 14.10.2009, 16:02 Uhr - 48699 Clicks - Nr. 1201*

Konservative rudern in Krise zurück / nur noch 300 Millionen für Milchbauern
Ulrike Rodust fordert: "Sozialdemokraten stehen zu beschlossenen 600 Millionen Euro für den Milchfonds"

Am kommenden Donnerstag wird das Plenum in Straßburg den Haushalt für das Jahr 2010 verabschieden. Unter anderem werden die Europaabgeordneten auch über Mittel für Landwirtschaft und ländlichen Räume abstimmen. Das Parlament hatte bereits im September in einer Resolution zur Milchkrise 600 Millionen Euro Unterstützung in Form eines Milchfonds eingefordert.

"Was wir im September als Parlament verabschiedet haben, können wir doch nicht schon einen Monat später wieder relativieren wollen, kommentierte die SPD-Europaabgeordnete und Agrarexpertin Ulrike RODUST die aktuelle Debatte im Parlament. Die Konservativen schlagen vor nur noch 300 Millionen Euro für den Milchfonds zur Verfügung stellen zu wollen. "Das machen wir Sozialdemokraten nicht mit", stellt RODUST klar.

"Wir müssen weiter dazu stehen, die Milchbauern in der Krise zu unterstützen und dazu

gehören eben auch die 600 Millionen Euro für den Milchfonds", erklärt Ulrike RODUST. Die Sozialdemokraten lassen die Milcherzeuger in der Krise nicht im Stich.

"Es bleibt dabei - wir Sozialdemokraten werden nicht dabei zugucken, wie ein Milchbauer nach dem anderen pleite geht, der ganze Hof und die Familie vor dem Ruin stehen", kommentiert Ulrike RODUST die Lage. Wenn die Konservativen jetzt bereits beschlossene Maßnahmen zu Lasten der Milchbauern ändern wollen, muss das Kind dann auch beim Namen genannt werden", erklärt RODUST abschließend.

Hintergrund: Im September hatte das Europäische Parlament eine Resolution zur dramatischen Lage auf dem Milchmarkt verabschiedet. Dabei forderten die Parlamentarier im Kern weitere flankierende Maßnahmen der Gemeinschaft, die den Milchbauern jetzt tatsächlich aus der Krise helfen, unter anderem auch 600 Millionen EUR für einen Milchfonds. Mit dem Fonds sollen Erzeugerorganisationen und Kooperativen unterstützt werden und betriebliche Investitionen, Modernisierungsmaßnahmen, Diversifizierungen, flächenbezogene Maßnahmen, Marketinginstrumente und Unterstützung für Kleinerzeuger und junge Landwirte sicher gestellt werden.

Kommentar von Andreas Martens vom 29.10.2009, 19:28 Uhr:
RE: Konservative rudern in Krise zurück / nur noch 300 Milli
Diese Subventionen werden unseren Landwirten auch nicht helfen könnnen.Meiner Meinung nach, müssen die Überkapazitäten , gerade in der Milchwirtschaft , abgebaut werden.Der Abbau der Überkapazitäten wird den Landwirten einen stabilen Milchpreis bescheren.

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 15.10.2009, 11:28 Uhr - 2807 Clicks - Nr. 1202*

Hoffnung nicht nur auf neue Köpfe, sondern auf eine neue, glaubhafte Identität
Nach dem Wahldebakel: Die SPD Glinde zieht Bilanz
von Norbert Schicketanz

Wohin geht die SPD ? Das haben sich auf ihrer ersten Monatsversammlung nach den vergangenen Wahlen die Glinder Sozialdemokraten gefragt. In einer keineswegs von Mutlosigkeit gekennzeichneten äußerst lebendigen Diskussion bezog fast jedes der über 20 anwesenden Mitglieder persönlich Stellung.

Vom tiefen Ernst bis zur ironischen Selbstkritik ging das Spektrum. Während einige schon den veröffentlichten Einladungstext zu dieser Veranstaltung ihres Ortsvereins als unangemessen empfanden, in dem provozierend gefragt wurde, ob ihre Partei etwa ein „Auslaufmodell" sei, meinten andere, endlich sei der Druck weg, jetzt müssten die „Gewinner" Farbe bekennen. Besonders die FDP, auch die Linken. „Wir hatten und haben zwar die richtigen Themen, aber das interessiert den Wahlbürger kaum, der lässt sich eher von Schlagzeilen um eine unglückliche Dienstwagenaffäre ablenken und schenkt Steuersenkungsversprechungen Glauben, die nie einzuhalten sind".

Die SPD - vom Ortsverein über den Kreis, das Land bis zum Bund, also von Glinde über Bad Oldesloe und Kiel bis nach Berlin – habe nun eine Chance, sich in der Opposition nicht nur personell zu erneuern, also vor allem auch in der Führungsspitze zu verjüngen, sondern sich auch neu auf „alte und neue Werte und Ziele" zu konzentrieren. Werner Braun, ein erfahrener „Alter" wie manch anderer in der Runde, wies nach, dass es vor allem die älteren und jüngeren

Reiz- und Schlagwörter wie Hartz IV oder die Rente mit 67 gewesen sind, die der SPD um die Ohren flogen. Daß sich die Mitgliederzahl der Partei und die ihrer Wähler seit der CDU-Ära von Helmut Kohl und seit dem Wechsel 1998 zur SPD-Regierung unter Gerhard Schröder praktisch halbiert haben, ist für Oliver Sendzik ebenso nüchtern zu registrieren wie die Erkenntnis, dass es auch der CDU kaum anders geht. Die Zeit der „Volksparteien" sei endgültig vorbei, jeder Zweite, der früher, als die SPD unter Willy Brandt oder Helmut Schmidt mit ihren rechten und linken Flügeln noch seine Heimat war, weil er sich im Kern eben als „Sozi" sah, habe sich zu Schröders Zeiten zu den Grünen oder den Linken oder in den letzten Jahren der „Großen Koalition" gar gleich zu CDU oder FDP verabschiedet. Alle Parteien sind halt heute eben auch „ein bisschen" sozialdemokratisch.

Wie die SPD da wieder zu sich selbst und wie sie neue Mitglieder finden soll, wussten manche dennoch: „Das Soziale" muß als „Vision" neue Stärke bekommen (Norbert Schicketanz), das Bewusstsein im Volk, dass die SPD wieder ganz und gar auf der Seite der „wirklich Armen" steht (Frank Lauterbach), dass wir stolz darauf sein können, wenn der Wahlbürger von uns eine höhere Glaubwürdigkeit erwartet als von CDU/FDP und dass wir diesem Anspruch auch wieder gerecht werden wollen (Klaus Griem), waren nur einige der aufbauenden Ratschläge.

Daß in Berlin nicht nur ein Postentausch stattfindet, sondern ein echter Neubeginn, der die Stimmung an der Basis umsetzt, wird ebenso selbstverständlich erwartet wie eine bessere, glaubwürdigere Vermittlung eigener Positionen zu kritischen sozialen Themen, die bisher von den Linken aus ihrer Opposition heraus einfach ehrlicher vertreten werden konnten (Heinrich Immhoff). Man sieht sich allerdings nicht nur „von oben abhängig". Gerade vor Ort in Glinde habe die SPD, so Bernd Wersel, mit ihrer Schul- und Sozialpolitik ein Feld, auf dem sie schon bisher sehr erfolgreich agiert habe. Was sich auch durchaus im Wahlergebnis wiederfinde:

Die SPD Glinde habe sowohl bei der Landtagswahl wie auch bei der Bundestagswahl im Vergleich mit anderen Gemeinden in der Region „die besten Ergebnisse bei aller Niederlage gehabt", in Glinde selbst lag sie bei den Erststimmen für den sehr engagierten Landtagskandidaten Martin Habersaat gegenüber der CDU praktisch gleichauf. Und noch ein Hoffnungsschimmer: Es gibt nicht nur Austritte und Überalterung. „Nach der Wahl ist vor der Wahl", dachte sich Andreas Timmann (38), stellte sich an diesem Abend als neues Parteimitglied und aktiver Gewerkschafter (!) vor und forderte das ein, was auch andere in den vergangenen Jahren zu oft bei der SPD vermisst haben: Mehr darüber reden und auch veröffentlichen, dass man sich nicht nur seit heute, nun aber wieder mehr als früher, verstärkt für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft einsetzen werde. Wobei er sich mit Marietta Exner völlig einig war!

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 15.10.2009, 12:47 Uhr - 4147 Clicks - Nr. 1203*

Quo vadis, Sparkasse?
Reinhard Mendel, Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Spurlos ist die Finanzkrise an keinem Kreditinstitut vorbeigegangen, auch nicht an den Sparkassen. Dabei sind einige mehr, andere weniger getroffen worden, je nachdem, wie gut sie geleitet und beaufsichtigt wurden. Unsere Sparkasse Holstein war und ist gut aufgestellt und kann trotz Finanz- und Wirtschaftskrise mit sehr guten Zahlen aufwarten.

Dafür gebührt den Beschäftigten und dem Vorstand ein großer Dank, denn dies kommt uns allen in Stormarn zugute. Nicht nur, dass es bei uns keine Kreditklemme gibt, mit ihren zahlreichen Stiftungen und anderen Unterstützungsleistungen werden Kultur, Sport, Jugendarbeit und viele andere wohltätige Zwecke gefördert.

Es sieht aber nicht überall so gut aus.

Und schon werden wieder die Stimmen laut, die Finanzkrise und notleidende Institute zum Anlass nehmen, nach einer Privatisierung der Sparkassen zu rufen. Nun sagt man das nicht so deutlich, man möchte nur das Sparkassengesetz ändern und die Beteiligung nichtöffentlich-rechtlicher Institute an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen zulassen. Das aber würde - wie das Beispiel Spanien gezeigt hat - über kurz oder lang zum Ende der regional ausgerichteten Sparkassen führen. Wir brauchen die in der Region verwurzelten Sparkassen, die sich für ihre Region einsetzen und sie fördern. Private Grossbanken oder andere große nicht aus der Region stammenden Institute haben kein Interesse daran, ihre Gewinne in Sportförderung, Kultur und Jugendarbeit zu stecken.

Es liegt aber auch an uns, das gerade in der Finanzkrise bewährte Dreisäulenmodell der Deutschen Bankenlandschaft zu stützen. Wir haben am Beispiel der HSH-Nordbank schmerzlich erlebt, dass die Aufsicht versagt hat. Bürgerschaft in Hamburg und Landtag in Kiel und auch der Sparkassenverband haben schlichtweg die falschen Personen in die Aufsichtsgremien entsandt. Da, wo Politik Besetzungen vorzunehmen hat, darf nicht länger die Politikkarriere das Entscheidungskriterium sein, es müssen fachlich kompetente Menschen in die Aufsichts- und Verwaltungsräte gewählt werden. Jahrelang haben viele Kommunalpolitiker die Verwaltungsratsmandate der Sparkassen als angenehme Posten angenommen und abgenickt, was ihnen vom Vorstand vorgelegt wurde, sei es, aus Bequemlichkeit oder mangels Fachwissen. Die Resultate sieht man bei der HSH-Nordbank und auch bei mancher Sparkasse. Das muss sich ändern, Parteiideologie muss hinter Kompetenz und Mut zur kritischen Aufsicht zurücktreten. Dann können wir auch unsere Sparkassen erhalten und mit ihnen Gutes für unsere Region tun.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 15.10.2009, 14:06 Uhr - 51283 Clicks - Nr. 1204*

AsF: Viel Zoff und keine einzige Frau
Schwarz-gelbe Kabinettsbildung ist ein Trauerspiel!

„Ein Skandal, aber nicht eigentlich eine Überraschung": So bewertet die schleswig-holsteinische AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) die aktuellen Nachrichten von der Regierungsbildung in Kiel.
Dort waren die Koalitionsgespräche zwischen CDU und FDP unterbrochen worden, weil man(n) sich nicht über den jeweiligen Anteil an Ministerposten einigen konnte; Zeitplan und Verhandlungsstil gerieten aus den Fugen.

Doch nicht die atmosphärischen Störungen im schwarz-gelben Bündnis machen den SPD-Frauen Sorgen, sondern ein viel gravierenderes Defizit: Im gesamten Regierungstableau der

Parteivorsitzenden Carstensen und Kubicki findet sich keine einzige Frau! „Wir haben dreimal nachgezählt und glauben es noch immer nicht", meint der AsF-Landesvorstand zu den Neuigkeiten aus Kiel. „Und das in Schleswig-Holstein, das einmal Vorreiterin bei der Gleichstellungspolitik war! In einem Land, das mit Heide Simonis die erste Ministerpräsidentin, angefangen mit Gisela Böhrk eine ganze Riege kompetenter und ideenreicher Ministerinnen aufzuweisen hatte; aus dem prominente Gewerkschafts-, Verbands- und Kirchenfrauen kommen – es ist einfach nur ein Trauerspiel."

„Nun könnten wir sagen, wir haben es gewusst: Wer echte Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, wer politisch wirksame Frauenkompetenz will, darf eben nicht konservativ wählen", fügt AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich hinzu, die für die SPD an der Formulierung aussagekräftiger Gleichstellungspassagen im Bundes- wie im Landtagswahlprogramm beteiligt gewesen war. Aber sie empfindet es auch als bitter für die Frauen in FDP und CDU, deren Engagement und deren Fähigkeiten in den Augen ihrer männlichen Parteichefs offenbar überhaupt nichts gelten. „Im Wahlkampf und lange davor – etwa aus der Mitgliedschaft der AsF im Landesfrauenrat oder bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen – haben wir immer wieder kompetente und politisch hellwache Frauen auch aus anderen Parteien kennen und trotz der inhaltlichen Unterschiede schätzen gelernt", so Östreich. „Wenn weder Carstensen noch Kubicki diese Frauen wahrnehmen und politische Gestaltungsmacht mit ihnen teilen wollen, dann haben die Herren Demokratie nicht begriffen."

Cornelia Östreich, AsF-Landesvorsitzende

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.10.2009, 15:57 Uhr - 1826 Clicks - Nr. 1205*

„Tabuschwelle zur Gewaltanwendung wird gesenkt"
Einen umgehenden Verzicht auf die Durchführung des sog. „Käfigkampfes" in Kiel fordern die innenpolitischen Sprecher der Kooperationsfraktionen von SPD und Grünen sowie die Ratsfrau des SSW vom Organisator der Veranstaltung.
Von einer fatalen Vorbildwirkung für die Gesellschaft sprechen Michael Wagner (SPD), Karin Weichert (Bündnis90/Die Grünen) und Antje Danker (SSW): "Eine öffentliche Zurschaustellung von Prügeln, Treten und Würgen noch gegen am Boden liegende Schwächere ist das letzte, was wir in unserer Stadt brauchen."

Die Ratsmitglieder erinnern in diesem Zusammenhang an den soeben vorgelegten Bericht zur Jugendkriminalität. Dieser zeige auch in Kiel die mit Gewalt verbundenen Probleme auf. „Die zunehmende Bereitschaft bei Jugendlichen zur Gewaltanwendung ist doch das Problem und darf nicht durch gewaltverherrlichende Veranstaltungen noch gefördert werden. Freefight-Veranstaltungen sind kein Sport und werden von uns vollständig abgelehnt."

Die drei Mitglieder der Mehrheitskooperation appellierten an den Gesetzgeber, das Ordnungsrecht in der Weise weiter zu entwickeln, dass derartige Veranstaltungen zukünftig von den Kommunen untersagt werden können. „Bis dahin fordern wir von allen Inhabern von Veranstaltungsstätten, Freefight-Events nicht mehr stattfinden zu lassen und von Sponsoren, diese nicht mehr finanziell zu unterstützen", betonten Michael Wagner, Karin Weichert und Antje Danker.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 16.10.2009, 16:00 Uhr - 2498 Clicks - Nr. 1206*

SPD-Initiative für ein Flensburger Konjunkturprogramm

Erfolge für den Sport zeichnen sich ab

Für notwendige Investitionen im Jugend- und Sportbereich stehen jetzt die Ampeln auf Grün. Die SPD hatte bei der Diskussion um Maßnahmen zur Konjunkturförderung nachdrücklich Maßnahmen im Sport und für die freie Kultur gefordert. Jetzt zeichnet sich ein positives Ergebnis zumindest für den Sportbereich ab.
"Dort wird überwiegend von vielen Ehrenamtlern hervorragende soziale Sport-, Jugend- und Bildungsarbeit geleistet, so dass Investitionen in diesem Bereich einen doppelten Effekt erzielen", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost zu den neuesten Entwicklungen.
Erfreut nimmt die SPD zur Kenntnis, dass nach anderen Fraktionen nunmehr auch die Verwaltung auf ihren Kurs einschwenkt. Sie schlägt jetzt folgende Maßnahmen für eine Veranschlagung im Wirtschaftsplan der Kommunalen Immobilien vor: Im Jahr 2011 den Betrag von 300.000 Euro für den Sportplatz Schützenhof, im Jahr 2012 für den Eckener Sportplatz 90.000 Euro, das Stadion 100.000 Euro, das Sportheim des ETSV Weiche 130.000 Euro und im Jahr 2013 noch einmal 110.000 Euro für das ETSV-Heim. Darüber wurden jetzt die Mitglieder des Hauptausschusses informiert.

Helmut Trost: „Damit sind die Türen für einen Erfolg unserer Initiative weit aufgestoßen. Für den Bereich der freien Kultur müssen wir allerdings noch nach Lösungen suchen. Das Beispiel Sport zeigt aber, dass es sich lohnt, beharrlich und nachdrücklich an den Themen zu bleiben und auch dann nicht nachzulassen, wenn es Gegenwind gibt."

Für den Kulturbereich ist lediglich vorgesehen, für die Jahre 2010 und 2011 die Mittel zur Förderung freier Kultureinrichtungen um 25.000 Euro anzuheben. Hier sind Investitionen bei der Theaterwerkstatt Pilkentafel und für das Kühlhaus geplant worden, deren Realisierung angesichts dieses Betrages weiter in den Sternen steht. Damit will sich die SPD-Fraktion nicht zufrieden geben und kündigt weitere Vorstöße zugunsten der freien Kulturträger an.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 17.10.2009, 20:06 Uhr - 3140 Clicks - Nr. 1207*

Laternenumzug am 23. Oktober

Seit 40 Jahren richtet der SPD-Ortsverein Glinde im Herbst einen Laternenumzug aus - so natürlich auch 2009.

Diesmal geht es los am Freitag, dem 23. Oktober, um 18.30 Uhr. Der Treffpunkt ist an der Glinder Mühle, dann geht es einmal um den Mühlenteich.
Eine Feuerwehrkapelle liefert musikalische Unterstützung. Spannend: Machen genug "Leuchten" mit, um den Kreis um den Mühlenteich einmal zu schließen?

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 19.10.2009, 12:04 Uhr - 2561 Clicks - Nr. 1208*

SPD-Engelsby: TBZ investiert in Sicherheit von Kindern

Im Auftrag des Technischen Betriebszentrums wird ein Unternehmen aus Bensheim in den kommenden Wochen 1.139 Müllcontainer älterer Bauart im Stadtgebiet mit Sicherheitsdeckeln nachrüsten beziehungsweise komplett gegen neue Container austauschen. Der Umbau der 1,1 Kubikmeter Container findet jeweils vor Ort statt. Die Mitarbeiter der die Arbeiten ausführenden Bischof Umweltservice GmbH können sich auf Nachfrage mit einem Bestätigungsschreiben des TBZ legitimieren.

Uwe Hahn, Geschäftsführer des TBZ, erläutert den Hintergrund: „Die älteren Container können für spielende Kinder eine Gefahr darstellen, wie ein Unfall in Thüringen gezeigt hat. Wir sind aber an größtmöglicher Sicherheit interessiert und haben daher das Bensheimer Unternehmen beauftragt, unsere Container mit sicheren Deckeln nachzurüsten – auf freiwilliger Basis, denn hier auf eine gesetzliche Verpflichtung zu warten halte ich für nicht vertretbar."

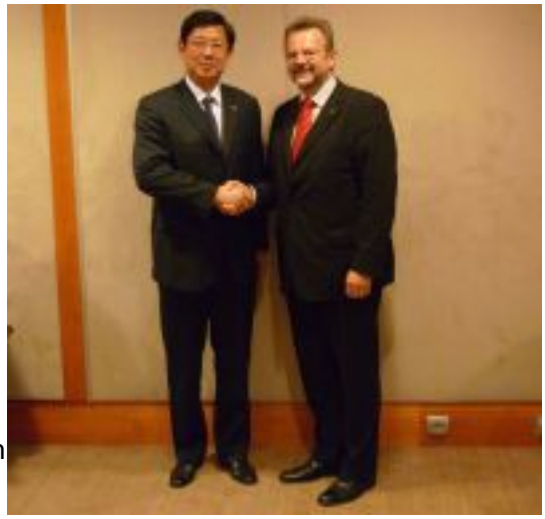
Insgesamt stehen 2.506 Container im Stadtgebiet, von denen jetzt 50 komplett ausgetauscht und 1.089 mit einem kindersicheren Deckel nachgerüstet werden. Die Kosten der Nachrüstung belaufen sich auf rund 83 Euro je Container, die Neubeschaffung eines Containers schlägt mit etwa 220 Euro zu Buche.

Die Nachrüstungsaktion beginnt am Montag, dem 19. Oktober 2009 und wird voraussichtlich vier bis fünf Wochen dauern.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 19.10.2009, 14:33 Uhr - 8186 Clicks - Nr. 1209*

Soziale Sicherheit auch im Land der Mitte wichtiges Thema
Thönnes referiert im EU-China-Dialog:



Ende vergangener Woche hat SPD-MdB Franz Thönnes seinen letzten internationalen Termin in seiner Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales im Rahmen des „4. Runden Tisches der EU und China zur sozialen Sicherheit" in Stockholm wahrgenommen.

Dieser Dialog ist Bestandteil eines fünfjährigen gemeinsamen Projektes beider Partner, das im April 2006 begann und bis Ende 2010 läuft. Ausgerichtet von der schwedischen EU-Präsidentschaft kamen 60 Vertreter aus den EU-Staaten und China zusammen, um im Rahmen des zweitätigen Treffens über die „Gestaltung sozialer Sicherheit in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit" zu diskutieren. Thönnes referierte dabei über die Antworten der deutschen Regierung auf die Krise, insbesondere mit den Konjunkturprogrammen, dem Mittel der Kurzarbeit sowie den Sicherungsregeln für die staatlich geförderte Riester-Rente und die

betriebliche Altersvorsorge.

Am Rande des Dialoges kam Thönnes auch mit dem Chineschen Vizeminister für Humanressourcen und soziale Sicherheit, Hu Xiaoyi, zusammen. Beide Seiten versicherten, dass man zügig an einer gemeinsamen Absichtserklärung über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Arbeits- und Sozialpolitik arbeiten werde. Thönnes: „China ist sehr interessiert an den Erfahrungen mit unseren sozialen Sicherungssystemen. Als große Nation, die wie andere auch von den Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist, weiß China um die Bedeutung der Strukturen sozialer Sicherheit und hat hier in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Dennoch bleibt der flächendeckende Aufbau eines umfangreichen sozialen Netzes mit Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung eine große Aufgabe."

Bildunterschrift: Vizeminister Hu Xiaoyi und Parlamentarischer Staatssekretär Franz Thönnes (MdB)

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 20.10.2009, 14:08 Uhr - 4358 Clicks - Nr. 1210*

Jusos - KVV am 24. Oktober
Kreisvollversammlung der Jusos Stormarn
Am Sonnabend, dem 24.Oktober 2009 ab 15:00 Uhr im Couvoisierhaus (C-Haus) Reinbek, Schulstr.15, 21465 Reinbek. An diesem Sonnabend sollen u.a. drei Kreisvorstands-Positionen neu gewählt, neue Richtlinien beschlossen und über das Thema „Asylpolitik" diskutiert werden. Im Anschluss findet die Gründungsversammlung der Jusos Reinbek, Glinde, Oststeinbek statt.

Die Kreisvollversammlung ist das höchste Beschluss fassende Gremium der Jusos Stormarn.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.10.2009, 14:27 Uhr - 1378 Clicks - Nr. 1211*

Freilichtmuseum Molfsee: Zukünftige Finanzierung sichern
Zur Kündigung des Vertrages mit dem Land und dem Freilichtmuseum durch OB Albig erklären Ralph Müller-Beck, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, Lutz Oschmann, Vorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Ratsfrau Antje Danker, SSW:
„Das Freilichtmuseum ist als Landesmuseum für ganz Schleswig-Holstein, und auch für Kiel, von großer Bedeutung. Deshalb müssen wir gemeinsam alles dafür tun, um es wieder auf einen erfolgreichen Weg zu bringen.
Gleichzeitig hat die Stadt Kiel in den letzten 40 Jahren immer wieder Geld zugeschossen. Dieses wurde quasi automatisch aus einer überholten vertraglichen Verpflichtung heraus getan. Besonders deshalb findet Oberbürgermeister Albig unsere Unterstützung für seinen Vorstoß. Wir sollten die aktuelle Situation nutzen, um die finanziellen Angelegenheiten des Freilichtmuseums auch vor dem Hintergrund der Vermeidung zukünftiger Haushaltsbelastungen für Landeshauptstadt Kiel neu zu regeln.
In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass das gesamte Gelände von ca. 60 Hektar Größe der Stadt Kiel gehört und wir mit der Bereitstellung des Geländes bereits einen erheblichen Beitrag zum Fortbestand des Freilichtmuseums liefern.

Freilichtmuseum und Land sind gefordert, das Freilichtmuseum zukunftsfähig zu machen: neue Ideen und Konzepte müssen her."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 21.10.2009, 21:57 Uhr - 3991 Clicks - Nr. 1212*

Claus Möller zu Gast bei der Kreistagsfraktion
Thema: E.ON, Energienetze und Beteiligungen

Am 29. Oktober 2009 hat die Kreistagsfraktion einen prominenten Gast. Claus Möller kommt, um mit uns über den Themenkomplex E.ON, Energienetze und Beteiligungen zu diskutieren. Da dieses Thema vor allem auch die Städte und Gemeinden betrifft, sind auch Vertreter unserer Ortsfraktionen herzlich dazu eingeladen. Die Fraktionssitzung beginnt um 19.00 Uhr im Gebäude F der Kreisverwaltung (WAS-Gebäude) im Raum F 22.
Vorgesehene Dauer ist 1 bis 1 ½ Stunden.

Telefonische Anmeldungen bitte an Reinhard Mendel, damit ggf. ein größerer Sitzungssaal reserviert werden kann.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 22.10.2009, 10:28 Uhr - 2030 Clicks - Nr. 1213*

SPD-Stadtmitte fordert runden Tisch zur Einzelhandelsentwicklung am Hafermarkt.
Im Juli 2009 stellte der Investor Herr May seine Pläne für ein Einkaufszentrum Adelbylund vor. Die Pläne sehen eine Verlagerung von ALDI vom Hafermarkt nach Adelbylund und eine Vergrößerung des bestehenden EDEKA -Marktes vor.
Nachfolgend sollen sich dann die am Hafermarkt verbliebenen LIDL und KIK -Märkte vergrößern.

Diese Pläne stießen bei der SPD-Stadtmitte und der SPD-Ratsfraktion nicht auf ungebremste Zustimmung.

Als Ergebnis einer „Fraktion vor Ort-Sitzung" und Gesprächen mit dem Investor und LIDL, hat der SPD-Ortsverein Stadtmitte nun den Oberbürgermeister aufgefordert, einen runden Tisch einzuberufen.
Ziel soll sein, dass sich alle Beteiligten und Betroffenen gemeinsam zu einer für den Hafermarkt zukunftsweisenden Lösung zusammenfinden.
Neben dem Investor sollen auch ALDI, LIDL, KIK, EDEKA, die Grundstückseigentümer des Einzelhandelskomplexes am Hafermarkt, die IHK und die IG – Altstadt-Süd an den Tisch.

Den Vorschlag der SPD-Stadtmitte unterstützte der zuständige Fachausschuss auf seiner letzten Sitzung.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 22.10.2009, 11:17 Uhr - 4584 Clicks - Nr. 1214*

„Endlager" Asse: Informationen im Internet

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern, einige CDU-Ministerpräsidenten wollen die Laufzeitbegrenzung sogar ganz aufheben. Der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hält davon wenig: „Wer sich intensiver mit dem Endlagerversuche Asse befasst, sieht schnell, dass der Begriff ‚Endlager' alles andere als zutreffend ist. Menschen können nicht sichere Aussagen über zigtausende von Jahren machen.
Und solange ist der Müll tödlich giftig, den die Atomkraftwerke produzieren und der auf Kosten der Steuerzahler verscharrt werden soll."

Das Bundesamt für Strahlenschutz will, nachdem es in der Vergangenheit berechtigte Vorwürfe wegen mangelnder Transparenz gab, über den Schacht Asse und die dort eingelagerten 126000 Fässer Atommüll auf einer neuen Webseite berichten, die Adresse ist www.endlager-asse.de.

Kritische Bürger haben vor einigen Jahren den Verein „Aufpassen e.V." gegründet und informieren ebenfalls im Internet: http://aufpassen.org/.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.10.2009, 22:27 Uhr - 3426 Clicks - Nr. 1215*

Landtagsfraktion wählt Vorstand und Fachsprecher

Nach Hohwacht hatte sich die SPD-Landtagsfraktion in Klausur begeben, um zwei Tage lang die künftige Arbeit als Opposition im Kieler Landtag zu planen und sich personell für die nächsten zweieinhalb Jahre aufzustellen. Den Fraktionsvorsitzenden, Dr. Ralf Stegner, hatte die Fraktion schon im Rahmen ihrer konstituierenden Sitzung gewählt.

An der Ostsee wurde nun der Fraktionsvorstand komplettiert:
Das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers übernimmt Jürgen Weber, die drei StellvertreterInnen Stegners sind Birgit Herdejürgen, Siegrid Tenor-Alschausky und Peter Eichstädt. Diese fünf Abgeordneten bilden den geschäftsführenden Fraktionsvorstand, ergänzt werden sie von der Ersten Landtagsvizepräsidentin, für dieses Amt nominierte die Fraktion Dr. Gitta Trauernicht.

Dem Fraktionsvorstand gehören auch die Vorsitzenden der Arbeitskreise an. Diese sind Dr. Henning Höppner (Bildung, Wissenschaft , Forschung und Kultur),

Regina Poersch (Wirtschaft, Technologie, Tourismus und Verkehr), Sandra Redmann (Umwelt und Ländliche Räume), Wolfgang Baasch (Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit), Birgit Herdejürgen (Finanzen. Steuern und Haushalt), Dr. Kai Dolgner (Innen, Recht, Kommunales und Gleichstellung),
Olaf Schulze (Energie, Reaktorsicherheit, Landesplanung und Infrastruktur) und
Rolf Fischer (Europa und Minderheiten).

Den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses soll der Abgeordnete Bernd Schröder übernehmen, im Innen- und Rechtsausschuss schlägt die SPD Thomas Rother vor.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.10.2009, 22:30 Uhr - 3539 Clicks - Nr. 1216*

Bildung, Energie, Metropolregion
Martin Habersaats Aufgaben in der SPD-Landtagsfraktion

Mit den inhaltlichen Schwerpunkten Bildung, Energie und Metropolregion war Martin Habersaat in den Landtagswahlkampf gezogen – verständlich, dass er sich auch wünschte, in der neuen Landtagsfraktion künftig in diesen Bereichen eingesetzt zu werden. Und dieser Wunsch ging in Erfüllung, Habersaat wird künftig in den entsprechenden Arbeitskreisen mitwirken und wurde mit wichtigen Sprecherfunktionen betraut.
Die SPD-Landtagsfraktion organisiert ihre Arbeit in acht Arbeitskreisen. Martin Habersaat wird in zweien mitarbeiten: Im Arbeitskreis „Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur", der von Dr. Henning Höppner aus dem Kreis Plön geleitet wird, und im Arbeitskreis „Energie, Reaktorsicherheit, Landesplanung und Infrastruktur" unter der Leitung von Olaf Schulze aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg.

In diesen Arbeitskreisen bereitet die SPD-Fraktion ihre politischen Initiativen, aber auch die Ausschussarbeit des Landtages vor. Martin Habersaat wird festes Mitglied im Bildungsausschuss des Landtages und stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss.

Außerdem wählte die Fraktion den 32jährigen zu ihrem Hochschulpolitischen Sprecher und übertrug ihm die Zuständigkeit für den Hamburger Nachbarschaftsraum. Martin Habersaat: „Als Neuling und jüngstes Mitglied der Fraktion freut es mich sehr, in dieser Form in die Fraktionsarbeit eingebunden zu werden. Ich bin gespannt auf die Aufgaben, die vor mir liegen."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.10.2009, 15:11 Uhr - 3678 Clicks - Nr. 1217*

Haushaltsklausur der SPD-Kreistagsfraktion

Jedes Jahr im Herbst trifft sich die Kreistagsfraktion der SPD Stormarn zur Haushaltsklausur, um die Finanzen des Kreises für das kommende Jahr zu besprechen. Auch im Oktober 2009 zog man sich ins Waldhaus Reinbek zurück und arbeitete den Haushalt 2010 durch. Als Gäste waren Landrat Klaus Plöger und die Reinbeker Kommunalpolitiker Volker Müller und Tomas Unglaube dabei.

Man beriet die Etatvorschläge für die einzelnen Fachbereiche sorgfältig und versuchte trotz schwieriger Haushaltslage wichtige Schwerpunkte zu setzen.

Landrat Klaus Plöger hatte vom Kreistag den Auftrag bekommen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das ist ihm gelungen, auch wenn dazu unpopuläre Vorschläge erforderlich waren. Diese erläuterte er zu Beginn, nicht ohne festzustellen: „Am Ende entscheidet die Politik – und dann ist das so." Müller und Unglaube berichteten aus Reinbek und thematisierten vor allem Themen, die Stadt und Kreis angehen: Beratungsstellen, Kita-Finanzierung und Lärmschutz an der K80.

René Wendland, der finanzpolitische Sprecher der Kreistagsfraktion und der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel hoben besonders drei Entscheidungen der Fraktion hervor: „Wir wollen am Personalkostenzuschuss für die Kindertagesstätten nichts ändern und weiter die Gemeinden unterstützen, die sich in der Kinderbetreuung engagieren. Zweitens die Kostenübernahme für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für geringfügig Verdienende, die aufgrund ihrer prekären Lebenssituation keine Mittel Familienplanung aufbringen können. Und drittens wollen wir den beruflichen Schulen ihre Sozialpädagoginnen erhalten." Außerdem positiv hervorzuheben sei die personelle und inhaltliche Ausstattung der Klimaschutzstelle – zur Umsetzung des Stormarner Klimaschutzprogramms.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 25.10.2009, 18:50 Uhr - 5419 Clicks - Nr. 1218*

Kieler SPD trauert um Helga Renger

Zum Tode von Helga Renger erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

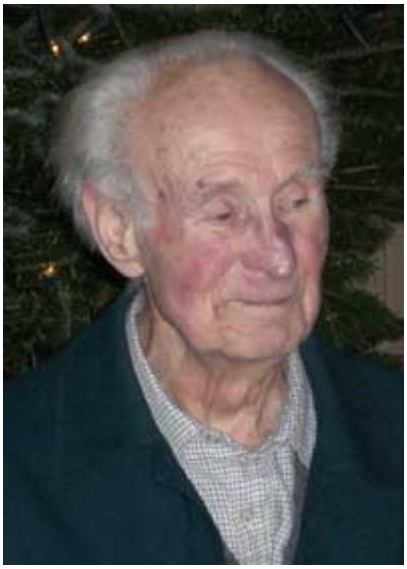
„Vor wenigen Tagen verstarb im Alter von 83 Jahren Helga Renger. Sie war Trägerin der Willy-Brandt-Medaille; der höchsten Auszeichnungen, die die Kieler SPD verleiht. Damit wurde eine Frau gewürdigt, die sich langjährig und in vielfältiger Art und Weise um Kiel verdient gemacht hat. Helga Renger gehört zu den Gründungsmitgliedern der SPD

nach 1945; sie war eine der ersten Frauenbeauftragten der Partei. Sie übernahm immer wieder Vorstandsämter auf Kreis- und Ortsvereinsebene und führende Positionen in der Partei; noch bis vor kurzem war sie im Kieler Vorstand der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus. Sie war eine aufrechte und mutige Demokratin, die sich - durch die negativen Erfahrungen im Dritten Reich geprägt - für Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität überzeugt und überzeugend einsetzte. Helga Renger ist in Kiel eine bekannte Persönlichkeit, nicht zuletzt durch ihre Ehe mit Rolf Renger, der langjähriger Kieler Stadtrat war und in der Wirtschafts-, Verkehrs- und Hafenpolitik große Akzente setzte. Die Kieler SPD trauert um Helga Renger und wird ihr in Ehren und mit großer Zuneigung gedenken."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 25.10.2009, 22:55 Uhr - 1976 Clicks - Nr. 1219*

SPD Barsbüttel trauert um Heinrich „Heini" Heike



Die SPD Barsbüttel hat ihren Ehrenvorsitzenden verloren. Im Oktober verstarb Heinrich „Heini" Heike im Alter von 97 Jahren. Heini Heike war 1928 einer Jugendorganisation der SPD beigetreten und seit 1930 SPD-Mitglied. Weil er sich in seiner Heimatstadt Leipzig für die Familien inhaftierter SPD-Mitglieder einsetzte, wurde Heike ebenfalls verfolgt, verhaftet und in eine Strafkompanie gezwungen.
Als Heinrich Heike 2001 zum Ehrenvorsitzenden der SPD Barsbüttel ernannt wurde, sagte der damalige Ortsvereinsvorsitzende Martin Habersaat in seiner Rede: „Ich glaube, niemand meiner Generation kann sich vorstellen, wie es damals gewesen ist, was es heißt, 1934 wegen des Verdachts hochverräterischer Tätigkeiten verhaftet worden zu sein. Ich kann nur sagen: Ich schaue hochachtungsvoll zu jemandem auf, der 1930 in die SPD eintrat und dieser Partei bis heute treu blieb!"

Nach dem Krieg gehörte Heinrich Heike zu den Genossinnen und Genossen, die den Ortsverein Barsbüttel neu gründeten. 33 Jahre gehörte er der Gemeindevertretung an, war Ortsvereinsvorsitzender und noch in hohem Alter engagierter Sozialdemokrat. Heinrich Heike war Träger des Bundesverdienstkreuzes und der Freiherr-vom-Stein-Medaille des Landes Schleswig-Holstein. Anlässlich der Ehrung seiner 60-jährigen Nachkriegs-Parteimitgliedschaft hatte ihm der SPD Ortsverein Barsbüttel 2007 durch seinen Vorsitzenden Jörg Kiencke die Willy-Brandt-Ehrenmedaille überreicht.

Jörg Kiencke: „Die SPD Barsbüttel verneigt sich vor der Lebensleistung Heinrich Heikes. Wir haben einen lieben und treuen Genossen verloren."

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 26.10.2009, 13:19 Uhr - 7318 Clicks - Nr. 1220*

Birgit Herdejürgen zur stellvertretende Fraktionsvorsitzenden gewählt

Die Landtagsabgeordnete für den Kreis Steinburg, Birgit Herdejürgen, ist auf der vorbereitenden Klausurtagung der SPD Landtagsfraktion zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden.

„Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe. In Zeiten, wo jetzt schon deutlich zu sehen ist, dass die neue Regierung dort die Gelder einsparen wird, wo es immer die Schwächsten trifft, ist eine deutliche Opposition vonnöten. Diese Opposition will ich als Finanzexpertin gerne und engagiert ausfüllen."
Die Landtagsabgeordnete, die auch den Arbeitskreis Finanzen der SPD Fraktion leitet, will daran arbeiten, dass in der großen Koalition hart umkämpfte Erfolge, wie z.B. die Schulreform und das beitragsfreie 3.Kindergartenjahr nicht wieder rückgängig gemacht werden.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 27.10.2009, 12:23 Uhr - 7716 Clicks - Nr. 1221*

MENSCHENKETTE gegen CO2-Endlager
Der SPD-Kreisverband Nordfriesland ruft alle Mitglieder und die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an dieser Menschenkette zu beteiligen.

Auch nach den Wahlen vom 27. September und den Koalitionsverhandlungen sind die Themen CCS-Gesetz und CO2-Einlagerung intensiv zu beobachten.

Der SPD-Kreisverband Nordfriesland unterstützt deshalb den Aufruf der Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager am 07.11. 09 eine Menschenkette von Leck entlang der B 199 nach Stadum zu bilden.

Wir wollen weder seismische Messungen noch ein CO2-Endlager. Wir wollen auch zeigen, dass wir weiter sehr wachsam sind und dass unser Widerstand ungebrochen ist, heißt es im Aufruf der Bürgerinitiative. Treffpunkte, ab 09:30 Uhr, sind in Leck und Stadum an der B 199 festgelegt. Die Menschenkette soll von 10:30 Uhr bis 11:30 Uhr auf dem Fahrradweg entlang der B 199 stehen.

Für den SPD-Kreisvorsitzenden Horst Deyerling ist es wichtig, nach den Koalitionsverhandlungen Zeichen zu setzen. „Es ist schon sehr interessant zu verfolgen, was die künftigen Schwarz-Gelben-Regierungen in ihre Koalitionsverträge geschrieben, bzw. nicht geschrieben haben.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP auf Bundesebene ist unter dem Punkt: Kohle und CCS zu lesen: *Wir wollen auch weiterhin den Bau von hocheffizienten Kohlekraftwerken ermöglichen. Wir stehen zum vereinbarten Ausstieg aus dem subventionierten*

Steinkohlebergbau und halten an der kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007 fest. Wir werden zeitnah die Richtlinie der EU umsetzen, die Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO2 regelt. Wir wollen für Akzeptanz werben und u. a. einen Geothermie-Atlas beauftragen, um Nutzungskonkurrenzen zwischen CCS und Geothermie zu prüfen. Wir werden Forschungsprogramme zu Möglichkeiten der Nutzung von CO2 im Wirtschaftskreislauf ausbauen.

Dagegen beschränkt sich die Endfassung des Koalitionsvertrages zwischen CDU und FDP auf Landesebene lediglich auf folgende Formulierung: *CDU und FDP lehnen die CO2-Einlagerung in Schleswig-Holstein ab. Deswegen werden wir uns im Rahmen der gesetzlichen Regelungen über die Einlagerung von CO2 dafür einsetzen, dass den Ländern die Möglichkeit verbleibt, dauerhafte unterirdische Speicherungen von CO2 auf ihrem Gebiet auszuschließen. Schleswig-Holstein muss in die Lage versetzt werden, die Genehmigungen zu verweigern.*

„Mit der Endfassung des Koalitionsvertrages des Landes soll uns allen Sand in die Augen gestreut werden. Die schwammigen Aussagen sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen", so Horst Deyerling. "Mit dieser Landesregierung wird die *zeitnah Umsetzung der Richtlinie der EU, die Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO2 regelt* wahrscheinlicher. Zusätzlich muss unter dem Deckmantel der Beauftragung des *Geothermie-Atlas* mit seismischen Messungen für die CO2-Speichererkundung gerechnet werden.

Hinsichtlich der Atomenergie droht die Verlängerung von Restlaufzeiten und die Übertragung von Restlaufzeiten auf andere Kraftwerke.
Sehr interessant ist die Aussage im Koalitionsvertragvon CDU/CSU und FDP zu den nuklearen Endlagereinrichtungen, in der es heißt: *Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen.*

Dieser Absatz, verbunden mit der Aussage: *Wir wollen für Akzeptanz werben...* bekommt in Verbindung mit dem CCS-Gesetz eine brisante Dimension: Jeder hat seinen Preis? ", so Horst Deyerling weiter.

Der SPD-Kreisverband Nordfriesland stand und steht hinter der Ablehnung des CCS-Gesetzes und einer CO2-Endlagerung in Schleswig-Holstein, bzw. in ganz Deutschland. Unter den vorgenannten Gesichtspunkten fängt der Protest gegen den Endlager-Wahnsinn jetzt erst richtig an.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.10.2009, 15:15 Uhr - 1394 Clicks - Nr. 1222*

Hände weg von der Gewerbesteuer
Zu den Plänen der neuen Bundesregierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen, erklären der finanzpolitische Sprecher von SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Steuer für die Städte, und sie muss Bestand haben. In Kiel wird die Gewerbesteuer im Jahr 2009 mehr als 100 Millionen Euro an Einnahmen für den

städtischen Haushalt erbringen. Diese Einnahme darf nicht gefährdet werden, denn es ist völlig unklar, wie diese unverzichtbare Einnahmequelle auch nur halbwegs ersetzt werden kann.

SPD, Bündnis 90/Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung unterstützen die Forderung des Deutschen Städtetages, die Gewerbesteuer weder zu schwächen oder gar abzuschaffen. Schon die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP vereinbarte Reduzierung des Hinzurechnungssatzes bei den Immobilienmieten von 65% auf 50% wird zu Einnahmeausfällen bei der Gewerbesteuer führen. Im Gegenteil: Die Verbreiterung der Grundlagen für die Erhebung der Gewerbesteuer durch die in 2008 in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform darf nicht rückgängig gemacht werden.

Geradezu unglaublich ist die von CDU und FDP geplante Ersatzeinnahmequelle durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer mit eigenem städtischem Hebesatz. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen zukünftig höhere Steuern zahlen, um damit die Unternehmen durch den kom-pletten Wegfall der Gewerbesteuer zu entlasten. Das ist konkrete Umverteilung von unten nach oben. Hier wird sich der Widerstand der kommunalen Basis entwickeln.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat noch am 26. Mai 2009 in Berlin erklärt: „Ich habe auf dem Deutschen Städtetag eine Zusage gemacht, die wir auch halten werden. Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet.“ Genau dafür werden SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW in der Kieler Ratsver-sammlung kämpfen, um mit den Einnahmen aus der Gewerbesteuer die Daseinsvorsorge auch zukünftig finanzieren zu können."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 27.10.2009, 16:23 Uhr - 49028 Clicks - Nr. 1223*

Eine Koalition des Aufbruchs sieht anders aus!
Zur Konstituierung des Landtages und zur Vereidigung der Regierung erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:
"Die SPD-Landtagsfraktion gratuliert dem Landtagspräsidenten Torsten Geerdts und den Landtagsvizepräsidentinnen Herlich-Marie Todsen-Reese (CDU), Dr. Gitta Trauernicht (SPD), Anita Klahn (FDP) und Marlies Fritzen (Grüne) herzlich zu ihrer Wahl.

Die SPD nimmt ihre Oppositionsrolle unbeschadet der juristischen Fragen, die im Hinblick auf die Umsetzung des Wahlergebnisses auf die Sitzverteilung im Parlament noch zu klären sind, an. Wir werden unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, erfüllen und auch alternative Konzepte erarbeiten.

Die personelle Aufstellung des Kabinetts zeigt, dass eine kraftvolle Opposition nötiger ist denn je: Mit einer einzigen Ministerin befindet sich das Kabinett Carstensen auf dem gleichstellungspolitischen Stand der 50er Jahre, dass der Finanzminister Wiegard im Amt gehalten wird, ist der Tatsache geschuldet, dass es im Hinblick auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank noch eine Ebene unterhalb des Ministerpräsidenten geben muss, und die Berufung von Klaus Schlie kann ich mir nur mit dem Peter-Prinzip erklären.

Eine Koalition des Aufbruchs sieht anders aus!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.10.2009, 15:36 Uhr - 1413 Clicks - Nr. 1224*

Der Kiel-Pass kommt

Zur Einführung eines Kiel Passes im kommenden Jahr erklären die sozialpolitischen Sprecher Michael Schmalz (SPD) und Sharif Rahim (GRÜNE):

" Mit dem Ermäßigungsausweis Kiel-Pass wollen wir die Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen am kulturellen Leben sichern, nicht zuletzt durch ein neues, verbilligtes Busticket. In einem ersten Schritt sollen alle vorhandenen Preisnachlässe beim Besuch von Kultur- oder Sportangeboten zusammengefasst werden. Damit haben die künftigen Nutzerinnen und Nutzer des Kiel Passes größtmögliche Transparenz und keinen Aufwand bei der Inanspruchnahme von Vergünstigungen.

Die Teilhabe von finanziell schlecht gestellten Bürgerinnen und Bürgern am kulturellen Leben ist für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Wir begrüßen die Vorlage der Verwaltung, die unseren Ratsbeschluss rasch umgesetzt hat und freuen uns über die Einführung des Kiel Passes ab dem kommenden Jahr. Wir hoffen, dass sich schon bald die Kinos, privaten Theater, Galerien und Museen und die Bäder, aber auch die Sportvereine dem Kiel Pass anschließen.

Mit einem Fortschrittsbericht im kommenden Herbst, den wir von der Verwaltung erbitten, werden wir dann den Erfolg, aber auch die möglichen Umsetzungsprobleme beim Kiel Pass diskutieren können."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.10.2009, 17:30 Uhr - 5508 Clicks - Nr. 1225*

Jusos Stormarn fordern andere Asylpolitik

Spannende Diskussion auf Kreisvollversammlung

Am vergangenen Sonntag haben sich die Jusos Stormarn auf ihrer kreisweiten Vollversammlung u.a. mit dem Thema Asylpoltik befasst. Zu Gast war Astrid Willer vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. In einer intensiven Diskussion wurden die Probleme der aktuellen nationalen und internationalen Asylgesetzgebung herausgestellt. Besonders die Situation von Geduldeten müsse demnach verbessert werden. Die Jusos wollen in den nächsten Monaten

eine intensive Diskussion über die Asylgesetzgebung vorantreiben.
"Wir brauchen eine andere Asylpolitik in Deutschland und Europa. Vor allem die Gesetze seit dem Asylkompromiss 1993 müssen überdacht werden." meinen die Jusos. Weitere Themen auf der Kreisvollversammlung waren die Verabschiedung einer neuen Satzung und die Nachwahl von drei Vorstandspositionen. Neu in den Kreisvorstand der Jusos wurden Delara Burkhardt (16) aus Siek, Sönke Thiele (18) aus Reinbek und Mortimer Werther (18) aus Ahrensburg gewählt.
Martin Habersaat, der neue SPD-Landtagsabgeordnete aus Südstormarn berichtete der Versammlung über seine ersten Erfahrungen in der Arbeit als Abgeordneter und diskutierte mit den Anwesenden über die politischen Felder, mit denen sich die SPD in der Opposition auseinander setzen will. Er wird den Jusos als derzeit jüngster SPD-Abgeordneter im Landtag auch weiterhin Rede und Antwort zu aktuellen Fragen stehen.

Foto: René Wendland,Hajo Krage,Delara Burkhardt,Katharina Hesse,A.Willers(FRSH),Tobias v.Pein, M.Habersaat, C.Kock, S.Thiele

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 28.10.2009, 17:33 Uhr - 3441 Clicks - Nr. 1226*

Neue Juso-Ortsgruppe Reinbek, Glinde, Oststeinbek gegründet

Am vergangenen Wochenende hat sich in Südstormarn eine neue ortsübergreifende Ortsgruppe der Jusos gegründet. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wollen in Reinbek, Glinde und Oststeinbek verschiedene Angebote zur politischen Jugendarbeit machen und damit einen Gegenpol zur örtlichen Jungen Union bilden.

"Wir sind offen für alle, die selbst bestimmen wollen welche Politik für junge Leute gemacht wird und laden alle ein, die sich mit uns für soziale Gerechtigkeit und ökologische Politik einsetzen wollen," sagen die Jusos.

Die Jusos verstehen sich als selbstständige politische Jugendorganisation und "linker Motor" innerhalb der SPD. Mitglied werden kann man ab 14 Jahren. Das Einzugsgebiet der Ortsgruppe umfasst nicht nur Reinbek, sondern auch Glinde und Oststeinbek.

Der neue Vorstand der Juso-Ortsgruppe besteht aus Sönke Thiele (18) als Vorsitzenden, sowie Claudius Kock (27) und Katharina Hesse (20) als stellvertretende Vorsitzende. René Wendland (26), der die frühere Ortsgruppe Reinbek geleitet hatte, trat nicht mehr an.

Die Treffen der neuen Juso-Ortsgruppe finden regelmäßig im eigenen Juso-Raum im Couvoisierhaus (C-Haus) in Reinbek (Schulstr.15) statt. Das nächste Mal trifft sich die Juso-Ortsgruppe am 4.November um 18.00 Uhr. Interessierte können sich auch an Sönke Thiele wenden. Einfach unter auf dieser Homepage unter "Kontakt" eine Nachricht an uns schreiben! Wir leiten das dann weiter.
Foto: René Wendland, Sönke Thiele, Katharina Hesse, Claudius Kock.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 29.10.2009, 08:38 Uhr - 3171 Clicks - Nr. 1227*

Ausschuss der Regionen (AdR): Regierung raus, Parlament rein!
Zur anstehenden Entscheidung, wer das Land Schleswig-Holstein im wichtigen Ausschuss der Regionen in Brüssel vertreten soll, erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Nach der Neukonstituierung ihres Arbeitskreises Europa startet die SPD eine erste Initiative: Der AdR (Ausschuss der Regionen) soll künftig mit Abgeordneten besetzt werden, denn er ist eines der wichtigsten Gremien zur Vertretung regionaler Interessen in Brüssel.
In der beginnenden Legislaturperiode des AdR verfügt das Land Schleswig-Holstein jetzt über zwei ordentliche Sitze sowie zwei Stellvertreterpositionen. Im Reformvertrag der EU wird verbindlich festgeschrieben, dass der Ausschuss sich aus Vertretern von regionalen Gebietskörperschaften zusammensetzt, „die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind". Damit ist eine parlamentarische Zuständigkeit gesetzt, die es zu erfüllen gilt.

Wir schlagen deshalb vor, die vier Sitze für Schleswig-Holstein mit vier Abgeordneten aus möglichst vier Landtagsfraktionen zu besetzen. Da auch die Stellvertreter in Gremien des AdR Funktionen übernehmen können, wäre das Land Schleswig-Holstein umfassend repräsentiert. Zudem würde die Kompetenz des Schleswig-Holsteinischen Landtages für den AdR optimal genutzt. Und es wäre ein Höchstmaß an Legitimation für die Entscheidung auf Brüsseler Ebene erreicht.

In der Vergangenheit hatte Schleswig-Holstein nur einen Sitz, den die Regierung wahrgenommen hat.

Wir werden umgehend eine parlamentarische Initiative starten.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 29.10.2009, 15:02 Uhr - 55657 Clicks - Nr. 1228*

AsF Schleswig-Holstein gegen familienpolitische Fehlsteuerungen durch die CDU
Presse vom 28./29. Oktober 2009:
Kritik am Betreuungsgeld (Äußerungen des SPD-Politikers Buschkowsky)

Was ist der eigentliche Skandal: Die deftige, "unkorrekte" Wortwahl eines SPD-Politikers, der als Bürgermeister von Neukölln tagtäglich mit den Folgen verfehlter Familien- und Sozialpolitik konfrontiert ist - oder nicht vielmehr diese Politik selbst, die unbelehrbar falsche Anreize setzt und Schichtunterschiede vertieft?
In kaum einer Industrienation wird "Kinderförderung" so ausschließlich über direkte Geldleistungen an die Familien betrieben wie in Deutschland; in kaum einem Land sind die Ergebnisse so miserabel und bieten so wenig Aussicht auf Besserung. Ehegattensplitting oder meinetwegen "Familiensplitting", Erhöhung von Kinderfreibeträgen bzw. Kindergeld und nun noch die unsägliche CSU-"Herdprämie" haben nicht verhindert – können nicht verhindern -, dass immer mehr Kinder in Armut, Ausgrenzung und Bildungsferne aufwachsen.
Sie verhindern allerdings, dass genügend Geld da wäre für eine Politik, die in Strukturen und

damit direkt in die Kinder selbst investiert: mit qualifizierter Bildung und Betreuung von Anfang an, mit ausreichend Krippenplätzen, gut ausgestatteten Kitas, Ganztagsschulen und individueller Förderung.
150€ monatliches Betreuungsgeld richten den maximalen familienpolitischen Schaden an: Sie schwächen öffentliche Einrichtungen, verhindern gemeinsames Lernen, zementieren ein Familienbild von anno dazumal und torpedieren die Berufstätigkeit von Müttern. Mit Merkels "Vorschlag", an Hartz-IV-Empfänger Bildungsgutscheine statt Bargeld auszuteilen, kommt noch ein besonders unschöner Zug hinzu: die explizite Diskriminierung einkommensschwacher Eltern. Über diese Gruppe wird dann mit gewohnt heftigen Worten diskutiert - während der Löwenanteil der schwarz-gelben Transferleistungen munter, weitgehend unbemerkt und völlig unnötig an bereits wohlhabende Familien fließt.

Schleswig-holsteinische SPD und AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) fordern stattdessen, dass Politik für Kinder auch tatsächlich bei den Kindern ansetzt: mit gemeinsamer, guter und so früh wie möglich beginnender Bildung anstatt mit antiquierten, verfehlten Geldgeschenken.

Kommentar von Cornelia Östreich, AsF-SH vom 31.10.2009, 15:23 Uhr:
RE: AsF Schleswig-Holstein gegen familienpolitische Fehlsteu
Sehr geehrter Herr Rasch (und weitere KommentatorInnen, die eventuell die gleichen Überlegungen anstellen), selbstverständlich enthält unser Artikel nicht nur Kritik am Regierungshandeln anderer Parteien, sondern auch ein gerüttelt Maß an Selbstkritik aufgrund früherer eigener Versäumnisse. Auch die SPD hat eine Weile gebraucht, um zu erkennen, dass ein konservatives Familienbild und geldliche Transfers auf dessen Basis der Mehrzahl der Kinder - und unserer Gesellschaft insgesamt - überhaupt nicht weiterhelfen ! Und sicher haben einzelne SPD-PolitikerInnen "multikulti" auch hin und wieder - als "laisser faire" und reine Privatsache - falsch verstanden. Aber es ist ein Unterschied, ob solche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden - oder ob man sie, durch Realitäten unbelehrbar, auch für alle Zukunft festschreiben möchte ! Die SPD Schleswig-Holstein hat seit vielen Jahren gute Konzepte für gemeinsame Bildung von Anfang an entwickelt. Vorschulische Strukturen müssen freilich auch wachsen - und das bei klammen kommunalen Kassen und oftmals uneinsichtigen Bürgermeistern (anderer Parteien).

Kommentar von Klaus Albrecht vom 30.10.2009, 13:43 Uhr:
Für Herrn Rasch
Werter Herr Rasch, ich finde es erfreulich, dass Sie ein treuer Besucher der SPD-Seiten sind. Noch erfreulicher fände ich es aber, wenn Sie die Artikel, zu denen Sie Kommentare schreiben, auch lesen würden!

Kommentar von Klaus Albrecht vom 30.10.2009, 13:42 Uhr:
Für Herrn Rasch
Werter Herr Rasch, ich finde es erfreulich, dass Sie ein treuer Besucher der SPD-Seiten sind. Noch erfreulicher fände ich es aber, wenn Sie die Artikel, zu denen Sie Kommentare schreiben, auch lesen würden!

Kommentar von Uwe Rasch vom 30.10.2009, 12:00 Uhr:
RE: AsF Schleswig-Holstein gegen familienpolitische Fehlsteu
Am 27.09.2009 war Bundestagswahl, bis dahin hat 11 Jahre lang die SPD regiert. Alle in dem Artikel aufgeführten Misstände und Entwicklungen hat demnach die SPD mit zu verantworten. Die seit wenigen Tagen im Amt befindliche Schwarz-gelbe Regierung jetzt für Misstände in

Neukölln oder ganz Deutschland verantwortlich zu machen setzt nur den Trend fort, der die SPD ins Tal der Tränen geführt hat. Sachlichkeit und Wahrheitsliebe sollten endlich auch bei der SPD einziehen, dann gibt es auch wieder Wahlerfolge. Für populistische Agitation bliebe dann immer noch die Linke übrig, deren unsinnige Forderungen dann für alle klarer werden. Uwe Rasch

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 29.10.2009, 19:01 Uhr - 3424 Clicks - Nr. 1229*

Schulwegsicherung wieder auf der Tagesordnung

In der nächsten Sitzung des Verkehrs- und Werksausschusses der Gemeinde Osterrönfeld bringt die SPD-Fraktion Osterrönfeld einen Antrag zur Verbesserung der Schulwegsicherheit zwischen den Neubaugebieten "Ohldörp" und "Aspel Nord" in Osterrönfeld ein. Dieses Anliegen wurde bisher durch die anderen Fraktionen in Osterrönfeld verhindert...

Auf der entsprechenden Tagesordnung des Ausschusses, indem der Antrag der SPD eingebracht wird, fehlt leider ein Hinweis auf dieses Thema. Daher wird der Antrag nun unter dem Tagesordnungspunkt "Haushalt 2010" erläutert. Dieses wichtige Thema hätte eigentlich als eigenständiger Tagesordnungspunkt behandelt und diskutiert werden können, wurde aber leider von den Planern der Tagesordnung anders gesehen.

Das Thema "Verkehrssicherheit" wird dennoch ausgiebig diskutiert werden müssen. Der Antrag der SPD-Fraktion wird dies sicherstellen.

Der Antrag der SPD ist bereits seit den letzten Jahren immer wieder auf die Tagesordnung in Osterrönfeld gekommen. Die mangelnde Sicherheit vor allem für Kinder im Verbindungsweg zwischen den Neubaugebieten "Aspel Nord" und "Ohldörp" wird immer wieder von der SPD-Fraktion bemängelt (siehe Bild). Bisher verweigerten die anderen Fraktionen (OWG und CDU/FDP) notwendige Maßnahmen zur besseren Verkehrssicherheit in diesem Bereich, der vor allem als Schulweg dient. Trotz vielfacher Hinweise auf die unzureichende Sicherheit für Kinder in diesem Bereich war bisher kein Einlenken zu erkennen.

Durch eine kürzlich getroffene Entscheidung des Verkehrs- und Werksausschusses, im Bereich Wehraubrücke/Viadukt (zwischen Ohldörp und Aukamp) eine Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen (Kostenpunkt ca. 60.000€, die Zustimmung der Deutschen Bahn als Grundstückseigner steht noch aus!, Anmerkung d. Red.), kann nun auch die Problematik im unmittelbar angrenzenden Verbindungsweg gelöst werden. Der Antrag der SPD-Fraktion zielt daher darauf ab, neben der Querungshilfe auch den ca. 100 Meter entfernten Kurvenbereich durch fußwegähnliche Einrichtungen zu entschärfen und damit die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

Das Abschieben der Verantwortung auf die motorisierten Verkehrsteilnehmer, speziell der Eltern, scheint damit endlich beendet zu sein. Denn der Begegnungsverkehr im monierten Kurvenbereich dürfte zu weit über 90 % dem des Begegnungsverkehrs am Viadukt entsprechen. Und dies nicht nur in der Anzahl, sondern vor allem auch in Bezug auf die Fahrzeugführer. Insofern sind die Kinder auf dem Schulweg aus Ohldörp dem gleichen

Gefährdungspotenzial ausgesetzt, wie die Kinder auf dem Schulweg aus Aspel Nord.

Die SPD-Fraktion hofft daher, dass die bisherige Ablehnung der anderen Fraktionen nun endlich einmal überdacht wird, die Anliegen der Eltern und Kinder ernst genommen werden und der Antrag der SPD angenommen wird.

Der Ausschuss tagt am Montag, 02.11.2009 um 19:00 Uhr im Sitzungssaal der Amtsverwaltung in Osterrönfeld, Schulstraße 36.

Ergebnis der Sitzung:

Der Antrag wurde von der OWG-Fraktion, sowie der CDU abgelehnt, mit der Begründung, es gebe im Kurvenbereich keinen ausreichenden Handlungsbedarf, der eine von der SPD-Fraktion angeregte bauliche Veränderung rechtfertigen würde. Ebenfalls wurde darauf verwiesen, dass durch den Bau eines Gehweges spätere bauliche Veränderungen in diesem Bereich kaum umsetzbar seien. Allerdings wurde in der Vergangenheit selbst der Vorschlag der SPD nicht befürwortet, die Straße für den Pkw-Durchgangsverkehr zu sperren, was die kostengünstigste Lösung wäre, die auch bei weiteren baulichen Maßnahmen flexibel angepasst werden könnte [Antrag der SPD zur Straßensperrung].

Berichte über bisherige Anträge und Entwicklungen im Zusammenhang mit dieser Schulwegsicherung können Sie hier nachlesen [mehr]

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 30.10.2009, 12:59 Uhr - 7846 Clicks - Nr. 1230*

MdB Sönke Rix zum Koalitionsvertrag
Täuschung und Enttäuschung

Mit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin und der Ernennung des Kabinetts hat sich der Regierungswechsel vollzogen. Deutschland hat eine schwarz-gelbe Regierung.
Was das bedeutet, bleibt in vielen Bereichen offen: Vor konkreten Entscheidungen bei Finanzen, Steuern oder Gesundheit flüchten sich Union und FDP in eine Vielzahl von „Kommissionen" oder „Prüfaufträge". Entweder, weil die Koalitionäre ratlos sind oder weil sie ihre Ziele mindestens bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verschleiern wollen.

Fakt ist: Schwarzgelb verweigert klare Antworten auf zentrale Fragen. Die Bundeskanzlerin bleibt sich damit treu, denn sie hat sich schon im Wahlkampf vor der politischen Auseinandersetzung gedrückt.

Ein Offenbarungseid ist schon der zunächst vorgesehene Schattenhaushalt gewesen, der nach öffentlicher Kritik aufgeschoben aber nicht aufgehoben wurde. Gerade die FDP muss ganz schnell auf den Boden der haushaltspolitischen Realitäten gebracht werden, sonst wird aus dem Fehlstart schon bald ein Desaster, für das dann alle Steuerzahler geradestehen müssen.

Das Prinzip der Täuschungsversuche geht mit dem Koalitionsvertrag weiter:
- Wann kommt die Kopfpauschale in der Krankversicherung? Wie hoch wird die Mehrbelastung

für die Arbeitnehmer, wenn der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird?
- Wann kommt die steuerliche Mehrbelastung von kommunalen Unternehmen? Wie hoch wird der Anstieg der Gebühren für Abwasser und Müllentsorgung?
- Wann wird die Gewerbesteuer abgeschafft? Wie viel Geld fehlt dann den Städten und Gemeinden?
- Wer soll all die Steuersenkungsversprechen bezahlen? Was wird aus der Gerechtigkeit im Steuersystem, wenn mit einem Stufentarif vor allem die Besserverdiener mehr Geld einstreichen?
- Bleibt der Sozialstaat erhalten oder müssen wir für alles immer höhere Gebühren und Prämien zahlen – von der Gesundheit bis zur Bildung? Können wir Chancengleichheit bei Bildung bekommen, wenn Bund, Länder und Kommunen kein Geld mehr haben?
- Und was wird aus den Löhnen? Bleiben die bestehenden Mindestlöhne erhalten? Und bleiben andere Niedriglohnbereiche jetzt vor der Tür?

Die Bundeskanzlerin sagte auf der Pressekonferenz bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages: Steuern und Abgaben werden nicht erhöht. Das klingt nach: Keinem wird es schlechter gehen. Aber der Koalitionsvertrag spricht eine andere Sprache und die Koalition hat keine reelle Gegenfinanzierung für ihre Steuerpläne präsentiert: Es drohen mehr Belastungen für Arbeitnehmer, schlechtere Bildungschancen, mehr soziale Spaltung und noch mehr Schulden von Bund, Ländern und Kommunen.

Einstieg in die Entsolidarisierung

In vier Kernbereichen wird schon heute klar, dass Schwarzgelb den Einstieg in die Entsolidarisierung will:

- Steuern und Abgaben: Die geplanten Steuersenkungen nutzen vor allem den Beziehern hoher und sehr hoher Einkommen. Sie werden mit Steuergeschenken bedient. Wer wenige oder gar keine Steuern zahlt, geht leer aus. Zugleich trifft diese Menschen mit geringen Einkommen die absehbare Erhöhung von Abgaben und Gebühren mit großer Härte. Für Millionen Menschen bringt Schwarzgelb weniger netto.

- Gesundheit und Pflege: Mit Schwarzgelb kommt der Einstieg in die Kopfpauschale im Gesundheitssystem. Die paritätische Finanzierung und das Prinzip „Menschen für Menschen" werden schleichend aufgegeben. Gesundheitsversorgung wird für 70 Millionen gesetzlich Versicherte teurer. Ob sie besser wird, steht in den Sternen. Ebenso der versprochene Sozialausgleich aus Steuern. Von welchen Steuern will die Koalition das bezahlen, wenn sie dem Staat massive Einnahmeausfälle durch Steuergeschenke beschert?

- Arbeit und Löhne: Der gesamte Bereich schlechter Löhne und prekärer Arbeit ist die große Leerstelle dieser Koalition. Wer aber von den Löhnen nicht reden will, der soll auch von Leistung schweigen. Leistungsgerechtigkeit verlangt Lohngerechtigkeit. Hier will die Koalition bestehende Mindestlohnregelungen erneut „prüfen". Einen gesetzlichen Mindestlohn wird es nicht geben.

- Bildung und Familie: Durch den Einstieg in die private Bildungsfinanzierung (Prämien für Bildungssparen, Stipendiensystem für 10% der Studierende) nimmt Angela Merkel Abschied von dem Leitbild gebührenfreier Bildung. Begünstigt werden auch hier die Kinder der Besserverdiener. Mit dem „Betreuungsgeld" wird außerdem eine fatale Fehlentscheidung getroffen, die wir besonders in den großen Städten zu spüren bekommen: Der Schwerpunkt

für frühe Förderung in guten Kitas und Kindergärten geht verloren, die Integration von Kindern aus Einwandererfamilien wird erschwert.

Für eine dramatische Fehlentscheidung halte ich die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Damit wird ein tiefer gesellschaftlicher Konflikt, der eigentlich beigelegt war, ohne Not erneut aufgemacht. Die längeren Laufzeit bergen nicht nur erhebliche Risiken, sondern sie blockieren auch die weitere Förderung erneuerbarer Energien, denn die Energieversorger verlieren jeglichen Anreiz, auf regenerative Energienquellen zu setzen. Das ist ein energiepolitischer Rückschritt in die 80er Jahre.

Wir dürfen uns nichts vormachen. Vor uns liegen vier Jahre Oppositionsarbeit. Das ist aber gleichzeitig die Möglichkeit, klare Alternativen zu Schwarzgelb aufzuzeigen. Daran werde ich mich konstruktiv beteiligen – vor allem in den Bereichen Familie, Jugend und Demokratie.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 30.10.2009, 15:32 Uhr - 4257 Clicks - Nr. 1231*

SPD Stormarn zieht Bilanz der 9. Stormarner Kindertage

„Kinderarmut muss aktiv bekämpft werden – auf allen politischen Ebenen", dieses Fazit zog der Kreisvorstand der SPD Stormarn bei seiner Bilanz der 9. Stormarner Kindertage, die man wegen der Bundes- und Landtagswahlen auf die Oktober-Sitzung verschoben hatte. Zum neunten Mal veranstalteten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe die Stormarner Kindertage.

Die SPD hatte sich wieder beteiligt, dieses Mal mit einer Diskussionsveranstaltung mit der ehemaligen Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht und mit dem schon fast „traditionellen" Luftballonwettbewerb im Rahmen des Abschlussfestes.

Der Kreisvorstand stellt fest: Kinder haben Anspruch darauf, dass sie gefördert und unterstützt werden. Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen.
Zur Offensive gegen Kinderarmut müssen mehrere Aspekte gehören. Zuallererst muss jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommen. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn: „Um dieses Ziel zu erreichen, ist die von der neuen Regierung geplante Erhöhung des Kindergeldes nur bedingt geeignet. Von diesem Geld hätte sinnvoller ein kostenloses Mittagessen in allen Schulen und Kindergärten organisiert werden können."

Auch Projekte in anderen Bereichen müssten trotz knapper Kassen fortgeführt werden, etwa die Unterstützung der Eltern bei der Schulausstattung ihrer Kinder und die „Schutzengel", ein Patenschaftsprogramm, das Schutz vor häuslicher Gewalt bieten soll. Habersaat: „Über allen Vorhaben, die Symptome bekämpfen, dürfen aber die Ursachen von Kinderarmut nicht aus

dem Auge verloren werden: Der Staat muss seinen Bürgern eine gute Ausbildung ermöglichen und wir brauchen sichere und fair bezahlte Arbeitsplätze.“ Hierfür werde die SPD sich weiter einsetzen, wenn auch zunächst in Bund und Land aus der Opposition heraus.

Gitta Trauernicht hat versichert, künftig an anderer Stelle weiter für die Rechte der Kinder kämpfen: Als Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags will sie die Kinderrechte zu einem ihrer Schwerpunktthemen machen.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 31.10.2009, 15:41 Uhr - 3229 Clicks - Nr. 1232*

Steuergeschenke für Hotelbetten wichtiger als Essen für Kinder ...

Klientelpoltik der Koalition treibt Blüten ...
Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung findet sich folgender Passus "Dabei gilt es auch, die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen. Deshalb wollen wir ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent
ermäßigen.".

Heißt nichts Anderes, als dass die Hotelübernachtung z.B. im Adlon Berlin um 12 % Mehrwertsteuer verbilligt wird. Das sind ’mal locker 1.000 EUR weniger pro Übernachtung für die Royal Suite für die, die es sich leisten können. Die sich so etwas leisten können, haben ja auch staatliche Unterstützung dringend nötig, meint wohl die Koalition.

Und das Ganze wird ummantelt mit dem merkwürdigen Argument der europäsichen Wettbewerbssituation, als ob ein Berliner Hotel in Konkurrenz zu einem Londoner oder Warschauer stünde ????

Mit den 1.000 EUR geschenkter Mehrwertsteuer für eine einzige Übernachtung könnte man ohne Weiteres zwei Kindern an einer Ganztagsschule ein ganzes Jahr ein Mittagessen reichen.

Doch davon findet sich im ganzen Koalitionsvertrag nicht ein Wort.

Ein Narr, der Böses dabei denkt ....

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 01.11.2009, 21:58 Uhr - 3887 Clicks - Nr. 1233*

Aufbruch – der Kreisverband Herzogtum Lauenburg startet nach den Wahlen durch

Die SPD Herzogtum Lauenburg hat am Samstag den 31. Oktober 2009 einen Kreisparteitag in Breitenfelde abgehalten. Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Der vor zwei Jahren zum Kreisvorsitzenden gewählte Peter Eichstädt kandidierte erneut für das Spitzenamt der lauenburgischen Sozialdemokratie.
Vor der Wahl hatte Eichstädt noch einmal die Arbeit des Vorstandes in den letzten zwei Jahren gelobt. Besonders hervor

hob er hierbei das außergewöhnliche Arbeitspensum, dass der Vorstand zu bewältigen gehabt habe. So musste jeder nur mögliche Wahlkampf organisiert werden. Eine Seltenheit für einen Kreisvorstand. Eichstädt bezeichnete die Arbeit des Vorstandes als erfolgreich und sah auch in den hervorragenden Listenplätzen der lauenburgischen SPD-Landtagskandidaten ein Zeichen für die wachsende Bedeutung des Kreisverbandes auf Landesebene.

Peter Eichstädt wurde erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Monika Brieger, Gunnar Schlage und Olaf Schulze mit hoher Zustimmung gewählt.

Die Delegierten wählten weiterhin Wolfgang Gruse neuen Schatzmeister. Annemarie Argubi-Siewers wurde zur neuen Protokollantin gewählt. David Welsch erhielt ist neuer Pressereferent des Kreisvorstandes. Dem erweiterten Kreisvorstand gehören als Beisitzer Josefin Francke, Traute Rosche und Gunda Wöhl als Frauen an. Bei den Männern sind es Arne Meinicke, Hans-Peter Iversen und Ralf Petersen.

Wahlen waren jedoch nicht das einige Thema des Parteitages. So hielt Werner Hesse, Leiter der WfL, einen Vortrag über die Arbeit der Wirtschaftsförderung im Kreis. Jan Wiegels, der SPD-Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Mölln nutzte die Chance und hielt ein Grußwort an die Genossinnen und Genossen.

Des Weiteren wurden drei Anträge besprochen und verabschiedet. So sprachen sich die Sozialdemokraten für eine ordentliche Ausschreibung für den Posten des Landrates aus und sprachen sich vehement gegen die von Schwarz/Gelb geplanten Änderungen des Gesundheitssystems aus. Ebenso wie gegen das geplante Betreuungsgeld.

Neben allen erfreulichen Dingen wurde natürlich auch über das unerwartet schlechte Ergebnis der SPD bei den Wahlen in Land und Bund diskutiert. Der neugewählte parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, hielt hierzu eine Rede und legte damit den Grundstein für eine Diskussion.

Eins wurde dabei deutlich: Die SPD verharrt nicht in Stockstarre und nimmt die ihr ungewohnte Rolle als Oppositionsführer in Land und Bund energisch an. Man wird daran arbeiten sozialdemokratische Ideen voran zu bringen und den Menschen aufzeigen, dass die SPD die Antworten für eine moderne Gesellschaft hat und das gerechte, soziale und zukunftsweisende Politik nur mit einer starken SPD möglich ist.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 02.11.2009, 10:36 Uhr - 4364 Clicks - Nr. 1234*

Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft

In der PRIMA SONNTAG am 1. November 2009 schrieb Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering:

Liebe Neumünsteranerinnen, liebe Neumünsteraner,

der Koalitionsvertrag, den Schwarz-Gelb auf Bundesebene geschlossen hat, lässt vieles im Unklaren, droht die Gesellschaft zu spalten und verschiebt Antworten auf drängende Fragen in die Zukunft.

Schwarz-Gelb verschiebt Probleme in die Zukunft.
Schwarz-Gelb lässt die Bürgerinnen und Bürger im Unklaren darüber, was sie wirklich planen und verschiebt wichtige Probleme in Komissionen und Arbeitskreise: die Finanzierung des Gesundheitssystems, die Zukunft der Mindestlöhne, die Gestaltung von Gewerbesteuer und Mehrwertsteuer, den weiteren Aufbau Ost, die Organisation der Betreuung von Langzeitarbeitslosen und manches andere mehr.

Schwarz-Gelbe Steuerversprechen platzen.
Nach der Wahl muss Schwarz-Gelb eingestehen, dass es allgemeine Steuersenkungen, mehr Investitionen, stabile Sozialsysteme und solide Haushalte nicht alles auf einmal geben kann. Obwohl FDP und CSU weiter munter Steuersenkungen versprechen, hat Finanzminister Schäuble alle Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Darüber hinaus ist klar: Von den Steuerversprechen, die Schwarz-Gelb abgibt, würden vor allem Besserverdienende, Unternehmen und reiche Erben profitieren. Die 50 Prozent aller
Haushalte, die keine Einkommensteuer zahlen, hätten von schwarz-gelben Steuersenkungen überhaupt keine Vorteile.

Schwarz-Gelb zieht keine Konsequenzen aus der Finanzkrise.
Schwarz-Gelb verzichtet auf einen solidarischen Lastenausgleich, der die Verursacher der Finanzkrise angemessen an den Kosten ihrer Bewältigung beteiligt. Ansätze zu einer wirksamen Kontrolle der Finanzmärkte, die vor künftige Krisen schützt, sind nicht in Sicht.

Schwarz-Gelb verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft.
Schwarz-Gelb beendet den Weg zu gerechten Mindestlöhnen. Sogar bestehende Mindestlohnregelungen stehen in Frage. Die Pläne für Niedriglöhne drohen, das Lohnniveau in vielen Branchen noch weiter nach unten zu drücken. Die geplante Pauschalierung der Miet- und Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger bedeutet Leistungskürzungen.

Schwarz-Gelb marschiert in die Vergangenheit.
Schwarz-Gelb will an Kita- und Studiengebühren festhalten und zementiert damit eine rückwärtsgewandt Bildungspolitik, die Kindern aus sozial schwächen Familien Bildungschancen beraubt. Das Gleiche gilt für die Einführung eines Betreuungsgeldes („Herdprämie”), das die dringend notwendige frühe Förderung in guten Kindereinrichtungen konterkariert.

Mit dem Beschluss, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke auf unbestimmte Zeit zu verlängern, marschiert Schwarz-Gelb direkt zurück in den Atom-Staat und verhindert die Entwicklung neuer, nachhaltiger Energien.

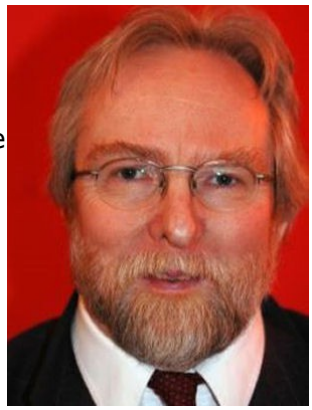
Die SPD wird das nicht durchgehen lassen. Wir kämpfen weiterhin für ein Atomenergiefreies Deutschland, für gerechte Mindestlöhne für ein bezahlbares und solidarisches Gesundheitssystem für Alle und für eine bessere Bildung.

Ihr
Andreas Hering

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 02.11.2009, 12:47 Uhr - 2277 Clicks - Nr. 1235*

Monatsversammlung



Thema der zweiten Monatsversammlung der SPD Glinde nach der Bundes- und Landtagswahl ist erneut die Aufabeitung der Wahlergebnisse und die Suche nach neuen Wegen für die SPD. Als Motto hat Frank Lauterbach, der Ortsvereinsvorsitzende, die Überschrift: "Neue Köpfe braucht das Land. Wie geht es weiter mit der SPD in Schleswig-Holstein?" gesetzt.
Die Versammlung findet am 10. November ab 20.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde statt.

Weitere Veranstaltungen der SPD Glinde 2009:
Preisskat am 27. November, Anmeldungen bitte bei H.Thomsen , Tel. 040/7104708 oder W.Kirsch, Tel. 040/7105970. Das Startgeld beträgt 10,- €. Beginn 19.00 Uhr.
Unsere Weihnachtsfeier findet am am 8. Dezember, auch um 19.00 Uhr, statt. Anmeldungen bitte bei F.Lauterbach, 040/72963106 oder M.Exner, Tel. 040/7106329. Beide Veranstaltungen, zu denen wir Sie herzlich einladen, finden im Bürgerhaus statt.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 02.11.2009, 13:05 Uhr - 3383 Clicks - Nr. 1236*

SPD Reinbek - Vorstandswahlen

Die SPD Reinbek hat auf der Mitgliederversammlung turnusmäßig auch ihren eigenen Vorstand neu gewählt. Gewählt wurden Klaus-Peter Puls (1. Vorsitzender), Anne Becker (2. Vorsitzende), Sabine Puls und Marianne Cornehl (1. und 2. Kassiererin), Borwin Baesecke (Schriftführer) und als Beisitzer für besondere Aufgaben Angelika Lütjens, Günther Heitmann, Alfred Rund, Tomas Unglaube und Okke Wismann.
Außerdem hat sich die Mitgliederversammlung der SPD Reinbek einstimmig für Neuwahlen des SPD-Landesvorstandes und für die Trennung von Landesparteivorsitz und Landtagsfraktionsvorsitz ausgesprochen. Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls hat den Beschluss an den amtierenden Landesvorsitzenden Ralf Stegner weitergeleitet, damit für den Landesparteitag im Februar 2010 "die satzungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden können." Puls: "Der Beschluss ist konsequent, weil in Kiel - anders als in Berlin - nicht damit gerechnet werden kann, dass persönliche Verantwortung für das SPD-Wahldebakel vom 27. September übernommen wird". Die SPD Reinbek erwarte, "dass die Vorbereitung des Landesparteitages im Februar 2010 parteiöffentlich und für die Mitglieder transparent und nachvollziehbar organisiert wird und dass inhaltliche und personelle Vorfestlegungen und Selbsternennungen unterbleiben."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.11.2009, 13:13 Uhr - 5177 Clicks - Nr. 1237*

Claus Möller: "Möglichkeiten bei Konzessionsverträgen ausloten!"
Claus Möller zu Gast bei der SPD-Kreistagsfraktion

Den ehemaligen Energieminister von Schleswig-Holstein Claus Möller hat der umweltpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Heinz Hartmann zu einem Informationsabend zum Thema Landesnetzgesellschaft EON eingeladen, da in den nächsten Monaten in vielen Gemeinden die Verlängerung der Konzessionsverträge für die Energiearten Strom und Gas ansteht.
Eon möchte die Kommunen in einer Gesellschaft einbinden, der dann die Netze in Schleswig-Holstein gehören, aber selbst über 50% an der Gesellschaft- also die Mehrheit -haben.
Nach Auffassung von Claus Möller hat die dezentrale Energieversorgung der Kommunen vier entscheidende Vorteile: Die gewünschten Klimaschutzziele werden dezentral besser erreicht, die Gemeinden haben ein wesentlich größeres Mitspracherecht und steuerliche Vorteile, der Querverbund mit anderen gemeindlichen Einrichtungen , wie z.B. Wasser, Abwasser, Schwimmhalle ist wesentlich besser und die Wertschöpfung bleibt in der Region und geht nicht in große Konzernzentralen.

Das Eon –Angebot ist zwar besser als die früheren Konzessionsabgaben, aber eine Mitwirkung der Kommunen läuft gegen Null hinaus. Für die Gemeinden gibt es grundsätzlich die Möglichkeiten, das Eon-Angebot anzunehmen, mit anderen ähnlichen Entsorgungsunternehmen zu arbeiten, es alleine zu machen oder sich einen oder mehrere kommunale Partner zu suchen. Deshalb sei es notwendig, mit den Nachbargemeinden über diese gemeinsamen Problemlagen zu sprechen.
In Schleswig-Holstein stehen ungefähr 700 Konzessionsverträge zur Verlängerung an, Eon ist natürlich stark daran interessiert, die Kommunen in ihr Boot zu holen. Der neue Landtagsabgeordnete Martin Habersaat möchte die Gemeinden sinnvoll unterstützen, die beabsichtigen, neue Wege der Energieversorgung zu beschreiten.

Man sollte vielleicht erst mit einer Energieart beginnen und später mit der zweiten Energie (Gas oder Strom) die Möglichkeiten von gemeinsamen Stadtwerken ausloten, so Möller.
Der Stadtverordnete Gerd Herrmann schilderte die vertragliche Situation in Reinfeld, dass dort zwei Stadtwerke aus der Umgebung die Versorgung übernehmen möchten und die Entscheidung schon seit längerem anstehe.
Auch benachbarte Stadtwerke konkurrieren gegen einander. Hierzu sollten sich die Gemeinden eines neutralen Gutachters bedienen, der das für die Gemeinde vernünftigste Angebot herausfindet, so Claus Möller.
Die Teilnehmer der Veranstaltung freuten sich am Ende darüber, so umfassend über dieses aktuelle Thema informiert zu werden. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hält dazu eine interessante Info-Broschüre bereit.

Foto von links nach rechts:
Heinz Hartmann, Martin Habersaat, Claus Möller und Gerd Herrmann

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.11.2009, 13:42 Uhr - 3907 Clicks - Nr. 1238*

Vortragsreihe des Kreisarchivs

Zeitgeschichte ist Heimatgeschichte - unter diesen Motto hat das Kreisarchiv des Kreises Stormarn eine Veranstaltungsreihe organisiert. Es geht um die Nachkriegszeit, in vielerlei Hinsicht eine Zeit des Umbruchs. Dies gilt für politische Strukturen ebenso wie für viele Lebensläufe. Auch die Kreisverwaltung Stormarn musste von Hamburg-Wandsbek nach Stormarn umziehen. Die Vortragsreihe thematisiert diese Zeit des Neubeginns.

Die Veranstaltungen im Einzelnen:

28.10.2009, 19.00 Uhr:
Oldesloes langer Weg zur Kreisstadt (Dr. Sylvina Zander und Barbara Günther)

2.12.2009, 19.00 Uhr:
60 Jahre Stadt Ahrensburg (Dr. Karin Gröwer)

27.1.2010, 19.00 Uhr:
Zeitgeschichte ist Heimatgeschichte. Stormarn nach 1945 (Prof. Dr. Norbert Fischer)

24.2.2010, 19.00 Uhr:
Wiedergutmachung? Entschädigung verfolgter Juden und Sozialdemokraten nach 1945 (Florian Mayer M.A.)

24.3.2010, 19.00 Uhr:
Flüchtlinge im Armenhaus. Fallstudien zu Schleswig-Holstein und dem Hamburger Umland (Marlen von Xylander)

Der Eintritt ist frei. Alle Vorträge finden im Kreisarchiv Stormarn statt: Gebäude F, Raum F22, Mommsenstraße 14, 23843 Bad Oldesloe.

Informationen im Netz: http://www.kreisarchiv-stormarn.de/

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.11.2009, 11:01 Uhr - 1215 Clicks - Nr. 1239*

SPD-Ratsfraktion dankt Ralph für seine engagierte Aufbauarbeit

Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gesa Langfeldt und Wolfgang Schulz danken Ralph Müller-Beck für die bislang geleistete Arbeit als Fraktionsvorsitzenden und bekunden Ihren Respekt und Verständnis für die getroffene Entscheidung, den Schwerpunkt seines aktiven Wirkens in Zukunft auf den Beruf zu legen.
„Ralph Müller-Beck hat mit sehr viel Elan nach der Kommunalwahl 2008 die ersten entscheidenden Weichen für eine Kooperation zwischen SPD, Bündnis90/Die Grünen und dem SSW mitgestellt. Dabei hat er die Umsetzung wesentlicher Wahlversprechen erfolgreich vorangetrieben, allen voran

die Rekommunalisierung der KVG*
die Einrichtung eines Dezernates für Arbeit und Wirtschaft*
* die Realisierung der Regionalen Bildungszentren.

Weitere Stichpunkte, die mit seinem Vorsitz verbunden bleiben werden, sind:

* die Abschaffung der Hallennutzungsgebühren
* die Unterstützung der Stadteilbüchereien
* kein Verkauf von Erbpachtgrundstücke an Dritte
* tragfähige Lösungen für das Holstein-Stadion.

Er ist zum Motor bei der Entwicklung von umsetzungsfähigen Lösungen geworden. Daher freuen wir uns besonders, dass er „nur" den Fraktionsvorsitz abgibt, alle anderen Ämter aber weiterführt. So wird er morgen zum Aufsichtsratsvorsitzenden der KiWi gewählt, ist und bleibt Aufsichtsratsmitglied beim Seehafen und bei der Flughafengesellschaft und Mitglied des Hauptausschusses.

Respekt zollen wir Ralph Müller-Beck auch vor der loyalen Haltung bei der nicht einfachen Debatte um die Zukunft des Kohlekraftwerkes, die für ihn auch in den Reihen der Gewerkschaften nicht einfach durchzuhalten war.

Unser Vorsitzender hat einen starken Beitrag dafür geleistet, ein offeneres und lösungsorientiertes Klima in Kiel für die schwierigen Aufgaben der Stadtpolitik zu schaffen. Durch ihn hat die SPD-Ratsfraktion ein Gesicht in Kiel erhalten. Zusammen mit den Kooperationspartnern sind Grundlagen für eine soziale, ökologische, innovative und kreative Kieler Stadtpolitik gelegt und somit die Wahl von Torsten Albig als Oberbürgermeister im Mai 2009 unterstützt worden. Durch sein Wirken ist die Wahl von Torsten Albig zum neuen OB maßgeblich mit beeinflusst worden. So geht die im Wahlkampf als „Albig-Plakette" bekannt gewordene Initiative auf Ralph Müller-Beck zurück.

Sein erfolgreiches Wirken innerhalb der Kooperation aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW und in Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Torsten Albig ist ein gutes Fundament, die bisherige Arbeit in der Rathaus-Kooperation und mit dem Oberbürgermeister fortzusetzen. Hierfür arbeitet die SPD-Ratsfraktion – auch mit Ralph Müller-Beck – weiterhin.

Eine engagiert kommunalpolitische Arbeit erfordert viel Zeit und Energie, insbesondere wenn man gleichzeitig auch noch aktiv und engagiert an exponierter Stelle im Berufsleben steht. Dies können alle ehrenamtlichen Mandatsträger berichten. Umso mehr danken wir Ralph Müller-Beck, dass er seit den Kommunalwahlen im Mai 2008 mit viel inhaltlichem und persönlichem Engagement die Arbeit der SPD-Ratsfraktion gestaltet hat.

Die SPD-Ratsfraktion unterstützt die Wiederwahl zum DGB-Regionsvorsitzenden am 12. November 2009 ausdrücklich und rechnet es Ralph Müller-Beck sehr hoch an, dass er diese persönliche Entscheidung noch vor der Wiederwahl getroffen hat. Wir freuen uns, dass er weitere vier Jahre an der Spitze des DGB in Kiel stehen wird. Für seine anstehende Wiederwahl wünschen wir ihm viel Erfolg."

Kommentar von Ein Wähler vom 03.11.2009, 11:09 Uhr:

RE: SPD-Ratsfraktion dankt Ralph für seine engagierte Aufbau

Klasse Leistung, wirklich! Da tritt einer im Wahlkampf als gesetzter Vorsitzender an - und schmeißt nach ein paar Monaten gleich wieder hin. Wahrscheinlich hat er gemerkt, dass seine Versprechen nicht bezahlbar sind und zieht sich lieber zurück. Fahnenflucht scheint in der SPD wohl doch üblich zu sein. Nun hat also auch Kiel seinen Lafontaine. Bravo!

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 03.11.2009, 13:08 Uhr - 4212 Clicks - Nr. 1240*

Sozialfonds im Kreis Herzogtum Lauenburg offenkundig gesichert

„Die Beharrlichkeit hat sich gelohnt. Offenkundig scheint der Bedarf für einen Sozialfonds für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche im Kreis Herzogtum Lauenburg jetzt sowohl parteiübergreifend als auch verwaltungsseitig anerkannt zu werden." So kommentiert Monika Brieger, Vorsitzende des Sozialausschusses im Lauenburgischen Kreistag und Initiatorin des erstmalig im Jahr 2009 aufgelegten Fonds für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche die Perspektive mit Blick auf das Jahr 2010.

Für das Jahr 2009 hat die Verwaltung noch die Feststellung getroffen, dass Mittel über 50.000 Euro hinaus nicht erforderlich sind, obwohl das hierzu festgelegte Feststellungs-verfahren zum einen durch mangelnde Information bei den Betroffenen und auch mangelnder Transparenz verwaltungsseitig stark verbesserungswürdig gewesen ist. Es war bedauerlich, dass unserem entsprechenden Antrag in der Juni-Kreistagssitzung auf Nachbesserung nicht entsprochen wurde, weil CDU und Verwaltung dies ganz einfach nicht wollten. Bei besserer Information hätte sich im laufenden Jahr mit Sicherheit ein höherer Bedarf gezeigt.

Für das Jahr 2010 sieht es jetzt anders aus. Die Verwaltung schlägt von sich aus vor, den Betrag auf 75.000 Euro zu erhöhen. Es scheint bei der Verwaltungsleitung jetzt die Einsicht gesiegt zu haben. Schade nur, dass dies für 2009 im Interesse der Kinder und Jugendlichen nicht möglich gewesen ist.

Doris Salkowsky, stv. Vorsitzende im Jugendhilfeausschuss: „Ich denke, es ist sinnvoll, dass jetzt auch Richtlinien verabschiedet worden sind. Wichtig, und darauf wird meine Fraktion drängen, ist, dass die Verwaltung bei allen Betroffenen sowohl die Information als auch die Transparenz des Verfahrens sicherstellt. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Mittel auch dort landen, wo wir sie politisch hin haben wollen. Die SPD-Kreistagsfraktion wird hierfür bei der Verwaltung einen Zeit-/Maßnahmenplan einfordern."

Brieger und Salkowsky abschließend: „Wir hoffen, dass nach dem verwaltungsseitig holprigen Start 2009 nunmehr ein sicheres Verfahren auf den Weg gebracht worden ist. Verdient hätte es der Sozialfonds! Wir haben schon Anfragen anderer Kreise hinsichtlich des Sozialfonds erhalten. Es wäre ja nicht schlecht, wenn unser Kreis auch einmal als positives Beispiel wahrgenommen wird."

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 03.11.2009, 17:14 Uhr - 7187 Clicks - Nr. 1241*

Franz Thönnes: Einiges konnte bewegt werden
Wechsel im Arbeits- und Sozialministerium

Im Zuge der Neubildung der Regierung in der letzten Woche in Berlin wurde auch der Führungswechsel im Arbeits- und Sozialministerium vollzogen. Dabei erhielt SPD-MdB Franz Thönnes als Parlamentarischer Staatssekretär vom ehemaligen Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz die Entlassungsurkunde. In ihr sprechen Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzlerin Angela Merkel Franz Thönnes ihren Dank und ihre Anerkennung für die geleisteten Dienste aus. Auch Scholz dankte Thönnes für das gemeinsame Wirken: „Ich fand die Zusammenarbeit mit dir immer sehr angenehm und bin dir dankbar für deine Unterstützung und deinen Rat."

Thönnes war genau 7 Jahre und 7 Tage im Amt. Damit war er dienstältester Staatssekretär innerhalb der letzten Leitung des Hauses mit insgesamt fünf Staatssekretären. In dieser Zeit hatte der Sozialpolitiker das Vertrauen von gleich drei Ministern. So unterstützte er im damaligen Gesundheits- und Sozialministerium Ulla Schmidt und anschließend Vizekanzler Franz Müntefering sowie Olaf Scholz im wiederum gebildeten Arbeits- und Sozialministerium in den Themenfeldern Sozial- und Rentenversicherung, Sozialgesetzbuch, Soziale Entschädigung sowie Belange behinderter Menschen, Rehabilitation, Sozialhilfe und Soziale Integration.

Thönnes: „Diese sieben Jahren haben mein Wissen und meine politischen Erfahrungen bereichert. Auch wenn sich nicht immer alle Vorstellungen umsetzen ließen, ist im Bereich der sozialen Sicherheit dennoch vieles für die Menschen erreicht und die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme gewahrt worden." Dabei denkt der Ammersbeker Politiker insbesondere an die großen rentenpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre, die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung sowie die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Gemeinsam mit dem Deutschen Volkshochschulverband wurde die Initiative „Altersvorsorge macht Schule" entwickelt, die dazu führte, dass in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern sowie der „Verbraucherzentrale Bundesverband" bundesweit an über 500 Volkshochschulen Kurse zur Orientierung bei der privaten Altersvorsorge angeboten wurden. Auf besondere Fortschritte blickt Thönnes auch in der Behindertenpolitik zurück. Mit der von ihm mit entwickelten Initiative „job – Jobs ohne Barrieren" sei es gelungen, die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation vieler Behinderter zu verbessern und mit dem Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen sei ein Menschenrecht umgesetzt worden. Statt Sachleistungen zur Teilhabe zur Verfügung gestellt zu bekommen, könnten die Betroffenen sich seit dem 1. Januar 2008 die Leistung auch bar auszahlen lassen und dann zum Beispiel selbstbestimmt entscheiden welchen Rollstuhl sie wo kaufen oder welche persönliche Assistenz sie einstellen. Auch das Allgemeine Gleichstellungs- und das Behindertengleichstellungsgesetz hätten viel zu Verbesserung der Rechte der Menschen mit Behinderungen beigetragen.

„Die Gesetze müssten nun aber mehr und mehr erfahrbare Alltagspraxis werden", mahnt Thönnes. Beiträge hierzu haben die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Kreis Segeberg unterstützten Projekte „Modellregion Persönliche Budget" und „Gesunde Arbeit

Segeberg“ geleistet. Letzteres kommt insbesondere mittelständischen Unternehmen bei der Umsetzung des betrieblichen Eingliederungsmanagements zur Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit erkrankter Mitarbeiter zugute. Fragt man nach dem eindrucksvollsten Moment in den sieben Jahren, so nennt Thönnes seine im Namen der Europäischen Union und Deutschlands gehaltene Rede anlässlich der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention im Vollversammlungs-Saal der Vereinten Nationen in New York im Jahr 2007.

In der nun kommenden Legislaturperiode wird Thönnes dem Themenfeld der Sozialpolitik weiter verbunden bleiben. Allerdings will er seine Kompetenzen mehr in die internationale Arbeit einbringen. Dabei kann er auf die Erfahrungen seiner Regierungsgespräche bei Auslandsbesuchen, Empfängen von Delegationen, internationalen Tagungen sowie auf die mehrjährige Arbeit im Rahmen der Ostseepolitik in verantwortlicher Position als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarier-Konferenz zurückgreifen. Und vor Ort wird natürlich die Wahlkreis-Arbeit im Mittelpunkt stehen. „Denn dort gilt es für die Bürgerinnen und Bürger als Abgeordneter da zu sein und in der nächsten Zeit den notwenigen Prozess der Erneuerung der SPD nach Kräften mit zu gestalten“, so der SPD-Politiker.

Bildunterschrift: „Olaf Scholz, Arbeits- und Sozialminister a.D. und Franz Thönnes, Parlamentarischer Staatssekretär a.D."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.11.2009, 11:33 Uhr - 1306 Clicks - Nr. 1242*

Neuausrichtung der Bäderlandschaft
Zur Beschlussvorlage "Neuausrichtung der Bäderlandschaft" erklären Torsten Stagars (SPD) und Dirk Scheelje (GRÜNE):

"Wir begrüßen die Ergebnisse des Prüfauftrages zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft in Kiel. Ein Zentralbad ist demnach möglich und sinnvoll.
Die Alternative wäre, abgesehen von Schilksee, Kiel auf ein kleines Schwimmbad zurückzuwerfen, was nicht für Schulklassen und Schwimmsport geeignet ist.

Schulschwinmmen und der Vereinsschwimmsport sollen optimale Bedingungen vorfinden. Deswegen ist für uns klar, dass in der Planung ein 50m Schwimmbecken enthalten sein muss, teilbar in 2x 25m. Darüber hinaus ist uns ein attraktives Freizeitangebot wichtig, damit Familien nicht mehr nach Neumünster, Preetz oder Eckernförde fahren müssen.

Wichtig sind uns sozialverträgliche Eintrittspreise und deshalb werden wir mit der Bäder GmbH beraten, wie der kommende Kiel Pass auch für das neue Zentralbad gelten kann."

Kommentar von Thilo Pfennig vom 04.11.2009, 14:59 Uhr:
RE: Neuausrichtung der Bäderlandschaft
Ich denke die Alternative wäre gewesen es nicht so weit hätte kommen zu lassen, dass drei Bäder in einem schlechten Zustand sind. Die Baschränkung auf 2,44 Millionen Euro pro Jahr führt nun dazu, dass man 17 Millionen für ein neues Bad ausgeben muss? Da für hätte man weniger sparen müssen und hätte die Substanz erhalten. Es ist doch auch Selbstbetrug, wenn man sich eine solche virtuelle Grenze setzt und dann mal eben so 17 Millionen ausgibt. Das

sind immerhin Gelder von 7 Jahren Zuschuss! Ich akzeptiere auch nicht die Alternativlosigkeit. Ich fürchte das das Bad zum einen deutlich teurer wird, dann auch der Eintritt teurer werden muss und zudem das Bad weniger gut angenommen wird als prognostiziert. Dann sind 17 Millionen weg und man hat ein wichtiges Stück Natur zwischen Ost und West zerstört und für die Bäderlandschaft nichts geleistet. Gerade in Gaarden wäre es wichtig ein fußnahes Bad zu haben. Wir Gaardener werden ihre Pläne zu verhindern wissen.

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.11.2009, 17:05 Uhr - 1431 Clicks - Nr. 1243*

Müller-Beck einstimmig zum Aufsichtsratsvorsitzenden der KiWi gewählt
Heute hat der Aufsichtsrat der Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturent-wicklungs GmbH und der KiWi Tower GmbH den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, einstimmig zu ihrem Vorsitzenden gewählt.
Diese einstimmige Wahl zeugt deutlich die wirtschaftspolitische Kompetenz Müller-Becks und sein ausgezeichnetes Standing auch bei den Vertretern der Wirtschaft im Aufsichts-rat.

Keine Kommentare

SPD-Russee - *veröffentlicht am 04.11.2009, 22:34 Uhr - 2619 Clicks - Nr. 1244*

Polizeistation Russee gewährleistet bürgernahe Polizeiarbeit
SPD-Ortsverein Russee-Hammer lehnt Schließungspläne ab

Von ihren Plänen, die Polizeistation Russee-Hammer aufzulösen und ihren Zuständigkeitsbereich in die Polizeistation Hassee zu verlegen Abstand nehmen soll die Polizeidirektion Kiel. Dies fordert der SPD-Ortsverein Russee-Hammer.
In einer vom Vorstand verabschiedeten Erklärung betonen die Sozialdemokraten die Funktion der Station als Garant der Aufrechterhaltung öffentlicher Sicherheit und bürgernaher Polizeiarbeit im Stadtteil.
Deshalb müsse ihr Bestand auf die Dauer gesichert werden.

„Wir nehmen die Einsparzwänge der Kieler Polizei zur Kenntnis. Trotzdem weisen wir die Pläne der Polizeidirektion zurück. Einsparungen sind nur bei den Mietkosten zu erzielen. Sollten mit diesen Plänen aber auch die Absicht verbunden sein, zukünftig Personalstellen und Ressourcen (z.B. den Streifenwagen) in Russee abzuziehen, so ist dies ein klarer Abbau öffentlicher Sicherheit in unserem Stadtteil" sagten Ortsvereinsvorsitzender Frank Hornschu und der Ratsherr für Russee und Hammer Michael Wagner. Das es sich im Stadtteil sicher lebe, sei auch ein Ergebnis der Arbeit der Beamtinnen und Beamten vor Ort. „Wir schätzen ihre Arbeit, vor allem in Hinsicht auf die Prävention von Straftaten. Die in der Kriminalstatistik ablesbaren Erfolge dürfen Russee jetzt keinesfalls zum Nachteil gereichen und als Argument für die Schließung herhalten" fordern die beiden SPD-Politiker.

Der Standort in der Spreeallee, an einer im Stadtteil zentralen Stelle ermöglicht direkten

Bürgerkontakt. Dieses ist im Hasseer Gewerbegebiet nicht möglich. Durch ihre Arbeit mit den jüngsten Mitgliedern der Gesellschaft in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in der Grundschule Russee gebe es ein gutes Verhältnis mit der örtlichen Bevölkerung. All` dieses muss auch in Zukunft fortgesetzt und dürfe nicht durch vergleichsweise geringe Einsparungen aufs Spiel gesetzt werden.

Die Russeer und Hammeraner Sozialdemokraten erwarten von der Polizeidirektion vor endgültigen Entscheidung eine Anhörung der Russeer Bürgerinnen und Bürger und die Berücksichtigung dieser Meinungen. Ihre Mitglieder im Ortsbeirat Russee/Hammer werden einen entsprechenden Antrag in die nächste Sitzung des Ortsteilparlamentes einbringen.

Beschluss des OV-Vorstandes
Antrag für den Ortsbeirat Russee/Hammer

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 05.11.2009, 14:19 Uhr - 6742 Clicks - Nr. 1245*

Ankündigungs-Koalition trifft auf Realitäten
Zur heute veröffentlichten November-Steuerschätzung sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Steuersenkungs-Rhetorik der schwarz-gelben Regierungen in Land und Bund entlarvt sich bereits nach wenigen Wochen als inhaltsleer. Mit der November-Steuerschätzung müssen die Einnahme-Erwartungen massiv nach unten korrigiert werden.
Das wird dramatische Folgen für den Landeshaushalt und für die kommunalen Kassen haben, umso mehr, als Fachleute übereinstimmend davon ausgehen, dass die großen Einbrüche bei den staatlichen Einnahmen erst noch bevorstehen.

Für Steuergeschenke ist in dieser Situation kein Raum. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, damit Bund, Länder und Kommunen auch künftig die Infrastruktur zur Verfügung stellen können: Kostenfreier Zugang zu Bildung von der Kita bis zur Hochschule kommt allen Familien zugute; Steuerprivilegien tun dies nicht.

Wir bleiben dabei: Ein handlungsfähiger Staat braucht keine Subventionen für Besserverdienende. Er braucht eine solide Finanzgrundlage, für die Starke mehr schultern müssen als Schwache.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 05.11.2009, 14:27 Uhr - 44630 Clicks - Nr. 1246*

Solidaritätsadresse der SPD-Europaabgeordneten an die Opel-Beschäftigten
"Ihr habt unsere volle Solidarität im Kampf um Eure Arbeitsplätze."

Brüssel, 05.11.2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach monatelangem Gezerre um die Verkaufsbedingungen für Opel, um staatliche Hilfen und um Arbeitsplätze, ist nun der mit viel Hoffnung verbundene Neuaufbau eines europäischen Automobilkonzerns gescheitert. Dabei wurden nicht nur Geld und wertvolle Zeit verschwendet, sondern vor allem auch die Zukunftsängste von Euch Beschäftigten immer weiter geschürt. Das ist unredlich und unverantwortlich.

Im GM-Verwaltungsrat haben sich diejenigen durchgesetzt, die schrumpfenden Märkten hinterher sparen wollen. Dieser Weg ist industriepolitisch verfehlt. GM droht die Zukunft des Automobilmarktes zu verschlafen. Verantwortung für die desaströse Entwicklung trägt aber auch die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes und der ehemalige Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg. Es wurde unnötig gezögert und taktiert, anstatt die Hindernisse für den Verkauf zügig aus dem Weg zu räumen. Dass es dabei um die Existenz von zehntausenden von Familien geht, interessiert die Hüter des freien Wettbewerbs nicht.

In den nächsten Wochen muss nun eine Lösung mit GM gefunden werden, um die europäischen Standorte und Arbeitsplätze zu erhalten. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Ihr und Eure Familien der Maßstab des Handelns seid. Wir brauchen ein abgestimmtes Vorgehen unter Einbeziehung aller Beteiligten, um das Technologiepotential der europäischen Automobilindustrie besser zu nutzten. Hier muss die EU-Kommission endlich neue Initiativen ergreifen. Wir wollen, dass Opel in Europa eine Perspektive hat. Dafür setzen wir uns ein.

Ihr habt unsere volle Solidarität im Kampf um Eure Arbeitsplätze.

Im Namen der SPD-Europaabgeordneten

Bernhard RAPKAY

Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Udo BULLMANN

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten und

Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik

Jutta STEINRUCK

SPD-Europaabgeordnete und Sozialexpertin

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 05.11.2009, 15:32 Uhr - 2423 Clicks - Nr. 1247*

Preisverleihung "Dat Du mien Stormarn büst" am 12.11.2009 in Oldesloe

Das Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie veranstaltet am Donnerstag, 12.11.2009, ab 19:30 Uhr, die Preisverleihung seines in diesem Jahr zum ersten Mal veranstalteten

Plattdeutsch-Schreibwettbewerbes "Dat Du mien Stormarn büst" im Bürgerhaus Bad Oldesloe, Mühlenstraße 22
.
Infos zum Wettbewerb finden Sie unter bit.ly/9BsrA

Hier der vorläufige Ablauf des Abends:

- Volkert Ipsen (Plattdeutscher Liedermacher) zur Einstimmung
- Begrüssung StKFdS (ich) mit Ablauf d. Abends
- Grusswort Landrat Stormarn (Dr. Klaus Plöger)
- Grusswort Kreisvorsitzender Martin Habersaat

- Volkert Ipsen (Gitarre)
- Heinrich Kahl liest seinen Text "Gedanken über Stormarn" vor
- Volkert Ipsen (Gitarre)

- StKFdS erläutert Wettbewerb: Idee v. StKFdS, Motto, Punktesystem und ruft die Jurymitglieder einzeln nach vorne, die sich kurz vorstellen
- StKFdS benennt die Gewinner und erwähnt die Preise;

- Intendant Ohnsorg-Theater liest Gewinnergeschichten vor

- StKFdS ruft die Gewinner nach vorne, die eine Urkunde vom StKFdS vor dem Publikum aus der Hand des Landrates erhalten
- Gewinner bleiben vorne stehen ... anschließend wird auch die Jury für das Gruppenbild für die Presse nach wieder vorne gerufen -
nach Bildern setzen sich alle zunächst wieder für:
- Volkert Ipsen (Gitarre) zum Schluss

Wir freuen uns auf einen interessanten Plattdeutschen Abend

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 05.11.2009, 15:56 Uhr - 1515 Clicks - Nr. 1248*

Austritt von Frau Zimmermann und Herrn Jenning
Zum Austritt von Frau Zimmermann und Herrn Jenning aus der Partei "Die Linke" erklären Ralph Müller-Beck, Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Katja Günther, stv. Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:

"Der Austritt der Ratsmitglieder Zimmermann und Jenning aus der Partei "Die Linke" zum jetzigen Zeitpunkt macht deutlich, dass es ihnen nie um die Umsetzung konkreter politischer Inhalte gegangen ist, sondern stets um die Sicherung privater Pfründe. Nachwie vor sind uns keine politischen Gründe bekannt, die einen Austritt aus der Ratsfraktion der Linken rechtfertigen könnten, abgesehen von persönlicher Missgunst innerhalb der Linken.

Nachdem Frau Zimmermann während der letzten Sitzung des Ältestenrates klar wurde, dass sich die anderen Fraktionen nicht bereit erklären würden, sie mit Herrn Jenning als Fraktion anzuerkennen und sie infolgedessen den mühsamen Klageweg beschreiten müssten, um an

Steuergelder und Büroräume nebst Ausstattung zu kommen, warfen sie ihre vorher so glühend verteidigte Mitgliedschaft in der Linken weg wie einen alten Schuh.

Wer politisch nichts im Angebot hat, beschäftigt sich vornehmlich mit sich selbst. Den Kieler SteuerzahlerInnen kostet das pro Jahr weit über 120.000 Euro. Gegenleistung der beiden Ex-Linken? Fehlanzeige. Für demokratische Kräfte ist dies eine peinliche Farce."

Kommentar von J. Boese vom 06.11.2009, 10:43 Uhr:
RE: Austritt von Frau Zimmermann und Herrn Jenning
Auweia. Ihr billiges demagogisches Pamphlet ist schon mehr als peinlich und offenbart ein unterirdisches Niveau. Sie verschweigen die eindeutigen Rechtsgutachten über die in der KN berichtet wurde und brechen die Vetaulichkeitsverpflichtung, der sie als Mitglied im Ältestenrat unterliegen, um anderen Rechtsuntreue und strafrechtlich Relevantes zu unterstellen, ohne diese Vorwürfe zu belegen. Damit schaden sie sich nicht nur selbst, sondern ihre gesamte Fraktion. Jedes weitere Wort wäre einem biblischen Spruch geschuldet.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 05.11.2009, 16:14 Uhr:
RE: Austritt von Frau Zimmermann und Herrn Jenning
Als Ergänzung: Weder die Statpräsidentin noch die SPD-Fraktion konnten die immer wieder in den Raum geworfene zahl von 120.000 Euro für eine neue Fraktion bestätigen - und dennoch wird diese immer wieder benutzt. Wieviel bekommen Sie eigentlich im Jahr für den Vorsitz im Aufsichtsrat der KiWi? Mit Sicherheit deutlich mehr als Frau Zimmermann für die erhöhte Aufwandsentschädigung für den Fraktionsvorsitz!

Kommentar von Thilo Pfennig vom 05.11.2009, 16:11 Uhr:
RE: Austritt von Frau Zimmermann und Herrn Jenning
Zunächst war das Festhalten an der parteimitgliedschaft der Beweis dafür, dass es nur um Pfründe geht - nun ist der Austritt der Beweis. Und das schreibt jemand, der sich gerade seine Pfründe mit einem Aufsichtsratsposten in der KiWi GmbH gesichert hat. Das ist verlogen bis zum Abwinken. Das Chaos was SPD und CDU im Kampf um den Fraktionsvorsitz gerade demonstrieren kann nicht gerade als vorbild politischer Kultur herhalten. Wer im Glashaus sitzt sollte eben nicht mit Steinen werfen! Der Austritt von Jenning&Zimmermann war in erster Linie dadurch begründet, dass die Linke ein Parteiausschlussverfahren angestrengt hatte und wohl auch deswegen, weil die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP illegaler Weise den Fraktionsstatus verweigern wollten, solange es keinen Austritt gibt. Polemik ist das eine, aber was Sie betreiben ist meine Erachtens einfach verlogen.

AGS-Kiel - *veröffentlicht am 05.11.2009, 20:17 Uhr - 2010 Clicks - Nr. 1249*

AGS Kiel: Kommunale Wirtschaftspolitik optimieren

In Zusammenarbeit mit Kieler Unternehmern hat die AGS Kiel 20
Bausteine für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erstellt.Ein wichtiger Bausteine ist z.B. die Konsolidierung des Haushaltes.Dabei stehen die Aufgabenkritik und die Überprüfung der eingesetzten Ressourcen im Focus.
Weitere Bausteine sind u.a.:
1.Hebesatz der Gewerbesteuer überdenken. Ein

geringerer Hebesatz wertet die positiven Standortfaktoren von Kiel auf. Denn wo ein hoher Gewerbeertrag anfällt, arbeiten viele Menschen erfolgreich.
2.One Stop shop einrichten. Für behördliche Genehmigung sollte für die Unternehmen eine Stabsstelle Wirtschaft in Form eines One stop Shop eingerichtet werden. Die Unternehmen erhalten so nur einen Ansprechpartner.
3.Bestandspflege optimieren.
Wachstum entsteht nicht nur durch Neuansiedelung oder Neugründung. Überaus wichtig ist eine Überprüfung der bisherigen Bestandspflege. Der Mittelstand muss mehr beachtet werden.
4. Kiel als Produkt.
Alle bestehenden Stadtentwicklungspläne, Werbe-, Image-, Tourismus- und Wirtschaftsförderungskonzepte sind in
ein Gesamtkonzept zu integrieren.
5.Kiel-Cluster" entwickeln
Die Stadt muss auf solche Branchen setzen, die mit ihren Produkten Wachstum versprechen und Mehrwerte schaffen. Nur durch Mehrwerte entwickeln sich langfristig neue und nachhaltige Arbeitsplätze, werden bestehende gesichert.
6. Maritimes Kompetenz-Center schaffen
Dazu müssen die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in einem ständigen Dialog verbunden sein, einem einheitlichen Zielbild folgen und konkrete Handlungsempfehlungen für alle Beteiligten entwickeln.
7. Kiel muss Gründerstadt werden.
Das Potential an Möglichkeiten durch Ausgründungen bei
FH und Universität ist in Kiel bislang nicht ausreichend ausgeschöpft geworden.

Wirtschaftspolitik für Kiel 2020

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 05.11.2009, 20:32 Uhr - 6960 Clicks - Nr. 1250*

„Die politische Landkarte in Flensburg wieder rot einfärben!"
Wahlanalyse der Flensburger SPD -
Funktionstrennung kein Thema

Was muss angepackt werden, was muss geändert werden, damit wir wieder gestaltende Kraft in Flensburg und im ganzen Land werden? Diese Frage stellten sich die Flensburger Sozialdemokraten jetzt zusammen mit ihrem Landesvorsitzenden Ralf Stegner in einer Versammlung in der TSB-Vereinsgaststätte „Junge Harmonie". Der Name des Tagungslokals war allerdings nicht programmatisch gemeint.

Im Gegenteil: In aller Klarheit und sehr deutlich artikulierten die SPD-Mitglieder ihre Einschätzungen zur Wahlniederlage und den Ursachen, die dazu führten.

„Wir müssen den Weg der sozialen Gerechtigkeit konsequent weitergehen, die Herzen der Menschen erreichen und Geschlossenheit zeigen", fasste der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost die Ergebnisse der mehrstündigen Diskussion der über 60 Parteimitglieder mit ihrem Landesvorsitzenden zusammen. Zuvor hatte man in einer lebendigen offenen Debatte die SPD-

Wahlniederlage analysiert. „Wir müssen das Vertrauen der Menschen in die SPD zurückgewinnen, müssen noch glaubwürdiger werden", hieß es in den Analysen mit Blick auf schmerzliche Entscheidungen, die die SPD in der Großen Koalition mittragen musste.

Die Zukunft gestalten, mit der SPD in Flensburg und Schleswig-Holstein – dieses Ziel verfolgen die Sozialdemokraten vor Ort. „Wir werden dafür sorgen, dass dieser für uns weiße Fleck auf der politischen Landkarte wieder rot eingefärbt wird- auch ohne örtliche SPD-Abgeordnete", kündigte Helmut Trost an. Vertrauensarbeit vor Ort ist für den SPD-Vorsitzenden dabei der Schlüssel zum Erfolg.

Eine große Sorge treibt Ralf Stegner und die Flensburger SPD um: „Die schwarz-gelbe Koalition in Kiel ist sehr stark auf die Interessen des ländlichen Raumes fixiert. Im Koalitionsvertrag von CDU/FDP bleiben die Städte mit ihren besonderen sozialen Problemen nahezu unerwähnt, und auch die ersten Personalentscheidungen zeigen, wohin die Reise geht."

Der Wunsch nach einer eventuellen Trennung der Aufgaben des SPD-Landesvorsitzenden und des Landtagsfraktionsvorsitzenden spielte in der Diskussion der Flensburger Sozialdemokraten überhaupt keine Rolle. Ralf Stegner ist bekanntlich Vorsitzender auch der neuen Landtagsfraktion und war im März mit Prozent der Stimmen als Landesvorsitzender der SPD mit über 90 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt worden. Weder in der Mitgliederversammlung noch im Kreisvorstand gab es eine Wortmeldung, die in diese Richtung zielte.

Unser Foto zeigt von rechts Ralf Stegner, den SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost und seine Stellvertreterin Barbara Philipsen

(Foto: Herbert Ohms)

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 06.11.2009, 09:04 Uhr - 9912 Clicks - Nr. 1251*

Kreiskonferenz der AfA-Dithmarschen
Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Nach den katrastophalen Wahlergebnissen für die SPD soll eine grundle-gende Neubestimmung der Partei von der Basis her eingeleitet werden.
Die AfA hat sich immer als innerparteiliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft verstanden. In der Debatte um die Partei- und Regierungspolitik der vergangenen Jahre konnten wir zwar die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zum Inhalt der SPD Politik machen, mit unserer kritischen Auseinandersetzung zur „Agenda-Politik" fanden wir allerdings wenig Gehör.
Und nun? Vertrauen bei der Arbeitnehmerschaft können wir nur zurückge-winnen, wenn von hier gestaltend mitgewirkt werden kann und ernsthaft bis zur Parteispitze durchdringt.
Die AfA will und kann eine Plattform für SPD-Mitglieder, Betriebsräte, Ge-werkschaften und ArbeitnehmerInnen bieten.
Nur wer mitmacht, kann etwas verändern!

Zur Kreiskonferenz der AfA-Dithmarschen
laden wir euch herzlich ein für

Donnerstag, 19. November 2009
19.00 Uhr in Meldorf, Rosenstraße 6 Gaststätte "Erheiterung" (Rosenzimmer)

Alle Mitglieder mit Arbeitnehmerstatus aus dem Kreisgebiet sind eingeladen und wahlberechtigt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.11.2009, 11:08 Uhr - 1182 Clicks - Nr. 1252*

Stadthaushalt 2010
Zu dem von Oberbürgermeister Albig vorgelegten Entwurf für den Stadthaushalt 2010 erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Grünen-Ratsfraktion, Ratsherr Lutz Oschmann und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Die Rathauskooperation begrüßt die Schwerpunktsetzung in dem vorgelegten Haushaltsentwurf.
Die deutlichen Mehrausgaben im Schulbereich, bei den Kindergärten, in der Jugendhilfe, im Klimaschutz und in der sozialen Sicherung entsprechen genau den Zielsetzungen aus unserem Kooperationsvertrag und festigen den finanzpolitischen Kurs von SPD, Grünen und SSW. Bei der dramatischen Haushaltslage musste im Gegenzug beim Straßenbau gekürzt werden, um die Gesamtfinanzierung des Haushalts nicht zu gefährden. Aus Sicht der Mehrheitsfraktionen erscheint der Kreditbedarf von ca. 50 Mio. Euro immer noch sehr hoch. Wir sind zuversichtlich, dass es uns gemeinsam mit dem Ober-bürgermeister gelingt, bis zu den Haushaltsberatungen den Kreditbedarf noch mal deutlich zu senken. Kiel muss weiter dafür kämpfen, dass Bund und Land keine Steuer- und Finanzpolitik zu Lasten der Kommunen umsetzen. Schon unsere jetzige Finanzbasis ist unzureichend und darf nicht weiter ausgehöhlt werden.
SPD, GRÜNE und SSW sorgen auch im Jahr 2010 dafür, dass die Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger sichergestellt wird. Gleichzeitig beleben unsere Investitio-nen die örtliche Wirtschaft und sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bildung und Betreuung, Klimaschutz und eine vernünftige Sozialpolitik sind die richtigen Prioritäten, um Kiel voran zu bringen."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 06.11.2009, 13:39 Uhr - 7238 Clicks - Nr. 1253*

Kreis-SPD befürwortet Kurs des Landesvorstandes
Die SPD Rendsburg-Eckernförde unterstützt den vom SPD-Landesvorstand eingeschlagenen Weg zur Aufarbeitung der Wahlergebnisse vom 27. September.

Das wurde am 04.11. auf Sitzungen des Kreisvorstandes und des Kreisparteiausschusses mit

dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner in Groß Wittensee deutlich.

Andreas Fleck, Vorsitzender des Kreisparteiausschusses:

„Wir sehen, dass die SPD vor allem wegen eines Vertrauensdefizits in wichtigen inhaltlichen Fragen die Wahlen verloren hat. Das Vertrauen von Menschen zurückzugewinnen ist ein Prozess, der nicht mit schnellen und vermeintlich einfachen Antworten erledigt sein wird. Wir werden daran mitwirken, Fehler und Defizite - inhaltlich, in der Vermittlung unserer Themen und organisatorisch - systematisch aufzuarbeiten."

Sönke Rix, Kreisvorsitzender:

„Für uns hat die erforderliche inhaltliche Richtungsdiskussion ganz klar Vorrang vor Personalentscheidungen. Eine Diskussion gegen Einzelpersonen – wie sie von wenigen in der Partei geführt wird – lehnen wir ab. Erst recht mit in Stil und Inhalt fragwürdigen Begründungen und über offene Briefe oder über die Medien."

Die vom Landesvorstand initiierten Mitgliederkonferenzen und den außerordentlichen Landesparteitag wird die SPD Rendsburg-Eckernförde mit eigenen Veranstaltungen begleiten und vor- und nachbereiten.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 07.11.2009, 19:23 Uhr - 2642 Clicks - Nr. 1254*

Erstes Feuerfest in Barsbüttel

Jugendfeuerwehr, AKKU, Musikschule, Showband 2000 und die Pfadfinder präsentieren eine neue Veranstaltung: Feuer, Flamme, Schall und Rauch werden geboten beim ersten Feuerfest in Barsbüttel, einem Fest für die ganze Familie. Los geht es am Freitag, dem 13. November 2009 ab 18.00 Uhr rund um das Akku und die Freiwillige Feuerwehr.

Flyer: Feuerfest

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 07.11.2009, 19:55 Uhr - 2848 Clicks - Nr. 1255*

Die nächste Wahl ist nicht mehr fern, Grün mögen alle gern.
Nun beginnt wieder die Saison eines recht eigenwilligen dunkelgrünem Gewächses, durchaus freundlich, jedoch nicht immer gut zu vertragen

Es ist Grünkohlzeit!
Lange haben wir auf diesen Augenblick gewartet. In diesen Monaten ist es wahrlich genug mit den retorischen Schlachten. Vielmehr gehören „schlagkräftige Argumente" auf den Tisch. Aus diesem Grund lädt die SPD Kropp recht herzlich zum diesjährigen Grünkohlessen ein.
Wir hoffen auf viele Gäste, mit denen bei Kohl mit Pinkel herzhaft angeregt das eine oder andere (nicht)politische Thema diskutiert werden kann. Durchaus entstehen hierbei praktikable Vorschläge auch für die politische Arbeit auf kommunaler Ebene.

Wann: Freitag, dem19. November 2010 um 19:00 Uhr
Wo: Gasthof Bandholz, Hauptstr. 6 , 24848 Kropp
Es wird ein Kostenbeitrag erhoben.

Hier könnt ihr die Einladung runterladen

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 10.11.2009, 12:26 Uhr - 48234 Clicks - Nr. 1256*

Herzlichen Glückwunsch, Björn Engholm!
Zum 70. Geburtstag des ehemaligen Ministerpräsidenten unseres Landes gratuliert SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner
Lieber Björn,

zum 70. Geburtstag gratuliere ich Dir im Namen der SPD Schleswig-Holstein sehr herzlich und wünsche Dir alles erdenklich Gute. Unsere Partei ist nach wie vor stolz auf das von Dir für das Land und die SPD geleistete.

Björn, Du stehst wie kaum ein anderer in unserer Partei für Aufbruch und Vision. Mit Dir verbindet sich für Schleswig-Holstein der demokratische Aufbruch nach der Erstarrung des Landes unter der langen CDU-Vorherrschaft. Dein Blick auf das Mare Baltikum hat den Horizont für neue Visionen eröffnet. In der Bildungspolitik, in der Umweltpolitik, in der Kulturpolitik und in der Energiepolitik wurde in deiner Regierungszeit der grundlegende Richtungswechsel vollzogen, von dem das Land noch heute gut hat.

Deine Vielseitigkeit und Dein universelles Können zeichnen Dich aus. Man kann Dich nicht beschränken auf den Politiker, auf den Sozialdemokraten, auch nicht auf den Kulturschaffenden oder Kunstförderer, nicht auf den Visionär, nicht auf den Ethiker und Ästheten, auch nicht auf den harten, konzentrierten und präzisen Arbeiter und Handwerker.

Du bist für viele in unserer Partei Weggefährte, Denker, Ratgeber und Freund. Du verstehst es Menschen zusammen zu bringen, die an Zukunft, an Gerechtigkeit, Fortschritt und Innovation glauben. Du bist ein Mann des Wortes und beherrscht die Kunst der Rede wie kaum ein anderer. Deinen Worten folgten und folgen Taten, nicht zuletzt, weil Du überzeugen kannst. Die Menschen in unserem Land wissen dies, sie haben es erleben können. Sie haben Dir und der SPD viel Vertrauen entgegen gebracht. Dafür danken wir Sozialdemokraten Dir.

Für die Zukunft wünschen wir Dir unverändert große Neugier, viel Kraft und Freude an dem, was Du tust.

Kommentar von Alexandra Mallon vom 10.11.2009, 20:10 Uhr:
RE: Herzlichen Glückwunsch, Björn Engholm!

Dem Glückwunsch von Ralf Stegner an Björn Engholm möchte ich mich mit meinem Ortsverein uneingeschränkt anschließen.Es wird Zeit, dass Visionäre wie Björn Engholm wieder in die SPD zurückkehren und ihr Profil geben. Menschen wie Ralf Stegner, für die erst die Partei und dann die Personalie kommt, auch wenn sie noch so umstritten sind. Die Ausstrahlung von Björn Engholm vermittelt auch heute noch Vertrauen und Zuversicht. Dafür sei ihm gedankt und ein langes Leben gewünscht. Alexandra Mallon SPD-Ortsvereinsvorsitzende Neumünster-Gadeland

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 10.11.2009, 12:32 Uhr - 54149 Clicks - Nr. 1257*

AsF verpflichtet SPD-Opposition auf Gleichstellung als Top-Thema

Die Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), vom 7. November 2009 in Plön, stand unter dem Motto „Gleichstellung in der Opposition".
Denn mit der Regierungsbildung von CDU und FDP in Kiel seien nicht nur alle progressiven gesellschaftlichen Kräfte (und wegen der Überhangmandate sogar die Mehrzahl der Wählerstimmen), sondern auch die Frauen kurzerhand in die Opposition verbannt worden – so AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich.

In Carstensens Kabinett gibt es nur eine einzige Ministerin, im schwarz-gelben Koalitionsvertrag findet Gleichstellung so gut wie keine Erwähnung.
„Das ist der Stand der 1950er", resümierte Ralf Stegner, SPD-Fraktions- und Landesvorsitzender, als Hauptredner der Veranstaltung. Der CDU-Ministerpräsident halte gezielt Frauen, Modernität und städtische Milieus von der Macht fern. Da seien die SPD-geführten Landesregierungen immer ganz anders aufgestellt gewesen – von der ersten Frauenministerin Gisela Böhrk bis zur ersten Ministerpräsidentin Heide Simonis! Und auch jetzt in der Opposition setzen Sozialdemokratinnen starke Akzente: Gitta Trauernicht als Landtags-Vizepräsidentin; Serpil Midyatli, die erste Muslimin als Kieler MdL - mit „Gleichstellung" als neuem Thema im Querschnittsressort „Innen und Recht".
Und die drei aktivsten Arbeitsgemeinschaften der Nord-SPD – Jusos, AG 60+ und eben AsF – würden von Frauen geführt, hob der Landeschef hervor.
Dennoch gebe es am Debakel der SPD bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen nichts zu beschönigen. Ralf Stegner nahm kein Blatt vor den Mund: Dieser Tiefstand war lange angekündigt, Verluste und Enttäuschungen bei den Sozialdemokraten hatten eine mehrjährige Vorgeschichte. Gut gemeinte Reformen, die dennoch im Ergebnis mehr Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft herbeiführten, unbeirrt zu rechtfertigen – das reiche nicht als Politik, und dafür habe es bei den Wahlen die Quittung gegeben. In der Konsequenz müsse die SPD wieder deutlich mehr „nach links", und das nicht nur in Kiel, sondern auch in Berlin.

Dass die SPD bei diesen Wahlen besonders stark unter den jüngeren Frauen verloren hatte, beschäftigte die Versammlung in der nachfolgenden Diskussion. Der „Merkel"-Effekt stehe für ein eher oberflächliches Emanzipationsverständnis: Jede tüchtige Frau könne den Aufstieg schaffen, gesellschaftliche Veränderungen seien hierfür nicht mehr nötig; dabei würden das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern, Minilöhne vor allem für Frauen, die Probleme von Alleinerziehenden und weibliche Altersarmut rigoros verdrängt. „Wir können ja nicht damit zufrieden sein, dass eine Ministerin mit sieben Kindern gut klarkommt", meinte Ralf Stegner dazu.
In der Politik werde auch immer noch sehr stark mit zweierlei Maß gemessen:
Einem männlichen Politiker sehe man ohne weiteres nach, wofür eine Frau gnadenlos verurteilt würde. Dabei gingen oft auch gute Inhalte verloren – siehe Hessen-Wahl.

Zudem führten Männerrivalitäten, von der Presse noch aufgebauscht, leicht dazu, dass Frauen sich von der Politik generell – oder zumindest von den betroffenen Parteien – abwandten. Sie hätten dann den Eindruck, dass für ihre Anliegen und einen mehr sachorientierten Stil ohnehin kein Raum wäre. Keine Partei könne es sich aber leisten, die Kompetenzen und Sichtweisen von Frauen außer Acht zu lassen.
Ob eine verbesserte Beteiligung von Frauen in der SPD – auch in Ämtern und Mandaten ausgedrückt – mit oder ohne verbindliche Parität zu erreichen sei, blieb jedenfalls in dieser Diskussionsrunde ungeklärt. Aber sowohl AsF als auch der SPD-Landesvorsitzende sind fest entschlossen, den Meinungsaustausch so bald wie möglich fortzusetzen.
Ralf Stegner und Bettina Hagedorn, die ein Grußwort als Bundestagsabgeordnete gehalten hatte, mussten die Versammlung wegen eines SPD-Jubiläums in Ostholstein bald wieder verlassen; aber viele weitere Grußworte zeigten, dass Gleichstellungspolitik links ist und bleibt! Siegrid Tenor-Alschausky stellte sich als neue frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion vor; die Europaabgeordnete Ulrike Rodust berichtete von Gleichstellung in ländlichen Räumen und Berufen; AsF- und SPD-Vorsitzende des Kreises Plön, Steffi Karp und Anette Langner, sprachen als Gastgeberinnen; Marion Gurlit vom Sprecherinnengremium der Gleichstellungsbeauftragten und Hanna Falk vom Landesverband Frauenberatung mahnten die Fortsetzung ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit an; Frauke Walhorn, Verbandsratsvorsitzende des „Paritätischen" und frühere AsF-Chefin, sowie Anne-Christin Heinrich als Juso-Landesvorsitzende warnten vor frauenpolitischen Rückschritten und Verlusten im Land; Gabriele Hiller-Ohm, MdB, auch die Gewerkschaftsfrauen von DGB Nord und ver.di hatten schriftliche Grüße – und Kritik an den schwarz-gelben Koalitionsverträgen – hinterlegt.

Die Versammlung fasste Beschlüsse zur Fortsetzung engagierter Gleichstellungspolitik auf der Basis des sozialdemokratischen Landtagswahlprogramms; zur Durchlässigkeit von Bachelor- und Masterstudiengängen; zum EU-Verbraucherschutz sowie –Schulobstprogramm; gegen das CSU-„Betreuungsgeld" alias Herdprämie und gegen verdeckte Diskriminierung – vor allem unter konfessionellen Vorzeichen. Zwei Anträge, die sich mit der innerparteilichen Lage nach den verlorenen Wahlen beschäftigten, wurden als Arbeitsauftrag vom AsF-Landesvorstand übernommen.
Elf schleswig-holsteinische Delegierte für die nächste AsF-Bundesfrauenkonferenz – Anfang Juni 2010 in Bonn – wurden gewählt, sowie Cornelia Östreich als Delegierte ihrer AG für Landesparteitage aufgestellt.

Besonderen Anklang fanden Wahlanalyse und Pressemappe der Landes-AsF sowie eine Broschüre aus der „Argumente"-Reihe der Jusos zum Feminismus. „Nebenbei" wurden auf der AsF-Landesfrauenkonferenz 43 Unterschriften für die „Lübecker Erklärung" gegen Nazi-Aufmärsche gesammelt.
Die Veranstaltung, die im Restaurant „Alte Schwimmhalle" in Plön stattfand, hatte um 10.00 Uhr begonnen und endete um 15.30 Uhr.

Cornelia Östreich, 10. November 2009

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 10.11.2009, 16:44 Uhr - 7262 Clicks - Nr. 1258*

Steuerschätzung: Kürzungspläne offen legen!
Zur heute vorgelegten regionalisierten Steuerschätzung sagt die finanzpolitische Sprecherin

der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Ministerpräsident Carstensen hat die Große Koalition platzen lassen, weil die SPD-Ministerien angeblich keine Kürzungsvorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt haben. Mindestens von den ehemals CDU-geführten Ministerien müssen diese folgerichtig also vorliegen.

Wir fordern:
Jetzt muss endlich auf den Tisch, wo die Schleswig-Holsteiner zukünftig mit Einschnitten zu rechnen haben.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 10.11.2009, 23:31 Uhr - 5361 Clicks - Nr. 1259*

Kiels Innenstadt muss sozial, attraktiv und arbeitnehmer- und bürgerfreundlicher

Die Kieler SPD hat mit sehr großer Mehrheit einen Antrag zur Innenstadtentwicklung verabschiedet und damit ein Konzept auf den Weg gebracht, das nun zusammen mit den Bürgern von Ratsfraktion und Partei umgesetzt werden soll.

„Die Innenstadt ist die Mitte der Stadt. Sie muss wieder ein lebendiges Zentrum für die Bürger werden. Sie muss ein Ort der Impulse und der Kreativität sein, der sich nicht nur an Quadratmetern Einkaufsfläche orientiert.
Deshalb haben wir als Partei einen Grundsatzbeschluss gefasst, der unseren Weg festlegt und damit auch der Stadt und den Akteuren unsere Position beschreibt. Die Beschlusslage der Kieler SPD zu den möglichen Einkaufszentren einschl. des Kieler Schlosses und der neuen Kulturmeile ist nur ein Baustein für eine umfassende und konzeptionelle Neuausrichtung der Innenstadtplanung.

Die Kieler SPD wird die Entwicklung der Innenstadt auch unter sozialen Aspekten vorantreiben. Dazu zählen insbesondere:
- mehr und sozial erschwingliches Wohnen in der Innenstadt. Dazu gehört die Überlegung z.B. sowohl studentisches als auch Seniorenwohnen stärker als bisher zu ermöglichen;
- das geplante Zentralbad an der Hörn konsequent umzusetzen, damit möglichst viele Menschen im Zentrum der Stadt optimale Bedingungen z.B. für Sport und Bewegung, Schwimmausbildung und Wettkampf erhalten. Wir streben dabei sozial vertretbare Preise an;
- stärker als bisher das Prinzip der Barrierefreiheit einzubeziehen. Wenn die Aufwertung der Kieler Plätze in der Innenstadt angestrebt wird, müssen diese Achsenpunkte auch für alle problemlos erreichbar und nutzbar sein.
- die Anbindung ans Ostufer zu verstärken und Kai-City-Gaarden mit neuer Priorität zu versehen.

Die Kieler SPD wird die Entwicklung der Innenstadt auch unter kulturellen Aspekten vorantreiben. Dazu zählen insbesondere:
- die offensive kulturelle Nutzung der Innenstadt, einschl. der Nutzung des Schlossareals als Kulturmeile. Hier setzen wir einen Schwerpunkt im zu erstellenden Kulturentwicklungsplan.
- die Fußgängerzone weiter für Kleinkunst und mobile Künstler zu öffnen,

- eine neue optimale Platzierung der im Innenstadtbereich vorhandenen Kunstobjekte zu prüfen, damit sie für die Kieler und für die Besucher der Stadt in einen neuen kreativen kulturellen Zusammenhang gestellt werden;

Wir werden diesen Prozess der Innenstadtentwicklung in einem neuen SPD-Arbeitskreis „Innenstadt der Zukunft" organisieren, der auch für Bürgerinnen und Bürger offen ist. Damit setzt die Kieler SPD einen weiteren Punkt des Kommunalwahlprogramms um," so SPD Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 11.11.2009, 08:40 Uhr - 2726 Clicks - Nr. 1260*

Keine Geschenke für scheidende HSH-Vorstände
Zur Abberufung der bisherigen HSH Vorstände Rieck und Friedrich erklärt der Obmann im HSH-Untersuchungsausschuss, Jürgen Weber:
Wer eine halbe Milliarde Euro in den Sand setzt, darf nicht belohnt werden.

Es ist richtig, dass sich der Aufsichtsrat der HSH Nordbank mit sofortiger Wirkung von den Vorstandsmitgliedern Jochen Friedrich und Peter Rieck trennt. Sie sind offensichtlich verantwortlich für den 500-Millionen Verlust aus dem Risiko-Karussell um die so genannten Omega-Geschäfte.

Wenn die bisherigen Vorstände schuldhaft gehandelt haben, muss auch geprüft werden, ob Schadenersatz geltend gemacht werden kann. Ministerpräsident Carstensen hat dafür Sorge zu tragen, dass den beiden Vorständen ihr Abschied nicht zusätzlich mit Abfindungen versüßt wird.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 11.11.2009, 11:45 Uhr - 4295 Clicks - Nr. 1261*

Herzlich Willkommen zum "Roten Freitag"
Der SPD Kreisverband Neumünster lädt am kommenden Freitag, 13. November 2009 ab 18:30 Uhr wieder alle interessierte Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner zum "Roten Freitag" ein.
Der regelmäßige "Nach-der-Arbeit-Treff" der SPD Neumünster findet im Bürgerbüro am Großflecken 75 statt. Jede und jeder ist herzlich willkommen! Bei Getränken und einem Imbiss lässt sich politisieren, klönen, kennenlernen - ganz einfach und ohne Zwang. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 11.11.2009, 12:41 Uhr - 3168 Clicks - Nr. 1262*

Ausschuss der Regionen (AdR): Landtagsbeschluss nicht umgesetzt
Zur Debatte über die Vertretung Schleswig-Holsteins im Ausschuss der Regionen (AdR) (Pressemitteilung Rolf Fischer vom 28. Oktober 2009, Pressemitteilung Niclas Herbst vom 29.

Oktober 2009) erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: Offensichtlich ist die Landesregierung – und mit ihr die CDU-Fraktion in Sachen AdR desorientiert. Fakt ist: Schleswig-Holstein ist zurzeit im AdR nicht vertreten. Diese Auskunft habe ich vom Deutschen Städtetag, der die deutsche Delegation im AdR koordiniert, erhalten. Der Landtag hat zwar bereits im Juli zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder für den AdR gewählt, doch dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt worden. Das ist, wie ich der Pressemitteilung von Niclas Herbst entnehme, auch der CDU-Fraktion nicht bekannt, denn mein Vorschlag, die vier Plätze Schleswig-Holsteins im AdR mit Abgeordneten des Landtages zu besetzen, wurde mit dem Hinweis auf die im Juli erfolgte Wahl abgelehnt.

Die Entscheidung des Landtages vom Juli ist offensichtlich nicht an den AdR weitergeleitet worden; die Landesregierung hat den Beschluss ignoriert. Somit kann Schleswig-Holstein an der Arbeit des AdR nicht mitwirken. Nach unserer Kenntnis ist Schleswig-Holstein das einzige Bundesland, das seine Rechte und Einflussmöglichkeiten nicht wahrnimmt.

Dieser Vorgang macht zum einen deutlich, dass die Landesregierung das Parlament nicht ernst nimmt. Zum zweiten scheint die fehlende Vertretung unseres Landes im AdR die Regierung nicht zu stören oder ihr nicht bekannt zu sein – selbst der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion ist nicht auf dem Laufenden. Beide Punkte stellen schon einen kleinen Skandal dar.

Wir werden wie angekündigt unseren Vorschlag einbringen, die vier Plätze des Landes aus dem Landtag heraus zu besetzen, um das parlamentarische Vakuum zu beenden.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 11.11.2009, 13:34 Uhr - 1753 Clicks - Nr. 1263*

SPD, was nun?
Mitgliederversammlung am 19. November 2009

Viele unserer Mitglieder werden sich derzeit fragen: „SPD, was nun?" Und sicherlich gibt noch sehr viel mehr Fragen, Antworten und Anregungen zur Situation der Partei.
Die SPD Schleswig-Holstein will hierzu ihre Mitglieder anhören. So findet am 23.11. (18:00-21:00 h) in Henstedt-Ulzburg (Bürgerhaus) eine Mitgliederkonferenz und am 25.11. (19:30 h) in Trittau (Lauenburger Hof) eine OV-Konferenz mit dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner statt.
Um dort mitreden zu können, soll noch vor diesen Terminen eine Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins Barsbüttel stattfinden. Hierzu lädt der 1. Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Jörg Kiencke, ein:
SPD-Ortsverein Barsbüttel Mitgliederversammlung
am Donnerstag, den 19. November 2009 um 19:30 Uhr
im Fraktionszimmer (2. OG), Rathaus Barsbüttel, Stiefenhoferplatz
Die vorläufige Tagesordnung für die Mitgliederversammlung vom 19. November 2009:
1) Eingaben der Mitglieder zur Tagesordnung
2) Feststellung der endgültigen Tagesordnung

3) Diskussion zur Situation der Partei
4) Termine / Sonstiges

„Die Diskussion zur Situation der Partei empfinde ich als äußerst wichtig. Die SPD steht vor einem grundsätzlichen Wandel. Dies kann zu einer neuen Geschlossenheit führen, aber auch zum Zusammenbruch der ältesten Partei Deutschlands. Ich möchte die Mitglieder der SPD in Barsbüttel bitten, dass sich jeder seiner persönlichen Grundeinstellung zur SPD bewusst wird. Hierzu sollen die Parteimitglieder zusammen kommen und sich darüber gemeinsam austauschen. Ich würde mich sehr freuen, viele Mitglieder und Sympathisanten der SPD auf dieser öffentlichen Mitgliederversammlung begrüßen zu dürfen.", so der Vorsitzende Jörg Kiencke.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Kiencke
SPD-Ortsverein Barsbüttel
1. Vorsitzender
Westphalstieg 1a
22885 Barsbüttel
Telefon (mit AB): +49 (40) 33 98 11 49
e-Mail: jkiencke@gmx.de

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 11.11.2009, 17:39 Uhr - 2366 Clicks - Nr. 1264*

SPD-Engelsby: Freitag, der 13. - Rauchmelder retten Leben!
Normalerweise denkt jeder „Freitag der 13.", da kann nur schlechtes passieren. Aber dieser Tag kann auch ein Glückstag sein, indem er Sie daran erinnert, dass Rauchmelder Leben retten können. An jedem Freitag, den 13. erinnern bundesweit die Feuerwehren daran, dass Rauch schneller ist als Feuer und bereits das Einatmen einer Lungenfüllung mit Brandrauch tödlich sein kann.

Tagsüber wird ein Feuer meistens schnell entdeckt und kann gelöscht werden, aber nachts schlafen nicht nur wir, sondern auch unser Geruchssinn. Wir nehmen die gefährlichen Brandgase nicht wahr.

Der laute Alarm des Rauchmelders warnt Sie auch im Schlaf rechtzeitig vor der Gefahr und gibt Ihnen und Ihrer Familie den nötigen Zeitvorsprung, um sich in Sicherheit zu bringen und die Feuerwehr zu alarmieren.

Rund 600 Menschen sterben jährlich in Deutschland bei Bränden, 70 % davon nachts in der eigenen Wohnung an den Folgen einer Rauchvergiftung. Dabei gibt es weit mehr Brandursachen als die bekannten Fahrlässigkeiten wie die Zigarette im Bett oder die in ihrem Gefahrenbewusstsein noch sorglosen Kinder: Vom Hobbykeller bis in den Dachstuhl finden sich in jedem Haushalt unzählige potenzielle Brandquellen. Besonders häufig und gefährlich sind Schwelbrände, die lange Zeit unentdeckt giftigen Brandrauch produzieren und so zur tödlichen Gefahr werden. Rauchmelder haben sich hier als vorbeugender Brandschutz bewährt.

Mit Änderung der Landesbauordnung sind „…die Eigentümerinnen oder Eigentümer vorhandener Wohnungen verpflichtet, jede Wohnung bis zum 31. Dezember 2010 mit Rauchwarnmelder auszurüsten…". Dabei „…müssen Schlafräume, Kinderzimmer und Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder haben. Die Rauchwarnmelder müssen so eingebaut und betrieben werden, dass Brandrauch frühzeitig erkannt und gemeldet wird…."

Ohne Rauchmelder wird neben der Unsicherheit auch riskiert, dass die Versicherung, ob Wohngebäude oder Hausratversicherung, im Schadensfall nicht zahlt. Teil vieler Versicherungsverträge ist eine Klausel, dass der Versicherungsnehmer sich an die gesetzlichen Vorgaben - in diesem Fall die Landesbauordnung für Schleswig-Holstein - halten muss. Tut er das nicht, geht der Versicherungsschutz verloren beziehungsweise kann wegen grober Fahrlässigkeit gekürzt werden.

Keine Kommentare

AfA Flensburg - *veröffentlicht am 11.11.2009, 23:50 Uhr - 4730 Clicks - Nr. 1265*

Gratulation! Helmut Hartmann Vorsitzender der DGB-Region Schleswig-Holstein
Zur Wahl von Helmut Hartmann zum Vorsitzenden der neu geschaffenen DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Kreisverband Flensburg, Christian Reimer:
Wir gratulieren Helmut Hartmann zu seiner Wahl und wünschen ihm für die gewachsene Aufgabe die nötige Kraft und viel Erfolg. Den Delegierten der DGB-Region gratulieren wir zu dieser Entscheidung. Mit Helmut Hartmann haben sie eine immer an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientierte, verhandlungssichere und durchsetzungsstarke Persönlichkeit an die Spitze der neuen Region gesetzt. Darüber hinaus beeindruckt Hartmann immer wieder durch seine konsequent antifaschistische und pazifistische Haltung. Wir sind uns der kritischen Distanz von Helmut Hartmann zu vielen politischen Entscheidungen der SPD der letzten Jahre bewusst und freuen uns gerade deshalb auf das Fortbestehen unsere ausgezeichneten Kommunikationsebene und die Fortsetzung des kritischen aber immer fairen Dialogs.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 12.11.2009, 11:50 Uhr - 7072 Clicks - Nr. 1266*

Preisverdächtig: Aktion der Kreis-SPD für „Lebendige Demokratie"

Am kommenden Sonntag, dem 15.11.2009, wird in Dresden der vom Wilhelm-Dröscher-Kuratorium im zweijährigen Turnus ausgesetzte Wilhelm-Dröscher-Preis verliehen. Unter den insgesamt über 40 nominierten Bewerbungen aus ganz Deutschland für den mit insgesamt 10.000 € dotierten Preis ist auch der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde.
Das dreiköpfige Organisationsteam der Kreis-SPD präsentiert die

Bewerbung, eine kreisweite Neumitgliederaktion unter dem Titel „27x6", drei Tage auf dem SPD-Bundesparteitag. Dieser wird auch über die Preisträger entscheiden.

Der Wilhelm-Dröscher-Preis würdigt Bürger- und Partei-Projekte, die sich im Rahmen von vier thematischen Kategorien für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft und eine soziale und friedfertige Welt einsetzen: Lebendige Demokratie - Aktionen gegen Rechts - Gerechte Welt - Geschichtswerkstatt.

Wilhelm Dröscher war u.a. Bundesschatzmeister der SPD und galt („…der gute Mensch von Kirn") als besonders sozial engagierter Politiker. Info: www.wilhelm-dröscher-preis.de

Die nominierte Mitgliederkampagne der Kreis-SPD hatte neben der Werbung neuer Parteimitglieder auch zum Ziel, die Bedeutung des Engagements in demokratischen Parteien für eine funktionierende Demokratie zu unterstreichen. „27x6" steht für die Laufzeit der Aktion, die am 27. März startete und nach 6 Monaten am 27.9. 2009 endete.

Ulf Daude aus Molfsee, Marc Nissen aus Eckernförde und Andreas Fleck aus Felde als Initiatoren des Projekts vertreten die Kreis-SPD in Dresden. Mit seiner Aktion tritt das Team in der Kategorie „Lebendige Demokratie" gegen 18 Konkurrenzprojekte an.

SPD-Kreisvorsitzender Sönke Rix: „Schon die Nominierung für Dresden war ein großer Erfolg. Jetzt drücken wir unserem Team erst recht alle verfügbaren Daumen!"

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 12.11.2009, 12:02 Uhr - 6645 Clicks - Nr. 1267*

SPD-Kreistagsfraktion will Hilfeplanung für Menschen mit Behinderungen verbessern
Die SPD-Kreistagsfraktion will die Hilfeplanung für Menschen mit Behinderungen verbessern

Auf ihrer Haushaltsklausur am 06. und 7. November in Kropp beschloss die SPD-Kreistagsfraktion einstimmig, die Hilfeplanung des Kreises Rendsburg-Eckernförde für Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Der Sozial- und Gesundheitspolitische Sprecher seiner Fraktion, Ulrich Kaminski, führte dazu aus, dass die Hilfeplanung der fachlich geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises Rendsburg-Eckernförde den Anliegen von Menschen mit Behinderungen entgegen käme. Sie diene der bedarfsorientierten Unterstützung und einer verbesserten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft.
Die Personalsituation des Kreises muss in diesem Bereich deshalb in den nächsten Jahren den gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Die Sozialgesetzgebung sieht vor, dass die Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit in der Hilfeplanung ebenso zu berücksichtigen sind wie die Umsteuerung von stationären auf ambulanten Hilfsangeboten. Hier sieht die Fraktion zusätzlichen Handlungsbedarf.
Die SPD-Fraktion wird in der Haushaltssitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 12. November deshalb beantragen, eine weitere halbe Planstelle für die Hilfeplanung im Bereich der Menschen mit geistiger Behinderung im Fachbereich IV einzurichten.

Ulrich Kamsinki
(Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde)

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 12.11.2009, 12:13 Uhr - 6612 Clicks - Nr. 1268*

SPD-Kreistagsfraktion will die Eltern nicht im Regen stehen lassen
SPD-Kreistagsfraktion will die Eltern nicht im Regen stehen lassen

Auf der Klausurtagung der SPD-Kreistagsfraktion im Hotel Wikingerhof in Kropp am vergangenen Wochenende legte die SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde ihre Schwerpunkte für das kommende Jahr fest.

„Wir werden uns in diesen schwierigen Zeiten weiter auf unsere Kernthemen Jugend, Soziales und Klimaschutz konzentrieren, wie wir es bereits zur Kommunalwahl angekündigt hatten", erklärte der Fraktionsvorsitzende Kai Dolgner. „Durch die Deckelung der Landesförderung ist inzwischen eine große Finanzierungslücke bei den Kindertagesstätten entstanden. Wir wollen Gemeinden und Eltern nicht im Regen stehen lassen und werden beantragen, dass der Kreis diese Lücke übergangsweise übernimmt. Es ist auch für die Eltern unverständlich, warum jetzt das dritte KiTa-Jahr gebührenfrei ist, dafür aber die Gebühren in den anderen Jahren steigen. Das kann natürlich keine Dauerlösung sein. Wir werden uns zusammen mit den Gemeinden für eine auskömmliche Personalkostenerstattung beim Land ab dem Doppelhaushalt 2011/12 einsetzen."

„Weiterhin wollen wir beantragen, dass bei Kindern von Hartz IV-Empfängern keinen Eigenanteil bei den KiTA-Gebühren mehr erhoben wird. Wir sind einer der letzten Kreise, in denen Hartz IV-Empfänger für den KiTa. Besuch ihrer Kinder zahlen müssen", ergänzte der Vorsitzende des Jugendhilfesausschusses, Otto Griefnow.

Auch bei der Schulsozialarbeit will die SPD-Fraktion mehr tun als bisher. „Die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit in der heutigen Zeit wird wohl niemand mehr ernsthaft bestreiten. Wir sollten nichts unterlassen: Nur wenn wir sozialen Benachteiligungen und Entwicklungskrisen schon in der Schule entgegenwirken und somit allen Kindern eine Chance auf vernünftige Lebensperspektiven geben, können wir die sozialen Probleme der Zukunft lösen. Schulsozialarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Gemeinden, Kreis und Land. Wir wollen unseren Teil dafür tun und hoffen, dass auch das Land seine Verantwortung wahrnimmt", forderte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reiner Bunte.

Natürlich ist der SPD-Fraktion bewusst, dass dieses alles Geld kostet bei leeren Kassen. „Nachdem nun seit sechs Jahren der Zuschuss zur Schwarzdeckenerneuerung verdreifacht ist, muss jetzt langsam mal Schluss sein mit dem Nachholbedarf. Wir wollen hier um 750.000 Euro kürzen. Dann stünden immer noch 50 % mehr Mittel als früher zur Verfügung. Was nützen uns schöne Straßen, wenn wir kein Geld mehr für die wahren Zukunftsfragen haben? Die Lebenschancen der Kinder sind nicht nur entscheidend für eine gerechtere Gesellschaft,

sondern wir werden uns auch nie aus der Schuldenfalle befreien, wenn immer mehr Menschen von sozialen Transferleistungen leben müssen. KiTas und Schulsozialarbeit, das ist wirksame Prävention. Hier liegt doch unser eigentlicher Nachholbedarf", betonte Kai Dolgner

Auch beim Klimaschutz will die SPD-Fraktion vorankommen. Der Kreis Rendsburg-Eckenförde soll wieder Mitglied im Klimabündnis der deutschen Städte und Gemeinden werden. Durch den Beitritt bekommt der Kreis günstigere Konditionen als Vereinsmitglied bei der Erstellung und der Durchführung von klimawirksamen Projekten wie der Erstellung einer CO2-Bilanz.
Um einen umfassenden Klimaschutzbericht unter Inanspruchnahme der möglichen Fördermittel erstellen zu lassen, ist die kreisweite Bilanzierung der Kohlendioxidemissionen elementare Voraussetzung. Mit einer solchen Bilanz wird dann in Zukunft die Möglichkeit geschaffen, alle Entscheidungen unter anderem vor dem Hintergrund ihrer Emissionswirkung zu fällen.

Mit freundlichen Grüßen
Kai Dolgner
(Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK)

Ansprechpartner:
Allgemein: Kai Dolgner, 04331 149624, 0176 51280037

KiTa: Otto Griefnow, 04872 1300, 0171 4973869, griefnow.hademarschen@t-online.de

Schulsozialarbeit: Reiner Bunte, 04351 42886, reiner.bunte@t-online.de

Klimaschutz: Gerrit van den Toren, 04331 149254, 0171 7132597, g-vandentoren@foni.net

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 12.11.2009, 12:37 Uhr - 8117 Clicks - Nr. 1269*

L192-Erneuerung ja – aber nicht so!
Im Finanzausschuss haben CDU und FDP die umstrittene Finanzierung für Erneuerung und Erhalt der Landesstraße 192 durchgedrückt. Dazu nimmt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****, Stellung:*

Aus Sicht der SPD ist unbestritten, dass die Landesstraße 192 (Betonstraße zwischen Süderlügum und Ellund) zügig saniert werden muss.

Aus guten Gründen hat der Finanzausschuss jedoch vor der Wahl die Finanzierung der L 192 über eine öffentlich-private Partnerschaft abgelehnt – übrigens mit Stimmen der FDP. Die Ergebnisse der Ausschreibung haben keinen eindeutigen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber der konventionellen Vergabe erkennen lassen. Ganz im Gegenteil ist das Risiko nicht ausgeschlossen, dass das ÖPP-Verfahren sogar zu höheren Kosten führen könnte. Deshalb hat die SPD dem ÖPP-Projekt „Erneuerung der L 192" im September nicht zugestimmt und tut dies auch heute nicht.

Große Probleme gibt es auch bei den einheimischen Firmen, die bei der Auftragsvergabe nicht

berücksichtigt werden. Das wird Folgen für Arbeitsplätze und für die Wertschöpfung in der Region haben. Für die CDU hat dies bereits bei der ersten Entscheidung im September eine geringe Rolle gespielt. Die FDP, die damals noch gegen die Finanzierungsart gestimmt hatte, ist nun auf die Argumentation ihres großen Koalitionspartners eingeschwenkt: Vage Aussichten auf mögliche Einsparungen sind den Koalitionsparteien wichtiger als der Erhalt von Aufträgen in der Region.

Die SPD-Landtagsfraktion hat nichts gegen öffentlich-private Partnerschaften - wenn sie Sinn machen und wenn sie deutlich günstiger sind als eine konventionelle Ausschreibung. Beides ist hier nicht der Fall.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 13.11.2009, 08:33 Uhr - 3121 Clicks - Nr. 1270*

Starke Initiativen für Europa und Minderheiten

Der neu konstituierte Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion „Europa und Minderheiten" legt ein erstes Aktionsprogramm vor. Dazu erklären der europapolische Sprecher Rolf Fischer und die minderheitenpolitische Sprecherin Birte Pauls:

Der Arbeitskreis hat auf einer ganztägigen Klausur Eckpunkte und Initiativen in den Politikfeldern Europa und Minderheiten für das kommende halbe Jahr festgelegt. Wir setzen das Konzept des „Sozialen Europa" gegen eine marktradikale Auffassung von Europapolitik. Beide Politikfelder – Europa und Minderheiten – sind im schwarz-gelben Koalitionsvertrag kaum berücksichtigt, entsprechend konzeptionslos und ohne Vision für Schleswig-Holstein. Die Aspekte des „Sozialen Europas" werden explizit ausgeklammert.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt deshalb vier europapolitische Themen ins Zentrum ihrer Aktivitäten: Ausbau des „Sozialen Europa", Meerespolitik und Nord-/ Ostseekooperation, Klima- und Energiepolitik sowie eine europäische Finanzmarktregulierung. In der Kooperation mit Dänemark werden wir den Schwerpunkt auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt legen. Wir werden einer Marginalisierung von Europapolitik in Schleswig-Holstein, wie sie auch am Verzicht auf einen Europaminister deutlich wird, nicht akzeptieren. Daher werden wir einen umfassenden Europa-Dialog mit allen europapolitischen Akteuren in unserem Land führen.

Die Minderheitenpolitik der SPD-Fraktion steht immer unter der Überschrift der Gleichstellung und des kontinuierlichen Dialogs mit allen Minderheiten. Konkret werden wir für eine neue Balance der Verantwortung zwischen Land und Bund streiten, uns weiterhin für die Verankerung von Schutz und Förderung der Sinti und Roma in der Landesverfassung sowie für die stärkere Förderung der beiden wichtigsten europäischen minderheitenpolitischen Einrichtungen einsetzen, nämlich dem „Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen" (ECMI) und der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV), die beide ihren Sitz in Flensburg haben. Minderheitenpolitik ist für uns Friedenspolitik nach innen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.11.2009, 10:11 Uhr - 1240 Clicks - Nr. 1271*

Wiederwahl des DGB-Kreisvorsitzenden
SPD-Ratsfraktion gratuliert Ralph Müller-Beck zu seiner Wiederwahl als DGB-Kreisvorsitzender

Die beiden stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gesa Langfeldt und Wolfgang Schulz gratulieren Ralph Müller-Beck - im Namen der SPD-Ratsfraktion - zu seiner Wiederwahl als DGB-Kreisvorsitzender.

„Wir freuen uns über das gute Ergebnis und die klare Mehrheit, die Ralph Müller-Beck bei seiner gestrigen Wiederwahl erhalten hat und wünschen ihm für seine zukünftigen Vorhaben, wie beispielsweise den Umbau des Gewerkschaftshauses in der Legienstraße, weiterhin viel Erfolg.

Für die SPD-Ratsfraktion sind der DGB und die Einzel-Gewerkschaften ein wichtiger Partner für ein soziales, wirtschaftlich starkes, kulturelles und umweltfreundliches Kiel", so Langfeldt und Schulz abschließend.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 13.11.2009, 12:48 Uhr - 7993 Clicks - Nr. 1272*

Rix erneut im Familienausschuss

Wie schon in der vergangenen Legislaturperiode wird der Eckernförder Bundestagsabgeordnete Sönke Rix (SPD) dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag angehören und sich für bessere Rahmenbedingungen für Familien und Lebensperspektiven für Kinder und Jugendliche einsetzen.
"Wir haben in den vergangenen Jahren viel im Bereich der Familien- und Kinderpolitik erreicht. Der Koalitionsvertrag von Union und FDP verspricht allerdings keinen weiteren Fortschritt mehr", so Rix. So gebe es keine Antworten auf die Fragen der Bekämpfung von Kinderarmut, einer wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Arbeitsleben und einem effektiven Kinderschutz. Auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde fehlen immer noch zahlreiche Betreuungsplätze in Kindertagsstätten. "Statt den Kommunen durch unüberlegte Steuersenkungen den Boden unter den Füßen wegzuziehen und durch eine Erhöhung des Kinderfreibetrags eher die Besserverdienenden zu entlasten, hätte ich mir mehr finanzielle Mittel für die Betreuungsinfrastruktur gewünscht."

Sönke Rix wird aber auch weiterhin für die Themen Jugend, Zivildienst, Freiwilligendienste und Bekämpfung des Rechtsextremismus Berichterstatter in der SPD-Bundestagsfraktion sein.

„Der Kampf gegen Rechts wird von der neuen Bundesregierung mehr als stiefmütterlich behandelt", so Rix. Tatsächlich ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP vereinbart, dass mit den bereit gestellten Mitteln zukünftig auch andere Formen des Extremismus bekämpft werden sollen. "Verschiedene Richtungen von Extremismus brauchen unterschiedliche Antworten." Die gute und engagierte Arbeit vieler Projekte wird durch eine "Gleichmacherei" massiv gefährdet. „Zu meinem Themengebiet Rechtsextremismus passt hervorragend, dass ich

zukünftig auch stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss bin", so der SPD Bundestagsabgeordnete.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 13.11.2009, 13:43 Uhr - 3234 Clicks - Nr. 1273*

Werbekampagne der Stadtwerke: Kritik und Empörung bei der SPD-Ratsfraktion
Überhaupt nicht einverstanden sind die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion mit der aktuellen Anzeigenkampagne der Stadtwerke Flensburg. Diese werben in verschiedenen Printmedien (Anzeigen im Flensburger Tageblatt, Flensburg Journal, Flensborg Avis, Veranstaltungskalender, Plakate usw.) für die Versorgung mit Fernwärme, die als preisgünstig, komfortabel und umweltschonend herausgestellt wird. Diese Vorteile sieht auch die SPD, ...
... kritisiert jedoch die Art und Weise, in der diese Botschaft transportiet wird. In der Anzeige wird nämlich unter der Überschrift „Heißes Thema! Unsere Fernwärme." eine Frau im Rotlichtmilieu abgebildet. Dieses stellt eine Herabwürdigung von Frauen dar und wird deshalb als besonders beschämend angesehen, weil es sich bei den Stadtwerken um eine städtische Tochter handelt.
Die Ratsfraktion fordert die Stadtwerke auf, die sexistische Kampagne sofort zu beenden. Die Mitglieder von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung sollen dementsprechend tätig werden. In Zukunft sollen durch die Bildmotive bei Werbekampagnen Frauen nicht mehr herab gewürdigt werden. Man wünscht sich mehr Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein.
Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Stadt Flensburg sich in der Präambel ihrer Hauptsatzung zu Umsetzung der Geschlechterdemokratie entsprechend dem Gender-Mainstreaming-Prinzip verpflichtet hat.

Kommentar von Christa Kolhorst vom 16.11.2009, 15:56 Uhr:
RE: Werbekampagne der Stadtwerke: Kritik und Empörung bei de
Eure Pressemitteilung und den offenen Brief von ASF und Jusos unterstütze ich. Mit dem Fördeschnack vom 14. 11. "Zartrosa Spitzen" stellen sich die Redakteurin und die Flensburger Nachrichten das denkbar schlechteste journalistische Zeugnis aus. Ich habe sofort einen Leserbrief dazu geschrieben, der heute veröffentlicht worden ist. SPD neben meinem Namen hat das Tageblatt von sich aus zugesetzt. Es grüßt Euch Christa

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 13.11.2009, 19:20 Uhr - 1906 Clicks - Nr. 1274*

Bericht aus der Fraktion - November 2009
Neuwahl des Seniorenbeirats
3600 Barsbüttlerinnen und Barsbüttler über 60 sind aufgerufen, den neuen Seniorenbeirat der Gemeinde Barsbüttel zu wählen. Bis zum 8. Dezember um 16.00 Uhr muss die Wahl, per Brief oder im Rathaus, erfolgt sein.
Zur Wahl stehen neun Kandidatinnen und Kandidaten.

Ein Barsbütteler im Landtag
Martin Habersaat ist seit der konstituierenden Sitzung des Landtags vom 27.10.2009 Landtagsabgeordneter. Von der SPD-Fraktion wurde er mit den Zuständigkeiten für die Metropolregion Hamburg und die Hochschulpolitik betraut. Der 32jährige ist außerdem zum stellvertretenden Vorsitzenden des „Arbeitskreises Bildung" der SPD-Landtagsfraktion gewählt

worden.
Martin Habersaat: „Um eine die Verbindung von Landes- und Kommunalpolitik aufrecht zu erhalten, möchte ich meine kommunalpolitischen Ämter gerne behalten.“ Martin Habersaat ist seit 2003 Gemeindevertreter in Barsbüttel.
Internet: www.martinhabersaat.de

Finanzausschuss am 17.11.
Am 17.11. um 19.00 Uhr tagt ab 19.00 Uhr der Finanzausschuss der Gemeinde Barsbüttel. Dabei wird es auch um den Haushalt 2010 gehen.

Neue Wege
Im Zuge des Anbaus an das Haus, das früher das Restaurant „Europa 2000“ beherbergte, bemüht sich die Verwaltung, einen Durchgang vom Kirchenweg zur Willinghusener Landstraße zu realisieren, der dort schon seit Längerem geplant ist.

Pflanzaktionen in den Ortsteilen
Stemwarde: Die Aktionen zur Verschönerung der Ortsteile gehen weiter. In Stemwarde konnte das Team um den Ortsbeirats-vorsitzenden Klaus-Jürgen Krüger jetzt die Bepflanzung der Fläche rund um den Gedenkstein zur 750-Jahr-Feier in Angriff nehmen, nachdem die Ortsmitte schon seit Jahresbeginn in den verschiedensten Farben blüht.
Willinghusen: Hedwig Wieczorreck, die Vorsitzende des Ortsbeirats Willinghusen, berichtet: „Die Einwohner Willinghusens und Stemwardes können sich auf mehrere tausend Narzissen freuen, deren Zwiebeln wir in den vergangenen Wochen vergraben haben.“ In Willinghusen sollen weitere Pflanzaktionen folgen.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 14.11.2009, 15:17 Uhr - 3160 Clicks - Nr. 1275*

Neuer Hafen Kiel-Canal

Ein Bericht von der Baubesichtigung im November 2009

Der Bau des Neuen Hafen Kiel-Canal in Osterrönfeld geht voran. Davon konnten sich Osterrönfelder Bürgerinnen und Bürger auf der Großbaustelle im November 2009 selbst überzeugen, die der öffentlichen Einladung der Betreibergesellschaft zu der Baubesichtigung gefolgt waren.

Seitens der SPD nahmen die beiden Gemeindevertreter Matthias Baldes und Jan-Niklas Potten an der Baubesichtigung teil.

Vertreter des durchführenden Ingenieur-Büros führten Interessierte über das Baufeld, wo bereits die ersten Rammarbeiten für den neuen Schwerlasthafen am Nord-Ostsee-Kanal beobachtet werden konnten. Die ca. 25 Meter langen Stahlelemente werden mittels einer Vibrationsramme bis Mai 2010 in den Boden getrieben. Der Hafen wird eine 300 Meter lange Kaianlage erhalten und ca. 25 Millionen Euro kosten. Nach Fertigstellung ist dieser der einzige Schwerlasthafen in Schleswig-Holstein, an dem derart große und schwere Güter umgeschlagen

werden können. Der Hafen wird durch eine Kooperation zwischen der Gemeinde Osterrönfeld und der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde (WfG) gebaut. Dafür wurde die "Neuer Hafen Kiel-Canal GmbH" gegründet, die von Vertretern beider Seiten geführt wird.

Mit einer Fertigstellung des Neuen Hafen Kiel-Canal ist im Dezember 2010 zu rechnen.

Parallel zum Hafenneubau wird auch eine neue Straßenanbindung geplant und befindet sich teilweise bereits im Bau. Diese Straße wird nach dem bekannten Windkraftpionier, Albert Betz, benannt. Nach Fertigstellung des neuen Hafens wird der während der Bauarbeiten unterbrochene Kanalweg über die neue Straßenführung durch den Hafen geführt werden, sodass Fahrradfahrer und Fußgänger weiterhin am Kanal entlang fahren/gehen können.

Hintergrund für den Bau des Hafens ist die Ansiedlung des Windkraftanlagenherstellers REpower, der sich unmittelbar neben dem neu entstehenden Hafen mit einem Entwicklungs- und Produktionsstandort niederlässt. Der Hafen wird allerdings nicht nur REpower zur Verfügung stehen, sondern vielmehr auch weiteren Unternehmen, die ihre Güter über den Hafen umschlagen wollen. In diesem Zusammenhang werden weitere Firmenansiedlungen in den angrenzenden Gewerbegebieten erwartet. Weitere Informationen zur REpower-Ansiedlung finden Sie hier [mehr].

Weitere Bilder finden Sie hier [mehr]

--

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 15.11.2009, 20:13 Uhr - 2377 Clicks - Nr. 1276*

SPD Mitgliederbrief November 2009

Enno Hasbargen, bisheriger Stellvertreter im Ortsverein Quickborn wurde am 12. November als neuer Ortsvereinsvorsitzener einstimmig gewählt, nachdem Elke Schreiber nicht wieder kandidiert hat. In seinem ersten Mitgliederbrief dankt er Elke Schreiber für ihre Arbeit und nimmt Bezug auf die anstehenden sozialdemokratischen Fragen und bittet um breite Unterstützung aus der Mitgliedschaft.

Mitgliederbrief November 2009

Liebe Genossin, lieber Genosse

Elke Schreiber hat sich nach fast 10 Jahren entschlossen, nicht mehr für den Ortsvereinsvorsitz zu kandidieren. Wir haben dies mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen. Als Nachfolger wurde ich auf der Jahreshauptversammlung am 12. November einstimmig als neuer Vorsitzender gewählt. Neuer Stellvertreter wurde Hans-Jörg Mauch.

Elke hat den Ortsverein 10 Jahre lang professionell und engagiert geführt und ihm in Quickborn, im Kreis und im Land einen eigenen Stellenwert verschafft. Sie war DIE Stimme der

SPD Quickborn und hat unseren Ortsverein entscheidend geprägt. Mit Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen hat sie sich für unsere sozialdemokratischen Ziele eingesetzt. Dafür danken wir ihr ganz besonders und verstehen dies auch als bleibende Aufgabe.

Elke Schreiber möchte nun etwas Neues beginnen, sich stärker ihren vielen bestehenden und neuen Aufgaben der SPD-Arbeit auf Kreis- und Landesebene widmen. Liebe Elke, dafür wünschen wir dir alles Gute und viel Erfolg und wir sind sicher, dass du uns auch hier im Ortsverein immer wieder tatkräftig unterstützen wirst.

Nun muss es aber weitergehen. Ich habe am 12. Nov. das Mandat bekommen, den Ortsverein zu führen. Was kann ein Neuer anders machen? Zunächst gibt es nichts, was Elke nicht schon versucht hat. Neu ist lediglich die politische Konstellation: schwarz-gelb. Und das ist eine Herausforderung zu neuer Politik. Das ist die Gelegenheit, wieder ganz von vorne anzufangen und herauszustellen, was wir wollen und wofür wir stehen.

Die letzte Wahl war für die SPD eine Katastrophe, die Wähler haben die SPD abgestraft, aber wofür?
- Hartz IV und Rente mit 67 sind im Kern notwendig und richtig, damit nicht die Kosten der demographischen Entwicklung allein zu Lasten der Jungen gehen und damit Menschen nicht lebenslang in der Sozialhilfe landen. Nun muss geprüft werden, ob es Ausnahmen für Härtefälle geben kann und ob die Sätze angemessen sind.
- der Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier hat richtige Wege zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aufgezeigt. Wir müssen sie nur nutzen
- die Konzentration auf Bildung ist richtig, weil nur so ein ressourcenarmes Land bestehen kann

Alles das war und ist richtig, aber wir müssen es auch mit den Menschen besprechen und ihnen erklären

Aber es ist auch richtig, dass es offensichtlich einiges gibt, was die Menschen an der SPD verstört und weshalb sie trotz aller Probleme doch den schwarz-gelben Weg gewählt haben.

Hier müssen wir verstärkt ansetzen und das politische Gespräch mit den Bürgern in den Vordergrund stellen. Schwerpunkt muss künftig die Diskussion mit den Bürgern über die politische Gestaltung unserer Lebensumwelt sein

Organisatorisch möchte ich die Rolle des Ortsvereins wieder stärker in den Vordergrund rücken. Das bedeutet künftig eine klare Trennung in den Ortsverein einerseits und die Fraktion andererseits. Wir brauchen künftig beides: einen starken Ortsverein, der Themen mit der Bevölkerung herausarbeitet und bestimmt und eine starke Fraktion, die diese Themen in die Praxis umsetzt.

Wir wollen und müssen die Jungen und die Alten fragen, ob schwarz-gelb den richtigen Entwurf für ihr Leben bietet, für Schule, Beruf oder Familie.

Wir wollen sie fragen, ob Atomkraft und damit die Verhinderung einer konzentrierten Ausrichtung auf modernere Energieformen richtig und zu verantworten sind

Wir wollen sie fragen, ob Steuersenkung zu Gunsten der Reichen richtig und zu verantworten sind

Wir wollen sie fragen, ob ungebremste Neuverschuldung zu Lasten der nächsten Generation und halbherzige Investitionen in Bildung der richtige Weg sind

Wir wollen sie fragen, ob sie sich wohl fühlen in einer 2-Klassen-Gesellschaft in der Arbeitswelt mit drohender Ausweitung in den Niedrig-Lohn-Sektor, in der Gesundheit mit Einführung der Kopfpauschale, in der die Verkäuferin genauso viel zahlt wie der Einkommensmillionär und in der Kultur, die bei den zu erwartenden Einnahmeausfällen als erstes auf der Strecke bleiben wird.

Wir wollen sie fragen, ob sie von einer Kanzlerschaft nicht mehr erwarten als Zögern, Schaulauf und ständig wechselnde Meinungen. Willy Brandt war Vision, Angela Merkel ist Selbstdarstellung. Das müssen wir deutlich machen.

Wir wollen uns als SPD nicht aufdrängen, aber wir wollen das Forum bieten, in dem die Jungen und die Alten sagen können, wie sie leben wollen.

Hierfür brauche ich die Mithilfe von jedem Mitglied der Quickborner SPD. Wir wollen gemeinsam die sozialdemokratische Idee von Freiheit und Gerechtigkeit verteidigen.

Dein / Euer
Enno Hasbargen

Kommentar von Hartmut Bendschus vom 17.11.2009, 10:29 Uhr:
RE: SPD Mitgliederbrief November 2009
Liebe Ouickborner Freunde, lieber Enno, herzlichen Glückwunsch zur deiner Wahl. Ich wünsche dir und deinem neuen Team viel Glück und Erfolg bei der Arbeit im Ortsverein. Weiterhin freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit unserer Ortsvereine. Liebe Elke, bei dir möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit in den letzten 10 Jahren bedanken. Ich wünsche dir für die Zukunft alles Gute. Bis bald, liebe Grüße aus Malchow, euer Hartmut.

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 15.11.2009, 20:51 Uhr - 3393 Clicks - Nr. 1277*

DKSB bekommt Spende der SPD

260 EUR für Deutscher Kinderschutzbund
Bad Bramstedt. Hocherfreut zeigte sich Inken Warkenthin vom Deutschen Kinderschutzbund in Bad Bramstedt als Wolfgang Giehl ihr den Erlös aus dem letzten Flohmarktstand der SPD überbrachte. Die immerhin 260 EUR, die beim Kaffee- und Pförtchenverkauf zusammenkamen, sollen dafür verwendet werden, beim Mittagstisch der Offenen Ganztagsschule kostenlose Essen für Kinder auszugeben, die es sich sonst nicht leisten könnten.

Die SPD sammelt seit Jahren auf ihren Flohmarktständen im Juni und August Geld für einen guten Zweck. Während der Junierlös immer an Gudruns-Kinder-Stiftung geht, wird der Augusterlös an verschiedene Organisationen vergeben. Der Kinderschutzbund wurde dabei

schon mehrfach berücksichtigt.

Über diese Aktivitäten hat die SPD im Laufe der Jahre schon mehrere Tausend Euro für soziale Zwecke zusammenbekommen und freudigen Empfängern weitergeleitet.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 15.11.2009, 21:06 Uhr - 3877 Clicks - Nr. 1278*

Naturerlebnis Grabau - Ein Leuchtturm für Stormarn

Anlässlich einer Sitzung des Fachausschusses der Sparkassenstiftung Stormarn besichtigte Martin Habersaat, MdL und Mitglied dieses Fachausschusses, das Projekt „Naturerlebnis Grabau". Das Naturerlebnis Grabau ist ein Angebot, das vorrangig für Stormarner Kindergärten, Schulen sowie Jugendgruppen errichtet wurde. Diese können pro Jahr einen kostenlosen „Waldpädagogischen Tag" in Grabau verbringen, auch die Transportkosten werden übernommen.
Die offizielle Eröffnung des Naturerlebnis Grabau erfolgte am 14. Mai 2009. Seitdem machten sich mehr als 6.000 Kinder aus Kindergärten und Grundschulen mit dem Lebensraum Wald vertraut. Wald mit Lehrpfad, Waldspielplatz und Niedrigseilgarten sind das ganze Jahr über für alle interessierten Besucher zugänglich. Der Besuch (Hoherdamm 5, 23845 Grabau) ist kostenlos.

Die Kosten für das Projekt teilen sich zwei Sparkassen-Stiftungen: Die Sparkassen-Stiftung trägt die Kosten für Spielangebote, Personal und Bustransporte, die Sparkassen-Kulturstiftung Stormarn trägt die Kosten für das Grundstück und die Gebäude.

„Es wird oft von Leuchtturm-Projekten gesprochen. Dieser Stiftungswald zusammen mit dem pädagogischen Angebot ist ein Leuchtturm für Stormarn. Es ist schön zu sehen, wie engagiert die Sparkasse hier ihre Verantwortung für die Region wahrnimmt", befand der SPD-Landtagsabgeordnete aus Barsbüttel.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 15.11.2009, 21:56 Uhr - 4209 Clicks - Nr. 1279*

Harald Lahann und Steffen Stormarn gewinnen Plattdeutsch-Schreibwettbewerb des Stormarner Kulturforums der Sozialdemokratie

Das erste große Projekt des "Stormarner Kulturforums der Sozialdemokratie" unter der Leitung von Christian P. Schlichte fand einen würdigen Abschluss: Am vergangenen Donnerstag wurden die Einsendungen des Geschichtenwettbewerbs "Dat du mien Stormarn büst" vorgestellt und der Schirmherr der Veranstaltung, Landrat Klaus Plöger, konnte die Sieger ehren.

Den Geschichten der Sieger wurde eine besondere Ehrung zuteil: Sie wurden von Christian Seeler, dem Intendanten des Ohnsorg-Theaters, im gut besuchten Bürgerhaus in Bad Oldesloe vorgetragen.

Ein Ehrenpreis ging an Victor Kuhrt aus Itzstedt für seine Geschichte „Haie in Bad Oldesloe". Der Grund: Der Autor ist erst sieben Jahre alt und war damit der mit Abstand jüngste Teilnehmer des Wettbewerbs. Bei den Großen gewannen Harald Lahann aus Sülfeld und seine Hauptfigur Steffen Stormarn. Die Plätze zwei und drei gingen an Ingrid Achterberg und Karl-Otto Detlow für ihre Erinnerungen an und Loblieder auf ihren Heimatkreis.

Musikalisch umrahmt wurde der Abend, natürlich auf Plattdeutsch, vom Liedermacher Volkert Ipsen aus Nordstrand. Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat bedankte sich bei allen Beteiligten für den gelungenen Wettbewerb, insbesondere bei Christian P. Schlichte und seinen Helfern: „Das Kulturforum stellt Dinge auf die Beine, die sonst im politischen Alltag untergehen würden."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 15.11.2009, 22:10 Uhr - 1862 Clicks - Nr. 1280*

SPD Barsbüttel – Bürgergespräch auf dem Wochenmarkt

Stiefenhoferplatz Barsbüttel - „Nanu, schon wieder Wahlkampf?" – Diese Reaktion war nicht selten, als der Gemeindevertreter Klaus-Jürgen Krüger und der neue Landtagsabgeordnete Martin Habersaat auf dem Barsbüttler Wochenmarkt ihren Infostand aufbauten - mitten im November und bei Nieselregen.

Nein, Wahlen stehen in nächster Zeit keine an, aber Krüger und Habersaat wollen einen schon länger gefassten guten Vorsatz in die Tat umsetzen: Regelmäßig auf dem Markt präsent sein und für Bürgergespräche zur Verfügung stehen. Beide erklären: „Die SPD Fraktion Barsbüttel veröffentlicht monatlich einen Bericht aus der Fraktion und ist auch im Internet beständig dabei, über ihre Arbeit zu informieren. Diese Informationsangebote und unsere Sprechstunden im Bürgerhaus sollen jetzt ergänzt werden durch monatliche Bürgergespräche auf dem Markt."

Die Reaktionen waren durchweg positiv: Abseits von „Wahlkampfgeplänkel" gab es viele nette Gespräche über größere und kleinere Anliegen der Barsbüttlerinnen und Barsbüttler, von fehlenden Kantsteinen über gewünschte Verkehrsberuhigungen bis hin zur bundespolitischen Ausrichtung der SPD.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 15.11.2009, 22:20 Uhr - 2528 Clicks - Nr. 1281*

Neues vom Fluglärm
Jürgen Radowitz berichtet über Neues vom Fluglärm
Leserbrief: Bald weniger Fluglärm und mehr Lärmschutz?

Auf Wunsch der ehemaligen Staatssekretärin Karin Wiedemann aus dem Kieler Wirtschaftsministerium trafen sich die Bürgermeister/Vertreter aus Ellerau, Hasloh, Henstedt-Ulzburg, Norderstedt und Quickborn, um einen Forderungskatalog in Sachen Fluglärm aufzustellen.

Dazu eingeladen waren auch die IG Flugschneise Nord, vertreten durch Herrn von Lany, sowie das Quickborner Mitglied in der Fluglärmschutzkommission, Jürgen Radowitz. Der Forderungskatalog mit 9 Wünschen geht an das Kieler Wirtschaftsministerium, das Verhandlungen mit Hamburg mit dem Hauptziel "Faire Verteilung der Flüge" führen will. Vorausgegangen war ein durch die IG Flugschneise Nord beauftragtes Gutachten, das feststellte, dass die Bahnbenutzungsregelung für die Flugverkehre nicht mehr gültig ist. Die IG-Flugschneise Nord beabsichtigt, eine Feststellungsklage zu führen und ist aus Kiel gebeten worden, diese Klage zurückzustellen, um auf dem (einfacheren?) Verhandlungswege zu Lösungen zu kommen.

Damit ist eine neue Situation für die betroffenen Gebiete entstanden. Erstmals hat sich Kiel bereit erklärt, ernsthaft mit Hamburg über den Fluglärm zu verhandeln. Das führte dazu, dass nunmehr auch die 5 betroffenen Gemeinden/Städte geschlossen aufgetreten sind und konkrete Forderungen gemeinsam aufgestellt haben.

Bisher müssen die Gemeinden nördlich von Hamburg rund 45% aller Flüge verkraften, in den besonders empfindlichen Tagesrandzeiten noch mehr. Ziel sind künftig 35%, maximal 60.000 Flüge. Neben diesem Ziel war mir persönlich besonders eine Ausweitung des 8. freiwilligen Lärmschutzprogramms wichtig und zwar räumlich wie auch inhaltlich.

Seit Bestehen des Programms bin ich um Verbesserungen bemüht. Derzeit werden Fenster ersetzt, wenn der Dämmwert unter 30 dB(A) liegt. Erstens ist die Grenze viel zu niedrig angesetzt. Selbst Fenster aus den 60er Jahren fallen durch das Raster. Zweitens wird nur die Scheibenstärke gemessen. Hat die Fensteranlage aber andere Schwächen/Lärmbrücken (früher gab es z.B. Lüftungsschlitze), findet das keine Berücksichtigung. Dabei soll doch der Lärm im Raum gemindert werden. Lärm ist aber nur förderungswürdig, wenn er durch die Scheibe dringt.

Und drittens ist die Grenzziehung der geförderten Gebiete in Hasloh, Norderstedt und Quickborn zweifelhaft. Es wurden vor Jahren Lärmimmissionen der betroffenen Gebiete auf Grundlage vorgegebener Flugwege berechnet (nicht gemessen). Doch auch seinerzeit wurde von den Flugwegen abgewichen. Das floss aber nicht in die Kontur der zu fördernden Gebiete ein. Und heute sind die Flugerwartungsgebiete ausgedehnt, zum Beispiel über ganz Quickborn. Eine Korrektur ist dringend geboten. Mit der Ausweitung des Lärmschutzprogramms fordern die Teilnehmer die Kostenverantwortung durch den Verursacher, den Flughafen; zumindest was den 1/6-Anteil der Kommunen angeht.

Das Abstimmungsgespräch kann der Anfang von weniger Fluglärm und mehr Lärmschutz in unserer Region sein. Jetzt ist die Kieler Landesregierung am Zuge, die Rückendeckung der

Städte und Gemeinden hat sie. Und sie hat ein anderes schweres Pfund in der Hand, nämlich die vielen Kooperationen mit Hamburg, wo der Fluglärm eingebunden werden kann. Ich drücke Kiel ganz fest die Daumen.

Grüße Jürgen Radowitz
Quickborns Mitglied in der Fluglärmschutzkommission (FLSK)
Amselweg 20, D-25451 Quickborn
Fon: +49 (0) 4106 - 999 80 22
j-radowitz@web.de

Keine Kommentare

SPD-Suchsdorf - *veröffentlicht am 15.11.2009, 23:51 Uhr - 3340 Clicks - Nr. 1282*

Dr. Hans-Ulrich Wottge im Amt bestätigt

Auf der Jahreshauptversammlung des Kieler SPD-Ortsvereins Suchsdorf wurde Dr. Hans-Ulrich Wottge mit großer Mehrheit als Vorsitzender bestätigt. Hans-Ulrich Wottge kündigte auf der Versammlung an, für eine letzte Amtszeit kandidieren zu wollen. Der Ortsvereinsvorsitzende ist seit 1992 im Amt, vertritt die SPD im Ortsbeirat Suchsdorf und ist einer der Tagungsleiter des SPD-Kreisausschusses.
In seinem Rechenschaftsbericht wies Wottge auf die fünf Wahlkämpfe (Kommunalwahl, OB-Wahl, Europa-, Bundestags- und Landtagswahl) hin, die in der abgelaufenen Amtszeit zu führen waren: "Das hat dem Ortsverein viel Kraft abverlangt." Weitere Schwerpunkte waren die Begleitung der Ortsbeirats- und Ratsarbeit sowie die Gestaltung der Lesefeste, der Sommerfeste und der Grünkohl- und Spargelessen.

Bei den weiteren Vorstandswahlen wurde Ratsherr Thomas Wehner als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Der bisherige Schriftführer Helge Riis rückte zum stellvertretenden Vorsitzenden auf. Als Ortsvereinskassiererin wurde Gabriele Warnecke gewählt. Beisitzerin im neuen Vorstand wurde die bisherige stellvertretende Vorsitzende Kerstin Schaefer, wiedergewählt wurden Frank Rudolf und Reinhard Warnecke. Zum Kassenprüfer wurde Dr. Peter Diehl bestellt.

Nach den Regularien entspann sich eine lebhafte Diskussion zur aktuellen Lage der SPD im Bund und im Land, die der Kreisvorsitzende Rolf Fischer mit seiner Einschätzung eröffnete. Aus vielen Wortbeiträgen wurde deutlich, dass die SPD zu neuer Glaubwürdigkeit in inhaltlicher und personeller Hinsicht finden muss, um in Zukunft auch Wahlen wieder zu gewinnen.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 16.11.2009, 08:23 Uhr - 4043 Clicks - Nr. 1283*

SPD Neumünster legt Kranz nieder

Anläßlich des Volkstrauertages am 15.11.2009 erklärt der Fraktions- und Kreisvorsitzende Andreas Hering bei der traditionellen Kranzniederlegung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute gedenken wir zusammen und öffentlich der Toten, die in zwei Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts ihr Leben gelassen haben.

Wir gedenken dabei nicht nur derjenigen, die auf den Schlachtfeldern getötet worden sind, sondern auch der Menschen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, in Gefangenschaft, in den Bombennächten und auf der Flucht, umgekommen sind. Darunter auch jene, die wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit, ihrer Rasse oder ihrer politischen Überzeugung wegen, zu Opfern wurden. Vor über 60 Jahren ging das wohl schlimmste und menschenverachtendste Geschehen unserer jüngeren Geschichte zu Ende.

55 Millionen Menschen – davon 7 Millionen Deutsche – bezahlten den Zweiten Weltkrieg und die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten mit ihrem Leben.

Einer der beschämendsten Daten auf dem Weg in die Nazi-Barbarei war der Tag, an dem im Reichstag das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde. Vorangegangen war die berühmte Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels.

Seine Rede war Fanal des endgültigen Scheiterns der Weimarer Republik und zugleich Dokument der Haltung eines unbeugsamen Demokraten und seiner Partei, der SPD. Schließlich und vor allem aber bis heute eine Verpflichtung für alle Demokraten.

Gehalten wurde diese Rede am 23. März 1933, jenem Tag, an dem sich ein deutsches Parlament mit der Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz selbst entmündigte. Dieses – wie es zynischerweise hieß – „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" übertrug die Gesetzgebung vom Parlament auf die Reichsregierung. Es beendete in drei Lesungen die erste deutsche Demokratie und öffnete der Nazi-Herrschaft Tür und Tor.

Geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte allein die SPD-Fraktion. Sie war bereits – infolge von Verhaftungen und Zwangsemigration – von 120 auf 94 Mitglieder geschrumpft. So wurde der SPD-Abgeordnete Julius Leber, damals auch Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, unmittelbar vor der Abstimmung beim Betreten des Sitzungsortes festgenommen und konnte an der Abstimmung nicht teilnehmen.
Jener denkwürdige 23. März 1933 ist der Tag, an dem die Demokratie ihren Feinden endgültig das Feld überließ. Was damals in wenigen Wochen geschah, die Vernichtung der Demokratie und die Zerstörung von Recht und Gesetz, hatte entsetzliche Folgen: barbarische Exzesse des Hasses, es Rassenwahns, den Mord an den europäische Juden und einen brutalen Vernichtungskrieg, der Millionen von Menschen das Leben kostete.

Wir nehmen auch heute Anteil an dem Schicksal der betroffenen Familien und fühlen uns nicht nur an diesen Tagen mit ihnen verbunden.

Die Erinnerungen an gemeinsames Leid sind für uns alle eine Chance der Besinnung. Eine Chance auch für die heutige Generation, den eingeschlagenen Weg der Verständigung und der Versöhnung unbeirrt weiterzugeben. Dies ist nicht nur eine Aufgabe von Politikern, sondern eine Herausforderung für uns alle. Dass wir in der Bundesrepublik Deutschland seit über 60 Jahren in Frieden und Freiheit leben dürfen, sollten wir nicht nur als ein großes Geschenk begreifen. Vielmehr müssen wir uns täglich erneut dafür einsetzen. Wir müssen wachsam sein und jegliche Ansätze von Gewalt schon im Keim ersticken.

Alle Demokraten, Bürgerinnen und Bürger müssen alles tun, damit es nicht noch einmal so weit kommen kann.

Der Schriftsteller Erich Kästner hat seine Konsequenzen einmal sehr bildlich und einleuchtend formuliert: „Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist, man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr aus. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat."
Das ist die Lehre und das Fazit dessen, was Deutschland 1933 widerfuhr.

Nicht nur an Stammtischen wird immer wieder gefordert, einen Schlussstrich unter die Geschichte von Krieg und Diktatur zu ziehen. Aber ich denke, dieser Versuchung dürfen wir nicht nachgeben. Wir sind es den Toten der Kriege, der Opfer des Nationalsozialismus – gerade und auch in Anbetracht eines in Deutschland verstärkt aufkeimenden Rechtsextremismus – schuldig.

Und der Rechtsextremismus ist nicht weit entfernt. Auch in Neumünster kommt es immer wieder zu Übergriffen. Vor einiger Zeit haben zehn Autonome Nationalisten eine kleine Gruppe von TierschutzrechtlerInenn angegriffen und dabei auf zwei am Boden liegende Personen so eingetreten, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Bei Mitgliedern des Bündnisses gegen Rechts wurden mehrfach die Autorreifen zerstochen und mit Pflastersteinen die Scheibe eines Hauses eingeschlagen. Ein Hausbewohner hatte sich dabei an den Scherben verletzt und musste noch nachts ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Am Tag darauf wurde ein Mitglied des Bündnisses mit seinem Auto am helllichten Tag auf offener Straße von Neonazis von der Straße gedrängt und angegriffen. Bei diesem Übergriff wurde mit einem Teleskopschlagstock die Seitenscheibe seines Autos zertrümmert

Der Volkstrauertag nicht nur ein Tag der Erinnerung, sondern vielmehr auch ein Tag um in die Zukunft zu blicken. Kriege und Verbrechen aus der Vergangenheit dürfen nie wieder passieren.

Gerade deshalb darf ein Tag, wie der heutige Volkstrauertag nie aus den Köpfen der Menschen verdrängt werden.

Die Opfer aller Gewalt, ob des Krieges oder des politischen Machtmissbrauchs, sollen uns dabei stets eine Mahnung sein.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.11.2009, 10:03 Uhr - 1301 Clicks - Nr. 1284*

Mit taktischen Spielchen werden notwendige Planungen verzögert
Zur Vertagung der Entscheidung über die Errichtung eines Zentralbads in Kiel durch CDU, FDP und Linke erklären Torsten Stagars, sportpolitischer Sprecher der SPD Ratsfraktion, Dirk Scheelje, baupolitischer Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Antje Danker, SSW:

„Die Schwimmbadsituation in Kiel verlangt dringend nach einer Verbesserung.
Die Planung für ein Zentralbad stößt auf große Zustimmung in der Bevölkerung. Das Lessingbad aufzugeben, finden auch wir sehr schade, sehen aber in Anbetracht der immensen Kosten für eine Sanierung keine Alternative. Für Katzheide wollen wir Überlegungen für eine

Lösung, ohne Kosten für die Stadt, eine Chance geben. Bei einem Zentralbad auf eine 50 Meter Bahn zu verzichten, hielten wir für einen Schildbürgerstreich und wollen diese Frage deshalb auch nicht mehr offen halten.

Dass Die Linke gerne Geld ausgibt, wissen wir. Deshalb überrascht uns ihr Verhalten nicht. Dass aber CDU und FDP, deren Fachleute unseres Wissens hinter den Planungen stehen, nun mit taktischen Spielchen im Schul- und Sportausschuss eine Umsetzung verzögern, verwundert uns sehr. Wir fordern CDU und FDP deshalb auf, zum konstruktiven Pfad zurückzukehren. Wenn es aus ihrer Sicht Änderungsbedarf gibt, sollten sie entsprechende Anträge vorlegen und sich der demokratischen Abstimmung stellen. Hierfür wäre im Vorwege genügend Zeit gewesen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 16.11.2009, 13:00 Uhr - 7836 Clicks - Nr. 1285*

Prominentes Interesse für Projekt der Kreis SPD

Die Präsentation der Neumitgliederaktion der Kreis-SPD "27x6" auf dem Dresdener Bundesparteitag am Wochenende fand reges Interesse der politischen Prominenz.
Neben Hubertus Heil, Olaf Scholz, Hannelore Kraft, Ralf Stegner und Frank-Walter Steinmeier und vielen anderen "Spitzengenossen" besuchte auch Siegmar Gabriel den Stand des SPD-Kreisverbandes.
Auf dem Foto li.
Andreas Fleck aus Felde, rechts neben Gabriel Ulf Daude aus Molfsee und Marc Oliver Nissen aus Eckernförde, die drei Initiatoren des Projekts, mit dem sich die Kreis-SPD um den Dröscher-Preis in der Sparte "Lebendige Demokratie" beworben hatte.
Alle "Promis" gaben ein Video-statement zur Bedeutung politischen Engagements für die Demokratie ab. Ein Zusammenschnitt aller Interviews wird auf dem SPD-Landesparteitag im Februar gezeigt. "Premiere" für die Video-Dokumentation ist auf dem Neujahrsempfang der Kreis-SPD am 29. Januar.

Im Zuge der Neumitglieder - Aktion hatten 53 Frauen und Männer neu zur SPD gefunden, die alle persönlich auch zum Neujahrsempfang eingeladen werden.

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 16.11.2009, 13:42 Uhr - 2814 Clicks - Nr. 1286*

Bericht über die "Dat Du mien Stormarn büst" Preisverleihung

(Quelle: http://www.plattnet.de) Zum ersten - und möglicherweise nicht zum letzten - Mal hat das Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie zu einem Schreibwettbewerb aufgerufen. Unter dem Motto „Dat du mien Stormarn büst" sollten die Teilnehmer selbstverfasste Geschichten einreichen

.

Am vergangenen Donnerstag wurden nun die Sieger geehrt. Den ersten Preis erhielt Harald Lahann aus Sülfeld für seine ironisch-humorvolle Erzählung „Steffen Stormarn maakt Opstand", gefolgt von Ingrid Achterberg, Oldesloe, die den 2. Platz mit ihrem Beitrag „Dat du mien Stormarn büst" belegte. Mit einem ähnlichen Titel „Dat du mien Stormarn büst ... en lütten Bidrag to den Schrievwettbewerb" erreichte Karl-Otto Detlow aus Brunsbek - Langeloh den 3. Platz. Ausgezeichnet mit einem Sonderpreis wurde auch der siebenjährige Victor Kuhrt, der mit der kleinen Geschichte „Haie in Bad Oldesloe" erste Schritte auf dem Parkett der plattdeutschen Schreiber versucht hatte.

Preisgelder waren nicht zu erringen, aber alle Teilnehmer - 11 an der Zahl - wurden mit kleinen Präsenten bedacht. Außerdem konnten die Erstplatzierten aus der Hand von Stormarns Landrat Klaus Plöger Siegerurkunden entgegen nehmen. Der Intentant des Ohnsorg-Theaters Hamburg, Christian Seeler, Mitglied der mit Plattdeutschexperten besetzten Jury, trug anschließend die Siegergeschichten vor. Diese werden demnächst auch im Stormarner Tageblatt veröffentlicht.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung besorgte gekonnt Volkert Ipsen, plattdeutscher Liedermacher aus Lübeck (http://www.zfn-ratzeburg.de/autoren/volkert_ipsen.htm).

Veranstalter Christian Schlichte vom Stormarner Kulturforum zeigte sich mit dem Ergebnis des Wettbewerbs zufrieden und stellte einen weiteren plattdeutschen Wettbewerb 2011 in Aussicht.

Informationen zum Wettbewerb:

* Kreis SPD - http://www.spd-stormarn.de
* Blog des Stormarner Kulturforum - http://www.ipernity.com/blog/stormarner-kulturforum

Berichte zur Abschlussveranstaltung:

* Stormarner Tageblatt - http://www.shz.de/lokales/stormarner-tageblatt/artikeldetails/article/217/woerter-wettstreit-auf-platt.html
* Fotos bei „IN oldesloe" - http://in-od.de/galerien/album.html?albumid=57&userid=213
* Video auf youtube - http://www.youtube.com/watch?v=cs1rMTxUQck

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 16.11.2009, 22:27 Uhr - 3977 Clicks - Nr. 1287*

SPD will Bergrecht überprüfen
Stormarner Antrag an Fraktion überwiesen

Die SPD-Bundestagsfraktion will das heute geltende "Bergrecht", das noch aus der Kaiser- und Nazi-Zeit stammt und keine Beteiligungsrechte der Betroffenen oder eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorsieht überprüfen. Ein Antrag des SPD-Kreisverbands Stormarn wurde auf dem Dresdner Bundesparteitag an die Fraktion zur weiteren Behandlung überwiesen.

Der Stormarner Delegierte Eckart Kuhlwein aus Ammersbek hatte zuvor die Experten in Berlin darauf hingewiesen, dass das Bundesbergrecht in seiner heutigen Form juristisch antiquiert und aus der Sicht einer nachhaltigen Naturschutz-, Umwelt-, Klima- und Energiepolitik hoch problematisch sei. Es räume Bergbauvorhaben noch immer Sonderprivilegien gegenüber anderen Nutzungen ein. Kuhlwein griff in seiner Rede den umstrittenen Kiesabbau in Grande auf. Er erhielt die Zusage der Umwelt- und Wirtschaftspolitiker aus der Fraktion, das Thema zügig zu bearbeiten.

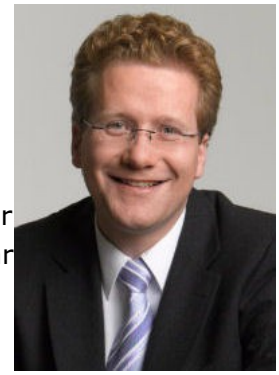
Das Bundesberggesetz (BBergG) greift beim Abbau von Kohle, bei Bohrvorhaben in der Nord- und Ostsee, bei der Endlagerung von Atommüll, beim Abbau von Erzen, Granit, Basalt, Lava und Kies. Für Schleswig-Holstein sind insbesondere Konflikte um Ölbohrungen im Wattenmeer oder um den Kiesabbau relevant. Das Bergrecht soll nach dem Willen der schwarz-gelben Bundesregierung auch bei der Erschließung von Lagerstätten für CO2 (CCS) angewandt werden.

Die Stormarner SPD hatte auf ihrem jüngsten Kreisparteitag die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, in dieser Legislaturperiode das Bergrecht komplett zu reformieren und dabei den Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes Rechnung zu tragen sowie den Rechtsschutz betroffener Bürger und Umweltverbände zu sichern.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 16.11.2009, 22:53 Uhr - 3367 Clicks - Nr. 1288*

Der Bundesparteitag ist nur der Anfang
SPD Stormarn diskutiert weiter, z.B. am 23. und 25. November 2009 und am 16. Januar 2010



„Mit dem Bundesparteitag von Dresden hat eine längere Phase der Diskussion auf allen Ebenen der SPD begonnen." Zu diesem Fazit kommt Martin Habersaat, der Kreisvorsitzende der SPD Stormarn, der meint, in der Partei werde sich einiges verändern. „Ich persönlich freue mich über Sigmar Gabriel als neuen Bundesvorsitzenden und hoffe,
dass nun neue Ideen zur Parteiarbeit in personeller Kontinuität umgesetzt werden können. Und aus Stormarner Sicht: Jetzt haben wir einen Bundesvorsitzenden, der sogar eine Zeitlang in Ahrensburg gelebt hat."

Für die SPD Stormarn nennt Habersaat drei Termine, bei denen mit allen interessierten Mitgliedern über die Zukunft der SPD, neue Strukturen der Parteiarbeit, inhaltliche und

personelle Konsequenzen aus den jüngsten Wahlergebnissen gesprochen werden soll.

Regionale Mitgliederkonferenzen der SPD-Schleswig-Holstein
Der Landesverband hat drei regionale Mitgliederkonferenzen organisiert, um eine Diskussion „von unten nach oben" zu gewährleisten. Die Termine:
Mitgliederkonferenz Mitte - 20. November, 18.00 – 21.00 Uhr
Kulturzentrum Rendsburg (Arsenalstraße)
Mitgliederkonferenz Süd - 23. November (auch für die SPD Stormarn), 18.00 – 21.00 Uhr
Bürgerhaus Henstedt-Ulzburg (Beckersbergstraße 34)
Mitgliederkonferenz Nord - 27. November, 19.00 – 22.00 Uhr
Nordsee-Akademie Leck (Flensburger Straße 18)

OV-Konferenz mit Dr. Ralf Stegner am 25. November 2009, 19.30 Uhr
Einen eigenen Termin hat der Kreisvorstand der SPD Stormarn organisiert: Auf einer OV-Konferenz in Trittau (Lauenburger Hof, Vorburgstraße 8, 22949 Trittau) am 25. November wollen soll partei-öffentlich mit dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner über das Ergebnis der Landtagswahl diskutiert werden. Alle interessierten Mitglieder sind eingeladen.

Außerordentlicher Kreisparteitag im Januar 2010
Am 16. Januar schließlich soll es eine SPD-Perspektivkonferenz und einen außerordentlichen Kreisparteitag in Bad Oldesloe geben. Hier soll es vor allem um die Struktur der ehrenamtlichen Arbeit und neue Formen der Zusammenarbeit gehen. Als Referenten haben der Kreisvorsitzende der SPD Pinneberg, Hannes Birke, und Torsten Albig, der neue Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, zugesagt.

Ein Landesparteitag zu diesen Themen wird schließlich am 6. Februar 2010 in Neumünster stattfinden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.11.2009, 11:50 Uhr - 1264 Clicks - Nr. 1289*

SPD-Ratsfraktion hat erfolgreich und einvernehmlich Nachwahlen durchgeführt
Die ebenfalls am 16. November 2009 gewählte Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, erklärt zu den fraktionsinternen Neuwahlen:

„Die SPD-Ratsfraktion hat gestern erforderlich gewordene Nachwahlen durchgeführt. Ich freue mich besonders, dass wir in fast allen Fällen großes Einvernehmen hatten.

Im Einzelnen wurden (neben meiner Wahl zur Fraktionsvorsitzenden) gewählt:

• Ratsherr Falk Stadelmann wurde zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und zum Mitglied im Hauptausschuss gewählt.
• Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen wurde zum Beisitzer im Fraktionsvorstand gewählt.
• Ratsherr Ralph Müller-Beck wurde zum Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt.
• Ratsherr Wolfgang Schulz wurde zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses gewählt.
• Ratsfrau Ingrid Lietzow wurde zum stellvertretendem Mitglied im Hauptausschuss gewählt.
• Ratsherr Peter Kokocinski wurde zum Vorsitzenden des Jugendhilfeausschuss gewählt.

• Ratsherr Rüdiger Karschau wurde zum stellvertretenden Mitglied im Wirtschaftsausschuss gewählt.

Ich freue mich auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen, die nun ein neues Amt bekleiden.

Die Bestätigung der Ausschussumbesetzungen erfolgt am Donnerstag, 19. November 2009, durch die Kieler Ratsversammlung."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 17.11.2009, 16:38 Uhr - 47461 Clicks - Nr. 1290*

Rossmann: Carstensen muss Verantwortung übernehmen!
Während die norddeutschen Regierungschefs Ole von Beust, Gerd Börnsen und Erwin Sellering anlässlich der Kabinettsklausur in Meseberg eindeutig ihre Kritik an den Steuersenkungsplänen der schwarz-gelben Koalition in Berlin zum Ausdruck gebracht haben, schweigt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident.

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten fordert:
„Anstatt sich feige in die Büsche zu schlagen, sollte Herr Carstensen seiner Verantwortung für das Land Schleswig-Holstein nachkommen. Das sogenannte Wachstumsprogramm der Bundesregierung ist vor allem eines: ein Schuldenwachstumsprogramm zu Lasten von Ländern und Kommunen." Kombiniert mit den Belastungen der geplanten Steuerreform bedeute das den Bankrott für Schleswig-Holsteins Haushalt.

Rossmann mahnt: „Jetzt ist die Stunde der Bewährung für norddeutsche Solidarität und Vernunft. Gemeinsames Handeln ist gefordert. Die Ministerpräsidenten sollten den schwarz-gelben Steuersenkungsirrsinn nicht nur mit Worten geißeln, sondern sich dann auch im Bundesrat entsprechend verhalten."

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 17.11.2009, 22:11 Uhr - 3191 Clicks - Nr. 1291*

SPD: Geld für Schulbauten bereitstellen hat Priorität
SPD plant Überführung des Tourismusbüros in private Hand

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten haben am Wochenende in einer Klausurtagung die desolate Haushaltslage der Stadt Bad Bramstedt erörtert. Fraktionschef Bodo Clausen: "Wir haben den Schulen die höchste Priorität gegeben und zwar den erforderlichen Umbauten an der Jürgen-Fuhlendorf-Schule und den Maßnahmen des Schulverbandes. Um diese Maßnahmen überhaupt in Angriff nehmen zu können, müssen wir den Haushalt durchkämmen und Ausgaben überall dort sozialverträglich kürzen, wo es kein Kernbereich der städtischen Aufgaben ist." Clausen erinnert zugleich, dass durch die Steuersparpläne der Bundesregierung die Situation für die Kommunen in den nächsten Jahren noch schlimmer werden wird. „Wir können nicht anders als zu sparen, auch wenn es weh tut."

Dabei hat die SPD den Bereich Tourismusbüro für 2010 auf den Prüfstand gestellt. Clausen: „Seit vielen Jahren wird über eine andere Trägerschaft diskutiert, jetzt wollen wir Nägel mit Köpfen machen. Wir werden den Antrag in die städtischen Gremien einbringen, das Tourismusbüro in private Trägerschaft zu übergeben. Ob und inwieweit sich die Stadt dann mit geringeren Zuschüssen und Förderungen weiterhin beteiligen wird, bleibt zu erörtern. Aber allein im Haushalt 2010 steht ein Defizit von rund 100.000 EUR."
Sein Fraktionskollege Schadendorf ergänzt „Tourismusförderung sollten diejenigen tragen, die davon profitieren. Mit der Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen hat die neue Bundesregierung auch den Bramstedter Übernachtungsbetrieben gerade ein Steuergeschenk von mehreren 100.000 Euro gemacht. Mit einem kleinen Teil davon könnten diese Betriebe künftig ohne Weiteres ein privatwirtschaftliches Tourismusbüro unterhalten."

Die SPD rechnet vor, dass mit gesparten 100.000 EUR Ausgaben bei der derzeitigen Kapitalmarktsituation Kredite von rund 2 Mio. EUR finanziert werden können, wie sie für die ersten Bauabschnitte an der Jürgen-Fuhlendorf-Schule erforderlich sind.

Außerdem habe die Überführung des Tourismusbüros in private Hand den Effekt, dass das Rathauspersonal nicht aufgestockt werden müsse. Clausen „Wir rechnen damit, dass nicht alle Mitarbeiterinnen zu dem privaten Träger wechseln werden. Die verbleibenden könnten dann andere Aufgaben im Rathaus übernehmen und den angemeldeten zusätzlichen Personalbedarf decken."

Als weiteren Schritt zur Verbesserung der Stadtfinanzen wollen die Sozialdemokraten die Kurtaxe von jetzt 0,50 EUR auf 1 EUR erhöhen, was weitere rund 85.000 EUR in die städtischen Kassen bringen soll.

Die Sozialdemokraten hoffen, die anderen Parteien von diesen Schritten überzeugen zu können. Clausen: „Wir hoffen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahme gleich gegeben ist und wir die Schulbaumaßnahmen bald in Angriff nehmen können. Gleichwohl sehen wir auch bei diesen Maßnahmen noch reichlich Diskussionsbedarf, da die veranschlagten Kosten recht hoch erscheinen. Sparsamer Umgang mit den knappen Geldern muss auch da das Gebot sein."

Keine Kommentare

SPD-Elmschenhagen - *veröffentlicht am 17.11.2009, 22:23 Uhr - 2939 Clicks - Nr. 1292*

Gesa Langfeldt neue Ratsfraktionsvorsitzende
Der Ortsverein Elmschenhagen/Kroog gratuliert seiner Vorsitzenden sehr herzlich zur Wahl. Mit 16 von 19 Stimmen wurde Gesa Langfeldt als neue Fraktionsvorsitzende gewählt. Wir wünschen Ihr viel Glück und Erfolg für diese neue Aufgabe.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 17.11.2009, 22:32 Uhr - 3220 Clicks - Nr. 1293*

Martin Habersaat: Berechtigte Anliegen ernst nehmen!

Zu den bundesweiten Protestaktionen von Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern für bessere Studien- und Lernbedingungen erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die Abstände zwischen den Protestaktionen von Studierenden und Schülerinnen und Schülern werden immer kürzer.

Das ist verständlich, weil wichtige und richtige Forderungen der Studenten nicht aufgegriffen werden.

Die Studierenden und SchülerInnen haben uns voll und ganz auf ihrer Seite, wenn es darum geht, Fehlentwicklungen der neuen Studienorganisation im Rahmen des Bologna-Prozesses zu korrigieren und Arbeitsüberlastungen durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur zu reduzieren.

Besonders zwei Punkte sind mir in diesem Zusammenhang wichtig:

Erstens gilt es, Bildung als Menschenrecht zu verstehen und nicht nur als ökonomisches Gut. Deshalb steht die SPD für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master an der Hochschule. Die SPD ist stolz darauf, dass sie nicht nur in allen Bundesländern, in denen sie Regierungsverantwortung trägt, ein gebührenfreies Erststudium durchgesetzt hat, sondern dass es mittlerweile in Schleswig-Holstein unstrittig ist, dass diese Gebühren gar nicht erst eingeführt werden, die junge Menschen vom Studium abhalten.

Zweitens braucht ein gutes Bildungssystem einen handlungsfähigen Staat. Unseriöse Steuersenkungspläne, wie derzeit besonders von der FDP propagiert, verhindern notwendige steigende Bildungsausgaben und verschärfen die Ungerechtigkeiten.

Die SPD-Landtagsfraktion steht den Interessenvertretungen der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden auch in der neuen Legislaturperiode als Gesprächspartner zur Verfügung.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 19.11.2009, 10:09 Uhr - 6281 Clicks - Nr. 1294*

Landesregierung muss den Willen des Parlaments umsetzen

Mit der Entscheidung des Parlaments, der HSH Nordbank zusätzliche Mittel und Garantien zur Verfügung zu stellen, sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Situation der Bank stabil bleibt, führt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**, aus.

Das Parlament erwarte, dass seine Beschlüsse und Bedingungen an die weitere Entwicklung respektiert und umgesetzt werden. Die Fraktionen wollten ganz klar eine Beschränkung der

Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder. Dies habe die Landesregierung nicht durchgesetzt, kritisiert die Abgeordnete mit deutlichen Worten.

Die Rede im Wortlaut:

Ich beginne mit einem Zitat: „Ich halte dieses Geschäftsmodell - auch nach der Befassung mit diesem Modell - für alternativlos, und zwar bezogen auf die Investitionen der Träger, (…) bezogen auf das Know-how, das die Bank verkörpert und das sonst zerstört würde, und auch bezogen auf die Kundenbeziehungen, weil ansonsten das Investment zerstört würde", sagte Dr. Rehm, SoFFin, am 19. März 2009 in der gemeinsamen Sitzung von Finanz-, Wirtschafts- und Innenausschuss.

Optimistisch ist etwas anderes, und so nimmt nicht Wunder, dass Herr Sanio von der BaFin in derselben Sitzung mit Bezug auf seine 68er Wurzeln lakonisch bemerkte: „Nimm das schlechteste an und bereite dich darauf vor, enttäuscht zu sein. - Das dürfte die richtige Einstellung für die Zukunft sein."

Das Land kann es sich nicht leisten, enttäuscht zu werden. Wir müssen davon ausgehen, dass mit den Personalwechseln auf der Führungsebene und mit der Restrukturierung der Bank die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Situation der HSH Nordbank stabil bleibt, dass das aufs Kerngeschäft reduzierte Geschäftsmodell greift, dass die Bank bald Gewinne macht, dass mittelfristig die Dividendenfähigkeit wieder hergestellt wird.

Das war die Grundlage für unsere Entscheidung vom März dieses Jahres, **trotz massiver Bedenken zusätzliche Mittel und Garantien zur Verfügung zu stellen**, und das sind unsere Erwartungen.

So finden wir es, um ein Beispiel zu nennen, richtig, dass nun auch Bank und Anteilseigner auf unsere Forderung eingeschwenkt sind, **bei Pflichtverletzungen des Spitzenpersonals Schadenersatzforderungen zu prüfen**. Wir finden es richtig, dass die Defizite in der Steuerung und der Kontrolle - deren Ausprägungen, folgt man den Presseberichten, teils so absurd anmuten, dass ein Fernsehfilm-Drehbuch selben Inhalts kaum Chancen auf Realisierung hätte -, dass diese Defizite nun, wo sie endlich aufgedeckt sind, aufgearbeitet werden.

Unsere Fraktion wird das auch sehr ernsthaft im Untersuchungsausschuss betreiben. Inwieweit CDU und FDP dies tun, wird sich zeigen. Die CDU hat aber offenbar weniger Angst vor dem Aufklärungseifer der FDP als in der alten Koalition gegenüber der SPD: Getrennte Beweisanträge wollte die CDU in der Vereinbarung mit uns nicht zulassen.

Bezogen auf die Rahmenbedingungen, die wir als Anteilseigner politisch gestalten, **erwarten wir, dass unsere Beschlüsse und unsere Bedingungen an die weitere Entwicklung respektiert und umgesetzt werden**.

Und, diese Zwischenbemerkung sei mir gestattet, es nimmt schon Wunder, wenn der neue Wirtschaftsminister ausdrücklich als Fachmann in Sachen HSH bezeichnet wird mit der Begründung, er sei bislang Wirtschafts-Staatssekretär gewesen, während sein früherer Chef, Wirtschaftsminister Marnette, in nichts einbezogen worden sein will. Da fragt man sich durchaus, ob die **Kommunikationsstrukturen der Bank** Vorbild waren für die innerhalb der Landesregierung oder umgekehrt und ob das eine für das andere spricht.

Die Landesregierung muss den Willen des Parlaments umsetzen und sie muss aufhören, die Abgeordneten mit schönen Formulierungen in die Irre führen zu wollen, zu täuschen und mit geschickt verpackten Halbwahrheiten zu arbeiten. Die Landesregierung ist dem Landtag gegenüber verantwortlich.

Ihnen ist bekannt, wir haben das ja verschiedentlich gesagt, **dass die SPD dagegen war, die Regierungsmitglieder aus dem Aufsichtsrat der Bank abzuziehen**. Wir halten diese Entscheidung nach wie vor für falsch. Bereits bisher war es ausgesprochen schwierig, die Anforderungen des Landtags durchzusetzen.

Drei Resolutionen hat der schleswig-holsteinische Landtag verabschiedet:
am 25. Februar 2009,
am 25. März 2009 und
am 3. April 2009.

Zwei dieser Resolutionen bezogen sich auch auf die Vorstandsvergütungen, und es wurde sowohl im Landtag als auch in den Sitzungen des Finanzausschusses überdeutlich, was die Fraktionen wollten: Eine **Beschränkung der Gesamtvergütung** auf maximal 500.000 Euro pro Person und Jahr.

Der damalige Finanzminister Wiegard beschied uns im Finanzausschuss: „Ein Beschluss des Landtages ist für den Vorstand der Bank nicht verbindlich." Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen Rechtsverbindlichkeit und klugem Verhalten gegenüber einem Haupt-Anteilseigner.

Unsere Aussagen sind und waren deutlich:

- keine Abfindungen und Halteprämien,
- keine zusätzlichen Leistungen, mögen sie noch so „üblich" sein,

und Boni allerfrühestens dann, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Verpflichtungen aus den gegebenen Garantien mehr zu erfüllen hat.

Landtag und Finanzausschuss haben dies schon vorher gefordert, mit Unterschieden in Details, aber im Grundsatz eindeutig.
Ich zitiere aus dem Protokoll der Finanzausschusssitzung vom 3. September 2009:
„Abg. Herdejürgen nimmt auf die Resolution des Landtages Bezug und legt Wert darauf, dass die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder unabhängig von der Frage der Dividendenfähigkeit generell die Summe von 500.000 € nicht überschreiten dürfe."

„Abg. Kubicki erwartet, dass es, solange die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank (Bad Bank und Good Bank) nicht wieder hergestellt sei, keine zusätzliche Vergütung über die Grenze von 500.000 € hinaus gebe."

„Abg. Heinold beantragt, (…) dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderen Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen (…) den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteige (…). Es solle ausgeschlossen sein, dass Bonuszahlungen oder variable Vergütungen (…) im Nachhinein gezahlt würden."

Viel deutlicher kann man den Willen des Parlaments nicht machen. Minister Wiegard hat in dieser Sitzung des Finanzausschusses ziemlich rumgeeiert. Herausgekommen ist, **dass die**

Regierung nicht die Absicht hat, das, was immer wieder und überdeutlich betont wurde, durchzusetzen.

Gegen die Missachtung dieses Willens wenden wir uns aufs Schärfste. Es kann nicht angehen, dass der Wille des Parlaments durch kreative Interpretation und Selektion verändert wird.

In einer Situation, in der Banken durch unsere Steuern beschirmt werden, sind überschießende Vorstandsvergütungen nicht hinzunehmen. Das ist eine **Frage der Verhältnismäßigkeit**. Wir finden sie unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die letztlich für die Risiken, die die Bank eingegangen ist, einstehen müssen.

Ein wirtschaftlicher Zustand, der – soweit bisher öffentlich bekannt – durch erhebliche Mängel in Management und Organisation der Bank zumindest mitverschuldet wurde,
ein Geschäftsmodell, das durchgezogen werden muss, weil es keine Alternativen dazu gibt,
jahrelanges Laissez Faire im Vorstand, so dass sogar Schadenersatz gefordert wird.

All das schreit nicht gerade danach, es auch noch durch Extras und Boni zu belohnen, gleich, ob sie jetzt oder später gezahlt werden.

Und wenn der Ministerpräsident, wie im Sommer geschehen, bei Herrn Nonnenmacher anruft, um ihn zu bewegen, freiwillig auf seinen Bonus zu verzichten, ist das zwar niedlich, zeugt aber keineswegs von Souveränität: Hätte er sich doch nur ein gutes halbes Jahr zuvor genau der Vertragsgestaltung verweigern müssen, die die Prämienzahlung erst möglich gemacht hat.

Der SSW fordert nun abermals klipp und klar:
„Die Gesamtvergütung für Vorstandsmitglieder unter Einschluss aller geldwerten Vorteile, Versorgungsleistungen und sonstigen Zahlungen darf 500.000 Euro im Jahr nicht überschreiten.

Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 19.11.2009, 11:16 Uhr - 41596 Clicks - Nr. 1295*

Gemeinwohl stärken - Zukunft sichern!
Rede Ralf Stegner vor dem Landtag 18.11.09:
Gemeinwohl stärken – Zukunft sichern! Klarer Oppositionskurs gegen Mitte-Rechts-Regierung in Schleswig-Holstein

Dies ist nach zwei Jahrzehnten die erste Rede eines sozialdemokratischen Oppositionsführers als Antwort auf die Regierungserklärung eines konservativen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein. Opposition zu sein ist in einer Demokratie keine Schande.
Im Gegenteil: Gerade in diesen Zeiten ist eine kraftvolle Opposition in diesem Lande besonders notwendig.

Regierung und Opposition haben verschiedene Rollen, aber das gleiche Ziel: Das Wohl des Landes mehren und Schaden von ihm abwenden. Wir verfolgen daher keine Sonthofen-

Strategie a la Franz-Josef Strauss, sondern müssen hoffen und wünschen, dass es dieser Regierung im Interesse der Menschen dieses Landes tatsächlich gelingt, das Wohl zu mehren und Schaden abzuwenden.

Klar ist, wir Sozialdemokraten haben uns nicht für die Oppositionsrolle in diesem Hause beworben, aber wir haben die Wahl verloren. Das ist für uns nach 21 Jahren Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein schmerzlich und in der Dimension hart. Bitter ist dies jedoch nicht nur für die SPD, sondern auch für unser Land, weil die Zeit eigentlich nach sozialdemokratischen Antworten geradezu schreit.

Stattdessen regieren jetzt diejenigen unser Land in Berlin und auch hier in Schleswig-Holstein, die in den vergangenen Jahren immer wieder die sozialen Bedürfnisse der Menschen und die ökologischen Notwendigkeiten dem Primat der Ökonomie untergeordnet haben und diese Prioritätensetzung nach wie vor richtig finden. Um diese Dominanz der Ökonomie von Kindesbeinen an geht es im Kern übrigens auch den jungen Menschen, die bundesweit und heute in Kiel demonstrieren und die unsere Unterstützung in der Sache verdienen.

Mit der Parteinahme für einen immer hemmungsloseren Marktradikalismus sind die Konservativen und Liberalen die ideologischen Wegbereiter der gravierendsten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte unserer Republik. Und trotzdem haben sie diese Wahlen für sich entscheiden können. Es wäre jetzt also einfach, hier zu sagen: Nun gut, die Bürgerinnen und Bürger werden schon sehen, was sie davon haben. Wir könnten es uns leicht machen und zusehen, wie Sie mit Ihren konservativ-liberalen Vorstellungen das Land an die Wand fahren. Und die Bürgerinnen und Bürger, die schließlich schwarz-gelb im Bund mit und in Schleswig-Holstein kurioserweise ohne Stimmenmehrheit an die Regierung gebracht haben, diese Bürger werden dann schon irgendwann die Quittung dafür erteilen.

Doch wie gesagt: Eine Sonthofen-Haltung wäre verantwortungslos und gemütliche Oppositionsjahre sind unsere Sache nicht, meine schon gar nicht. Vor allen Dingen aber würden wir so unserer Aufgabe als verantwortungsvolle Opposition in diesem Hause nicht gerecht werden. Diese Aufgabe besteht nämlich darin, einerseits die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren – eine Notwendigkeit, die allerdings offenkundiger nicht sein könnte. Dieses wollen wir konstruktiv, ohne Oppositionsklamauk und vor allem ohne abenteuerliche Versprechungen tun – denn die 14,9 %, die sich damit erreichen lassen, reichen mir nicht. Andererseits müssen und werden wir im Interesse unseres Landes seriöse Alternativen zur Regierungspolitik formulieren, um mit eigenen Konzepten Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Es ist wichtig für unsere Demokratie, dass glaubwürdige Alternativen erkennbar sind, die zu oft proklamierte, angeblich alternativlose Politik führt doch erst zu Politik- und Demokratiemüdigkeit.

Unabhängig davon will ich am Anfang selbstkritisch feststellen, dass trotz aller Zustimmung in der Bevölkerung zu unseren sozialdemokratischen Positionen bei Mindestlöhnen, beim Atomausstieg, bei mehr Bildungsgerechtigkeit oder für eine gerechte Steuerpolitik wir trotzdem nicht gewählt worden sind, weil unsere sozialdemokratischen Antworten offenkundig nicht als glaubwürdig angesehen worden sind. Denn in unserer Regierungszeit hat trotz aller guten Absichten die Armut eben doch zugenommen, sind bei aller grundsätzlichen Richtigkeit der Weichenstellung rot-grüner Sozialreformen, wie der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, prekäre Beschäftigungsverhältnisse über die Maße gewachsen, ist die soziale Spaltung vertieft worden, haben die Abstiegsängste vieler Menschen vor Arbeitsplatzverlust und Lebensstandardeinbußen im Alter zugenommen und ist die finanzielle Notlage von Bund,

Ländern und Kommunen offenkundig.

Für all das gibt es vielfältige Gründe, die sicher nicht allein im Versagen der Sozialdemokratie liegen und die gewiss auch nicht primär in Schleswig-Holstein zu suchen sind – aber wir tragen dafür die politische Mitverantwortung. Daran gibt es nichts zu deuteln und das will ich deswegen hier auch gar nicht versuchen. Dies verbietet auch der Respekt vor der demokratischen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir werden aus dieser Niederlage lernen, nicht nur die Absicht, sondern auch die praktischen Wirkungen von Politik umfassender als bisher zu bedenken. Wir werden unsere Fehler analysieren und korrigieren.

Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass Gerechtigkeit in all ihren Dimensionen, von der Chancengerechtigkeit über die Verteilungsgerechtigkeit bis zur Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit Maßstab und Kompass für die Politik bleiben oder besser gesagt: stärker wieder werden muss – objektiv und im subjektiven Urteil der Bürger unseres Landes.

Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass sich nur die Reichen einen schwachen Staat leisten können. Alle anderen brauchen einen handlungsfähigen und leistungsstarken Staat.

Was sich nicht ändern wird, ist unsere Grundüberzeugung, dass moderne Politik die ökonomischen Konsequenzen des Klimawandels nicht verweigern darf und dass hier außerdem eine riesige Chance für gutes Wachstum und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein liegt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Krise nur durch ein Mehr an Gerechtigkeit, ein Mehr an Solidarität und ein Mehr an Nachhaltigkeit zum Wohle unseres Landes lösen können. Nur wenn wir das Gemeinwohl stärken, werden wir die Zukunft unseres schönen Landes Schleswig-Holstein sichern.

Wir werden also die nötigen sozialdemokratischen Antworten wieder geben, werden sie einfordern und ich bin sicher, dass die Regierung es schwer haben wird, auf Dauer ihre offenkundige Klientelpolitik gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzuhalten. Die SPD vermochte es leider am Ende nicht, sich dem neoliberalen Mainstream des letzten Jahrzehnts zu entziehen – auch wenn dies in Schleswig-Holstein weniger ausgeprägt war. Das bleibt für mich unser schwerster Fehler der Vergangenheit. Genauso wenig wird es das Bündnis aus Konservativen und Egoisten schaffen, sich auf Dauer dem sozialdemokratischen Mainstream der kommenden Jahre zu entziehen. Verbal und mit ein bisschen Symbolpolitik hier und da betätigen Sie sich ja schon quasi als Produktpiraten, wenn auch nur scheinbar und gegen Ihre Überzeugung. Das gilt zum Beispiel, wenn Sie darauf verweisen, dass Sie doch angeblich gar nicht unsozial seien und der Stufentarif bei der Steuer, bei dem die oberen Einkommen am stärksten entlastet werden, doch viel gerechter sei als der linear-progressive Tarif, bei dem die starken Schultern mehr tragen als die schwachen.

Die SPD-Landtagsfraktion in diesem Hause – das verspreche ich Ihnen – wird helfen, den nötigen Druck dazu aufzubauen.

Herr Ministerpräsident, Sie überschreiben Ihre Regierungserklärung ja mit dem Titel „Mut, Tatkraft, Aufbruch“. Die Chinesen sagen, die Quelle des Mutes sei die Wahrheit. Zur Wahrheit

hatten Sie aber nicht den Mut. Ihre Deutung der Ereignisse dieses Jahres hat mit der Wahrheit nichts zu tun: Sie waren vertragsbrüchig, weil Sie schwarz-gelb wollten.

Nach dem über Monate vorbereiteten, immer wieder öffentlich angekündigten und schließlich kalt kalkulierten und vollzogenen Bruch der Großen Koalition, dem kurzen und harten Wahlkampf, dem ersten Schock für die einen und dem Erfolgsrausch für die schwarz-gelbe Traumpartnerschaft auf der anderen Seite müsste inzwischen genug Zeit vergangen sein, um zu einer nüchternen Bestandsaufnahme zu kommen. Für die Landesregierung heißt das: Was sind die Herausforderungen, denen sie sich stellen muss, auf welche Grundlagen kann sie zurückgreifen, was für Antworten will sie geben und welche Auswirkungen hat diese Politik auf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande?

Dazu, Herr Ministerpräsident, haben Sie heute 60 Minuten lang viel geredet und wenig gesagt.

Für die Opposition heißt das, wir haben zu bewerten, wie die Landesregierung mit diesen Herausforderungen umgeht, wie sie die Ressourcen unseres Landes einsetzt, wie sie die Chancen für Schleswig-Holstein nutzt, und letztlich zu beurteilen, was das für die Lebens- und Arbeitsbedingungen hier bedeutet.

Die SPD-Fraktion in diesem Parlament wird genau hinsehen, was Ihre sogenannte „Koalition des Aufbruchs" – wie Sie das in Ihrem Koalitionsvertrag überschrieben haben – für die Menschen ganz konkret bedeutet und ob nicht am Ende da, wo Aufbruch draufsteht, in Wirklichkeit Abbruch drin ist.

Wir werden für Transparenz sorgen und nicht zulassen, dass Sie sich so aus der Verantwortung stehlen, wie es die inhaltsleeren Formeln aus dem Koalitionsvertrag oder die treuherzig vorgetragenen Allgemeinplätze aus Ihrer Regierungserklärung von heute andeuten. Ich glaube nicht, dass dieses Prinzip Merkel, das Sie hier kopieren wollen, für weitere fünf Jahre tragen wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden eine Politik für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einfordern, die über den Horizont von Strande und Nordstrand hinausreicht und nicht einzelne Regionen und einzelne Klientelinteressen bevorzugt.

Kommen wir zu den Grundlagen und zur Eröffnungsbilanz dieser ersten Mitte-Rechts-Regierung seit 1988:

Als Björn Engholm der Barschel-Regierung nachfolgte, war Schleswig-Holstein Schlusslicht in jeder Disziplin: Von der Kindergartenversorgung bis zu den Bahnstrecken, von Schulen und Hochschulen bis zur Umwelt, bei Gleichstellung und Mitbestimmung usw. usw. Und kräftig verschuldet auch damals schon.

Die SPD hat in den 21 Jahren ihrer Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein viel erreicht, was die Situation der Menschen in Schleswig-Holstein verbessert hat – erst allein, später mit den GRÜNEN, aber selbst in der Großen Koalition mit Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident. Das merkt man schon an Ihrem Lamento, woran Sie angeblich durch uns gehindert worden seien, wie Sie sagen. Gelegentlich hat man, wenn man Ihnen zuhört, sogar den Eindruck, dass Sie die letzten 4 Jahre gar nicht der Regierungschef gewesen sind. Und so ganz falsch ist dieser Eindruck vielleicht gar nicht

- Wir Sozialdemokraten waren es, die die Weichen gestellt haben für eine moderne und innovative Wirtschaft, nicht nur, aber ganz besonders im Bereich der erneuerbaren Energien mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Gesundheitswirtschaft und bei der maritimen Wirtschaft.

- Wir waren es, die für großen Fortschritt und eine leistungsfähige Infrastruktur gesorgt haben und es ist bezeichnend für Sie, wie Sie sich seit Mitte Juli für jeden noch so kleinen Bewilligungsbescheid und das Ende von Bauabschnitten feiern lassen, deren Planung nun wirklich nicht in Ihrer Hand lag.

- Wir waren es, die für eine offene Politik gesorgt haben mit mehr Mitbestimmung, Gleichstellung und Beteiligung – nicht nur Politik für alle Menschen, sondern Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern, eine Regierung, die tatsächlich zuhört, wie Björn Engholm das formuliert hat, jener große Ministerpräsident dieses Landes, der vor wenigen Tagen 70 Jahre alt geworden ist.

- Wir waren es, die für Tariftreue und Mindestlöhne eingetreten sind und eine Arbeitsmarktpolitik für die Beschäftigten und nicht gegen sie gemacht haben.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren es, die stets für eine solidarische Gesellschaft gearbeitet haben, in der gegen Ihren langjährigen erbitterten Widerstand der Kinderschutz schließlich Verfassungsrang bekommen hat und ein bundesweit vorbildliches Kinderschutzgesetz auf den Weg gekommen ist.

- Wir waren es, die Programme wie „Kein Kind ohne warme Mahlzeit", „Schule und Arbeitsfeld", „Keiner soll mehr sitzenbleiben", „Jeder soll einen Schulabschluss haben" konzipiert haben und damit Inklusion aus den Sonntagsreden heraus und in die praktische Politik hineingetragen haben..

- Wir haben mit der Konzentration der ESF-Fördermittel auf Jugendliche und Langzeitarbeitslose, auch auf „Frau und Beruf", mit einem vorzüglichen Pflegegesetz, mit Konzepten für soziale Stadt, eine menschliche Psychiatrie und vielem anderen mehr dafür gesorgt, dass weniger Menschen zurückgelassen und aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden.

- Wir waren es, die die Rahmenbedingungen gesetzt haben für eine vielfältige Gesellschaft mit einer breiten kulturellen Landschaft, einer Vielzahl von Kulturschaffenden, von Aktiven im Bereich des Sports, des Ehrenamtes; die sog. Chefsache Kultur in der Staatskanzlei war ein offenkundiger Rohrkrepierer, der jetzt klugerweise zu Recht repariert wird. Die erste Vorstellung der Regierungskoalition bei der kürzlichen Tagung des Landeskulturverbandes in Rendsburg ist mit „peinlich" sehr höflich beschrieben.

- Wir waren es, die beim Thema Aufstieg durch Bildung bei allen zu Recht kritisierten Mängeln im administrativen Detail für viele Verbesserungen gesorgt haben – meistens gegen Ihren entschiedenen Widerstand. Ich rede vom Ausbau der Fachhochschulen – auch der regionalen Versorgung wie in Flensburg und ganz besonders bei der größten Investitionsleistung in Heide. Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben (1988 fanden wir im Landeshaushalt ganze 600.000 DM für dieses Feld vor, heute sind wir bei 60 Mio Euro, die hinten und vorne nicht reichen); wir haben den Ausbau der Ganztagsschulen angeschoben

- Wir waren es, die mit der Gemeinschaftsschule, dem wirklich durchschlagenden Erfolg unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik, endlich der absurden, ungerechten und elitären Selektion der jüngsten Schülerinnen und Schüler ein Ende gemacht haben. Das dreigliedrige Schulsystem ist eine enorme Verschwendung von Ressourcen und eine frühzeitige negative Weichenstellung bei der Verteilung von Lebenschancen. Wir sind damit dem internationalen best-praxis-Beispiel gefolgt und fördern durch gemeinsamen Unterricht die Fähigkeiten der schwachen und der stärkeren Schüler.

- Wir waren es, die für eine leistungsfähige und engagierte Polizei gesorgt haben und anders als andere weder Stellenkürzungen vorgenommen noch Hobbypolizisten eingestellt und schon gar nicht die Bundeswehr als billige Ersatzpolizei im Innern gefordert haben.

- Wir waren es, die bundesweit der Vorreiter für eine progressive Flüchtlings- und Ausländerpolitik gewesen sind, die die humanitären Spielräume stets maximiert haben.

- Wir waren es, die die Energiewende in Schleswig-Holstein eingeleitet haben: Von 1988 gerade mal 0,05 % Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung in Schleswig-Holstein haben wir es auf über 40 % geschafft. Und wir waren es auch, die immer wieder und konsequent trotz aller Restriktionen des betreiberfreundlichen Atomgesetzes auf den Atomausstieg gesetzt, den Atomkonsens verteidigt und eine an Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit orientierte strenge Aufsichtspolitik betrieben haben.

- Wir waren es, die das Thema Umwelt und Naturschutz in Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung gesetzt und ein bundesweit vorbildliches Naturschutzgesetz etabliert haben, das leider schon in der Großen Koalition vieles an alter Stärke verloren hat.

- Wir waren es, die die starke Tradition der Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein fortgeschrieben haben mit wirklich unabhängigen Minderheitenbeauftragen vom Range eines Kurt Hamer, eines Kurt Schulz bis hin zu Renate Schnack und wir haben niemals die Vollwertigkeit der politischen Mandate der Kolleginnen und Kollegen des SSW in Zweifel gezogen.

- Wir waren es, die seit Björn Engholm die Chancen rund um die Ostsee genutzt und weiterentwickelt haben mit den besten Perspektiven, die Schleswig-Holstein seit dem 2. Weltkrieg und der Zonenrandgebietszeit jemals hatte, und die unter der Führung von Heide Simonis die Meerespolitik wirklich auf die Tagesordnung gebracht haben.

All dieses und vieles mehr, was sozialdemokratische Fraktionen in diesem Hause und die Ministerpräsidenten Björn Engholm und Heide Simonis und Sozialdemokraten in 21 Jahren Regierungszeit geleistet haben, was ich heute nur aus Zeitgründen nicht nennen kann, zeigt, dass es sehr viel gibt, auf das Sie bauen können. Wir werden darauf achten, dass Sie sorgsam, verantwortungsvoll und ehrlich mit diesem Erbe umgehen. Dies ist auch notwendig, denn die Herausforderungen sind wahrlich groß:

1. Wir befinden uns noch mitten in der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise unsers Landes, in der ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit droht, die Versorgung mit Krediten gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen kritisch ist und die Lage der HSH Nordbank ganz anders ist, als sie durch Ihre vom Vorstand gereichte rosarote Regierungsbrille betrachtet wird.

2. Wir haben eine gespaltene Gesellschaft mit Strukturen im Bildungs- und Steuersystem und anderen sozialen Sicherungssystemen, die nach wie vor trotz aller Korrekturen die Spaltung zwischen Arm und Reich vertiefen und viele Menschen zurücklassen, die nicht nur an der Politik, sondern teilweise an der Demokratie zweifeln und verzweifeln.

3. Wir haben öffentliche Haushalte, die auf allen Ebenen massiv unterfinanziert sind, wodurch wichtige Leistungen nicht oder nur ungenügend erbracht werden können oder massive Verschuldung droht und nach wie vor gilt: Einen armen Staat können sich nur reiche Leute leisten.

4. Wir haben als dennoch reiches und hochentwickeltes Land die Pflicht, dem Klimawandel und der Umweltzerstörung konsequent entgegen zu wirken, wenn wir nicht gegenüber unseren Nachkommen total versagen wollen. Mehr denn je gilt: Global denken, lokal handeln.

5. Wir haben ein besorgniserregendes Problem, was die Legitimation von Demokratie und Politik angeht. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen ist z. T. drastisch gesunken, ist sogar bei der Bundestagswahl zurückgegangen und das Verständnis für die Tatsache, dass demokratische Politik auch Geld kostet, ist kaum noch vermittelbar. Obwohl es doch der Staat und die Politik waren, die Banken und außer Rand und Band geratene Märkte gerettet haben, stehen sie nun in der Zielscheibe von Anwürfen der Lobbys und leider auch zunehmend großer Teile der veröffentlichten Meinung.

Wie plant schwarzgelb nun, auf diese Herausforderungen zu reagieren, was für Lösungsansätze hat die neue Landesregierung? Ihre Regierungserklärung heute, Herr Ministerpräsident Carstensen, und Ihre sonstigen Reden über die künftige Politik klingen markig, sind aber eher wolkig. Es spricht wenig dafür, dass Sie einen Plan haben, wie die genannten Herausforderungen so bewältigt werden könnten, dass das Resultat solide, nachhaltig und sozial gerecht ist. Als der Kabarettist Urban Priol vor einigen Monaten sagte, Schleswig-Holstein sei das einzige Land, das sich einen Regierungschef leiste, der sich nicht für Politik interessiert, mag mancher noch geschmunzelt haben. In Zeiten von Wirtschaftskrise und enormen Herausforderungen für eine gute Regierungspolitik bleibt einem das Lachen darüber allerdings im Halse stecken.

Diese Herangehensweise macht es aber natürlich einfacher, Formelkompromisse zu schließen, und Sie sehen an Berlin, was herauskommt, wenn nicht alle Probleme vertagt werden können.

Lassen Sie mich jetzt zu den beschriebenen Herausforderungen kommen. Da ist

I. Die Wirtschaftskrise

Fast dachte man schon, dass in dieser Krise allen eines wieder klar geworden sein könnte. Der Staat hat eine entscheidende Verantwortung für das Wirtschaftsgeschehen – zuviel Liberalisierung, Entbürokratisierung, Deregulierung hat zu massivem Marktversagen geführt, das in seinen Auswirkungen eine ungeheuere Dynamik zu entfalten droht, und Auswirkungen auf das Leben hunderttausender Menschen hier in diesem Land. Das Credo der Marktradikalen „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht" wird aber schon wieder mit neuer Frechheit formuliert. Dabei müssen wir dafür sorgen, dass die Wirtschaft eben nicht ein sich selbst genügendes System auf Kosten anderer ist, sondern zum Wohle aller. Verstaatlichung der Verluste und Privatisierung der Gewinne mag für Unternehmen und Anteilseigner ein gutes Geschäft sein – bei der HSH Nordbank muss man da schon Zweifel haben - aber wenn einem

Herrn Nonnenmacher 2,9 Mio Euro nachgeworfen werden dafür, dass er Chef eines nur noch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragenen Unternehmens bleiben darf, die Hertie-Verkäuferin aber noch nicht mal einen Sozialplan bekommt, so ist das in keiner Weise in Ordnung, sondern skandalös. Unvergessen bleibt in diesem Zusammenhang, dass Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Fall dem Parlament die Unwahrheit gesagt haben.

Der Vorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Wahlkampf, die Steuersenkungsversprechen für die Gutverdiener durch eine höhere Mehrwertsteuer der Geringverdiener zu bezahlen, zeigt das ganze Ausmaß eines solchen Denkens. Wenn dann auch noch der neue Sozialminister und stellvertretende Ministerpräsident als allererstes – kaum im Amt - schon für Kopfpauschalen und Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung wirbt, dann sehen wir, dass an dieser Koalition die Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gänzlich vorbeigegangen zu sein scheinen. Was ist das für eine verrückte Welt, in der Barack Obama eine Krankenversicherung nach deutschen Vorbild will und in Berlin und Kiel die FDP die solidarische Krankenversicherung abschaffen möchte. Die altbekannten Schlagworte von Entbürokratisierung und Privatisierung und dem Primat der Wirtschaft schimmern durch alle Poren Ihres Vertrages. Dementsprechend werden mittels fragwürdiger ÖPP-Projekte, die der letzte Landtag noch abgelehnt hatte, weil ein solider Nachweis der Wirtschaftlichkeit fehlte, den privaten Unternehmen Gewinne gesichert, während der Staat auf seinen Risiken sitzen bleibt. Da werden beim UKSH Bereiche ausgelagert, und für einen Einmalerlös Privaten dauerhaft Gewinne zugeschoben, die diese durch Lohndumping noch vergrößern können, egal was die Beschäftigten davon halten. Da werden durch die geplante Privatisierung von Glücksspiel und Spielbanken den Privaten neue Gewinnmöglichkeiten erschlossen, die Einnahmen des Staates dagegen auf wacklige Füße gestellt, egal was die Sportverbände dazu sagen und was die anderen 15 Länder davon halten.

Erinnern Sie sich noch, wie Sie damals über die Versuche von Hans Eichel gelacht haben, Steuerhinterzieher wieder ins Land zu holen? Es hat nicht geklappt, Straffreiheit allein reichte nicht, auch nicht die Absenkung der Steuersätze – woanders zahlen sie nach wie vor weniger, wir können und wollen nicht mit Steueroasen konkurrieren. Worauf sich die Hoffnung gründet, dass jene Glücksspielanbieter, die bereits aus dem Ausland heraus tätig sind, wieder hier herkämen und bereit wären, eine Abgabe zu zahlen, die die jetzigen Einnahmen des Staats ausgleichen würde ist mir schleierhaft – Sie können noch nicht mal auf ein schlechtes Gewissen hoffen, denn die aktuellen Aktivitäten jener Unternehmen sind vielleicht fragwürdig, aber leider nicht strafbar.

Statt dessen wollen Sie einen kontrollierten Markt zerstören – noch ist das staatliche Lotto eine ernste Konkurrenz zu anderen Anbietern – und damit die ohnehin geringen Einflussmöglichkeiten des Staates auf Suchtbegrenzung gänzlich zunichte machen.

Während auf der einen Seite die Linkspartei Programme beschließt, nach denen alles verstaatlicht werden soll, was nicht niet- und nagelfest ist, finden wir auf der anderen Seite von schwarz-gelb nach dem Motto: „Eigennutz vor Gemeinwohl" das genaue Gegenteil – und beides ist falsch.

Ich habe nichts gegen private Gewinne und privates Wirtschaften, insbesondere wenn es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die unseren Wohlstand schließlich erarbeiten, zugute kommt – wohl aber habe ich etwas dagegen, dass Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht werden, und dadurch wichtige Steuerungsmöglichkeiten und demokratische Kontrolle verloren gehen. Eigentum verpflichtet – das steht im Grundgesetz und auch zu Ihrem

Schleswig-Holsteinischen Amtseid gehört es, Nutzen zu mehren und Schaden vom Gemeinwesen abzuwenden.

Zu diesen grundlegenden Steuerungsnotwendigkeiten gehört auch, wie wir aktuell sehen konnten, die Sicherstellung der Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen. Ich halte – und manche von Ihnen in der Union hatten bis vor kurzem noch die gleiche Ansicht – den öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor für einen stabilisierenden und wichtigen Sektor in unserem vom Mittelstand geprägten Land. Nun ist es kein Geheimnis, dass Herr Kubicki schon seit langem die Gewinne der privaten Banken steigern und die öffentlich-rechtlichen Sparkassen abschaffen möchte und der Einfluss von Herrn Kopper scheint weit zu reichen. Ich fordere Sie dennoch auf, Herr Ministerpräsident, reichen Sie dafür nicht Ihre Hand. Machen Sie die Sparkassen nicht kaputt, auch nicht durch die Hintertür, indem Sie Brüssel schlagende Argumente für die Privatisierung dieses Sektors liefern.

Ich möchte sie daran erinnern dass der Fraktionsvorsitzende der FDP in seinen üblichen Prahlhansreden im Landtag bereits angekündigt hat, wie sicher er sich ist, dass der zweitbeste Schritt, den Sie jetzt unternehmen, die wirkliche Privatisierung nach sich ziehen wird, dann erzählen Sie uns hinterher nicht, Sie hätten leider das Urteil aus Brüssel genau so wenig vorhersehen können wie damals die Sache mit dem Vogelschutz und Natura 2000. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

Die angekündigte Offensive für Wachstum und Beschäftigung für Mittelstand und Handwerk ist so selbstverständlich wie nebulös. Ich frage mich auch, was es heißt, wenn Sie, Herr Carstensen, auf dem Parlamentarischen Abend der Studien- und Fördergesellschaft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft sagen, dass das Land nur noch das fördern werde, was dem Land und der Wirtschaft Schleswig-Holsteins nütze. Nur wenn man glaubt, dass die Menschen für die Wirtschaft da sind und nicht umgekehrt, ist das ein logischer Satz. Für jemanden, der den Anspruch hat, Politik für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu machen, ist eine solche Verknüpfung eher entlarvend. Was nützt dem Land und der Wirtschaft? Nützen der Wirtschaft Jugendzentren, Frauennotrufe, das Kinderschutzgesetz, das Landesblindengeld, die Integration behinderter Kinder oder das Programm „Kein Kind ohne warme Mahlzeit"? Nicht wirklich – und das musste es bisher auch nicht.

Die Frage, die eine verantwortungsvolle Politik auszeichnen würde, lautet „Was nützt den Menschen hier im Land, was nützt der Gesellschaft am meisten?" Wir Sozialdemokraten glauben immer noch, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist – Geld regiert die Welt, das ist nicht unsere Vorstellung von sozialer Demokratie!

Die auseinander laufende Entwicklung von steigenden Gewinnen auf der einen und sinkenden Reallöhnen auf der anderen Seite zeigt, dass dieses wirtschaftsgläubige Denken schon viel zu lange währt und es Zeit wäre, dem Irrglauben endlich abzuschwören. Statt zu begreifen, dass die wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien sind und die Rentner, die unseren Wohlstand erarbeitet haben, die Krankenschwestern, Busfahrer, Verkäuferinnen, die sich für unsere Kinder oder unsere Sicherheit abrackern und die vielen, die nachts und am Wochenende arbeiten, plappern Sie die Forderungen der Wirtschaftsfunktionäre nach und werden, inspiriert durch Ihre neue Traumpartnerschaft, immer deutlicher. Ihrer Wachstumsstrategie fehlt ein entscheidender Punkt: Wir müssen auch das kulturell-soziale Umfeld attraktiv machen. Anders ziehen wir die Talente nicht an. Sie bleiben Sie den abgewirtschafteten Floskeln vergangener Ideologien

verhaftet. Statt Lehren aus der Krise zu ziehen, stärker die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubeziehen, weil sie diejenigen sind, die mit ihren Familien wirklich ein langfristiges Interesse an ihrem Betrieb haben – was sie immer wieder durch extreme Kooperation unter Beweis stellen -, statt also die Mitbestimmung auszudehnen, empfinden Sie diese eher als lästiges Hemmnis, als überflüssige Bürokratie, Sie wollen diese einschränken, würden am liebsten den Kündigungsschutz streichen und setzen voll auf den Markt, der in seiner jetzigen Form so offenkundig versagt hat.

Immerhin wollen Sie anscheinend die guten Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik fortsetzen, auch wenn mir die Langzeitarbeitslosen als Zielgruppe fehlen.

Doch Arbeitsorganisation, Arbeitnehmerrechte, Integrationsbetriebe werden von Ihnen genau so wenig erwähnt wie die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen. Folgerichtig findet sich im Koalitionsvertrag zur Arbeitsmarktpolitik auch keine Aussage, dass ein Mensch von seinem Lohn leben können müsste, aus Gerechtigkeitsgründen, aus ökonomischer Vernunft und vielleicht ja sogar – Sie haben heute auf Ihren christlichen Glauben hingewiesen, Herr Ministerpräsident -, weil das dem christlichen Menschenbild entspricht, dass Arbeit Würde und einen Wert hat. Das im Koalitionsvertrag des Bundes beschlossene Verbot sittenwidriger Löhne gibt es doch längst, doch wo sind die Maßnahmen gegen Lohndumping und Hungerlöhne? Sie sind von dieser Koalitionsregierung offenbar nicht gewollt. Ich fürchte, wir werden mit Ihnen im Bundesrat leider das Trauerspiel erleben, dass Sie gegen Mindestlöhne, gegen Tariftreue, gegen die Auswüchse von Leiharbeit und damit gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stimmen werden. Wir werden das in diesem Haus immer wieder anprangern.

II. HSH Nordbank

Was die HSH Nordbank betrifft, ist Herr de Jager, wie dem Handelsblatt von Montag zu entnehmen war, einer der wenigen Menschen, die keinen Anlass sehen, das Konzept der HSH in Frage zu stellen. Es schlummern viele Risiken und wir werden den Untersuchungsausschuss, der von der größeren Regierungsfraktion mit immer größerer Lustlosigkeit eher geduldet als durchgeführt wird, konsequent nutzen, um herauszuarbeiten, wie katastrophal das Krisenmanagement in den letzten Jahren gewesen ist. Wir haben weder Vertrauen zu einem Vorstandsvorsitzenden wie Herrn Nonnenmacher, dem jedweder Respekt für Parlament und Steuermittel fehlen; wir haben kein Vertrauen zu einem Aufsichtsratsvorsitzenden wie Herrn Kopper, der trotz aller Beschlüsse dieses Parlaments auf Begrenzung der Managergehälter weiterhin an Modellen arbeitet, die dafür sorgen, dass die Manager der HSH Nordbank mehr als 500.000 Euro im Jahr einstreichen können.

Wir haben schweren Herzens schwierige Entscheidungen hier treffen müssen, um noch katastrophalere Folgewirkungen zu vermeiden, Arbeitsplätze zu sichern, wir haben aber ganz sicher keinen Blankoscheck dafür gegeben, dass die HSH Nordbank die Regierung am Nasenring durch die Manege führt und nicht von ihr kontrolliert wird. Obwohl wir Anteilseigner sind – zusammen mit Hamburg über 80 % - musste sogar der groteske Schritt vollzogen werden, die dem Parlament verantwortlichen Politiker aus dem Aufsichtsrat zurückzuziehen, weil das Herrn Kopper besser gefallen hat. All dies zeigt doch, wie absurd die ganze Sache ist und wenn ich nun lese, dass die HSH Nordbank mitteilt, der Vorstand sei fest davon überzeugt, dass man Bundeshilfen nicht brauche, dann ist das nicht wirklich überraschend. Wie wir wissen, wird der Vorstand die Konsequenzen dafür nur tragen, wenn dieses Vabanquespiel

aufgeht.

Die einzige Möglichkeit die ich sehe, dieses Risiko zu begrenzen, ist die Kooperation mit dem Bund und/oder mit anderen Landesbanken, doch das scheint nicht gewollt. Jeder möge das eigene Pulverfass hüten und pflegen – bis es ihnen um die Ohren fliegt.

Die Aussicht, sie unter diesen Bedingungen verkaufen zu können, ist abenteuerlich und sollte es solche Hasardeure geben, so möchte ich den Käufern wirklich nicht die Zukunft der Milliardenbürgschaften des Landes anvertrauen.

III. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft

Die soziale Spaltung in unserem Land ist ein zunehmendes Problem, das enorme Sprengkraft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft beinhaltet. Wer Menschen ausgrenzt, ihnen keine Perspektiven und Chancen bietet, darf sich nicht wundern, wenn diese sich vom Gemeinwesen und ihren Werten abwenden. Wir sollen keinen zurücklassen, keinen ausgrenzen, sondern jeder und jedem eine faire und wirkliche Chance bieten, ein eigenständiges Leben zu führen. Hilfe zur Selbsthilfe, Fordern und Fördern, Vorsorgen des Sozialstaats sind alles im Grunde richtige Maßstäbe, allzu oft sind sie aber auch in der Praxis zu Floskeln geworden, die in Teilen das Gegenteil bewirkten von dem was wir wollten. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander, wie uns Erhard Eppler gerade an diesem Wochenende wieder deutlich vor Augen geführt hat. Bei ihnen bekommt aber der Satz: Freiheit, wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit sind kein Widerspruch, eine ganz neue Bedeutung. Ist schon falsch, dass sozial ist, was Arbeit schafft, so ist der Satz „Sozial ist auch der, der dafür sorgt, dass es wirtschaftliches Wachstum gibt" nur noch als Gewäsch zu bezeichnen.

Die Dispositionsfreiheit eines Unternehmers, der es leichter haben soll, Arbeitsplätze abzubauen und Menschen vor die Tür zu setzen, damit der Börsenkurs steigt, ist eben nicht die Freiheit, die wir meinen. Wir meinen die Freiheit, ein Leben zu leben in Würde und mit einer angemessenen Entlohnung für gute Arbeit – ein Leben, das es den meisten ermöglicht, ohne Sozialtransfers zurecht zu kommen. Die, die Sozialtransfers brauchen, müssen ordentliche kriegen, ohne zum Menschen zweiter Klasse degradiert zu werden – dieser Appell richtet sich nicht nur an Sie, sondern auch an einzelne Sozialdemokraten wie Herrn Sarrazin.

Und die, die am meisten haben, denen darf nicht gegeben werden, sondern sie müssen solidarisch sein und müssen auch finanziell mehr leisten für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wenn Sie so sehr die Eigenverantwortung betonen und die erdrückende Wohlfahrt beschreiben, so geht das an der Lebensrealität vieler Menschen radikal vorbei. Die Menschen haben Angst, ohne soziales Netz abzustürzen, sie haben Angst, im Alter nicht genügend Geld zum Leben oder nur für neue Zähne zu haben, viele Leute wissen heute nicht, wie sie ihren Kindern Schulhefte und die Busfahrkarte für den Ausflug finanzieren sollen, wie sie die nächste Telefonrechnung zahlen sollen. Sicher ist richtig, dass es besser ist, wenn die Menschen sich selbst helfen, doch müssen wir uns über die Grenzen im Klaren sein. Es gibt Zusammenhänge, da funktioniert die Hilfe in der Familie, die Nachbarschaftshilfe, da funktioniert die Eigenorganisation, es gibt aber auch Zusammenhänge in Regionen und Vierteln, da funktioniert es eben nicht. Es gibt Bereiche, das ist Selbsthilfe möglich und in anderen Feldern, da sind die Probleme nicht individuell zu lösen. Dann wird Hilfe zur Selbsthilfe eine Farce und eine fatale Entschuldigung, um soziale Angebote und Leistungen zurückzufahren.

Was mich trotz meiner eingeschränkten Erwartungshaltung an diesem Koalitionsvertrag denn doch noch erstaunt hat, ist Ihr uneingeschränktes Votum für das Betreuungsgeld. Wir haben in Deutschland wirklich nicht das Problem, dass zu wenige ihre Kinder zu Hause betreuen und ihnen das unnötig schwer gemacht würde. Wir haben vielmehr die Situation, dass es sich viele Eltern nicht leisten können, ihren Kindern ein eine qualifizierte Kinderbetreuung zu ermöglichen, teilweise gibt es auch nicht genügend Betreuungsmöglichkeiten. Sie kennen unsere Forderung nach der Beitragsfreiheit für alle drei Kindergartenjahre, das bleibt auch richtig und ist für die meisten Familien viel, viel besser als all Ihre Steuersenkungspläne, zumal in Schleswig-Holstein die Gebühren besonders hoch sind. Statt also den Ausbau weiterer Kinderbetreuung zu unterstützen, finden Sie es richtig, dass der Bund das Geld in eine pädagogisch und sozialpolitisch zweifelhafte und unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten eindeutig rückwärts gewandte Prämie stecken will, die andere treffend „Herdprämie" nennen.

Sie selbst haben doch eben den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten herausgehoben.

Vielleicht hätte es mich nicht erstaunen müssen, Ihr rückwärts gewandtes Frauenbild ist ja hinlänglich bekannt und angesichts des männerdominierten Kabinetts ja auch offensichtlich. Ihre angekündigte Prüfung, wie die bisherige Mittagessensversorgung für bedürftige Kinder langfristig sichergestellt werden kann, wäre einfach zu beantworten. Verhindern Sie die geplante finanzielle Gießkanne bei Kindergeld und Kinderfreibeträgen, die ausgerechnet jenen nicht hilft, die frei zur Verfügung stehendes Geld besonders gut brauchen können, nämlich die Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger. Stattdessen verschaffen Sie den Besserverdienenden die größten finanziellen Vorteile, obwohl die das gar nicht brauchen. Nehmen Sie diesen Teil des Geldes, das wäre pädagogisch und sozialpolitisch sinnvoll und alle Eltern würden gleichmäßig entlastet. Ich begrüße es mithin, dass Sie sich in Ihrem Koalitionsvertrag die Bekämpfung der Kinderarmut vornehmen – allein hier fehlt wie bei vielen anderen Dingen das Konzept, die Butter für die oft zitierten Fische.

Das Thema Pflege wird ein zentrales Thema des nächsten Jahrzehnts werden. Ich erwarte, dass Sie hier nicht in schönen Wortblasen verharren. Die Regelung der Eingliederungshilfe, das Pflegegesetzbuch II, das Kinderschutzgesetz sind vorbildlich und sehr gute Gesetze unter unserer Federführung – wir haben ein hohes Niveau gesetzt, an dem wir diese neue Regierung messen werden.

IV. Bildungspolitik

Die Aussage, Sie wollen gleiche Bildungschancen für alle erreichen, kann man unterstützen, doch Sie planen das genaue Gegenteil.

Scheinen Sie also schon im vorschulischen Bereich kein Interesse daran zu haben, wirksame Maßnahmen gegen die soziale Spaltung zu treffen, so gilt das im verstärkten Maße für die Bildungspolitik. Allen landesväterlichen Beschwörungen der Ruhe im Schulbereich zum Trotz haben Sie kleine, unfeine und eindeutige Regelungen vereinbart, die die Gemeinschaftsschulen als reale Alternative zu den Gymnasien, die von vielen Eltern als die pädagogisch beste Schulform gewollt ist, zunehmend schwächen, um ihnen das Leben schwer zu machen. Das fängt mit der Einschränkung zur Bildung einer Oberstufe an Gemeinschaftsschulen an und hört mit der möglichen Wiedereinführung der Realschule auf. Da hat Aloys Altmann wirklich Recht,

das ist auch fiskalisch nicht zu vertreten und schulpolitisch rückständig. Die FDP ist in dieser Frage, verehrter Herr Klug, leider noch konservativer als die Union. Und die plötzliche Distanzierung zu den sonst geschätzten und zitierten Gremien Sachverständigenrat und Landesrechnungshof des Herrn FDP-Fraktionsvorsitzenden gegenüber dem Präsidenten des Landesrechnungshofs überrascht nur den, der von der FDP eine konsequente, ausgewogene Politik erwartet.

Hat Herr Kubicki ja auch sonst keine Schwierigkeiten, das Blaue vom Himmel zu versprechen, verwundert die Zurückhaltung bei der Integration behinderter Kinder und Ihre Aussage, Kinder müssen teilhaben können an Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen wird zur Farce, denn Sie meinen augenscheinlich nicht alle Kinder. Fragen Sie einfach mal den zuständigen Beauftragten, Herrn Haase: nicht der Grad der Behinderung darf Grenze der Integration sein, sondern allenfalls der begrenzte Fortschritt der Bemühungen zur Integration, die es immer weiter zu verbessern gilt. Sie, die Sie so gerne Gerichtsurteile zitieren, lesen doch einfach mal die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen, gegen die Sie mit dieser Aussage verstoßen.

Sie planen das Rollback in der Schulpolitik, obwohl die Bildungschancen immer noch wie in keinem anderen Land vom Einkommen der Eltern abhängen. Sollen wirklich das miteinander und voneinander Lernen wieder Fremdwörter werden und der Rückwärtsgang hin zu elitären Bildungsstrukturen und Ausgrenzung und Selektion eingelegt werden? Fast könnte man Ihnen zurufen, nehmen Sie sich doch wenigstens ein Beispiel an Hamburg oder dem Saarland, beinahe wünschte man sich noch Jamaika herbei, bei dem, was hier der Schulpolitik droht. Allerdings: Mögen, werter Herr Kollege Habeck, muss man solche Überlegungen natürlich nicht und eine wirklich progressive Politik gibt es in solchen Konstellationen natürlich auch nicht, sondern mehr Kohle und Studiengebühren wie in Hamburg oder aber dubiose grüne finanzielle Verflechtungen mit FDP-Arbeitgebern, wie im Saarland. Für den Fall, dass unsere Befürchtungen in der Schulpolitik eintreffen, sage ich Ihnen jedenfalls hier den breiten Widerstand der gesamten Opposition und vieler Eltern und Schüler in diesem Lande vorher. Wir werden uns gegen den Abbau der schulpolitischen Errungenschaften wehren, zurück in die Vergangenheit passt zwar als Titel für Ihre Koalition, aber überhaupt nicht zu diesem Land.

Gleiches gilt übrigens für die Hochschulen, wo Studierende zu Recht erwarten, dass wir ihre Kritik an der Ausgestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge ernst nehmen und nicht mit Anfangsschwierigkeiten abtun.

V. Konsolidierung der Haushalte

In den letzten Jahren, da gibt es nichts zu beschönigen, gab es ein kollektives Versagen in einem zentralen Punkt: Wir haben es versäumt, die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme auskömmlich zu finanzieren. In dem Glauben, durch Steuersenkung ein so starkes Wachstum zu generieren, dass die Steuereinnahmen die originären Verluste wieder ausgleichen würden, wurde die Staatsverschuldung in unerträgliche Höhen getragen und die Handlungsspielräume gerade der Kommunen auf ein nicht zu vertretendes Maß eingeschränkt. Steuersenkungen – um hier einmal den ehemaligen Bundesfinanzminister zu zitieren, der für Gefälligkeitsaussagen in meine Richtung gänzlich unverdächtig ist: Peer Steinbrück sagte in einem Interview in Hamburg während des Wahlkampfes: Die Steuereinnahmenelastizität von Steuersenkungen sein kleiner 1. Für irgendwas war es doch gut, dass er Volkswirtschaft studiert hat. Vielleicht erinnern Sie sich

auch noch vage, Herr Fraktionsvorsitzender der FDP. Die Geschichte von den selbstfinanzierenden Steuersenkungen ist ein Ammenmärchen, an das Sie selbst nicht wirklich glauben und das Sie uns hier nur präsentiert haben, weil Sie nicht konkret sagen, wo Sie sparen wollen. Da helfen auch Briefe nach Berlin nichts.

So richtig es war, mit Konjunkturpaketen die Wirtschaft zu stützen, so richtig es ist, mit staatlichen Investitionen jetzt in die Zukunftsfelder wie Bildung, Kinderbetreuung und Klimaschutz zu investieren und auch die Kaufkraft zu stärken, ist doch die Frage, welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen dies hat, zu betrachten. Und da muss ich gar nicht weit in meinem Keynes-für-Anfänger-Kurs vorangekommen sein – ich darf nur nicht gleich am Anfang stehen bleiben. Wenn wir die Besserverdienenden entlasten, die eine hohe Sparquote haben, sind die Wachstumsimpulse gering und die steuersenkungsbedingten Steuermehreinnahmen noch geringer. Im vorliegenden Fall gehen sie wahrscheinlich gegen Null.

Was schwarz-gelb im Bund betreibt, ist Rosstäuscherei oder auf Neudeutsch Rebranding; so wie aus Raider Twix wird, heißt Steuersenkung heute Konsolidierung, ist aber, wie fast alle Fachleute sagen, bei unserem Schuldenstand und den finanziellen Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte, völlig unvertretbar.

Herr Carstensen, Herr Kubicki, Ihre Ausführungen, wonach Sie die Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung im Bundesrat ablehnen werden, sind angesichts Ihrer Wahlversprechen wenig glaubwürdig. Hier wurde doch vor kurzem landesweit blau-gelb mehr Netto vom Brutto plakatiert. Und wo waren Sie eigentlich, Herr Carstensen, als die Zustimmung der Länderchefs zum Koalitionsvertrag des Bundes eingeholt wurde? Natürlich hoffe ich, dass Sie die für Schleswig-Holstein vollständig inakzeptablen Einnahmeausfälle ablehnen werden und sich im Bundesrat auf keinen Kuhhandel einlassen werden. Eher legt sich der Hund des Nachbarn einen Wurstvorrat an, als dass es Ihnen gelingen könnte, einen Schleswig-Holstein-Soli herauszuhandeln. Letztlich werden Sie sich wie damals bei der Unternehmenssteuerreform, die Schleswig-Holstein auch wieder viel Geld gekostet hat, auf diese ominösen Refinanzierungseffekte einlassen, derselbe Finanzminister ist ja noch im Amt. Ihre wolkige Formulierung, dass es einen fairen Ausgleich geben solle, spricht Bände.

Weder das Land Schleswig-Holstein noch die Kommunen können sich weitere Einnahmeausfälle leisten und die Schuldenbremse würde noch mehr zur Farce. Sie wissen, dass wir Sozialdemokraten einen fairen Altschuldenpakt von Bund, Ländern und Kommunen für notwendig halten. Anders können die Verfassungsvorgaben, die darüber hinaus auch noch in verfassungswidriger Weise geregelt sind und deswegen beklagt werden, überhaupt nicht erfüllt werden. Wenn wir nicht wollen, dass unser Land zurückfällt, dass wir schlechtere Bildung, weniger Innere Sicherheit, schlechtere soziale Infrastruktur als unsere Nachbarn anbieten, mit allen Konsequenzen, die das für die Demokratie hätte, dann müssen wir hier gegensteuern.

Dies gilt im Übrigen auch für eine wirkliche Lösung der finanziellen Probleme der großen Städte, die mit blumiger Unterstützung nicht weiterkommen. Interessant ist schon, dass Sie bei den Städten zusätzliche Gelder ausschließen, diese Einschränkung für den ländlichen Raum aber nicht treffen.

Fast noch wichtiger fände ich übrigens die Ablehnung des sogenannten Stufentarifes, der mindestens ebenso ungerecht wäre, nur ungleich teurer. Hier würde das Leistungsprinzip, dass der, der mehr kann, auch mehr zahlen muss, ins Gegenteil verkehrt. Je mehr Punkte man sich vornimmt, desto klarer wird, dass schwarz gelb weder im Bund noch hier eine soziale

Gesellschaft will, sondern an deren Auflösung arbeitet. Nein, das ist die Umverteilung von unten nach oben, das ist die Klientelpolitik par excellence – schön, dass man nun auch noch alle Steuerberatungskosten voll absetzen kann, das wird die Werftarbeiter bei HDW besonders freuen.

Solide Konsolidierung wird von der Union immer wieder als Markenzeichen für sich reklamiert und auch die FDP hat vollmundig versprochen, wie überall so auch in diesem Bereich alles besser machen zu wollen. Sie erwähnen es ja auch in Ihrer Regierungserklärung. Wobei die hohe Verschuldung 2009 und wohl auch 2010 konjunkturbedingt ist, während Einnahmeverluste vor 2005 mit der damaligen Nettoneuverschuldung natürlich nichts zu tun hatten.

Aber wo bleiben Ihre konkreten Vorschläge? Was finden wir: Nichts Konkretes und so viele Verweise auf 2020, dass ich einen Verschiebebahnhof fürchte.

Richtig finde ich die Ankündigung, auch die Kofinanzierung und die einzelbetriebliche Förderung zu prüfen, wobei allerdings auffällt, dass die Landwirtschaft nicht in der Aufzählung auftaucht.

Auch nur eine pauschale Zahl findet sich beim Personalabbau und selbst da ist eine Kommission zwischengeschaltet, bei der der Landesrechnungshof inzwischen den Sinn seiner Mitarbeit in Frage stellt. Interessanterweise nennen Sie in Ihrer Regierungserklärung keine Tabubereiche, andere haben das im Vorwege für Sie getan. Wenn Sie aber, wie von Ihren Kabinettskollegen gefordert (die Aussagen von Minister Dr. Klug im Bildungsausschuss zum Bildungspakt waren mutig), die großen Bereiche ausnehmen, dann ist auch diesem Ziel die Grundlage entzogen und Ihre erfreuliche Zusage, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gebe, soviel wert, wie die damals, als Sie versprachen, das Weihnachtsgeld nicht anzurühren. Bedenken Sie, dass die große Koalition über 3.000 von den verabredeten 4.800 Stellen im Bildungsbereich einsparen wollte und dennoch die demografischen Spielräume zu über der Hälfte um Qualität und Quantität in der Unterrichtsversorgung steigern. Alle 4.800 Stellen wären durch Altersabgänge einzusparen – dies gilt für die Gesamtzahl natürlich nicht mehr, wenn Sie bestimmte Bereiche davon ausnehmen. In den restlichen Bereichen gibt es nicht so viele Altersabgänge. Wollen Sie denn beim Personalabbau – anders als Sie hier heute gesagt haben - doch betriebsbedingte Kündigungen einsetzen und Gleichstellung und Mitbestimmung abbauen? Wir Sozialdemokraten haben Ihnen diese Forderungen in der letzten Legislaturperiode immer abgeschlagen. Dazu hätte ich gerne eine klare Aussage.

Doch wenn ich es richtig verstanden habe, sollen diese Personaleinsparungen erst in der nächsten Legislaturperiode erfolgen, also weit nach einer Zeit, wo das noch Ihr Problem sein wird, Herr Ministerpräsident. Ich frage mich auch, wo denn die großartigen Sparvorschläge der Ressorts sind, die immerhin schon einen Tag nach der Wahl hätten vorliegen sollen – jene Vorschläge, mit deren Fehlen bei den Sozialdemokraten Sie den Bruch der großen Koalition begründet haben. Wir haben gesagt, wie das geht, z. B. mit einer entschlossenen Verwaltungsstrukturreform, die an Ihnen gescheitert ist, z. B. mit Kürzungen bei der Gießkannenförderung der millionenschweren einzelbetrieblichen Förderprogramme, z. B. durch glasklaren Vorrang für Bildung, Kinderbetreuung und Klimaschutz gegenüber allen anderen Feldern.

Bei Ihnen: Fehlanzeige. Das einzig Konkrete fand ich in Ihrer schon zitierten Rede. Dort sagten Sie, dass Vereine und Verbände nur noch bei Projekten gefördert werden. Was bedeutet dass? Unsicherheit für die dort Beschäftigten, Unsicherheit für die Vereine und Verbände und eine

zunehmende Abhängigkeit vom politischen Goodwill respektive der konservativen Grundausrichtung.

Es öffnet Tür und Tor für selektive politisch gesteuerte Förderung, wer mault fliegt raus – galt für Frau Wiedemann und gilt dann auch für nicht konforme gesellschaftliche Arbeit.

Und was sagt der Herr Ministerpräsident?

Wir könnten uns halt leider z. B. die bescheidene Hilfe für Folteropfer nicht mehr leisten, die als Flüchtlinge hier leben - ausgerechnet dieses Beispiel, Herr Carstensen, haben Sie kürzlich genannt - dafür würde ich mich an Ihrer Stelle schämen.

Vielleicht verhilft Ihnen ja der heutige Buß- und Bettag zu neuen Einsichten, es wäre zu hoffen.

VI. Umwelt- und Energiepolitik

Eine Wende wollen Sie offenkundig auch im Umwelt- und Energiebereich einleiten. Ihr angeblich sicherer Mix ist eben nicht sicher.

Mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke treiben Sie nicht nur ein Spiel mit der Gesundheit und dem Leben der Menschen in diesem Land, wenn ich an die immer noch ungeklärte Endlagerung denke und an Jahrtausende lange strahlenden Müll, den wir unseren Nachkommen hinterlassen. Selbst dem Land Schweden ist die Technologie zu unsicher, um mit einer Garantie für einen möglichen GAU gerade stehen zu wollen. Und die CO2 Freiheit von Atomkraftwerken trägt auch nur so lange, so lange sie nicht die ganze Prozesskette inklusive Uranabbau mit einbeziehen.

Sie verhindern mit dem Blockieren von Förder-, Forschungs- und Leitungskapazitäten den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich fürchte, wir können uns gerade hier fünf verlorene Jahre nicht leisten. Auch hier wird der Druck der vielen kleinen Unternehmen in den Zukunftsbereichen auf diese Regierung zunehmen. Ich hoffe, er wird zusammen mit der Mehrheit der Bevölkerung ausreichen, um Sie zu einem Umdenken zu bewegen. Wir müssen raus aus den Monstertechnologien, hin zu mehr Energiesparen, Energieeffizienz und den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Ich fürchte aber, dass Sie der finanziellen Lobbymacht der großen Energiekonzerne nichts Ausreichendes entgegensetzen können und wollen. Ein Zukunftskonzept für die Energieversorgung, die Versorgungssicherheit und Klimaschutz wird wohl von der Opposition kommen müssen!

Ihre sonstigen Ausführungen zur Umweltpolitik sind blumig und von dem verfehlten Glauben beseelt, dass Umweltpolitik ja vernünftig sei und sie deswegen schon jeder irgendwie machen werde – Freiheit beim Umweltschutz führt im überwiegenden Teil der Fälle zur Umweltzerstörung. Und wie sich Ihre Aussage, Sie wollen den Flächenverbrauch minimieren, mit den neuen Freiheiten im Landesentwicklungsplan vertragen soll, bleibt eines der vielen Geheimnisse der neuen Regierung.

Wir müssen diejenigen ernst nehmen, die sich von uns abwenden. Wir müssen eine Antwort für die haben, die bei dieser Wahl geglaubt haben, mit einer dem Egoismus frönenden Partei besser zu fahren. Wir müssen eine Politik entwickeln, die deutlich und glaubwürdig die

Lebenssituation der Mehrheit der Bevölkerung verbessert. Dazu sehe ich im Koalitionsvertrag dieser Regierung und in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, keinerlei Ansätze.

Sie stoßen die Frauen in diesem Land vor dem Kopf, indem Sie sie in die zweite Reihe verdammen und erst nach nachhaltigem öffentlichen Protest eine Landwirtschaftsministerin aus dem Hut zaubern, die ich zwar aus meiner Zeit im Finanzministerium schätze, die den fatalen Eindruck aber nicht mehr widerlegen konnte: Übrigens können Sie die Definition von Kabinett auf der Seite Ihrer Bundeskanzlerin nachlesen: Es ist der Regierungschef und die Ministerinnen und Minister. Hier soll Politik ohne die Hälfte der Bevölkerung gemacht werden. Gleichstellungspolitisch ist Ihr Kabinett wieder auf dem Stand von Mitte der 50er Jahre, übrigens in feiner Eintracht mit Ihrem neuen Traumpartner.

Was der neue Justizminister von Gleichstellung und Integration hält, hat er auf peinliche Weise beim ersten Auftritt im Innen- und Rechtsausschuss ja schon wissen lassen.

Mit diesem Kabinett werden aber auch jene verprellt, die ein Mindestmaß an Solidität von einer Regierung erwarten. Sie halten einen Finanzminister im Amt, der beim Krisenmanagement in Sachen HSH-Nordbank kläglich versagt hat, so dass Sie ihm konsequenterweise die Zuständigkeit entzogen haben. Herr Kubicki kann sich das Lachen ja kaum verbeißen und hat Sie in einer Weise bloßgestellt, die bei Ihnen noch Sehnsucht nach früheren Kabinettskollegen auslösen wird.

Wo ist eigentlich Ihr Rest an Selbstachtung, Herr Finanzminister Wiegard, dass Sie es vorziehen, auf Ihrem Stuhl sitzen zu bleiben anstatt unter diesen Umständen zurückzutreten? Wahrscheinlich braucht Sie aber der Regierungschef noch als Deichlinie für die Zeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Sie ernennen jemanden zum Innenminister, dessen größte Leistung der letzten vier Jahre etwa 600 Seiten leeres Papier gewesen sind. Vom Entbürokratisierungsstaatssekretär zum Innenminister: Jetzt kann man endlich Schülerinnen und Schülern das Peter-Prinzip anschaulich erklären. Sie fürchten auch dessen rechtskonservatives Verständnis von Innenpolitik offenkundig so, dass Sie ihm die Zuständigkeit für den Ausländerbereich lieber entzogen haben. Wir werden darauf achten, wie es denn mit der Innen-, Rechts- und Ausländerpolitik in der Praxis weitergeht. Von schwarz-gelb in Niedersachsen wissen wir, dass auch die FDP eine reaktionäre Ausländerpolitik betreiben kann und es war der FDP-Innenminister Wolf in der schwarz-gelben Regierung in Nordrhein-Westfalen, der das bundesweit erste Gesetz zur Online-Durchsuchung eingebracht hat, das Karlsruhe zum Glück kassiert hat, und eine liberale Innen- und Rechtspolitik in der schwarz-gelben Regierung Baden-Württembergs kann man auch mit der Lupe suchen.

Sie ernennen einen Sozialminister, der noch vor kurzem wie ein Derwisch aufgesprungen ist und - wie in der Tagesschau zu sehen - Frau Trauernicht zugerufen hat, man möge doch bitte ihm endlich die Zuständigkeit für Krümmel geben, weil er dann zeigen könne, wie man das besser macht, und von dem wir nun hören müssen, dass er alles daran gesetzt hat, jene Zuständigkeit eben nicht zu bekommen.

Nein, Herr Ministerpräsident, Ihr erstes Auswahlkriterium für das Kabinett war ganz offenbar, möglichst Mitstreiter zu finden, die nicht stärker sind als Sie selbst. Das war schwierig, ist Ihnen aber doch beinahe gelungen.

Wir wollen den neuen Ressortchefs gern die übliche 100-Tage-Frist einräumen, aber Ihr Kabinett, Herr Ministerpräsident, erweckt nun wirklich nicht den Eindruck, dass wir in Schleswig-Holstein von den besten regiert werden, die wir haben. Und Herr Dr. Klug, wenn jetzt Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und die Eltern verprellt werden, die der Zusage von Herrn Carstensen, an der Schulstruktur werde nicht wieder herumgedoktert, geglaubt haben und nun klammheimlich eine Wende eingeleitet wird, dann wird Sie dies noch einholen.

Sie enttäuschen jene, die den Steuersenkungsversprechen der FDP geglaubt haben, haben die Lübecker Nachrichten vor wenigen Tagen alles geschrieben, was zu schreiben und zu sagen wäre. Da nützen auch die lautstarken Einlassungen von Herrn Carstensen und Herrn Koppelin aus den letzten Tagen nichts. Für wie vergesslich halten Sie eigentlich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land?

Gleichzeitig versprechen Sie allen und jedem, die sich laut wehren, die Lösung ihrer Probleme – die Taktik mag für eine kleine Oppositionspartei gefahrlos sein, für eine Regierung ist dies fahrlässig. Ist das Ihr Verständnis von Hilfe zur Selbsthilfe? Derjenige, der am lautesten schreit und am meisten Geld in eine Kampagne stecken kann, bekommt Recht?

Es ist weitgehend im dunkeln, wohin die Reise gehen soll, doch die Zeichen, die zu sehen sind, verraten leider einen nur zur eindeutigen Kurs: Sie starten als eine schlecht verbrämte Rechtskoalition und es spricht alles dafür, dass Sie eine Politik für die Besserverdienenden und Vermögenden in diesem Land machen werden.

Ich will an dieser Stelle sagen: Immer, wenn Sie etwas Vernünftiges für dieses Land und seine Menschen vorschlagen werden, so wollen und werden wir das unterstützen. Eine Fundamentalopposition ist unsere Sache nicht. Aber meine Hoffnung, dass wir oft dazu Gelegenheit haben, ist trotz einiger guter Passagen in Ihrer Regierungserklärung leider sehr begrenzt.

Ein Philosoph hat einmal folgendes formuliert: Ich denke nicht an die Zukunft, sie kommt früh genug.

Das, Herr Ministerpräsident, wäre eine ehrliche Überschrift für Ihren Koalitionsvertrag und Ihre Regierungserklärung gewesen.

Schöne Worte und die Verwendung schöner, aber falscher Überschriften verdecken vor allem aber die zwei zentralen Ziele Ihrer Regierung: den Rollback in vielen Politikbereichen und den Vorrang für den Eigennutz.

Bei Ihnen weiß man nie, wie lange Legislaturperioden dauern - ich finde aber, Schleswig-Holstein steht vor fünf verlorenen Jahren – leisten können wir uns das nicht!

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 19.11.2009, 14:05 Uhr - 3031 Clicks - Nr. 1296*

Glückwunsch zum Wahlerfolg in Nordschleswig
Der Vorsitzende des Arbeitskreises Europa und Minderheiten der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer hat in zwei Briefen der Schleswigschen Partei und den dänischen Sozialdemokraten zu deren Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen in Nordschleswig gratuliert:

Angesichts des sehr guten Ergebnisses, das die SP erreicht hat, bleibt nur eine Bewertung: ein Spitzenergebnis! Gerade die politische Vertretung der Minderheit hat angesichts der Kommunalreform überzeugend dargelegt, dass sie als Interessenvertretung zielorientiert und mit großem Vertrauen gearbeitet hat. Mehr Mandate bedeuten mehr Einfluss, auch in der Grenzregion, auf die eine Reihe wichtiger politischer Entscheidungen zukommen wird.

Wir freuen uns, dass die dänischen Sozialdemokraten in Sønderjylland, mit denen wir in einem gemeinsamen Arbeitskreis zusammenarbeiten, stärkste politische Kraft in den vier Wahlkreisen in Nordschleswig geworden sind. Damit ist Kontinuität auch in der grenzüberschreitenden Arbeit zwischen den Sozialdemokraten aus Dänemark und Schleswig-Holstein gesichert. Arbeitsmarkt, Verkehrs- und Sozialpolitik bleiben weiterhin Schwerpunkte der gemeinsamen Kooperation.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.11.2009, 15:30 Uhr - 1344 Clicks - Nr. 1297*

Wettbewerb zur ganzheitlichen touristischen Ortsentwicklung
Die Landeshauptstadt Kiel und die Gemeinden an der Kieler Förde haben für die Projektskizze zur Weiterentwicklung des Touristenziels Kieler Förde - einen von zwei ersten Preisen im Wettbewerb zur ganzheitlichen touristischen Ortsentwicklung, ausgeschrieben vom schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium erhalten.
Damit verbunden sind 90.000 Euro für die Vertiefung der Projektskizze. Dazu erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Gesa Langfeldt, und der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann:

„Dieser Preis ist ein toller Erfolg für die LH Stadt Kiel und ein gutes Beispiel dafür, wie an der Kieler Förde eine erfolgreiche und gute Zusammenarbeit funktionieren kann.
Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der FÖRDEREGION muss nun auf andere Bereiche ausgedehnt und verstetigt werden, denn wer wirtschaftlichen Erfolg haben will, muss in regionalen Zusammenhängen denken und handeln.

Kiel hat gezeigt, dass es Motor für eine touristische Entwicklung sein kann, die der FÖRDEREGION und dem Land zu Gute kommt. Das Land hat die touristische Bedeutung Kiels gesehen und erkannt."

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 19.11.2009, 16:07 Uhr - 46022 Clicks - Nr. 1298*

„EU-Förderungen sind keine Ramschware"
Ankündigung des Ministerpräsidenten gefährdet Arbeitsplätze

Kiel: Mit Unverständnis hat die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust auf die Ankündigung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten reagiert, zukünftig auch auf EU-geförderte Projekte unter anderem im Fremdenverkehr, im ländlichen Wegebau aber auch in der Arbeitsmarktpolitik verzichten zu wollen.
In seiner am Mittwoch vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gehaltenen Regierungserklärung hatte Peter Harry Carstensen mit dem Hinweis „nicht jedes Sonderangebot des Bundes und der EU ist für Schleswig-Holstein in Zukunft noch ein Schnäppchen" angekündigt, die Co-Finanzierung von Projekten in den genannten und weiteren Bereichen auf den Prüfstand zu stellen.

„Zum einen nehme ich Anstoß an Carstensens Formulierungen: schließlich handelt es sich bei den EU-Förderungen nicht um Ramschware, sondern um Geld der europäischen und damit nicht zuletzt auch der deutschen Steuerzahler", erklärte Rodust. „Zum anderen kann ich nur eindringlich davor warnen, durch diese Politik Arbeitsplätze und Zukunftschancen von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern zu gefährden!" Oft genug seien es in der Vergangenheit gerade die co-finanzierten EU-Programme gewesen, die in Schleswig-Holstein entscheidende Impulse gegeben hätten, so Rodust weiter.

Auch Carstensens Absage an eine vermeintliche „Automatik" in der Co-Finanzierung von EU-Förderprogrammen erschließt sich Rodust nicht: „Das klingt, als verlange Brüssel von Schleswig-Holstein die unkritische und ungeprüfte finanzielle Beteiligung an eventuell unsinnigen Projekten. Das Gegenteil ist der Fall: Schließlich liegt die Ausgestaltung der Förderprogramme in der Verantwortung der Landesregierung, die damit natürlich auch für deren Nachhaltigkeit gerade zu stehen hat."

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Eva Zunder, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Europabüro von Ulrike Rodust, 0171-78 30 130, presse@ulrike-rodust.eu. Unter www.ulrike-rodust.eu finden Sie im Pressebereich Fotos der Abgeordneten zum Download.

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 19.11.2009, 19:44 Uhr - 4337 Clicks - Nr. 1299*

Niedersächsische Kommunen sind uns in Sachen Krümmel voraus

Die Tatsache, dass in Niedersachsen neun Kommunen in der Region des südlichen Elbufers politisch die endgültige Abschaltung des Kernkraftwerkes Krümmel gefordert haben, ist aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg ein Beweis dafür, dass dort die Kommunalpolitiker denen im Kreis um einiges voraus sind. SPD-Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage: „Es ist schon beeindruckend, dass unabhängig von der politischen Herkunft die Gemeinden Adendorf, Amelinghausen und die Samtgemeinden Bardowick,

Dahlenburg, Ostheide, Scharnebeck und Elbmarsch sich dazu durchgerungen haben, eine endgültige Abschaltung des Pannenreaktors Krümmel zu fordern. Immerhin ist dies ein deutlicher Beweis einer politischen Meinungsäußerung im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Region, nachdem bereits die Stadt Lüneburg und der Landkreis Lüneburg entsprechende Beschlüsse gefasst haben."

Schlage weiter: „Einmal mehr wird deutlich, wie bedauerlich es ist, dass es im Lauenburgischen Kreistag in der vorletzten Sitzung nicht zu einer entsprechenden Willensäußerung gekommen ist, weil CDU und FDP trotz aller Geschehnisse und Versäumnisse um den Pannenreaktor Krümmel dieses in der politischen Diskussion ausblenden und allein wirtschaftspolitische Interessen bei der Meinungsfindung eine Rolle gespielt haben und nicht die Verunsicherung und der Vertrauensverlust nach der Pannenserie."

„Nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion ist es schwer vermittelbar, dass parteipolitisch übergreifend offensichtlich hier die Elbe als Grenze eine entscheidende Rolle zu spielen scheint - politisch inhaltlich schwer zu begründen und für die um Krümmel herum wohnenden Bürger besonders nicht nachvollziehbar", so Annemarie Argubi-Siewers, Geesthachter Kreistagsabgeordnete.

Argubi-Siewers weiter: „Die jüngsten Erkenntnisse über den Betreiber Vattenfall bei der Frage der „Einordnung" einzelner Krümmel-kritischer KommunalpolitikerInnen durch Vattenfall-MitarbeiterInnen ist mit Sicherheit alles andere als ein Beitrag zur Vertrauensbildung gewesen."

Gunar Schlage: „Es tauchen Dossiers auf - gefertigt von einer ehemaligen Vattenfall-Mitarbeiterin, die das Unternehmen vor einigen Monaten verlassen hat, trotzdem aber weiter für das Unternehmen tätig ist. Ziemlich undurchsichtig - ich verstehe es nicht so ganz!"

Die beiden Sozialdemokraten abschließend: „Wir bedauern, dass im Kreis trotz aller Geschehnisse politisch bei schwarz/gelb beim Thema Krümmel der Verdrängungs-prozess nach wie vor anhält. Beruhigend wirkt auch nicht, dass Vattenfall ernsthaft Ende Juni die Wiederinbetriebnahmeanstrebt."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.11.2009, 11:37 Uhr - 1210 Clicks - Nr. 1300*

Schließung der Bundesbankfiliale in Kiel

Zur Ablehnung der Dringlichkeit der Resolution gegen die Schließung der Bundesbankfiliale in Kiel

Zur Ablehnung der Dringlichkeit der Resolution gegen die Schließung der Bundesbankfiliale in Kiel Schulen erklären der personalpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dirk Sievers, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Mit Unverständnis nehmen wir das Abstimmungsverhalten der Fraktionen von CDU und FDP zur Kenntnis. Anstatt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesbandfiliale in Kiel den Rücken zu stärken, wird mit fadenscheinigen Begründungen die Dringlichkeit dieses wichtigen Antrages abgelehnt. Wir glauben nicht, dass es ausreicht, wenn sich allein der Ministerpräsident für den Erhalt der Bundesbankfiliale in Kiel engagiert.

Es ist notwendig, dass sich Kiel gegenüber dem Bund in dieser Frage schnell und eindeutig positioniert. Wir müssen schnell ein Zeichen dafür setzen, dass die Bargeldversorgung und die damit im Zusammenhang stehenden Serviceleistungen für die Wirtschaftsunternehmen, insbesondere der Kreditwirtschaft und des Einzelhandels in Kiel sichergestellt bleibt.

Andere betroffene Regionen haben sich politisch eindeutig und gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg geäußert. Nur in Kiel wird von schwarz-gelb ein Einsatz für den Erhalt der Bundesbankfiliale blockiert."

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 20.11.2009, 13:38 Uhr - 2269 Clicks - Nr. 1301*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte
Am Donnerstag, den 26.11.2009 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.
In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 20.11.2009, 13:50 Uhr - 6685 Clicks - Nr. 1302*

Karten auf den Tisch, und zwar jetzt!
Die SPD habe sich immer für eine wirksame Schuldenbegrenzung ausgesprochen, betont die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen. Diese sollte jedoch in der Landesverfassung verankert werden – nach intensiver Beratung. Während es Schwarz-Gelb vor der Wahl nicht schnell genug gehe konnte, soll das Thema jetzt auf die lange Bank geschoben werden.
Konkrete Vorschläge sollen lediglich in einer „Haushaltsstrukturkommission" unter Ausschluss der Opposition beraten werden, kritisiert sie. Bis 30. Januar soll die Klage gegen das Verschuldungsverbot im Grundgesetz eingereicht sein. Herdejürgen fordert von der Landesregierung zudem die Vorlage einer mittelfristigen Finanzplanung sowie ein Konzept, wie der Abbau der Neuverschuldung konkret erfolgen soll.

Die Rede im Wortlaut:

Wir haben ein Neuverschuldungsverbot im Grundgesetz verankert. Die SPD hat sich immer für eine wirksame Schuldenbegrenzung ausgesprochen. Allerdings – auch das war für uns immer klar und darüber waren sich alle Fraktionen in der beendeten Legislaturperiode einig –: Es gehört, soweit es den Schleswig-Holsteinischen Haushalt betrifft, in unsere Landesverfassung, nicht ins Grundgesetz.

Deshalb hat der Landtag seinerzeit beschlossen,

sowohl eine **Schuldenregelung in die eigene Verfassung** zu schreiben
als auch dagegen **zu klagen, dass der Bund** die Handlungsspielräume des schleswig-holsteinischen Haushaltsgesetzgebers beschneidet.

Vor zwei Monaten konnte es der CDU gar nicht schnell genug gehen: „Das Jamaika-Bündnis aus CDU/FDP und Grünen ist heute mit dem verantwortungsbewussten Versuch, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung einzuziehen, an der SPD gescheitert", polterte der frühere CDU-Fraktionsvorsitzende Johann Wadephul am 16. September im Landtag – und das nur, weil die SPD darauf bestanden hatte, **eine Schuldenbremse nicht im Schnelldurchgang vor der Landtagswahl durchzupeitschen**, sondern, dem Ernst eines substanziellen Eingriffs in die Verfassung angemessen, ein vernünftiges Gesetzgebungsverfahren durchzuführen. „Wir müssen die Welt in Schleswig-Holstein nicht neu erfinden", sekundierte Finanzminister Rainer Wiegard; schließlich habe man drei Jahre lang in der Föderalismuskommission intensiv darüber diskutiert.

Das war vor der Wahl. So schnell geht es nach der Wahl offenkundig nicht mehr.

Jetzt erfahren wir aus dem Antrag von CDU und FDP, dass eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ohnehin nicht ohne einen vorherigen „sachgerechten" Plan zur Haushaltskonsolidierung möglich ist, und diesen Plan hat der alte und neue Finanzminister, trotz „dreijähriger intensiver Diskussion", nicht etwa bereits vorbereitet, nein: „zeitnah" soll er vorgelegt werden, sprich: wenn er irgendwann fertig ist. Wir haben in unserem Antrag konkrete Termine benannt.

Was das eine mit dem anderen zu tun hat, weiß allein die Koalition. Wir werden **ab 2011 hart konsolidieren** müssen und wir werden das auf Basis eines Neuverschuldungsverbots tun müssen. Am 15. Juli hat der Landtag beschlossen, dass die Neuverschuldung ab 2011 jährlich um 10 % gesenkt wird und dass spätestens ab 2020 auch ohne bundesgesetzlichen Zwang jeder Landeshaushalt in wirtschaftlichen Normallagen ohne die Aufnahme neuer Schulden auskommen soll. Nun wollen CDU und FDP, dass erstmal **die Mai-Steuerschätzung abgewartet und dann ein „langfristiger Abbaupfad" vorgelegt** werden soll.

Konkrete Vorschläge sollen in einer „Haushaltsstrukturkommission" unter Ausschluss der Opposition beraten werden. Der Ministerpräsident hat **harte Einschnitte angekündigt**, ist Antworten auf die Frage, wie diese aussehen sollen, jedoch bislang schuldig geblieben.

Er werbe um die „Willenskraft der Abgeordneten, die diese Regierung tragen", sagte er am Mittwoch in der Regierungserklärung. Damit wird er gut beschäftigt sein, denn um die Willenskraft der CDU-Abgeordneten und Regierungsmitglieder war es bislang eher bescheiden bestellt, wenn es darum ging, Beschlüsse in den Wahlkreisen zu verantworten; ich denke nur an die Verwaltungsstrukturreform.

Der Ministerpräsident formuliert, wo er *Butter bei die Fische geben* sollte, eher nebulös: „Interessen einzelner Verbände müssen zurückstehen für das Gemeinwohl!", also nicht näher benannte „Naturschutzverbände, Sozialverbände, Sportverbände, aber auch Kammern und Stiftungen".

Und darüber wollen die CDU, die immerhin schon viereinhalb Jahre Zeit zum Üben hatte, und die FDP, die immer schon alles besser wusste, noch keine konkreten Vorstellungen haben? Eine Kommission soll's richten, aber noch nicht dieses Jahr, sondern nächstes? Das ist wenig

glaubwürdig. Wir meinen: Die Regierung soll die Karten auf den Tisch legen. Jetzt.

Der Konsolidierungspfad wird sich an der Verfassung orientieren müssen, nicht umgekehrt. Und was mehr braucht man, um einen **Vorschlag für eine vernünftige Formulierung in der Verfassung** vorzulegen? Einen Vorschlag, den der Landtag dann in seinen Ausschüssen berät, und der letztlich in eine Entscheidung münden wird, die ein sorgfältig erarbeitetes und breit akzeptiertes Verschuldungsverbot in unserer Verfassung verankert.

Denn eine Einschätzung des Kollegen Kubicki teile ich nicht: Keine Fraktion, sagte er im September, könne sich „mit der politischen Ausrede aus der Affäre ziehen, dass noch großartiger Anhörungsbedarf zu diesem Gesetzentwurf besteht."

Wir meinen, dass eine Änderung der Verfassung, **die künftige Generationen über viele Jahre bindet und die erhebliche Auswirkungen auf die langfristigen Finanzplanungen haben wird**, auch der Mitwirkung breiter Teile der Gesellschaft bedarf. Wir wollen, wie wir es bei anderen Gesetzen auch unterhalb von einer Verfassungsänderung ebenfalls tun, ein vernünftiges Anhörungsverfahren durchführen.

Und aus sozialdemokratischer Sicht, das möchte ich sehr deutlich sagen, sind Anhörungen nicht „politische Ausreden", sondern wir schätzen sie als Instrument zur Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen! Das mag die FDP anders sehen.

Gestern, am 19. November, haben sich die Fraktionen beim Landtagspräsidenten darauf verständigt, dass in Umsetzung des Landtagsbeschlusses **bis zum 30. Januar die Klage gegen das Verschuldungsverbot im Grundgesetz eingereicht** wird.

Nicht akzeptabel wäre für uns, wenn die CDU nun zuerst die Vorlage eines konkreten Vorschlags mit den erstaunlichsten Begründungen herauszögerte, um danach mit nicht minder merkwürdigen Argumenten auf ein beschleunigtes Verfahren ohne Anhörung und Beteiligungsmöglichkeiten zu dringen. Ein Eilverfahren werden wir dieser Frage ebenso wenig akzeptieren, wie wir es im September getan haben.

Die Äußerungen des Kollegen Koch vom 10. September, nach denen für die CDU eine Schuldenbremse in der Landesverfassung noch vor der Klageerhebung stehen müsse, sind mir noch im Ohr.

Wir sollten jetzt, damit ist es uns ernst, zügig und mit aller gebotenen Sorgfalt eine Schuldenregelung für unsere Landesverfassung beraten und deutlich machen, dass wir zu unseren Beschlüssen stehen. Wir fordern die Landesregierung auf, **bis Januar einen Formulierungsvorschlag vorzulegen**.

Wir fordern, dass die Regierung **endlich eine mittelfristige Finanzplanung** vorlegt. Schließlich ist der Finanzminister nicht neu im Amt und gerade der notwendige Konsolidierungspfad sollte im Parlament intensiv diskutiert werden.

Man kann nicht einerseits Verantwortung des gesamten Parlaments einfordern und es auf der anderen Seite möglichst lange aus den jeweiligen Entscheidungsprozessen heraushalten. Die Festlegung von Zeiträumen für die Konsolidierung, die Steuerungsinstrumente, der Umgang mit konjunkturellen Schwankungen - all das **bedarf der Mitwirkung des gesamten Parlaments**. Es geht um substanzielle Änderungen und es geht um ihre Umsetzung, und zwar

für einen langen Zeitraum. Gerade die Vorschläge der FDP in Bezug auf die Ausgestaltung der Detailregelungen würden wir sehr gern hören und frühzeitig in die Beratungen einbeziehen.

Die Landesregierung weiß nun schon etwas länger,
dass eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen werden soll und
dass der Landtag ein Konzept erwartet, **wie der Abbau der Neuverschuldung** konkret erfolgen soll.

Das haben wir gemeinsam beschlossen und dazu muss man, wie Minister Wiegard ausführte, die Welt nicht neu erfinden. Für die Verzögerungsversuche und das Herumgeeiere der Koalition habe ich wenig Verständnis.

Legen Sie Ihr Konzept vor, legen Sie einen Formulierungsvorschlag für die Landesverfassung vor und lassen Sie uns dann konkret in die Diskussion einsteigen!

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 20.11.2009, 13:50 Uhr - 48280 Clicks - Nr. 1303*

Schwarzgelbe Koalition setzt in Kiel deutliches Zeichen: Eigen- vor Gemeinsinn
Zur Aufhebung der Vergütungsbegrenzung für HSH Nordbank Vorstandsgehälter im Schleswig-Holsteinischen Landtag erklärt der stellvertretende SPD Landesvorsitzende Andreas Breitner:

"Während der Ministerpräsident am Mittwoch Morgen im Landtag noch von den Kommunen, den Vereinen und Verbänden und den Beschäftigten Einsparungen abverlangt und Einschnitte ankündigt hat, schafft es die schwarzgelbe Rechtskoalition am frühen Abend dann der HSH Nordbank gegen die Stimmen der Opposition einen Blankoscheck auszustellen: Die armen notleidenden Vorstände der HSH dürfen nun endlich wieder offen mehr als 500.000 € im Jahr verdienen. Die unredlichen Verrenkungen vom ehemaligen Chef der Deutschen Bank und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper haben gegen unsere Stimmen nun die Zustimmung der neuen Regierung erhalten.

Dies ist nicht nur eine 180 Gradwende zu dem, was CDU und FDP vor der Wahl mit beschlossen und gesagt haben. Das Parlament hatte in diesem Jahr ihre finanziellen Hilfen für die HSH deutlich an diese Obergrenze gekoppelt. So heißt es im Protokoll des Finanzausschuss vom 3. September 2009: „FDP-Abgeordneter Kubicki erwarte, dass es, solange die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank (Bad Bank und Good Bank) nicht wieder hergestellt sei, keine zusätzliche Vergütung über die Grenze von 500.000 € hinaus gebe.“ Dieses Verhalten ist eine Verhöhnung all jener, die in dieser Wirtschaftskrise ihren Job zu verlieren drohen, die auf Weihnachtsgeld und Lohnerhöhungen verzichten oder gar den Wahlversprechen von schwarzgelb vertraut haben. Es ist eine Verhöhnung all jener ernsthaften Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort, die verzweifelt überlegen, wo sie in ihren Städten und Gemeinden noch Geld einsparen können. Deutlicher kann man Umverteilung von unten nach oben kaum betreiben. Da er selbst es nicht tut, kann man sich für die Doppelzüngigkeit des Herrn Kubicki nur noch “fremdschämen“."

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 20.11.2009, 22:58 Uhr - 1681 Clicks - Nr. 1304*

Leserbrief zur gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses am 18.11.09

Petra Gehrke Reinfeld, 19.11.2009
Theodor-Storm-Str. 14
23858 Reinfeld
Tel.: 04533-4362

Lübecker Nachrichten

Leserbrief zur gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Hauptausschusses am 18.11.2009
Ich habe am Mittwoch, d. 18.11.09 um 19.00 Uhr als Hauptausschussmitglied an der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Hauptausschuss teilnehmen wollen was erst ab 20.15 Uhr möglich war.
Ich möchte hiermit meine Wahrnehmung und meine Empfindungen als betroffener Mensch schildern, der seit Jahren viele Stunden seiner Freizeit dafür hergibt, um für **alle** Reinfelder Bürgerinnen und Bürger da zu sein und sich zum Ziel gesetzt hat, die Belange der Stadt zum Guten zu entwickeln. Ich arbeite an vielen Abenden mit Menschen zusammen, egal ob SPD oder CDU, die das gleiche Ziel verfolgen. Ich arbeite mit einem Bürgermeister zusammen, der sich dafür aufreibt, die Stadt zu entwickeln, liebens- und lebenswerter zu machen, die Angebote zu vervielfältigen und schon viel erreicht hat. Ich nenne da die Kooperative Gemeinschaftsschule, den Bau der Einrichtung für betreutes Wohnen, die im Bau befindliche Promenade am Herrenteich und die in Angriff genommene Bahnquerung, die seit Jahrzehnten diskutiert wird und nun endlich umgesetzt werden soll. Es ist erwiesen, dass jeder Euro aus öffentlicher Hand fünf Euro Investitionen aus privater Hand nach sich ziehen.
Im Zusammenhang mit der Ansiedlung des von vielen Bürgern gewünschten Penny-Marktes kann ich betroffene Kinder und Eltern sehr gut verstehen, dass sie wütend und enttäuscht reagieren, wenn sie hören, dass sie große Flächen ihres liebevoll gestalteten und von der Stadt zur Verfügung gestellten Schulgeländes wieder abgeben sollen.
Ich nehme mir als Mensch aber auch das Recht heraus, wütend und enttäuscht über das gestrige Verhalten der vielen Eltern zu sein. Die Schulelternvertreterin versuchte, in einen vernünftigen Dialog mit Herrn Horn und anderen Stadtvertretern zu kommen, was jedoch an der Lautstärke, an den gebrüllten Unterstellungen und Pöbeleien scheiterte. Ich bin enttäuscht darüber, dass kein Interesse an Sachverhalten bestand, die der Bürgermeister erläutern wollte.

Ich finde, es ist das gute Recht aller Bürgerinnen und Bürger, für persönliche Interessen einzutreten und ich begrüße Engagement, wenn es zustande kommt. Doch jeder Mensch sollte auch akzeptieren, dass andere Menschen auch andere Bedürfnisse und Ziele haben. Das hat einfach mit Achtung dem Nächsten gegenüber zu tun, denn meine Freiheit hört da auf, wo die Freiheit des anderen beginnt.

Petra Gehrke

Keine Kommentare

SPD-Elmschenhagen - *veröffentlicht am 21.11.2009, 10:35 Uhr - 2628 Clicks - Nr. 1305*

Protest über Aufgabe der Postfiliale in Elmschenhagen

Der SPD-Ortsverein Elmschenhagen-Kroog protestiert gegen die Aufgabe der eigenbetriebenen

Postfiliale in Elmschenhagen. Er kritisiert zugleich die Informationspolitik der Deutsche Post AG.
Ohne Vorankündigung mussten die Postkunden in dieser Woche in Elmschenhagen feststellen, dass die Postfiliale am Bebelplatz in den benachbarten Supermarkt verlegt worden ist. „Dies ist ein Ding der Unmöglichkeit", kritisierte die Ortsvereinsvorsitzende Gesa Langfeldt. „Nicht einmal der Ortsbeirat wurde über die Absichten der Post informiert", so Gesa Langfeldt weiter.
Wie der Elmschenhagener SPD-Vorstand erfahren hat, wurde die Stadt zwar im März von der Absicht informiert, bis 2011die posteigenen Filialen in Kiel in „partnerbetriebene" Filialen umzuwandeln, jedoch traf das Vorgehen der Post die Elmschenhagener wie ein Blitz aus heiterem Himmel.
Unklar ist bei dieser Umwandlung immer noch, was mit dem Finanzcenter der Postbank am Bebelplatz geschehen wird. Der SPD-Ortsverein fordert daher eine unbedingte Sicherstellung der Geldversorgung der Postbankkunden vor Ort, wie dies bisher am Bebelplatz der Fall war.
Der SPD-Ortsverein will sichergestellt wissen, dass Post- und Postbankdienstleistungen in Elmschenhagen mit einem Einzugsgebiet von ca. 20.000 Menschen nach wie vor ausreichend und angemessen angeboten werden.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 22.11.2009, 19:26 Uhr - 3950 Clicks - Nr. 1306*

Energetische Nutzung von Bioabfällen - eine Chance für den Klimaschutz!
Heinz Hartmann, Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Der Kreis Stormarn steht einmal mehr vor einer wichtigen Entscheidung: Wollen wir die Abfälle aus der Biotonne und den Grünschnitt energetisch nutzen und dadurch einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz vor Ort leisten? Dieses können wir nur auf Grund der Mengen mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg gemeinsam machen.

Bisher wurden die Bioabfälle direkt meistens vor Ort kompostiert und vermarktet. Zukünftig wäre es möglich an einem zentralen Ort der beiden Kreise eine Technik zu installieren, mit der wir in der Lage sind, bis zu 30000 Mg Bioabfälle zu behandeln und zu einer energetischen und Wärmenutzung über Blockheizkraftwerke zu kommen.

Also könnten wir den erzeugten Strom in die Netze einspeisen und die Fernwärme möglichst ortsnah in Haushaltungen/Schwimmbäder oder andere wärmeabnehmende Objekte abführen. Sicherlich sind dabei zumindest anfänglich Kosten verbunden, die auch bis zu 2,50 € pro Jahr pro Entgeltzahler zu Buche schlagen könnten. Aber langfristig kann es hierbei auch zu einem Nullsummenspiel kommen. Wir haben aber eine Chance, einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten, denn wir würden eine CO2 -Verminderung von bis zu 4800 Tonnen pro Jahr realisieren. Vollkommen kontraproduktiv zu diesen Möglichkeiten ist aber die Absicht der FDP, zukünftig die Abfallentgelte im Kreis Stormarn mit 19% Mehrwertsteuer zu belasten, wie es im Koalitionsvertrag gewünscht wird und dadurch die Bürger zwecks Bundeshaushaltssanierung mit erheblichen Kostensteigerungen belasten.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 22.11.2009, 21:16 Uhr - 2337 Clicks - Nr. 1307*

Braucht die SPD wirklich neue Köpfe?

„Neue Köpfe braucht das Land – Wie geht es weiter mit der SPD in Schleswig-Holstein?" war die natürlich provokativ gestellte Frage, mit der die Glinder SPD am vergangenen Dienstag zur letzten Monatsversammlung in diesem Jahr eingeladen hatte. Wie schon im Vormonat waren wieder 20 engagierte Mitglieder gekommen, um mit uns zu streiten, wie es mit unserer nach den letzten Wahlen schwer gezeichneten Partei weitergehen kann.

Vom anwesenden Kreisvorsitzenden Martin Habersaat – unserem neuen SPD-Landtagsabgeordneten aus Barsbüttel – wurde dabei den Glinder Genossen nicht nur noch einmal für ihre aktive Unterstützung beim Wahlkampf gedankt, sondern auch bestätigt, dass hier bei uns der letzte Ortsverein in Südstormarn etwas schafft, was es sonst so nicht mehr gibt: Eine seit Herbert Rübners Zeiten – also seit den 50er Jahren - regelmäßig jeden Monat stattfindende Mitgliederversammlung, die zudem zu den lebendigsten zählt, die er kennt. Dieses Lob nahmen wir gern zur Kenntnis und konnten darüber hinaus noch eines feststellen: Auch dieses Mal war wieder ein neues Gesicht zu begrüßen: Ein junger Gymnasiast „mit Migrationshintergrund", der erklärte, mitmachen zu wollen, weil er sich eine Integration in unserer Stadt wünscht. Zu viele seiner Landsleute seien zu passiv, er wolle mitmachen, um dabei zu sein, wenn wir – die SPD – trotz der erlittenen Niederlage uns neu finden. Im Sinne der von Norbert Schicketanz zitierten Worte von Klaus Wowereit, der „Glaubwürdigkeit beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit im Zentrum sozialdemokratischer Politik" sieht. Wie dieser müssten wir „Liberalität, Weltoffenheit und kulturelle Vielfalt" fordern. Schöne Worte zwar, aber richtige.

Keine Spur auch diesmal von Verzagtheit, „Rechte" wie „Linke" unserer Ortsvereinsmitglieder kamen zur Sache. Weil die Reinbeker Genossen – mit Blick auf den öffentlich gern so dargestellten Anti-Sympathie-Träger Ralf Stegner, der teilweise als „Hauptverantwortlicher" für die Wahlniederlage der SPD gilt – kurz nach der Wahl öffentliche eine Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz gefordert hatten, wurde hierzu Position bezogen. Hannes Kröger, Fraktionsvorsitzender der Glinder SPD und manche andere, wurden deutlich: „Mit ihm können wir keine Wahl gewinnen", er müsse die Doppelrolle aufgeben und trotz seiner unbestrittenen Kompetenz als „linker Frontmann" wegen seiner vom Wähler (oder der Presse?) nicht gemochten „arroganten Art" von einem anderen „Hoffnungsträger" ersetzt werden. Martin Habersaat berichtete, dass einige schleswig-holsteinische Kreisverbände genau dies auch gefordert hätten. Kröger blieb aber keineswegs unwidersprochen. Marietta Exner, Heinrich Imhoff, Martin Habersaat, Norbert Schicketanz und auch der Ortsvereinsvorsitzende Frank Lauterbach sahen es mit unterschiedlichen Argumenten anders: Stegner sei – wenn man ihn „parteiintern" (also nicht in den Medien bewusst „verzerrt") erlebe, eine faszinierende Persönlichkeit, freundlich und – gelegentlich – sogar locker und sympathisch. Sein Herz schlage sowieso links, für die Mitmenschen, die die SPD wieder erreichen müsse.

Zum Kern der Diskussion: Wen spricht die SPD heute eigentlich noch an? Wo sind die Jungen - mit Ausnahme des anwesenden Gymnasiasten? Wie erreichen wir sie, die durch die vergangene Politik Verprellten? „Wir sind doch besonders die Partei für die sozial Schwachen", wie Frank Lauterbach bekräftigte. „Daran müssen wir arbeiten, diese Menschen wieder davon zu

überzeugen, dass wir ihre Interessen leidenschaftlich vertreten, auch wenn nicht wir persönlich, aber die Regierungen Schröder/Grüne und Merkel/SPD in der Vergangenheit da einige Fehler gemacht haben."

Fazit: Die Behauptung unserer Partei gegen die Linken, die Grünen, ja auch gegen die inzwischen „sozialdemokratisierte" Union bis hin zur FDP wird Jahre dauern. Unsere Partei wird damit aber nicht überflüssig. Im Gegenteil, Sie muss sich aber verjüngen, die Diskussion um Ziele und Inhalte sozialdemokratischer Politik wird dauern, auch im eigenen Bundesland. Selbst eine Personaldebatte ist gut, so Martin Habersaat, sie sollte aber nicht pro oder contra Ralf Stegner gehen, sondern um Richtungen. Manfred Wagner fand die schlichten, richtigen Worte: „Wir brauchen wieder mehr soziales Profil für unsere SPD".

Norbert Schicketanz
SPD-Ortsverein Glinde

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 23.11.2009, 08:35 Uhr - 3071 Clicks - Nr. 1308*

Breitensport braucht sichere Finanzierung – Null Toleranz bei Doping durchsetzen
Zu den Ergebnissen der Sportminister-Konferenz in Travemünde erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die Ergebnisse der Sportministerkonferenz sind leider recht unkonkret. Das zeigt sich insbesondere bei der Sportförderung und beim Kampf gegen Doping.
Die schleswig-holsteinische Regierung hat angekündigt, das staatliche Glücksspiel-Monopol abschaffen zu wollen. Damit zerschlägt sie ein wichtiges Standbein der Sportfinanzierung. Sie – wie auch die Sportministerkonferenz und der schleswig-holsteinische Sportminister Schlie – lässt offen, wodurch es ersetzt werden soll. Zu erwarten sind also tiefe Einschnitte in der Sportförderung, aber Abhilfe gibt es nicht – die Sportminister ergehen sich vielmehr in Appellen; eine verbindliche Aussage gibt es nicht. Das gilt auch für die – richtige – Ächtung von Käfig-Kämpfen.

Jede Initiative, mehr Kinder aus sozial schwachen Familien in die Sportvereine zu holen, begrüßen und unterstützen wir. Auch dafür ist jedoch eine tragfähige Sicherung der Finanzierung der Vereine notwendig. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dagegen Einschnitte bei Vereinen und Verbänden angekündigt – die Sportvereine hat er davon nicht ausgenommen.

Wir unterstützen die Forderungen nach besserer Prävention gegen Doping im Sport. Allerdings drücken sich die Sportminister um eine Antwort auf die Frage, wie die gesetzlichen Bestimmungen für den Anti-Doping-Kampf verbessert werden können und wie konkret auf manche Sportverbände Einfluss genommen werden kann, um das Null-Toleranz-Prinzip auch tatsächlich durchzusetzen. Ebenso fehlt ein klares Signal zur Stärkung und finanziellen Absicherung der Arbeit der NADA (Nationale Anti-Doping-Agentur) durch die Länder.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 23.11.2009, 11:14 Uhr - 6778 Clicks - Nr. 1309*

Thönnes: Kinderrechte müssen auch vor Ort verwirklicht werden
20 Jahre Kinderrechtskonvention:

Am 20. November wird weltweit das 20-jährige Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention begangen. Die Konvention sichert Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre umfassende Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung zu.
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes erklärt: „In Deutschland gibt es aber nicht nur Grund zum Feiern, denn Kinderrechte sind nicht überall verwirklicht. Die Kinderrechtskonvention gilt hierzulande nur eingeschränkt, da die damalige schwarz-gelbe Koalition 1992 eine Vorbehaltserklärung abgegeben hat. Diese betrifft die Rechte von Flüchtlingskindern. Die SPD fordert seit langem, dass Kinderrechte in Deutschland endlich vorbehaltlos umgesetzt werden."

Thönnes sieht insbesondere weiteren Handlungsbedarf für die Rechte von Kindern mit Behinderung. Während in vergleichbaren Ländern 90 Prozent aller Kinder gemeinsam unterrichtet werden, besuchen in Deutschland nur knapp 16 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule. Schleswig-Holstein hebt sich hier deutlich positiv von anderen Bundesländern ab. Unter dem SPD-geführten Bildungsministerium in Kiel ist es gelungen, diesen Anteil in den letzten Jahren auf 40 Prozent zu steigern. Und dennoch dürfe man sich damit nicht zufrieden geben, meint Thönnes. „Zwar gibt es immer mehr Einrichtungen auch in Segeberg und Stormarn, die integrativ arbeiten, aber es bleibt noch viel zu tun. Kinder mit Behinderung dürfen nicht länger in Kitas und Schulen ausgegrenzt werden, fordert der SPD-Politiker.

Im Bundestag macht sich Thönnes dafür stark, dass Kinderrechte endlich in das Grundgesetz aufgenommen werden. „Eine solche Verfassungsänderung würde unterstreichen, dass der Staat den Kindern zur Verwirklichung ihrer Rechte verhilft und für kindgerechte Lebensbedingungen sorgt." Das gleiche gilt für die Initiative der schleswig-holsteinischen Wohlfahrtsverbände die Rechte von Kindern auch in der Landesverfassung zu verankern.

Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld sieht Thönnes in der Bekämpfung von Kinderarmut. Besonders betroffen seien gerade hier Alleinerziehende mit Kindern. Das beste Mittel hier Abhilfe zu schaffen sei die Vermittlung in Arbeit für die Mutter oder den Vater. Dafür sei es aber auch notwendig die entsprechenden Betreuungsangebote für die Kinder in den Kommunen vorzuhalten. Thönnes: „Eine mögliche Arbeitsaufnahme der Mutter oder des Vaters dürfe nicht an einem mangelnden Betreuungsangebot vor Ort scheitern. Deswegen gelte es auch alle Aktivitäten in dieser Richtung in den Kreisen Segeberg und Stormarn zu unterstützen", so der Abgeordnete.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 23.11.2009, 11:19 Uhr - 7121 Clicks - Nr. 1310*

Thönnes wird Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
Konstituierung des Bundestages

Im Rahmen der Konstituierung des Deutschen Bundestages und der Besetzung seiner Ausschüsse hat die SPD-Fraktion am 10. November 2009 ihre Entscheidungen

getroffen. Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Thönnes, wurde dabei in den Auswärtigen Ausschuss gewählt.

Thönnes: „Das war mein Wunschausschuss. So kann ich die bisherigen Erfahrungen aus meiner über 10jährigen Ostsee-Zusammenarbeit und meine sozialpolitischen Kompetenzen in die internationale Arbeit einbringen."

Der Auswärtige Ausschuss ist einer der größten und angesehensten Ausschüsse des Deutschen Bundestages überhaupt. Er ist einer von nur vier der insgesamt 22 Fachausschüsse des Bundestages, die mit Verfassungsrang ausgestattet sind. Artikel 45a GG bestimmt unmissverständlich, dass der Bundestag einen Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten bestellt und erkennt damit die Beteiligung des Parlaments an der Gestaltung der Außenpolitik an. Alleine die Tatsache, dass er verfassungsrechtlich verankert ist, sichert dem Auswärtigen Ausschuss ein hohes Ansehen unter den Ausschüssen des Deutschen Bundestages. Wer den Auswärtigen Ausschuss abschaffen oder auch nur seine Bezeichnung ändern wollte, müsste die Verfassung ändern, und dazu jeweils zwei Drittel der Mitglieder des Bundestages und zwei Drittel der Stimmen des Bundesrates gewinnen.

Gemeinsam mit den weiteren 8 SPD-Mitgliedern in dem 37-köpfigen Auswärtigen Ausschuss wird Thönnes die sozialdemokratischen Positionen in die parlamentarische Ausschussarbeit einbringen und die Außenpolitik der neuen Bundesregierung kritisch begleiten. „Wo es Konsens gibt, wird die Regierung Unterstützung erhalten, dort wo wir unzufrieden sind, werden wir Alternativen der SPD vorschlagen, dafür streiten und werben", so Thönnes.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 23.11.2009, 12:02 Uhr - 7520 Clicks - Nr. 1311*

Grünes Licht für 300 neue Krippenplätze

Grünes Licht für 300 neue Krippenplätze. Thorsten Fischer warnt vor Kürzungen bei der Kreisförderung und wirft schwarz – gelb eine überholte Familienpolitik vor.
15 Anträgen verschiedener Träger zur Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder von 0 bis drei Jahren hat der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat am 19.11.2009 „grünes Licht gegeben.

Mit . 700.000,00 € Kreiszuschuss sollen Erweiterungs-, Umbau- und Umwandlungsmaßnahmen für 300 Krippenplätze neu geschaffen werden. Bei der Unterversorgung mit Krippenplätzen eine dringend notwendige Entscheidung, mit der die Gesamtfinanzierung der Baumaßnahmen sichergestellt wird, so der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Thorsten Fischer (SPD) Diese deutliche Verbesserung dürfe nicht darüber hinweg täuschen, dass insbesondere bei Krippenplätzen noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Das Ziel, bis 2013 eine 35%tige Versorgungsquote für die Altersgruppe unter 3 Jahren zu erreichen, bedarf noch erheblicher Anstrengungen mit einem hohen Finanzbedarf.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage des Kreises warnte Fischer vor Kürzungen der Kreisförderung. Mit der SPD sei dies nicht zu machen. Die frühkindliche Förderung ist für die SPD fester Bestandteil einer familienfreundlichen Politik, die insbesondere jungen Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Das von der schwarz – gelben Koalition in Berlin angekündigte Betreuungsgeld ist für Fischer

keine Alternative zu einem Betreuungsplatz. Von Spöttern bereits als „CDU/CSU-Herdprämie" bezeichnet, verzichten Eltern auf einen Betreuungsplatz bei Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes. Damit –so Fischer- werden dringend benötigte Finanzmittel für den Krippenausbau gebunden und Frauen wieder verstärkt in die klassische Hausfrauenrolle gedrängt. Für ihn ein Rückfall in eine lange überholte Familienpolitik.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 23.11.2009, 12:32 Uhr - 51924 Clicks - Nr. 1312*

Offener Brief der Vorsitzenden der PES-Frauen
Anlässlich einer sich abzeichnenden „mittelalterlichen" Zusammensetzung der neuen EU-Kommission verfasste die Vorsitzende der PES-Frauen, Zita Gurmai, am 18. November 2009 folgenden Offenen Brief.
Ob Schleswig-Holstein, ob Europa: Bei den Konservativen ist eben kein Platz für Frauen! Jedenfalls nicht für solche, die an hervorgehobener Stelle mitentscheiden und mitgestalten wollen.

Dabei sollte gerade die EU – zumal nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, der auch die Europäische Menschenrechtscharta umfasst – ein Motor der Gleichstellung sein. Aber es scheint so, dass Kommissionspräsident Barroso nichts Eiligeres zu tun hat, als diesen Motor abzuwürgen.
Die AsF unterstützt den Protest der PES-Frauen:

Offener Brief der Vorsitzenden der PES-Frauen,
eine geschlechtergerechte Europäische Kommission betreffend

"Sehr geehrter Herr Barroso, Premierminister, Fraktionsmitglieder, Europaabgeordnete,

am 14. November 2009 versammelten sich Frauen der PES (Europäische Sozialdemokraten) in Stockholm, um ihrer ernsten Sorge über den aktuellen Nominierungsprozess des neuen Kommissionskollegiums Ausdruck zu verleihen. Denn dort werden sich, aller Voraussicht nach, lediglich zwei oder drei Frauen unter den 27 Kommissionsmitgliedern befinden.

Zunächst einmal repräsentiert dieser winzige Anteil nicht die Frauen in Europa, welche um 53 % der Bevölkerung ausmachen – und damit eine klare Mehrheit.

Zweitens fragen wir uns, wie Frauen eine solche EU-Kommission respektieren und sich mit ihr identifizieren sollen? Oder auch, welches Bild die Europäische Kommission abzu¬geben wünscht? Wenn wir nicht alle Begabungen berücksichtigen, welche die Gesell¬schaft zu bieten hat, sollte es nicht überraschen, dass Frauen europaskeptisch sind und wenig Bereitschaft zeigen, an Europawahlen teilzunehmen.

Die weiblichen Mitglieder der PES verlangen daher:
- dass der Vorsitzende der Kommission José Manuel Barroso eine weitere Beratungsrunde mit den Regierungen der Mitgliedstaaten einleitet und deutlich macht, dass alles, was das von der vorherigen Kommission Erreichte (d.h. eine wenigstens 27%-ige Vertretung von Frauen)

unterschreitet, nicht akzeptabel ist
- dass die Kommission sich an internationale Abmachungen hält, wonach alle Regierungen der EU sich auf eine ausgewogene Repräsentation beider Geschlechter in allen europäischen Entscheidungsprozessen verpflichtet haben
- dass alle Europaabgeordneten eine Kommission zurückweisen, welche in einem derart krassen Gegensatz zu den allgemeinen Grundsätzen und Werten der EU steht.

Wir sind nicht bereit, ein Bild der EU zu akzeptieren, welches einer Regierung aus dem „dunklen Zeitalter" gleicht.

Mit freundlichen Grüßen,
Zita Gurmai"

(Übersetzung: Cornelia Östreich)

Kommentar von Cornelia Östreich, AsF-SH vom 25.11.2009, 21:27 Uhr:
Nachtrag: Es gibt doch Fortschritte !!
Am heutigen 25. November meldete dpa, dass der neuen Europäischen Kommission offenbar neun (und nicht mehr nur zwei oder drei) Frauen angehören sollen. Das wäre, innerhalb weniger Tage, ein schöner Erfolg für parlamentarischen Druck und öffentlichen Protest ! Die Nachrichten sind jedoch noch zu prüfen, und die Hintergründe interessieren sicherlich auch auf dieser Website. Dennoch: 9 von 27 - das wäre erst ein blasses Drittel-Quorum, das bedeutet immer noch keine angemessene und erfolgversprechende Repräsentation von Frauen im weiterhin zentralen Entscheidungsgremium der EU ! Und Entscheidungen müssen dort in Zukunft anders gemacht werden, wenn ein "soziales Europa" Kontur gewinnen soll. Wir meinen: Eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern würde dabei sehr helfen.

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 23.11.2009, 13:22 Uhr - 54344 Clicks - Nr. 1313*

Ralf Stegner wieder ins Präsidium der SPD gewählt
Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner ist heute in Berlin wieder in das Präsidium seiner Partei gewählt worden.

30 der 42 stimmberechtigten Mitglieder des SPD-Parteivorstandes gaben Ralf Stegner im ersten Wahlgang ihre Stimme.

Der Vorsitzende der Nord-SPD sitzt seit 2007 im Präsidium der SPD. Nach der Wahl sagte Ralf Stegner, er freue sich über das entgegengebrachte Vertrauen und werde auch im neuen Präsidium eine starke Stimme für den Norden und für eine klare Politik für soziale Gerechtigkeit sein.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 23.11.2009, 13:52 Uhr - 7957 Clicks - Nr. 1314*

Bonuszahlungen durch die Hintertür unverzüglich unterbinden!
Zu den Berichten über Bonuszahlungen an HSH-Manager aus Tochterfirmen der HSH auf den Cayman Islands erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit***

Herdejürgen:

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe, dass HSH-Manager über Tochterfirmen der HSH Nordbank auf den Cayman Islands Bonuszahlungen erhalten haben sollen. Dazu gehört auch eine Antwort auf die Frage, wie in Zukunft durch Kontrollen gewährleistet werden soll, dass solche Bonuszahlungen durch die Hintertür ausgeschlossen bleiben.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 23.11.2009, 18:11 Uhr - 3668 Clicks - Nr. 1315*

Weihnachtsfeier
Einladung zu unserer traditionellen Weihnachtsfeier!

Termin : 8.12.2008 , 19.00 Uhr
Bürgerhaus Glinde

Gestern noch am Strand, heute schon wieder Winterreifen aufziehen, Schneeschieber suchen (vorsichtshalber) , Handschuhe und Pudelmütze raus. Hmm, was trägt man denn diesen Winter ?
Ihr merkt, wieder einmal neigt sich ein Jahr dem Ende zu, immer schneller als man gedacht. Aber HALT, da war doch noch was; richtig, unsere Weihnachtsfeier, zu der wie euch auch dieses Jahr wieder herzlich einladen möchten. Bei deftigem Buffet, Wein, Bier und alkoholfreien Getränken möchten wir mit euch einen gemütlichen Abend verbringen und so ein auch politisch abwechslungsreiches Jahr ausklingen lassen.

Bitte meldet euch bei Marietta Exner; Tel. 7106329 oder Frank Lauterbach; Tel. 72963106 bis zum 4.12.09 an, damit der Koch die Pfannen anheizen und uns etwas Leckeres brutzeln kann. Für einen kleinen Kostenbeitrag von 15,- € pro Person wird er das auch gern machen.

Allen, die nicht dabei sein können, wünschen wir eine schöne Adventszeit, besinnliche, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Nicht versäumen möchten wir, Danke zu sagen, für eure aktive Mitarbeit, für eine immer faire Streitkultur und für eure Treue zu unserer Partei.

mit sozialdemokratischem Gruß,
euer Vorstand

SPD-OV Glinde. 1.Vorsitzender Frank Lauterbach, Willinghusener Weg 9, 21509 Glinde. Tel. 040-72963106 , E-Mail : LauterbachFrank@web.de

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 23.11.2009, 18:54 Uhr - 6052 Clicks - Nr. 1316*

Osterrönfeld bekommt Berufliches Gymnasium für Erneuerbare Energien

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat am 23. November 2009 beschlossen, ab dem 01. August 2010 ein in Schleswig-Holstein einmaliges "Berufliches Gymnasium für Erneuerbare Energien" ins Leben zu rufen. Entstehen soll dieses in Osterrönfeld gegenüber der Großbaustelle von REpower und Neuer Hafen Kiel-Canal. Träger der neuen Schule wird der Kreis Rendsburg-Eckernförde sein. Zu Beginn werden rund 30 Schülerinnen Schüler das Angebot wahrnehmen können.

Mit dem Schwerpunkt "Erneuerbare Energien" ist das neue Berufliche Gymnasium das Einzige in Schleswig-Holstein, das eine schulische Ausbildung in diesem Bereich vorhält und besitzt damit ein Alleinstellungsmerkmal, das die Region Rendsburg/Osterrönfeld weiter stärkt und attraktiv machen wird. Schülerinnen und Schüler mit einem guten Realschulabschluss können das Angebot der Schule wahrnehmen und in drei Jahren die Allgemeine Hochschulreife erzielen.

Untergebracht werden soll die Schule in den Räumlichkeiten der Landwirtschaftsschule des Kreises (siehe Bild), die bereits seit vielen Jahren in Osterrönfeld tätig ist und entsprechende Räumlichkeiten direkt gegenüber dem zukünftigen Standort von REpower besitzt. Außerdem soll damit die Zukunftsfähigkeit des Schulstandortes der Beruflichen Schulen durch das breitere Schulangebot gesichert werden.

Die Finanzierung der Schule soll durch die Nutzung der vorhandenen Räume erleichtert werden. Zudem wird damit gerechnet, dass rund 50% der potenziellen Schülerinnen und Schüler aus anderen Kreisen kommen wird, sodass der dadurch zu erzielende Schulkostenbeitrag zur Finanzierung beitragen kann.

Der Schwerpunkt "Erneuerbare Energien" des neuen Beruflichen Gymnasiums kommt natürlich nicht von ungefähr, sondern ist eine Reaktion auf die Ansiedlung des weltweit tätigen Windkraftunternehmens, REpower, das Anfang 2010 sein neues Entwicklungs- und Verwaltungsgebäude in Osterrönfeld in Betrieb nehmen und in einem weiteren Schritt ein neues Produktionsgelände errichten wird. Ebenfalls werden weitere Ansiedlungen branchenähnlicher Zulieferbetriebe u. a. erwartet.

Durch die direkte Nachbarschaft zur Windenergiebranche ergeben sich so gute Möglichkeiten einer engen betrieblich-schulischen Zusammenarbeit, von denen die Schüler nur profitieren können. Doch auch die Wirtschaft kann von den gezielt ausgebildeten Fachkräften profitieren und so einem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Allerdings wird das Berufliche Gymnasium nicht nur die Windkrafternergie als Lerninhalt vorhalten, sondern vielmehr einen Mix aus allen erneuerbaren Enegien, wie etwa auch die

Solarenergie.

Die Entwicklungen sind für Osterrönfeld ein Glücksfall und werden die Gemeinde zusätzlich stärken, sind aber im Anbetracht der derzeit zu erwartenden Projekte und weiteren Ansiedlungen vermutlich nicht die letzten Neuigkeiten aus Osterrönfeld.

So ist es zum Beispiel weiterhin denkbar, dass nicht nur Schüler auf dem zukunftsträchtigen Gebiet der erneuerbaren Energien ausgebildet und unterrichtet werden, sondern auch Weiterbildungen und Seminare im Bereich "Erneuerbare Energien" angeboten werden, die von Mitarbeitern entsprechender Unternehmen gebucht werden könnten.

Weitere Infos zur REpower-Ansiedlung und dem Bau des Neuen Hafen Kiel-Canal finden Sie hier [mehr]

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 24.11.2009, 11:38 Uhr - 3029 Clicks - Nr. 1317*

Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf den städtischen Haushalt
Der SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna, erklärt:

Spätestens nach dem von OB Dr. Tauras angekündigten Nachtragshaushalt ist klar, dass die finanzielle Situation der Stadt in sehr schwierigem Fahrwasser ist. Die seitens von Union und FDP im sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossenen Maßnahmen dürften die Lage noch erheblich verschärfen.

Es ist gerade aus Sicht der Kommunen unverantwortlich die Einnahmen des Staates zu Gunsten von Großverdienern und Lobbyisten zu verringern. Das Verhalten der Bundesregierung ist aus Sicht einer sozial gerechten und sozial ausgewogenen Politik nicht hinnehmbar.
Diese Politik führt zur Spaltung der Gesellschaft und die Bürger werden die negativen Auswirkungen unmittelbar vor Ort spüren.
Der OB ist aufgefordert, die Folgen dieser verfehlten Politik für den städtischen Haushalt deutlich zu machen. Herr Dr. Tauras muss den ihn tragenden Parteien CDU und FDP klar machen, dass die durch sie zu verantwortende Politik zu einer katastrophalen Verschlechterung für die Situation in Neumünster führen wird.

"Die SPD-Rathausfraktion hat einstimmig eine "Kleine Anfrage" zur kommenden Ratsversammlung verabschiedet. Die "Kleine Anfrage" im Wortlaut:

Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf den städtischen Haushalt

Die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist noch nicht ausgestanden. Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien CDU und FDP ein steuerliches Sofortprogramm beschlossen, das die Krise weiter entschärfen soll. Im Bundesfinanzministerium wurden die Überlegungen in einen Gesetzesentwurf gefasst, den die Bundesregierung am 9. November 2009 beschlossen hat. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen jedes Jahr um 8,4 Mrd. Euro entlastet werden.

Ferner müssen Bund, Länder und Gemeinden noch mit weiteren Steuerausfällen rechnen, da die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht vorbei ist.

1. Wie hoch sind voraussichtlich die zusätzlichen finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt der Stadt Neumünster durch die Steuererleichterungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes?

2. Wie gliedern sie sich auf?

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 24.11.2009, 19:23 Uhr - 10948 Clicks - Nr. 1318*

Produzierendes Gewerbe stärker als Tourismusbranche

Die Kreiskonferenz der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) Dithmarschen wählte mit nahezu einstimmigen Wahlergebnissen den Vorstand für die nächsten 2 Jahre. Karsten Wessels wurde erneut zum Vorsitzen gewählt. Er ehrte Michael Rode aus Nordermeldorf für 40 Jahre aktive Mitarbeit in der AfA mit einer Urkunde und der Willy-Brandt-Medaille. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Stefan Rehder, 1. Stellvertreter, Michael Rode, 2. Stellvertreter. Beisitzer sind: Heinz Bittrich, Andre Mewes, Fait Strakerjahn, Serjoscha Skirrat, und Bernd Wutkowski.
Erste Aufgabe für das neue Jahr: Für Januar 2010 bereitet die AfA mit der Kreis-SPD eine Mitgliederkonferenz für die Parteibasisarbeit vor.
Neben dem Geschäftsbericht und den Wahlen bestimmte das Hauptreferat von Andre Mewes, egeb, mit Daten zur Industrie und den anderen Hauptwirtschaftszweigen in Dithmarschen die abendliche Diskussion. Von besonderem Interesse war, wegen der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit zur Tourismusentwicklung die Frage: Leben wir wirklich zum großen Teil vom Tourismus? Andre Mewes widerlegte diese oftmals anzutreffende Einschätzung in der Bevölkerung und in der Politik mit beeindruckenden Fakten und Zahlen.

Die Wirtschaft in Dithmarschen ist maßgeblich durch die Leistungsfähigkeit des Produzierenden Gewerbes und der Industrie geprägt. Direkt und indirekt hängt jeder dritte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz in Dithmarschen von der Industrie und den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie dem direkt zurechenbaren Dienstleistungsgewerbe ab. Aus diesem Sektor erwächst mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes im Kreis.
Die hohen Löhne in der Industrie und im Umfeld der Industrie sorgen für eine überdurchschnittliche Kaufkraft, welche die niedrigere Kaufkraft in anderen Sektoren der Wirtschaft zum Teil ausgleichen kann. Hier werden Jahresdurchschnittseinkommen zwischen 42.000 Euro im Industrie- und Gewerbe- sowie 55.000 Euro im Energiesektor erzielt.
Daraus erwächst auch der Löwenanteil der Steuerkraft für Bund Länder und Gemeinden sowie die Betragsaufkommen für die soziale Sicherung bei Rente, Krankheit, Pflege, und Arbeitslosigkeit.
Der Landwirtschaftliche Sektor in Dithmarschen ist im Landes- bzw. Bundesvergleich von deutlich überdurchschnittlicher Bedeutung. Gleiches gilt für das Gastgewerbe, wenn auch -gemessen am Landesdurchschnitt – auf niedrigerem Niveau. Gastgewerbe und

Landwirtschaftlicher Sektor stellen zusammen knapp 7 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zur Verfügung. Im unmittelbaren Gastgewerbe sind 1.400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Die Jahresdurchschnittseinkommen erreichen hier mit etwa 21.000 Euro
knapp die Hälfte des verarbeitenden Gewerbes. Dazuzurechnen ist noch eine weitaus größere Zahl von Erwerbstätigen Selbstständigen, mithelfenden Familienangehörigen und geringfügig Beschäftigten. Deren Einkommen liegen bekanntlich weit auseinander und sind statistisch nicht belegbar.
Selbstverständlich sind dem Tourismus noch die mittelbar profitierenden Bereiche von Handel, Verkehr und Dienstleistungen zuzurechnen. Dennoch erbringt dieser gesamte Wirtschaftssektor nur etwa 7 bis 10 % der Bruttowertschöpfung im Kreis Dithmarschen. Die für Steuerkraft und Sozialversicherung relevante Lohnsumme dürfte einen noch geringeren Anteil haben.
Ein wesentliches Merkmal der Wirtschaftstruktur Dithmarschens im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen ist die Kombination des starken Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) mit dem überdurchschnittlich starken Sekundärsektor (Produzierendes Gewerbe). Insbesondere die Industrie trägt dazu bei, die relativen Schwächen im Dienstleistungssektor zu kompensieren.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 24.11.2009, 19:36 Uhr - 3254 Clicks - Nr. 1319*

Neue Einrichtungen für kleine Kinder in Reinfeld
Petra Gehrke
Reinfeld, 24.11.2009

Neue Einrichtungen für kleine Kinder in Reinfeld

Seit einigen Wochen können sich Reinfeld und die Eltern von kleinen Kindern unter 3 Jahren glücklich schätzen über neu bezogene Räume bzw. neue Einrichtungen von Tagesbetreuungsplätzen.
Hier leisten Tagesmütter eine sehr anspruchsvolle Arbeit täglich über viele Stunden und besuchen darüber hinaus an etlichen Wochenenden noch Fortbildungsveranstaltungen z. B. über kindliche Frühförderung, wie mir Frau Egemann berichtete, die heute vom Ortsverein Reinfeld einen Gutschein und ein kleines Präsent anlässlich ihres Umzugs in die Straße Bolande erhielt. Hier werden kleine Kinder ab 6.45 Uhr bis zum Abend, notfalls sogar bis 20.00 Uhr liebevoll betreut und umsorgt. Ein Tageskind bleibt sogar gelegentlich über Nacht bei Frau Egemann, da deren Mutter wegen Berufsausbildung lange abwesend sein muss.

Reinhard Scharf und Petra Gehrke vom SPD Ortsverein Reinfeld überreichten bei der Einweihungsfeier der „Villa Kunterbunt" ein Präsent und übernahmen die Kosten für die von der AWO abgekauften Kinderstühle. Beide freuten sich darüber, die Villa Kunterbunt in Räumen zu erleben, in denen sich die Kleinsten wohl fühlen können und zusätzlich ein breites Angebot an Betreuung und Fortbildung rund ums Kind möglich ist. Es hat sehr lange gedauert, eine passende Bleibe zu finden, doch die Unterkunft in der Heimstättenstraße stellt sich als Glücksfall heraus.

Am 21.11.09 lud die Tagespflegeeinrichtung „Apfelwiese" zum Tag der offenen Tür in ihre

Räume in der „Alten Schule“ ein. Hier überbrachte Petra Gehrke vom Ortsverein die Glückwünsche der SPD Reinfeld zum Einzug, sowie ein kleines Präsent und einen Gutschein vom Spielwarengeschäft in der Raiffeisenpassage. Auch hier finden sich Räume, die liebevoll und bunt hergerichtet wurden und auf die Bedürfnisse von Kindern unter 3 Jahren eingehen.

Der SPD-Ortsverein Reinfeld würde es sehr begrüßen, wenn die Einrichtung von kleinen Tagespflegeeinrichtungen besser durch Land und Bund gefördert würden. Hier wird großartige Leistung gebracht und die Kleinen werden in familienähnlichen Strukturen betreut und gefördert. In so kleinen Gruppen ist es möglich, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Entwicklungen gezielt einzugehen. Es ist das Ziel der Reinfelder SPD Kinderbetreuung zu fördern und auszubauen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 25.11.2009, 11:25 Uhr - 2322 Clicks - Nr. 1320*

Gelegenheit macht Diebe: Langfinger nutzen das Gedrängel auf Weihnachtsmärkten.

Zahlreiche Weihnachtsmärkte öffnen jetzt in der Vorweihnachtszeit wieder ihre Pforten - nicht nur zur Freude zahlreicher Bürger, sondern auch von Langfingern. In dem engen Gedrängel auf Weihnachtsmärkten haben sie ein leichtes Spiel. Sie nutzen die unübersichtliche Situation und das schummrige Licht, um ihre Opfer um deren Wertsachen zu erleichtern. Taschendiebe gehen meist in Gruppen von mehreren Tätern vor:

Einer lenkt das Opfer ab, einer "zieht" die Beute und gibt sie an den Dritten weiter, der damit in der Menge untertaucht und verschwindet. Dies geschieht meist in wenigen Sekunden. Die Tricks dabei sind vielfältig: Häufig rempeln die Täter ihre Opfer an und verwickeln sie mit fadenscheinigen Fragen in ein Gespräch, oder sie treten mit ihnen in Kontakt, indem sie beispielsweise die Kleidung beschmutzen und übersteigerte Hilfsbereitschaft anbieten.

Durch Aufmerksamkeit sowie die Beachtung einiger Sicherheitshinweise der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes lassen sich jedoch solch unangenehme Erfahrungen vermeiden:

- Nehmen Sie nur so viel Bargeld mit, wie Sie tatsächlich benötigen.
- Führen Sie Wertsachen wie Bargeld, EC- und Kreditkarten in verschlossenen Innentaschen der Kleidung an unterschiedlichen Stellen verteilt mit sich.
- Tragen Sie Ihre Hand- oder Umhängetasche immer mit der Verschlussseite zum Körper.
- Lassen Sie Ihre Handtasche niemals unbeaufsichtigt.
- Halten Sie Ihre mitgeführte Tasche stets geschlossen.
- Legen Sie Ihre Geldbörse nicht oben/offen in die Einkaufstasche.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 25.11.2009, 13:59 Uhr - 1305 Clicks - Nr. 1321*

Senkung der Abfallgebühren statt Mehrwertsteuererhöhung in Zeiten der Krise!

Zum Wirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) für das Wirtschaftsjahr 2010

erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
In Zeiten der Krise ist die vorgesehene Senkung der Restabfallgebühren (- 4,9%) und der Bioabfallgebühren (-7,1%) ein soziales und vernünftiges Handeln im Interesse der Kielerinnen und Kieler. SPD, GRÜNE und SSW werden deshalb dem vorgeschlagenen Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) zustimmen. Wir freuen uns besonders darüber, dass die erneute Gebührensenkung im Vergleich zum Vorjahr auch aufgrund einer von SPD, GRÜNEN und SSW beantragten und durchgesetzten Entscheidung der Ratsversammlung möglich ist: In diesem Jahr werden Gewinnabführungen des Müllheizkraftwerks (MVK), an welchem die Stadt zu 51% beteiligt ist, zur Senkung der Restabfallgebühren verwendet.

Die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP vereinbarte Mehrwertsteuereinführung für städtische Müllabfuhren würde dagegen zu einer Gebührenerhöhung führen, wenn sie umgesetzt würde. SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung werden laut und vernehmlich ihre Stimmen gegen eine solche Steuerpolitik erheben, die gegen die Interessen der Kielerinnen und Kieler gerichtet ist.
Die Restabfall- und Straßenreinigungsgebühren liegen damit erneut noch unterhalb der Gebührensätze des Jahres 1997. Die Altpapiergebühr wird wieder eingeführt, bleibt aber ebenfalls erheblich unter den Gebührensätzen des Jahres 1997. Wied er hat der ABK eine grandiose Leistung vollbracht. Mit den niedrigen Gebühren entlasten wir Mieter und Hausbesitzer bei den Nebenkosten und tragen dazu bei, dass den Menschen mehr Einkommen zur Verfügung steht - in den Zeiten der Wirtschaftskrise ist dies besonders geboten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen den ABK zu einem modernen und kostensparenden öffentlichen Betrieb, der diese günstige Gebührengestaltung erst ermöglicht. Für ihre Arbeit und Engagement danken wir im Namen aller Kielerinnen und Kieler."

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 25.11.2009, 16:26 Uhr - 7350 Clicks - Nr. 1322*

Thönnes: Schwarz-Gelbe Steuerversprechen belasten Kommunen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant, die Gewerbesteuer, aus der sich die Städte und Kommunen finanzieren, abzuschaffen und diese durch einen Aufschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen.
„Hiervon würden reiche Kommunen profitieren, arme finanziell ausbluten", kritisiert Franz Thönnes, SPD-MdB. Außerdem belasteten schwarz-gelbe Steuergeschenke an Gutverdienende die Kommunen zusätzlich, so der SPD-Politiker weiter. Zudem sollen kommunale Unternehmen mehr Mehrwertsteuer zahlen. Auch das müssten die Bürgerinnen und Bürger in Segeberg und Stormarn mit höheren Gebühren tragen, mahnt Thönnes.

Auch nach der Klausur der neuen Bundesregierung in Meseberg vor einigen Tagen bleibt es dabei. „Von den Steuersenkungen mit jährlich ca. 24 Milliarden Euro profitieren vor allem höhere Einkommensbezieher. Die Zeche zahlen alle in unserer Region später mit Reduzierungen bei kommunalen Leistungen oder mit Einschnitten ins soziale Netz", so der Bundestagsabgeordnete.

Die SPD stehe für den Erhalt der Gewerbesteuer, für leistungsfähige Städte und Gemeinden und für eine verantwortliche Steuerpolitik, die die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen sicherstellt", stellt Thönnes klar.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich von Demographie, Integration, Umwelt und Wirtschaft. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Die SPD setzt sich für leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein, um die vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft sicherzustellen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden werden wir nach Wegen suchen, Entlastungen für die Kommunen, z. B. durch Flexibilisierung von Standards und Gleichstellung bei gesamtstaatlichen Aufgaben und Erweiterungen des kommunalen Handlungsspielraums zu schaffen.

„Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen strapaziert und Fragen nach der Güte kommunaler Leistungsfähigkeit aufgeworfen. Wir beabsichtigen, den Ländern vorschlagen, eine gemeinsame Bestandsaufnahme zu erarbeiten und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vorzulegen", erklärt der SPD-Politiker.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 26.11.2009, 12:46 Uhr - 7601 Clicks - Nr. 1323*

SPD AG 60 plus: Kein weiterer Ausverkauf der Infrastruktur

Die Vorschläge des Kreisvorsitzenden der Seniorenunion Hans Valdorf zu Einsparungsmöglichkeiten im Haushalt der Stadt Rendsburg werden von der Kreisarbeitsgemeinschaft AG 60 plus der SPD entschieden zurückgewiesen.
„Die Interkommunale Zusammenarbeit mit strukturellen Veränderungen ist ein längst überfälliger Weg zu Einsparungen, in diesem Punkt stimmen wir mit Valdorf überein" äußert sich der Kreisvorsitzende der AG 60 plus Hans Peter Robin, „dies wird zwar von allen Beteiligten erkannt aber leider fehlt noch der Mut zu Umsetzung! Den Ausverkauf der kommunalen Infrastruktur lehnen wir aber grundweg ab."

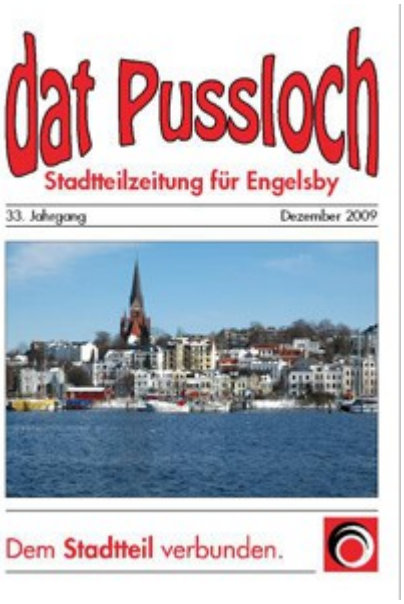
Stadtvermögen wie Nordmarkhalle, Kulturzentrum sind Eigentum der Bürger und Bürgerinnen. Privatisierung führt nach den bisherigen Erfahrungen – siehe RWG – für die Betroffenen zu Verschlechterungen. Es sei Aufgabe der Kommunen, den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen und Gütern in guter Qualität und ausreichendem Umfang zu gewährleisten.

„Schon die Erinnerung an den gescheiterten Versuch der privaten Reinigung an der Schule Obereider sollte jeglichen Gedanken an eine Privatisierung des Umwelt- und Technikhofes sofort innehalten", so fährt Robin weiter fort, „dies ist keineswegs Ideologie, sondern die gemachten Erfahrungen bestätigen unsere Position."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 26.11.2009, 15:17 Uhr - 2724 Clicks - Nr. 1324*

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung



Die Dezember-Ausgabe und somit die letzte Ausgabe in diesem Jahr, ist soeben erschienen.

Der elektronische Versand an unsere eMail-Abonennten ist bereits erfolgt.

Die Hauszustellung beginnt am Wochenende.

Und diese Themen erwarten Sie:

- Alles in Ordnung in Engelsby?
- Sicher über die Straße nur bei der Ampel
- Sie haben neue Post: Wenn die e-Mailerei nervt
- Henri Krüger - Der Neue auf der Polizeistation
- Küchenleben - Geschichten die das Leben schrieb
- Sicher durch den Winter

... und einiges mehr.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen in unserer kleinen Stadtteilzeitung (nicht nur) für Engelsby.

Noch kein Abo? - Dann können Sie sich hier anmelden!

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 26.11.2009, 18:57 Uhr - 3387 Clicks - Nr. 1325*

Kinder helfen Politik auf die Sprünge - Spielplätze werden erneuert

Die Spielplätze in Osterrönfeld werden teilweise grundlegend erneuert. Grund hierfür sind zahlreiche Beschädigungen aufgrund von Vandalismus und Witterungseinflüssen. Bis zum Frühjahr 2010 sollen die Spielplätze bei der AWO-Kita (Ohldörp), in der Danziger Straße, im Bargesch und am Bürgerzentrum (siehe Foto vom derzeitigen Zustand) erneuert werden.

Im Juli 2009 hatten Kinder der Grundschule Osterrönfeld und der beiden Osterrönfelder Kindergärten Vorschläge für die Umgestaltung der Spielplätze dem Werks- und Verkehrsausschuss übergeben und mit eindrucksvollen Modellen veranschaulicht [siehe: Bericht]. Viele der Vorschläge können nun auch umgesetzt werden. So entsteht etwa am Bürgerzentrum ein Kleinfeld für Fußball und Basketball und am AWO-Kindergarten ein Kletterhügel mit mehreren Spielgeräten.

Da aber auch andere Spielplätze in Osterrönfeld „Baubedarf" haben bzw. Spielgeräte in der kommenden Zeit ihren Geist aufgeben werden, sind weitere Erneuerungen in den Folgejahren notwendig und müssen daher beachtet werden.

Die jetzt beschlossenen Spielplatz-Baumaßnahmen im Überblick:

-Spielplatz am AWO-Kindergarten:
Aufschüttung eines Kletter-Erdhügels mit diversen Spielgeräten drum herum

-Spielplatz Bargesch:
Errichtung einer Schaukel und einer Wippe

-Spielplatz Danziger Straße:
Errichtung einer Spielkombination (Kletterturm mit Rutsche)

-Spielplatz Bürgerzentrum:
Einrichtung eines Kleinfeldes mit zwei Fußballtoren und Basketballkörben

Die Kosten für die gesamten Maßnahmen von ca. 25.000€ wurden bereits im Vorfeld im Haushalt der Gemeinde für die Erneuerungsmaßnahmen bereit gestellt.

--

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 26.11.2009, 21:56 Uhr - 3634 Clicks - Nr. 1326*

SPD Stormarn diskutiert mit Ralf Stegner

„Gut", „ausführlich", „ehrlich" und „engagiert" – mit diesen Adjektiven belegte Ralf Stegner in einer Twitter-Mitteilung die Mitgliederkonferenz, die der Kreisvorstand der SPD Stormarn in Trittau organisiert hatte. Mehr als 60 Mitglieder waren der Einladung gefolgt, um die Wahlschlappe der SPD vom 27. September aufzuarbeiten. Und diese gingen durchaus kritisch mit ihrer Partei und ihrem Führungspersonal ins Gericht.
Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn:
„Wir hatten diesen Abend so konzipiert, dass eine konstruktive Diskussion zwischen den Mitgliedern und ihrem Landesvorsitzenden entstehen konnte. Ohne Redezeitbegrenzungen und mit der Möglichkeit, Kritik offen zu äußern."

Drei Stunden lang machten die Mitglieder von dieser Möglichkeit Gebrauch. Dabei ging es um Inhalte, Organisationsstrukturen und Personen. Der Ortsverein Reinbek begründete noch einmal seine Auffassung, die Ämter des Fraktions- und des Parteivorsitzenden sollten wegen der Unterschiedlichkeit der Aufgaben voneinander getrennt werden. Mitglieder anderer Ortsvereine und der AfA vertraten die gegensätzliche Position, weil eine Konzentration der Ämter eine bessere Wahrnehmung der SPD aus der Opposition heraus ermögliche. Habersaat: „Ziel des Abends war es nicht, in dieser oder

anderen Fragen zu einer einheitlichen abschließenden Meinung zu kommen. Die SPD steht am Beginn eines Prozesses, in dem sie sich neu aufstellen muss. Organisationsstrukturen müssen der heutigen Zeit angepasst werden, innerparteiliche Diskussionsprozesse neu belebt werden. Natürlich muss die SPD die Zeit in der Opposition nutzen, um sich ein bisschen neu zu erfinden. Das ist dieser Partei in den knapp 150 Jahren ihrer Geschichte ja auch schon oft gelungen."

Ralf Stegner, der derzeit alle Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften im Land besucht, wird die Ergebnisse dieser Diskussionen in einen Leitantrag des Landesvorstandes zum Landesparteitag am 6. Februar 2010 in Neumünster einfließen lassen. Und auch die SPD Stormarn arbeitet weiter: Am 16. Januar sollen in Bad Oldesloe eine Perspektivkonferenz mit allen interessierten Mitgliedern und anschließend ein Kreisparteitag stattfinden.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 27.11.2009, 11:09 Uhr - 7508 Clicks - Nr. 1327*

Thönnes: Beschäftigungsbrücke durch Altersteilzeit hilft auch Unternehmen in den Kreisen Segeberg und Stormarn

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, unsere erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen," erklärt SPD-MdB Franz Thönnes. „Wir brauchen auch weiterhin flexible Instrumente, damit die Wirtschaftskrise nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt auch in den Kreise Segeberg und Stormarn durchschlägt.
Die geförderte Altersteilzeit hat sich als Beschäftigungsbrücke für Jung und Alt bewährt und muss über das Jahresende hinaus verlängert werden. Schwarzgelb muss im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land und in unserer Region handeln."

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Donnerstag, den 26. November 2009, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes vorgelegt, der das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit nach dem 31. Dezember 2009 verhindert. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre verlängert wird. Diese Verlängerung stellt sicher, dass für alle derzeit über 50-Jährigen eine mit Mitteln der Arbeitsförderung geförderte Altersteilzeit in Betracht kommt. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage mit Erreichung des 55. Lebensjahres ihre Arbeitszeit mindern und damit die Einstellung eines sonst arbeitslosen Arbeitnehmers ermöglichen. Für Unternehmen wird ein Anreiz geschaffen, an Beschäftigungsverhältnissen mit über 50-Jährigen festzuhalten und jungen Nachwuchskräften eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten.

„In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich der deutsche Arbeitsmarkt als vergleichsweise robust erwiesen", erklärt Thönnes weiter. Mit Hilfe der massiven Verbesserungen bei der Kurzarbeit konnten laut OECD 400.000 Arbeitsplätze gerettet werden. „Zwei Gruppen sind aber trotz der erfolgreichen Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung besonders betroffen: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. Beide brauchen weiterhin die gezielte Unterstützung durch das Altersteilzeitgesetz", fordert der SPD-Politiker. „Wir müssen den Personalabbau Älterer verhindern und gleichzeitig den Berufseinstieg Jüngerer in unserer Region erleichtern."

Bildquelle: pgm / www.pixelio.de

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 27.11.2009, 12:32 Uhr - 9428 Clicks - Nr. 1328*

Sönke Rix ist stellvertretender familienpolitischer Sprecher
Der Rendsburg-Eckernförder Abgeordnete Sönke Rix wurde von seiner Fraktion zum stellvertretenden Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gewählt.

Ganz aktuell hat er in dieser Funktion unter anderem die Debatte zum Betreuungsgeld zu bestreiten: „Geld dafür zu zahlen, wenn die Kinder keine Kita oder Krippe besuchen, schafft falsche Anreize", so Rix.

Schwarz-Gelb plant, ab 2013 monatlich 150 Euro an Familien zu zahlen, die unter dreijährige Kinder zu Hause betreuen. Der Koalitionsvertrag nennt auch die Möglichkeit von Bildungsgutscheinen statt Geldleistungen.

Sönke Rix warnt davor, durch Geldzahlung oder Gutscheinausgabe letztendlich die Kinder vom Besuch einer Kindestagsstätte fernzuhalten, die dort die wichtige Gemeinschaft mit anderen Kindern erleben und Defizite bei der Sprachkompetenz mindern könnten.

Der SPD-Politiker weist auf den Widerspruch hin:
„Einerseits drängt die schwarz-gelbe Koalition mit Integrationsverträgen auf die Beherrschung der deutschen Sprache, andererseits ermuntert sie die Eltern durch das geplante Betreuungsgeld, ihre Kinder nicht in eine Kita zu schicken. Gerade dort könnten die Kinder aber sprachlich gefördert werden."

In der letzten Legislaturperiode habe die Union noch gemeinsam mit der SPD 4 Milliarden Euro Bundesmittel auf den Weg gebracht, um den Ausbau der Kinderbetreuung voranzutreiben. Nun betreibe sie gegenteilige Politik, so Rix.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 28.11.2009, 13:29 Uhr - 3330 Clicks - Nr. 1329*

Ihr hat sie doch nicht alle!
Wir stimmen dem SH Ministerpräsidenten ja nicht oft zu ...
aber manchmal hat er doch recht, wenn dass stimmt, was heute in der Presse zu lesen ist:

"Diverse Eklats"
"Focus" schreibt unter Berufung auf Teilnehmer, bei dem Treffen sei es zu "diversen Eklats" gekommen. Carstensen habe bei der Diskussion über die Steuerpläne der Regierung durch den Raum gebrüllt: **"Ihr habt sie doch nicht alle."** Die Bundesregierung könne nicht mit den Stimmen seines Landes im Bundesrat rechnen. Unterstützung habe er vom saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller bekommen. Der habe den emotionalen Ausbruch Carstensens mit den Worten kommentiert: Für das Saarland gelte das erst recht, und zwar "hoch drei".

Keine Kommentare

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 29.11.2009, 11:44 Uhr - 3486 Clicks - Nr. 1330*

Ein (zu kleiner) Schritt in die richtige Richtung!
Zur Ankündigung des Innenministers, einen eigenen Straftatbestand für Gewalt gegen Polizeibeamte schaffen zu wollen, erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Kai Dolgner:
Es ist aus unserer Sicht ein Fortschritt, dass sich Innenminister Klaus Schlie mit der Ankündigung der Schaffung eines Sonderstraftatbestandes von dem bisherigen simplen Ruf der CDU nach härteren Strafen distanziert. Offenbar hat die CDU dazugelernt.

Die SPD hat im Mai 2009 die Forderung des früheren innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Peter Lehnert, nach einer Erhöhung des Strafrahmens für den Grundtatbestand des § 113 StGB zurückgewiesen, da eine bloße Strafrahmenerhöhung wirkungslos ist, wenn Gerichte bereits die vorhandenen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Durch markige Sprüche vor der Wahl ist keiner Beamtin und keinem Beamten geholfen.

Der Vorschlag zur Schaffung eines Sondertatbestandes für Polizeibeamte geht zwar in die richtige Richtung, greift jedoch zu kurz: Auch die Einsatzkräfte von Rettungsdiensten, Feuerwehr und des Strafvollzugs sind bei der Dienstausübung zunehmend gewalttätigen Angriffen ausgesetzt.

Zudem sollte man sich vor Ergreifung dieser Maßnahme noch einmal gründlich sachkundig machen, wo letztlich die Ursachen für die hohe Zahl der Verfahrenseinstellungen durch Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Verhängung niedriger Strafen gegen Gewalttäter liegen.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 29.11.2009, 12:43 Uhr - 2371 Clicks - Nr. 1331*

Gute Stimmung bei der Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Reinfeld

Die Mitgliederversammlung mit Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Reinfeld am 27.11.09 in der Alten Schule war sehr gut besucht. Zu Beginn galt es, den langjährigen Stadtverordneten und Träger der Freiherr von Stein-Medaille Gerd Herrmann für 40jährige SPD-Mitgliedschaft zu ehren. Ebenso 40 Jahre dabei ist auch Brigitte Peters und seit 25 Jahren Mitglieder sind Gabi Stöver-Marx und Andreas Marx. Auch wurden etliche neue Mitglieder willkommen geheißen. Der überdurchschnittliche Zulauf macht deutl Außerdem freuten sich die Anwesenden besonders darüber, dass sich die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn die Zeit genommen hat, über die neuesten Entwicklungen aus Berlin zu berichten. Auch wenn das Ergebnis der Bundestagswahl nicht wie erhofft ausgefallen ist, gilt es gute Oppositionsarbeit zu leisten, damit die Bürgerinnen und Bürger bei den nächsten Wahlen wissen, warum es gut für sie ist, die SPD zu wählen.

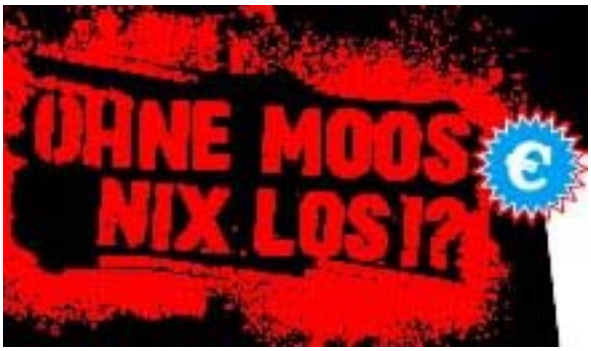
Nach einer im ostpreußischen Dialekt vorgelesenen weihnachtlichen Geschichte und einem Dia-Vortrag über Feste und Aktivitäten der Reinfelder SPD aus den 70ziger Jahren wurde bei Spanferkel und leckeren Beilagen bis in die Nacht gefeiert.

Petra Gehrke

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 30.11.2009, 14:27 Uhr - 6846 Clicks - Nr. 1332*

Thönnes: Jetzt bewerben beim Bundeswettbewerb der AWO: "Ohne Moos nichts los"



Ab sofort können sich Jugendliche, Schulen, Klassen und Jugendverbände in den Kreisen Segeberg und Stormarn für den bundesweiten, erstmals stattfindenden Wettbewerb der Arbeiterwohlfahrt (AWO) „Ohne Moos nix los" bewerben.
Mit ihm werden junge Menschen aufgerufen, sich kritisch und kreativ mit den Zusammenhängen von Konsum, Geld, Schulden und Armut auseinanderzusetzen.

SPD-MdB Franz Thönnes begrüßt den Wettbewerb und ruft zum Mitmachen auf. „Viele Jugendliche kennen das Problem, dass das Taschengeld nicht reicht. Leider geraten auch immer mehr von ihnen in die Schulden- und Armutsfalle. Kinder und Jugendliche sind in einer Gesellschaft mit vielfältigen Konsumangeboten und schwer verständlichen Finanzprodukten oft überfordert. Der Wettstreit setzt genau hier an und rückt die finanzielle Bildung von Schülern in den Fokus", erklärt der SPD-Politiker.

Die Anmeldung ist online unter www.awo-schuelerwettbewerb.org möglich, Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2010. Jedes Bundesland bekommt eine eigene Jury. Pro Bundesland soll es neun Preisträger geben. Von den Siegern der Bundesländer werden in einem feierlichen Festakt Ende des Jahres 2010 die besten drei Beiträge je Altersstufe ausgezeichnet. Zusätzlich wird je Altersstufe ein Publikumssieger prämiert, der aus einer Abstimmung im Internet hervorgeht.

„Die Aktion ist ein Beitrag der AWO zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010" und ich würde mich sehr freuen, wenn sich viele junge Menschen aus unserer Region daran beteiligen", wünscht sich Thönnes.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 30.11.2009, 16:39 Uhr - 7567 Clicks - Nr. 1333*

Geschichten werden durch Vorlesen lebendig

Der von der Stiftung Lesen durchgeführte Vorlesetag was ein voller Erfolg. Auch in Schleswig-Holstein lasen viele Menschen in Büchereien, Kindertagesstätten und Schulen vor. Mit dabei auch Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen.

Gemeinsam mit Freundinnen aus Hohenlockstedt besuchte sie die Grundschule und die evangelische Kindertagesstätte und las und las und las.

„Ich selber liebe Bücher und die Stunden, die diese Bücher mich in eine andere Welt versetzen und wenn man durch Vorlesen Kinder dazu bringt selber zu lesen, dann ist das toll", schwärmt Herdejürgen von diesem Tag.

Ihr Buchtipp für die Kinder: **Schlimmes Ende** von Philipp Ardeigh

Wer sich von den Vorlesekünsten der Landtagsabgeordneten selber überzeugen möchte, kann dies am 20.Dezember auf dem Platz der Engel in Itzehoe tun. Dort liest sie aus einem weiteren ihrer Lieblingsbücher: **Hilfe die Herdmanns kommen**.

Einige Bilder der Veranstaltung gibt es ***HIER***.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 30.11.2009, 17:12 Uhr - 3470 Clicks - Nr. 1334*

Mehr Geld für HSH-Manager
Ein Bericht aus der Opposition

Martin Habersaat, Stormarner SPD-Kreisvorsitzender, sitzt seit Oktober 2009 im Landtag. In der November-Sitzung konnte er viel über die Arbeit im Parlament lernen, nach eigener Aussage vor allem darüber, wie man es nicht machen sollte. Auslöser für seinen Unmut sind die Gehaltsbeschlüsse zur HSH-Nordbank.

Vor der Landtagswahl hatte der Landtag in zwei Resolutionen beschlossen, die Gesamtvergütung der HSH-Manager auf 500.000 Euro im Jahr zu begrenzen. Habersaat: „Nun könnte man meinen, dass solche Beschlüsse gelten und dass mit ‚Gesamtvergütung' die Summe der gesamten Gelder gemeint ist, die ein Manager bekommt."

Tobias Koch, CDU-Abgeordneter aus Ahrensburg, definierte diese Beschlüsse in seiner Landtagsrede am 17. November nun aber um. Eine Deckelung der Gesamtvergütung lasse sehr wohl noch zusätzliche „Versorgungsleistungen" für die Manager zu, erklärte er. So habe die CDU das auch von Anfang an gemeint. Birgit Herdejürgen, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erinnert sich anders: „Unsere Aussagen waren deutlich: Wir wollten eine Beschränkung der Gesamtvergütung auf maximal 500.000 Euro pro Person und Jahr, keine Abfindungen und Halteprämien, keine zusätzlichen Leistungen, mögen sie noch so ‚üblich' sein und Boni allerfrühestens dann, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Verpflichtungen aus den gegebenen Garantien mehr zu erfüllen hat. Das ist auch heute noch die SPD-Position"

Selbst Kochs Koalitionspartner Wolfgang Kubicki, FDP-Fraktionsvorsitzender, erinnerte sich anders: „Mein Verständnis der Beschlusslage ist, dass damit all-inclusive gemeint war", äußerte er im Landtag. Erstaunlich einig waren sich Koch und Kubicki jedoch anschließend, als es darum ging, sich von der 500.000 Euro – Grenze gänzlich wieder zu verabschieden, weil sich für dieses bescheidene Salär keine kompetenten Banker finden ließen. Bei Neueinstellungen und Änderungsverträgen hat die Bank jetzt wieder freie Hand, beschlossen CDU und FDP mit ihrer Mehrheit.

Martin Habersaat: „Solche Tricksereien und inkonsequentes Verhalten fördern die Politikverdrossenheit in unserem Land. Ich hoffe, dass ist nicht das Muster, nach dem Schwarz-Gelb seine Mehrheiten in Bund und Land in den nächsten Jahren zugunsten Einzelner ausnutzen wird."

Keine Kommentare

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 30.11.2009, 22:41 Uhr - 3808 Clicks - Nr. 1335*

Bundesregierung ermöglicht SWIFT-Abkommen und brüskiert die FDP
Zum Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik Deutschland zum SWIFT-Abkommen erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kai Dolgner:
Heute ist ein schwarzer Tag für Bürgerrechte, Datenschutz und die Europäische Demokratie! Am letzten Tag ihrer alleinigen Zuständigkeit – morgen treten die Lissabonverträge in Kraft –

stimmen die EU-Innenminister noch einem solch schweren Eingriff in die Bürgerrechte zu bzw. ermöglichen die Zustimmung durch Enthaltung, wie im Falle Deutschlands.

Man wird den Eindruck nicht los, dass das Abkommen schnell über die Bühne gebracht werden sollte, bevor das Europäische Parlament ab dem 1. Dezember mehr Mitspracherechte bekommt. Den verantwortlichen Innenministern war vollständig bewusst, dass das Europäische Parlament einem solchen Abkommen nicht zugestimmt hätte.

Die Enthaltung und damit de-facto-Zustimmung des Bundesinnenministers de Maizière ist in diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert. Denn damit setzt er sich nicht nur über die Bedenken des Bundesrates sowie der Bundesjustizministerin hinweg, sondern brüskiert auch den Koalitionspartner FDP, deren Vorsitzender Westerwelle am Abend der Bundestagswahl noch getönt hatte, dass die Bürgerrechte endlich wieder respektiert werden müssten. Zumindest die Wählerinnen und Wähler der FDP,die an das selbst postulierte Bürgerrechtsimage der FDP geglaubt haben, müssen sich
nun schwer getäuscht fühlen.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 01.12.2009, 12:21 Uhr - 2770 Clicks - Nr. 1336*

Der europäische Reformvertrag stärkt die Landesebene
Zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wird Europa demokratischer und bürgernäher. Die Reform der europäischen Institutionen stärkt nicht nur das europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Auch die Landtage erhalten insbesondere durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag neue Mitspracherechte in Europaangelegenheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag und der Europaausschuss des Landtages diese neuen Kompetenzen künftig offensiv und aktiv wahrnehmen können. Wir müssen deshalb jetzt das Landesrecht, insbesondere das Parlamentsinformationsgesetz, daraufhin überprüfen und ggf. ergänzen. Das Parlament muss alle Mitsprachemöglichkeiten gegenüber der Landesregierung erhalten und sie auch wirklich wahrnehmen können.

Der Vertrag von Lissabon stärkt auch die Landesebene gegenüber der Bundesebene. Kiel kann jetzt direkter als bisher europapolitischen Einfluss nehmen und mitbestimmen. Er ist auch ein großer Schritt auf dem Weg zu einem sozialeren Europa. Die Reform wird Europa demokratischer, sozialer und bürgernäher, die europäische Politik transparenter und handlungsfähiger machen. Wir müssen die neuen Möglichkeiten im Landtag aktiv nutzen!

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 01.12.2009, 16:54 Uhr - 6091 Clicks - Nr. 1337*

SPD fragt nach Auswirkungen der schwarz-gelben Steuerbeschlüsse
Die SPD-Landtagsfraktion bringt in die Dezember-Tagung des Landtages einen Berichtsantrag ein, in dem sie nach den Auswirkungen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" auf Land und Kommunen fragt. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin ***Birgit Herdejürgen***:

Die SPD verlangt, dass die Landesregierung im Bundesrat keinem Gesetz zustimmt, das für Schleswig-Holstein Einnahmeverluste zur Folge hat.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon im Wahlkampf klar gesagt, dass wir uns Steuersenkungen nicht leisten können. Steuersenkungen gehen zu Lasten unserer Investitionen in Bildung und Sicherheit; sie bevorzugen Besserverdienende und rauben dem Staat die Grundlage für wichtige Aufgaben.

CDU und FDP haben vor der Wahl in Schleswig-Holstein und im Bund Steuersenkungen versprochen; viele Menschen haben ihnen geglaubt. Nun muss die Koalition offenlegen, auf wessen Kosten das geht.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb noch im Dezember einen Bericht von der Landesregierung. Wir wollen wissen, wie stark die Einnahmen zurück gehen werden, wenn das so genannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" in Kraft tritt. Die Landesregierung muss sich etwas einfallen lassen, um die strukturellen Ausfälle für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte auszugleichen. Außerdem fragen wir die Landesregierung, wie viel Geld durch die Privilegierung von Wirtschaft und Besserverdienenden bei der Erbschaftssteuer fehlen wird und wer die Zeche für die populistische Ankündigungspolitik bei der Mehrwertsteuersenkung für Hotel-Übernachtungen zahlen soll.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:
Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag in der 3. Tagung mündlich über die voraussichtlichen Folgen des so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" zu berichten:

Welche Einnahmeausfälle erwartet die Landesregierung für den Landeshaushalt sowie die Haushalte der Kommunen des Landes aus den Maßnahmen des sogenannten "Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" bis 2014? Bitte nach Land und Kommunen und Jahren aufschlüsseln.
Maßnahmen plant die Landesregierung zur dauerhaften Kompensation dieser Ausfälle für Land und Kommunen?
Wie hoch sind die Mindereinnahmen des Landes, die sich aus der Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Beherbergungsleistungen im Hotelgewerbe auf 7 Prozent ergeben? Aufgeschlüsselt nach Jahren.
Erwartet die Landesregierung Einnahmeausfälle in Folge der geplanten Veränderungen bei der Erbschaftsteuer, wie hoch werden diese voraussichtlich ausfallen und welche Vorkehrungen sind zur Kompensation getroffen? Ist die geplante Neuregelung nach Auffassung der Landesregierung verfassungskonform?
Welche konkreten Effekte für das Wirtschaftswachstum im Land und die Investitionen der im Land ansässigen Unternehmen erwartet die Landesregierung durch die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes?
In welchem Umfang und ggf. von welchem Zeitpunkt an geht die Landesregierung von einer Selbstfinanzierung der Entlastungsmaßnahmen durch zusätzliches Wirtschaftswachstum im Land aus?
Wie will die Landesregierung sicher stellen, dass sämtliche im Rahmen des Kommunalen

Investitionsprogramms begonnenen bzw. geplanten zusätzlichen Investitionen im Land ohne sachliche Einschränkung und terminliche Verzögerung durch die vom sogenannten "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" verursachten Steuerausfälle durchgeführt werden können? Welche Schritte gedenkt die Landesregierung zu unternehmen um sicherzustellen, dass die geplante Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Beherbergungsleistungen im Hotelgewerbe auf 7 Prozent positive Auswirkungen auf die Übernachtungszahlen, auf Verbraucherinnen und Verbraucher und – als Lohnzuwachs oder Arbeitsplatzanstieg – auf die Beschäftigten zeigt? Wie soll die erforderliche Abgrenzung der begünstigten Beherbergungsleistungen zu anderen, weiterhin nicht begünstigten Dienstleistungen sicher gestellt werden, die in engem Zusammenhang mit der Übernachtung angeboten werden? Rechnet die Landesregierung mit einer Verteuerung betrieblich veranlasster Übernachtungen?
Wird die Landesregierung dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zustimmen? Welche Voraussetzungen müssten dafür erfüllt sein?

Keine Kommentare

AG60plus Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 02.12.2009, 12:07 Uhr - 4396 Clicks - Nr. 1338*

Konstruktiver Dialog zur Zukunft der SPD

„Gute Unterstuetzung von den Freunden der AG 60+", twittert der SPD-Landesvorsitzende, Ralf Stegner, nach einer Diskussion mit dem Landesvorstand und Kreisvorsitzenden der AG 60plus. In der Diskussion ging es vorrangig um die zukünftige Arbeit der SPD - ohne die Fehler der Vergangenheit auszublenden.

Die 60pluser waren sich in ihren Statements einig, dass der derzeitige unbefriedigende Zustand der SPD nicht einzelnen Personen angelastet werden kann sondern die Summe von Fehlern Vieler ist. Einerseits werden politische Ziele von den „Entscheidern" formuliert - andererseits beteiligt sich die Basis zu wenig an der politischen Willensbildung. Hier müssen Instrumente entwickelt werden, die den Dialog verbessern.

In der Frage der Glaubwürdigkeit wurde dargestellt, dass es nicht reiche, das schwarz-gelbe „Warnschild" hochzuhalten, vielmehr müsse die SPD ihre Politikziele offensiv nach außen vertreten.

Keine Einigung wurde in der Frage erzielt, wie die AG 60plus in den Gremien vertreten sein sollten. Während einige Mitglieder der AG 60plus sich dafür aussprachen, den Arbeitsgemeinschaften ein „geborenes" Mandat mit Sitz und Stimme in den Vorständen zu geben, sprach sich Ralf Stegner dagegen aus.

„Ihr seid die engagierteste Arbeitsgemeinschaft, dafür danke ich euch", sagte Ralf Stegner zum Schluss der zweistündigen Diskussion und versprach: „Wann immer ihr es wünscht, stehe ich euch für Gespräch zur Verfügung."

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 02.12.2009, 12:54 Uhr - 7660 Clicks - Nr. 1339*

Denn sie wissen was sie tun

Unter diesem Motto stand eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen. Die SPD-Politiker setzten sich mit den Koalitionsverträgen von CDU und FDP im Bund und im Lande auseinander und betonten, dass man nicht alles ablehnen dürfe, jedoch die sozialwidrige Steuer- und Vermögenspolitik, die Verabschiedung von der Konsenspolitik in der Energieversorgung und die Aufkündigung der Solidarität in der Gesundheitspolitik nicht hinnehmen dürfe.

Auch im Lande dürfe man nicht alles in Bausch und Bogen bekämpfen. Jedoch brüste sich die neue Landesregierung mit Infrastrukturmaßnahmen, die bereits vor Jahren eingeleitet wurden. Dies gelte insbesondere für den Straßenbau, zum Beispiel für den Bau der A20 und den Ausbau der A23. In der Bildungspolitik zeichne sich eine rückwärtsgewandte Politik mit dem Ziel ab, die Oberstufenbeschulung und die Gymnasiallehrerausbildung von dem eingeleiteten Prozess abzukoppeln und die Realschulen zu Lasten der Gemeinschaftsschulen zu erhalten.

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehe der Mensch. Wenn es darum gehe, Eigentum zu sichern und Steuern zu senken, so möge man bedenken, dass viele Menschen kein Eigentum im Sinne kapitalbildenden Vermögens hätten, dass mehr als 30% der Arbeitnehmer und zahlreiche weitere Menschen mit einem geringen Einkommen keine unmittelbaren Steuern zahlten. Kindergeld sowie Kinderfreibeträge bedeuten eine doppelte Förderung der Wohlhabenden.

Jörn Thießen sprach den Deutschlandplan der SPD an, der Substanz hat und ein gutes Fundament für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik sei. Es gehe um bahnbrechende Veränderungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Industrie, Dienstleistung und Wirtschaft, um Investitionen in neue Energien und um eine erstklassige Bildung ohne Gebühren, aber auch um die Förderung von Frauen bis hin zur echten Gleichstellung.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 02.12.2009, 13:16 Uhr - 47726 Clicks - Nr. 1340*

Scholz und Stegner: HSH-Gehaltsmodell ist moralisch fragwürdig

Zum neuen Vergütungsmodell bei der HSH-Nordbank erklären der Vorsitzende der SPD Hamburg, Olaf Scholz, und der Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner: „Das neue Gehaltsmodell der HSH Nordbank ist unangemessen und moralisch fragwürdig. In einer Situation, in der die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für diese Bank bürgen, ist diese Erhöhung von Vorstandsvergütungen nicht hinnehmbar.

Ignoriert werden dabei die glasklaren Beschlüsse des Landtags in Schleswig-Holstein und der Hamburger Bürgerschaft, wonach die Gehälter 500.000 Euro nicht übersteigen dürfen. Den Willen des Parlamentes durch kreative Interpretationen zu verändern verdeutlicht die Gleichgültigkeit der Regierungen gegenüber dem in der Volksvertretung formulierten Misstrauen gegenüber dem Management der Bank und verletzt erneut das Gerechtigkeitsgefühl von Millionen von Menschen.

Bei der Deckelung der Managergehälter durch die Anteilseigner handelte es sich nicht um rechtsverbindliche „ordnungspolitische Maßnahmen", sondern vielmehr um die Einführung eines moralischen Maßstabs für verantwortliche Eliten in der Kreditwirtschaft, insbesondere bei der HSH Nordbank. Diese Bank und ihren Managern stünde ein Zeichen der Demut gut zu Gesicht!

Der Beschluss von Schwarz-Gelb in Kiel und Schwarz-Grün in Hamburg, den Managern der nur durch Steuergelder gestützten Bank wieder Boni zu zahlen, zeigt, dass die politisch Verantwortlichen in unseren Ländern sich der Lage der Bank immer noch nicht vollends bewusst sind. Es regiert nach wie vor die rosa-rote Brille.

Es ist Zeit, die Mängel in Management und Organisation der Bank zu beseitigen und dem ‚Laissez Faire' des Vorstandes Einhalt zu gebieten. Es ist aber nicht an der Zeit, die Top-Etage der Bank durch weitere Extras und Boni zu belohnen – egal ob sie sofort oder später gezahlt werden."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 02.12.2009, 14:06 Uhr - 2346 Clicks - Nr. 1341*

SPD zum Haushalt 2010: Akzente für Kinder, Bildung und Kultur setzen!
Eine Initiative für Kinder, Bildung und Kultur startet die SPD-Ratsfraktion. Sie will bei der Verabschiedung des Haushaltes 2010 entsprechende politische Akzente setzen, gleichzeitig aber auch eine Entlastung des Haushaltes in Höhe von ca. 1,35 Millionen Euro erreichen. Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Die Prognose für den Haushalt 2010 zeigt mit einem strukturellen Defizit von geplant fast 22 Millionen Euro eine katastrophale Entwicklung auf. Diese ist nicht hinnehmbar hier muss gegensteuert werden." - Ein Haushalt mit einem solchen Defizit ist aus Sicht der SPD nicht zustimmungsfähig.

„Die Lasten der Zukunft müssen gerecht verteilt werden", meint der Fraktionsvorsitzende. Stärkere Schultern müssen mehr Lasten übernehmen, gleichzeitig darf es beispielsweise nicht zu weiteren Belastungen der Eltern bei der Unterbringung ihrer Kinder in Kindertagesstätten kommen." Deshalb bringt die SPD eine Erhöhung der Gewerbesteuer ins Spiel. Sie weist darauf hin, dass rund 82% der in Flensburg registrierten Betriebe davon gar nicht betroffen wären. So fallen z.B. Klein- und Familienbetriebe grundsätzlich aus der Gewerbesteuerzahlung heraus. Ein Argument ist der SPD wichtig: „Auch und gerade Gewerbebetriebe sind Nutznießer, wenn in Flensburg die sogenannten weichen Standortfaktoren stimmen: Eine für Familien attraktive Stadt ist auch für Unternehmen und Arbeitnehmer attraktiv."

In drei Kernbereichen will die SPD daher Akzente setzen: Die Elternbeiträge für die Kindertagesstättenbetreuung werden im nächsten Jahr nicht erhöht. Es wird ein

Aktionsprogramm „Modernes und gesundes Lernen in Flensburg“ gestartet, und es sollen die Mittel für die freie Kulturarbeit aufgestockt werden. Die von der SPD vorgeschlagenen Steueranpassungen werden voraussichtlich Einnahmeverbesserungen in Höhe von etwa 1,8 Millionen Euro bringen, die sozial- und bildungspolitischen Vorschläge werden mit ungefähr 420.000 Euro zu Buche schlagen. „So bleiben unter dem Strich rund 1,35 Millionen Euro zur Reduzierung der Neuverschuldung“, stellt Helmut Trost fest.

Ziele des Aktionsprogrammes im Schulbereich sind auf Sicht ein freies bzw. kostengünstiges Mittagessen an allen Schulen, die Sicherung von Nachmittagsbetreuung bei Bedarf mit heil- bzw. sozialpädagogischer oder psychologischer Unterstützung, modernes Unterrichtsmaterial und eine bessere technische Ausstattung in den Schulen. Hierfür sollen anfänglich 100.000 Euro jährlich bereitgestellt werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.12.2009, 14:38 Uhr - 1252 Clicks - Nr. 1342*

Schließung von Karstadt am Alten Markt
Zur angekündigten Schließung der Karstadt-Filiale am Alten Markt erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt, der Fraktionsvorsitzende von B90/Die Grünen Lutz Oschmann, sowie Antje Danker vom SSW:

"Wir bedauern sehr, dass die bereits seit längerer Zeit befürchtete Schließung der Karstadt-Filiale am Alten Markt nun Ende März 2010 traurige Gewissheit wird.
Wir stehen an der Seite der über 150 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Beim Kampf um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze - eventuell in den anderen beiden Kieler Karstadt-Häusern - werden wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Arbeitnehmervertretungen nach Kräften unterstützen. Für die vom Arbeitsplatzverlust Betroffenen muss ein sozialverträglicher Übergang geschaffen werden.

Feststeht, dass die Kooperation von SPD, Grünen und SSW mit der Innenstadtrahmenplanung frühzeitig die Grundlage für die Neu- und Weiterentwicklung des Geländes zwischen Bootshafen und Alter Markt gelegt hat.“

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 02.12.2009, 16:21 Uhr - 2905 Clicks - Nr. 1343*

Markttreff Steinfeld 10 Jahre
Am Sonnabend, d. 5. Dezember 2009 ab 11 Uhr, wird im Markttreff in Steinfeld das 10jährige Jubiläum gefeiert. Vor 10 Jahren hat der damalige SPD-Bürgermeister und jetziger Ehrenbürgermeister Karl-Heinz Klinker diesen kommunikativen Treffpunkt für die Dorfbevölkerung als Einkaufzentrum in der Gemeinde Steinfeld ins Leben gerufen.
Da es im ländlichen Raum kaum noch Einkaufsmöglichkeiten gibt, nutzen viele umliegenden Gemeinden auch die vielzähligen Angebote im Markttreff. Durch umfangreiche Umbaumaßnahmen im Jahr 2009, wurde das Sortiment um viele Artikel erweitert.
Unsere Landtagsabgeordnete Birte Pauls hat auch ihren Besuch des Markttreffs angekündigt.

Geplant ist außerdem, dass der "Nikolaus" kommt und es wird auch für das leibliche Wohl gesorgt.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 02.12.2009, 16:27 Uhr - 57998 Clicks - Nr. 1344*

Zwei Schleswig-Holsteiner im Fraktionsvorstand
Mit Bettina Hagedorn (53) aus dem Kreis Ostholstein und Dr. Ernst Dieter Rossmann (58) aus dem Kreis Pinneberg sind gleich zwei Abgeordnete aus dem nördlichsten Bundesland im neu gewählten 25-köpfigen Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion vertreten.

Der Elmshorner ist bereits seit sieben Jahren in diesem Gremium vertreten, die Kasseedorferin jetzt zum ersten Mal.
Zwei weitere Gründe zur Freude für die sechs Volksvertreter der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein: Sönke Rix (34) aus dem Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde ist neuer Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Der Verteidigungsexperte Dr. Hans-Peter Bartels (48) aus der Landeshauptstadt Kiel ist zum stellvertretenden Sprecher für Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewählt worden.

Keine Kommentare

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 02.12.2009, 17:21 Uhr - 4515 Clicks - Nr. 1345*

Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer verlängern!
Zur Diskussion um das Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer auf der heutigen Innenministerkonferenz erklären die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, und der innenpolitische Sprecher Kai Dolgner:

Wir begrüßen die Initiative des Bremer Innensenators Ulrich Mäurer, das Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer um zwei Jahre zu verlängern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht es auch integrationswilligen Migrantinnen und Migranten schwer,
den geforderten Arbeitsplatz zu finden. Eine Verlängerung würde helfen, diese schwierige Situation zu überwinden.

Die Verlängerung ist nicht nur aus humanitären Gründen erforderlich, sondern kann auch langfristig unsere Zukunft sichern. Aufgrund des demographischen Wandels ist ein Arbeitskräftemangel in Deutschland zu erwarten. So geht die Unternehmensberatung McKinsey ab dem Jahr 2020 von ca. 4,5 Mio. fehlenden Arbeitskräften aus. Der Mangel könnte u. a. durch eine gezielte Einwanderungspolitik ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund wäre es ausgesprochen kurzsichtig, wenn wir jetzt die später dringend benötigten, z. Teil jetzt schon gut integrierten Menschen in ihre Herkunftsländer zurückschicken würden. Wir fordern den schleswig-holsteinischen Innenminister Klaus Schlie auf, sich der Initiative seines Bremer Kollegen anzuschließen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 02.12.2009, 21:01 Uhr - 3211 Clicks - Nr. 1346*

SPD beantragt Fragestunde zur HSH Nordbank

Die SPD-Landtagsfraktion beantragt für die Dezember-Tagung des Landtages eine Fragestunde zum Thema HSH Nordbank. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber:

Die in der Zeitschrift "Stern" vorige Woche veröffentlichten Aufzeichnungen des früheren schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Marnette zum Umgang der Landesregierung mit dem Themenkomplex HSH Nordbank werfen Fragen auf.
Deshalb beantragt die SPD-Landtagsfraktion für die Dezember-Tagung eine Fragestunde, in die wir fünf Fragen zu diesen Veröffentlichungen stellen:

Trifft es zu, dass Minister a. D. Dr. Marnette im November 2008 im Zusammenhang mit dem Themenkomplex HSH Nordbank einen mehrseitigen Fragenkatalog an Ministerpräsident Carstensen und Minister Wiegard geschickt hat, was waren die Inhalte und wie haben Ministerpräsident Carstensen und Minister Wiegard auf den Fragenkatalog reagiert?

Trifft es zu, dass Minister a. D. Dr. Marnette im November 2008 verlangt hat, der künftige Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank möge eine Ehrenerklärung abgeben?

Trifft es zu, dass Ministerpräsident Carstensen im Februar 2009 einen als streng vertraulich gekennzeichneten Vermerk von Minister a. D. Dr. Marnette erhalten hat, in dem dieser von einem Gespräch mit dem damaligen HSH Aufsichtsratsvorsitzenden Peiner berichtet, und welchen Inhalt hatte dieser Vermerk?

Trifft es zu, dass Ministerpräsident Carstensen im Februar 2009 einen handschriftlichen Vermerk im Zusammenhang mit dem Themenkomplex HSH Nordbank von Minister a. D. Dr. Marnette erhalten hat?

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 02.12.2009, 21:04 Uhr - 3838 Clicks - Nr. 1347*

Nordseekooperation muss Priorität erhalten!

Zur Tagung der Nordseekommission in Kiel erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und die Europapolitikerin Anette Langner:
Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren muss eine offensive und operative Nordseestrategie entwickeln.
Vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung ist es nicht ausreichend, sich auf die Ostseekooperation zu beschränken, deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion vor geraumer Zeit eine Konzeption für eine neue Nordseenachbarschaft vorgelegt. Durch die Beratungen der Nordseekommmission am gestrigen Tag sehen wir uns in dieser Strategie, die wir seit 2001 verfolgen, bestätigt. Das Projekt „Clean Northsea Shipping“, das als Flaggschiffprojekt für die Entwicklung einer EU-Nordseestrategie vorangebracht werden soll, findet unsere voll Unterstützung. Mit dieser Initiative soll die Nordseeregion zu einer Modellregion für maritime umweltverträgliche Infrastruktur und Technologie gemacht werden. Schleswig-Holstein muss seine Interessen sowohl in der Nordseekommission als auch bei der Stakeholder-Konferenz im April 2010 in Brüssel stärker als bisher einbringen, um seine Funktion als Motor für eine zukünftige Nordseekooperation nicht zu verlieren.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.12.2009, 08:48 Uhr - 1387 Clicks - Nr. 1348*

"Bildungsregion Kiel: Potenziale von Kindern und Jugendlichen fördern!"
Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski; und die schulpolitische Sprecherin der Fraktion von B90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, erklären zum gestern im Ausschuss für Schule und Sport beratenen Antrag: "Bildungsregion Kiel: Von der Zuständigkeitslogik zur gemeinsamen Verantwortung":
"Bei dem Antrag geht es darum, den Bildungsschatz einer Region zu heben - also die Potenziale von Kindern und Jugendlichen zu fördern.
Diese Förderung von Kindern und Jugendlichen kann nur gelingen, wenn wir soziales, schulisches und emotionales Lernen stärker miteinander verzahnen. Eine integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung soll vorangebracht werden. Eine gelingende Kooperation zwischen Land, Schulen und kommunaler Jugendhilfe ist die Voraussetzung zur Gestaltung der neuen bildungspolitischen Entwicklungen. Denn Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist mehr als Unterricht - genau so, wie Soziale Arbeit sich nicht auf Jugendarbeit und Betreuung reduzieren lässt.
In Kiel gibt es viele sehr gute Ansätze, auf die hervorragend aufgebaut werden kann.
So hat die Stadt das "Übergangsmanagement" von Schule in den Beruf in Angriff genommen. Wir wollen diesen Initiativen eine Struktur geben, die die Kooperation und das systematische Vorgehen in den Mittelpunkt stellt. In anderen Städten haben sich z.B. Steuerungsgruppen und die Einrichtung eines "Bildungsbüros" bewährt. Diese Erfahrungen wollen wir für Kiel nutzen."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 03.12.2009, 14:25 Uhr - 55908 Clicks - Nr. 1349*

Lügenbarone an der Förde
Zu einem vorab veröffentlichten Ausschnitt der Rede des CDU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen beim traditionellen Grünkohlessen der Unternehmensverbände erklärt der Sprecher des SPD-Landesverbandes, Amin Hamadmad:
Herr Carstensen spricht sich erneut gegen Steuersenkungen aus. Die schwarz-gelben Wahlkampfversprechungen sind vergessen. Selbst wenn nach der Wahl die Einsicht gekommen wäre, so hätte er bereits im Oktober in den CDU-Gremien in Berlin, denen er angehört, Widerspruch gegen den schwarz-gelben Koalitionsvertrag einlegen müssen. Dieser kam aber nicht!

Carstensen bleibt sich treu: Erst wird sich monatelang nicht gekümmert, dann flippt er aus und schlussendlich wird er klein beigeben. Schleswig-Holstein, dem Land und den Kommunen, wäre damit nicht gedient.

Carstensen setzt den Politikstil fort, den wir schon aus Zeiten der Großen Koalition von ihm kennen. Doch eine verlogene Argumentation und eine fulminante schwarz-gelbe Steuershow lenken nicht davon ab, dass dem Land und den Kommunen der Geldhahn zugedreht wird. Fragt sich, wem jetzt, da die SPD nicht mehr in Regierungsverantwortung ist, die Schuld für das eigene Versagen zugeschoben werden soll.

In Sachen Steuerpolitik agieren die Herren Carstensen und Kubicki wie Lügenbarone. Schade für das Land, dass die Sache in Berlin auch so ausgehen wird, wie beim Lügenbaron Münchhausen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 03.12.2009, 16:28 Uhr - 9226 Clicks - Nr. 1350*

HSH Vorstandsvergütungen: CDU-Argumentation unredlich
Zur Berichterstattung über plötzlich doch wieder erlaubte Manager-Boni sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Mag sein, dass Herr Kopper, Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank, Recht hat, wenn er behauptet, er halte sich „pedantisch an die Auflagen".
Aber auch noch so pedantisches Heruminterpretieren an den beschlossenen Wortlauten ändert nichts daran: Der Landtag wollte eine Deckelung auf 500.000 Euro, und zwar, wie Herr Kubicki, FDP, so schön formulierte, „all inclusive". Das ist in den Landtagssitzungen überdeutlich geworden, das wurde im Finanzausschuss immer wieder betont, und das haben alle Fraktionen außer der CDU im November bekräftigt. Hier haben CDU und FDP offensichtlich einen millionenschweren Dissens.
Die Landesregierung hat den Willen des Parlaments umzusetzen.

Mit Carstensens Einverständnis vereinbart die Bank nun Vergütungen, die das Gehalt eines Vorstandsmitglieds bereits dann verdoppeln, wenn dieses lediglich sein Jahresziel erreicht hat. Das ist unglaublich und das hätte es mit der SPD nicht gegeben.

Es gibt einen Unterschied zwischen Rechtsverbindlichkeit und deutlich geäußertem Willen des Parlamentes.
Unsere Aussagen sind und waren deutlich:

keine Abfindungen und Halteprämien,keine zusätzlichen Leistungen, mögen sie noch so „üblich" sein,Boni allerfrühestens dann, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Verpflichtungen aus den gegebenen Garantien mehr zu erfüllen hat.

Anhang:
Auszüge aus dem Protokoll der Finanzausschusssitzung vom 3. September 2009
<Link zum Protokoll>

„Abg. Herdejürgen nimmt auf die Resolution des Landtages Bezug und legt Wert darauf, dass die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder unabhängig von der Frage der Dividendenfähigkeit generell die Summe von 500.000 € nicht überschreiten dürfe." (S. 9)
„Abg. Herdejürgen hält die Begrenzung der Vorstandsgehälter auf 500.000 € für ein Gebot der Verhältnismäßigkeit und erwartet, dass die Obergrenze auch in Zeiten der Dividendenfähigkeit eingehalten werde." (S. 13)

„Abg. Heinold beantragt, der Finanzausschuss solle die Landesregierung auffordern sicherzustellen, dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderen

Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteige, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank (sogenannte Bad Bank und Good Bank) nicht gegeben sei. Es solle ausgeschlossen sein, dass Bonuszahlungen oder variable Vergütungen für vorangegangene Jahre, in denen die Gesamtdividendenfähigkeit der Bank nicht gegeben sei, im Nachhinein gezahlt würden." (S. 10)

Auszug aus dem Plenarprotokoll vom 18. November 2009 <Link zum Protokoll>

(Abg. Kubicki) „Denn nicht nur für die FDP steht fest, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns nicht gegeben ist und es keine nachhaltige Sicherstellung der Gewinne der zu konsolidierenden Bank gibt, dürfen keine Gesamtvergütungen über 500.000 € gewährt werden. Ich bringe dazu gleich ein Zitat. (…) Diese Auffassung, die meine Fraktion vertritt, teilt im Grunde genommen auch der Finanzausschuss des Landtags, der im September folgenden einstimmigen Beschluss gefasst hat - ich zitiere noch einmal -:

> „Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass die monetäre Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder und anderer Mitarbeiter der HSH Nordbank AG - einschließlich aller Prämien und Vergütungen auch von Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG - den Gesamtbetrag von 500.000 € pro Person und Jahr nicht übersteigt, solange die Gesamtdividendenfähigkeit des konsolidierten Konzerns HSH Nordbank (sog. „Bad Bank" und „Good Bank") nicht gegeben ist."

Mein Verständnis dieser Beschlusslage ist, dass damit all-inclusive gemeint war." (S. 117)

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 04.12.2009, 09:42 Uhr - 4068 Clicks - Nr. 1351*

SPD lehnt Haushalt 2010 ab - Keine ausreichende Bearbeitungszeit

Am gestrigen Abend, den 03.12.2009, tagte die Osterrönfelder Gemeindevertretung. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Beratung über den Haushalt 2010.

Die SPD-Fraktion hat dem Haushalt 2010 für die Gemeinde nicht zugestimmt. Wie schon im letzten Jahr wurden auch diesmal die Beschlussvorlagen erst kurzfristig vor den Ausschuss- und Gemeindevertretersitzungen verteilt, sodass der SPD-Fraktion kaum Gelegenheit blieb, das Zahlenwerk zu durchleuchten und zu beraten.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Haushalt Dank des wochenlangen Einsatzes der Verwaltung erstmals nach den Regeln der „Doppik" aufgestellt wurde und somit völlig neu strukturiert ist. Diese Umstellung, die natürlich Zeit braucht, wurde erst durch die unermüdliche Arbeit der Verwaltung möglich. "Da aber der Haushaltsplan letztlich die Grundlage für viele Aktivitäten in der Gemeinde darstellt, kann eine derartig

wichtige Entscheidung unserer Meinung nach nicht ’schnell im Vorbeigehen’ getroffen werden", so der SPD-Fraktionsvorsitzende, Matthias Baldes. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, den Gemeindevertretern mehr Zeit zu geben und den Beschluss der Haushaltssatzung in den Januar zu verschieben. Obwohl kein Anlass für eine übertriebene Eile bestand, wurde der Antrag erwartungsgemäß abgelehnt und der Haushalt 2010 nach kurzer Beratung mit den Stimmen der OWG und CDU/FDP „durchgepeitscht“.

--

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 04.12.2009, 10:30 Uhr - 64967 Clicks - Nr. 1352*

Gleichstellungspolitik: Schleswig-Holstein ist Schlusslicht
Koalitionsverträge im Vergleich: In Schleswig-Holstein die meisten „weißen Flecken“ beim Zukunftsthema Gleichstellung

Der Vergleich der jüngst geschlossenen Koalitionsverträge in Bund und Ländern bringt es an den Tag: In Sachen „Gleichstellung“ hat es Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein komplett die Sprache verschlagen. Zu fünf von acht Themenfeldern, auf denen der „Zweiwochendienst: Frauen und Politik“ im aktuellen Dezemberheft (Nr. 273, S. 4-7) gleichstellungspolitische Positionen der neu gebildeten Regierungen abprüft, weiß man(n) in Kiel überhaupt nichts zu vermelden; und auch die anderen Aussagen sind – selbst verglichen mit sonstigen CDU-FDP-Programmen – beschämend kurz und schwammig ausgefallen.

Insgesamt kommt in der zwd-Tabelle das Thema „Gleichstellung“ bei der Bundesregierung auf 68 Zeilen, im Saarland auf 62, im rot-roten Brandenburg auf 40, im SPD-CDU-geführten Thüringen auf 47, in Sachsen auf 23 – und in Schleswig-Holstein auf zwölf!

Ein Beispiel: Während die „Jamaika“-Koalition im Saarland Gleichstellung als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche erkannt hat und dafür einen ständigen Dialog mit Verbänden, Vereinen und Wissenschaft vorantreiben will, sogar die neue Bundesregierung einen „Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern“ in Aussicht stellt, bleibt es in Schleswig-Holstein beim Lippenbekenntnis, „die Gleichstellung von Mann und Frau [bleibe] ein zentrales Thema“. Unterboten wird solche Kargheit in Worten und Taten nur noch von Sachsen – das aber auch bezeichnenderweise zum Schutz vor Gewalt für Frauen schweigt, dafür das unselige Landeserziehungsgeld (analog der „Herdprämie“ des Bundes) im Programm hat.

In Schleswig-Holstein soll wenigstens „das Angebot an Frauenhäusern aufrechterhalten“ werden; dafür verkneift man sich jede Erwähnung weiterer Hilfs- und Beratungsangebote für immerhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung! Zur Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung, zu Frauen in Führungspositionen, zur Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern, dem Wiedereinstieg in den Beruf nach Kindererziehung und Pflege – Fehlanzeige, nicht ein einziges Wort.
Und die zentrale Zukunftsaufgabe der Kinderbetreuung wird im Norden nun so kleinteilig und

auch kleinmütig angegangen (fast reduziert auf Betriebs-Kitas, Tagespflege und „Vernetzung"), dass schon die Frage aufkommt, wie das Etikett „bedarfsgerecht" jemals passen soll.

Nicht genug damit: Auch mit seiner einzigen Ministerin in einem achtköpfigen Kabinett bildet das nördlichste Bundesland, das einmal Spitzenreiter bei politisch prominenten Frauen war, nun das unrühmliche Schlusslicht.
„Ein derartiger Rückstand der schleswig-holsteinischen CDU-FDP-Regierung ausgerechnet beim Zukunftsthema Gleichstellung kann zwei Erklärungen haben", resümiert die AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich: „Ignoranz – oder den entschiedenen Willen zum gesellschaftlichen ‚rollback'."

Das erste wäre bereits schlimm genug und einem modernen, weltoffenen Gemeinwesen sicher nicht angemessen; im zweiten Fall könne Schwarz-Gelb schon einmal mit dem geschlossenen Widerstand einer starken Opposition rechnen. Eins sei leider deutlich geworden: „Diese Landesregierung vertritt ganz offenbar nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Frauen in Schleswig-Holstein müssen sich in den nächsten Jahren warm anziehen."

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 04.12.2009, 11:09 Uhr - 8284 Clicks - Nr. 1353*

SPD-MdB Thönnes: Ehrenamt braucht Unterstützung der Politik

SPD-MdB Franz Thönnes erklärt anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamts am 5. Dezember 2009: „Unser besonderer Dank gilt den fast 23 Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich in Deutschland engagieren.
Ob in Vereinen, Verbänden, in der Kommunalpolitik oder insbesondere bei den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst, dem Arbeiter-Samariter-Bund oder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft sowie dem Technischen Hilfswerk. Sie setzen sich für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bis hin zu unserem Schutz und unsere Sicherheit ein".

Zur Sicherung dieses Engagements ist die erforderliche Wertschätzung und verlässliche politische Unterstützung notwendig. Dabei spielen die Städte und Dörfer eine wichtige Rolle. „Die geplanten Steuergeschenke der neuen Berliner Regierungskoalition an ihre Klientel und die damit einhergehenden massiven Steuerausfälle werden die Kommunen an den Rand der Handlungsfähigkeit bringen. Gerade aber in den Gemeinden liegt die Basis für die Finanzierung unseres ehrenamtlichen Hilfeleistungssystems", so Thönnes.

Bürgerschaftliches Engagement will auch gelernt sein. Deshalb seien Lernorte notwendig, meint der SPD-Politiker. Die Länder sind hierbei nach seiner Auffassung gefordert, soziales Lernen bereits in der Schule zu ermöglichen und für das ehrenamtliche Engagement zu werben. Auch vor Ort sollten lokale Initiativen und Projekte mit sachgerechter Qualifizierung begleitet werden.

„Die neue SPD-Bundestagsfraktion wird im Übrigen ein Freiwilligenstatusgesetz erarbeiten, dass die bislang bestehende Unübersichtlichkeit der rechtlichen Regelungen für bürgerschaftlich Engagierte beseitigt und einen verständlichen Rechtsrahmen schafft", ergänzt Thönnes.

Bildquelle: hofschlaeger / www.pixelio.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.12.2009, 12:20 Uhr - 1890 Clicks - Nr. 1354*

Bildungswege statt Asphalt: Kiel kommt in Bewegung!
Der vorliegende Haushaltsentwurf muss vor dem Hintergrund einer weiterhin schwierigen Wirtschaftskrise und einer gefährlichen Steuerpolitik der Bundesregierung gesehen werden. Wir rechnen für 2010 mit Steuermindereinnahmen von 52 Mio. € gegenüber dem Jahresabschluss 2008.
Aller Kritik - auch aus den eigenen Fraktionen - zum Trotz beharrt die Bundesregierung auf ihrem Steuersenkungsprogramm. Direkt betroffen sind die Kommunen, denn die Regierungskoalition stellt die wichtigste Finanzierungsquelle der Kommunen, die Gewerbesteuer in Frage. Schon jetzt brechen die Steuereinnahmen für die Kommunen weg. Absehbar sind weitere Verluste aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Die Ratsfraktionen von CDU und FDP irrlichtern angesichts der Landes- und Bundespolitik durch die Diskussion. Da wird wortgewaltig von einem Investitionsprogramm gesprochen und einen Antrag weiter rigide Sparpolitik gefordert. Da wird ein Haushaltssicherungskonzept verlangt und wenige Tage vorher werden Ausgaben für neue Vorhaben befürwortet, wie etwa die Rathausfestspiele. Das ist keine Oppositionspolitik, sondern sinnfreie Kraut- und Rübenpolitik.

I. Kiel setzt alles auf Bildung

Kiel steckt jeden Cent, der nicht gesetzlich gebunden ist, in Bildung. Wir setzen alles, was wir haben auf Zukunft, also in die Bildung unserer Kinder.

1. Schulen

Die Gesamtaufwendungen bei den Schulen belaufen sich auf über 63 Mio. € und steigen damit um fast 8 Mio. €.

Bei der Schulgebäudesanierung investieren wir weiter wie bisher 2,5 Mio. € pro Jahr, zusätzlich stellen wir für die Modernisierung von Fachräumen 1,4 Mio. € pro Jahr bereit.

Wie von SPD, Grünen und SSW im letzten Jahr bereits beschlossen, geht der Ausbau der Schulsozialarbeit mit drei neuen Stellen weiter. Damit stehen 15,5 Stellen an städtischen Schulen zur Verfügung. Darüber hinaus erhalten die Ganztagsschulen wie im vergangenen Jahr weitere 350.000 € für ihr pädagogisches Angebot.

Außerdem werden im kommenden Jahr die von der Ratsmehrheit auf den Weg gebrachten Maßnahmen des Konjunkturpaket II greifen. An Schulen, Schulsporthallen, Mensen, Kindertageseinrichtungen und den regionalen Bildungszentren werden wir in den kommenden Jahren umfangreiche Investitionen in die energetische Sanierung der Gebäude durchführen. Mit diesen Investitionen in die Kieler Bildungslandschaft sichern wir Beschäftigung und betreiben aktiven Klimaschutz, denn alle geförderten Baumaßnahmen dienen der Verbesserung der energetischen Qualität der Gebäude.

2. Sport

Mit diesem Haushalt werden die Weichen für den einvernehmlich beschlossenen Bau eines neuen Zentralbades mit Kosten in Höhe von 17 Mio € gestellt.

Zusätzlich werden wir Mittel zur Umsetzung des Sportentwicklungsplanes in Höhe von 500.000 € bereitstellen. Wir gehen davon aus, dass wir im ersten Halbjahr im Sportausschuss die konkreten Projekte beschließen können, so dass in 2010 die ersten 250.000 € verausgabt werden können, 2011 die zweiten 250.000 €.

Wir werden den Breitensport verstärkt fördern. Dazu werden SPD, Grüne und SSW den Haushaltsansatz für die Sportförderung von 522.000 € um 338.000 € auf insgesamt 860.000 € erhöhen. Damit werden wir die gleiche Summe in den Breitensport investieren, wie wir es mit dem 860.000 € teuren Zuschuss für den Ausbau des Holstein-Stadions getan haben. Spitzensport und Breitensport liegen für uns auf gleicher Augenhöhe.
Mit dieser verstärkten Sportförderung werden wir Zuschüsse zu Sportarten und Events, Randsportarten und den Ausbau von Laufstrecken und Wanderwegen gewähren und so die Kieler Sportvereine in ihrer wichtigen Arbeit für die Stadt unterstützen. Der Ausschuss für Schule und Sport wird über die konkreten Projekte entscheiden. Schon jetzt legen wir verbindlich fest: das sozialpolitisch wichtige „Jugendkutterprojekt e. V.“, in dem junge Menschen Segeln lernen, wird im Jahr 2010 mit 13.000 € unterstützt.

Als Kooperation werden wir in dieser Periode die lang ersehnte Sporthalle an der Ricarda-Huch-Schule im Stadtteil Ravensberg realisieren.
Bereits im vorangangenen Jahr haben SPD, Grüne und SSW die Planung und den Bau für die Sporthalle am Heidenberger Teich in Mettenhof ermöglicht.
In 2010 stellen wir nun 100.000 € für die Planung dieser Sporthalle in Kiels am dichtesten besiedelten Stadtteil ein, in den Folgejahren stehen 2,3 Mio. €. für den Bau bereit. Als Deckung werden wir einige Maßnahmen im Straßenbau reduzieren, bzw. zu einem späteren Zeitpunkt realisieren.

3. Kindertageseinrichtungen

Die Gesamtaufwendungen für die Kita belaufen sich auf über 50 Mio. € und steigen damit um mehr als 12 Mio. €. Bei den Tageseinrichtungen für Kinder investieren wir in den Jahren 2010 bis 2013 rd. 15,4 Mio. € zusätzlich. Damit schaffen wir eine Steigerung der Versorgungsquote für 0-3 Jahre von 8,51% (2006) auf 35% in 2013, für 3-6 Jahre von 84,32% (2006) auf 97% bis 2013 und für Grundschulkinder von 35,45% (2006) 50% in 2013. Mit dem Neubau einer Kita in Russee investieren wir in diesem und im kommenden Jahr jeweils 1,5 Mio. €.

II. Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW führen auch in den kommenden Jahren den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit offensiv weiter. Wir stellen wie im Jahr 2009 für Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit 30.000 € zur Verfügung. Die neuen Mitgliedschaften in der Vereinigung „Mayors for Peace" und im Städtebündnis gegen Rassismus sind vollzogen und finanziert.

III. Kommunalpolitik der sozialen Gerechtigkeit

In Kiel wird im Sozialhaushalt nicht gekürzt. Wir halten nicht nur das sehr hohe Niveau der sozialen Infrastruktur, sondern investieren darüber hinaus, z.B. in Beschäftigungsförderung. Mit einem Fonds in Höhe von 600.000 € unterstützen wir Menschen dabei, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Dabei werden wir über diesen Fonds für Maßnahmen aus dem SGB II des Jobcenters Mittel bereitstellen, aber auch besonders interessante innovative Beschäftigungsinitiativen unterstützen. So werden wir für das an den dänischen Naturschulen orientierte Projekt im Naturerlebnisraum Kollhorst fördern, weil wir uns dort neue Beschäftigungsperspektiven in der Umweltbildung versprechen.

IV. Impulse für Arbeit und Wirtschaft

1. Dezernat für Arbeit und Wirtschaft
Wesentlich für die künftige Sicherung und Schaffung von Beschäftigung in Kiel wird die Einrichtung eines Wirtschaftsdezernats sein, von dem wir uns für die regionale Wirtschaftsförderung neue Impulse erhoffen.

2. Rekommunalisierung
Im Laufe des Jahres 2009 haben wir die KVG erfolgreich rekommunalisiert, die gesamte Abfallwirtschaft wird ab 2012 komplett vom ABK übernommen werden, damit die Müllgebühren niedrig bleiben.

V. Moderne Verkehrspolitik

Wir stehen zur StadtRegionalbahn und stellen für die weitere Planung 500.000 € bereit. Außerdem vervollständigen wir weiter die Velorouten, etwa in der Blücherstraße oder in der Hardenbergstraße.

VI. Kulturell lebendige Stadt

Wenn in anderen Städten Theater schließen, sichern wir allen 5 Sparten des Kieler Theater eine ausreichende finanzielle Grundlage. Bislang können wir auch alle anderen Kultureinrichtungen absichern und im Einzelfall sogar ausbauen. Das integrative Theater ist auch im kommenden Jahr gesichert, die sozio-kulturellen Zentren, Büchereien, Museen und Stadtgalerie sind nicht

gefährdet. Der Kulturladen Leuchtturm in Friedrichsort erhält eine erhöhte Zuwendung für seine Arbeit. Wir fördern die dänische Minderheit in Kiel, indem wir die Erwachsenenbildung unterstützen und die Anfahrt des dänischen Büchereibusses in die Kieler Stadtteile bezuschussen.
Wir kämpfen weiter für ein Maritimes Science Center und hoffen weiter auf die Einsicht der Landesregierung. Als Verpflichtungsermächtigung stehen 3,2 Mio. € im Haushalt bereit.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 04.12.2009, 12:43 Uhr - 2541 Clicks - Nr. 1355*

Chance vertan: Keine Zusatzmittel für Kinder, Bildung und Kultur.

Ein Aktionsprogramm „Modernes und gesundes Lernen in Flensburg" wird es in Flensburg nicht geben, auch für die freie Kultur gibt es keine zusätzlichen Investitionsmittel. Im Rat scheiterte am Freitagmorgen eine entsprechende Initiative der SPD. Auch der Vorstoß der Sozialdemokraten, die Einnahmesituation der Stadt durch Anhebung der Gewerbesteuer zu verbessern, wurde abgelehnt. CDU und WiF hatten bei allen Punkten gegen die SPD durchgestimmt, beim SSW gab es in der Gewerbesteuerfrage überwiegen
„Der Rat hat eine große Chance vertan", so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost in einer ersten Stellungnahme: „Wir wollten etwas für Kinder, Bildung und die freie Kultur erreichen, gleichzeitig das strukturelle Defizit im Haushalt um 1,35 Millionen Euro reduzieren.

Die Entscheidung ist finanzpolitisch fatal, ein Affront gegen Mütter und Väter, ein Rückschritt für die Bildungsstadt Flensburg und das falsche Signal für die freie Kultur in unserer Stadt."

Damit ist der Haushalt 2010 für die SPD nicht zustimmungsfähig. Das Thema Gewerbesteueranpassung bleibt aber auf der Tagesordnung. In den Ratsdebatten war erkennbar, dass in allen Fraktionen die Einsicht in die Notwendigkeit steigt, so die Einschätzung der SPD.

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 05.12.2009, 17:07 Uhr - 6472 Clicks - Nr. 1356*

320 Jahre Parteigeschichte

Im Rahmen einer Mitgliederversammlung der SPD-Wilster wurden zahlreiche Genossinnen und Genossen für ihre langjährige Treue zur SPD geehrt. Insgesamt kamen dabei 320 Jahre SPD-Mitgliedschaft zusammen, darunter auf unserem Bild Hans Dieter Hilgers (40 Jahre, 3. v.l.), Renate Hilgers (30 Jahre, Mitte), Karin Lewandowski (20 Jahre, 2. v.r.) und Erna Karger (20 Jahre, links). Es gratulierten Kirsten Hillebrecht-Kahl (stellv.

Vorsitzende, 2. v.l.) und Helmut Jacobs (Fraktionsvorsitzender, rechts).
Die weiteren zu ehrenden Mitglieder, Willi Beißner (45 Jahre Mitgliedschaft), Karl-Heinz Schmidt (40 Jahre), Bernd Hannemann, Herbert Waage und Irene Studt (jeweils 35 Jahre), sowie Jürgen Kock (20 Jahre) konnten leider nicht anwesend sein.
Zu Beginn der Versammlung gedachten die Anwesenden des kürzlich verstorbenen langjährigen SPD-Mitglieds und Kommunalpolitikers Walter Jacobs.
Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung ging es um den Bericht aus der Arbeit der Rathausfraktion. Hier standen die Haushaltsberatungen im Mittelpunkt. Angesichts der desolaten Finanzlage und der sich durch die Berliner Politik bereits abzeichnenden Verschärfung der Finanzkrise der Kommunen sehen die Sozialdemokraten derzeit keine guten Perspektiven für die Stadt Wilster, denn es gebe wegen der Finanzlage nahezu keinen Entscheidungsspielraum mehr für die Stadt. Selbst kleinere Anschaffungen, beispielsweise Geräte für die Kinderspielplätze, müssten durch Kredite finanziert werden.
Als letzter Höhepunkt des Abends stand dann der Bericht vom Bundesparteitag im Mittelpunkt: Otto Andresen und Jörg Framke waren nach Dresden zum Bundesparteitag gefahren und konnten so ihre Erfahrungen und Eindrücke aus erster Hand wiedergeben.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 06.12.2009, 11:19 Uhr - 3200 Clicks - Nr. 1357*

MarktTreff in Steinfeld feiert sein 10jähriges Bestehen
Am 5. Dezember 2009 feierte die Gemeinde Steinfeld das 10jährige Bestehen des MarktTreffs. Bürgermeister Heinrich Buch (SPD) betonte in seiner Eröffnungsrede die Wichtigkeit von Einkaufs- und Kommunikationszentren im ländlichen Raum.
Heinrich Buch bedankte sich bei dem ehemaligen Bürgermeister und jetzigen Ehrenbürgermeister Karl-Heinz Klinker (SPD), dass er das MarktTreff-Konzept für die Gemeinde aufgegriffen hat, das durch die Gemeindevertretung beschlossen und umgesetzt wurde. Der MarktTreff Steinfeld wurde als erster MarktTreff in SH vor 10 Jahren eingeweiht und betrieben.
Heinrich Buch richtete seinen Dank auch an den jetzigen Betreiber Norbert Matzen, der für die Durchführung der Feier neben der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr und dem DRK, einen großen Beitrag geleistet hat.
Neben dem Erwerb des MarktTreffs in Steinfeld durch die Gemeinde vor 10 Jahren hat die Gemeinde im Jahr 2009 die Gaststätte „Jägersruh" gekauft und diese beiden gemeindeeigenen Immobilien bilden die Säulen für den sozialen Gemeinsinn in der Gemeinde.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 07.12.2009, 21:07 Uhr - 3918 Clicks - Nr. 1358*

SPD Quickborn stellt Bürgermeisterkandidatin vor
"Quickborn hat die Wahl" . Die SPD Quickborn freut sich, ihre Bürgermeisterkandidatin Johanna Carolin Skalski der Öffentlichkeit vorstellen zu können.
Die SPD Quickborn ist glücklich, eine hervorragend qualifizierte Kandidatin gefunden zu haben, die durch Kompetenz und Bürgernähe beeindruckt.

Johanna Skalski, 32 Jahre alt und selbständige Rechtsanwältin möchte gerne die Interessen der rund 20.000 Quickborner Bürgerinnen und Bürger vertreten und mehr Wirtschaftskraft und

Arbeitsplätze für Quickborn erreichen. Sie möchte besseres Wohnen und besseres Leben in Quickborn und beides miteinander verbinden.
"Quickborn hat Potenzial" sagt sie und möchte "Quickborn als Lebensstadt mit Herz bekannt und beliebt machen, sowie die Lebensgemeinschaft in Quickborn stärken"

Die Tatsache, dass Frau Skalski FDP-Mitglied ist, hat uns keine Sekunde zögern lassen, weil sie selber damit ihre Überparteilichkeit bewiesen hat.

Mit Johanna Skalski tritt eine Person in Quickborn an, die nicht aus dem üblichen Parteiklüngel hervorgegangen ist, sondern einzig durch ihre Persönlichkeit und Qualifikation überzeugt.

Das ist für uns wichtig: Jemanden zu haben, der überparteilich kommunizieren kann. Damit erfüllt sie auch die Anforderderung vieler Quickbornerinnen und Quickborner, nämlich keiner Partei verpflichtet zu sein und sich allein auf ihr eigenes Urteilsvermögen zu stützen.

Wir brauchen in Quickborn ein neues Gesicht im Rathaus, einen Neuanfang. Wir brauchen jemanden, der zuhört, bevor er handelt. Jemanden, der von allen Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert werden kann.

Wir brauchen eine Bürgermeisterin, die auf die Menschen zugeht und ihre Sorgen aufnimmt und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handelt.

Wir brauchen jemanden, der sich nicht in hektischem Aktionismus erschöpft, sondern gemeinsam mit den Bürgern und allen Parteien vernünftige Dinge für Quickborn umsetzt.

Kurzum: wir brauchen eine echte Alternative zum Amtsinhaber.

Wir glauben, dass Johanna Skalski ganz schnell die Herzen der Quickbornerinnen und Quickborner erobern wird und auch für die anderen Fraktionen zum Wunschpartner werden wird.

Bürgermeister und Bürgermeisterinnen werden direkt von der Bevölkerung gewählt. Wobei wählen bedeutet, eine Auswahl zu haben. Dies ist ein Recht und vielfach geäußerter Wunsch der Bürgerinnen und Bürger. Bei der letzten Bürgermeisterwahl gab es diese Wahl nicht, was sich in einer traurigen Wahlbeteiligung von 40% und damit einhergehend mangelnder Legitimation des Bürgermeisters ausdrückte.

Die SPD Quickborn freut sich auch deshalb, jetzt diesem Wunsch entsprechen zu können und die nächste Bürgermeisterwahl am 9. Mai 2010 zu einer interessanten Alternativwahl zu machen.

Wir unterstützen Johanna C. Skalski und sind überzeugt, dass die Quickborner Bürgerinnen und Bürger dies ebenfalls tun werden. **"Quickborn hat die Wahl"**
Kommentar von joachim staender vom 10.02.2010, 04:57 Uhr:
lütt` n ing.
hallo genossen,! Johanna Skalski wird es biegen, wer denn sonst ? Das schöne ist doch das die quickborner wählen können. habe Ideen, am 17.02.10 bei Enno.

Kommentar von Jochen A,ltmann vom 09.12.2009, 18:37 Uhr:
RE: SPD Quickborn stellt Bürgermeisterkandidatin vor

Na mit den Zahlen habt Ihr das nicht so gut. Der Köppl hatte rund 1000 Stimmen mehr als SPD / FDP und Grüne bei der Kommunalwahl 2004. Warum benutzt Ihr so einen leicht angreifbaren Vergleich in Eurer Publikation. Spannend finde ich, dass die SPD jetzt schon Liberale austellt. Personaldecke zu dünn? Als Sozialdemokrat habe ich mit der Politik der Liberalen ein ernsthaftes Problem, also bei der Wahl lieber wegbleiben? Was für ein Armutszeugnis. was verleitet eigentlich eine FDP-Funktioärin sich als SPD Kandidatin aufstellen zu lassen. Politisch sind sich die Parteien ja nicht wirklich nahe. Bei Sozialdemokraten (zumindest in NRW) ist ein derartiges Verhalten (Kandidatur für eine andere Partei) jedenfalls ein Grund für einen Parteiausschluss. Warum habt Ihr nicht die Ausschreibung abgewartet. Es gibt doch genug qualifizierte Sozialdemokraten. Vielleicht gibt es ja auch andere parteilose Bewerber. Wer hat für die SPD eingentlich die Auswahl vorgenommen, ich denke die Partei steht für Offenheit und Transparenz? Die FDP hat Ihre Mitglieder befragt und wartet trotz FDP Frau erstmal die Ausschreibung ab.

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 07.12.2009, 21:10 Uhr - 1955 Clicks - Nr. 1359*

Pressemitteilung der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld"
Pressemitteilung

Die Nutzung der Sonnenenergie zur Stromerzeugung voranbringen – das möchte die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld" der SPD.
Helfen soll dabei ein Solarkataster, aus dem Interessierte entnehmen können, ob Dachflächen für den Aufbau von Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen geeignet sind.
Der Strom aus den Photovoltaik-Anlagen würde in das EON-Netz eingespeist, mit Hilfe der Solarthermie könnte man Warmwasser erzeugen oder Heizungs-anlagen unterstützen.
Vorbild dieser Idee ist die Stadt Osnabrück. Dort hat man in Kooperation mit der Fachhochschule ein Verfahren entworfen, bei dem beim Überfliegen des ausgewählten Gebietes Laser-Aufnahmen gemacht werden. Aus diesen werden mit einem speziell entwickelten Programm die Dachneigungen und deren Ausrichtung nach Süden ermittelt. Die Eignung der Dachflächen lässt sich anschließend einfach tabellarisch ablesen.
„Wir können uns vorstellen, einen solchen Vorschlag in die Arbeitsgemeinschaft „Klimaschutz" zu geben, die die Stadt Reinfeld und das Amt Nordstormarn gemeinsam ins Leben gerufen haben." sagt dazu Gerd Herrmann, der für die Sozialdemokraten die AG „Nachhaltiges Reinfeld" gegründet hat. Die Mitglieder wollen versuchen, noch weitere Details zum Vorgehen in anderen Orten zusammenzutragen, um für Reinfeld und die Region zu einem möglichst effizienten Vorschlag zu kommen.
Das nächste Treffen der Gruppe ist für Dienstag, den 19. Januar 2010 um 19.30 vorgesehen. Interessenten können sich bei Gerd Herrmann, Tel. 1837 melden.

Keine Kommentare

SPD-Dithmarschen - *veröffentlicht am 08.12.2009, 00:18 Uhr - 11537 Clicks - Nr. 1360*

CDU blockiert Einigung über Schülerbeförderung

Hintergrund: Für Schülerinnen ab dem 11.Schuljahr gibt es keine Übernahme der Schülerbeförderungskosten. Dies ist für Haushalte, die sich aktuell im Leistungsempfang nach Sozialgesetzbuch (Hartz IV) oder anderen Regelungen befinden, eine enorme Belastung. Vom Regelsatz (Kinder ab 14 Jahren = 287 EUR) eine Busfahrkarte im

Gegenwert von monatlich gut 50 Euro und mehr zu bezahlen, ist nicht leistbar.
Deshalb hat die Kreisverwaltung Dithmarschen reagiert und die Schülerbeförderungskosten für diese Schülerinnen übernommen. Mit Urteil vom 28.10.2009 hat das Bundessozialgericht (BSG) jedoch entschieden, dass die Kosten für eine Busfahrkarte bereits im Regelsatz enthalten sind, eine Fortsetzung des Dithmarscher Weges war damit nicht mehr möglich.

Einer Bewertung des BSG-Urteils enthalten wir uns an dieser Stelle. Zur Info: Im Regelsatz für Erwachsene sind für den Bereich Verkehr ÖPNV 19,20 € monatlich vorgesehen, für Kinder ab 14 Jahren werden pauschal 80% des Regelbedarfs angesetzt. Das wären dann 15,36 € im Monat.

In Dithmarschen wurde deshalb nach einer Lösung gesucht, um die bisherige Praxis abzulösen. Da dies nur über den Weg einer freiwilligen Leistung des Kreises möglich ist, wurde ein entsprechender Beschlussvorschlag für die Sitzung am 03.12.2009 erarbeitet. Schon bei der Vorbereitung des Beschlusses war jedoch deutlich geworden, dass es unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg geben wird. Die Beschlussvorlage lautete dann auf die hälftige Übernahme der tatsächlichen Kosten durch den Kreis, für die andere Hälfte würden die Wohnortgemeinden gebeten, diese zu übernehmen. Dies befristet bis zum 31.07.2009.

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes stellte unser Fraktionsvorsitzende Klaus-Jürgen Esch einen Antrag auf Änderung der Beschlussvorlage dahingehend, dass der Kreis die Kosten zunächst voll übernimmt, die Wohnortgemeinden allerdings gebeten werden, dem Kreis die Kosten hälftig zu erstatten.

In einer anschließenden Diskussion wurde unter anderem von Gemeindevertretern zugesagt, diese Kostenteilung zu akzeptieren. Ebenso betont wurde:
- die kritische Finanzlage des Kreises;
- die Notwendigkeit, für die Schülerinnen eine verlässliche Lösung zu finden;
- und die Bedeutung einer solchen Förderung gerade für Schülerinnen aus sozial schwächeren Familien, die einen höheren Schulabschluss anstreben

Zunächst wurde über den SPD-Vorschlag abgestimmt, der trotz Unterstützung durch FDP, Grüne, Linke, alternative Linke und einzelne CDU-Abgeordnete keine Mehrheit erhielt (23:22). Die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag fand ebenfalls keine Mehrheit (18:27). Damit wurde der Tagesordnungspunkt geschlossen. Ein Dringlichkeitsantrag der SPD zur Wiederaufnahmen und Abstimmung über einen Kompromiss, der eine Festlegung nur bis zum 31.03.2009 vorsah, fand nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Daraufhin beantragte die SPD-Fraktion eine Sondersitzung zu diesem Thema noch vor Weihnachten.

Frage an Angelika Hansen: Warum wollte die SPD den ursprünglichen Beschlussvorschlag abändern?
Antwort: Wir wollten für die Schülerinnen eine sichere und verlässliche Lösung des Problems haben. Wenn der Kreis zunächst die Kosten übernimmt und ihm diese von den Wohnortgemeinden erstattet werden, so ist die Kostenübernahme für die Fahrkarte in voller Höhe sichergestellt. Der vorgelegte Beschlussvorschlag hätte doch bedeutet, dass die betroffenen Familien die Unterstützung einmal beim Kreis und zusätzlich noch bei den Gemeinden hätten beantragen müssen. Während sie beim Kreis dann mit einer Übernahme sicher hätten rechnen können, wäre dies bei den Gemeinden nicht sichergestellt. Insofern hätte keine Familie sicher sein können, dass sie diese notwendige Leistung erhält.

Frage: Wäre es nicht taktisch klüger gewesen, die Gemeinden mit dem ersten Vorschlag in die Pflicht zu nehmen?
Antwort: Erstens ist es für den Kreistag gar nicht möglich, die Gemeinden in dieser Sache zu irgendeiner Leistung zu verpflichten. Unser Vorschlag bedeutet mehr Sicherheit und Verlässlichkeit für die Schülerinnen, die durch den Schulbesuch und die schwierige wirtschaftliche Lage ihrer Familie schon genügend belastet sind. Ob die Gemeinden die Kosten tatsächlich hälftig übernehmen, ist eine Frage, die nicht auf dem Rücken der Schwächsten in dieser Gesellschaft ausgetragen werden darf. Auch unser Vorschlag sieht ja diese Kostenteilung vor, nur leidet bei diesem unter einer Ablehnung durch die Wohnortgemeinde nicht eine einzelne Schülerin, sondern der Haushalt des Kreises.

Frage: Was meinen Sie zu dem in der Sitzung geäußerten Vorwurf an die SPD, die finanzielle Lage des Kreises nicht genügend zu berücksichtigen, ja gar in unverantwortbarer Weise den Haushalt und künftige Generationen zu überlasten?
Antwort: Das halte ich geradezu für an den Haaren herbeigezogen. Unser Vorschlag belastet den Kreishaushalt nicht mehr, als der ursprünglich vorgelegte. Zahlen alle betroffenen Wohnortgemeinden die Hälfte der Fahrkosten, ist die Belastung exakt gleich. Offensichtlich traut die CDU in dieser Sache ihrem eigenen Vorschlag nicht. Eine Mehrbelastung des Haushalts entstünde doch nur dann, wenn die Gemeinden oder einzelne Gemeinde nicht zahlen. Dieses Risiko möchte die CDU auf die Familien der Schülerinnen abwälzen. Das ist geradezu zynisch. Zudem beträgt die potentielle Mehrbelastung maximal einen fünfstelligen Euro-Betrag im unteren Bereich. Dies ist angesichts eines Haushaltsvolumens von ca. 160 Millionen Euro und eines erneuten Fehlbetrags von rund 10 Millionen Euro nun wirklich keine Summe, die an die Existenz geht.

Frage: Und die Belastung der künftigen Generationen?
Antwort: Das ist genauso ein Scheinargument. Hier wird seitens der CDU Verwirrung betrieben und noch mehr Sand in die Augen der Bürger gestreut. Wenn Sie sich die Haushalte der Gemeinden, Kreise, Länder und des Bundes anschauen und die Ausgaben nach deren Nutzen für die künftigen Generationen beurteilen, dann werden Sie doch sehr schnell erkennen, dass die Schulden, die wir alle angehäuft haben und weiterhin anhäufen, nur zu einem geringeren Teil Investitionen in die Zukunft sind. Und nur für solche Investitionen sind Belastungen künftiger Generationen vertretbar. Dass die Förderung von Schülerinnen durch Übernahme der Fahrtkosten eine wirkliche Investition in die Zukunft darstellt, steht nach unserer Auffassung außer Frage und ist deshalb auch vertretbar. Wenn die CDU dies anders sieht, scheint sie der Auffassung zu sein, dass Schülerinnen, die dieser Hilfe bedürfen, sowieso keine Zukunft haben.

Frage: Wird sich ihr Vorschlag auf der Sondersitzung des Kreistages durchsetzen?
Antwort: Wir werden unseren Vorschlag aufrechterhalten. Ich erwarte auch, dass er nach gründlicher Beratung in den Fraktionen eine Mehrheit finden wird. Er ist inhaltlich richtig, er berücksichtigt die Interessen der Schülerinnen besser, er ist sozial gerechter und ausgewogener. Die leider nicht ganz ausreichende Zustimmung, die er bereits in der Sitzung am 03.12.2009 erhalten hat, zeigt uns, dass dies von einem großen Teil der Dithmarscher Kreistagsabgeordneten auch so gesehen wird. An dieser Stelle möchte ich noch den Abgeordneten der anderen Fraktionen danken, die unseren Vorschlag unterstützt haben. Ich erwarte nun von den CDU-Abgeordneten, die dagegen gestimmt haben, dass sie ohne ideologische Scheuklappen eine Neubewertung vornehmen und sich unserem Vorschlag anschließen, damit wir noch vor Weihnachten zu einer guten Lösung für die Schülerinnen kommen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 08.12.2009, 10:24 Uhr - 5052 Clicks - Nr. 1361*

Kleine Anfrage zum Thema "Grünlandumbruch in Schleswig-Holstein"

Für die 2. Sitzung des 17. Landtages in der Zeit vom 18.-20.11.2009 habe ich folgende kleine Anfrage zum Thema "Grünlandumbruch" gestellt:
Grünlandumbruch in Schleswig-Holstein

1.Wie hat sich der Anteil des Grünlandes in Schleswig-Holstein seit dem Erlass der Verordnung zum Verbot des Grünlandverbotes im Juni 2008 entwickelt?

2.Wie viele Anträge von Landwirten zum Grünlandumbruch, soweit möglich nach Kreisen oder Hauptnaturräumen gegliedert, wurden seitdem gestellt und genehmigt?

3.Wie hat sich seit diesem Zeitpunkt der Anteil der Fläche für den Maisanbau entwickelt?

Die Antwort der Landesregierung dazu befindet sich derzeit als Drucksache Nr. 121 in Vorbereitung.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.12.2009, 13:14 Uhr - 2911 Clicks - Nr. 1362*

Ein "Leserbrief" zum letzten Fördeschnack

"Sehr geehrter Herr Nowc, ich lese sehr gern Ihre Artikel aus der Flensburger Vergangenheit. Doch leider scheint mir, zur Gegenwart fällt Ihnen so viel auch nicht ein. Das Aufführen von schlichten Parolen und Schubladendenken - "rötlichen Polit-Ecken" - "Koalition der Vernunft" - ist, mit Verlaub gesagt, doch allerhöchstens B-Ware und tönt genauso dumpf wie die von Ihnen im Rathaus-Keller vermutete Bartwickelmaschine.
Wie wär's, wenn Sie versuchten, wenigstens so schlau zu sein wie die Ratsmitglieder? Dazu würde ja auch gehören, Vorschläge von Parteien zum Haushalt als Ganzes zur Kenntnis zu nehmen und als Stadtredakteur auch der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie müssen diese Ideen ja nicht gleich teilen. Und wenn Sie schon Politik und Verwaltung so "platt" machen möchten, dann sollte sich die Stadtredaktion doch bitte schön die Mühe machen, die gesamte Ratssitzung zum Haushalt zu verfolgen, und nicht nur einige wenige Abschnitte. Sie schreiben ja selbst, das die Haushaltssitzung der Ratsversammlung ein gutes Forum ist, um Antworten auf Fragen zu bekommen. Wie heißt es so schön: Wer vom Rathaus kommt, ist schlauer! Aber dafür muss man erst einmal zum Rathaus gehen."

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung als Leserbrief

Horst Otte

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 08.12.2009, 16:28 Uhr - 7781 Clicks - Nr. 1363*

Regio-Kliniken: Untauglicher Erpressungsversuch der FDP

Hannes Birke verlangt Rücktritt von Grimme als Aufsichtsratsmitglied und Neuwahlen durch den Kreistag

„Das ist ein kaum verholender Erpressungsversuch eines offensichtlich politisch aus dem Ruder gelaufenen Fraktionsvorsitzenden" Unmissverständlich weist SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannes Birke den Vorstoß des FDP-Vorsitzenden Klaus Bremer zurück, die SPD aus den Aufsichtsräten kreiseigener Gesellschaften abzuwählen. Bremer hatte mit dieser Konsequenz für den Fall gedroht, dass Hans-Peter Stahl (SPD) nicht freiwillig auf sein Mandat im Aufsichtsrat der Regio-Kliniken verzichtet.

„Herr Bremer" –so Birke- „ kann uns nicht einschüchtern, denn anders als die FDP machen wir uns bei den Regio-Kliniken nicht zum Handlanger von Landrat Dr. Grimme (CDU)" Birke spielt damit auf den schriftlichen Versuch an, die vier von den Fraktionen berufenen Mitglieder des Aufsichtsrates zum freiwilligen Verzicht zu bewegen, während Grimme selbst keinen Grund für einen Rücktritt sieht. Sollte der Versuch erfolgreich sein, wäre Grimme automatisch der letzte Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat. Die vier freiwerdenden Plätze würden vertragsgemäß mit SANA-Vertretern besetzt.

Auch wenn der Verkauf an SANA von der SPD abgelehnt wurde, respektiert die SPD die Mehrheitsentscheidung des Kreistages und wird auf ihren Sitz verzichten, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

So soll Landrat Dr. Grimme ebenfalls schriftlich gegenüber der Geschäftsführung der Regio-Kliniken und dem Kreispräsidenten seinen Rücktritt als Aufsichtsratsmitglied erklären. Damit wäre auch sein Rücktritt als Aufsichtsratsvorsitzender verbunden. Die Besetzung des verbleibenden letzten Mandates soll –so die SPD- auf Vorschlag der Fraktionen durch den Kreistag im Januar erfolgen. Für die SPD ein faires, transparentes und rechtlich einwandfreies Verfahren. Sollte Grimme dann erneut berufen werden, müsste sich –so Birke- im Kreistag eine entsprechende Mehrheit finden.

Ferner erwartet die SPD vor dem Rückzug ihres Mitgliedes vom Landrat eine schriftliche Stellungnahme, dass mit der Konstituierung des neuen Aufsichtsrates der Vertrag in vollem Umfang und ohne jede Einschränkung oder Ausnahmeklausel vollzogen ist.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 09.12.2009, 07:22 Uhr - 9157 Clicks - Nr. 1364*

Steuerentlastungen – Verarmungsgesetz für den Kreis.

Hannes Birke fordert von Ole Schröder (CDU MdB) die Interesse des Landes zu beachten und kritisiert dessen Abstimmungsverhalten

„Das Abstimmungsverhalten der schleswig-holsteinischen CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten ist ein Schlag ins Gesicht unseres Bundeslandes und seiner Kreise und Kommunen!" Mit diesen Worten hat der Vorsitzende des Pinneberger SPD-Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion, Hans-Helmut Birke, auf die Zustimmung der schwarz-gelben

Politiker zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der Bundesregierung reagiert.

„Während die beiden Regierungsparteien sich in Kiel und den Kreisen als Küsten-Robin-Hoods aufspielen, machen sich die CDU- und FDP-Abgeordneten in Berlin unter Führung von Dr. Ole Schröder und Jürgen Koppelin zu Komplizen einer Politik, die Hoteliers und reichen Erben gerade auch auf Kosten der kommunalen Ebene die Taschen füllen will", kritisiert Birke. Angesicht prognostizierter Einnahmenausfälle für die kommunale Ebene Schleswig-Holsteins in Höhe von jährlich 60 Millionen Euro durch das Gesetz frage er sich, wo denn der Entsetzensschrei von Ministerpräsident Carstensen „Ihr habt sie doch nicht mehr alle!" seinen eigenen Leuten gegenüber bleibe.

Als CDU-Kreisvorsitzendem müsse Dr. Ole Schröder bewusst sein, dass die Finanzen des Kreises den Berliner Griff in die Kassen nicht verkraften könnten, stellt Birke klar. „Am Ende wird uns das Geld für Bildung, Betreuung und Infrastrukturmaßnahmen fehlen. Schüler, Kindergartenkinder und ihre Eltern wären wahrscheinlich die Hauptbetroffenen. Für unseren Kreis ist das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein glasklares Verarmungsgesetz."

Er sei dankbar, dass der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann gegen das Gesetz und damit im Interesse Schleswig-Holsteins und des Kreises Pinneberg gestimmt habe. Birke: „Ich fordere die Landesregierung auf, sich nicht durch billige Zugeständnisse die Zustimmung im Bundesrat abkaufen zu lassen. Hier geht es um strukturelle Belastungen unserer Haushalte, die nicht durch Symbolik oder Rechenkunststückchen kompensiert werden können. Schleswig-Holstein muss in der Dezembersitzung der Länderkammer gegen das Gesetz stimmen!"

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 09.12.2009, 18:33 Uhr - 5767 Clicks - Nr. 1365*

Verkauf an Araber darf nicht stattfinden!

Zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der HDW Werft:
„Wenn Thyssen Krupp tatsächlich HDW an einen arabischen Interessenten verkaufen will, werden wir in Kiel in einer großen öffentlichen Demonstration Widerstand anmelden. Die Frage, ob Arbeitsplätze aus dem militärischen Bereich ins Ausland verkauft werden soll, ist ein Grund für unsere Ablehnung. Zum Zweiten muss ein Verschwinden des Know-Hows verhindert werden. Und zum Dritten kann und soll Thyssen Krupp eine maritime Perspektive für die Sicherung von Arbeitsplätzen entwickeln. Der Verkauf wäre für die Region Kiel in jeder Beziehung unkalkulierbar," so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.
Kommentar von Günther vom 10.12.2009, 12:53 Uhr:
RE: Verkauf an Araber darf nicht stattfinden!
Der Ausverkauf von Maritimer Spitzentechnologie aus Kiel und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze muss unbedingt unterbunden werden. Es kann nicht sein dass "Heuschrecken" über unsere Werften und Betriebe herfallen, die Technologie herausholen und dann alles platt machen. Der Verkauf wäre für Kiel verhehrend, deshalb werde an der angekündigten mutmaßlichen Großdemo auf jeden Fall teilnehmen.

SPD-Elmschenhagen - *veröffentlicht am 10.12.2009, 19:30 Uhr - 2740 Clicks - Nr. 1366*

Postbank-Filiale in Elmschenhagen soll erhalten bleiben

In der Ortsbeiratssitzung vom 24.Nov.2009 stellte der OV Elmschenhagen/Kroog den Antrag, dass der Ortsbeirat die Postbank auffordern soll, ihre Überlegungen nach Aufgabe der Bankfiliale zu überdenken, zumindest aber die Geldversorgung an einem ungefährdeten Ort am Bebelplatz sicherzustellen und die Möglichkeiten zur Wahrnehmung des Zahlungsverkehrs zu erhalten. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.
Begründung für die Ablehnung des Antrages durch CDU und FDP war die Aussage: "Die Kunden können sich ja eine andere Bank aussuchen."
Mehr zum Antrag des OV lesen Sie hier.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.12.2009, 14:48 Uhr - 1089 Clicks - Nr. 1367*

Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge ist zu teuer!

Zur Warnung der Industrie-und Handelskammer zu Kiel vor Rekommunalisierungen von Verkehrs- und Entsorgungsleistungen erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion BÜND-NIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
„Aufgabe der Stadt ist es, die bestmögliche Daseinsvorsorge zu bezahlbaren Preisen für die Kielerinnen und Kieler zu gewährleisten. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind auf einen modernen öffentlichen Personennahverkehr, eine stets funktionierende Müllabfuhr und auf eine verlässliche Ver- und Entsorgung angewiesen. Die Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ist ein ökonomisch vernünftiger Weg, bei der die Leis-tungserbringung zu angemessenen Löhnen gestaltet werden kann. Für ideologische For-derungen nach einem Rückzug der öffentlichen Hand besteht kein Anlass.

Im Gegenteil: Die Rekommunalisierung der Recyclinghöfe in Kiel hat die Gebührenzahler schon um mehr als 100.000 Euro entlastet, die Rekommunalisierung der Restabfall- und Altpapiersammlung ab dem Jahr 2012 wird nach unseren Berechnungen mehrere hun-derttausend Euro günstiger als es eine Privatisierung sein würde. Dies liegt schlicht daran, dass der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb keine Mehrwertsteuer zahlt und weder Wag-nis noch Gewinn einzukalkulieren hat – und solche Mehrkosten deshalb auch nicht an den Gebührenzahler weitergeben muss. Das beweisen die gegenwärtig sehr niedrigen Abfall-gebühren des Abfallwirtschaftsbetriebes, die noch unterhalb der Gebührensätze des Jah-res 1997 liegen.

Ändern würde sich das, wenn die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP eine Mehrwertsteuerpflicht für Abfall- und Entsorgungsleistungen einführt, wie in ihrem Koaliti-onsvertrag vereinbart ist. Dann droht ein Mehrwertsteueraufschlag für Müll- und Abwas-sergebühren, den die Gebührenzahler teuer zu bezahlen hätten. Im Interesse der Kiele-rinnen und Kieler ist das nicht! SPD, GRÜNE und SSW lehnen diese Politik ab !"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 11.12.2009, 14:52 Uhr - 1104 Clicks - Nr. 1368*

Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge ist zu teuer!
Zur Warnung der Industrie-und Handelskammer zu Kiel vor Rekommunalisierungen von Verkehrs- und Entsorgungsleistungen erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion BÜND-NIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Aufgabe der Stadt ist es, die bestmögliche Daseinsvorsorge zu bezahlbaren Preisen für die Kielerinnen und Kieler zu gewährleisten. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind auf einen modernen öffentlichen Personennahverkehr, eine stets funktionierende Müllabfuhr und auf eine verlässliche Ver- und Entsorgung angewiesen. Die Rekommunalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ist ein ökonomisch vernünftiger Weg, bei der die Leistungserbringung zu angemessenen Löhnen gestaltet werden kann. Für ideologische Forderungen nach einem Rückzug der öffentlichen Hand besteht kein Anlass.

Im Gegenteil: Die Rekommunalisierung der Recyclinghöfe in Kiel hat die Gebührenzahler schon um mehr als 100.000 Euro entlastet, die Rekommunalisierung der Restabfall- und Altpapiersammlung ab dem Jahr 2012 wird nach unseren Berechnungen mehrere hunderttausend Euro günstiger als es eine Privatisierung sein würde. Dies liegt schlicht daran, dass der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb keine Mehrwertsteuer zahlt und weder Wagnis noch Gewinn einzukalkulieren hat – und solche Mehrkosten deshalb auch nicht an den Gebührenzahler weitergeben muss. Das beweisen die gegenwärtig sehr niedrigen Abfallgebühren des Abfallwirtschaftsbetriebes, die noch unterhalb der Gebührensätze des Jahres 1997 liegen.

Ändern würde sich das, wenn die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP eine Mehrwertsteuerpflicht für Abfall- und Entsorgungsleistungen einführt, wie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart ist. Dann droht ein Mehrwertsteueraufschlag für Müll- und Abwassergebühren, den die Gebührenzahler teuer zu bezahlen hätten. Im Interesse der Kielerinnen und Kieler ist das nicht! SPD, GRÜNE und SSW lehnen diese Politik ab !"

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 11.12.2009, 22:11 Uhr - 5234 Clicks - Nr. 1369*

Neue Perspektiven für den Kieler Norden
„Die weitere Entwicklung Kiels Nördlich des Kanals ist für die Landeshauptstadt von entscheidender Bedeutung", erklärten die Vorsitzenden der SPD, Rolf Fischer, der Grünen, Willi Voigt und Regina Rosin, sowie Antje Danker vom SSW in einer Stellungnahme zur aktuellen Situation und Diskussion über die Zukunft des MFG 5.
Die Entscheidung über die Zukunft des MFG 5 liegt bei der Bundesregierung.
Nicht zuletzt deswegen wurde im Kooperationsvertrag 2008 vereinbart, dass im Bereich des MFG 5-Areals als Konversionsmaßnahme ein vitales mischgenutztes Quartier entstehen soll, sofern das MFG 5 abgezogen wird.

Als wesentliche Ziele einer derartigen Konversionsentwicklung betrachten die Kooperationspartner die Aufhebung der Insellage Holtenaus bzw. die direkte Verbindung der Stadtteile Holtenau und Friedrichsort, die Optimierung einer dynamischen,

regionalwirtschaftlichen wie die Sicherstellung einer ökologisch hochwertigen Entwicklung.

Die Kooperationspartner begrüßen die Einbeziehung möglicher Planungsvarianten in den übergeordneten Förde-Rahmenplan. Als aussichtsreichste inhaltliche Nutzungsschwerpunkte werden in diesem Zusammenhang (Maritimes) Gewerbe, Wohnbebauung und Freizeitnutzung gesehen. Zu berücksichtigen ist dabei, die aktuellen Probleme der Versiegelung und möglicher Altlasten ebenso zu lösen wie die natürliche Qualität des Areals zu erhalten und zu verbessern. "Wir sehen dabei die Sicherstellung einer breiten öffentlichen Diskussion und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wie der Betroffenen als wesentlichen Schritt an", so die Kooperationspartner.

Im Falle des vom Bundesverteidigungsministerium angekündigten Abzugs des MFG 5 im Jahr 2012 muss auch über die Fortführung des Flughafen Kiel-Holtenau entschieden werden. Insbesondere müssen ggf. Alternativen für die Ambulanzflüge, den Flugsport und die sonstigen gewerblichen Aktivitäten gefunden werden. "Wir erwarten, dass sich das Land als Hauptanteilseigner über die Zukunft des Flughafens konstruktiv mit der Landeshauptstadt Kiel verständigt, denn eine weitere jahrelange Hängepartie nützt niemandem", betonten die Politiker abschließend.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 13.12.2009, 13:01 Uhr - 7349 Clicks - Nr. 1370*

Ampelkennzeichnung droht am Lobbyismus der CDU zu scheitern

Zu den Presseberichten über das Scheitern einer Ampelkennzeichnung für Lebensmittel auf europäischer Ebene sagt der verbraucherschutzpolitische Sprecher der SPDLandtagsfraktion, Andreas Beran:

Es ist schon erstaunlich, wie hartleibig die CDU auf allen Ebenen Verbraucherinteressen ignoriert und blind die Wünsche der Industrie durchsetzt. Der Weg für die Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln schien frei: Verbraucherzentralen, Elternvertreter, Ärzte und Krankenkassen sowie die Parteien von SPD, Grünen und Linken sahen die Farbkennzeichnung nicht als Bevormundung, sondern vielmehr als dringend nötige Einkaufshilfe an. Erste Firmen in Deutschland setzen die Ampelkennzeichnung bereits ein.

Die CDU-Europaparlamentarierin Renate Sommer ist nun verantwortlich dafür, dass es durch Vorgaben aus Brüssel wahrscheinlich nicht einmal nationale Öffnungsklauseln für die Ampelkennzeichnung geben wird. Dieser Kniefall vor der Lebensmittelhersteller-Lobby, die stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter zwingen will, kleingedruckte Zahlenakrobatik auf den Verpackungen zu enträtseln, ist ein weiteres Beispiel für die Missachtung von Verbraucherinteressen – wie auch die geplanten längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken zugunsten der Energieriesen oder Fürsprachen für gentechnisch veränderte Lebensmittel.

Die CDU sollte sich besinnen, wofür sie gewählt wurde: Als Vertreterin der Interessen der Menschen in Deutschland und nicht zur Durchsetzung von Lobby-Wünschen.

Keine Kommentare

Jusos Dithmarschen - *veröffentlicht am 13.12.2009, 17:36 Uhr - 6466 Clicks - Nr. 1371*

Ja, zur Schülerbeförderung für Kinder aus benachteiligten Elternhäusern

Wir Jusos bedauern zutiefst, dass die Kostenübernahme der Busfahrkarten für Kinder von Hartz-4-BezieherInnen, um deren Besuch von weiterführenden Schulen zu gewährleisten, durch den Kreistag abgelehnt worden ist.
Seit der Entscheidung des Bundessozialgerichts, dass Hartz-4-BezieherInnen die Kosten für den Besuch von weiterführenden Schulen generell selber übernehmen sollen, ging es auch in Dithmarschen darum, wie der Kreis mit diesem bildungspolitischen Missstand umgehen soll.

Bisher wurden nur in einigen wenigen Fällen die Kosten der SchülerInnenbeförderung übernommen, und es war nicht ersichtlich warum dies lediglich bei einigen wenigen Menschen der Fall war. Es ging also darum durch eine bessere Regelung, diese freiwillige Leistung des Kreises, allen gleichermaßen zugänglich zu machen.

Die SPD sprach sich in diesem Zusammenhang gemäß ihrem Programm zur Kommunalwahl 2008 dafür aus, dass der Zugang zur Bildung offen und kostenfrei für jeden sein muss, und dazu insbesondere die SchülerInnenbeförderung zählt.

Die SPD brachte am 3.12 deswegen im Kreistag einen Antrag ein der die völlige Übernahme der Kosten durch den Kreistag, im Rahmen der Dithmarscher Bildungsoffensive, regeln sollte. Dieser Antrag wurde allerdings durch eine konservative Mehrheit aus CDU und Freien Wählern abgelehnt, die befürchteten der Kreis würde sich damit finanziell überlasten.

Daraufhin wurde die ursprüngliche favorisierte Beschlussvorlage die vorsah das Kreis und Gemeinden jeweils 50% der Kosten übernehmen sollten, was im Anbetracht der finanziellen Leistungsfähigkeiten der Gemeinden dazu geführt hätte, dass die Betroffenen tatsächlich zur Hälfte auf den Kosten sitzen bleiben, ebenfalls abgelehnt. Auch die SPD stimmte, wie auch vorher schon zu erwarten war, gemäß ihres Programmes gegen diese Wischi-Waschi-Position.

Daraufhin entstand die unglückliche Situation, dass die Betroffenen nun gar keine Unterstützung bekommen. Die SPD-Fraktion versuchte daraufhin mittels eines Dringlichkeitsantrages wenigstens die Übernahme der Kosten bis 31. März 2010 zu erkämpfen, was aber leider scheiterte.

Wir als Jusos bedauern dies sehr, war doch die konkreteste, regionalste Forderung des jüngst organisierten Bildungsstreiks die nach kostenloser SchülerInnenbeförderung für alle bis zur 13. Klasse, zumindest für die Kinder von Hartz-4-Bezieherinnen. Die Umsetzung dieser Forderung würde Bildungsblockaden einreißen und Chancengleichheit verwirklichen.

Wir stellen fest, dass sowohl die Fraktion der CDU als auch die Fraktion der Freien Wähler eine wirklich solidarische Lösung ablehnen, und stattdessen Scheinlösungen wie die 50/50-Lösung propagieren. Dies geschieht in der Regel mit einem Verweis auf die schlechte Haushaltslage des Kreises und die „ökonomische Vernunft", die lediglich eine Politik der Anpassung an grundsätzlich veränderbare Zustände ist, mit denen sich CDU und Freie Wähler aber anscheinend abgefunden haben. Es wird dabei geflissentlich übersehen, dass unfreie, schlechte Bildungspolitik die Ursachen von finanziellen Engpässen weiter verstärkt, und so auf die Dauer viel teurer wird, als die Investition in kostenfreie Bildung für die Schwächsten der Gesellschaft.

Wir Jusos sehen natürlich auch einen überregionalen Zusammenhang zwischen Kürzungen von sozialen Leistungen und der um sich greifenden Verschuldung (ob nun Gemeinden, Kreise, Länder oder der Bund davon betroffen sind), der darin besteht, dass jahrelang, teilweise auch unter einer rot-grünen Regierung, die Steuern für Besserverdienende gesenkt wurden. In diesem Zusammenhang kritisieren wir selbstverständlich auch die Steuersenkungspläne der Union und der FDP, weil diese vor allem Besserverdienenden nützen, und weil sie nur durch Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen (siehe z.B. Gesundheitssystem) gegenfinanziert werden können. Wir halten diese Maßnahmen für falsch, weil sie katastrophale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, gerade auf regionaler Ebene, wie bei der bisherigen Entscheidung keine Kostenübernahme für die Kinder von Hartz-4-BezieherInnen zu gewährleisten, haben.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 13.12.2009, 18:15 Uhr - 9517 Clicks - Nr. 1372*

In Kiel und Berlin stehen die Koalitionen, nun folgen Taten!
Und in Husum regiert „Jamaika".
Und wie!

Auch wenn die SPD in Nordfriesland nichts Gutes von den neuen Regierungen in Berlin und Kiel erwartet hat, ist sie doch entsetzt über Art und Weise des Handelns.
Für den Kreisvorsitzenden Horst Deyerling ist Schwarz-Gelb kein Regierungsbündnis, sondern eine Zumutung.

Vier Beispiele, die alles deutlich machen, ohne alles erklären zu müssen!

Beispiel 1 die Aufweichung der Einkommensobergrenzen der HSH- Bank Vorstandsmitglieder.

Es ist schon eine wirkliche Dreistigkeit. Als erste Maßnahme in ihrer Regierungstätigkeit pulverisiert Schwarz-Gelb Einkommensobergrenzen für Manager.
Diese Einkommensobergrenzen wurden in Kiel und Hamburg beschlossen. Hierbei geht es nicht um Einkommen bis 100.000 Euro, sondern um 500.000 Euro im Jahr oder 41.666,67 Euro im Monat !!!!!.
Ein wenig zu wenig, um zu vernünftigen Vorständen zu kommen, meint der HSH-Bank-Chef und das „Dreamteam" von Schwarz-Gelb in Kiel spielt mit. Wenn man unter guten Vorständen jene meint, die für die größte Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik verantwortlich sind, könnte man auch sagen, auf die kann man verzichten.

Es ist moralisch verwerflich, denn diese Vorstandsmitglieder werden indirekt von Steuergeldern des Landes Schleswig-Holstein bezahlt. Es können aber keine Gelder freigemacht werden, um jedem Kind eine warme Mahlzeit kostenfrei zukommen zu lassen, für Schulobst ist Geld da und den Vereinen und Verbänden werden Mittelkürzungen angekündigt.
Die vielen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler im Land betrachten sich zurecht geohrfeigt.

Als Beispiel 2 sei das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz!** – auch als „Klientel-Entlastungsgesetz" oder „Verarmungsgesetzt für Kreise und Kommunen" betitelt - genannt.

Wie auch schon vor der Wahl, als der SPD-Kreisvorsitzende Horst Deyerling dem CDU-MdB

Liebing vorwarf, er vergesse die Interessen seines Wahlkreises, wenn der den Nord-Ostsee-Kanal Richtung Berlin überquert, setzt sich auch nach der Wahl dieses Verhalten fort. „Die Interessen seines Wahlkreises und des Landes zu beachten und zu vertreten, war nie seine Stärke. Dies spiegelt sich in seinem Abstimmungsverhalten wider. Ich bin entsetzt über diese Arroganz und Ignoranz," so der Kreisvorsitzende.

„Das Abstimmungsverhalten der schleswig-holsteinischen CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten ist ein finanzieller Anschlag auf unser Bundesland, unsere Kreise und Kommunen!" Mit diesen Worten kommentierten die Vorsitzenden des SPD-Kreisparteiausschusses Ralph Hoyer und Matthias Ilgen die Zustimmung der schwarz-gelben Politiker zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz".

In Kiel spielen sich die beiden Regierungsparteien als "Küsten-Robin-Hoods" auf, in Berlin machen sich die CDU- und FDP-Abgeordneten unter Führung von Liebing und Koppelin zu Komplizen einer Politik, die es Hoteliers und reichen Erben erlaubt sich auf Kosten der kommunalen Ebene die Taschen füllen zu können.
Angesicht prognostizierter Einnahmenausfälle für die kommunale Ebene Schleswig-Holsteins in Höhe von jährlich mindestens 60 Millionen Euro durch dieses Gesetz, fragt man sich, wo denn der Entsetzensschrei des Ministerpräsidenten gegen seine Koalitions-MdB´s bleibt, hat er doch zuvor mit Rücktritt gedroht, wenn das Gesetz verabschiedet wird.

Gut gebrüllt „Partylöwe" - zu mindest Medienwirksam. Seine Zustimmung im Bundesrat zu diesem „Klientel-Entlastungsgesetz" wird er mit fadenscheinigen Kompromissangeboten des Bundes an die Länder zu erklären wissen.

Als CDU-Kreisvorsitzender müsste Liebing wissen, dass die Finanzen des Kreises und der Kommunen den Berliner Griff in die Kassen nicht verkraften könnten, stellt Ralph Hoyer klar. „Die Auswirkungen werden wir deutlich zu spüren bekommen. Am Ende wird uns das Geld für Bildung, Betreuung und Infrastrukturmaßnahmen fehlen. Schüler, Kindergartenkinder und ihre Eltern wären wahrscheinlich die Hauptbetroffenen. Für unseren Kreis und die Kommunen ist das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein glasklares Verarmungsgesetz."

Horst Deyeling ist dankbar, dass die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein gegen das Gesetz und damit im Interesse des Landes und des Kreises Nordfriesland gestimmt haben. Deyerling weiter: „Ich fordere die Landesregierung auf, sich nicht durch billige Zugeständnisse die Zustimmung im Bundesrat abkaufen zu lassen. Hier geht es um strukturelle Belastungen unserer Haushalte, die nicht durch Symbolik oder Rechenkunststückchen kompensiert werden können. Schleswig-Holstein hat am 18. Dezember 2009 gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung zu stimmen!"

Als **3. Beispiel** nennen wir die **Gleichstellung**.

Im Land, in den Kreisen und den Ämtern gibt es die Gleichstellungsbeauftragten, die seit Jahren wichtige Arbeit zur Gleichstellung von Frau und Mann erledigen. Nun ist es erklärte Politik der CDU diesen Bereich zurückzufahren.
Überall im Land stehen die Haushaltsberatungen an. Wir werden sehen, dass die Gleichstellungsbeauftragten auf vielen Kürzungslisten stehen werden.
Laut Wahlanalyse haben nur wenige Frauen die SPD gewählt, wir werden uns trotzdem weiterhin für eine aktive Frauenpolitik und dem Erhalt der Gleichstellungsbeauftragten einsetzen!

Im **Beispiel 4** wollen wir einmal in den **Kreistag** von Nordfriesland schauen.

Im nächsten Kreistag sollen die Weichen für oder gegen eine Ausschreibung zur Vergabe der Abfallentsorgung gestellt werden. Es geht hier für die SPD nicht nur darum, wer bei einer Ausschreibung den Zuschlag erhält, oder ob der Kreis die Abfallbeseitigung als Eigenbetrieb leisten soll.

Es geht uns in erster Linie um die Frage, welche Auswirkung hat die Fremdvergabe auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Pflicht zur Tariftreue gibt es in dieser Branche nicht. Dies kann also nur bedeuten, dass das günstigste Angebot über den Lohnsektor gesteuert wird. Einkommenseinbußen von bis zu 30% und deutlich verschlechterte Arbeitsbedingungen werden die Folge sein. Für Menschen mit einem sozialen Gewissen kann dies nicht akzeptabel sein.

In den Gesprächen zu diesem Thema zeichnet sich ab, dass CDU und FDP im Kreistag die Ausschreibung bevorzugt. Von der "Klientel-FDP" ist nichts anderes zu erwarten und die CDU macht da weiter, wofür sie auch in den vergangenen Jahren gestanden hat - Entscheidungen gegen die Menschen im Kreis zu treffen. Frei nach dem Motto – nach „Gutsherrenart" entscheiden und die Beschäftigten zu „Leibeigenen mit Dumpinglöhnen" degradieren oder in die Leiharbeit zu treiben.

Auch die CDU sollte endlich einmal mitbekommen, dass das 19. Jahrhundert schon längst vorbei ist, auch wenn sie mit ihrer Politik die Zeit zurück drehen will.
Die SPD-Fraktion und der SPD-Kreisvorstand in Nordfriesland erwarten, dass im Kreistag im Sinne der betroffenen Menschen entschieden und gehandelt wird. Für ihre Arbeit können die Beschäftigten einen Lohn erwarten, von dem sie ihren Lebensunterhalt frei bestimmt gestalten können. Wir lehnen es ab, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Dumpinglohn oder Leiharbeit zu „Aufstockern" werden müssen, um ihre Familien ernähren zu können. Wir weigern uns, Subvention und Gewinnmaximierung der Unternehmen zu lasten der Beschäftigten und der Steuerzahler zu unterstützen.

Über eines sind wir uns doch alle im klaren. Die Abfallgebühren werden durch eine Ausschreibung nicht geringer und die Zeche für die „Aufstockung" bezahlt der Steuerzahler.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 13.12.2009, 18:44 Uhr - 1979 Clicks - Nr. 1373*

CDU kann sich noch nicht für U3-Betreuung entscheiden

Auf Wunsch der CDU Fraktion wurden im jüngsten SKS-Ausschuss wichtige Entscheidungen vertagt.

„Wir finden es sehr enttäuschend, dass die CDU in Barsbüttel immer noch nicht bereit ist, klar zu sagen, wofür und wogegen sie ist. Durch die Vertagung in den Januar werden die Probleme nicht gelöst", stellte Anika Habersaat (SPD, Mitglied des SKS Ausschusses) fest.
Die SPD unterstützt den Vorschlag des Bürgermeisters, in der Kita im Soltausredder eine weitere gemeindliche U3-Gruppe einzurichten. 23 Kinder stehen auf der Warteliste, davon können 10 Kinder in einer neuen U3-Gruppe untergebracht

werden. Für die restlichen 13 Kinder muss Barsbüttel Ausgleichzahlungen an andere Gemeinden oder Hamburg zahlen. Das wird den Gemeindehaushalt jährlich um Euro 150.000 belasten. SPD Fraktionsvorsitzender Hanser: „Wir benötigen zwei neue U3-Gruppen in der Kita Soltausredder. Der Vorschlag des Bürgermeisters, zusätzlich einen Anbau an der Kita vorzunehmen findet unsere Sympathie. Der Anbau kann aber aufgrund der Haushaltslage nur privat finanziert und an die Gemeinde vermietet werden. Dafür werben wir."

Die SPD fordert zudem die Einrichtung einer gemeindlichen Schulkindergruppe (Hortgruppe) in Willinghusen. 15 Schulkinder warten auf eine solche Gruppe. Eine Wohnung in der Kita steht leer und kann dafür sofort genutzt werden. Die Eltern bieten sogar an, den nötigen Umbau und die Einrichtung mittels Sponsoren mit zu finanzieren. Hanser: „Der Bedarf ist da. Die Eltern benötigen diese Plätze, da sie anderenfalls ihrer Berufstätigkeit nicht mehr wie bisher nachgehen können. Wir haben den Platz."

Andrea Johann (SPD, Mitglied des SKS Ausschusses): „Wir wollen den Verein Wühlmäuse dabei unterstützen, dass dieser die gleichen Standards wie eine gemeindliche Einrichtung erfüllen kann. Das dauert aber noch etwas. Der Bürgermeister ist dabei, einen entsprechenden Vertrag mit dem Verein auszuhandeln. Die Eltern benötigen aber in 2010 eine befriedigende Lösung."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 13.12.2009, 18:47 Uhr - 2043 Clicks - Nr. 1374*

SPD will Bildungsschwerpunkte im Haushalt 2010 setzen

Die SPD fordert, die beiden Halbtagsstellen der Sozialpädagogen in der IGS zu Vollzeitstellen zu machen. Die Stelleninhaber konnten überzeugend darstellen, dass der Bedarf an sozialpädagogischer Arbeit gewaltig ist und sie bei weitem nicht dazu kommen, sich den Schülern, die Hilfe benötigen, zu widmen. Der Schulleiter der IGS Barsbüttel bestätigte das ausdrücklich.

Hinzu kommt, dass einer der Sozialpädagogen zusätzlich das Angebot der offenen Ganztagsschule betreuen soll und dafür schon 30 Wochenstunden aufwenden muss. Hanser: „Hier muss eine Erweiterung der Stellen erfolgen, weil wir anderenfalls sehenden Auges die Probleme der Schülerinnen und Schüler an der Schule hinnehmen und für die Konsequenzen verantwortlich sind. Sollte zusätzlich die offene Ganztagsschule kein Erfolg werden, haben wir 1,2 Millionen Euro für die Mensa umsonst ausgegeben und haben als Schulträger versagt."

Die SPD möchte eine Verringerung der Zuschüsse für Vereine und Verbände in Barsbüttel verhindern. „Den Haushaltsansatz um 3000 Euro zu verringern, löst unsere Haushaltsprobleme nicht, aber hat große Konsequenz für die Arbeit der Vereine", sagt Hanser und: „Wir wollen insbesondere die Jugendarbeit der Vereine fördern. Das ist der postulierte Wille der Politik. Dann soll die Politik das auch tun. Wir müssen künftig mehr und nicht weniger Geld für die Jugend ausgeben."

Hermann Hanser zur Haushaltssituation: „Die Gemeinde Barsbüttel könnte ihre Ausgaben zur Daseinsfürsorge selbst finanzieren, wenn wir nicht Millionen an den Kreis und das Land abführen müssten. Die Gemeinden in Deutschland benötigen einen größeren Anteil an den Bundessteuern. Aus eigener Kraft kann auch Barsbüttel nicht mehr zu einem ausgeglichen

Haushalt kommen. Es kann auch nicht sein, dass die Bundesregierung in Berlin Steuergeschenke macht und in den Kommunen wird den Bürgern das Geld um ein Vielfaches weg genommen.
Wer den Hoteliers um 12% Steuergeschenke macht, wird schwer erklären können, in der Gemeinde Barsbüttel dafür keine U3-Gruppen oder Hortplätze einrichten zu können.

Wir benötigen eine große Initiative zur Neuregelung der Steuerverteilung in Deutschland. Der Druck der Bürgerinnen und Bürger aus den Gemeinden muss so stark werden, dass diese Herausforderung von allen Parteien im Bundestag endlich angenommen wird. Die Konsequenzen aus den gemeindlichen Haushalten werden diesen Druck schaffen, wenn der Bürger spürt, was vor Ort wirklich geschieht oder besser nicht mehr geschieht. Wir werden diesen Druck mit organisieren."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 13.12.2009, 20:46 Uhr - 5141 Clicks - Nr. 1375*

Klaus Plöger bleibt Stormarns Landrat

Auf seiner letzten Sitzung des Jahres hat der Stormarner Kreistag am 11. Dezember in geheimer Wahl Klaus Plöger aus Barsbüttel erneut zum Landrat des Kreises Stormarn gewählt. Der Sozialdemokrat Klaus Plöger ist seit 1998 Chef der Kreisverwaltung. Er erhielt in geheimer Wahl 52 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Kreispräsidentin Christa Zeuke nahm den Amtseid für 2010-2016 ab.
1998 und 2004 war Plöger in direkter Wahl von der Bevölkerung gewählt worden, eine Gesetzänderung verlagerte das Recht zur Wahl des Landrates nun wieder in den Kreistag. Dort hatten SPD, CDU und LINKE gemeinsam den Antrag zur Wahl Klaus Plögers zum Landrat eingebracht. Die sechsjährige dritte Amtszeit beginnt am 24. April 2010.

Vorher hatten sich Vertreter aller Fraktionen positiv über die Arbeit Klaus Plögers geäußert. Reinhard Mendel, Fraktionsvorsitzender der SPD, erklärte: „Wir wollen diesen Landrat wieder wählen. Bei allen Ecken und Kanten hat er bewiesen: er ist der richtige. Auch wenn wir mit ihm keinen Charme-Wettbewerb gewinnen, besonders nicht in Lübeck." Joachim Wagner, Chef der CDU-Fraktion, ergänzte: „Die CDU-Fraktion hat sich einstimmig für die Wiederwahl Klaus Plögers ausgesprochen. Er steht für solide Finanzpolitik und engagierte Arbeit für Stormarn." Karl-Reinhold Wurch von der FDP würdigte die hervorragende Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und den fairen Umgang zwischen Politik und Verwaltung.

Klaus Plöger bedankte sich mit Stolz für das Wahlergebnis und auch bei seiner Verwaltung: „Nur durch die Arbeit der Verwaltung kann ich meine Arbeit so machen, dass die Politik das gut findet. Gemeinsam können wir mit den Bürgerinnen und Bürgern Stormarn voran bringen."

Fotos von der Landratswahl: hier.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.12.2009, 08:42 Uhr - 1830 Clicks - Nr. 1376*

Mehr Schwimmfläche, bezahlbare Preise für alle: Wir sind dafür!
Zur namentlichen Abstimmung über die Neuausrichtung der Bäderlandschaft erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Ratsherr Stefan Kruber, der Vorsitzende der Ratsfraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Ratsfrau Christian Musculus-Stahnke, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
„Heute (11.12.2009) haben SPD, CDU, GRÜNE, FDP und SSW gemeinsam beschlossen, die Grundlage für den Bau eines modernen Zentralbades an der Hörn zu legen. Mit diesem großen Zentralbad soll ausreichend Schwimmfläche für das Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmen geschaffen werden, die in den zu kleinen und zu maroden Schwimmhallen in Gaarden und am Lessingplatz nicht bestehen. Für das Freibad Katzheide soll eine für die Bäder GmbH kostenneutrale Lösung für den Betrieb eines kleineren Badbereiches gefunden werden. Dafür wollen wir 17 Mio. Euro aufwenden, ein Schwimmbadbesuch soll dann 3,- Euro kosten. Würden stattdessen die Gaardener Halle und die Lessinghalle und das Freibad Katzheide für mehr als 25 Mio. Euro saniert, die Eintrittspreise stiegen zwingend auf mindestens 5,- Euro pro Person. Das ist für Familien und Alleinerziehende, für junge Menschen, für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende und Studierende, für Rentnerinnen und Rentner und für Arbeitslose nicht zu bezahlen. Wir treten ein für eine soziale Sport- und Baupolitik, die in Zukunft allen Kielerinnen und Kielern wieder mehr Schwimmen in Kiel ermöglicht.

Die Fraktionen von DIE LINKE und ihre Abspaltung „Direkte Demokratie" lehnen den Bau eines Zentralbades und damit auch sozial verträgliche Eintrittspreise. Sie grenzen damit Menschen mit geringem Einkommen von der Teilhabe an Sport und Freizeit aus. Wir lehnen diese Politik als unsozial ab und werden dies öffentlich vertreten!"

Kommentar von Thilo Pfennig vom 17.12.2009, 16:32 Uhr:
RE: Mehr Schwimmfläche, bezahlbare Preise für alle: Wir sind
Herr Schneider, Sie fragen: "Die Lessinghalle ist seit über einem Jahr geschlossen(warum wohl???)" Ganz einfach: Weil man als Stadt Kiel die Lessinghalle nicht reparieren wollte und stattdessen lieber Geld für Gutachten und Architekturwettbewerbe am laufenden Band ausgibt. Soll die Lessinghalle wirklich bis auf weiteres geschlossen sein, während das Schulschwimmen in Kiel nicht mehr gewährleistet ist? Weiterhin schreiben Sie "Es ist in meinen Augen in jedem Fall auf Dauer preiswerter, einmal etwas vernünftiges zu bauen,als andauernd an maroden Hallen herum zu reparieren." Wenn dem so wäre, wäre ich der erste, der Ihnen zustimmen würde. Die Fakten belegen aber, dass im beschlossenen Antrag die Eintrittspreise bereits signifikant höher sind als heute. Zudem steht dort (unter Punkt 3) ich zitiere: "Der maximale Zuschussbetrag des Eigenbetriebs Beteiligungen in Höhe von 2,4 Mio. € wird mit Inbetriebnahme des neuen Zentralbades festgeschrieben. Aufwandssteigerungen sind z.B. durch Entgelterhöhungen auszugleichen." Das heisst auf deutsch das alles, was mehr als die kalkulierten 17 Millionen kostet - oder bei weniger Besucherinnen oder sonstigen Abweichungen alles auf die Karten aufgeschlagen wird. Was die Baukosten angeht, so werden wir ja sehen, was in den nächsten Wochen und Monaten bei den nächsten Erkundungen heraus kommt.

Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 17.12.2009, 00:27 Uhr:

RE: Mehr Schwimmfläche, bezahlbare Preise für alle: Wir sind
Der Rat hat absolut richtig entschieden.Es wird Zeit, daß die LH Kiel endlich eine vernünftige Schwimmhalle bekommt.Die Lessinghalle ist seit über einem Jahr geschlossen(warum wohl???)und auch die Gaardener Halle ist in einem schlechten Zustand.Es ist beschämend, daß man als Kieler nach Rendsburg, NMS oder Eckernförde fahren muß um vernünftig schwimmen gehen zu können(und dazu zählen für mich auch Attraktionen für Kinder). Es ist in meinen Augen in jedem Fall auf Dauer preiswerter, einmal etwas vernünftiges zu bauen,als andauernd an maroden Hallen herum zu reparieren.Ob der Neubau, wie von meinem Vorkommentator behauptet, gleich 30-40 Millionen Euro kostet, darf auch sehr stark bezweifelt werden.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 14.12.2009, 18:25 Uhr:
RE: Mehr Schwimmfläche, bezahlbare Preise für alle: Wir sind
Sehr geehrte Damen und Herren der Übergroßen Koalition. Die Große Lösung ist die eines Zentralbades. Das dies weit über 17 Millionen kosten wird ist jetzt schon klar. Auch das alle Mehrkosten auf die Eintrittspreise aufgerechnet werden. Im Gegensatz dazu kostet die kleine Lösung (Kombibad Katzheide+Lessinghalle Grundsanierung) vielleicht nur 8 Millionen und keine 25 Mio.. Die 13-15 Mio. für die Lessinghalle würde laut Vorschlag eine Umgestaltung des Schrevenparkes und der Goethestraße bedeuten, sowie die Pflicht der Einrichtung einer Gastronomie und eines Wellnessbereiches. Es ist unlauter so etwas als Vorschlag zur Renovierung der Lessinghalle zu bezeichnen! Hier wird leider gelogen bis sich die Balken biegen. Den Fraktionen, die da noch Widerstand leisten dann unsoziale Politik vorzuwerfen empfinde ich als niederträchtig. Ich prohezeie Ihnen Kosten von 30-40 Mio. für das Zentralbad. Und dann bin ich gespannt, was sie dann machen werden. Die Gelder für die Erkundung des Geländes und weitere Kosten sind dann ausgegeben und wir sind alle keinen Schritt weiter. Der große Wurf, den sie ankündigen, wird das nicht werden!

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 14.12.2009, 15:45 Uhr - 13138 Clicks - Nr. 1377*

Adventskaffee für Alleinerziehende
Verliebt…verlobt…verheiratet…verlassen ..verarmt. Unter diesem Motto fand am Freitag, 11. Dezember 2009, ein Adventskaffee im Sozialkaufhaus in Bad Segeberg statt. Veranstalterin war die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Kreisvorstand Segeberg, mit der Hilfe der Crew vom Sozialkaufhaus. Die Veranstaltung sollte alleinerziehenden Frauen in einem angenehmen Rahmen möglich machen, über ihre Sorgen und Nöte als Alleinerziehende mit der „Politik" zu diskutieren.

Mehrere Frauen und ihre Kinder fanden den Weg ins Sozialhaus und wurden als Erstes vom Weihnachtsmann mit kleinen Geschenken begrüßt. Während die Kinder malen konnten sowie Häuschen aus Keksen backen, unterhielten sich die Mütter bei Kaffee und Kuchen angeregt mit: Cornelia Östreich, Landesvorsitzende der AsF, Traute Schiffgen, Diane Brügmann, Silke Brandt (die Veranstalterinnen), Kirsten Tödt, Fraktionsvorsitzende der SPD Bad Segeberg, sowie Annelie Eick, Fraktionsvorsitzende der Grünen Bad Segeberg und alleinerziehend.

In der Diskussion wurde klar, dass das Thema der Veranstaltung gut gewählt war, fast alle der betreffenden Frauen fanden sich darin wieder. Leider lassen die Berufsaussichten sowie die Betreuungsmöglichkeiten noch sehr zu wünschen übrig. Von den Frauen wird äußerste Flexibilität erwartet, aber die Ämter scheinen nicht sehr flexibel zu handeln. Die Zeit von 15 bis 17 Uhr wurde sogar noch überzogen, so wichtig war, allen Teilnehmerinnen der Meinungsaustausch. Die AsF Segeberg will mit den Besucherinnen in Kontakt bleiben und

versuchen, sich auf den politischen Ebenen für sie einzusetzen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.12.2009, 11:02 Uhr - 1394 Clicks - Nr. 1378*

Carstensen lässt Kommunen im Stich!
Zu den Gesprächsergebnissen beim Steuerstreit zwischen Angela Merkel und Peter Harry Carstensen erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN, Gesa Langfeldt und Lutz Oschmann:
„Es ist gekommen, wie es zu erwarten war. Carstensen und Kubicki sind eingeknickt und kommen mit leeren Händen aus Berlin zurück.
Angeblich gibt es eine Zusage der Kanzlerin, die ärmeren Bundesländer bei der Umsetzung der Schuldenbremse stärker als geplant zu unterstützen. Wo bleiben die Kommunen?
Ihre Forderungen fallen unter den Tisch. Das Wachstumsbeschleunigungsgestz, dem Schleswig-Holstein am 16.12. im Bundesrat nun zustimmen wird, bringt Einnahmenverluste der Kommunen in Höhe von 60 Mio. Euro, Kiel ist mit 6 Mio. Euro dabei. Die Kommunen können zusätzliche Steuerausfälle nicht mehr verkraften. Peter Harry Carstensen hat seine kommunale Basis verraten. Er hat hoch gepokert und verloren. Die Interessen der Kommunen spielen offensichtlich keine Rolle. Den Letzten beißen die Hunde, die Kommunen haben keine Lobby bei der Landesregierung."

Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 17.12.2009, 00:42 Uhr:
RE: Carstensen lässt Kommunen im Stich!
Liebe Gesa, habt Ihr denn etwas anderes von dem nordfriesischen Landwirt erwartet?? Carstensen hat nun einmal kein Rückrat und ist wiedereinmal eingeknickt.Die Zeche der Klientelpolitik von CDU und FDP hat wieder einmal der einfache Bürger zu zahlen.Aber vielleicht merken die Menschen endlich , was sie sich am 27.09. in Bund und Land eingebrockt haben

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 15.12.2009, 13:48 Uhr - 2891 Clicks - Nr. 1379*

SPD-Engelsby: Wenn Gutscheine schlecht werden
Geschenkgutscheine und deren Gültigkeitsdauer
Jedes Jahr, wenn die Feiertage vor der Tür stehen, hat der Verkauf von Gutscheinen Hochkonjunktur. Entweder man findet nichts Passendes oder der zu Beschenkende wünscht sich sogar ausdrücklich einen Gutschein, um ein nicht gewolltes Geschenk, nicht wieder umtauschen zu müssen.

Was viele jedoch übersehen ist, dass Gutscheine nur eine begrenzte Lebensdauer haben.

„Problematisch ist dabei, dass die Handhabung von Gutscheinen weder gesetzlich geregelt, noch durch die Rechtsprechung abschließend geklärt worden ist," so Dr. Boris Wita von der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein.

Der Aussteller des Gutscheins kann dessen Gültigkeit selbst befristen. Dann findet sich auf dem Gutschein oder in den AGB Formulierungen wie etwa „Einzulösen bis …" oder „Gültig 12 Monate ab Ausstellungsdatum". „Ob und wie lange eine solche Befristung rechtsgültig ist, lässt

sich pauschal nicht sagen, sondern hängt von den Umständen des Einzelfalls ab", so Dr. Wita weiter. Bei einem Gutschein wird man die Länge der unzulässigen Frist nach folgender Faustformel bestimmen können: Je höher der Gutscheinwert und je spezieller die mit dem Gutschein einzulösende Ware ist, umso länger muss die Einlösefrist sein. Bereits bei einfachen Warengutscheinen ist eine Befristung von unter einem Jahr wohl nicht zulässig, wie das Landgericht München festgestellt hat.

Sollte der Gutschein jedoch durch den Aussteller nicht befristet worden sein, so gilt die allgemeine Verjährungsfrist von drei Jahren. Die Frist beginnt dabei mit dem Schluss des Jahres, in dem der Gutschein gekauft worden ist. Ein im Laufe des Jahres 2009 erworbener Gutschein verliert somit seine Gültigkeit zum 31.12.2012.

Ist die Einlösefrist abgelaufen, kann der Aussteller die Einlösung des Gutscheins verweigern. Der Aussteller ist aber nach Ansicht der Verbraucherzentrale verpflichtet, gegen Rückgabe des Gutscheins einen bestimmten Betrag herauszugeben. Der Erstattungsanspruch gegenüber dem Aussteller beläuft sich jedoch nicht auf die volle Höhe des Gutscheins, da für den entgangenen Gewinn eine gewisse Summe einbehalten kann. Die Höhe richtet sich auch hier nach den Umständen des Einzelfalls und ist von den Gewinnspannen der jeweiligen Branchen abhängig.

Um Ärger aus dem Weg zu gehen, empfiehlt die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein einen Gutschein immer möglichst zeitnah einzulösen. Nicht nur, dass man sich so keine Gedanken über die Frist machen muss, so vermeidet man auch anderweitige Probleme, die etwa durch die Änderung des Warensortiments und eine Insolvenz des Gutscheinausstellers eintreten könnten.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die:
Verbraucherzentrale Flensburg
Schiffbrücke 65
24939 Flensburg
Tel.: 0461-28604

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 15.12.2009, 18:58 Uhr - 7995 Clicks - Nr. 1380*

1568 Bürger aus der Region 2009 bei Thönnes in Berlin

„Die magischen 1500 haben wir wieder übersprungen", so kommentierte SPD-MdB Franz Thönnes die Bilanz seiner Besucher aus den Kreisen Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 2009 in Berlin. 1568 Gäste haben der Parlamentarier und sein Team in diesem Jahr betreut.
Den größten Anteil stellten die vielen Klassen aller Schulformen, die das Reichstagsgebäude besuchten, an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teilnahmen und danach mit Thönnes diskutierten. „Mir liegt sehr viel daran mit jungen Menschen über die Demokratie zu sprechen", so der SPD-Politiker. Aber auch viele Einzelbesucher oder Kleingruppen von Verbänden und Vereinen aus seinem Wahlkreis konnte der Abgeordnete 2009 nach Hausführung und Kuppelbesuch begrüßen. Dreimal in diesem Jahr

lud er 50 politisch Interessierte aus Segeberg, Stormarn und Lauenburg zu einem dreitägigen Mix aus Politik und Kultur ein. „Besonders gefreut hat mich dabei, dass die anspruchsvollen Programme für diese Bildungsreisen auf so große Zustimmung und Interesse gestoßen sind", erklärt Thönnes. Auch die von ihm wegen der regen Nachfrage zusätzlich angebotenen Berlinfahrten, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation mit dem Unternehmen „Dienstwerker" durchgeführt werden, fanden Zuspruch. 2009 hat wieder eine dieser Reisen stattgefunden.

Im zurückliegenden Halbjahr besuchten auch Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Betriebsräte, Werkstatträte, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der THW-Ortsbeauftragte aus Bad Segeberg oder junge Menschen aus dem Wahlkreis den Deutschen Bundestag im Rahmen von Konferenzen der SPD-Bundestagfraktion, Gesprächsrunden oder besonderen Veranstaltungen wie „Girls Day" oder „Jugend und Parlament". „Der gute Kontakt zu so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis, die die Gelegenheit nutzen, meinen politischen Arbeitsplatz kennenzulernen und mit mir ins Gespräch zu kommen, passt genau zu meinem politischen Motto „da sein – zuhören – handeln", so der SPD-Bundestagsabgeordnete weiter. Die Zeit für solche Runden sei eine gute Investition in unsere Demokratie. „Dass so viele junge Leute darunter sind, zeigt mir, dass entgegen manch anderer Meinung doch Interesse an Politik da ist", bewertet Thönnes den enormen Zuspruch.

Und die Nachfrage hält an. Für das Jahr 2010 haben sich bereits jetzt schon über 800 Interessierte, darunter Schüler- und Jugendgruppen sowie Bürger aus dem Wahlkreis für einen Besuch des Deutschen Bundestages angemeldet.

Keine Kommentare

SPD-Ellerau - *veröffentlicht am 15.12.2009, 22:37 Uhr - 2810 Clicks - Nr. 1381*

Bericht des Bürgermeisters zur GV- Sitzung am 14. Dez. 2009

1.) Am 30. Nov. 2009 fand die Verbandsversammlung des AZV – Pinnberg statt, bei der u. a. der Wirtschaftsplan 2010 und eine Erhöhung der Abwasser-Reinigungsgebühr von derzeit 1,0974 €/m3 auf 1,17 €/m3 ab 2010 beschlossen wurden. Der Grund für diese Erhöhung sind die erheblich zurückgegangenen Abwassermengen in den letzten Jahren, im Durchschnitt 2,5 % / Jahr. Das hängt mit der Verringerung der Fremdwasser-Zuflüsse durch geringere Niederschläge, Abdichtung der Kanalnetze und sparsamerem Wasserve

2.) Die Verbandsversammlung des WZV – Segeberg fand am 01. Dez. 2009 in Henstedt-Ulzburg statt. Auch hier wurde der Haushaltsplan 2010 beschlossen, der mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1,05 Mio € abschließt. Aus der Gebühren-Ausgleichsrücklage kann der Fehlbetrag aber ausgeglichen werden, so dass keine Erhöhung der Abfallentgelte für 2010 zu beschließen war.
Die Müllgebühren für die privaten Haushalte werden damit im 10. Jahr konstant bleiben.
Die ArGe Bauhof, d. h. der Zusammenschluss der Bauhöfe des Kreises Segeberg und des WZV soll über den 31.03.2011 hinaus weiter betrieben werden. Die Probephase hat sich positiv entwickelt. Ansonsten hätte sie mit einem Jahr Kündigungsfrist zum 31.03.2011 beendet werden müssen.

3.) Die Planungen zum 6-streifigen Ausbau der BAB A 7 vom Bordesholmer Dreieck bis Schnelsen-Nord sind soweit fertig gestellt worden, dass in 2010 das Planfeststellungsverfahren

begonnen werden kann. Im Rahmen der Beteiligung der „Träger öffentlicher Belange" wird die Gemeinde die Planunterlagen im Februar nächsten Jahres zur Abstimmung bekommen. In einer Vorab-Unterrichtung wurde mitgeteilt, dass der Baubeginn für 2013 vorgesehen ist und zwar als sogen. A-Modell, bei dem ein Konsortium die Gesamtmaßnahme zur Ausführung übertragen bekommt und danach 30 Jahre lang die LkW-Maut erhält. In gleicher Weise wird ja zurzeit die Strecke von Hamburg nach Bremen ausgebaut. Auf der A 7 werden dann ebenfalls abwechselnd in 6 – 8 km Abständen Baustellen eingerichtet und der Verkehr wird auf der Gegenfahrbahn 4-spurig abgewickelt. Die gesamte Bauzeit soll 4 Jahre betragen.
Schon jetzt wurde mitgeteilt, dass die Brückenbauwerke „Moortwiete" und „AKN/Bahnstraße" komplett erneuert werden. Aber es wird Lärmschutzwände von 5 Metern Höhe geben und darüber hinaus den offenporigen Asphalt (Flüsterasphalt). Die Anschlussstelle Quickborn bleibt im wesentlichen unverändert.

4.) Der SHGT – Landesverband Schleswig-Holstein tagte am 20. Nov. 2009 in Schönberg. Herr Dornquast wurde als Landesvorsitzender verabschiedet, als Nachfolger ist Bürgermeister Michael Koch aus Malente gewählt worden. Der Rechnungsprüfungsbericht 2008 wurde vorgelegt und es wurde der Verbandhaushalt 2010 beschlossen. Beitragserhöhungen sind für 2010 nicht vorge-sehen, jedoch für 2011. Wir zahlen als Beitrag zurzeit einen Sockelbetrag von 1.600 € / Jahr sowie je Einwohner 0,385 € / Jahr. Letzterer Betrag wird sich ab 2011 auf 0,45 € erhöhen.
Bei der SHGT-Kreisverbandsversammlung am 09. Dez. 2009 in Trappenkamp wurde Herr Dornquast auch als Kreisvorsitzender verabschiedet, zum Nachfolger wurde Herr Christian Stölting (Amt Bad Bramstedt-Land) gewählt. Erfreulich ist, dass für 2010 kein Beitrag erhoben wird, da die Kassenlage dies zulässt.

5.) Die Sanierungsarbeiten an der Rathausfassade schreiten voran, mussten jedoch wegen des schlechten Wetters zeitweise unterbrochen werden.
Auch die Arbeiten zum Anbau des Ruheraumes an der Kindertagesstätte „Lilliput" haben sich wegen des schlechten Wetters verzögert. Es wird aber angestrebt, den Anbau vor Weihnachten so weit fertig zu stellen, dass Dach und Umfassungswände dicht sind.
Die Fernwärmeleitung zur Versorgung der Kindertagesstätte „Uns Lütten" ist fertig gestellt worden, so dass in Kürze die Tagesstätte mit Fernwärme beheizt werden kann.

6.) Zur Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Aufhebung des Fußgänger-Bahnüber-ganges „Am Felde" ist zu berichten, dass das OVG Schleswig am 21.10.09 den Beschluss gefasst hat, die AKN zum Verfahren beizuladen. Weiterhin ist zwischenzeitlich eine Klageerwiderung der Planfeststellungsbehörde eingegangen, in der beantragt wird, unsere Klage abzuweisen. Hierauf wird in Abstimmung mit dem Rechtsamt wiederum geantwortet.

7.) Im Zusammenhang mit der geplanten Instandsetzung / Sanierung des südwestlichen Geh- und Radweges am Berliner Damm (L 234) hatten wir das SBA Itzehoe aufgefordert, die vorhandenen Bäume weitestgehend zu erhalten. Das SBA hat nunmehr mitgeteilt, dass die Durchführung der Arbeiten wegen der Witterung auf das Frühjahr nächsten Jahres verschoben wird. Inzwischen haben wir eine Expertise des Baumsachverständigen Gerd Bollmann erhalten, in der er ebenfalls zu der Einschätzung kommt, dass die überwiegende Anzahl an Bäumen (nämlich 8 von 11) erhalten bleiben kann, weil von Ihnen keine Gefahr für die Befestigung des Geh- und Radweges ausgeht.

8.) Zur Frage der Dichtheitsprüfung von Abwasser-Hausanschlussleitungen ist zu berichten, dass beim zuständigen Ministerium in Kiel eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die

praktische Handlungsempfehlungen für die Kommunen und die erforderliche Rechtsgrundlage erarbeiten soll. Sobald diese vorliegt, wird ein Umsetzungskonzept für Ellerau in Zusammenarbeit mit KBE entwickelt.
Parallel hierzu ist eine Anfrage an die Untere Wasserbehörde gerichtet worden mit der Zielsetzung das Wasserschutzgebiet Zone III (in das Ellerau und Quickborn-Heide nahezu komplett fallen) in die Zonen IIIa und IIIb zu unterteilen, um die Wiederholungsintervalle der Dichtheitsprüfung entsprechend verlängern zu können. Derzeit wird die Zone III wie IIIa behandelt und nicht mehr differenziert.

9.) Wie Sie der Presse entnehmen konnten, gab es am 09. Nov. 09 ein Arbeitsgespräch zwischen den Bürgermeistern bzw. deren Vertretern der 5 vom Fluglärm betroffenen Kommunen: Hasloh, Norderstedt, Quickborn, Ellerau und Henstedt-Ulzburg in Quickborn, zusammen mit Vertretern der Interessengemeinschaft Flugschneise Nord. Erarbeitet wurde ein Forderungskatalog an die Verantwortlichen für die Verhandlungen zwischen Kiel und Hamburg zur gerechteren Verteilung der Starts und Landungen auf den Start- und Landebahnen Hamburg Airports. Dieser Forderungskatalog ist unmittelbar (am 10.11.09) an den Wirtschaftsminister de Jager geschickt worden.

10.) Von der Verkehrsaufsicht des Kreises sind am 19. Nov. 09 die Genehmigungen zur Einrichtung der Tempo – 30 – Zonen in allen Wohngebieten Elleraus eingegangen und nunmehr auch die entsprechenden Verkehrszeichenpläne, so dass eine Umsetzung Anfang nächsten Jahres erfolgen kann.

11.) Es erreichte uns eine Anfrage von der gemeinnützigen Servicestelle für Auslandsschulen. Hier werden Familien gesucht, die bereit sind, einen Jugendlichen (15 – 17 Jahre) aus de Andenschule in Bogota (Kolumbien) im nächsten Jahr für 3 Monate aufzunehmen (17. April bis 09. Juli). Die Jugendlichen haben Deutsch als Fremdsprache, und sie sollen hier auch zur Schule gehen. Falls Interesse hieran besteht, kann ich gern den notwendigen Kontakt herstellen.

Keine Kommentare

SPD-Ellerau - *veröffentlicht am 15.12.2009, 22:39 Uhr - 3042 Clicks - Nr. 1382*

SPD-Aktuell Dezember 2009
Liebe Ellerauerinnen, liebe Ellerauer,

das Jahr 2009 geht seinem Ende entgegen, da wird es Zeit einen kurzen Jahresrückblick zu halten:

1. Das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ist ab dem 1. August 2009 landesweit und so auch in Ellerau eingeführt worden. Bis zu 5 Stunden tägliche Betreuungszeit wird kostenlos angeboten, eine große Erleichterung für die Familien. Um der Nachfrage gerecht zu werden, mussten die Personalstunden in der Minischule erheblich aufgestockt werden. Diesem Erfordernis ist die Gemeindevertretung (GV) einstimmig nachgekommen.

2. Vom Konjunkturprogramm der Bundesregierung profitiert Ellerau auch ein wenig. So wurden verschieden bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Kindergärten beantragt und bewilligt.

Der Kindergarten „Uns Lütten" wird z. B. an die Fernwärmeversorgung angeschlossen und in einigen Bereichen saniert, beim Kindergarten „Lilliput" wird ein Ruheraum angebaut. In beiden Fällen erhält die Gemeinde 75 % an Zuschüssen.

3. Ellerau hat sich mit den Nachbargemeinden zusammen getan, und es wurde eine gemeinsame Resolution zum Erhalt sowie zur Erweiterung der AKN-Durchfahrt bis zum Hamburger Hauptbahnhof verfasst und an die Landesregierungen in Kiel und Hamburg geschickt. Bei den Verhandlungen ist letztlich „nur" eine Fahrplanverbesserung herausgekommen, die Durchfahrt zum Hauptbahnhof ist leider aus „Kostengründen" gestrichen worden.

4. Die AKN hat die ersatzlose Schließung des Bahnüberganges für Fußgänger und Radfahrer „Am Felde" beantragt. Die Gemeindevertretung hat dem widersprochen und eine technische Sicherung gefordert. Derzeit ist eine Klage beim OVG in Schleswig in dieser Sache anhängig.

5. Der Minibolzplatz an der Grundschule wurde als Gemeinschaftswerk des Elternvereins und der Gemeinde von Grund auf saniert und mit einem Kunstrasen belegt. Dem Elternverein wird an dieser Stelle für den finanziellen Beitrag herzlich gedankt. Nun können die Schulkinder wieder kräftig bolzen und sich austoben. Die Umzäunung wird im neuen Jahr erneuert.

6. Die Idee, eine „Bürgersolaranlage" auf den Dächern der Ellerauer Sporthallen zu installieren wurde in der Gemeindevertretung und im Fachausschuss diskutiert. Da sich jedoch keine Gruppierung gefunden hat, die das Projekt umsetzt, wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt.

7. Durch den Wegzug des Gemeindevertreters, Herrn Rüdiger Henze (FDP), ist Herr Dr. Hahn (Bürgerverein) in die Gemeindevertretung nachgerückt. Der Bürgerverein hat daraufhin eine eigene Fraktion (3 Sitze) gegründet und ist somit aus der AE-Fraktiion ausgetreten. Dadurch kam es zu einigen Umbesetzungen in den Fachausschüssen.

8. Die Landesplanung in Kiel hat im Verfahren zur Ansiedlung eines Tierfuttermarktes im neuen Einkaufszentrum eine ablehnende Haltung eingenommen und auf das notwendige nachbarschaftliche Einvernehmen mit Quickborn verwiesen. Da es hier zurzeit keinen Konsens gibt, konnte die Ansiedlung nicht realisiert werden. Die Eröffnung des Discounters „KiK" ist dagegen geduldet worden.

9. Anlässlich der Sitzung der GV am 16. Juli 09 wurde Herr Dr. Heiner Hahn mit knapper Mehrheit zum Schiedsmann der Gemeinde Ellerau gewählt. Als Stellvertreter ist nach wie vor Herr Horst Seifert tätig. Die Aufgabe des Schiedsmannes ist es, in erster Linie nachbarschaftliche Streitigkeiten zu schlichten.

10. Der Wegezweckverband hat in der Verbandsversammlung vor wenigen Tagen beschlossen, keine Gebührenerhöhung für das nächste Jahr einzuführen. Die Gebühren sind somit bereits seit 10 Jahren stabil. Ob sie sich für 2011 auch noch aufrecht erhalten lassen, ist jedoch ungewiss.

11. Auf fast einstimmigen Beschluss der GV wurde eine „Machbarkeitsstudie" zur Beseitigung des höhengleichen Bahnüberganges (AKN / L 76) in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse sind bereits im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt worden. Die Fertigstellung ist für Anfang 2010 vorgesehen. Danach soll eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden erfolgen, um

einen möglichst breiten Konsens zu erhalten.

12. Von der SPD-Fraktion wurde beantragt, eine ausgeweitete und verbesserte Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder einzurichten. Hierzu wurde eine umfassende Fragebogenaktion durch die Verwaltung durchgeführt. Es zeigt sich ein sehr großer Bedarf. Die genaue Auswertung wird im nächsten Jahr im Ausschuss „Kinder, Jugend, Bildung" vorgestellt und weiter beraten.

13. Als Gemeinschaftsprojekt zwischen Ellerau und Quickborn ist der Bau eines Geh- und Radweges an der Bahnstraße östlich des Kiefernwegs in Gang gesetzt worden. Ein Teilbereich wurde bereits fertig gestellt.

14. Die Einführung von Tempo-30 – Zonen in Ellerau wurde endlich genehmigt. Die Aufstellung der Beschilderung ist für Anfang nächsten Jahres vorgesehen.

15. Am Rathaus müssen bedauerlicherweise nicht unerhebliche Sanierungsarbeiten durchgeführt werden, die größtenteils durch „Pfusch am Bau" entstanden sind. Die Kosten hierfür sind zum Teil noch durch Sicherheitseinbehalte aus der Bauphase gedeckt. Ein möglicher Verkauf des Rathauses wurde einstimmig wegen der ungünstigen Verkaufssituation „bis auf weiteres" zurückgestellt.

16. Das Straßenbauamt Itzehoe wollte im Zuge der Instandsetzung des südlichen Gehwegs am Berliner Damm insgesamt 11 Alleebäume entfernen. Dem hat die Gemeinde nicht zugestimmt und auf Erhalt der Bäume bestanden. Die Instandsetzungsarbeiten verschieben sich dadurch auf das Frühjahr 2010.

17. Der Haushaltsplan 2010 wurde erstmals als sogen. „doppischer" Haushalt aufgestellt.
Die Einnahmesituation hat sich zwar verschlechtert, jedoch nicht so gravierend wir in anderen Kommunen. Ein Jahresfehlbetrag von ca. 700 T€ ist ausgewiesen, der jedoch größtenteils auf bilanzielle Abschreibungen und die Übertragung von Haushaltsresten aus diesem Jahr zurückzuführen ist. AE-Fraktion und BVE haben sich bei der Abstimmung im Finanzausschuss hierzu der Stimme enthalten.

18. Die Frage der Dichtheitsuntersuchung von privaten Abwasserleitungen ist noch in Bearbeitung. In Kiel wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Empfehlungen über eine möglichst einfache, praktische Durchführung erarbeiten soll. Sobald diese vorliegen, werden sie im Rahmen einer Einwohnerversammlung allgemein bekannt gemacht. Es ist nicht notwendig, dass Hauseigentümer jetzt schon tätig werden.

19. Für den Bebauungsplan Nr. 10 (zwischen Steindamm und AKN) wird derzeit eine 12. Änderung durchgeführt. Die Pläne werden in Kürze einen Monat öffentlich ausliegen.

20. Am Sonntag, den 10. Januar 2010, findet ab 11.00 Uhr im Bürgerhaus der Neujahrsempfang der Gemeinde (mit Sportlerehrung) statt. Hierzu sind alle Bürgerinnen und Bürger aus Ellerau herzlich eingeladen.

Abschließend wünschen wir Ihnen: Frohe Weihnachten und ein gesundes, glückliches, erfolgreiches Neues Jahr 2010.

Mit den besten Grüßen

Ihre SPD – Ellerau

V.i.S.d.P: Eckart Urban, SPD-Ellerau, Berliner Damm 13, 25479 Ellerau

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 16.12.2009, 11:56 Uhr - 9872 Clicks - Nr. 1383*

Mehr Demokratie wagen, Herr Carstensen!

Die SPD hat am 16. Dezember in der Fragestunde des Landtags die Landesregierung darüber befragt, wie sie auf frühzeitige Warnungen ihres früheren Wirtschaftsministers zur HSH Nordbank reagiert hat. Zu den Antworten der Landesregierung sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Antworten der Landesregierung sind nicht zufrieden stellend. Deutlich wurde, dass es an Warnungen nicht mangelte. Staatskanzlei und Finanzministerium haben diese Warnungen teils zur Kenntnis genommen, teils auch nicht; schriftliche Antworten zu den Warnungen gab es nicht und dokumentiert wurde auch wenig.

Nicht ausräumen konnte die Landesregierung den Verdacht, dass sie erheblichen Druck auf ihren ehemaligen Wirtschaftsminister ausgeübt hat, damit dieser sich dem unkritischen Regierungskurs gegenüber der Bank anschließt.

Der jetzt zuständige Wirtschaftsminister musste eingestehen, dass nicht einmal alle Kabinettsmitglieder über die kritischen Fragen zur HSH Nordbank informiert wurden, geschweige denn über die Auffassung des damals zuständigen Finanzministeriums zu diesen kritischen Fragen. In wichtigen Angelegenheiten hat Ministerpräsident Carstensen Erinnerungslücken; weiterhin nahm er an wichtigen Sitzungen ebenso wenig teil wie an der heutigen Fragestunde und er hat nach Aussage des Wirtschaftsministers auch keine Erinnerungen daran, ob er wenigstens telefonisch beteiligt war.

Die SPD-Landtagsfraktion ist erstaunt und erschrocken darüber, wie locker Ministerpräsident Carstensen und Finanzminister Wiegard mit kritischen Äußerungen aus der Landesregierung umgegangen sind, insbesondere da es um Milliardenbelastungen für das Land Schleswig-Holstein ging und geht.

Sehr deutlich wurde, dass Ministerpräsident und Finanzminister die wesentlichen Entscheidungen unter sich ausgemacht haben und dass andere Kabinettsmitglieder kaum informiert waren. Offensichtlich haben Ministerpräsident und Finanzminister nicht dafür Sorge getragen, dass das Kabinett sich mit den Fragen des Wirtschaftsministers befassen konnte. So etwas nennt man nicht regieren, so etwas nennt man herrschen. Das ist einer demokratischen Regierung nicht würdig.

Wir werden den Gesamtkomplex im Untersuchungsausschuss näher beleuchten.

Die Fragen der SPD-Landtagsfraktion an die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass Minister a.D. Dr. Marnette im November 2008 im Zusammenhang mit dem Themenkomplex HSH Nordbank einen mehrseitigen Fragenkatalog an Ministerpräsident Carstensen und Minister Wiegard geschickt hat, was waren die Inhalte und wie haben Ministerpräsident Carstensen und Minister Wiegard auf den Fragenkatalog reagiert? [Frage gestellt von: Birgit Herdejürgen]
2. Trifft es zu, dass Minister a.D. Dr. Marnette im November 2008 verlangt hat, der künftige Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank möge eine Ehrenerklärung abgeben? [Frage gestellt von: Olaf Schulze]
3. Trifft es zu, dass MP Carstensen im Februar 2009 einen als streng vertraulich gekennzeichneten Vermerk von Minister a.D. Dr. Marnette erhalten hat, in dem dieser von einem Gespräch mit dem damaligen HSH Aufsichtsratsvorsitzenden Peiner berichtet und welchen Inhalt hatte dieser Vermerk? [Frage gestellt von: Regina Poersch]
4. Trifft es zu, dass Ministerpräsident Carstensen im Februar 2009 einen handschriftlichen Vermerk im Zusammenhang mit dem Themenkomplex HSH Nordbank von Minister a.D. Dr. Marnette erhalten hat? [Frage gestellt von: Peter Eichstädt]
5. Sagt Minister a.D. Dr. Marnette die Wahrheit, wenn er mitteilt, dass Ministerpräsident Carstensen ihm vor der Finanzausschusssitzung, die für den 19. März 2009 angesetzt war, mitgeteilt hat, dass er, Carstensen, nicht länger mit Minister a.D. Dr. Marnette zusammenarbeiten könne, wenn dieser nicht die Position der Landesregierung zur HSH Nordbank unterstütze? [Frage gestellt von: Siegrid Tenor-Alschausky]

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 16.12.2009, 16:30 Uhr - 2969 Clicks - Nr. 1384*

"Stadt Quickborn ist kein Finanzdienstleister"

Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende des Finanzausschusses, Dr. Christian Dornis (SPD) seine kritischen Anmerkungen zum Thema Bürgerkredite und Bürgerbeteiligung
Presseerklärung 16.12.2009

„Die Stadt Quickborn ist kein Finanzdienstleister für Einzelne"

Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende des Finanzausschusses, Dr. Dornis (SPD), seine Stellungnahme zum Thema „Modellfall Quickborn? - Eine Stadt leiht sich Geld bei ihren Bürgern". Anlass war eine einstündige Radiosendung des Deutschlandfunks zu diesem Thema aus dem Quickborner Rathaus.

„Die Bürgerkredite Einzelner gehen zu Lasten aller Quickborner Steuerzahler. Dies ist nicht gerecht!", führt Dr. Dornis weiter aus. Denn der von Quickborn gezahlte Zins ist überhöht. Alle Steuerzahler müssen für diese Zinsen für wenige aufkommen. Andere Kommunen des Kreises wirtschaften mit Zinssätzen für Kassenkredite bei 1 bis 1,5 Prozent, z.T. sogar noch darunter. In Zeiten der Wirtschaftskrise geben die Kreditinstitute Kommunalkredite, also risikolose Kredite, zu sehr geringen Zinsen. Im Gegensatz dazu finanziert die Stadt Quickborn ihre Kassenkredite im Rahmen der Bürgerkredite mit drei Prozent Zinsen. Die Bürgerkredite kosten somit mehrere zehntausend Euro mehr als notwendig. „Dies ist Geld, welches im Haushalt an anderer Stelle dringend benötigt wird", erklärt Dr. Dornis.

Zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Sparhaushaltsberatungen nahm Dr. Dornis wie folgt Stellung:

„Ich befürworte grundsätzlich die Beteiligung des Bürgers an kommunalen Entscheidungen. Dies ist im Prinzip genau der richtige Weg. Aber unsere Bürgerbeteiligung dient der Verwaltung als Vorwand, erst im April oder Mai 2010 einen Entwurf für den Haushalt 2010 vorzulegen. Bis dahin kann Quickborn lediglich die Pflichtausgaben leisten, die sogenannten freiwilligen Leistungen können ohne Haushalt nicht fließen. Bisher war der Haushalt (von einer Ausnahme wegen einer Systemumstellung abgesehen) zum Beginn des neuen Jahres immer bereits verabschiedet. Mit dieser bewussten Verzögerung wird die Kommunalpolitik ein Stück weit entmachtet. Denn es ist gerade und vor allem der Haushalt, über den sich die Beteiligung der Selbstverwaltungsgremien entfaltet. Basis von politischer Einflussnahme war aber immer der Haushaltsentwurf der Verwaltung. In diesem Jahr drückt sich der Bürgermeister vor einem Haushaltsentwurf, sondern lässt Politik und Bürger vorarbeiten. So kurz vor der Bürgermeisterwahl will der Bürgermeister offenbar selbst keine Verantwortung für Sparmaßnahmen übernehmen. Hier macht es sich der Bürgermeister zu einfach."

Die bei der Veranstaltung im Publikum anwesende Johanna Skalski, die ebenfalls bei der Wahl zur Bürgermeisterin am 09.05.2010 kandidiert, nahm auf die Frage des Moderators wie folgt Stellung:

„Grundsätzlich ist die Beteiligung des Bürgers an kommunalen Entscheidungen gut und richtig, wenn sie ehrlich gemeint ist. Sie sollte aber gut vorbereitet sein, den Haushalt nicht verschleppen und sie darf die Verwaltung nicht lähmen."

Kommentar von Wolfgang Schreiber vom 09.01.2010, 18:08 Uhr:
RE: Herr Riep
Also ich hab mir das angehört. Falls der Bericht autorisiert wurde, sagen 3 Personen die Unwahrheit: Sie, Dr. Dornis und Frau Skalsky. Orginaltext der SPD: Der Bürger kann noch gehört werden. Politik darf nicht unterminiert werden!!! Für Nachörer so ab Minute 37. Eine klare Aussage nach mehreren Nachfragen des Moderartors, weil nur ausgewichen wurde und einem rumeieren ohne Ende von allen Sozaldemokraten.

Kommentar von Thomas Köppl vom 23.12.2009, 13:09 Uhr:
RE:
Hallo Herr Riep, Sie äußern: "Und das finde ich nicht schön, wenn ein politischer Konkurrent dieses Medium nutzt um hier Interpretationen der Wahrheit zu veröffentlichen. " Ich antworte Ihnen, jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes kann sich durch die Aktenlage belegen lassen, was den Tatsachen entspricht. Anträge auf Akteneinsacht können unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetzt im Rathaus Quickborn gestellt werden. Liebe Grüße TK

Kommentar von Thomas Köppl vom 23.12.2009, 12:57 Uhr:
RE:
Hallo Herr Riep, meine Homepage stammt noch vom letzten Wahlkampf von vor 5 Jahren und der neue Wahlkampf hat ja noch nicht begonnen und mit der Überarbeitung hat es noch seine Zeit. Bitte interpretieren Sie doch nicht so viel in meinen Beitrag. Ich finde nur die Radisendung war sehr interessant. Nehmen Sie die Info doch einfach rein sachlich. Was tatsächlich gesagt wurde hört man doch besser im Original. Herr Dr. Dornis hat den Link vermutlich nur nicht gekannt. Bei der Wahrheit sollten Herr Dr. Dornis bei der übrigen

Berichterstattung jedoch bleiben. Das gesamte Verfahren der Bürgerbeteiligung wurde durch politische Beratungen und Beschlüsse begleitet und wurde auch durch die SPD getragen. Dem SPD - Fraktionsvorsitzenden wurden per Mail am 16.07.09 alle Einsparmöglichkeiten im Haushalt der Stadt durch die Verwaltung aufgezeigt. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir nicht die politischen Entscheidungen treffen können. Hätten wir abweichend von der abgesprochenen Beschlussfassung einen Haushalt erstellen sollen, also ohne Bürgerbeteiligung, hätte doche ein Beschluss gereicht. Einen Antrag der SPD zur unverzüglichen Haushaltsaufstellung erinnere ich nicht. Liebe Grüße aus Quickborn Ihr Thomas Köppl

Kommentar von Jens Hamannn vom 23.12.2009, 07:52 Uhr:
RE:
Zu einfach macht es sich die SPD. Deren FDP Bürgermeister-Kandidatin legte ja schon einen Fehlstart hin, in dem sie vom Amtsvorgägnger sprach und was sie im Interview sagte, konnte ich gar nicht nachvollziehen. Sonst will die SPD immer, dass wir Bürger unsere Meinung sagen, aber in diesem Fall wieder nicht, weil es ja nicht von ihr kam. Tut mir leid, aber Wahlkampf sieht anders aus.

Kommentar von Rudolf Riep vom 19.12.2009, 11:12 Uhr:
RE:
Es ist schön, wenn ein Bürgermeisterkanidat mit einer eigenen Homepage hier bei SPD-NET-SH seine Meinung äußert. Nachdem ich mir die Mühe gemacht habe, den verlinkten Radiobeitrag zu hören, kann ich die Diskrepanz zwischen den im Artikel gemachten Äußerungen und dem Radiointerview nicht feststellen. Und das finde ich nicht schön, wenn ein politischer Konkurrent dieses Medium nutzt um hier Interpretationen der Wahrheit zu veröffentlichen. RUdolf Riep Sprecher von SPD-NET-SH

Kommentar von Thomas Köppl vom 19.12.2009, 08:43 Uhr:
RE:
Wer hören möchte, was tatsächlich gesagt wurde und welches Bild die Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit abgegeben haben, hier der Link: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2009/12/16/dlf_20091216_1010_cecb31f5.mp3 De übrige Text entspricht nicht so ganz der Wahrheit und das kann durch eine Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes (hat die SPD beauftrag), Protokolle, Vorlagen und Beschlüsse der politischen Gremien belegt werden. Liebe Grüße aus Quickborn

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.12.2009, 14:52 Uhr - 1357 Clicks - Nr. 1385*

SPD und Bündnis 90/Die Grünen für Erhalt der Jobcenter
Zum Thema „Erhalt der Jobcenter" erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt und der sozialpolitische Sprecher von B90/Die Grünen, Sharif Rahim:
„Es wird allerhöchste Zeit, dass endlich eine praktikable Lösung für die zukünftige Trägerschaft der Jobcenter gefunden wird.
Kommunale Aufgaben, etwa Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung, soziale Begleitmaßnahmen wie z.B. Schulden- und Suchtberatung und Bundesaufgaben, also die Auszahlung von Arbeitslosengeld II und Vermittlung in den Arbeitsmarkt dürfen nicht getrennt angeboten werden. Die Leistungserbringung aus einer Hand ist im Interesse der Erwerbslosen und muss weitgehend erhalten bleiben.
Der im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen

Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiterverfolgt werden. Wir fordern im Zuge der Neuordnung der Jobcenter die Stärkung der regionalen Arbeitsmarktpolitik und eine individuelle, passgenaue Betreuung.
Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP sieht eine getrennte Aufgabenwahrnehmung in der Qualifizierung und Unterstützung von Langzeitarbeitslosen vor, die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.07 ab dem Jahr 2010 vollzogen werden müsste. Die bisher gut funktionierende Kooperation in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften soll demnach bis Ende 2010 unterbunden werden.
In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beschluss der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder vom 26. November, den bestehenden Status der Jobcenter durch eine Verfassungsänderung zu sichern, um der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den Kommunen auch in Zukunft die gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 17.12.2009, 17:49 Uhr - 8621 Clicks - Nr. 1386*

Anhörung von Schlick

Verträge mit dem ehemaligen Geschäftsführer der Regio-Kliniken – Überprüfung des Vertrages mit SANA. SPD verlangt restlose und zweifelsfreie Aufklärung.

Wir wollen eine restlose und zweifelsfreie Aufklärung der Vorgänge um die tatsächliche oder vermeindliche Vertragsverlängerung mit dem ehemaligen Geschäftsführer der Regio-Kliniken Alexander Schlick und die Verkaufsbedingungen von Anteilen der Kliniken an die SANA AG. Für den SPD Fraktionsvorsitzenden Hannes Birke die Begründung von drei Anträgen, die er gestern in den Hauptausschuss eingebracht hat.

Bei der umstrittenen Vertragsverlängerung verlangt die SPD, dass der Hauptausschuss Schlick von seiner offensichtlich im Auflösungsvertrag vereinbarten erschwiegenheitsverpflichtung entbindet, um Schlick anschließend befragen zu können. Da Landrat Grimme nach wie vor jegliche klare Auskunft verweigert, mit für die SPD nicht rechtlich nachvollziehbaren Begründungen, sieht die SPD in der Anhörung von Alexander Schlick eine gute Möglichkeit die Umstände der Vertragsverlängerung aufzuklären.

Auch der immer wiederkehrenden Behauptung, die Vergütung von Schlick sei nach der umstrittenen Vertragsverlängerung im Februar 2007 und in seinem Auflösungsvertrag eigenmächtig vom Landrat erhöht worden, will die SPD auf den Grund gehen. „Wir wollen" –so Birke- „eine Überprüfung der Lohnlisten über die Vertragszeit von Herrn Schlick durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises. Nur so könne zweifelsfrei Klarheit geschaffen werden."

Für die SPD gehört die Endfassung des Vertrages über den Verkauf von Geschäftsanteilen der Regio-Kliniken an die SANA AG erneut auf den Prüfstand. Bislang hat der Landrat über Änderungen nur mündlich berichtet und dabei immer wieder betont, es handele sich nur um unwesentliche Änderungen, die mehr redaktioneller Natur seien. Auf Grund immer wieder geäußerter Zweifel an den Mitteilungen des Landrates, verlangt die SPD die schriftliche

Endfassung des Vertrages. „Wir werden prüfen, ob substantielle Änderungen zum Vertragsentwurf vom Juli 2009 vorgenommen wurden, der Entscheidungsgrundlage des Kreistages für den Verkauf der Geschäftsanteile war."

Eine solche Prüfung ist nicht ohne politische Brisanz. Sollten tatsächlich substantielle Änderungen vorgenommen worden sein, ist der Vertrag mit SANA nach Einschätzung der SPD nicht rechtskräftig zu Stande gekommen, denn der Kreistag hätte über diese Änderungen erneut entscheiden müssen.

Einen Teilerfolg konnte die SPD erreichen. So beschloss der Hauptausschuss, die Kommunalaufsicht in Kiel mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Entbindung von der Verschwiegenheitsverpflichtung und die Überprüfung der Lohnlisten durch das RPA rechtlich zulässig ist

Die Überlassung der Endfassung des Vertrages mit SANA mit Hinweis auf die Änderungen an die Mitglieder des Hauptausschusses sagte der Landrat zu.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 18.12.2009, 08:42 Uhr - 3836 Clicks - Nr. 1387*

Das Land braucht diese Beauftragten an dieser Stelle nicht!
Landtagsrede vom 17.12.2009 zu TOP 17, Keine neuen Beauftragten schaffen (Drucksache 17/78)

Das ist schon ein besonderer Vorgang: Die Fraktion der Grünen stellt im Landtag den Antrag mit der Zielsetzung: "Keine neuen Beauftragten schaffen" - und zwei Tage vor der Debatte im Landtag schafft die Landesregierung genau das: zwei neue Beauftragte! Politische Kultur der untersten Schublade.
Sich darüber hier über Gebühr rhetorisch aufzuregen, habe ich nicht vor. Denn - haben wir von dieser Regierungskoalition etwas anderes erwartet?

Die Antwort lautet: Nein. Natürlich haben wir noch die jahrelangen endlosen Tiraden aus CDU und FDP gegen das sog. Beauftragtenunwesen im Ohr.

Aber mal im Ernst: Soll man einer Regierung bzw. Regierungsparteien, die vom ersten Tag an nach dem Motto "Was schert mich mein Geschwätz von gestern" agieren, vorhalten, was sie vorgestern erklärt haben? Wirklich lohnen tut das wohl nicht. Denn sie wissen ja, was sie tun.

Beschränken will ich mich daher auf ein Beispiel aus einer umfänglichen Zitatensammlung aus schwarz-gelber Quelle:

"Grüne und SPD haben einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Installierung eines Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen zum Ziel hat. Damit wird das Beauftragten-Unwesen im Lande weiter ausgeweitet und der bürokratische Apparat erneut ausgedehnt? Diese weitere Ausdehnung des Beauftragten-Unwesens ist absolut untragbar! Sie werfen Steuergelder zum Fenster hinaus!" Autor dieser kraftvollen Worte ist der mandatus designatus, Kollege Peter Lehnert aus seinen Oppositionsjahren.

Um von vornherein nicht missverstanden zu werden: Die SPD ist keineswegs grundsätzlich gegen Beauftragte. Wir sind auch nicht von vornherein gegen Überlegungen für zusätzliche Beauftragtenfunktionen. Im Gegenteil. Das kann ? ich unterstreiche: kann ein sinnvolles Instrument sein, um politische Aufgaben angemessen zu erledigen.

Beauftragte können dann und dort sinnvoll sein

* wo besondere Fachkompetenz erforderlich ist
* wo in besonderem Maße unabhängige Ansprechpartner nötig sind
* wo in ebenso besonderem Maße eine zusätzliche Kontrolle exekutiven Handelns geboten ist.

Und natürlich auch nur dann, wenn der finanzielle Aufwand in einem akzeptablen Verhältnis zum Nutzen der Einrichtung steht.

Nichts, aber auch gar nichts davon wird durch die designierten neuen Beauftragten auch nur im Ansatz erfüllt. Unabhängigkeit? Parlamentarische Kontrolle? Fachliche Notwendigkeit? Das glaubt doch wirklich niemand hier im Haus!

Nun stellen die Grünen in ihrem Antrag ausschließlich auf dem finanziellen Spielraum des Landes ab. Die Regierung spricht hingegen von eher geringen Kosten, die anfallen. Ich stelle deshalb für die SPD-Fraktion fest, auch wenn die Kosten sich im überschaubarem Rahmen halten mögen: Für diesen politischen Winterschlussverkauf ist jeder Cent zu teuer. Das Land braucht diese Beauftragten an dieser Stelle nicht.

Wenn die Union bisherige Spitzenkräfte in der Fraktion aussortiert oder bei der Ämtervergabe unberücksichtigt lässt, ist das ihre Sache und von uns nicht weiter zu kommentieren. Und wenn sie die Kollegen anderweitig abfinden will, soll sie das tun. Aber - und das dürfen wir als Mindestanforderung wohl verlangen - bitte nicht auf zusätzliche Kosten des Landes und nicht auf eine derart dreiste Art des Vorgehens: Das Land soll die politische Abstellprämie für Ihre Personalprobleme zahlen. So nicht, lieber Kollege von Boetticher!

Ich darf abschließend den Landtagspräsidenten Geerdts zitieren, der in dem ihm eigenen diskreten Charme an diesem Montag bei der Weihnachtsfeier im Landeshaus formuliert hat, er sei froh, dass bei ihm im Landtag die "wirklich wichtigen Beauftragten angesiedelt" seien. Das inoffizielle Protokoll vermerkt "Beifall der Anwesenden". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 18.12.2009, 08:54 Uhr - 4377 Clicks - Nr. 1388*

Nachnutzung des Flughafens Holtenau sorgfältig beraten und planen
Landtagsrede vom 17.12.2009 zu TOP 30, Flughafen Kiel abwickeln (Drucksache 17/93 und 17/145)
Im Koalitionsvertrag von CDU /FDP finden sich gerade mal vier Sätze zum Luftverkehr in Schleswig-Holstein. Holtenau wird gar nicht genannt; deshalb ist es zu begrüßen, dass der vorliegende Antrag von CDU und FDP, so hoffe ich, endlich auch die Haltung der Landesregierung deutlich macht. Die Landesregierung ist mit 51% Mehrheitspartner in der Flughafengesellschaft.

Deshalb ist dieser vorliegende Antrag zur Aufgabe der Beteiligung ein wichtiges politisches Signal.

Die IHK in Kiel und die Kieler CDU, die sich noch vor wenigen Tagen für den Erhalt des Flughafens ausgesprochen haben, wird dieser Antrag wahrscheinlich sehr überraschen. Es ist eine Entscheidung gegen die Zukunft des Flughafens, denn Sie wissen, dass die Stadt Kiel nicht in der Lage ist, diesen Flughafen allein weiter zu unterhalten.

Wir haben also damit gerechnet und deshalb hat die rot-grüne Kooperation zusammen mit dem SSW in Kiel ihre Hausaufgaben gemacht. Es liegen bereits mehrere gute Entwürfe für die Nachnutzung vor. Die Rathauskooperation hat sich auf eine Mischung von maritimem Gewerbe, Wohnen und Freizeit geeinigt eine Konzeption, die dem Gebiet zwischen Holtenau und Friedrichsort strukturell und historisch sehr entspricht.

Wir haben eine klare Vorstellung, wie das weitere Verfahren ablaufen wird, wie die Bürger und die Öffentlichkeit beteiligt werden. Insofern sind wir auf die im Antrag geforderten Gespräche eingestellt. Aber wir wollen zwei weitere wichtige Punkte nennen, die in diesen Gesprächen eine Rolle spielen müssen und die das Land fordern, auch wenn es nicht mehr Gesellschafter der Kieler Flughafen-Gesellschaft ist.

Da ist erstens die Situation der Arbeitnehmer zu berücksichtigen und zu besprechen, die in diesem Bereich beschäftigt sind. Das gilt für die Flughafenmitarbeiter ebenso wie für die Beschäftigten in den Firmen, die eine gewerbliche Anbindung an den Flughafen haben. Deshalb erwarten wir, dass in den Gesprächen, die das Land mit der Stadt führen wird, auch dieses Problem und entsprechende Perspektiven diskutiert werden. Denn unser Ziel ist es, so viele Arbeitsplätze wie möglich dort zu halten und wir wollen neue, innovative und zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen, z. B. im maritimen Bereich, die auch eine große Bedeutung für das Land haben werden.

Zweitens: Der für 2012 in Aussicht gestellte Abzug der Marineflieger ist eine weitere Entscheidung, der in den vorliegenden Anträgen der Linken und von CDU/FDP keine Berücksichtigung gefunden hat. Hier sind aber noch Fragen offen:

Wenn es stimmt, was zu hören war,

- dass bisher keine für den Verteidigungshaushalt wirksamen finanziellen Entscheidungen getroffen sind,

- dass der für Nordholz geplante neue Hubschrauber noch nicht angeschafft wurde,

- dass es in Nordholz bisher keinerlei planerische und bauliche Vorbereitungen gibt

- und dass beim Abzug das Gelände an den Bundesfinanzminister zurückgegeben wird, der es dann, wie es so schön heißt „verwerten", d.h. verkaufen soll, dann können durchaus ernsthafte Zweifel angemeldet werden, ob dieser Plan 2012 schon realisiert wird.

Es geht auch um die Ambulanzflüge und den Flugsport, die beide den Flugplatz jetzt nutzen und mit denen über Alternativen gesprochen werden muss. Und es geht, neben allen stadtplanerischen Aspekten, auch um die mehreren Hundert Arbeitnehmer/innen des MFG 5 und um ihre Familien, die Teil unserer Stadt geworden sind, die hier leben und arbeiten. Und

deren möglichen Wegzug wir außerordentlich bedauern!
Schon deshalb erwarten wir eine schnelle Entscheidung des Verteidigungsministers, ein konkretes Datum und eine entsprechende zielorientierte und transparente Planung zur Umsetzung. Dafür müssen sich Landesregierung und Stadt einsetzen. Deshalb gehört auch dieser Punkt in den Antrag.

Unter Berücksichtigung der von mir genannten zwei Punkte stimmen wir dem Antrag von CDU/FDP, der nicht nur die Abwicklung der Gesellschaft, sondern Aufnahme der Gespräche ins Zentrum stellt, auch zu.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 18.12.2009, 09:16 Uhr - 64419 Clicks - Nr. 1389*

Schöne Bescherung: Umfaller Carstensen verursacht Millionenschaden für SH
Zur heutigen Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung, im Bundesrat dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz die entscheidende Stimmenmehrheit zu sichern, erklärt der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner in Kiel:
Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Wie seit Wochen zu erwarten und trotz allem Gepolter und Getöse verhilft die schwarz-gelbe Umfallerkoalition aus Kiel Frau Merkels „Schuldenbeschleunigungsgesetz" im Bundesrat zur Mehrheit. Mit der vorweihnachtlichen Extrabescherung für reiche Erben und Hoteliers entsteht dem Land und den Kommunen ein dauerhafter jährlicher Schaden von 130 Mo Euro. Dazu kommt eine Kinderförderung, bei der die ärmsten Kinder nichts unter dem Weihnachtsbaum finden und es für gutsituierte Familien am meisten gibt. In Schleswig-Holstein beschenken Carstensen & Kubicki HSH-Bänker mit neuen Millionen-Boni und mittelmäßige Parteifreunde mit Extra-Beauftragten-Posten. In Berlin haben sie sich von Angela Merkel mit warmen Worten und vagen Versprechungen über den Tisch ziehen lassen und stellen Parteiinteresse über Landeswohl und Amtseid.

Dazu gibt's noch weihnachtliche Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, den Gürtel enger zu schnallen. Das erste „große Reformwerk" von schwarz-gelb ist eine schöne Bescherung und die Weihnachtsbotschaft lautet: **Eigennutz vor Gemeinwohl.**
Kommentar von Cathy vom 05.07.2011, 13:26 Uhr:
wdYPMxglSihsmqqtfF
HHIS I should have thouhgt of that!

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 18.12.2009, 14:01 Uhr - 5874 Clicks - Nr. 1390*

Neue Perspektiven für unsere Region

Zur aktuellen Diskussion über die Region Mitte als Schlusslicht beim Einwerben von Fördermitteln, erklärten die Plöner SPD-Kreisvorsitzende Anette Langner und der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die politisch Verantwortlichen sich umgehend zusammensetzen wollen, um eine Lösung für die schwierige Situation zu finden.
Es kann nicht angehen, dass in der Konkurrenz der Regionen die ehemalige K.E.R.N-Region durch eine absehbare politische Fehlentscheidung ins Abseits gerät.

Die Region Mitte wird insbesondere durch die Nähe zur Metropolregion Hamburg weiter gefährdet. Wir müssen daher alle unsere Potentiale ausschöpfen und dürfen uns in der Region nicht ausschließlich auf die Wirtschaftsförderung beschränken. Wir wiederholen deshalb unseren Vorschlag einer gemeinsamen Verwaltungsregion Plön-Kiel. Diese Konstruktion schafft kurze Wege, bringt Synergieeffekte und reicht über die enge wirtschaftliche Kooperation hinaus. Sie schafft Möglichkeiten der verkehrlichen, touristischen und kulturellen Kooperation. Sie lässt darüber hinaus beiden Regionen ihre politische Eigenständigkeit.

Die ehemaligen K.E.R.N-Partner Rendsburg-Eckernförde und Neumünster werden ebenfalls aufgerufen sich an einer solch neuen Verwaltungsregion zu beteiligen. Diese neue Konzeption spart Kosten und führt nicht zu zusätzlicher Bürokratie, da keine neue Verwaltungsebene eingeführt wird, sondern bereits vorhandene Strukturen effektiver genutzt werden.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 18.12.2009, 14:41 Uhr - 10317 Clicks - Nr. 1391*

Kommunale Interessen finden künftig im Bundestag besser Gehör

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wird es zukünftig einen kommunalpolitischen Unterausschuss beim Deutschen Bundestag geben. Darauf verständigten sich gestern die parlamentarischen Geschäftsführer der fünf Fraktionen. Dort sollen alle Gesetzesvorhaben die kommunalrelevante Auswirkungen haben, mit beraten werden.
Nach Vorstellung der SPD erhalten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände regelmäßig Gelegenheit, ihre Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort in die laufenden Beratungen einzubringen.

Thönnes: „Gerade vor dem Hintergrund der Milliarden-Steuergeschenke für die Klientel von CDU/CSU und FDP, die gerade beschlossen wurden und die Kommunen in Schleswig-Holstein mit 60 Mio. € belasten, ist dies eine wichtige Entscheidung. Künftig werden die kommunalen Vertretungen besser als bisher Gelegenheit haben, dass ihre Interessen in Berlin rechtzeitig und ausreichend Gehör finden."

Bildquelle: Berthold Kamps / www.pixelio.de
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 24.12.2009, 04:24 Uhr:

RE: Kommunale Interessen finden künftig im Bundestag besser
Dieser Unterausschuß ist schon mehr als überfällig. Es wäre zu hoffen, daß die Transparenz auch bis zu den kommunalen Fraktionen reicht. Gerade durch die Neuorganisation der EU und der damit verbundenen neuen Einflußmöglichkeiten durch die Parlamente macht es notwendig die Entscheidungen auch nach unten in den Regionen abzusichern. Ich hoffe, daß die jetzt schon vorhandenen Organisationen, wie Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag, dieses Organ nicht zum parteipolitischen Gerangel zusätzlich nutzen, sondern im Sinne der Bürger nutzen. Der Unterausschuß sollte gerade dem kommunalen Bereich mehr Einfluß und Gestaltungsmöglichkeiten geben. Auch bei diesem Vorhaben zeigt sich die Bürgernähe der SPD.

Andreas Beran - *veröffentlicht am 18.12.2009, 16:53 Uhr - 7866 Clicks - Nr. 1392*

Feuerwehrführerschein in Bayern umgesetzt, warum nicht in Schleswig-Holstein?
Wenn die schleswig-holsteinische Landesregierung genauso schnell wäre wie ihre bayrischen Kollegen, könnten auch hier die jungen Feuerwehrleute bereits den Feuerwehrführerschein in den Händen halten.
Der Landtagsabgeordnete und Feuerwehrpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Andreas Beran, wandte sich daher mit Fragen an den Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Jost de Jager. Denn, obwohl bereits seit dem 31. Juli 2009 eine Gesetzesänderung des Deutschen Bundestages besteht, wurde diese in Schleswig-Holstein per Verordnung noch nicht umgesetzt.

Seit 1999 sind die Freiwilligen Feuerwehren im Land durch geltende EU-Führer-scheinvorschriften in einer prekären Situation. Die Generation der 20 bis 30 jährigen verfügen meist nur über die Fahrerlaubnisklasse B. Aufgrund verschärfter Abgasvorschriften und Vorrichtungen zum Unfallschutz, sind die Tragkraftspritzenfahrzeuge (TSF) so schwer geworden, dass die Hersteller keine Fahrzeuge mehr unter 3,5 t anbieten können. Um diese Fahrzeuge fahren zu können, bedarf es den Erwerb des Führerscheins C1. Dabei entstehen Kosten pro Fahrerlaubnis von 1.500 €.

Der Deutsche Bundestag beschloss bereits im Sommer, dass die obersten Landesbehörden, den Feurwehrleuten auch Fahrberechtigungen zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einem Gesamtgewicht von 4,75 t erteilen können, wenn sie seit mindestens 2 Jahren im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis der Klasse B sind, für das Führen von Fahrzeugen von 4,75 t ausgebildet wurden sowie hierfür eine Prüfung ablegen. Sie erhalten dann den so genannten „Feuerwehrführerschein".

„Diese Gesetzesänderung macht es den Feuerwehren und damit den Kommunen als Kostenträger ihrer Feuerwehren leichter, genügend Einsatzkräfte vorzuhalten, die die Einsatzfahrzeuge fahren können", betont Andreas Beran. „ Ich möchte, dass die Wehren handlungsfähig bleiben und wieder eine Planungssicherheit für die Kommunen und die Wehren besteht", so Beran weiter.

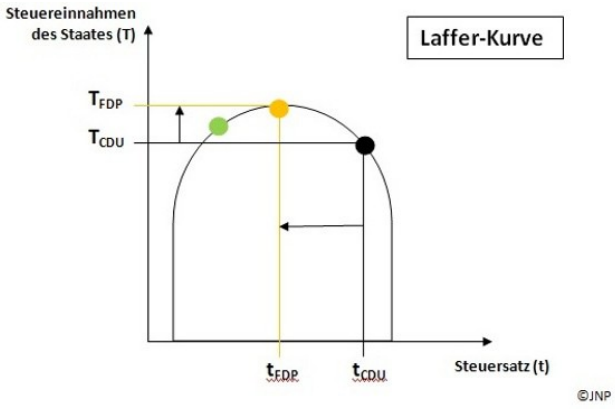
Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 19.12.2009, 11:51 Uhr - 5526 Clicks - Nr. 1393*

Carstensen als Weihnachtsmann, oder doch nur als Knecht Ruprecht?

Bald nun ist Weihnachten und da dachte sich die CDU/FDP-Regierung: wie wär's mal mit Steuersenkungen?!

Steuersenkungen



Am Freitag, 18.12.2009, hat nun auch der Bundesrat mit den Stimmen von CDU und FDP das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" auf den Weg gebracht. Auch die CDU/FDP-Landesregierung unter Peter-Harry Carstensen hat diesem Vorhaben zugestimmt. Vorher hatte bereits der Bundestag ebenfalls mit den Stimmen von CDU/FDP das Vorhaben „durchgewunken".

Abseits der ideologischen Diskussionen über dieses Thema gibt es rein objektive Aspekte, die gegen das Vorhaben von Merkel und Co. sprechen. Da nahezu alle Wirtschafts- und Finanzexperten die Steuersenkungen von CDU/FDP für unverantwortlich halten, kann man davon ausgehen, dass irgendwas dran sein muss an der Kritik.

Grundidee des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes von CDU/FDP ist, dass durch Steuersenkungen mehr Wirtschaftswachstum in Deutschland erzielt wird. Durch das gesteigerte Wirtschaftswachstum rechnen CDU und FDP mit einer Selbstfinanzierung der Steuersenkungen, da der Staat bei höherem Wirtschaftswachstum mehr einnimmt und folglich die durch die Steuersenkung verursachten Mindereinnahmen decken kann.

Ist also alles gut und wir können uns auf niedrigere Steuern freuen?

Experten halten diese Vorfreude für illusorisch. Denn wer kann versichern, dass die Mindereinahmen des Bundes, der Länder und Kommunen wirklich durch das höhere Wirtschaftswachstum selbst finanziert werden? Und ist es nicht wahrscheinlich, dass die Steuersenkungen von CDU/FDP letztlich durch eine höhere Verschuldung finanziert werden? Die fünf Wirtschaftsweisen, ein aus fünf Wirtschaftsexperten bestehendes Gremium, kritisieren die neue Bundesregierung für ihr Steuersenkungsvorhaben scharf. Professor Peter Bofinger (Universität Würzburg), einer der fünf Wirtschaftsweisen, hält bereits den Grundansatz, Wirtschaftswachstum durch Steuersenkungen zu generieren, für grundwegfalsch.

Die Grundidee von CDU/FDP basiert auf der so genannte **Laffer-Kurve** (siehe Grafik). Die Theorie des US-Ökonomen Arthur Laffer besagt, dass der Staat am Scheitelpunkt (gelber Punkt) die höchsten Steuereinahmen hat und dort der optimale Steuersatz liegt. Wird etwa ein höherer Steuersatz verlangt, sinken die Einnahmen des Staates. Genau auf diesen Punkt stützen CDU/FDP ihre Steuersenkungen. Sie argumentieren, dass durch die Senkung des zu hohen Steuersatzes (schwarzer Punkt) die Einnahmen des Staates steigen und dadurch Steuersenkungen auch finanziert werden können.

Durch die Steuersenkungen sollen vor allem Familien, Erben und Hoteliers profitieren. Scharfe Kritik wird dabei vor allem an den Steuererleichterungen für die Hoteliers geübt, die fortan statt 19% Mehrwertsteuer nur noch 7% verlangen müssen. „Einzelne Elemente des Gesetzes stellen eine reine Verpulverung von Steuergeldern dar. Die Absenkung des

Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen ist ein ökonomischer Irrsinn, der seinesgleichen sucht", sagt etwa Prof. Claus Schnabel von der Uni Erlangen-Nürnberg (Zitat: ntv.de, 18.12.2009).

Doch was, wenn der Bürger das Geld, was er durch die Steuersenkungen mehr in der Tasche hat, gar nicht ausgibt, sondern spart? Dann kommt es eben nicht zu den erforderlichen Wachstumsimpulsen. Und wer sagt uns denn, ob wir wirklich rechts des Scheitelpunktes auf der Laffer-Kurve (gelber Punkt) liegen und nicht etwa links des optimalen Steuersatzes (grüner Punkt)? Denn dann würden die Steuersenkungen nach hinten losgehen und die Einnahmen des Staates drastisch sinken.

Da selbst Experten davon ausgehen, dass die von CDU/FDP beschlossenen Steuersenkungen sich nur zu einem Drittel selbst finanzieren, muss die Frage gestellt werden, wo der Rest herkommen soll. Diese fehlenden Einnahmen werden letztlich durch höhere Schulden finanziert werden müssen. Da aber ab 2011 bzw. 2016 die Schuldenbremse wirkt, gibt es nur zwei Alternativen für den Staat. Entweder er muss die Staatsausgaben zurückfahren und sich von sozialen Sicherungen verabschieden, was einigen liberalen Politikern sicher eine Genugtuung sein würde oder aber er müsste schlussendlich wieder die Steuern erhöhen. Wir können also davon ausgehen, dass die Steuersenkungen von heute, die Steuererhöhungen von morgen sind. So wird etwa damit gerechnet, dass die Mehrwertsteuer in den nächsten drei Jahren erhöht wird.

Dennoch ist es wirklich zu begrüßen, dass Familien durch die Steuersenkungen profitieren sollen. Gerade diese werden seit jeher eher stiefmütterlich behandelt und unterstützt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es wirklich langfristige Erleichterungen für Familien sind, die die Steuersenkungen versprechen.
Denn durch die Steuersenkungen werden vor allem die Kommunen und Länder zu kämpfen haben, die schon jetzt am Rande des Möglichen sind und vermutlich weitere harte Einschnitte verkraften müssen. So leiden etwa bereits heute Schulen und Kitas massiv unter den leeren Kassen der Städte und Gemeinden. Wenn jetzt die Kommunen noch stärker belastet werden, kann man sich ausmalen, was dies bewirken wird. Bereits jetzt sehen sich viele Kommunen deutschlandweit vor der Zwangsentscheidung, Kitas, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen zu schließen. Ob man daher noch von langfristigen Erleichterungen für Familien sprechen kann, kann bezweifelt werden. Es wird vielmehr nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche" verfahren...

Was in der Diskussion um die Steuererleichterung ebenso verwundert, ist die Tatsache, dass Ministerpräsident Peter Harry Carstensen nun für sein "heldenhaftes" Auftreten in Berlin gefeiert wird, weil er ja so viel für Schleswig-Holstein rausgeholt habe. Natürlich kann man dies so sehen. Das Geld, was jetzt aber aus Berlin kommt, ist vorher bereits durch die Bürgerinnen und Bürger in Form von Steuern, Abgaben usw. bezahlt worden bzw. wird jetzt über Kredite finanziert. Die zusätzlichen Gelder für Schleswig-Holstein stammen also keineswegs vom Mond, sondern von uns allen und sind daher kein Mehrgewinn...

Dank der großzügigen Weihnachtsgeschenke von Peter-Harry Carstensen und Angela Merkel (beide CDU) kann das Weihnachtsfest aber nun kommen.

Wer die Steuer-Geschenke nachher bezahlen soll, dass werden Merkel und Carstensen den jungen Generationen mit auf dem Weg geben und den Schuldschein gleich dazu… Wieder einmal wird Politik auf Kosten der jungen und künftigen Generationen gemacht. Dafür bereits

vielen Dank! 1,6 Billionen Euro Schulden, wir kommen…

Exkurs zur Verschuldung:
Die Bundesrepublik Deutschland hat ca. 1,6 Billionen Euro Schulden. Pro Sekunde kommen rund 4500€ dazu. Erst am Mittwoch (16.12.2009) hat die Bundesregierung bekannt gegeben, dass sie für 2010 rund 100 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen will, die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (85,8 Milliarden Euro Schulden + 14,5 Milliarden Euro Kredite für die Konjunkturprogramme).

Doch war nicht in der letzten Zeit von einer „Schuldenbremse" die Rede? Richtig, diese Schuldenbremse wurde bereits beschlossen und gilt ab 2011. Ab dann ist der Bund verpflichtet, bis 2016 sein strukturelles Defizit gleichmäßig abzubauen. Doch da die Schuldenbremse erst im Jahr 2011 wirkt, können in 2010 erhöhte Schulden aufgenommen werden (siehe Steuersenkungen).

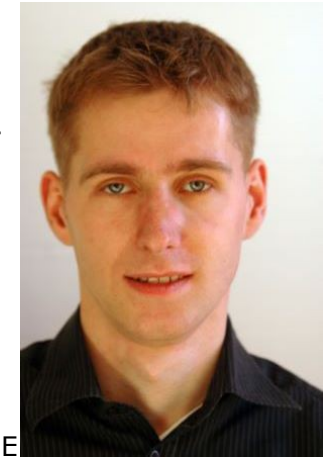
Und übriges: die Einhaltung der Verschuldungsregeln wird von den Finanzministern aus Bund und Land, sowie vom Bundeswirtschaftsminister überwacht.

Fazit: „Wer den Teich trocken legen will, darf nicht die Frösche fragen"…

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 19.12.2009, 22:19 Uhr - 4255 Clicks - Nr. 1394*

Abschreibung 2010



Das Vermögen des Kreises schrumpft , nicht nur durch den konjunkturellen Einbruch des Jahres 2009, sondern wegen der neu eingeführten doppelten Buchführung auch durch Abschreibungen, bedingt durch den Gebrauch von Straßen und Gebäuden. Die Bewohner des Kreises möchten wir als SPD nicht abschreiben, auch wenn vielfach in der Gesellschaft ein Werteverfall stattgefunden hat.

Aber es geht uns nicht darum blind wie andere Parteien Werte zu erhalten, sondern gezielt die Gemeinschaft zu stärken und nachhaltige Erfolge zu erzielen.

Daher bin ich sehr froh, dass die Elternkurse des Oldesloer Vereins OASE auch im Jahre 2010 durchgeführt werden können. Dies stärkt nicht nur die Kompetenzen der Eltern. Es ist eine Investition, die sich nicht nur finanziell, sondern auch moralisch auszahlt, wenn dadurch präventiv das Einschreiten des Jugendamtes verhindert werden kann. In die gleiche Richtung gehen weitere Ziele der SPD Haushaltspolitik, die auch im Haushalt 2010 des Kreises enthalten sind:
Die Primärprävention und das Projekt Drugscouts des Vereins Suchthilfe e.V., die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln Hilfebedürftiger, die zusätzlichen Stellen im Bereich der Allgemeinen sozialen Dienste zur Bekämpfung von Kindeswohlgefährdung und im Bereich Klimaschutz sowie die Aufstockung der Sozialpädagogen-Stelle in Bargteheide und der Erhalt der beiden Schulsozialpädagogen an den beruflichen Schulen.

Der größte Betrag an freiwilligen Leistungen, der Personalkostenzuschuss der Kitas, kommt den ganz kleinen zu Gute. Man mag gerne an dieser Stelle die Frage stellen, ob eine Senkung der Kreisumlage nicht denselben Effekt bringen würde, da die Mittel auf diesem Wege gleich bei den Kommunen verbleiben. Mitnichten; man würde so alle Kommunen entlasten, aber der Personalkostenzuschuss bildet den Verteilungsschlüssel, durch welchen die Kommunen entlastet werden, die sich engagieren und Einrichtungen der Kinderbetreuung vorhalten. Dies ist nicht nur ein fiskalischer Mehrwert, da die Eltern nun in einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, sondern führt auch zu einem Werteerhalt, der nicht in Geld messbar bzw. heute nicht messbar ist. Wenn die freiwilligen Leistungen dazu führen, dass Kinder in Kitas soziale Kompetenzen erlernen und die der Eltern in Elterntrainingskursen verfestigt werden, personalpolitische Maßnahmen dazu führen Kindeswohlgefährdung abzuwehren, das Klima zu schützen und Drogenprävention zu betreiben, dann ist es gelungene Haushaltspolitik, die den Menschen hilft.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 20.12.2009, 15:05 Uhr - 6122 Clicks - Nr. 1395*

Diskussionspapier zur Weiterentwicklung der GAP und der Strukturfonds nach 2013
Zum am 11.12.2009 von Landwirtschaftsministerin Rumpf im Begleitausschuss zur Förderung des ländlichen Raumes vorgestellten „Diskussionspapier zur Weiterentwicklung der GAP und der Strukturfonds nach 2013 aus schleswig-holsteinischer Sicht" sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay:
Die Europäische Union hat klare Signale für die nächste Förderperiode ab 2013 gesetzt: Weniger Direkthilfen für die Landwirtschaft aus der sogenannten 1. Säule und Weiterentwicklung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik in einem umfassenden Politikansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums. Im Kern muss die Landwirtschaft zeigen, dass sie nicht nur Nahrungsmittel produzieren, sondern einen echten EU-Mehrwert schaffen kann. Dieser Mehrwert muss nach unserer festen Überzeugung in den Bereichen der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Erhaltung der Biodiversität, modernes Wassermanagement und Ausbau der erneuerbaren Energien liegen. Nur so kann dem Steuerzahler vermittelt werden, weiter der Landwirtschaft hohe Fördersummen zur Verfügung zu stellen.
Ich freue mich, dass Ministerin Rumpf zusammen mit allen Wirtschafts- und Sozialpartner im heute vorgestellten „Diskussionspapier zur Weiterentwicklung der GAP und der Strukturfonds nach 2013" die richtigen Weichen gestellt hat, um die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein stärker ökologisch auszurichten. Hier sollen in Zukunft die richtigen Fördermaßnahmen angeboten werden, um den auch von uns geforderten Zielen:
- Schaffung einer ökologischen Grundprämie für die Bereitstellung von 10 % landwirtschaftlicher Nutzfläche als „ökologische Vorrangflächen,
- Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen, die weiterhin gezielt ökologische Anforderungen in den Mitgliedstaaten umsetzen sollen, sowie
- Förderung von Naturschutzleistungen ohne zwingenden Bezug zur Landwirtschaft durch Landschaftspflegemittel
zu entsprechen. Dieses Diskussionspapier ist es wert, in einem öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs vorgestellt und weiterentwickelt zu werden.
Ein „weiter so" nach dem Partikularprinzip mit Vorrang für das Eigeninteresse führt nicht in die Zukunft und deshalb darf es das im Landwirtschaftsland Schleswig-Holstein nicht mehr geben. Interessen einzelner Verbände müssen zurückstehen für das Gemeinwohl. Die neuen Chancen

durch die EU-Vorgaben werden in der Landwirtschaft von modernen Betrieben bereits erkannt und – da bin ich mir sicher – auch ergriffen. Wir stehen für alle Beteiligten und Verbände bereit, um die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein in eine weiter erfolgreiche Zukunft zu begleiten.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 21.12.2009, 08:18 Uhr - 2067 Clicks - Nr. 1396*

CDU - FDP Mehrheit gegen Kindeswohl

„Kinderarmut gibt es bei uns nicht" - CDU und FDP lehnen Erhöhung der Zuschüsse ab
SPD.Kreistagsfraktion an der Seite der Linken und Grünen in der Frage Mahlzeitenzuschüsse an Schulen im Kreis Segeberg
Der Segeberger Kreistag hat mit schwarz-gelber Mehrheit den Antrag der Linksfraktion, die Bezuschussung der Mittagsmahlzeiten für bedürftige Schülerinnen und Schüler an Ganztags-schulen im Kreis Segeberg von derzeit 1 € pro Mahlzeit auf 2,50 € anzuheben, abgelehnt.
Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, Gerd-Rainer Busch, erklärt dazu:
Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit. Die SPD-Fraktion hat eine Antwort gegeben, als sie im Jugendhilfeausschuss den Vorschlag eines Kreisfonds zur Kofinanzierung von Mahlzeiten an Schulen im Kreis Segeberg eingebracht hat der dann auch im Kreistag beschlossen wurde.
Diese Mittel haben bereits mit einem Zuschuss pro Mahlzeit von 1 € viel bewirkt. Nun gilt es, unser langfristiges Ziel zu erreichen, nämlich die komplette Befreiung der Essenskosten für alle Schülerinnen und Schüler – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass auch durch die bisherige Maß-nahme nicht alle, die darauf angewiesen wären, erreicht werden konnten.
Die SPD-Kreistagsfraktion ist bestürzt, dass die CDU-FDP-Mehrheit im Kreistag aus rein finanz-politischen Beweggründen an den Bedürfnissen der Kinder vorbei agiert und so der Kinderarmut und sozialen Spaltung auch im Kreis Segeberg Auftrieb verleiht. Dies ist sozial verantwortungslos. Die SPD ist sich ihrer Verantwortung für die Schwächsten mehr als bewusst und wird weiterhin in dieser Sache hart für ihre Inhalte kämpfen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 21.12.2009, 08:22 Uhr - 2164 Clicks - Nr. 1397*

Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt

Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt im Kreis Segeberg
Hilft Kindern und Jugendlichen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind.
Die Hilfen der Fachberatungsstellen in Bad Segeberg, Bad Bramstedt und Bornhöved werden gut angenommen, die Vernetzung mit den Schulen und den Kindertagesstätten, dem Jugendamt, der Polizei, den Gerichten und den Ärzten läuft gut. Seit Verabschiedung des Landeskinderschutzgesetzes reagieren alle Verantwortlichen deutlich sensibler. Betrug die Zahl der Fachberatungen im Jahr noch 141, stieg die Zahl im Jahr auf 188.
Die Fachberatungsstelle des Kinderschutzbundes, die seit 1996 im Kreis Segeberg erfolgreich arbeitet, konnte schon im Jahr 2009 aus den Finanzmitteln die Personalausgaben für ihre

Mitarbeiter/innen – Psychologen und Sozialpädagogen – nicht decken.
Die SPD Faktion beantragte deshalb, das jährliche Budget von 58.500,00 € für das Jahr 2010 um 5.000,00 € zu erhöhen. Der Kreistag stimmte dieser Erhöhung zu.
Chancengleichheit für alle, auch im Unterricht in Kreisberufsschulen und in allgemein bildenden Schulen.
Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen mit Hilfe von Schulbegleitung am Unterricht teilnehmen. Die SPD: Keiner darf
zurückbleiben.
Die Schülerbegleitung soll im Rahmen der Hilfeplanung des Jugendamtes optimiert und besser koordiniert werden. Der Kreistag stellte die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung.
Kein Wegfall der Förderung des Behindertenfahrdienstes
Die SPD konnte im Sozialausschuss und im Kreistag mithelfen, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Wegfall der Förderung nicht Realität wurde. Der Haushaltsansatz 2010 von 25.000,00 € ermöglicht den Behinderten, an Kultur- und Freizeitangeboten mit Hilfe des Fahrdienstes teilzunehmen.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 21.12.2009, 12:48 Uhr - 3086 Clicks - Nr. 1398*

Kein Platz im Bus auf dem Weg zur Uni – Sicherheitsgefährdung durch Falschparker

Eines der Hauptthemen der Sitzung des Ortsbeirates am 09. Dezember 2009 waren die Probleme auf den Buslinien von und zur Universität. Anlass war eine Bürgeranfrage an den Ortsbeirat, mit dem Hinweis, dass mit Beginn des Wintersemesters die Buslinien 61 und 62 völlig überfüllt seien und die Busse daher nicht an allen Stationen im Stadtteil halten würden.

Buslinien zur Universität

Eingeladen war Frau Wiebke Petersen-Bono vom Eigenbetrieb Beteiligungen der Stadt Kiel, die über den Planungsstand berichtete, wie die Kapazitäten dem gestiegenen Fahrgastaufkommen angepasst werden könnten. Im Zusammenhang mit der Einführung von Bachelor- und Materstudiengängen sei eine Präsenzpflicht der Studierenden eingeführt worden, die zu einem deutlich höheren Verkehrsaufkommen führen würden, welches nun diese Probleme verursache. Zurzeit gäbe es nicht mehr Busse um die Situation zu verbessern.

Mittelfristig müsse die Anschaffung neuer Busse erwogen werden, dies sei jedoch mit sehr hohen Kosten verbunden.
Auch der AStA der Uni Kiel war durch einen Vertreter des Verkehrsreferats vertreten und schilderte, dass die Verhandlungen über eine Verbesserung sehr zäh verliefen und die Studierenden sich entsprechend an den AStA mit der Bitte um Verbesserung der Situation gewandt haben. Immer häufiger geben Studierende ihre Semestertickets auch zurück, weil sie es nicht nutzen könnten.

Der AStA wurde durch einen Vertreter der Universitätsverwaltung unterstützt, der berichtete, dass auch die Mitarbeiter gerne verstärkt den ÖPNV für den Weg zur Arbeit nutzen würden, dies jedoch nicht möglich sei, da man keine Planungssicherheit habe, ob man vom Bus mitgenommen würde oder nicht. Zudem wird sich die Parkraumsituation an der Universität

noch verschärfen, da hier ein Parkhaus wegen Schäden am Bauwerk geschlossen werden müsse. Angeregt wurde zudem, Kurzzeitparkplätze am Westring auszuweisen, um dort Parkraum für Besucher der Universität zu schaffen.

Von unseren Vertretern wurde angeregt, eine neue Buslinie (shuttle)zu schaffen, die dann insbesondere den Campus an die studentischen Quartiere anbinden könnte und zusätzlich für die Spitzenverkehrszeiten private Busunternehmen hinzuzuziehen. Die Anregungen wurden von Frau Petersen-Bono zur Kenntnis genommen, der Ortsbeirat wird sich in einem Vierteljahr nochmal mit dem Thema befassen. Außerdem werden wir auch als Ortsverein politisch dafür uns einsetzen, dass die Stadtregionalbahn in Kiel gebaut wird, die viele dieser Probleme lösen könnte.

Falschparker

Das zweite Topthema im Ortsbeirat war Sicherheitsgefährdung durch Falschparker. Dazu berichtete ein Vertreter der Polizei, dass die Feuerwehr durch den Stadtteil gefahren sein und an vielen Punkten mit den Fahrzeugen nicht in die Straßen fahren konnte, so dass für die Anwohner im Brandfall eine Rettung erschwert worden wäre.
Der Ortsbeirat regte an, dass auf den „Knöllchen" des Ordnungsamtes ein Hinweis aufgenommen werden solle, der die Autofahrer auf den Gefahr hinweist, die mit ihrem Verhalten verbunden ist.

Insgesamt ist der Parkdruck in den Wohnquartieren entlang der Holtenauerstraße sehr hoch, der SPD Ortsverein wird sich daher am 12.1.2010 auf seiner Vorstandssitzung vertieft mit dem Thema Verkehr befassen.

Der Ortsbeirat lobte einstimmig die Entscheidung der Ratsversammlung, den Bau einer Drei-Feld-Sporthalle für die Ricarda-Huch-Schule und die Schule am Ravensberg in der Finanzplanung vorzuziehen und den Ausbau der Blücherstraße dafür zurückzustellen.
Weiterhin befasste sich der Ortsbeirat auf seiner Sitzung noch mit folgenden Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern:

- Zum Projekt der TG Ravensberg wurde angeregt, dass der Ortsbeirat sicherstellen müsse, dass der dortige Spielplatz für die Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Hintergrund ist, dass die TG Ravensberg dort einen „Generationengarten" plant.
- Der Ortsbeirat sprach sich für die Aufstellung eines Glascontainers an der Haltestelle Schwanenweg aus.
- dem Hinweis, dass eine (ungewollte) Wassersammelstelle in der Holtenauerstraße/Kreuzung Waitzstraße erst im kommenden Jahr durch das Tiefbauamt beseitigt werden kann.

Der Ortsbeirat trifft sich wieder am 13. Januar 2010 im Altenzentrum St. Nicolai, Lehmberg 24. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - *veröffentlicht am 22.12.2009, 11:34 Uhr - 9382 Clicks - Nr. 1399*

Jahreshauptversammlung der Jusos Steinburg

Kürzlich hielten die Jungsozialisten und Jungen Sozialdemokraten im Kreis Steinburg ihre Jahreshauptversammlung an der Itzehoer Sandkuhle ab.
U.a. wurde der Vorstand neu gewählt:
Der Vorsitzende Arne Engelbrecht (22) aus Horst wurde im Amt bestätigt.
Zukünftig werden Niels Jurgons (26, Kiebitzreihe) als Finanzbeauftragter und Sven Schäfer (24, Itzehoe) als Protokoll- und Pressebeauftragter den geschäftsführenden Vorstand vervollständigen.
Als stellvertr. Vorsitzende wurden außerdem Niklas Sievers (21, Holo) und Gamze Özdemir (20, Itzehoe) in den Vorstand gewählt.

Zu Beginn der Sitzung resümierten die Jungpolitiker über den Wahlkampf zur Landtags- und Bundestagswahl Ende September, an dem die Jusos aktiv mitwirkten als Teil der deutschlandweiten Kampagne „Junge Teams" des Juso-Bundesverbandes. Insbesondere das „Atomfässerrollen" in der Itzehoer Innenstadt kam bei den Itzehoern gut an.
„Die Steinburger Bürgerinnen und Bürger begrüßten unser Engagement und gaben mehrheitlich zu verstehen, dass sie zukünftig keine Atomkraft mehr wollen. Nach dem Pannenmeiler in Brunsbüttel muss auch Brokdorf zum vorgesehenen Termin abgeschaltet werden", äußerte sich hierzu Arne Engelbrecht.
„Eine Verlängerung der Laufzeiten für AKWs hätte zur Folge, dass die Förderung erneuerbarer Energien weiter ins Hintertreffen geraten würde. Schwarz-Gelb ist der politische Arm der Atomlobby und hat kein Interesse, nachhaltige Energiepolitik für zukünftige Generationen zu machen", ergänzte Gamze Özdemir, die seit der Kommunalwahl 2008 Ratsherrin für die SPD im Itzehoer Stadtrat ist.

Auch gingen die Jusos bei der Wahlkampfnachbereitung hart mit der Jungen Union Steinburg ins Gericht: „Es ist schon erstaunlich, wie inhaltslos die hiesige JU im Wahlkampf aktiv war. Der Höhepunkt war eine Wahlparty in einer Itzehoer Diskothek, die nicht mehr und nicht weniger als billiger Stimmenfang zu bewerten ist. Die JU scheint sich hierzulande völlig von jeglichem politischen Anspruch entfernt zu haben, denn statt dem Slogan „Party and politics" trifft auf die JU Steinburg eher „More party than politics" zu", stellte Niklas Sievers ernüchtert fest.

Nach anschließender Beratung von Anträgen sowie der Verabschiedung einer neuen Satzung war man sich außerdem einig, den Erneuerungsprozess der SPD auf Kreisebene kritisch und konstruktiv begleiten zu wollen.
„Es wird Zeit, dass auch in der Steinburger SPD die Zeichen der Zeit erkannt und junge Sozialdemokraten in Verantwortung geholt werden. Die SPD muss als Volkspartei alle Altersgruppen gleichermaßen repräsentieren. Die Jusos Steinburg werden immer wieder dran erinnern, dass die Themen der neuen Generation weder vergessen noch belächelt werden dürfen", so Arne Engelbrecht abschließend.

Mehr Infos: www.jusos-steinburg.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 22.12.2009, 14:49 Uhr - 1443 Clicks - Nr. 1400*

Nicht auf Kosten von Menschen mit Behinderung sparen!
ie Kündigung des Landesrahmenvertrages, mit der die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zwischen Kommunen, Land und Wohlfahrtsverbänden durch den Landkreistag geregelt wird, wird vom behindertenpolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner und der behindertenpolitischen Sprecherin von B90/Die Grünen Bianca Kronschnabel scharf kritisiert.
„Es kann nicht sein, dass versucht wird, auf dem Rücken von Menschen mit Behinderung Kosten einzusparen. Die Kündigung stellt einen Rückfall in Zeiten dar, als man glaubte, den Menschen mit Behinderung müsse nur die Existenz gesichert werden. Es geht aber um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Eingliederungshilfe ist dazu da, diese zu gewährleisten. Deshalb ist den Kommunen die Aufgabe übertragen worden; sie als Sparkasse zu missbrauchen, war nicht der Sinn der Sache.

Wir fordern daher den Landkreistag auf, seine Kündigung zurückzunehmen. Der Landesrahmenvertrag muss die Grundlage für die Teilhabe für Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben bleiben."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 22.12.2009, 20:41 Uhr - 2128 Clicks - Nr. 1401*

SPD-Barsbüttel: Mitglieder stehen zur Sozialdemokratie

Der SPD-Ortsverein Barsbüttel hatte für den 19. November 2009 zur öffentlichen Mitgliederversammlung eingeladen. Neben vielen treuen Mitgliedern und Gast-Mitgliedern kamen auch interessierte Gäste. Es ging um ein wichtiges Thema. „SPD-was nun?"
Nachdem die SPD in den letzten Jahren stetig in der Wählergunst verloren hatte, gab es mit der vergangenen Bundestags- und Landtagswahl einen deutlichen Schlag ins Kontor. Für viele Parteimitglieder, die ungebrochen an den sozialdemokratischen Inhalten festhalten, war dies Anlass, sich ernsthafte Sorgen zu machen und über die Situation der SPD zu diskutieren. So auch in Barsbüttel.
In einer von dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Barsbüttel, Jörg Kiencke (44), geführten Gesprächsrunde hatte jeder Teilnehmer der Mitgliederversammlung die Möglichkeit, offen seine Gedanken und Vorschläge mitzuteilen. Hierauf folgte eine intensiv geführte Diskussion.
Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Jörg Kiencke berichtet: „Unsere SPD-Mitglieder sind besorgt aber nicht hoffnungslos. Wir alle sind der Ansicht, dass der Weg der Sozialdemokratie auch für die Zukunft das beste politische Konzept ist. In der Dis-kussion und in den einzelnen Wortmeldungen wurde sehr schnell deutlich, dass die Gedanken und Meinungen zur derzeitigen Situation der SPD fast überall auf derselben Ebene liegen. Die SPD gilt für viele Menschen auch weiterhin als die Partei der Gerechtigkeit und das heißt: nicht nur der sozialen Gerechtigkeit, sondern generell. Es wird von der SPD erwartet, dass deutlich die Glaubwürdigkeit, die Verlässlichkeit des Handelns und die Nachhaltigkeit des politischen Weges im Vordergrund stehen sollen. Die Menschen haben Sehnsucht danach, den Politikern und insbesondere den sozialdemokratischen Politikern Glauben schenken zu können. Doch zu oft fühlen sich die Menschen von nicht erfüllten Versprechen oder von einer vollständigen Abkehr des bisherigen Weges der Politik verraten und verkauft. Die Menschen haben ein gesundes Verständnis von Gerechtigkeit. Daraus entwickelt sich auch das völlige Unverständnis der Menschen darüber,

dass beispielsweise Bankmanager, die eine große Mitverantwortung und Schuld an der Misere der Landesfinanzen in Schleswig-Holstein tragen, trotz allem mit Gehältern bezahlt werden, von denen der Normalbür-ger nicht mal zu träumen wagt. Bei solch einer Politik fühlen sich die Menschen an der Nase herum geführt. Es liegt nun an uns, gemeinsam mit der SPD-Führung des Landes und des Bundes eine neue SPD zu schaffen, die das Vertrauen der Mitbür-ger zurückgewinnt und in einem modernen Stil den Menschen die Politik wieder nahe bringt."
Mit diesem Auftrag geht der SPD-Ortsverein Barsbüttel in die im Kreis und im Land anstehenden Diskussionen und Parteitage, um den Mitgliedern Gehör zu verschaffen und um neue Perspektiven zu gestalten.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 23.12.2009, 11:41 Uhr - 2277 Clicks - Nr. 1402*

Frohe Weihnachten und guten Rutsch!
Die SPD-Reinfeld wünscht Ihnen ein schönes, besinnliches und ruhiges Weihnachtsfest, sowie einen guten Rutsch in das neue Jahrzehnt.

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 23.12.2009, 19:58 Uhr - 3854 Clicks - Nr. 1403*

Kritik an KiTa-Gebühren im Kreis Herzogtum Lauenburg nachvollziehbar

Die Kritik der Landeselternvertretung und Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten an den KiTa-Gebührenregelungen im Kreis Herzogtum Lauenburg kann die SPD-Kreistagsfraktion nachvollziehen.
Lennart Fey, SPD-Mitglied im Jugendhilfeausschuss: „Wenn der Vorsitzende der Landeselternvertretung und Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten feststellt, dass die Eltern im Lauenburgischen landesweit im Nachteil sind, können wir ihm nur zu-stimmen. Der Kreis bringt entgegen unser Vorschläge nach wie vor die sogenannte „85 % Sozialstaffel" zur Anwendung, die Einkommensschwache drastisch benachteiligt. Entsprechende Initiativen der SPD-Kreistagsfraktion und auch intensive Bemühungen der Bürgerbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, Birgit Wille-Handels, sind bei den Mehrheitsfraktionen CDU und FDP im Kreistag genauso auf Ablehnung gestoßen, wie bei der Leitung der Kreisverwaltung selbst."

„Sowohl Verwaltungsleitung als auch CDU und FDP im Kreistag wären gut beraten, die Kritik der Landeselternvertretung und Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten ernst zu nehmen und endlich unsere Vorschläge zu berücksichtigen, damit die signifikante Benachteiligung der Eltern bei uns im Kreis bei der KiTa-Gebühren beseitigt wird."

Fey weiter: „Ich bin viel auch auf Landesebene „unterwegs". Die im Kreis Herzogtum Lauenburg zur Anwendung kommende Regelung wird an anderer Stelle nicht nachvollzogen. Andere Kreise haben es in Schleswig-Holstein vorgemacht, wie es auch anders geht. Wir können Landes- und Kreiselternvertretung nur auffordern, weiterhin ihre berechtigte Kritik bei den Entscheidungsträgern im Kreis anzubringen".

Fey abschliessen: „Wir wollen wissen, was unternommen werden soll, damit es nicht mehr zu

Ungleichbehandlungen gegenüber anderen Kreisen kommt. Die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein hat nach unseren Informationen auf ihr Schreiben an den Kreis bislang keine Antwort erhalten. Es bleibt abzuwarten, wie jetzt mit der Kritik der Landeselternvertretung umgegangen wird."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 23.12.2009, 21:07 Uhr - 2722 Clicks - Nr. 1404*

Bericht aus der Fraktion - Dezember 2009

Jeden Monat berichtet die SPD-Fraktion Barsbüttel mit ihrem "Bericht aus der Fraktion" von ihrer Arbeit. Im Internet, im Schaukasten am Rathaus und auf dem Wochenmarkt.

Auch im Dezember hat Martin Habersaat einen aktuellen Bericht geschrieben.
Bericht aus der Fraktion - Dezember 2009

Mensa ist fertig
1,2 Millionen Euro wurden investiert, jetzt ist sie fertig: Im Rahmen der offenen Ganztagsschule können Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer künftig die neue Mensa nutzen, die für den Ganztagsbetrieb erforderlich geworden war. Die Mensa nimmt ihren Betrieb am 8. Februar auf. Ein Probeessen gibt es am 28. Januar um 13.00 Uhr.

Klaus Plöger bleibt Landrat
Auf seiner letzten Sitzung des Jahres hat der Stormarner Kreistag am 11. Dezember in geheimer Wahl Klaus Plöger erneut zum Landrat des Kreises Stormarn gewählt. Der Barsbütteler Klaus Plöger, der auch einmal Vorsitzen-der der SPD-Fraktion in Barsbüttel war, ist seit 1998 Chef der Kreisverwaltung. Kreispräsidentin Christa Zeuke nahm den Amtseid für 2010-2016 ab.

Feuerwehr-Ausstellung im Rathaus
Unter dem Motto „Feuerwehr, komm' mach bei uns mit" hat die Feuerwehr unter der Leitung des Gemeindewehrführers Norman Schumann eine Ausstellung organisiert, die während der Öffnungszeiten im Foyer des Rathauses zu besichtigen ist.

Beschluss der Einwohnerversammlung
Die Einwohnerversammlung der Gemeinde Barsbüttel hat am 18. November mehrheitlich den folgenden Beschluss gefasst: „Die Gemeindevertretung wird aufgefordert, in Erziehung und Bildung weder Zuschüsse zu streichen noch Gebühren zu erhöhen."

Der neue Schiedsmann ist der alte
Tobias Fritsch wurde für weitere fünf Jahre zum Schiedsmann der Gemeinde Barsbüttel gewählt.

Einkaufen am Sonntag
Am 10. Januar 2010 ist in Barsbüttel verkaufsoffener Sonntag anlässlich einer Hochzeitsmesse bei Möbel Höffner.

Englischlehrer fehlen
Der IGS Barsbüttel fehlen Englischlehrer. Besorgte Eltern sammelten und übergaben in der Gemeindevertretung über 500 Unterschriften besorgter Eltern, die auf zahlreiche Unterrichtsausfälle hinwiesen. Vertreter aller Parteien sagten Initiativen zur Lösung des Problems zu, und Schul-leiter Hartmut Johann konnte von ersten Neueinstellungen zum 1.2. berichten. Geplant sind nun eine Anzeigenkampagne und Initiativen beim Bildungsministerium in Kiel.

Neuer Ortswehrführer in Stemwarde
Sven Ködders Wahl zum Ortswehrführer des Ortsteils Stemwarde wurde einstimmig zugestimmt. Die Gemeindevertretung wünsche ihm für die Ausübung seines Amtes alles Gute und bedankte sich bei seinem Vorgänger Tim Pfrommer für die geleistete Arbeit.

Neuer Seniorenbeirat gewählt
Mit einer Wahlbeteiligung von 41,7% wurde ein siebenköpfiger Seniorenbeirat für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Künftig gehören dem Seniorenbeirat folgende sieben Mitglieder an: Werner Schlüter, Ursula Baljöhr, Dr. Wulf Jütting, Margarete Hoffmann, Detlef Bösch, Inge Diekmann und Georg Völker. Nachrücker sind Gisela Netzker und Rudolf Gajewski.

Bürgerhaus barrierefrei erreichbar
Dank eines Fahrstuhls im und eines Außenfahrstuhls am Bürgerhaus sind dortige Angebote jetzt frei von Barrieren erreichbar. Am Außenfahrstuhl befindet sich eine Klingel, mit der der Hausmeister zur Hilfe gerufen werden kann. Es wird dort auch ein Behindertenparkplatz ausgewiesen. Im Erdgeschoss wird zu-dem eine übersichtliche Beschilderung zu allen Räumen erstellt.

Blumen für Martin Habersaat
Anlässlich seiner Wahl in den Landtag überreichten Bürgervorsteher Jörg Kiencke und der stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Böckmann dem Gemeindevertreter Martin Habersaat einen Strauß Blumen. Martin Habersaat bedankte sich für die Aufmerksamkeit und erklärte, nach Möglichkeit Mitglied der Gemeindevertretung bleiben zu wollen. „Der Kontakt zwischen den politischen Ebenen ist sicherlich in beide Richtungen hilfreich."
Internet: www.martinhabersaat.de

Friedhof wird nicht beleuchtet
Die BKA hatte beantragt, die Wege zum Friedhof und auf dem Friedhof künftig zu beleuchten, um in den Wintermonaten auch einen abendlichen Friedhofsbesuch zu ermöglichen. Diesen Antrag lehnte die GV mehrheitlich ab. Es wäre ein beleuchteter Friedhof für den einzelnen Besucher ja nur dann hilfreich, wenn auch das zu besuchende Grab beleuchtet wäre. Eine Beleuchtung aller Gräber wäre aber nicht verhältnismäßig. Martin Habersaat er-klärte für die SPD: „In Zeiten knapper Kassen müssen wir Schwerpunkte setzen und wir finden, dass Barsbüttel lieber in der Kinderbetreuung Vorreiter sein sollte als bei der Friedhofsbeleuchtung."

Neujahrsempfänge 2010
Neujahrsempfang der Gemeinde Barsbüttel am 10. Januar um 17.00 Uhr im Rathaussaal, vorher findet ab 16.00 Uhr ein Gottesdienst in der Segenskirche statt.
Neujahrsempfang der Südstormarner SPD-Ortsvereine am 12. Januar 2010 um 19.30 in der BeGe Neuschönningstedt (Querweg 13).
Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Doch zunächst wünschen wir allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Barsbüttel ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr!

Keine Kommentare

Ag60plus - Segeberg (Kreis) - *veröffentlicht am 25.12.2009, 19:52 Uhr - 4115 Clicks - Nr. 1405*

Neubeginn im Kreise Segeberg

Nach kurzer Gesprächsrunde, in der wir die aktuelle Situation durchgesprochen haben, wandte sich die Runde dem Thema des Tages zu, ‚Rente mit 67 Jahren – Rentenkürzung?'.
Die intensive Diskussion ergab, dass selbst die, die sich bereits in Rente Befinden von den Gesetzesänderungen zur Rente mit 67 Jahren stark betroffen sind.
Am Freitag, den 17. Dezember 2009, haben wir uns in Dunkers Gasthof in Mözen, wie an jedem 3.Donnerstag in jedem Monat, wiedergetroffen.
Nach kurzer Gesprächsrunde, in der wir die aktuelle Situation durchgesprochen haben, wandte sich die Runde dem Thema des Tages zu, ‚Rente mit 67 Jahren – Rentenkürzung?'.
Die intensive Diskussion ergab, dass selbst die, die sich bereits in Rente Befinden von den Gesetzesänderungen zur Rente mit 67 Jahren stark betroffen sind. Wir beschlossen uns diesem Thema noch eingehender zu widmen, um notwendige Änderungen am Sozialsystem massiv anzugehen und es nicht den Referenten der Bundesregierung und den Bundestagsfraktion allein zu überlassen. Wir kamen zum Ergebnis, dass zwar die Rente brutto minimal steigt, aber durch Steigerung der Abgaben und Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich in Wirklichkeit noch weniger herausgekommen ist als vor der Erhöhung. Es wird dieses auch in 2010 einer unserer Diskussionsschwerpunkte sein. Zum kommenden Kreisparteitag werden wir zur Änderung des SGB II und III einbringen, in denen ist u.a. zur Handhabung vor Ort geht, die sehr große Defizite aufweist.
Des weiteren widmete sich die Versammlung dem Jahresprogramm.
Es kristallisierten drei Themenschwerpunkte heraus:
- das bereits erwähnte Leben im Alter
- kostenlose Bildung für alle, vom Kleinkind bis zum ‚Zweiten Bildungsweg' und der Weiterqualifizierung, um das Arbeiten im zweiten und dritten Lebensabschnitt zu gewährleisten

- bezahlbare, umweltschonende Energie für uns und die nachfolgenden Generationen.
Die Themen sollen durch Kleingruppen strukturiert und vorbereitet werden, um auf Schwerpunktver-anstaltungen der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden zu können.
Das Thema ‚Energie' wird in Zusammenarbeit mit dem Projekt ‚eigenständige und erneuerbare Energieversorgung im Kreise Segeberg' erarbeitet, dass von der Kreistagsfraktion zusammen mit dem Kreisverband und den Ortsfraktionen und –vereinen Anfang 2010 entwickelt werden wird.
Abschließend wurde auf die Problematik hingewiesen, dass ältere Menschen im Kreis Segeberg auf grund das schwach entwickelten Personennahverkehr spät nachmittags und abends nicht mobil sein können. Der Vorstand wurde beauftragt, mit dem ÖPNV-Beirat des Kreises

Gespräche aufzunehmen, um älteren Bürgern die Teilnahme an Abendveranstaltungen in den Zentralorten zu ermöglichen.
Die AG 60plus trifft sich am 21. Januar 2009 wieder um 15:00 Uhr zu seiner monatlichen Mitglieder-versammlung. Thema wird u.a. die Anträge zum Kreisparteitag sein. Auf dieser Sitzung wird der endgültige Beschluß des Jahresprogrammes erfolgen und die Themengruppen zusammen gestellt.
Zu der wir schon jetzt wieder herzlich einladen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 29.12.2009, 10:33 Uhr - 5038 Clicks - Nr. 1406*

Neuer Aufnahmeerlass für Schulen: Landesregierung missachtet Eltern und Schüler
Das Bildungsministerium plant einen Erlass, wonach Eltern ihre Kinder nur an einer einzigen weiterführenden Schule anmelden können; diese entscheidet dann anhand einer Kriterienliste über die Aufnahme.
Erst mit großer Verzögerung werden die Eltern einen Ablehnungsbescheid erhalten; in diesem Fall müssen sie ein neues Anmeldeverfahren an einer anderen Schule durchlaufen. Zur Aufnahme verpflichtet ist nur die örtlich zuständige Schule. Darauf weist der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hay hin.
Hay fürchtet, dass viele Kinder erst sehr spät Sicherheit darüber haben, welche Schule sie im Herbst 2010 besuchen können. Das geltende Schulgesetz von 2007 räumt den Eltern eine weitgehende Wahlfreiheit ein, die nur durch die vorhandenen Kapazitäten der Schulen begrenzt wird. Dies werde mit der neuen Regelung untergraben, erläutert der SPD–Landtagsabgeordnete. .

„Das vom neuen Kultusminister Dr. Klug (FDP) geplante bürokratische Aufnahmeverfahren an weiterführende Schulen wälzt alle Probleme und Risiken voll und ganz auf die Kinder und ihre Eltern ab", kritisiert der Abgeordnete.

Hay weist darauf hin, dass eines der Kernprobleme beim Übergang an weiterführende Schulen von der CDU verursacht worden sei. Diese habe bei der Verabschiedung des Schulgesetzes von 2007 verhindert, dass auch Gemeinschaftsschulen örtlich zuständige Schulen sein können, die zur Aufnahme verpflichtet sind. Sehr viele Schulträger hätten sich dafür entschieden, ihre bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, um ein umfassendes Schulangebot vorzuhalten. Dafür sollen sie jetzt von der neuen Landesregierung aus ideologischen Gründen bestraft werden, indem man ihnen die Regionalschulen als „örtlich zuständige Schulen" vorzieht. „Das ist nicht hinnehmbar", so Lothar Hay.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 30.12.2009, 16:43 Uhr - 3100 Clicks - Nr. 1407*

Neujahrsempfang der Südstormarner SPD-Ortsvereine

Gemeinsamer Neujahrsempfang der Ortsvereine Reinbek, Barsbüttel, Glinde und Oststeinbek am 12.1.

Traditionell laden die SPD Ortsvereine in Südstormarn auch 2010 wieder zu ihrem gemeinsamen Neujahrempfang ein. Turnusgemäß richtet in diesem Jahr der SPD Ortsverein Reinbek den Empfang aus, der am Dienstag, dem 12. Januar 2010, ab 19.30 Uhr in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt (Querweg 13, 21465 Reinbek) stattfinden wird. Klaus-Peter Puls, der Vorsitzende der SPD Reinbek, sagt im Namen aller Vorsitzenden: „Wir freuen uns auf ein weiteres Jahr der Zusammenarbeit mit allen Parteien, Vereinen, Verbänden, Einrichtungen und auf die kritische Begleitung recht vieler interessierter und engagierter Bürgerinnen und Bürger. Darauf wollen wir gemeinsam anstoßen!"

Mit dabei sein wird auch Martin Habersaat, der Klaus-Peter Puls 2009 nach 17 Jahren im Landtag als SPD-Abgeordneter für Südstormarn abgelöst hatte.

Foto: Neujahrsempfang 2009 in Barsbüttel, v.l.: Klaus-Peter Puls, Klaus Plöger, Marietta Exner, Jörg Kiencke, Martin Habersaat.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 30.12.2009, 17:23 Uhr - 2824 Clicks - Nr. 1408*

Vielen Dank für die Blumen!

Anlässlich der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung im Barsbütteler Rathaussaal überreichten der stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Böckmann (CDU) und Bürgervorsteher Jörg Kiencke (SPD) dem SPD-Gemeindevertreter Martin Habersaat einen Strauß Blumen und gratulierten zum Einzug in den Landtag. Böckmann erinnerte sich an Zeiten bei den Pfadfindern, denen sein Sohn angehört und bei denen Martin Habersaat als Gruppen- und Stammesleiter aktiv war.

Martin Habersaat bedankte sich für die Blumen und erklärte wegen zahlreicher Nachfragen,

sein Mandat in der Gemeindevertretung vorerst behalten zu wollen: „Ich glaube, dass der Informationsfluss zwischen den verschiedenen politischen Ebenen dann am ehesten verbessert werden kann, wenn man sieht, welche Folgen politische Entscheidungen jeweils vor Ort haben. Solange ich es zeitlich schaffe, möchte ich dieses Ehrenamt weiter ausüben und den Informationsfluss verbessern helfen."

Martin Habersaat gehört der Gemeindevertretung seit 2003 an und ist seit 2008 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur und Soziales.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 30.12.2009, 17:44 Uhr - 2841 Clicks - Nr. 1409*

1969 in die SPD – und noch immer dabei!

Weihnachten bei der SPD Barsbüttel – das ist traditionell ein besinnlicher Abend, bei dem das Beisammensein genossen wird und wo Geschichten „von früher" erzählt werden. 2009 feierte der Ortsverein im Stellauer Rockenkrug und der Ortsvereinsvorsitzende Jörg Kiencke konnte zwei besondere Jubilare ehren: Dr. Inga Bodenburg und Dr. Peter Feustel wurden für ihre vierzigjährige Mitgliedschaft in der SPD mit einer Ehrennadel ausgezeichnet.

Mit einer Schweigeminute hatten die Genossinnen und Genossen zuvor ihres 2009 verstorbenen Ehrenvorsitzenden Heinrich Heike gedacht.

Mehr als 20 Mitglieder waren dabei, als Inga Bodenburg und Peter Feustel „ihre" SPD-Geschichte erzählten. Peter Feustel war 1969 Jahr als Student in SPD eingetreten und hatte mit diesem Schritt die Politik Willy Brandts eher passiv unterstützen wollen. Nachdem sie 1969 in die Hamburger SPD getreten, gehörte Inga Bodenburg schnell zu einem Kreis engagierter SPD-Mitglieder um den späteren Bürgermeister Henning Voscherau. Ihrer Familie und ihrem Beruf zuliebe verzichtete sie allerdings auf eine Parteikarriere und wurde erst nach ihrer Pensionierung für die SPD Barsbüttel aktiv, wo sie ihrer Profession und ihren Zielen treu bleiben konnte: Qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder unter drei Jahren zu schaffen.

Im Oktober war Heinrich „Heini" Heike im Alter von 97 Jahren verstorben. Heini Heike war 1928 einer Jugendorganisation der SPD beigetreten und seit 1930 SPD-Mitglied. Weil er sich in seiner Heimatstadt Leipzig für die Familien inhaftierter SPD-Mitglieder einsetzte, wurde Heike ebenfalls verfolgt, verhaftet und in eine Strafkompanie gezwungen. 2001 hatte die SPD Barsbüttel ihn zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt.

Keine Kommentare